



Niederschrift

18. Plenarsitzung des Gemeinderates
16. Dezember 2025, 09:00 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 1 der Tagesordnung: Einzelberatung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2026/2027 einschließlich der Behandlung der Haushaltssicherungsmaßnahmen, der Anträge aus dem Gemeinderat sowie der sonstigen Haushaltsanträge

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 1 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss am 9. Dezember 2025:

Ich darf zunächst auf eine ganze Reihe von Haushaltssicherungsmaßnahmen verweisen über die erste Veränderungsliste, die hier nicht in die Zuständigkeit des Gemeinderats fallen. Sie kennen diese Liste, die erste Veränderungsliste. Die möchte ich einfach aufrufen und davon ausgehen, dass Sie die zur Kenntnis genommen haben. Es sind nicht Anträge oder Vorschläge dabei, die durch Ihre Anträge noch einmal verändert werden wollten und sollten. Deswegen ist es mir nur wichtig, dass wir die der Vollständigkeit halber aufgerufen haben. Die haben Sie damit zur Kenntnis genommen.

Wir haben auch die eben angesprochene Infovorlage zum Thema LuKIFG, also die Verwendung der Fördermittel aus dem Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz. Daher würde ich die am Ende beim Investitionshaushalt noch einmal aufrufen. Da müssen wir gucken, wann die richtige Stelle ist. Aber ich glaube, es wäre jetzt verfrüht, die jetzt hier zur Diskussion zu stellen. Wir schwingen uns erst einmal ein bisschen in den normalen Ergebnishaushalt ein.

1000 Hauptverwaltung

Antrag Ö 2: HHS4_V8 - Keine Kürzungen bei der Fahrbereitschaft (Kleidergeld) (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/1014)

Wir haben dann unter der Haushaltsposition 1000 Hauptverwaltung eine auf der ersten Veränderungsliste unter dem Haushaltsvorschlag S4V8, die Streichung des Kleidergelds für die Bürgermeister*innenfahrer*innen. Und es gibt dazu einen Antrag der CDU-Fraktion mit der Ziffer Ö2, der jetzt hier zur Diskussion steht. Die CDU begehrt, dass wir das Kleidergeld für die Fahrer*innen der Bürgermeister*innen jetzt nicht reduzieren, und den würde ich jetzt hier auch zur Abstimmung stellen.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Unsere Fahrer sehen das Kleidergeld als Teil ihres Gehaltes an. Das ist eine gute Übung, und wir würden auch als Arbeitgeber daran festhalten wollen, dass wir dies so machen weiterhin.

Der Vorsitzende: Ich sehe keine weitere Wortmeldung. Dann können wir hier in die Abstimmung einsteigen. Und ich bitte, über diesen **Änderungsantrag** jetzt abzustimmen, und zwar ab jetzt. – Der Änderungsantrag ist damit **abgelehnt**.

Ich will noch einmal auf unsere Stellungnahme hinweisen, dass diese Kleiderpauschale aus einer Zeit kommt, an der es noch strengere Vorschriften gab, an die jeweiligen Dresscodes und dass wir ähnliche oder vergleichbare Angebote auch nicht für die anderen Mitarbeitenden haben und wir deswegen das auch aus Sicht der Verwaltung für verzichtbar gehalten haben und auch weiter halten.

HHS4_V9 - Keine Kürzungen bei der Fahrbereitschaft (Fahrsicherheitstraining) (CDU) **(Vorlage: DHH/2025/1015)**

Ich rufe damit auf, auch erste Veränderungsliste, den Vorschlag der Verwaltung, das Fahrsicherheitstraining der Fahrbereitschaft zu reduzieren. Auch dazu gibt es einen Änderungsantrag der CDU, der das aufrechterhalten möchte.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Das Fahrsicherheitstraining kann im Ernstfall Leben schützen, und wer an der Sicherheit spart, spart an der falschen Stelle.

Stadtrat Hock (FDP/FW): Mich würde noch interessieren, ob es nicht eine Pflichtaufgabe ist, dass das Fahrsicherheitstraining durchgeführt werden muss für Personal, was transportiert werden soll.

Der Vorsitzende: Es steht in der Stellungnahme ausdrücklich, dass im Rahmen des städtischen Arbeitssicherheitsdienstes alle zwei bis drei Jahre Fahrsicherheitstrainings unter realistischen Bedingungen durchgeführt wurden und auch weiter durchgeführt werden. Von daher kommen wir unserer Arbeitgeberin-Verpflichtung nach. Hier geht es um die Streichung zusätzlicher Fahrsicherheitstrainings, die unter Hochgeschwindigkeit auf irgendwelchen Rennstrecken durchgeführt werden. Da unsere Fahrer*innen alle nicht auf Hochgeschwindigkeitsstrecken fahren und auch auf der Autobahn gemäßigt unterwegs sein sollten, sehen wir das als verzichtbar an. Vor allem, wir erfüllen unsere Pflicht als Arbeitgeberin trotzdem, weil wir alle zwei bis drei Jahre Fahrsicherheitstrainings anbieten.

Wir kommen damit zu dem **Änderungsantrag der CDU** unter der Ziffer Ö 3, und ich bitte jetzt um Ihr Votum ab jetzt – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich darf noch einmal, damit jedem klar ist, was wir gerade tun, deutlich machen. Wenn ein solcher Änderungsantrag von Ihnen abgelehnt wird, wird automatisch der Verwaltungsvorschlag im Haushalt aufrechterhalten, nur dass es klar ist, was das dann für eine Konsequenz hat.

Antrag Ö 4 (Seite 35): HHS4_V10 - Streichung der Zuschüsse an Karlsruher Sanitätsorganisationen (AfD)
(Vorlagen DHH/2025/1017)

Wir kommen damit auf die Seite 35. Da geht es um den Vorschlag der Verwaltung, die Zuschüsse an die Karlsruher Sanitätsorganisationen zu reduzieren. Hier gibt es einen Antrag der AfD, dass keine solche Streichung erfolgen sollte.

Stadtrat Schnell (AfD): Wie in dem Antrag beschrieben, halten wir die Aufrechterhaltung des Zuschusses notwendig für die Arbeit der Sanitätsorganisation. Wir bitten deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag.

Der Vorsitzende: Wir können damit in die Abstimmung einsteigen. Es geht um den **Änderungsantrag Ö 4** der AfD, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 5 (Seite 33): HHS4_V30 - Personalmittel bei nichtbesetzter SAM-Stelle einsparen (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/1008)

Antrag Ö 6: HHS4_V30 - Streichung Personalmittel Leitung SAM (KAL)
(Vorlage: DHH/2025/1018)

Damit kommen wir weiter, wieder zurück auf die Seite 33. Der Vorschlag ist, dass wir die Mittel, die wir aus der Führungsposition für die Stabsstellen eigentlich im Haushalt drin haben entsprechend einsparen. Es gibt jetzt dazu Änderungsanträge, einmal von der CDU, dass wir die Mittel komplett einsparen, weil Ihnen wohl aufgefallen ist, dass wir im zweiten Haushaltsjahr die nur noch reduziert als Einsparung drin haben. Es gibt einen Antrag der Karlsruher Liste, der Ähnliches begehrt. Unsere Stellungnahme hat Ihnen deutlich gemacht, dass wir im zweiten Jahr diese Mittel deswegen nicht ganz als Einsparung drin haben, weil sie nur für ein Jahr überhaupt vorgehalten werden. Insofern bin ich eigentlich der Meinung, dass wir das, was Sie begehren, sowieso schon erfüllen und würde eigentlich empfehlen, dass damit Ihre Anträge als erledigt betrachtet werden können. Ich weiß aber nicht, ob Sie das so sehen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Wir sehen den Antrag nicht als erledigt, denn es ist auch so nebulös im Hintergrund, dass es für eine weitere Stelle vorgesehen ist. Und dann würden wir immer erst gerne sehen, was das dann werden soll. Von daher würden wir schon darauf bestehen, dass der komplette Einsparvorschlag für die beiden Jahre auch hier so bestehen bleibt. Wir würden gerne auf Abstimmung unseres Antrags auch bestehen.

Der Vorsitzende: Ich will nur darauf hinweisen, dass es dann an der Haushaltsaufstellung nichts ändert, weil wir sowieso im zweiten Jahr nur die drei Monate drin haben, die eben dieses Jahr komplettieren. Insofern ist es eher eine Art politisches Bekenntnis, was Sie hier abgeben. Wenn wir das alles neu strukturieren in ein eigenständiges Amt und würden dafür zusätzliche Personalmittel brauchen, würden wir wieder auf Sie zukommen. Ich sehe im Moment andere Möglichkeiten, deswegen haben wir das auch nicht direkt in den Zusammenhang gebracht. Ich sehe vor allem auch noch nicht den Zeitpunkt. Insofern will ich

nicht verhehlen, dass es da vielleicht irgendwann einmal Wünsche gibt, aber ob die 2026 sind oder 2027, das werden wir dann sehen. Und wie gesagt, ich glaube, dass wir es auch anders hinkriegen.

Insofern können wir das gerne abstimmen. Ich kann dem auch zustimmen, weil es meiner Haushaltsvorlage entspricht. Insofern oder ich enthalte mich, weil Sie stimmen etwas ab, was sowieso schon drinsteht.

Stadtrat Cramer (KAL): Es ist genau so die Intention meiner Fraktion, dass wir ein politisches Signal senden wollen.

Der Vorsitzende: Gut, dann können wir die beiden Anträge zusammenfassen, die ich jetzt hier zur Abstimmung stelle, und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**. Wie wir damit jetzt umgehen sollen, weiß ich nicht, aber wir gucken einmal. Wie gesagt, im Haushalt ändert sich nichts. Da kann ich wieder Geld einstellen, das habe ich gar nicht vor.

Antrag Ö 7 (Seite 33): HHS4_GR6 - Verzicht auf Erhöhung der Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit in der Stadt Karlsruhe zum 1. Januar 2027
(Vorlage: 2025/1102)

Antrag Ö 8: HHS4_GR5 - Verzicht auf Freifahrtberechtigungen und Parkwertkarten für Gemeinderatsmitglieder
(Vorlage: 2025/1101)

Antrag Ö 9: HHS4_GR5 - Verzicht auf Freifahrtberechtigungen und Parkwertkarten für den Gemeinderat (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/1013)

(siehe separates Protokoll TOP 2)

Antrag Ö 10: HHS4_GR1 - Streichung der Mittel für die Entwicklungspartnerschaft (Partnerschaftsbörse Eine Welt Karlsruhe e.V.)
(Vorlage: 2025/1095)

Antrag Ö 11: HHS4_GR1 Mittel für die Partnerschaftsbörse Eine Welt Karlsruhe e. V. in geringerem Umfang erhalten (Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, KAL)
(Vorlage: DHH/2025/1011)

Wir kommen damit zum Vorschlag der Verwaltung Ö 10, der Streichung der Mittel für die Entwicklungspartnerschaft. Da gibt es einen Antrag dazu, der aber, glaube ich, nicht die volle Höhe, sondern nur eine reduzierten Ausstattung begehrt. Ich würde deswegen zunächst den Vorschlag der Verwaltung als weitergehenden Vorschlag aufrufen und dann den entsprechenden Änderungsantrag. Das macht von der Logik her Sinn.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Ich spreche aber jetzt gleich zu unseren Anträgen und sehe die damit mit aufgerufen. Wir GRÜNE stimmen der Streichung im Bereich

Partnerschaftsbörse und Entwicklung politischer Bildungsarbeit in dieser Höhe eben nicht zu. Gerade in Zeiten der globalen Krisen ist der Erhalt der lokalen Strukturen im Bereich Entwicklungszusammenarbeit zentral. Die Stadt Karlsruhe ist der Agenda 2030 beigetreten, bekennt sich dazu und steht zu den 17 Nachhaltigkeitszielen der UN, und in diesem Sinne übernimmt die Stadt auch Verantwortung, deswegen diese Anträge.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Vor der Beschlussvorlage werden die Änderungsanträge aufgerufen. Also wir rufen den Änderungsantrag der GRÜNEN auf, aus unserer Beschlussvorlage - GRÜNE und KAL, genau, interfraktionell, GRÜNE und Karlsruher Liste - die Mittel für die Partnerschaftsbörse in Höhe von 15.000 Euro zu erhalten. Das ist ein **Änderungsantrag** zu unserer Beschlussvorlage, und den stelle ich jetzt hier zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Damit steht die **unveränderte Beschlussvorlage** der Verwaltung Ö 10 hier gleich zur Abstimmung, nämlich diese Position auf Null zu setzen. Ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**. Damit sind Sie dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt.

Antrag Ö 12: HHS4_GR2 - Streichung der Mittel für die Entwicklungspolitische Bildungsarbeit (Vorlage: 2025/1096)

Antrag Ö 13: HHS4_GR2 - Entwicklungspolitische Bildungsarbeit erhalten (Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, KAL)
(Vorlage: DHH/2025/1012)

Wir haben jetzt zum nächsten Punkt, Frau Fahringer hat schon darüber gesprochen, auch die entwicklungspolitische Bildungsarbeit. Hier ist unser Vorschlag, dass wir auch diese Position streichen, und der Änderungsantrag begehrt, dass wir die Position nicht streichen. Wenn ich das richtig im Kopf habe, ist es dieselbe Geschichte. Dann würde ich jetzt den Änderungsantrag aufrufen, auch wenn es ein bisschen paradox ist, aber so ist es nun einmal orchestriert, den **Änderungsantrag**, dass wir die 5.000 Euro doch im Haushalt drin behalten und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist doch eine große **Zustimmung**.

Damit haben Sie zum ersten Mal unseren Haushaltsentwurf verändert. Das gibt mir Gelegenheit, darauf hinzuweisen, dass wir jeweils nach den Pausen auch noch einmal einen aktuellen Sachstand geben, was Sie denn alles schon so verändert haben, nachdem ich jetzt spüre, dass wir doch nicht drum herum kommen. So werden Sie über die Tage hinweg dann doch auch immer wissen, wo wir gerade stehen.

Antrag Ö 14 (Seite 34): HHS4_GR3 - Reduzierung der Zuschüsse an die Bürgervereine / Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine
(Vorlage: 2025/1098)

Antrag Ö 15: HHS4_GR3 - Keine drastische Kürzung des bürgerschaftlichen Engagements (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/1016)

Wir kommen damit auf der Seite 34 zur Reduzierung der Zuschüsse an die Bürgervereine, Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine. Das ist ein Vorschlag von uns, hier zu reduzieren. Und es gibt dazu einen Änderungsantrag der CDU unter der Ziffer Ö 15, keine drastische Reduzierung. Der begehrt, dass wir nur die Hälfte reduzieren, wenn ich das richtig weiß.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Unsere Bürgervereine leisten einen unverzichtbaren, wertvollen Beitrag für die Stadtgesellschaft. Sie bereichern auch das Miteinander und das Leben in den Stadtteilen, sind Bindeglied zu uns Gemeinderäten und politischen Vertretern. Dieses ehrenamtliche Engagement wollen wir auch weiterhin gewährleisten und stärken. Wir sehen aber auch und erkennen an, die Bereitschaft der Bürgervereine, einen gewissen Betrag einzusparen. Das gehen wir so mit. Aber für weitere Kürzungen sind wir nicht zu haben.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, damit stelle ich den **Änderungsantrag** der CDU hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Damit können wir uns eigentlich noch einmal die Zustimmung zum veränderten Beschlussvorlage der Verwaltung sparen. Sind wir uns da einig? Weil eigentlich ist klar, dass damit die Reduktion nur um 5.000 Euro erfolgt.

Antrag Ö 16: HHS4_GR4 - Kürzung der Zuschüsse an die Gemeinderatsfraktionen
(Vorlage: 2025/1099)

Antrag Ö 17: HHS4_GR4 - Kürzungen bei den Fraktionsgeschäftsstellen nur temporär (CDU) (Vorlage: DHH/2025/1004)

Wir kommen damit zum Thema Kürzung der Zuschüsse an die Gemeinderatsfraktionen. Das ist ein Vorschlag von uns unter Ö 16, und Ö 17 hat die CDU hierzu einen Änderungsantrag gemacht, der festlegt, dass es jetzt nur eine temporäre Regelung ist. Vielleicht können Sie, Herr Stadtrat Hofmann, dazu noch etwas sagen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Es ist teilweise mit dem Hin und Her, mit den Satzungen doch etwas schwierig. Uns ist wichtig, dass die Gelder nur temporär eben gekürzt werden, sondern dass wir das nicht als Verstetigung haben und dann wieder der Eindruck erweckt wird, dass wir hier eine Erhöhung haben wollen, sondern wir wollen nur, dass es für den jetzigen Doppelhaushalt gekürzt wird und im nächsten Haushalt wieder in entsprechender Form mit aufgenommen wird. Wenn die Haushaltslage weiter so ist, werden wir es natürlich wieder machen, aber deswegen legen wir Wert auf dieses Temporär, dass es mit drin ist, und eben nicht dauerhaft.

Der Vorsitzende: Ich hatte vergessen darauf hinzuweisen, dass wir damit auch noch den Tagesordnungspunkt 3 aufrufen, womit sich eigentlich die Beschlussvorlage der Verwaltung unter Ö16 erledigt hat, weil das Teil der Satzung ist, und es geht jetzt um den Antrag der CDU, dass wir sozusagen politisch beschließen, dass das nur für die Jahre 2026/27 gilt und dann ab 2028 wieder mit der entsprechenden erhöhten Veränderung bei Ihnen vorstellig werden. So wäre der Prozess.

Und diesen **Antrag der CDU** würde ich jetzt zur Abstimmung stellen, und zwar ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

(siehe separates Protokoll TOP 3)

Ich darf darauf hinweisen, auf Seite 33, Veränderungsliste, Errichtung, Teilbudget, Gesamtbudget, Behindertenvertretung, dann auch summenneutrale Geschichte, auch auf Seite 33, Meistertask.

Antrag Ö 18: Veränderung der Berechnungsgrundlagen zur Erstattung von Kinderbetreuungskosten für Gemeinde-/Ortschaftsratsmitglieder (Volt)
(Vorlage: DHH/2025/1005)

Antrag Ö 19: Veränderung der Berechnungsgrundlagen zur Erstattung von Kinderbetreuungskosten für Gemeinde-/Ortschaftsratsmitgliedern (Volt)
(Volt)
Vorlage: DHH/2025/1502)

Wir kommen damit zu Ö 18, einem Antrag von Volt, Veränderung der Berechnungsgrundlagen zur Erstattung von Kinderbetreuungskosten für Gemeinde- und Ortschaftsratsmitglieder. Da gibt es jetzt sogar zwei Anträge. Ach so, das eine ist Gemeinderat, das andere ist Ortschaftsrat. Vielleicht können wir es trotzdem zusammen aufrufen.

Stadträtin Geißinger (Volt): Unser Antrag bezieht sich darauf, dass dieses Ehrenamt nur, wie wir schon besprochen haben, bedingt vereinbar ist mit Familie, Beruf, und vor allem auch bei Kindern ist es einfach ein großes Problem, weil aktuell die Pauschale beim besten Willen nicht den Verdienstausfall oder auch die Betreuungskosten abdeckt. Deswegen haben wir den Antrag gestellt zur Veränderung der Berechnungsgrundlage, um es auszuweiten, und freuen uns auf Unterstützung.

Der Vorsitzende: Wir haben damit einen **Antrag**, der sowohl für die Gemeinde- als auch für die Ortschaftsräte gelten würde. Und den stelle ich jetzt hier zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 20: Aussetzung des Empfangs des Oberbürgermeisters zum Tag der Arbeit (FDP/FW) (Vorlage: DHH/2025/1007)

Damit kommen wir zum Antrag Ö20 der FDP, Freie Wählerfraktion, Aussetzung des Empfangs des Oberbürgermeisters zum Tag der Arbeit, von Ihnen hier ausführlich und ausdrücklich betreut mit Ihrem Vorschlag.

Stadtrat Hock (FDP/FW): Ich mache es kurz. Wenn der Bürgerempfang, Herr Oberbürgermeister, nicht mehr möglich sein kann, dann sollte der Oberbürgermeister auch vielleicht einmal vorangehen und diesen Empfang und diese Gespräche auch ausfallen lassen. Deshalb unser Antrag, und wir bitten um wohlwollende Zustimmung.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weitere Wortmeldung. Wir stimmen über diesen Antrag ab, und zwar ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 21: Städtepartnerschaft mit Winnyzja langfristig sichern (Volt) (Vorlage: DHH/2025/1009)

Antrag Ö 22: Projekt "Auszeit vom Krieg" erhalten (GRÜNE) (Vorlage: DHH/2025/1010)

Antrag Ö 23: Sicherung des Sommercamps "Auszeit vom Krieg" für Kinder und Jugendliche aus der ukrainischen Partnerstadt Winnyzja (KAL) (Vorlage: DHH/2025/1019)

Ich rufe damit auf Ö21, einen Antrag der Volt-Fraktion, Städtepartnerschaft mit Winnyzja langfristig sichern.

Stadtrat Gaukel (Volt): Ich nehme auch direkt den Antrag, der danach kommt, noch in die Rede mit ein. Es geht um unsere Partnerschaft mit Winnyzja, die wir auch dieses und letztes Jahr schon sehr oft begangen und gefeiert haben, gerade auch in der trilateralen Partnerschaft mit Nancy. Das Problem ist, das ist aktuell eine Förderung, die ausläuft, für ein paar von uns schon im Herbst nächsten Jahres. Daher würden wir gerne mündlich den Änderungsantrag stellen, dass das dann ab Ablauf der Förderung mitgenommen wird, also quasi noch diese Viertelstelle, die es dann in 2026 bräuchte als Änderungsantrag. Die Förderung läuft aus. Es ist nicht sicher, dass diese weitergeht, da es auch schon die zweite Verlängerung wäre. Uns ist eben wichtig, dass wir sicherstellen können, dass diese starke Partnerschaft, gerade auch in den unsicheren Zeiten, mit dem Rückzug auch von Amerika, immer mehr von Ukraine, dass wir stark an der Seite stehen, nicht nur mit der Stadt selber, sondern gerade auch mit den Jugendlichen. Deswegen auch danach der Punkt Auszeit von Krieg. Daher freuen wir uns über Zustimmungen.

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Die Bilder des elfjährigen Roman aus Winnyzja, der im Jahr 2022 bei einem Raketenangriff seine Mutter verloren hat, gehen gerade noch einmal um die Welt. Einige von uns waren genau an diesem Ort, wo das passiert ist, in der Stadt, beim Krankenhaus, haben die Trümmer gesehen. Und jetzt haben wir noch ein weiteres Gesicht dazu, noch ein weiteres Kind, das von diesem schrecklichen Angriffskrieg betroffen ist. Deswegen schließe ich mich den Ausführungen meines Vorredners an. Das ist etwas sehr

Wichtiges, was wir hier tun, auch wenn es nicht originär eine städtische Aufgabe ist. Wir wollen sichern, dass sowohl die Auszeit vom Krieg als auch die sehr gute Arbeit der Stadtverwaltung bei der Städtepartnerschaft mit Winnyzja weitergeführt werden kann. Deswegen diese beiden Anträge, dem Volt-Antrag stimmen wir zu. Bei dem Antrag zur Auszeit vom Krieg lesen wir die Stellungnahme so, dass die Verwaltung alles dafür tut, um zusätzliche Drittmittel einzuwerben. Aber da stecken noch ganz viele Konjunktive drin. Deswegen möchten wir auf jeden Fall sicherstellen, dass dieses Projekt auch in Zukunft gesichert wird und freuen uns natürlich auch, wenn weiterhin mit der gleichen Verve für zusätzliche Drittmittel geworben wird.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Die Städtepartnerschaft mit Winnyzja ist sehr wichtig. Da brauchen wir hier keine lange Reden drüber halten, aber die Arbeit der Verwaltung ist hervorragend. Das möchte ich auch unterschreiben. Deshalb bin ich auch völlig zuversichtlich, dass die Auskunft der Verwaltung auch verlässlich ist, dass falls es in irgendeiner Weise zu Defiziten kommt, wir rechtzeitig einen Ausgleich herbeischaffen werden. Ich glaube, gesamtgesellschaftlich wird keiner an dieser Initiative ernsthafte Zweifel haben.

Stadtrat Dr. Fechner (SPD): Wir vonseiten der SPD-Fraktion stehen zu unseren Städtepartnerschaften, und insbesondere Winnyzja hat hier aufgrund der aktuellen Situation eine herausragende Position. Vor dem Hintergrund werden wir sowohl den Antrag der Volt als auch für eine weitere hinreichende finanzielle Ausstattung der Auszeit vom Krieg stimmen. Für uns ist es entscheidend, dass die Chance, die jetzt besteht, Frieden für die Ukraine, genutzt wird und wir auch in diesem Kontext verstärkt uns engagieren. Wir werden uns verstärkt engagieren müssen, und in diesem Sinne werden wir beiden Anträgen zustimmen.

Stadtrat Cramer (KAL): Meine Fraktion wird dem Volt-Antrag, dem GRÜNEN-Antrag und dem Antrag der Karlsruher Liste zustimmen. Ich denke, das ist ein wichtiges Signal, auch in Richtung Winnyzja. Es wird dort schon beobachtet oder mit verfolgt, was wir hier in Karlsruhe entscheiden, für was wir uns einsetzen. Wenn man vielleicht ein bisschen Hoffnung haben kann nach den letzten Tagen in Berlin durch die Initiative vom Bundeskanzler, kann vielleicht sich etwas bewegen, dass zumindest eventuell ein Waffenstillstand möglich ist. Und das würde bedeuten, dass auch vonseiten der Stadt Karlsruhe es einfacher ist, dann direkte Austausche mit Winnyzja zu machen und nicht immer nur - in Anführungszeichen - mit einer offiziellen Delegation, die dann unter gewissen Sicherheitsaspekten überhaupt auf die Reise gehen kann. Von daher denke ich, dass es auch für die Zukunft, auch wenn der Krieg vielleicht nicht mehr so hart geführt wird, eine wichtige Entscheidung ist.

Der Vorsitzende: Ja, vielen Dank auch an Sie alle für die tolle Unterstützung, die wir uns gegenseitig, Verwaltung auf der einen Seite, Gemeinderat auf der anderen Seite, aber auch Zivilgesellschaft hier bei diesem wichtigen Thema in den letzten Jahren ausgesprochen haben. Und vielen Dank auch für die Anträge, die uns noch einmal motivieren, dass wir auf der einen Seite diese Personalstelle auf alle Fälle sichern müssen, und auf der anderen Seite auch das Sommercamp „Auszeit vom Krieg“ aufrechterhalten und weiter durchführen wollen. Sie wissen, dass das auch mir immer beides ein großes und auch sehr persönliches Anliegen ist. Ich würde deswegen jetzt einmal die beiden Dinge zur Abstimmung stellen, vom Verständnis her als ausdrückliche Aufforderung der Verwaltung, alles dafür zu tun, die Finanzierung zu sichern. Sollten wir dazu noch zusätzliche Mittel brauchen, kommen wir dann gegebenenfalls auf Sie zu, und mir damit noch einmal mehr Rückendeckung zu geben. Aber ich würde es jetzt gerne abstimmen, ohne dass wir zusätzliche Mittel

einstellen. Ich komme dann auf Sie zu, und dann müssen wir das dann entsprechend klären. Aber auch da bin ich sehr zuversichtlich. Ich sage Ihnen zu, wir werden beides sichern. Und ich will aber im Moment im Haushalt nicht was reinnehmen, was wir möglicherweise gar nicht brauchen.

Dann würde ich jetzt den Antrag aufrufen, Städtepartnerschaft mit Winnyzja langfristig sichern. Da geht es um die Personalthematik und bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. - Vielen Dank.

Dann würde ich die beiden **Anträge der GRÜNEN** und der **Karlsruher Liste** zusammenfassen, unter der Überschrift „Das Sommercamp sichern“ und würde das jetzt auch noch einmal zur Abstimmung stellen, und zwar ab jetzt. - Auch das ist hier eine **breite Zustimmung** zu diesem Thema.

1100 Personal und Organisation

Wir kommen damit auf die Seite 39, der Teilhaushalt 1100, Personal und Organisation. Ich darf noch einmal auf die Veränderungen über die erste Veränderungsliste hinweisen, die eine ganze Zahl von entsprechenden Stellen vorschlägt, die wir dann nicht besetzen werden.

Antrag Ö 24: Begrenzung von Bürgermeistergehältern (SR Braun) (Vorlage: DHH/2025/1101)

Wir kommen dann auf der Seite 43 zum Antrag von Herrn Stadtrat Braun zur Begrenzung von Bürgermeister*innengehältern. Ich sehe jetzt keine Wortmeldung, doch Herr Stadtrat Braun.

Stadtrat Braun (Die PARTEI): Im Zentrum meiner Überlegungen für diesen Antrag stand, dass wir bei so einer gewaltigen Einsparsumme, die wir über die nächsten zwei Jahre vorhaben, auch irgendwo bei uns selbst anfangen müssen. Also habe ich den Antrag geschrieben, bis mir aufgefallen ist, dass ich überhaupt gar kein Bürgermeister bin. Der Antrag war aber geschrieben, also habe ich ihn aufrechterhalten, ohne Frage. Herr Oberbürgermeister, Herren und Damen Bürgermeister, Sie leisten wichtige Arbeit, ohne Frage. Das möchte ich auch gar nicht zur Diskussion stellen, aber die Frage ist eben, ob Sie beispielsweise zehnmal mehr leisten als eine durchschnittliche Erziehungskraft. Deswegen habe ich den Antrag so formuliert beziehungsweise an das zehnfache Gehalt einer durchschnittlichen Erziehungskraft gekoppelt. Ich kann natürlich verstehen, wenn der ein oder andere diesen Antrag heute nicht annimmt. Dann bin ich natürlich gerne bereit mit Ihnen zu überlegen, was wir sonst machen können, vielleicht auf die Dienstwägen zu verzichten und durch KVV Nextbike zu ersetzen. Da werden wir bestimmt noch weitere Vorschläge diskutieren können.

Der Vorsitzende: Ich möchte Sie nur darauf hinweisen, ich glaube, das steht in unserer Stellungnahme nicht, wenn Sie ein durchschnittliches Erziehungsgehalt nehmen, etwa aus einer Kindertagesstätte, und dann das Zehnfache noch für möglich halten, wäre das etwa eine Verdopplung vermutlich meines Einkommens. Insofern würden Sie Ihrem Ziel damit

nicht nahe kommen, ich will nur ausdrücklich darauf hinweisen. Ich stelle Ihren Antrag jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Vielen Dank.

Antrag Ö 25: Gesundheitsbelastungen der Mitarbeitenden durch Kürzungen beim städtischen Personal erkennen und präventiv angehen (Die Linke)
(Vorlage: DHH/2025/1102)

Ich rufe auf Seite 43, einen Antrag der Linken, der eine Stellenschaffung begehrt, um hier eine Anlaufstelle für Gesundheitsbelastungen vorzuhalten.

Stadträtin Kaufmann (Die Linke): Im Zuge der Haushaltssicherung stehen wir vor einem massiven Stellenabbau. Abgesehen davon, dass wir diesen Kahlschlag für falsch halten, müssen wir die städtischen Angestellten, die heute schon am Limit arbeiten, dringend schützen. Ein Teufelskreis von immer mehr Druck und einem steigenden Krankenstand droht die Belastung für die verbleibenden Beschäftigten immer weiter zu erhöhen. Noch dazu riskieren wir die Funktionsfähigkeit unserer Stadtverwaltung. Als Gegenmaßnahme beantragen wir deshalb ein Pilotprojekt als zentrale Anlaufstelle für das Gesundheitsmonitoring des städtischen Personals. Diese Stelle soll den Beschäftigten die Möglichkeit geben, sich anonym und vertraulich beraten zu lassen. Gleichzeitig soll damit verbunden eine Art Frühwarnsystem geschaffen werden, um gesundheitliche Beeinträchtigungen schnell zu erkennen und gegenzusteuern. So soll es möglich sein, rechtzeitig Handlungsoptionen aufzuzeigen und gemeinsam mit den relevanten Stellen sowie dem Personalrat Gegenmaßnahmen einzuleiten. Entgegen der Stellungnahme der Verwaltung denken wir, dass hier eine koordinierende Stelle von großem Vorteil wäre und bitten daher um Unterstützung für diesen Antrag.

Stadträtin Wolf (GRÜNE): Es stimmt, wir kürzen an einigen Stellen, die auch unsere Mitarbeitenden betreffen. Gerade die Kürzung bei den Fortbildungsmaßnahmen möchte ich erwähnen oder die ganz vielen Wiederbesetzungssperren, die auf den Listen sind. Und das ist klar, dass das meiste davon auch nur vorübergehende Maßnahmen sein können. Es ist unsere Aufgabe, in den nächsten Jahren auch langfristige Lösungen zu finden, die nicht zu Lasten unserer eigenen Mitarbeitenden gehen. Aber dieses zusätzliche Projekt werden wir dennoch ablehnen.

Der Vorsitzende: Mir ist noch einmal wichtig, dass wir entsprechend der Stellungnahme, die sehr zurückhaltend formuliert ist, nachweisen können, dass wir das alles schon haben. Wir haben mit dem internen Beratungsdienst, wir haben mit unserem Gesundheitsmanagement und auch mit den entsprechenden Arbeitsmediziner*innen ausreichende Anlaufstellen. Ich kann Ihnen versichern, dass auch aus dem IBD heraus, wenn einmal der Eindruck entsteht, in einzelnen Bereichen der Stadtverwaltung gibt es durch die entsprechenden Rückmeldungen, die natürlich anonym sind... Andersherum, die Vorsprachen, die Weitergabe ist dann an uns durchaus anonym. Wenn aber dort zum Beispiel Häufungen auftreten und wenn sich besondere Problemsituationen abzeichnen, kriegen wir durchaus auch noch eine Rückmeldung an die Führungsspitze, sodass wir uns noch einmal allgemein damit beschäftigen können und nicht nur Individuen-bezogen. Von daher finde ich Ihr Anliegen, Frau Stadträtin Kaufmann, völlig berechtigt, aber ich glaube, wir haben ein gutes Netz, das das im Moment gut auffängt. Und wenn wir merken, dass jetzt durch die

Kürzungen, durch Nichtbesetzungen und Ähnliches mehr das Netz nicht ausreichen sollte, müssten wir sowieso aus Arbeitgeberfürsorge auf Sie zukommen.

Ich stelle damit den Antrag zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

1200 Stadtentwicklung

Antrag Ö 26: HHS4_V71 - Einstellung der kostenlosen Taxifahrten für Wahlhelfer*innen (SPD, KAL)
(Vorlage: DHH/2025/1203)

Antrag Ö 27: HHS4_V72 - Einstellung der kostenlosen Park-Tickets für Wahlhelfer*innen (CDU, SPD, KAL)
(Vorlage: DHH/2025/1204)

Antrag Ö 28: HHS4_V73 - Einstellung der kostenlosen ÖPNV-Tickets für Wahlhelfer*innen (CDU, SPD, KAL)
(Vorlage: DHH/2025/1205)

Antrag Ö 29: HHS4_V76 - An Wahlhelfenden darf nicht gespart werden: Keine Reduzierung der Entschädigung für Hausmeister bei Wahlen (SPD)
(Vorlage: DHH/2025/1206)

Antrag Ö 30: HHS4_V77 - Reduzierung der Wahlhelferentschädigung pro Funktion (GRÜNE, CDU, SPD, KAL)
(Vorlage: DHH/2025/1207)

Wir kommen damit zum Teilhaushalt 1200 Stadtentwicklung. Da haben wir jetzt ein ganzes Konglomerat an Themen, die sich mit dem Thema der Entschädigung für die Wahlhelfer*innen bzw. auch für die Hausmeister bei den Wahlen beschäftigen. Jetzt müssen wir einmal gucken. Ich würde fast vorschlagen, dass ich die alle zusammen aufrufe. Das wäre im Grunde Ö26 bis Ö30, eine ganze Reihe von Anträgen. Wir müssen dann gucken, wie wir die nacheinander hier durchgestimmt bekommen.

Stadtrat Klinkhardt (GRÜNE): Wahlen sind die Grundpfeiler unserer Demokratie, und diese wollen wir nicht schwächen. Es geht dabei auch um die Anerkennung ehrenamtlicher Leistungen. Um es aber nicht zu kompliziert zu machen, wollen wir uns mit unserem Antrag auf den Hauptaspekt, nämlich das Erfrischungsgeld, konzentrieren.

Stadtrat Schütz (CDU): Kürzungen im Bereich der Durchführung von Wahlen betreffen das demokratisch legitimierte Staatswesen. Ich will die Punkte einzeln durchgehen. Insofern die Änderungsanträge von SPD und KAL bei der Durchführung der Taxifahrten zum Transport der Wahlunterlagen, die würden wir unterstützen. Die Kürzungen im Bereich des ehrenamtlichen Engagements bei der Wahldurchführung sehen wir ebenfalls kritisch. Deswegen in den Punkten 72 und 73 ebenfalls unsere Änderungsanträge sowie bei 77 den SPD-Antrag zur Reduzierung der Entschädigungen der Hausmeister. Dort würden wir die Verwaltungsvorlage mitgehen.

Stadträtin Ernemann (SPD): Die Wahlhelfer, das ist so ein wichtiges Ehrenamt, und ich habe das schon auch erlebt, es wird immer sonntags ausgeübt, dass also an einem brütend heißen Tag die Wahlhelfer ihrem Ehrenamt nachkommen. Vor zwei, drei Jahren, ich glaube, es war vor zwei Jahren, hatten wir ein massives Problem, Wahlhelfer zu finden. In mehrfachen Aufrufen über die Stadtzeitung ist es uns dann gelungen, doch noch Wahlhelfer zu finden. Und im Zuge dessen, dass es immer problematischer wird, für dieses Amt Helfer und Helferinnen zu finden, haben wir die Wahlhelferpauschale angehoben mit all dem, was in den nächsten Anträgen aufgeführt ist. Da wieder zurückzugehen, einen Rückschritt zu machen, ist für uns das falsche Signal. Wir sind dafür, dass die Wahlhelferpauschale und die ganzen Einstellungen, Taxifahrten und so weiter und so fort, weiterhin aufrechterhalten wird.

Stadträtin Döring (KAL): Ich kann mich all meinen Vorredner*innen nur anschließen. Das ehrenamtliche Engagement und auch das Engagement unserer Hausmeister*innen bei den Wahlen ist unverzichtbar, und deshalb halten wir jede Entschädigung hier auch für gerechtfertigt und wollen hier auch keine Kürzungen.

Stadträtin Geißinger (VOLT): Wir werden der Kürzung der grundsätzlichen Entschädigung nicht zustimmen, allerdings den ÖPNV-Tickets schon, weil wenn das an alle geht und wir da unnötig Kosten verursachen, müssen wir sowas überdenken. Ganz grundsätzlich schätzen wir aber das Engagement, und das sehen wir auch daran, dass immer mehr Menschen auch sich melden und sagen, ich mache das, und das sollten wir weiter aufrechterhalten. Deswegen können wir gewissen Reduzierungen zustimmen, aber nicht vollumfänglich.

Der Vorsitzende: Wir kommen damit in die Abarbeitung. Der erste Vorschlag der Verwaltung sieht vor, die kostenlosen Taxifahrten für Wahlhelfer*innen einzustellen. Der Änderungsantrag der SPD und der Karlsruher Liste begehrt, dass wir das nicht tun. Insofern würde ich jetzt diesen **Änderungsantrag Ö26** aufrufen, dass wir diese kostenlosen Taxifahrten weiter fortsetzen und finanzieren, und bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Der Änderungsantrag begehrt, dass wir diese Kürzung zurücknehmen. Wir haben sie noch gar nicht gekürzt, wir haben es Ihnen nur vorgeschlagen. Damit würden weiter kostenlose Taxifahrten bestehen bleiben, und wir brauchen die weitere Geschichte jetzt nicht abzustimmen. Es gab eine Fehlermeldung? Zwei Nein kommen noch dazu. **Dann sind wir bei 33 zu 14.** Das ändert am Ergebnis nichts. Da sind wir uns auch einig.

Dann kommen wir zum **Ö 27**, CDU, SPD, Karlsruher Liste. Da geht es um die kostenlosen Parktickets für Wahlhelfer*innen. Und auch das stelle ich jetzt hier zur Abstimmung, den Änderungsantrag, und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Auch damit ist der Einsparvorschlag der Verwaltung **abgelehnt**, und es gibt weiter kostenlose Parktickets.

Wir kommen damit unter **Ö 28** zu einem interfraktionellen Antrag CDU, SPD, KAL. Da geht es um die Einstellung der kostenlosen ÖPNV-Tickets für Wahlhelfer*innen. Auch wohlwissend, wie das vermutlich ausgeht, stelle ich es jetzt hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Damit ist auch dieser Einsparvorschlag der Verwaltung **abgelehnt**.

Wir kommen zum Einsparvorschlag der Verwaltung, die Entschädigung für die Hausmeister*innen bei den Wahlen zu reduzieren. Hier gibt es einen SPD-Antrag, das nicht zu tun.

Und dieser **SPD-Antrag** steht jetzt zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. – Auch dieser Vorschlag der Verwaltung ist **abgelehnt**.

Und zu guter Letzt kommen wir noch zur Wahlhelferentschädigung. Da gibt es einen doch sehr großen **interfraktionellen Antrag**, GRÜNE, CDU, SPD und KAL, das nicht zu vollziehen. Und dieser Änderungsantrag steht jetzt zur Abstimmung. Wir könnten es uns auch sparen, aber wir tun es, und zwar ab jetzt. – So, ich bleibe irgendwann alleine übrig, so ist das halt.

Antrag Ö 31: HHS4_GR8 - Reduzierung der Bezuschussung von Stadtteilhäusern (Reinigung, Mietkosten, Südwerk und nicht verausgabtes Budget)
(Vorlage: 2025/1105)

Antrag Ö 32: HHS4_GR8 - Reduzierung der Bezuschussung von Stadtteilhäusern (Reinigung, Mietkosten, Südwerk und nicht verausgabtes Budget) - SÜDWERK - Rücknahme Kürzung (KAL) (Vorlage: DHH/2025/1201)

Gut, wir kommen auf der Seite 53 zur Reduzierung der Bezuschussung von Stadtteilhäusern. Das ist ein Einsparvorschlag der Verwaltung. Hier begehrt die Karlsruher Liste in ihrem Änderungsantrag Ö 32, diese Reduzierung teilweise zurückzunehmen. Und das würde ich dann auch als Ersten zur Abstimmung stellen.

Stadträtin Döring (KAL): Wir haben vom Stadtteilzentrum im Südwerk speziell noch einmal die Nachricht bekommen, dass der Zuschuss doch für sie lebensnotwendig sei. Und deshalb haben wir den Antrag hier gestellt und bitten um Zustimmung.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Ich finde es grundfalsch, bei Stadtteilhäusern überhaupt zu sparen, weil genau in Zeiten, wo wir sparen, ist genau der gesellschaftliche Zusammenhalt so wichtig. Deswegen dürfen wir an der Stelle nichts abkürzen. Im Gegenteil, wir müssen eher was drauflegen.

Der Vorsitzende: Ich rufe zunächst den **Änderungsantrag** der Karlsruher Liste auf, den Einsparbeitrag zu reduzieren, und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **Ablehnung**.

Damit wird der **unveränderte Einsparvorschlag** der Verwaltung jetzt zur Abstimmung gestellt, nämlich die Reduzierung der Bezuschussung um 40.000 Euro. Und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt.

Stadtrat Gaukel (Volt): Frau Geißinger und ich wollten für Ja stimmen.

Der Vorsitzende: Sie wollten mit Ja stimmen, haben mit Nein gestimmt. Das heißt, wir haben **dann 40 zu 6, also eine Mehrheit** für den Verwaltungsvorschlag und damit für die Reduzierung der Bezuschussung.

Antrag Ö 33: HHS4_GR7 - Aufhebung Soziale Erhaltungssatzung "Alte Südstadt" (siehe auch BOA und LA) – Besetzungssperre
(Vorlage: 2025/1104)

Antrag Ö 34: HHS4_GR64 - Aufhebung Soziale Erhaltungssatzung "Alte Südstadt" (siehe auch AfSta und BOA)
(Vorlage: 2025/1165)

Antrag Ö 35: HHS4_GR72 - Aufhebung Soziale Erhaltungssatzung "Alte Südstadt" (siehe auch AfSta und LA) - hier Stelle Milieuschutz
(Vorlage: 2025/1174)

Antrag Ö 36: HHS4_GR7 - Weiterführung der Sozialen Erhaltungssatzung "Alte Südstadt" (Die Linke)
(Vorlage: DHH/2025/1208)

Antrag Ö 37: HHS4_GR64 - Weiterführung der Sozialen Erhaltungssatzung "Alte Südstadt" (Die Linke)
(Vorlage: DHH/2025/6201)

Antrag Ö: 38: HHS4_GR72 - Weiterführung der Sozialen Erhaltungssatzung "Alte Südstadt" (Die Linke)
(Vorlage: DHH/2025/6302)

Damit komme ich auf der Seite 58 zu einer etwas komplexeren Geschichte, nämlich der entsprechenden Weiterführung oder nicht Weiterführung der sozialen Erhaltungssatzung. Das beinhaltet dann den Haushaltsvorschlag GR 7, den Haushaltsvorschlag GR 64 und 72. Das Ganze hat was damit zu tun, dass die Erhaltungssatzung verknüpft ist mit einzelnen Stellen, und die Stellen werden erst später aufgerufen. Ich würde jetzt hier gerne letztlich die Grundsatzdiskussion führen, ob wir die Erhaltungssatzung aufrechterhalten oder nicht. Wenn Sie der Nicht-Aufrechterhaltung zustimmen würden, gehe ich davon aus, dass hinten auch die Personalstellen dann... Ich will nur auf diesen Zusammenhang hinweisen, wir werden sie natürlich hinten trotzdem noch einmal separat aufrufen.

Es gibt jetzt den Wunsch der Linken, dass wir auch den Antrag zur Zweckentfremdungssatzung mit aufrufen. Das können wir natürlich gerne alles miteinander diskutieren, aber wir können jetzt nicht aus verschiedenen Ecken des Haushalts die Dinge von der Entscheidung her zusammenführen, weil dann blickt hier keiner mehr durch. Deswegen einfach die Einladung aufnehmen, Sie können auch noch was dazu sagen, Frau Berghoff, dass wir das in einem Kontext diskutieren. Sie können auch noch einmal darstellen was Sie damit bezwecken. Ich kann jetzt nur schlecht aus verschiedenen Stellen haushaltsteile zusammenführen, von der Entscheidung her nicht zusammenführen. Diskutieren können wir alles zusammen, das ist klar. Vielleicht Frau Stadträtin Berghoff, ziehe ich Sie einmal vor, weil das Ihr Vorschlag war und dass sie kurz erläutern worum es ihnen da geht.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Ja, genau, ich hätte es sehr gerne im Zusammenhang mit dem Antrag der GRÜNEN diskutiert, weil es da doch auch um Personal geht. Ich kann das gerne begründen. Wir können aber auch natürlich jetzt über die Erhaltungssatzung

sprechen, und dann möchte ich aber bitten, das im Hinterkopf zu behalten, was ich gleich sage.

Der Vorsitzende: Okay, es geht Ihnen dann um eine andere Nutzung der Personalstellen, oder?

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Eventuell.

Der Vorsitzende: Gut, das können wir dann bei den Personalstellen diskutieren. Sie können es gerne hier auch mit einbauen, aber ich würde es gerne an unserem Regieplan festhalten. Da geht es jetzt zunächst um die Aufrufung der sozialen Erhaltungssatzung, und wenn ich das richtig verstehe, noch nicht um die einzelnen Personalstellen, aber es gibt natürlich einen großen Zusammenhang hier an dieser Stelle. Wir schlagen die Aufhebung dieser sozialen Erhaltungssatzung vor mit allen damit verbundenen Einsparoptionen, und Sie nehmen jetzt dazu Stellung.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Es geht auch jetzt schon zumindest um die ersten Personalstellen, weil für die Erhaltungssatzung im Amt für Stadtentwicklung, wo wir gerade sind, genauso wie im Liegenschaftsamt und im Bauordnungsamt aktuell Personalstellen eingesetzt sind, um Beratungsangebote durchzuführen, um Bauanträge zu prüfen, um die Einhaltung der sozialen Erhaltungssatzung zu gewährleisten und genauso gut, um antragstellende Bauherinnen und Bauherinnen dabei zu unterstützen, gegebenenfalls gemeinsam Lösungen zu finden, ihr Vorhaben so auszugestalten, dass es in die Erhaltungssatzung hineinpasst. Wir unterstützen die soziale Erhaltungssatzung weiterhin. Wir haben die Evaluation zur Kenntnis genommen, die die direkten und die indirekten Effekte beschreibt, dass uns es dadurch gelingt, das Thema Luxussanierungen und ähnliche Gentrifizierungsmaßnahmen innerhalb der Südstadt, innerhalb der Alten Südstadt weiter zu vermitteln, nach hinten zu drängen und damit auch die soziale Infrastruktur und das Wohnumfeld für die Menschen dort zu erhalten.

Von daher unterstützen wir die Anträge der Linken, die jetzt an dieser Stelle, aber wie auch in den anderen Teilhaushalten, die Aufrechterhaltung oder Beibehaltung der Stellen begehren, die eben notwendig sind, um diese Aufgaben auch durchzuführen. In demselben Kontext könnten diese Personalstellen aber natürlich auch zukünftig das Thema einer Zweckentfremdungssatzung bearbeiten. Das war der Wunsch, es zusammen aufzurufen. Aber darauf gehen wir dann wahrscheinlich später auch noch einmal ein.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Ich glaube, es muss nicht hier noch einmal wiederholt werden, dass die CDU von Anfang an erhebliche Bedenken gegen die Einführung dieser sozialen Erhaltungssatzung geäußert hat, die immer wieder auch bei Evaluationsdiskussionen bestätigt bekommen hat, es ist einfach ein erheblicher Aufwand, den wir da tätigen, mit einem vergleichsweise geringen Effekt. Wir wissen, dass in der praktischen Anwendung dieser Satzung bei den Bauleuten das als Hindernis angesehen wird, und sehen auch letztlich ein Hindernis, was die Modernisierung dieses Stadtteils auch mit sich bringt. Man kann nicht hier heile Welt auf alle Ewigkeit konservieren wollen, das nur so ganz kurz am Rande. Es ist nicht umsonst, dass die Verwaltung ihrerseits die Aufhebung anregt, beantragt oder vorschlägt, einfach weil wir hier erhebliche Haushaltsmittel investieren. Und das wollen wir uns künftig ersparen.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Jetzt sind wir an dem Punkt, an dem es für die SPD schwierig wird. Die soziale Erhaltungssatzung Alte Südstadt war ein Kind, was wir als Partei, als Fraktion mit auf den Weg gebracht haben, aber mit Blick auf Realitäten müssen wir sagen, dass die Effekte, die wir uns erhofft haben, in der Form nicht eingetreten sind. Und wenn man das im Sinne einer Kosten-Nutzen-Betrachtung sich anschaut, und wir reden hier über vier Personalstellen, müssen wir sagen, dass wir dem Vorschlag der Verwaltung folgen. Nichtsdestotrotz halten wir es für notwendig, dass es eine Zweckentfremdungssatzung geben wird. Wir werden uns auch an dem entsprechenden Punkt äußern. Aber ich glaube, die Zeiten sind vorbei, an denen wir kleinteilige Lösungen für, ich sage jetzt mal, einzelne Stadtteile in dem Fall finden müssen, und vielleicht können wir Dinge auch in einem größeren Kontext stellen, eben im Sinne einer Zweckentfremdungssatzung. Und die Problematik der Gentrifizierung sehen wir, wie wir es auch in der letzten Gemeinderatssitzung debattiert haben, an anderer Stelle.

Stadtrat Schnell (AfD): Ursprünglich stand die AfD-Fraktion der Idee durchaus positiv gegenüber, aber als sich dann zeigte, was die Stadt für ein bürokratisches Monster geschaffen hat, konnten wir das letztendlich damals nur noch ablehnen. Wir sind jetzt umso mehr erfreut, dass die Stadt jetzt von sich aus sagt, sie will das endlich abschaffen. Also wir folgen hier der Verwaltungsvorlage.

Stadtrat Hock (FDP): Kollege Löffler hat in seinen Worten das gesagt, von dem wir auch damals überzeugt waren. Herr Oberbürgermeister, Sie wissen, so wie ich, wir haben das zusammen, wir beide auch bei uns in der Fraktion damals noch ausdiskutiert. Wir haben uns hinter Sie gestellt, haben aber gesagt, wenn wir in den Jahren sehen, und der Kollege hat gerade von dem Monstrum gesprochen, das hier aufgebaut wird, dass wir es wirklich extrem kompliziert machen in der Südstadt, dann muss man auch die Größe haben zu sagen, wir haben uns auf einen Weg begeben, der sicherlich nicht praktikabel ist für uns als Stadt Karlsruhe. An diesem Punkt ist meine Fraktion. Deshalb werden wir heute diesen Weg noch einmal zurückgehen und auf Anfang. Wir können das dieses Mal, so wie wir es zusammen in der Fraktion besprochen haben, nicht weiterführen. Deshalb würden wir uns dieses Mal dann nach Jahren der Draufsicht sagen, wir können das nicht mehr mitgehen. Deshalb würden wir jetzt da umsteuern.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Wie schon erwähnt wurde, wurde uns der Tätigkeitsbericht und die Evaluation zur sozialen Erhaltungssatzung vorgelegt. Aus unserer Sicht beweist der Bericht, dass die Erhaltungssatzung ein sinnvolles Instrument ist und wirkt. Auch am Vorliegen der Sachgründe hat sich nichts geändert. Und ich möchte an dem Punkt auch noch zu bedenken geben, dass wir in der nächsten Woche den Beschluss zum Bauturbo auf der Tagesordnung des Gemeinderats haben. Ein Wegfall der Erhaltungssatzung in Verbindung mit den aktuell geplanten Kriterien des sogenannten Bauturbos kann den Charakter der Südstadt inklusive der Bedingungen für die Mieter*innen noch viel schneller zum Negativen verändern. Es darf nicht allein um bloßen Wohnraum gehen. Wir dürfen die Bezahlbarkeit und auch die Quartiersentwicklung nicht aus den Augen verlieren. Wir halten den Mili-euschutz für unbedingt fortführungswert, um Verdrängung und Gentrifizierung entgegenzuwirken. Über die personelle Ausstattung können wir an dem Punkt gerne diskutieren. Das hatte ich auch vorhin schon erwähnt. Wer den Antrag auch wirklich gelesen hat, liest auch, dass wir die Stelle des Liegenschaftsamtes zur Disposition stellen. Wir können Stellen gerne auch für die zweckentfremden abstellen oder den Aufwand einschränken. Die

Satzung an sich muss unseres Erachtens aber unbedingt bestehen bleiben. Und hierfür bitten wir inständig um Zustimmung.

Stadtrat Cramer (KAL): Meine Fraktion ist weiterhin überzeugt davon, dass die Erhaltungssatzung Alte Südstadt bestehen bleibt. Wir können dem Vorschlag der Verwaltung so nicht zustimmen. Was wir allerdings sehen, ist, dass noch einmal in Details geschaut werden muss, dass es zum Beispiel beim selbstgenutzten Wohnraum möglich sein muss, auch modernisieren zu können. Das ist ein Punkt, das habe ich auch in der letzten Gemeinderatssitzung schon einmal angesprochen, dass das nicht verunmöglicht wird. Auch zum Beispiel die energetische Sanierung muss möglich sein, ohne dass jetzt gesagt wird, dadurch wird der Wert der Wohnung oder des Gebäudes gesteigert, und dann ist es darum nicht zulässig. Also wir müssen noch einmal reingehen in die Details, weil wir sehen das nicht so, dass es ein Monstrum ist. Wir haben uns da auch noch einmal kundig gemacht. Natürlich ist es so, dass viele Hausbesitzer und Architekten klagen, aber genauso ist es so und das wird hier irgendwie negiert, dass sehr wohl in viele Bauprojekte genau das greift, was mit der Erhaltungssatzung gewollt wird. Also das stimmt so nicht, hier das pauschal abzutun, dass es keine Wirkung hat. Da sollte vielleicht die Mehrheit des Gemeinderats, und ich denke, die Verwaltung kann das auch bestätigen, dass das schon einen Erfolg hat.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Der Stadtrat ist überzeugt, ich bin überhaupt nicht überzeugt, ich habe mit den Leuten dort auch gesprochen. Und das Problem ist, dass das eigentlich überhaupt nicht wirkt. Es wirkt nur bei den Menschen, die einen Antrag gestellt haben, aber bei denjenigen, die keinen gestellt haben, die es trotzdem gemacht haben, hat es überhaupt keine Wirkung. Manche haben es sogar gemacht und haben gesagt, die Strafe ist einkalkuliert. Also das ist ein Monster in der Tat, und das zeigt keine Wirkung. Deswegen brauchen wir das einfach nicht. Das Geld können wir uns wirklich sparen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, ich blicke jetzt auch bei den drei Anträgen durch, die sich jeweils auf die drei Personalanteile beziehen. Ich würde vorschlagen, dass wir jetzt trotzdem alles durchstimmen und nicht dann an den einzelnen anderen Standorten das noch einmal aufrufen. Wir sind jetzt gerade im Thema drin. Wir haben die Vorschläge der Verwaltung Ö 33, Ö 34, Ö 35, und die korrelieren immer eins zu eins mit den entsprechenden Änderungsanträgen der Linken, nämlich 36, 37, 38. Und deswegen rufe ich jetzt die Änderungsanträge der Linken auf.

Wir haben **Ö 36**, da geht es um die entsprechende personelle Ausstattung des Amtes für Stadtentwicklung. Und da begehrt die Linke, dass wir diese Kürzung nicht vornehmen. Das ist der Änderungsantrag, und der steht jetzt zur Abstimmung und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**. Damit brauche ich, glaube ich, den Änderungsvorschlag, den Reduzierungsvorschlag der Verwaltung nicht noch einmal abstimmen, weil der eigentlich inhaltlich dasselbe ist, wenn Sie damit so einverstanden wären.

Ich rufe dann auf den Änderungsantrag der Linken, **Ö 37**, das bezieht sich auf die Stelle des Liegenschaftsamtes, zum selben Thema und bitte zum Änderungsantrag jetzt auch um das Votum ab jetzt. – Auch das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann rufe ich auf den **Ö 38** der Linken, das ist die entsprechende Personalausstattung beim Bauordnungsamt. Und auch da bitte ich Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Die endgültige

Satzungsaufhebung müssen Sie auch noch beschließen. Da würden wir dann im Januar auf Sie zukommen oder im Februar. Das können wir rückwirkend machen, das ist an der Stelle kein rechtliches Problem.

Antrag Ö 39: Günstiger wohnen durch Mietspiegel-Informationen (Volt)
(Vorlage: DHH/2025/1202)

Damit kommen wir auf der Seite 55 zum Antrag der Volt: Günstiger Wohnen durch Mietspiegelinformationen. Ich darf hier noch einmal ausdrücklich auf die Stellungnahme der Verwaltung verweisen.

Stadtrat Gaukel (Volt): Auf die Stellungnahme gehe ich auch gerne gleich ein. Vielleicht noch kurz davor, zum letzten Punkt haben wir uns zurückgehalten, da ging es auch letztlich um Mietkosten. Die sind da auch dabei, das sollten wir vor allem auch gesamtstädtisch angehen, und da haben wir zum Beispiel den Mietspiegel als Tool, um zumindest einmal die Transparenz zu schaffen. Den haben wir auch immer hier im Gemeinderat und verbreiten den jetzt. Es ist aber die Frage, wie viel erreicht es wirklich, und da finden wir, das an den Meldescheinen einfach mitzugeben, ist eine sehr niedrigschwellige, einfache und auch kostengünstige Möglichkeit, diesem Mietspiegel eine größere Reichweite zu geben, gerade auch wenn neu vermietet wurde, weil gerade dort wir oft dieses Mietpreisproblem haben. Ich finde auch die Stellungnahme in Bezug auf Neutralität, wir sind da auch offen, den Antrag dahingehend zu ändern, dass das gerne auch an die Vermieter verteilt wird, der Mietspiegel, damit hier die Neutralität gewahrt ist. Und letztlich sollen einfach nur Beratungsstellen - ich weiß nicht, ob es Vermieterberatungsstellen gibt, die können wir gerne noch mit aufnehmen. Also was die inhaltliche Ausgestaltung angeht, sind wir natürlich offen, aber grundsätzlich diese Infos verteilen und die Leute auch weiter zu verweisen, finden wir sehr wichtig. Und das Argument, wenn mehr Leute Bescheid wissen, dann haben auch mehr Leute Anfragen, ist dann doch eher bezeichnend, dass man eher mehr dieser Informationen braucht.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Lieber Fabian, jetzt machst du es mir doch schwer zu reden. Ursprünglich wollte ich sagen, dass wir nicht müde werden, zu betonen, dass wir den Mietspiegel in seiner aktuellen Form strikt ablehnen, den Antrag aber toll finden, weil auch eine Mietrechtsberatung an Informationen mit weitergegeben wird. Jetzt stellst du den zur Disposition, jetzt würde ich gerne wissen, wie wir da vorgehen, weil wenn das rausfällt, stimmen wir natürlich nicht mit.

Der Vorsitzende: Also ich kann aufklären. Ich habe es so verstanden, dass wir jetzt diesen Mietspiegel, damit es nicht nur eine einseitige Beratung gegen die Vermieterinnen und Vermieter ist, ich sage das jetzt mit meinen Worten, auch den entsprechenden Vermieterinnen und Vermietern zur Verfügung stellen. So habe ich Sie verstanden, Herr Gaukel. Damit wollen Sie einer unserer Gegenargumente entkräften. Insofern, Frau Berghoff, können Sie das weiter gut finden, wenn ich einmal versuche, in Ihre Denke hineinzukommen.

Okay, wir kommen damit zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Wir haben damit eine **knappe Mehrheit für den Antrag**. Da gibt es auch, glaube ich, keine Zweifel. Und damit haben wir dieses Kapitel abgeschlossen.

1300 Presse und Information

Ich rufe auf den Teilhaushalt 1300, Presse und Information. Da möchte ich Sie noch einmal auf die Information von uns hinweisen, dass wir auch bei der Öffentlichkeitsarbeit erheblich einsparen. Wir werden das aber dann, wenn es Konsequenzen hat auf entsprechende Redaktionsstatute der Stadtzeitung - was da immer auf Sie zukommt, wenn es so weit beschlussreif ist - mit Ihnen auch noch diskutieren.

1400 Rechnungsprüfung

Unter 1400 haben wir die Rechnungsprüfung. Da gibt es auch nur ausschließlich Haushaltssicherungsmaßnahmen, die in die Zuständigkeit der Verwaltung fallen.

1500 Ortsverwaltungen und Stadtamt Durlach

Und wir kommen damit zu 1500, den Ortsverwaltungen und dem Stadtamt Durlach.

Antrag Ö 40: HHS4_GR9 - Aussetzung der Zuschüsse für Grötzinger Vereine, die keine Zuschüsse von anderer städtischer Stelle erhalten haben
(Vorlage: 2025/1106)

Antrag Ö 41: HHS4_GR10 - Optimierung und strategische Neuausrichtung der Öffentlichkeitsarbeit
(Vorlage: 2025/1107)

Antrag Ö 42: Verwaltungsmodernisierung in den Bergdörfern (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/1501)

Hier fangen wir mit der Seite 80 an und auf der Seite 79 gibt es Aussetzung der Zuschüsse, Optimierung von Neuausrichtungen. Dazu gibt es keine Änderungsanträge. Ich darf Sie auch noch auf summenneutrale Eintragsumplanungen und verschiedene andere Dinge hinweisen. Es gibt jetzt einen Antrag zu dem ganzen Kapitel, das ist der Antrag der CDU, Verwaltungsmodernisierung in den Bergdörfern.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Ich möchte ausdrücklich der Verwaltung für die Antwort danken. Ich bin erfreut darüber, wir sind erfreut darüber, dass die Verwaltung in diesem Sinne der Modernisierung und Konzeptionierung der Strukturen in den Bergdörfern bereits nachdenkt. Das haben wir bisher nicht gewusst, Herr Oberbürgermeister, aber es ist jedenfalls erfreulich, dass ein Prozess im Gang ist. Ich hätte jetzt nur im Sinne Ihrer doch besonderen Fähigkeit, Dinge, Anträge oder Verwaltungsantworten noch ein bisschen zu ergänzen, von Ihnen die Bitte erfüllt, dass Sie uns sagen, etwa innerhalb von sechs bis acht Monaten einen ersten Zwischenbericht über die von Ihnen angekündigten Überlegungen zu erhalten.

Stadträtin Dr. Heynen (GRÜNE): Ich hatte jetzt nur gedacht, wir diskutieren das nicht hier, sondern im Haupt- und Finanzausschuss, wo es wahrscheinlich auch hingehört.

Stadträtin Ernemann (SPD): Lieber Kollege Pfannkuch, dass das der CDU entgangen ist, dass wir schon mitten in einem Prozess sind unter Beteiligung aller Ortsverwaltungen, Ortsvorsteher, dass wir schon Fortschritte gemacht haben, dass wir Synergien entdeckt haben, dass wir teilweise schon uns zusammengeschlossen haben in verschiedenen Bereichen, sprich Bauhof, und im Übrigen auch, dass keine Bürgerbüros der Bergdörfer alleine sind, ich sehe hier viele, die auch schon bei uns im Bürgerbüro waren aus der Stadtmitte, weil wir so einen tollen Service bieten. Aber die Verwaltung hat eine richtige Antwort geliefert. Wir sind mitten in dem Prozess drin, und wir werden mit Sicherheit den Weg auch mitgehen. Es gibt Vorschläge, es gibt Einsparpotenzial, das müssen wir erkennen. Aber man muss uns auch aufzeichnen, ob es sich unterm Strich rentiert.

Ich nehme einmal ein Beispiel, eine Verwaltungseinheit in den Bergdörfern, wenn ich alle zusammenlege, Stupferich, Hohenwettersbach, Palmbach und Wettersbach, muss ich auch ein neues Gebäude erstellen. Ich muss die Infrastruktur erstellen, und dann frage ich mich, was spare ich ein und was geht an Bürgerservice verloren. Wir gehen auf jeden Fall den Prozess mit. Aber wie gesagt, ich bin schon ein bisschen traurig, dass der CDU das gänzlich entgangen ist.

Stadträtin Döring (KAL): Uns geht das Ganze eigentlich nicht weit genug. Ich möchte an dieser Stelle sagen, dass wir weder die Arbeit der Ortsverwaltung noch der Ortschaftsräte schmälern wollen. Wir finden, das ist eine ganz wichtige Verwaltungsstruktur, und das ist auch eine ganz wichtige Arbeit, die in den Ortschaftsräten geleistet wird. Trotzdem würden wir uns wünschen, dass dieser Prozess eigentlich gesamtstädtisch gesehen wird und dass wir grundsätzlich einmal über die Stadt drüber gucken, wie wir vielleicht Verwaltungseinheiten verändern können und auch die Beteiligung der Menschen in der Stadt entsprechend anpassen können. Wir haben sehr große Stadtteile, die über ihre Bürgervereine vertreten sind, aber die sind nicht demokratisch legitimiert. Und da sehen wir ein grundsätzliches Missverhältnis. Deshalb hätten wir uns diesen Prozess eigentlich noch viel breiter gewünscht, dass wir sagen, wir gucken uns das für die Gesamtstadt an.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Es muss doch noch ergänzt werden, weil das so betont wird, dass dieser Prozess bisher öffentlich für alle Leute bekannt und eigentlich wissend verfolgt werden konnte. Das ist doch schlicht und ergreifend Fantasie. Ich bin aber jetzt nicht bereit, mit Ihnen darüber zu diskutieren, weil ich höre, dass man in einem guten Prozess ist, und deshalb Punkt.

Nur eines will ich hier öffentlich auch noch einmal sagen, weil das gerne absichtlich vielleicht auch in Missveröffentlichung geraten ist. Wir machen an der Existenz der Ortschaftsräte nicht irgendein Fragezeichen. Die sind gesetzt und können sich übrigens nebenbei nur selbst abschaffen, das am Rande. Aber trotzdem, es wäre nicht schlecht, Herr Oberbürgermeister, wenn Sie uns in Aussicht stellen, dass wir ein Zwischenergebnis dieses Prozesses absehbar bekommen.

Stadtrat Hock (FDP/FW): Frau Kollegin Ernemann, ich weiß nicht, warum gerade Sie als Ortsvorsteherin jetzt eine solche Schärfe reinbringen. Sie wissen genau, dass der Kollege Pfannkuch als ehemaliger Ortschaftsrat, aber auch der Kollege Müller, er oder ich, als Ortschaftsräte der CDU natürlich über diese Prozesse immer informiert sind. Aber es war keine breite öffentliche Diskussion, und die Kollegin Döring hat es sehr eindrucksvoll geschildert. In der breiten Öffentlichkeit ist natürlich eine Frage: Wie läuft das, warum sind

einige Stadtteile, ich sage es in Anführungsstrichen, privilegiert, warum läuft das so? Und einfach diesen Fokus einmal dahin zu stellen, das war unser Ansinnen. Der Kollege hat es noch einmal ganz deutlich gesagt. Es geht hier weder um die Abschaffung von Ortschaftsräten und schon gar nicht - und es wäre fatal, wenn wir das wollten - um irgendeine Beschneidung der Ortsverwaltung, die hervorragende, unverzichtbare Arbeit auch leisten. Die Verwaltung, die Stadt wäre fast überfordert, wenn sie jetzt alles noch mitmachen sollte. Also da geht es überhaupt nicht darum. Aber einen solchen Diskussionsprozess überhaupt einmal anzustoßen, das war das Ansinnen des Ganzen. Ich glaube, da sind wir drin, und wenn der Oberbürgermeister uns weiter informiert, glaube ich, dann ist auch alles gesagt zu dieser Sache.

Der Vorsitzende: Auf die konkrete Frage von Ihnen, Herr Pfannkuch, wir haben vor, das bis zu den Sommerferien zu einem Zwischenstand zu bringen, über den würden wir Sie natürlich informieren. Ich glaube, Frau Ernemann und mich treibt nur die Sorge um, Sie haben sehr überrascht getan, was in der Stellungnahme alles steht, zumindest habe ich es ebenso erlebt, und ich kann mich noch gut erinnern, dass Sie bei meiner öffentlichen Darstellung des Prozesses in Wettersbach durchaus am Ort waren. Insofern machen wir uns einfach Sorgen, wo die Kommunikation vielleicht im Dickicht stehengeblieben ist. Wir sind aber alle derselben Meinung, das ist schon einmal gut.

Und das, was Frau Döring angesprochen hat, geht, glaube ich, weit über das, was wir jetzt hier unter Ortsverwaltung diskutieren können, hinaus. Das müssten wir dann an anderer Stelle noch einmal vertiefen. Es gab auch schon, daran möchte ich erinnern, in den zurückliegenden Jahren immer wieder Vorschläge, auch Bezirksbeiratsstrukturen einzuführen für alle Stadtteile. Das ist für mich jetzt aber etwas anderes, als dass wir hier erst einmal die Ortschaftsverwaltungen versuchen zum Bürger und zur Bürgerin hin aufrechtzuerhalten, aber im Hintergrund alles so zu optimieren, dass wir am Ende leistungsfähiger sind, mindestens einmal leistungsfähig bleiben und das auch mit einem etwas anderen Zuschnitt der Verantwortlichkeiten, vor allem aber auch der Personalstruktur. Vielen Dank für die positive Resonanz auf unsere Stellungnahme hin.

Wir unterbrechen die Sitzung zu einer ersten Kaffeepause und treffen uns hier um 11:05 Uhr wieder.

(Unterbrechung der Sitzung von 10:48 bis 11:08 Uhr)

Der Vorsitzende Ich muss mit Ihnen leider noch einmal zurückgehen in den Teilhaushalt Ortsverwaltungen und Stadtamt Durlach, weil wir haben unter den Anträgen der Verwaltung Ö 40 und Ö 41 zwei Anträge, die vom Gemeinderat beschlossen werden müssen. Es betrifft beides den Ortschaftsrat beziehungsweise die Ortsverwaltung von Grötzingen, und es wird beides auch von der Ortsverwaltung dort so mitgetragen. Insofern würde ich vorschlagen, dass wir diese beiden Dinge gemeinsam aufrufen, Ö 40 und Ö 41 und ich darf Sie um Ihr Votum bitten ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

1700 Informationstechnik und Digitalisierung

Antrag Ö 43: Sicherstellung des Betriebs der RPA-Bot-Infrastruktur (Volt) (Vorlage: DHH/2025/1702)

Wir kommen damit zum Teilhaushalt 1700, Informationstechnik und Digitalisierung. Hier fangen wir auf der Seite 104 an. Da gibt es einen Antrag der Volt-Fraktion, die Stellenschaffung, eine halbe Stellenschaffung ab 2027, Sicherstellung des Betriebs, der RPA-Bot-Infrastruktur.

Stadträtin Geißinger (Volt): Vielleicht vorweg, wir waren tatsächlich jetzt ein bisschen enttäuscht, wie wenig doch im IT-Amt passiert. Grundsätzlich ist es aber so, dass da ganz viel drin steckt, um uns auch langfristig sicherzustellen, dass wir die Personalreduktion nicht auf Lasten von Mitarbeitenden machen. Für uns ist der RPA-Bot-Antrag eine der wichtigsten Stellschrauben, um manuelle Arbeiten auch langfristig automatisieren zu können. Da die zwei Projektstellen Ende des kommenden Jahres auslaufen, fordern wir zumindest eine halbe Stelle, um den Weiterbetrieb zu erhalten, um langfristig auch voranzukommen. Wir freuen uns, dass auch viele signalisiert haben, dass sie diesen Antrag supporten werden und dass die RPA-Bots damit nicht der Haushaltssicherung zum Opfer fallen.

Grundsätzlich würden wir uns wünschen, dass wir gerade im Bereich Digitalisierung noch weiter vorangehen. Dafür müssen wir einfach auch Geld in die Hand nehmen. Dafür werden wir auch die nächsten Jahre noch kämpfen.

Der Vorsitzende: Ja, vielen Dank, wir können dann gleich in die Abstimmung gehen, und zwar ab jetzt. – Also ich verstehe das als **mehrheitliche Zustimmung**, dass wir diese halbe Stelle schaffen. Das ist Ihnen allen klar. Okay, ich möchte insgesamt noch einmal für die Neulinge sagen, dass die Verwaltung immer etwas empfindlich reagiert, wenn man sie nicht mit Aufgaben betraut, sondern wenn man ihnen Stellen schafft, das nur für alle, die das nicht kennen.

Antrag Ö 44: Eine Stelle für digitale Souveränität (GRÜNE) (Vorlage: DHH/2025/1703)

Wir kommen damit zum Antrag der GRÜNEN unter Ö 44, die Stellenschaffung einer Vollzeitwertstelle für digitale Souveränität.

Stadtrat Dujmović (GRÜNE): Passend zum Thema immer Stellen schaffen, während Trump willkürlich einen französischen Richter aus dem digitalen Leben ausschließt, spart Schleswig-Holstein mehr als 15 Millionen Euro Lizenzkosten pro Jahr, indem sie genau diese Abhängigkeiten abbauen.

Aber erst einmal von vorne: Wir stehen vor einem Problem. Die Verwaltung ist abhängig von US-amerikanischer digitaler Infrastruktur. Das ist teuer und gefährlich. Das hatten wir schon einmal. Die Preise, ich nenne ein Beispiel, die Preise der Lizenzen von Microsoft, da sehen wir nur einen Trend, und zwar den nach oben. Vor circa einem Jahr saßen wir hier und haben bedauert, wie teuer jetzt schon nur die Lizenzen für Microsoft Office sind, jedes Jahr mehr als eine Million Euro. Mit diesem Problem können wir auf zwei Arten umgehen.

Wir können erstens nichts verändern und in drei Jahren wieder vor der Frage stehen, wollen wir für die nächsten vier Jahre für 17 Millionen Euro die Microsoft Cloud-Lösung nutzen oder weiterhin die nicht mehr empfohlene Office-Lösung für 5 Millionen Euro oder zweitens, wir setzen uns zukunftsbejahend mit den Lizenzen auseinander und ersetzen diese Stück für Stück mit Open Source Software, die von anderen deutschen Verwaltungseinheiten, Stichwort Konzern, jetzt schon extra auf uns angepasst wurden. Für zweitens braucht es keine zusätzlichen Lizenzen. Es braucht keine zusätzlichen Mittel. Es braucht keine andere Ebene, keinen Schrei nach Bund und Land. Die gehen hier teilweise sogar voran. Open Desk wird vom Bund weiterentwickelt. Es braucht eine zusätzliche Stelle, die die Koordination übernehmen. Liebe Kolleginnen, ich bitte Sie ausdrücklich, lassen Sie uns nicht von Trumps Pistole auf der Brust lähmen lassen, sondern dem entgegentreten und mit der Maßnahme nebenbei die europäische Wirtschaft fördern.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Die Intention des Antrags können wir durchaus nachvollziehen. Aus unserer Sicht ist aber der Schuh für die Stadt Karlsruhe zu groß. Wir reden hier über ein grundsätzliches Thema, das sicherlich angegangen werden muss und soll, aber es ist ein Thema, was wir auf Bundes-, wenn nicht auf EU-Ebene sehen, und die eine Stelle wird das grundsätzliche Problem leider nicht lösen. Von daher werden wir den Antrag ablehnen.

Stadtrat Schnell (AfD): Dass wir von Microsoft wegkommen sollten, insbesondere aus Kostengründen, die politische Komponente würde ich jetzt einmal außen vor lassen, ist für die AfD eigentlich ziemlich klar und schlüssig. Nur sind wir der Ansicht, dass wir das mit der Schaffung dieser Stelle nicht erreichen. Wir haben ein IT-Amt, dort sind durchaus kundige Menschen, aber wie auch schon angesprochen wurde, ist das ein Problem, das wir als Stadt nicht allein lösen können. Deshalb von der Thematik her sind wir ganz oft bei den Antragstellern, aber dafür eine Stelle zu schaffen, das sehen wir nicht, deshalb müssen wir den Antrag leider ablehnen.

Stadtrat Gaukel (Volt): Auch hier ganz kurz. Wir müssen das IT-Amt gut aufstellen, wenn wir die Verwaltungsaufträge, die Sie ausgesprochen haben, dann auch umsetzen wollen. Da ist auch das Thema Software-Lizenzen ein großes Thema. Und das geht eben nur auch, wenn wir dort dann die entsprechenden Stellen im IT-Amt schaffen. Und ja, Aufgaben haben die sowieso schon genug. Von daher glaube ich, sind auch diese Stellen nötig, damit wir am Ende dann auch Geld und auch Personalstellen überall einsparen können.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Die Stelle schafft sicher noch nicht einen Umschwung. Wir müssen eine Grundsatzentscheidung treffen. Und das möchte ich doppelt unterstreichen. Wir brauchen hier eine neue Ausrichtung. Wir haben das vor Jahren schon diskutiert, und wir sind nicht weitergekommen. Ich möchte erinnern, es wurde uns immer gesagt, München wäre die große Stadt. Die haben umgestellt und haben dann wieder zurück auf Microsoft gestellt. Aber die haben dafür Microsoft als Standort bekommen. Die sind damals ziemlich gekauft worden. Deswegen ist München kein gutes Beispiel, aber München sagt, es geht. Und deswegen sollten wir uns darauf einlassen als innovative Stadt, hier frei zu werden von amerikanischer Software und anderen Einrichtungen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, ich stelle das jetzt zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**. Da wir die Diskussion aber bei allen Themen führen, die irgendwas mit Beschaffung von Lizenzen zu tun hat, und es, da schließe ich mich Ihnen an, Herr Kalmbach, eine Grundsatzentscheidung ist, sollten wir uns einmal zu gegebener Zeit

die Zeit nehmen, dass von der historischen Entwicklung, weil wir waren einmal in der Open-Source-Zeit und haben da eher negative Erfahrungen mitgemacht. Dann hat man sich im Konvoi der anderen Städte an Microsoft-Produkte quasi orientiert. Jetzt gibt es gute Gründe, dass wir uns gemeinsam überlegen, davon wieder wegzukommen. Ich warne aber vor Alleingängen und warne davor, dass wir am Ende nicht die ausreichende Unterstützung von außen bekommen, um auch mit Support und Dingen klarzukommen. Das waren damals immer die zwei Problemfelder. Und es ist sicher auch kein Zufall, dass es nicht die Stadt Oldenburg ist, sondern gleich das ganze Land Schleswig-Holstein. Also sich daher zumindest auf der Landesebene abzustimmen, macht sicherlich Sinn. Aber lassen Sie uns das einmal vertieft diskutieren. Ich kann nicht viel mitreden, das müssen Sie untereinander organisieren, aber dann einmal so eine Grundsatzgeschichte entwickeln und dann auch bitte Komm.ONE mit einbeziehen, denn es macht auch keinen Sinn, wenn wir Systeme installieren, die immer dann, wenn wir Daten irgendwo anders hinschicken, dazu führen, dass ich wieder diese Schnittstellen- und Transformationsprozesse habe. Ich glaube, dass das heute alles einfacher ist als vor zehn Jahren, aber das müssen wir uns dann angucken.

Antrag Ö 45: Karlsruhe.App Marketingaufwendungen (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/1704)

Ich rufe auf den Antrag der AfD, Ö 45, Karlsruher App Marketingaufwendungen.

Stadtrat Schnell (AfD): Als wir die Karlsruhe-App damals geschaffen haben, hatten wir auch ein tolles Konzept, wie das Ganze sich dauerhaft finanzieren wollte. Das hat sich nicht in Ansätzen realisieren lassen. Und für unseren Dafürhalten sind auch die Nutzerzahlen lang nicht so, wie man sich das einmal gedacht hat. Deshalb beantragen wir, dass wir die Marketingaufwendungen einstellen sollen. Für uns ist die Karlsruhe-App ein totes Pferd, von dem man absteigen sollte, hatte ich damals in der entsprechenden Ausschusssitzung auch schon gesagt. Deshalb bitte ich um Zustimmung für unseren Antrag.

Der Vorsitzende: Den können wir dann gleich zur Abstimmung stellen, und zwar ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

3000 Zentraler Juristischer Dienst

Antrag Ö 46: HHS4_GR16 - Erhöhung der Verwaltungsgebühren (untere Umweltverwaltungsbehörde und im Justizariat)
(Vorlage: 2025/1113)

Ich rufe dann auf der Seite, die ich nicht beziffern kann, den Vorschlag der Verwaltung an den Gemeinderat Nummer 16 auf, unter der Ziffer Ö 46. Da geht es um die Anpassung der Verwaltungsgebührensatzung. Der ist erst einmal sehr allgemein. Das würde dann über eine entsprechende Satzung Ihnen dann auch noch einmal endgültig zur Entscheidung vorgelegt werden. Es betrifft die untere Umweltverwaltungsbehörde und das Justizariat. Ich bitte hier um den Auftrag quasi an uns, diese Einsparung dann in der Satzung vorzunehmen. Und dazu brauche ich Ihr Votum, und zwar ab jetzt. – Sie haben uns **einstimmig beauftragt**.

Antrag Ö 47: Büro Gleichstellungsbeauftragte, Personal- und Sachmittel (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/3002)

Der Vorsitzende: Dann rufe ich auf den Antrag Ö47 der AfD, Gleichstellungsbeauftragte, hier eine entsprechende Stellenstreichung.

Stadtrat Schnell (AfD): Wir haben nach unserem Dafürhalten eine ganze Menge Beauftragte für alles Mögliche bei der Stadt Karlsruhe. Wir halten diese Stelle für verzichtbar, auch wenn die Verwaltung das anders sieht. Wir kommen im Laufe der Beratung noch zu einer anderen Stelle, die wir dringend schaffen wollen, aber das werden wir heute nicht mehr machen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu dem Antrag, hier diese Geldmengen einzusparen.

Stadtrat Cramer (KAL): Herr Oberbürgermeister, ich möchte noch einmal was grundsätzlich sagen zu den Anträgen der AfD. Für meine Fraktion offenbaren sie absolute Ahnungslosigkeit. Zum Beispiel Flüchtlingshilfe, hier werden mitnichten nur Personen ohne Bleibeperspektive unterstützt, Sprachunterricht auch für Studierende offen und KIT-Mitarbeiter offen, Arbeit beispielsweise auch mit ukrainischen Geflüchteten. Das Beispiel der Kulturküche ist kein gewerblicher Gastronomiebetrieb, sondern ein soziales Zentrum, dessen Angebote weit über das angebotene Mittagessen hinausgehen. Der jetzt zur Abstimmung stehende Antrag zum Büro der Gleichstellungsbeauftragten zeigt für unsere Fraktion sowohl rechtliche Ahnungslosigkeit und offenbart, wie scheinheilig das Gebaren zum Schutz von Frauen, in Anführungszeichen, der AfD ist. Das Ausspielen Kultur gegen Soziales, vor allem Arbeit mit Geflüchteten, wenn in Kultur so stark gekürzt würde, müssten auch andere ihren Beitrag leisten, um dann bei der Kultur noch stärker zu kürzen.

Insgesamt zeigen für meine Fraktion alle Anträge der AfD die große Angst der Fraktion vor einer vielfältigen und bunten Gesellschaft, die sich mit Andersartigkeit auseinandersetzt, diese als Bereicherung und Chance begreift, Individuum als solcher anerkennt, ein armseliges Zeugnis, eine sehr enge und offenbar von Angst vor dem anderen geprägtes Weltbild.

Der Vorsitzende: Wir kommen damit zur Abstimmung über den **Änderungsantrag der AfD**, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 48: Rückzug aus der Stiftung Klosterruine Marxzell-Frauenalb (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/3003)

Unter Ö 48 ist der Antrag der CDU, Rückzug aus der Stiftung Klosterruine Marxzell-Frauenalb. Dieser Antrag ist **zurückgezogen**. Insofern brauchen wir ihn jetzt hier auch nicht zu diskutieren.

3100 Umwelt- und Arbeitsschutz

Antrag Ö 49: HHS4_V131 - Reduzierung Ehrenamt im Umweltschutz (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/3101)

Antrag Ö 50: HHS4_V132 - Reduzierung Aktionen und Veranstaltungen der Umweltpädagogik und Öffentlichkeitsarbeit (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/3102)

Antrag Ö 51: HHS4_V133 - Reduzierung Aktionen und Projekte Grüne Stadt (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/3103)

Ich rufe damit mit dem Teilhaushalt 3100 Umwelt- und Arbeitsschutz auf. Da ist das Erste, mit dem wir uns hier beschäftigen, der Antrag Ö 49 der CDU, Reduzierung Ehrenamt im Umweltschutz.

Stadtrat Bunk-Merkel (CDU): Sparen beim Ehrenamt tut uns besonders weh, aber trotzdem müssen wir die Prioritäten setzen und müssen uns einfach auf besonders effektive und effiziente Maßnahmen konzentrieren. Hier geht es um Mittel, die ausweislich der Verwaltungsstellungnahme vor allem für öffentliche Formate und Materialien zur Information, Bewusstseinsbildung und Aktivierung der Karlsruher Bevölkerung dienen. Ich glaube das Bewusstsein, dass Umwelt- und Naturschutz wichtig ist, ist in den letzten Jahren enorm gestiegen. Wer es jetzt nicht verstanden hat, den erreichen wir wahrscheinlich mit diesen Maßnahmen auch nicht. Deswegen schlagen wir vor, dass man die für diesen Doppelhaushalt aussetzt.

Stadträtin Dr. Klingert (GRÜNE): Ich werde mich jetzt zu Klimaschutzanträgen und Maßnahmen der Verwaltung äußern. 2020 hat der Gemeinderat mit großer Mehrheit das Klimaschutzkonzept verabschiedet. Alle Parteien im Gemeinderat außer der AfD haben damals dem Konzept zugestimmt. Wir GRÜNEN haben uns für die Ausfinanzierung des Klimaschutzkonzepts eingesetzt, zum Beispiel durch die Schaffung von Stellen und schon viel erreicht, jetzt sind fünf Jahre vergangen. Die Klimakatastrophe rückt uns auf die Pelle, es gibt mehr und mehr Hitzetage. Kurz nach Nikolaus hatten wir frühlingshafte 15 Grad Celsius. Jetzt haben sich die Zeiten geändert, und wir müssen uns heute überlegen, wie wir in der angespannten Haushaltssituation mit den Mitteln für Klimaschutz, für Umweltschutz umgehen. Die Stadtverwaltung empfiehlt als Sparmaßnahmen, unter anderem Reste nicht verausgabter Mittel aus dem Klimaschutzfonds in Höhe von einer Million einzusparen. Und um die Sparvorgaben von Dezernat 5 zu erfüllen, schlägt sie auch vor, eher planerische Klimaschutzaktivitäten, wie bei der KEK oder Aktivitäten rund um die Öffentlichkeitsarbeit zurückzufahren. Das wird vielleicht das Tempo, unser Tempo im Klimaschutz etwas verlangsamen und tut deshalb weh. Nur wir brauchen einen genehmigungsfähigen Haushalt, und deshalb werden wir hier zähneknirschend zustimmen.

Aber die FDP und die AfD und auch die CDU möchten darüber hinaus massiv Mittel im Klimaschutz reduzieren. Dass die AfD den kompletten Kahlschlag im Klimaschutz fordert, KEK auflösen, keine Investitionen mehr, geschenkt, aber diese Partei fordert auch soziale Programme wie Stromsparchecks und den Austausch alter Kühlschränke, die sich besonders an sozial Schwache richten, abzuschaffen. Sie ist eben nicht die Partei der kleinen Leute, sondern verfolgt mit ihrem Wirtschaftsprogramm eine Politik der Besserverdienenden und

versucht die Menschen mit populistischen Statements für dumm zu verkaufen. Das haben wir nicht anders erwartet. Die FDP möchte ebenfalls die erfolgreiche Institution der KEK abschaffen und setzt stattdessen auf Klimaanpassung in den Bereichen Forst- und Gartenbau. Allerdings mit Klimaanpassung anstatt Klimaschutz spielen wir die Gegenwart gegen die Zukunft aus. Das finden wir schade. Und von der CDU sind wir schon auch enttäuscht. Wir standen 2020 Seite an Seite hinter dem Klimaschutzkonzept, und heute möchte die CDU im Ergebnishaushalt über die Einsparvorschläge der Verwaltung hinaus den Sammelansatz Klimaschutzkonzept um über 8 Millionen optimieren, das heißt bewährte Programme einstampfen, wie zum Beispiel die Energiequartiersinitiative oder aktive Mobilitätsangebote. Sie haben nicht den Mut, streichen zu schreiben. Streichen wollen sie aber trotzdem, zum Beispiel Machbarkeitsstudien für Nahwärmenetze, die es Investoren erleichtern sollen, Erfolgsversprechen zu investieren. Klassische Wirtschaftsförderung, also warum? Und die CDU wollte 5 Millionen aus dem Klimaschutz nehmen, um damit Schul- und Kita-Gebäude zu finanzieren.

Wir sind sehr erleichtert, dass sich dieser Antrag mit den Infrastrukturmitteln nun erledigt hat. Denn natürlich sollen unsere Kinder in guten Schulen eine gute Ausbildung erhalten, aber wir wollen sie doch nicht in eine 2,8-Grad-Zukunft schicken, zumindest nicht mit uns. Wir stehen fest zum Klimaschutzkonzept in Karlsruhe. Wir haben in den vergangenen Jahren in Klimaschutz investiert und grüne Akzente gesetzt und so zwischen 2020 und 2023 7,5 Prozent an Treibhausemissionen eingespart, immerhin. Allerdings, um unsere Klimaziele zu erreichen, müssen wir in Zukunft jedes Jahr 6,5 Prozent an Treibhausgasen weniger verbrauchen. Das heißt, wir dürfen nicht nachlassen. Grüne Haushaltspolitik setzt sich ein für aktive Mobilität, für die Wärmewende und erneuerbaren Strom. Wir wollen weiterhin die klimaneutrale Stadtverwaltung, Radwege oder Ladestationen finanzieren. Wir wollen weiter investieren in klimaneutrale Heizung, Photovoltaik auch auf Schulbauten. Und wir sehen weiterhin die Notwendigkeit, den Bürgerinnen und Bürgern neutrale Beratung anzubieten, welche energetische Optimierungs- oder Investitionsmöglichkeiten gibt es im Eigenheim, in der Mietwohnung, auf Quartiersebene oder eben im Betrieb. Wir gehen also den Kompromiss der Stadtverwaltung mit, aber wir bleiben am Klimaschutz dran und nehmen die Herausforderungen sowohl unseres Haushaltes als auch unserer Klimaziele an.

Der Vorsitzende: Ich habe das immer so verstanden, dass Sie eine Gesamtredezeit haben und dass deswegen die drei Minuten hier bei dem nicht gelten, nur weil ich jetzt aufgefordert wurde. Es ist alles gut. Die drei Minuten beziehen sich dann nur auf die Verwaltungsvorlagen, die außerhalb dieses Kontingents laufen. Ich hoffe, dass wir das noch einmal miteinander geklärt haben.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Ich kann es deutlich kürzer machen als die Vorrednerin, aber im Prinzip in die gleiche Richtung stoßen. Wir haben uns hier in einer sehr breiten Mehrheit hinter das Klimaschutzkonzept gestellt 2020. In den letzten Doppelhaushalten - auch mit einer breiten Mehrheit des Hauses - sind wir all die vielen Maßnahmen, die wir beschlossen haben, auch immer mitgegangen. Wir gehen auch jetzt in einer breiten Mehrheit die vorgeschlagenen Kürzungen mit. Wir kürzen im Klimaschutz überproportional. Wir haben viele Kürzungen mit drauf. Diese Kürzungen tun uns auch weh, aber die tragen wir auch mit, weil wir die Notwendigkeit sehen.

Aber wir sehen uns nicht dazu befähigt, darüber hinauszugehen und noch weiter zu kürzen in einem Bereich, der für diese Stadt, für die Zukunft dieser Stadt so unheimlich

wichtig ist. Wir sehen Verbesserungspotenzial in Klimaanpassungsmaßnahmen. Ich glaube, auch da sind wir der Meinung ganz vieler hier. Das war auch immer ein wichtiges Thema für uns als SPD, vor allem der Hitzeaktionsplan. Dazu sprechen wir nachher noch einmal im Detail. Aber an der Stelle möchte ich das schon einmal ankündigen.

Stadtrat Bunk-Merkel (CDU): Ich habe gerade davor bewusst nur zu den Maßnahmen im Ehrenamt im Umweltschutz gesprochen, nicht ganz Klimaschutz, auch wenn es eng verwandt ist. Klimaschutz ist natürlich eine globale Herausforderung, und da sind wir uns auch alle einig. Deswegen sind wir auch dieses Klimaschutzkonzept gerne mitgegangen. Aber jetzt hat sich die Sachlage etwas verändert und jeder muss bei dieser globalen Herausforderung seinen Beitrag bringen, die EU, der Bund, das Land und auch die Kommune. Und deswegen gibt es in diesem Klimaschutzkonzept viele Maßnahmen, die weiterhin wichtig sind für unsere Stadt und die wir deswegen auch weiterhin unterstützen möchten. Aber Karlsruhe alleine wird beim Klimaschutz nicht allzu viel ausrichten, und deswegen braucht es viele Maßnahmen, die vom Bund angestoßen werden, vom Land angestoßen werden und die wir als Kommune einfach auch, wenn das grundsätzlich wünschenswert ist, nicht umsetzen können. Und da sind im Klimaschutzkonzept auch viele drin.

Außerdem reden wir auch über Mittel, die in den letzten Jahren nur zu 70 Prozent oder einmal 75 Prozent abgerufen wurden. Das heißt, wir kommen auch einfach gar nicht hinterher, all das, was geplant ist, überhaupt dann am Ende so umzusetzen. Und deswegen sehen wir hier dieses Einsparpotenzial, wie gesagt, die städtischen Kernaufgaben, die städtische Verwaltung fit zu machen, unsere eigenen Dächer mit Photovoltaikanlagen auszustatten, die Flotte mit den Fahrzeugen umzustellen, so etwas sollte die Kommune machen, denn das ist der Beitrag der Stadt zum Klimaschutz. Aber bestimmte Förderprogramme, die es schon von Bund oder von Land gibt, hier noch einmal aufzusetzen, so etwas brauchen wir nicht und können wir uns, auch wenn wir es vielleicht wollen, momentan einfach nicht leisten. Und daher rührt unser Antrag und nicht, weil wir Klimaschutz nicht mehr wichtig finden.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, ich würde jetzt noch einmal darauf hinweisen wollen, dass die drei Anträge Ö 49, Ö 50 und Ö 51 von der CDU ursprünglich ein gemeinsamer Antrag waren, mit drei Positionen.

Stadtrat Seidler (AfD): Wer von Klimakatastrophe spricht, der schürt natürlich auch Ängste. Und sich dann bei anderen über Populismus zu beschweren, ist ein bisschen schwierig. Hitzetage gelten laut DWD ab 30,1 Grad Celsius. Und das, was sich der gemeine Bürger unter Hitze vorstellt, ist ein bisschen was anderes. Ich habe jetzt gerade in die Bundesnetzagentur geguckt, heute 8:00 Uhr, Verbrauch um 8:00 Uhr, in der Stunde von 8:00 bis 9:00 Uhr, insgesamt Bundesrepublik Deutschland 69.700 Megawattstunden, konventionelle Energieerzeugung 34.900, erneuerbare 24.400 und zu importierende 11.000 Megawattstunden. Das bedeutet nichts anderes, heute dummerweise nur ein Drittel der benötigten Energie aus regenerativer Energieerzeugung. Das hat man sich vielleicht im Jahre 2020 etwas anders vorgestellt, aber der technische Fortschritt und die technischen Alternativen entwickeln sich nicht nach Plänen und nach Klimaschutzkonzepten, sondern nach dem Stand der Entwicklungen. Und es gibt da auch Wettbewerb und andere Dinge, und das muss man natürlich auch berücksichtigen. Deswegen kommen wir aus unserer Sicht gar nicht daran umhin, dieses Klimaschutzkonzept auch neu zu betrachten. Auch die Fortschritte in

der Technik, in der Speicherung von elektrischer Energie, in der Antriebstechnik haben sich nicht so entwickelt, wie man das vielleicht im Jahre 2020 erhofft hat.

Der Vorsitzende: Man müsste jetzt viel dazu sagen. Ich bitte darum, dass wir das nicht diskutieren, sondern dass wir das einmal bei anderer Gelegenheit machen, dann aber vielleicht auch einmal wirklich ausführlich, Herr Stadtrat Seidler. Mich juckt es zwischen den Fingern, aber ich denke, wir sollten jetzt den Haushalt aufstellen. Okay, also noch einmal, Ö 49, 50, 51 sind drei Elemente eines CDU-Antrags, die sich auf jeweils drei Positionen beziehen, die wir als Stadtverwaltung schon reduzieren wollen, und Sie wollen sie im Grunde auf Null setzen. Mein Vorschlag wäre, wenn alle einverstanden sind, dass wir die drei zusammen aufrufen und die antragstellende Fraktion nickt.

Dann also jetzt Ö 49, 50 und 51 gemeinsam und bitte um das Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 52: HHS4_GR17 - Reduzierung Mittel Klimaschutzfonds - Umsetzung der Maßnahmen in 2026 und 2027 durch HH-Reste aus 2025
(Vorlage: 2025/1114)

Dann rufe ich auf den Vorschlag der Verwaltung unter der Ziffer Ö 52. Da geht es darum, dass wir die Mittel des Klimaschutzfonds reduzieren und aber die Option schaffen, aus Haushaltsresten das dann jeweils so aufzufüllen, dass es doch weiter durchführbar ist, was wir uns vorgenommen haben. Und da bitte ich um Ihr Votum für diesen Vorschlag ab jetzt. Das ist **einstimmig**.

Antrag Ö 53: HHS4_GR18 - Reduzierung Sammelansatz Klimaschutzkonzept 2030 - Fokussierung auf effiziente Maßnahmen zur CO2-Reduktion
(Vorlage: 2025/1115)

Antrag Ö 54: HHS4_GR66 - Stellenstreichung Förderprogramm KlimaBonus (1 VZW) - in Absprache mit Umweltamt
(Vorlage: 2025/1168)

Antrag Ö 55: HHS4_GR18/KSK2030 - Sammelansatz Klimaschutzkonzept 2030 (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/3106)

Antrag Ö 56: HHS4_GR18/KSK2030 - Optimierung beim Sammelansatz Klimaschutzkonzept 2030 (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/3107)

Ich rufe auf den Verwaltungsvorschlag Ö 53. Das ist die Reduzierung des Sammelansatz Klimaschutzkonzepts 2030. Das hat sehr viel damit zu tun, dass wir den städtischen Beitrag zum Jugend-Ticket Baden-Württemberg jetzt anderweitig darstellen. Mit dieser Maßnahme wäre auch die Einsparung unter der Ordnungsnummer GR66 hinten, die kommt irgendwann noch, verbunden, nämlich dass wir dann auch eine Stelle einsparen können beim Liegenschaftsamt, wenn ich das richtig weiß. Das steht auch als nächste Maßnahme unter Ö54. Insofern - sehe ich das gerade - können wir im Grunde die beiden gemeinsam

aufrufen. Und es ist auch in Zustimmung, also das betroffene Amt wäre auch damit einverstanden, dass wir so verfahren.

Stadtrat Bunk-Merkel (CDU): Müsste nicht erst unser Antrag, der deutlich weitgehender ist, aufgerufen werden zur Abstimmung?

Der Vorsitzende: Da muss ich jetzt selber erst einmal gucken. Da muss ich aber den Antrag der AfD auch noch vorher aufrufen, vermutlich mal. Jetzt habe ich die Größenordnung nicht, jetzt muss ich einmal gucken, wer weitergeht. Sorry, dass ich da im Moment ein bisschen schwimme. Also sind wir uns einig, dass der Antrag der AfD etwas weiter geht als der der CDU? Dann würde ich den jetzt zuerst zur Abstimmung stellen. Dann nehmen wir den CDU-Antrag, und dann kommen wir zu dem Antragskonvolut der Verwaltung. Also gibt es noch eine weitere Wortmeldung?

Stadtrat Seidler (AfD): Ich wollte noch zu Ö 55 etwas sagen, also zwei Minuten lang. Wie die Stadtverwaltung in ihren Unterlagen hervorhebt, stellt der Sammelansatz zur Umsetzung des Klimaschutzkonzepts mit 14,6 Millionen die mit Abstand höchste Position dar, die den Ergebnishaushalt belastet. Änderungen an dieser Position bilden entsprechend den größten Hebel bei der Haushaltsgestaltung. Über sehr viele schmerzhaftes Kürzungen im Sozialen, bei der Kultur, im Sport bräuchten wir in diesen Beratungen nicht zu reden, wenn nur ein paar zusätzliche Millionen aus diesem Sammelansatz entnommen werden. Auch für die sogenannte Klimaanpassung werden schnell zusätzliche Mittel verfügbar, die zur Verbesserung des Mikroklimas gehen. Es gibt nicht nur globales Klima, es gibt kontinentales Klima, das sich in Europa auch ein bisschen anders entwickelt hat als in der restlichen Welt, aber das ist ein anderes Thema. Und es gibt das Mikroklima hier in Karlsruhe. Neue Bäume spenden Schatten, speichern Wasser und wandeln CO₂ in Sauerstoff um. Und sie machen unsere Stadt schöner und lebenswerter. Genau das ist doch die Aufgabe einer Kommune, die Verhältnisse vor Ort zu verbessern.

Das Klimaschutzkonzept stützt sich dagegen auf errechnete CO₂-Einsparziele und legt die Wege zur Umsetzung streng dogmatisch fest. Der städtische Fuhrpark soll langfristig nur elektrisch sein. In meiner Haushaltsrede habe ich am Beispiel elektrischer Spezialfahrzeuge, deren Beschaffung für das TSK kürzlich beschlossen wurde, aufgezeigt, wohin das führt. Es gab nur einen Bieter mit einem, im Vergleich zum Verbrennerantrieb, sehr hohen Preis. Aus dem Sammelansatz Klimaschutzkonzept wurde die Anschaffung gefördert und ist nach Abzug der Förderung immer noch viel zu teuer. Und wir reden über wenige Fahrzeuge, die auch für die gesamtstädtische CO₂-Emission völlig unbedeutend sind. Aber die Mehrkosten stehen in keinem Verhältnis zu Nutzen. Man hätte zum Beispiel Bäume pflanzen können. Auch die von anderer Seite her in diesem Gremium kritisierten zu hohen Baustandards, die zu hohen Baukosten führen, sind im beachtlichen Umfang auf das Klimaschutz zurückzuführen, teure Holzbauweisen, Übererfüllung von Dämmvorschriften, der installierten Photovoltaikflächen, statt 60 Prozent eher 90 Prozent, aufwendige Umgestaltung des Verkehrsnetzes zugunsten von Radwegen und so weiter. Übrigens, auch rück- und umzubauende Verkehrswege enthalten sogenannte graue Energie. Und der Umbau führt erst einmal zu zusätzlichen CO₂-Emissionen, die rechnerisch erst nach vielen Jahren ausgeglichen werden. Erst danach wird effektiv eingespart.

Wir erkennen an, dass auch wirtschaftlich sinnvolle Dinge, wie die Umstellung auf LED-Beleuchtung, im Sammelansatz Klimaschutz gefördert werden. Aber wirtschaftlich sinnvolle

Dinge müssen letztlich nicht gefördert werden, sie können einfach sukzessive im Rahmen von Umbauten und Reparaturen ersetzt werden.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Ich stimme jetzt ab über **Ö 55**, der AfD-Ansatz, den Sammelansatz Klimaschutzkonzept deutlichst zu reduzieren und bitte jetzt um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich rufe jetzt auf, den Antrag **Ö 56** der CDU, den Sammelansatz Klimaschutzkonzept deutlich zu reduzieren und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Auch das wird **mehrheitlich abgelehnt**.

Jetzt rufe ich auf **Ö53** in Verbindung mit **Ö54**, den von der Verwaltung vorgeschlagenen Ansatz, die vorgeschlagene Reduzierung verbunden mit der Stellenstreichung. Herr Stadtrat Hock, zwei Stimmen haben eben gefehlt? Zustimmung zur Ablehnung oder zur Zustimmung zum Antrag? Okay, alles klar, es ändert aber an der Mehrheit, glaube ich, nichts. Da sind wir und einig, okay. Das nehmen wir in das Protokoll auf. Also jetzt noch einmal die Haushaltsvorschläge der Verwaltung, Reduzierung, Sammelansatz und eine Stellenstreichung, ich würde es zusammen aufrufen, weil die in einem Kontext stehen, und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Annahme**.

Antrag Ö 57: HHS4_GR18/KSK2030 - Förderprogramm Klimabonus (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/3108)

Ich rufe damit auf den **Ö 57** ein Antrag der AfD, das Förderprogramm Klimabonus noch einmal um zwei Millionen zu reduzieren und bitte da jetzt um Ihr Votum ab jetzt. – Auch das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich darf darauf hinweisen, dass es eine Reihe Veränderungsvorschläge der Verwaltung, die aber im Rahmen der Kompetenz der Verwaltung liegen, auf diesen Seiten sich abbilden.

Antrag Ö 58: Erhöhung Klimaanpassung (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/3104)

Wir kommen weiter zu einem Antrag der AfD, Erhöhung der Klimaanpassung. Das ist der Antrag **Ö 58**.

Stadtrat Seidler (AfD): Ich kann es diesmal kurz machen. Uns liegt am Herzen die Verbesserung des lokalen Mikroklimas, und deshalb sind auch alle Maßnahmen der Klimaanpassung für uns, wenn es nicht nur um Konzepte geht, positiv zu bewerten. Deswegen wollen wir mehr Mittel einstellen.

Der Vorsitzende: Wir kommen damit zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. – Der Herr Stadtrat Hofmann legt Wert darauf, dass er auch hier rot abgestimmt hat. Das nehmen wir ins Protokoll auf.

Antrag Ö 59: Auflösung der Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur gGmbH (KEK)
(AfD, FDP/FW)
(Vorlage: DHH/2025/3109)

Antrag Ö 60: Bessere Aufgabenerfüllung durch Stellenschaffungen beim Gartenbauamt der Stadt Karlsruhe (FDP/FW) (Vorlage: DHH/2025/6710)

Antrag Ö 61: Bessere Aufgabenerfüllung durch Stellenschaffungen beim Forstamt der Stadt Karlsruhe (FDP/FW)
(Vorlage: DHH/2025/8202)

Antrag Ö 62: Bessere Aufgabenerfüllung durch Stellenschaffungen bei den Verkehrsbetrieben Karlsruhe (VBK) (FDP/FW)
(Vorlage: DHH/2025/2012)

Jetzt haben wir unter Ö 59 einen AfD-Antrag, Auflösung der KEK. Und wir haben einen FDP/Freie-Wähler-Antrag, Auflösung der KEK und Verschiebung der Stellen anderswohin. Da das zwei verschiedene Konzepte sind, würde ich die jetzt getrennt zur Abstimmung stellen wollen. Ich würde aber dennoch die Anträge Ö 59 bis Ö 62 gemeinsam aufrufen, weil sie in einem Konnex stehen. Darüber diskutieren wir jetzt.

Stadtrat Stolz (AfD): Ich nehme gleich noch den Antrag Ö 63 mit. Zu den beiden Anträgen, also der Auflösung der KEK und dem Stromspartarnerprogramm ist die Lage für uns eindeutig. Wir reden hier über freiwillige Leistungen, die den städtischen Haushalt belasten, ohne einen zwingenden kommunalen Mehrwert zu liefern. Die Stadt gibt Geld aus für Beratungsleistungen, die in gleicher oder besserer Qualität von privatwirtschaftlichen Anbietern am Markt erbracht werden. Gleiches gilt für die KEK. Auch hier werden Leistungen vorgehalten, die bereits über Programme von Bund und Land existieren. Das ist eine klassische Doppelstruktur. Diese Angebote sind verzichtbar, der Markt ist vorhanden. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu beiden Anträgen.

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW): Frau Dr. Klingert, vielen Dank für das leidenschaftliche Plädoyer zu diesen Klimazielen, die wir uns gemeinsam gegeben haben. Ich möchte eins gleich vorausgehend feststellen. Wir verabschieden uns als FDP/Freie Wähler-Fraktion mit diesem Antrag nicht aus dem Klimaschutz. Und wir verschieben auch nicht alles vom Klimaschutz in die Klimaanpassung. Aber lassen Sie mich kurz ausführen zur Intention dieses Antrages, der ein bisschen eine längere Vorgeschichte hat.

In meiner Haushaltsrede habe ich darauf verwiesen, dass wir als Stadt Karlsruhe vielleicht auch von Konzernen lernen können. Deswegen haben bereits zu Beginn dieses Jahres einen Prozess angestoßen, auch einige Anfragen gestellt, wo wir uns überlegt haben, was können wir denn durch Outsourcing gleichwertig anbieten, können aber uns interne Strukturen sparen. Denn in der vorher herrschenden Haushaltslage ist nämlich jetzt nicht mehr die Zeit für großzügige, stetig wachsende städtische Strukturen. Klimaschutz und Klimaanpassung, beides sind wichtig für das Leben in unserer Stadt, heute, morgen und in Zukunft, aber die Maßnahmen für Klimaschutz und Klimaanpassung müssen jetzt an die wirtschaftliche Situation und Realität in unserer Stadt angepasst werden. Und wir sehen nun im vorliegenden Entwurf der Verwaltung und an den bereits getroffenen Entscheidungen, dass ein neuer Realismus einzieht, und das ist gut. Aber genau diesen Gedanken des

Realismus möchten wir weiterentwickeln. Denn mit der Klimaagentur KEK beschreitet Karlsruhe einen Weg bei der Umsetzung des Landesklimagesetzes, den wir für zu teuer halten. In anderen Städten sind zum Beispiel auch ausdrücklich Handwerkskammern und weitere Verbände an der Bürgerinformation zum Thema Energiewende beteiligt. In Karlsruhe finanzieren die Stadt und die Stadtwerke eine städtische Gesellschaft, die KEK und deren Stellen. Gestartet ist die Agentur mit drei Stellen, mittlerweile beschäftigt man dort nach deren Homepage über 30 Personen. Es sind wohl 28 Vollzeitstellen. Nach Meinung unserer Fraktion benötigen wir aber keine eigene städtische Agentur und schon keine mit 28 Vollzeitstellen. Hier kann Outsourcing unseren Haushalt künftig deutlich entlasten. Wir verabschieden uns dann nicht aus der Aufgabe der Beratung, sondern wir geben das dahin, wo Profis arbeiten, und das auch in anderen Städten und Kommunen gut tun.

Wir wollen gleichzeitig, und das ist der Unterschied zum Antrag von den Kollegen von der AfD, wir wollen umschichten, die frei werdenden Mittel, die wir sinnvoller für Klimaschutz und Klimaanpassung verwenden können, zum Beispiel im Gartenbauamt, bei der Kontrolle und Pflege der Brunnen, bei Baumkontrollen, im Forstamt, bei Waldkontrollgängen und auch im ÖPNV-Angebot, beim Betrieb und Unterhaltung des ÖPNV. Uns ist natürlich klar, dass das eine andere Struktur ist, aber das ist die Richtung, wo wir unsere Ressourcen künftig einsetzen wollen. Denn in diesen Ämtern und Tochterunternehmen stehen die Mitarbeiter unter starkem Druck und Arbeitsbelastung. Und das wollen wir unterstützen. Denn meine FDP/Freie Wähler-Fraktion steht erstens für Pragmatismus und Technologieoffenheit beim Klimaschutz, und wir stehen aber auch zweitens für Haushaltsdisziplin und sind der Meinung, dass wir als Stadt nicht alles an uns ziehen müssen, was Externe besser und genauso gut und preiswerter erledigen können. Deswegen werben wir um die Unterstützung unseres Antrags.

Stadtrat Bunk-Merkel (CDU): Die Entwicklung der KEK ist durchaus kritisch zu betrachten. Der Kollege Noé hat es angesprochen, diesen starken Stellenaufwuchs in den letzten Jahren. Das ist vor allem deshalb kritisch, weil wir damit Doppelstrukturen schaffen, weil viele Angebote auch durch unsere eigenen Stadtwerke erbracht werden oder auf jeden Fall werden können und andererseits eben auch, weil wir damit in Konkurrenz zu unseren Karlsruher Handwerksbetrieben treten, die das auch können. Deswegen braucht es das kommunal nicht in diesem Ausmaß, und wir würden es deswegen sehr begrüßen, wenn die KEK sukzessive auch an die Stadtwerke angegliedert wird, wo es diese Leistungen auch gibt und wenn wir nicht weiter unseren Karlsruher Handwerkern damit Konkurrenz machen.

Stadtrat Schnell (AfD): Also von der Intention, die KEK aufzulösen, können wir dem FDP-Antrag nur zustimmen, weil wir damit Probleme haben, dass wir die Stellen von dort einfach in andere Ämter schieben. Denn es ist nicht klar, ob die tatsächlich genau dort an der richtigen Stelle sind und ob man auch diese Personen dort direkt umsetzen könnte. Deshalb haben wir getrennte Dinge gemacht, eben die Abschaffung der KEK gefordert in einem Antrag und die Erhöhung der Mittel für die Klimaanpassung in einem anderen Antrag, aber Sie haben das beides abgelehnt. In Konsequenz müssen wir den Antrag von der FDP leider ablehnen, weil wir sehen so die Umsetzbarkeit, wie das skizziert wurde, nicht gegeben.

Der Vorsitzende: Ich rufe auf den **Antrag der AfD**, die komplette Auflösung der KEK und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Es ist jetzt eine **mehrheitliche Ablehnung**. Gibt es

irgendeinen Stress? Ja, also bei den vier Ja-Stimmen sind wir uns einig, bei den Nein-Stimmen kommen noch ein paar dazu. Sehe ich das richtig? Okay, gut, das ändert am Ergebnis nichts.

Gut, ich rufe auf dann den **FDP-Antrag**. Das ist **Teile von Ö 59, Ö 60, Ö 61, Ö 62**. Das nehmen wir jetzt komplett so auf. Und das steht jetzt zur Abstimmung ab jetzt. – Also der Herr Hock hat mit Ja gestimmt, dann sind wir bei 13 zu 30. Ein anderer hat mit Nein gestimmt. Wer hat noch was zu bieten? Dann bleibt es beim Alten, das ist auch gut. Protokollarisch hat Herr Hock mit Ja gestimmt. Und wer hat mit Nein gestimmt? Frau Berghoff und Herr Dujmović, dann haben wir sogar **32 zu 11**. Okay, dann sind wir uns einig.

Ich würde einladen, dass wir das Thema, was macht die KEK und ist es wirklich richtig, dass die Handwerkerschaft das auch alles anbietet, das sehe ich in Teilen nicht, noch einmal an einer anderen Stelle ausdiskutieren. Das wäre noch einmal eine Einladung, dass wir das noch einmal machen. Denn das wäre schwierig, wenn wir da mit unterschiedlichen Narrativen unterwegs sind.

Antrag Ö 63: Stromspartpartnerprogramm stoppen (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/3110)

Ich rufe auf den Ö63, einen Änderungsantrag der AfD, Stromspartpartnerprogramm stoppen. Jetzt muss ich gucken, ob das ein Einzelantrag ist. Okay, es ist ein Einzelantrag. Dann können wir damit jetzt gleich in die Abstimmung gehen, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 64: Kühlgerätetausch (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/3111)

Wir kommen jetzt zum Kühlgerätetausch. Das ist der Antrag der AfD, Ö 64. Jetzt haben wir eine Meldung.

Stadtrat Stolz (AfD): Das städtische Programm zum Kühlgerätetausch läuft seit vielen Jahren. Der überwiegende Teil aller Geräte ist wohl längst ersetzt, der ursprüngliche Zweck damit erfüllt. Wir schlagen daher vor, diese Ausgaben ab 2027 einzustellen.

Der Vorsitzende: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. – Auch das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 65: Projektbezogene Zuschüsse (u.a. BUZO, BUND, NABU) (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/3112)

Wir kommen jetzt zum AfD-Antrag Ö 65, projektbezogene Zuschüsse.

Stadtrat Stolz (AfD): Wir beantragen die Kürzung projektbezogener Zuschüsse, unter anderem für BUZO, Bund und NABU. Der Grund ist einfach. In der aktuellen Haushaltslage streicht die Verwaltung im Kulturbereich konsequent projektbezogene Förderungen, der

Umweltbereich hingegen wird davon ausgenommen. Wenn Projekte sinnvoll sind, müssen sie priorisiert und begründet werden. Pauschale Ausnahmen für ideologisch nahestehenden Organisationen lehnen wir ab.

Der Vorsitzende: Wir kommen damit zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 66: KSK2030 - Klima -Projekte (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/3113)

Wir kommen jetzt zum Klimaschutzkonzept. Und da gibt es auf der Seite 159 einen Antrag der AfD auf entsprechende Kürzungen von Klimaprojekten.

Stadtrat Seidler (AfD): Ich halte mich jetzt kurz. Es gibt einen Zielkonflikt zwischen Klimaprojekten und anderen Projekten, und Klimaprojekte sollen priorisiert in die Investitionsliste eingestellt werden, so verstehe ich es zumindest. Dringend benötigte Sanierungen von Schulen und Kitas oder Neubau von Schulsporthallen und so weiter, die auf der Prioritätsliste 2 der sogenannten Tränenliste gesetzt sind, bleiben halt unbearbeitet, und das alles nur, um mit den Klimaschutzprojekten wieder errechnete, modellhaft errechnete CO₂-Einsparungen vorzunehmen. Also man muss immer denken, beim ganzen Klimaschutz rechnet man in Modellen. Modelle sind vereinfachte Abbilder der Wirklichkeit, aber das brauchen wir hier und heute nicht zu diskutieren. Das ist eine Glaubensfrage. Es gibt hier Gremien, die glauben daran, andere zweifeln, und die Dritten hängen vielleicht ihr Fähnchen nach dem Wind.

Der Vorsitzende: Wir kommen damit zum Abstimmen, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. - Ich darf einbringen, dass ich hier weder glaube noch zweifle, sondern weiß, aber das kann man auch zu anderer Stelle einmal diskutieren.

Antrag Ö 67: KSK2030 - Klimaschutzkonzept 2030 - Veränderung auf der Investitionsliste (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/3114)

Der Antrag Ö67 ist **zurückgezogen** von der CDU, und ich darf zu Ihren Ausführungen, Herr Seidler, noch einmal darauf hinweisen, was ich am Anfang gesagt habe, dass wir das Ganze, was wir nach hinten verschoben haben, jetzt durch diese Sondervermögensmittel, da kommen wir nachher noch dazu, größtenteils doch vorgezogen haben auf 27, teilweise auch 26.

Antrag Ö 68: Veränderungen auf der Investitionsliste, hier: Grundschule Friedrich-Ebert-Schule, Ganztageseinrichtung (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/8809)

Antrag Ö 69: Veränderungen auf der Investitionsliste, hier: Südschule Neureut, Ersatzneubau und Ganztageseinrichtung (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/8810)

Antrag Ö 70: Veränderungen auf der Investitionsliste, hier: Grundschule Grünwinkel, Modernisierung und Ganztageseinrichtung (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/8811)

Antrag Ö 71: Veränderungen auf der Investitionsliste, hier: Kita Geigersberg, Neubau (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/8812)

Antrag Ö 72: Veränderungen auf der Investitionsliste, hier: Kindergarten Ringelberghohl (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/8813)

Ich rufe damit auf die Friedrich-Ebert-Schule, das sind die ganzen Anteile, das hat sich alles erledigt.

Antrag Ö 73: Einrichtung eines Klimaanpassungsfonds (GRÜNE)
(Vorlage: DHH/2025/3115)

Dann haben wir jetzt als Nächstes den Antrag der GRÜNEN, Einrichtung eines Klimaanpassungsfonds. Das ist Ö 73.

Stadträtin Wolf (GRÜNE): Es ist zwar schon eine Weile her, aber: Erinnern Sie sich an den Sommer? Bei 38 Grad, am Baggersee liegen, ein Eis essen, es war einer der heißesten Sommer unseres Lebens. Gleichzeitig war es aber auch einer der kältesten Sommer für den Rest unseres Lebens. Wir müssen mit mehr Hitzetagen rechnen, mit Temperaturen von über 40 Grad in Karlsruhe, mit Dürre, aber gleichzeitig auch mit Starkregenereignissen. Das kann eine Großstadt wie Karlsruhe hier gerade noch im Rheingraben zu einem fast lebensfeindlichen Umfeld machen. Es ist unsere Aufgabe, das zu verhindern, gerade für ältere Menschen und für kleine Kinder Karlsruhe lebenswert zu erhalten. Der Städtetag hat berechnet, was uns das kosten würde. Nötig wären 30 Millionen jährlich für den Umbau unserer Stadt. Zum Schutz gegen hohe Temperaturen im Sommer, zum Schutz gegen besonders kalte Winter, kurz zum Schluss gegen die zunehmenden Extremereignisse, die wir hier haben werden, das ist auf der einen Seite das, was nötig wäre.

Wir sehen auf der anderen Seite aber auch, was möglich ist mit den haushalterischen Beschränkungen, die wir hier haben. Deswegen haben wir weniger beantragt. Wir haben 5 Millionen im ersten und 10 Millionen im zweiten Jahr beantragt. Wir müssen jetzt zusätzlich leider noch anerkennen, dass es hier auch andere Mehrheitsverhältnisse gibt, als wir uns das wünschen. Deswegen wird gleich noch ein Änderungsantrag der SPD kommen. Auch dem können wir dann zustimmen.

Stadtrat Bunk-Merkel (CDU): Wir machen so viele schmerzliche Einschnitte bei so vielen Dingen, die auch super wichtig sind. Und es steht außer Frage, dass Klimaanpassung auch wichtig ist. Aber Sie beantragen einen zweistelligen Millionenbetrag mit einem neuen Fonds dafür. Also da können wir nicht mitgehen, das ist unverantwortlich.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Wir wollen erst einmal festhalten, es gibt schon einen Klimaanpassungsfonds. Wir haben im Ergebnishaushalt jedes Jahr Geld blockiert, und wir haben auch im Finanzhaushalt dafür Geld vorgesehen. Aber wir haben in schon vielen Ausschusssitzungen festgestellt, dass das für die vielen Maßnahmen, wie im Klimaanpassungskonzept, aber auch vor allem im Hitzeaktionsplan, und den möchte ich an der Stelle ganz explizit erwähnen, es bei weitem nicht ausreicht, diese Maßnahmen zu finanzieren. Sie sind unheimlich wichtig. Und an der Stelle möchte ich noch einmal betonen, Klimaschutz und Klimaanpassung, ich weiß, das wissen Sie alle, aber man muss es trotzdem noch einmal sagen, es sind zwei paar verschiedene Schuhe, und es ergibt auch keinen Sinn, dass man gegenseitig in die Töpfe greift, wenn man dann nicht mehr auskommt mit den Mitteln. Deswegen halten wir den Antrag für sinnvoll. Wir haben uns als SPD immer sehr stark viele Jahre dafür eingesetzt, dass wir einen Hitzeaktionsplan haben. Wir wünschen uns, dass davon dann auch der Hitzeaktionsplan zu Teilen mitfinanziert wird. Auch die Trinkbrunnen waren uns als SPD immer unheimlich wichtig. Auch das ist etwas, das wir hier in diesem Punkt untergebracht sehen.

Wir sind etwas überrascht über die Höhe, die gefordert ist. Wir sehen das auch erst einmal als einen symbolischen Fuß in die Tür. Wir denken als Fraktion, dass eine Million Euro höher als das sowieso schon zur Verfügung stehende Geld, was, glaube ich auch, mehr als eine Million ist, wäre für uns genug. Das heißt, wir würden den Antrag gerne abändern in eine Million Euro Finanzhaushalt für 2026 und eine Million Euro für den Finanzhaushalt 2027, nicht Ergebnishaushalt. Finanzhaushalt, das ist der, den wir heute hier nur ganz am Rande ein wenig diskutieren.

Stadtrat Gaukel (Volt): Ich kann mich den Ausführungen der GRÜNEN weitestgehend anschließen. Wir müssen hier deutlich mehr tun. Gerade im Klimaschutz machen wir auch sehr viel, aber am Ende ist Klimaschutz vor allem mittel- bis langfristig. Und das haben wir leider in der kürzeren und längeren Vergangenheit zu wenig gemacht. Genau deswegen sind wir jetzt bei 38 Grad-Sommern und brauchen diese Klimaanpassung. Der Hitzeschutzplan wurde erwähnt, ist im Endeffekt dann noch einmal die Steigerung, weil auch die Klimaanpassung bisher nicht ausreichend war. Von daher, wir müssen auf jeden Fall sehr viel tun, aber am Ende haben wir viele Einschnitte, die auch gemacht werden müssen. Deswegen sind wir auch sehr froh über den Änderungsantrag der SPD, den man dann eben dann deutlich leichter mitgehen kann, da die Summen verträglicher für unseren Haushalt sind. Von daher vielen Dank dafür. Wir machen super viele Projekte, und wir haben viele Bauprojekte, aber auch viele Sachen, die wir sowieso auch in anderen Töpfen schon mitmachen, sind dann auch wieder Möglichkeiten, bei so etwas mitzunehmen. Von daher, wir brauchen das Geld für Klimaanpassung, von daher lasst es uns auch in diesem Topf so benennen.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Eigentlich wollte ich ein bisschen mehr dazu sagen, aber es wurde jetzt schon sehr viel gesagt. Wir finden die Einrichtung dieses Fonds richtig, wichtig und werden zustimmen, egal in welcher Höhe er dann tatsächlich auch durchgehen wird,

hoffentlich durchgehen wird. Zum Schluss bleibt mir nur zu sagen, ich freue mich, dass ich nach der letzten halben Stunde einmal wieder einen anderen Knopf drücken kann.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine Wortmeldung mehr. Ich habe Sie jetzt so verstanden, Frau Stadträtin Wolf, dass Sie dem Änderungsantrag der SPD, den wir jetzt kennen, zustimmen würden als antragstellende Fraktion. Das heißt, wir stimmen jetzt über eine Million zusätzliche Mittel 2026 und eine Million zusätzliche Mittel 2027 für den Klimaanpassungsfonds ab, im Finanzhaushalt. Da bitte ich Sie jetzt um das entsprechende Votum ab jetzt. – So, das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

3200 Ordnungs- und Bürgerwesen

Antrag Ö 74: HHS4_V135 - Keine Erhöhung der allgemeinen Bußgeldsätze (AfD) (Vorlage: DHH/2025/3201)

Wir kommen damit zum Teilhaushalt 3200, nämlich dem Ordnungs- und Bürgerwesen. Und hier hat die Verwaltung vorgeschlagen, die allgemeinen Bußgeldsätze zu erhöhen. Dazu bräuchten wir nicht das Votum von Ihnen, aber die AfD hat dazu einen Änderungsantrag gestellt und den rufe ich jetzt auf unter der Ziffer Ö74.

Stadtrat Stolz (AfD): Die Verwaltung will die allgemeine Bußgeldpauschale um 20 Prozent erhöhen. Das ist nach unserer Meinung der falsche Weg, denn höhere Bußgelder schaffen nicht automatisch mehr Ordnung oder mehr Sicherheit. Wenn wir wirklich etwas verbessern wollen, dann brauchen wir keine höheren Strafen, sondern konsequentere Durchsetzung der bestehenden Regeln, und zwar dort, wo es tatsächlich notwendig ist, an neuralgischen Punkten wie Schulen oder zum Beispiel Kindergärten. Gerade dort erleben wir täglich gefährliche Situationen durch Falschparker, Halteverstöße oder überhöhte Geschwindigkeit. Hier geht es nicht um Einnahmen, sondern um den Schutz unserer Kinder. Gezielte Kontrollen wirken abschreckend, erhöhen die Sicherheit und verursachen keine zusätzlichen Belastungen für die Allgemeinheit. Pauschale Bußgelderhöhungen hingegen sind nichts anderes als eine versteckte Abgabe. Deshalb sagen wir klar, mehr Präsenz und Kontrollen an Gefahrenpunkten ja, pauschale Erhöhung der Bußgelder nein.

Der Vorsitzende: Damit kommen wir zur Abstimmung, und ich bitte um das Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 75: HHS4_V158 - Personalstellen bei der Überwachung des ruhenden Verkehrs nicht streichen (GRÜNE, CDU) (Vorlage: DHH/2025/3206)

Wir kommen jetzt unter dem Antrag Ö 75 dazu, dass es um Personalstellen bei der Überwachung des ruhenden Verkehrs geht. Das ist Antrag GRÜNE, Antrag CDU. Jetzt lese ich hier, dass es in dem CDU-Antrag eine Verbindung zum Bewohnerparkausweis gibt. Das erschließe ich mir jetzt nicht so schnell, das wird man jetzt erklären. Insofern würde ich gerne jetzt einmal diese Themen Überwachung des ruhenden Verkehrs und Bewohnerparkausweis, das würde ich jetzt einmal gemeinsam aufrufen, oder wir gucken nachher, wie wir das hinkriegen.

Stadtrat Bunk-Merkel (CDU): Beim Bewohnerparken schlägt die Stadtverwaltung eine Erhöhung der Gebühren für den Bewohnerparkausweis auf 360 Euro vor, was eine Verzwölfachung seit 2021 ist. Das ist ziemlich krass, vor allem wenn man bedenkt, dass es mehr Ausweise als Parkplätze gibt und dass eben auch vermehrt oder sehr viel illegal geparkt wird in diesen Bewohnerparkzonen, was dazu führt, dass viele Bewohner keinen Parkplatz finden, wenn sie abends nach der Arbeit nach Hause kommen oder am Wochenende, wenn sie unterwegs waren und wieder zu Hause parken wollen. Deswegen ist für uns wichtig, wenn die Gebühr auf 360 Euro pro Jahr erhöht wird, dann müssen wir auch konsequent durchsetzen, dass in den Bewohnerparkzonen die Bewohner Parkplätze finden. Deswegen unser Antrag, dass hier keine Stellen bei der Verkehrsüberwachung gestrichen werden dürfen, wenn die Gebühr für den Bewohnerparkausweis erhöht wird.

Ausdrücklich unterstützen tun wir auch die Initiative von den GRÜNEN mit dem Scan-Car, was sicherlich für die Zukunft gerade bei den Bewohnerparkzonen sehr wichtig ist, um dort ständig zu überwachen, dass halt auch die Bewohner Parkplätze finden. Bis wir das Scan-Car aber haben oder bis wir mehrere Scan-Cars perspektivisch vielleicht haben, braucht es weiterhin die Verkehrsüberwachung durch städtische Mitarbeiter, deswegen hier unser Antrag, dass die Personalstellen bei der Verkehrsüberwachung nicht gestrichen werden.

Der Vorsitzende: Ich würde vom Verfahren vorschlagen, dass wir dann den CDU-Antrag erst aufrufen, also die Stellengeschichte erst dann aufrufen. Und ich würde auch den GRÜNEN-Antrag dann nach hinten packen, weil es Sinn macht. Also ein Teil des CDU-Antrags ist identisch mit dem GRÜNEN-Antrag, dass diese beiden Stellen nicht gestrichen werden. Den würde ich jetzt erst nach der Diskussion über das Bewohnerparken aufrufen, wenn das für Sie okay wäre, Herr Bunk-Merkel. Dann würde ich jetzt nämlich erst einmal weitermachen in der Liste. Und dann gucken wir, wie wir dann am Ende zu diesen Stellengeschichten stehen. Sorry, dass ich das nicht vorher mir überlegt habe.

Insofern würde ich jetzt diese Geschichte Ö 75 nach hinten packen und wenn Sie einverstanden wären, jetzt erst einmal in der Reihenfolge weitermachen. Sonst kommen wir nämlich völlig durcheinander. Ich gehe einmal davon aus, dass die Wortmeldungen jetzt dieser Geschichte ruhender Verkehr und Bewohnerparken zugeordnet waren. Deswegen würde ich jetzt einfach erst einmal die Diskussion nicht weiterführen, sondern wir machen das nachher, und ich mache jetzt hier in der Reihe weiter.

Antrag Ö 76: HHS4_GR20 - Erhöhung der Sondernutzungsgebühren um 20% (Vorlage: 2025/1117)

Da geht es zunächst um die Entscheidung des Vorschlags der Verwaltung, die Sondernutzungsgebühren um 20 Prozent zu erhöhen. Da wird es vermutlich dann auch noch einmal eine entsprechende Satzung geben müssen, die wir Ihnen vielleicht dann auch noch einmal zur Entscheidung vorlegen. Aber jetzt geht es erst einmal um das Allgemeine, im Grunde die Beauftragung der Verwaltung. Das ist Ö 76, und da bitte ich Sie jetzt um Ihr Votum ab jetzt. – Das erfährt eine **mehrheitliche Zustimmung**.

**Antrag Ö 77: HHS4_GR21 - Einführung einer Sondernutzungsgebühr für E-Scooter (70 Euro) - Reglementierungszweck
(Vorlage: 2025/1118)**

Jetzt rufe ich auf Ö 77. Da wird eine neue Sondernutzungsgebühr eingeführt, nämlich die für E-Scooter.

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW): Ganz kurz, dieser Vorschlag der Verwaltung ist eine eindeutige Bevorzugung von Fahrradleihsystemen im Gegensatz zu Scooter-Leihsystemen. Beides muss sich am Markt behaupten. Die Spieße müssen auch gleich lang sein, und deswegen lehnen wir diese einseitige Sondernutzungsgebühr für die Scooter ab.

Stadtrat Klinkhardt (GRÜNE): Wir begrüßen sehr, dass die damals gemeinsam von Volt und uns beantragte Sondernutzungssatzung jetzt auch zu einer angemessenen Bepreisung der Nutzung der öffentlichen Flächen führt. Und wir hoffen, dass die Summe uns helfen wird, an anderer Stelle dann schmerzhaft Einsparungen zu verhindern. Abgesehen davon sehen wir es als durchaus angemessen an, dass man zwischen einer aktiven Mobilität, die doch deutlich nachhaltiger ist, unterscheidet, als dann von den E-Scootern, die doch eher ein Freizeitvergnügen sind, was auf unseren Straßen ausgetragen wird.

Der Vorsitzende: Damit kommen wir zur Abstimmung, und zwar ab. – Jetzt, das ist auch eine **mehrheitliche Zustimmung**.

**Antrag Ö 78: HHS4_GR22 - Einführung einer Gebühr für die Reservierung der Trautermin im Onlinetraukalender (30 Euro) - u.a. Vermeidung der sehr frühzeitigen Reservierung mehrerer Termine
(Vorlage: 2025/1119)**

Ich rufe auf Ö 78, das ist der Vorschlag der Verwaltung, auch für die Reservierung der Trautermin im Online-Traukalender eine Gebühr zu verlangen. Ich darf auf den Zusammenhang hinweisen, dass im Moment Leute sehr locker Trautermin buchen und dann nicht wahrnehmen. Das wird natürlich durch eine entsprechende Gebühr ein Stück weit zumindest unattraktiver, und zwar nicht, weil sie sich gestritten haben, sondern wegen anderer Terminplanungen, zumindest unterstelle ich das einmal. Gut, das können wir hier gleich in die Abstimmung bringen, nämlich ab jetzt. – Das ist **einstimmige Zustimmung**.

**Antrag Ö 79: HHS4_GR23 - Kündigung Mitgliedschaft "Deutsch-Europäisches Forum für urbane Sicherheit (DEFUS)"
(Vorlage: 2025/1120)**

Ich rufe auf Ö79 wieder einen Vorschlag der Verwaltung, die Kündigung der Mitgliedschaft beim Deutsch-Europäischen Forum für Urbane Sicherheit. Und ich bitte auch da um Ihr Votum ab jetzt. – Auch das ist **einstimmig**.

**Antrag Ö 80: HHS4_GR26 - Einstellung der Zuschüsse für abgelegte Hundeführerscheine
(Vorlage: 2025/1125)**

Dann rufe ich auf die Einstellung der Zuschüsse für abgelegte Hundeführerscheine unter Ö 80, ein weiterer Vorschlag der Verwaltung. Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann können wir auch hier gleich in eine Abstimmung gehen, und zwar ab jetzt. – Auch das ist **ein-**stimmig.

Antrag Ö 81: HHS4_GR19 - Erhöhung der Bewohnerparkausweisgebühren (180 Euro auf 360 Euro)
(Vorlage: 2025/1116)

Antrag Ö 82: HHS4_GR19 – Anwohnerparken (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/3217)

Antrag Ö 83: HHS4_GR19 - Erhöhung der Gebühren für Bewohnerparkausweise (SR Braun)
(Vorlage: DHH/2025/3208)

Antrag Ö 84: HHS4_GR19 - Gestaffelte Gebühren für Bewohnerparkausweise (Volt)
(Vorlage: DHH/2025/3216)

Antrag Ö 85: Einführung verursachergerechter Parkgebühren bei Bewohnerparkausweisen (Die Linke)
(Vorlage: DHH/2025/3209)

Antrag Ö 86: Parkdruck verringern - Bewohnerparkzonen ausweiten (Die Linke)
(Vorlage: DHH/2025/6106)

Ich rufe dann auf, dieses ganze Konglomerat Bewohnerparkausweise, Bewohnerparkzonen. Ö 81 ist der Vorschlag der Verwaltung, von 180 Euro auf 360 Euro zu erhöhen, Ö 82 ein Antrag der AfD, Ö 83 ein Antrag von Herrn Stadtrat Braun, Ö 84 ein Antrag der Volt, Ö 85 ein Antrag der Linken und wir haben dann auch noch einen konzeptionellen Antrag der Linken unter Ö 86, nämlich die Ausweitung der Bewohnerparkzonen. Das würde ich jetzt alles einmal insgesamt zur Diskussion stellen wollen. Jetzt gibt es so viele Anträge, dass wir vielleicht einfach der Reihenfolge nach verfahren.

Stadtrat Klinkhardt (GRÜNE): Der öffentliche Raum ist ein knappes und ein kostbares Gut, noch deutlich kostbarer als der Preis, den wir nun gerne mitgehen werden. Denn während es im Straßenraum zu eng für die vielfältigen Nutzungsansprüche ist, gibt es in vielen Parkgaragen noch Platz. Das liegt unter anderem daran, dass wir die Kosten für die Herstellung und Instandhaltung von Parkplätzen für private Pkw im öffentlichen Raum auf alle Steuerzahlenden umlegen, anstatt sie den Nutzenden in Rechnung zu stellen. Wenn ich zum Beispiel meine private Mülltonne auf die Straße stelle, dann soll ich pro Parkplatz über 5.000 Euro im Jahr zahlen. Nun wollen wir aber für die Verwaltung und die Bevölkerung planbar und rechtssicher Schritt für Schritt vorgehen, das heißt zum einen die geplante Erhöhung mitgehen. Das heißt im Weiteren über die Ausweitung der Bewohnerparkzonen sprechen und das vermutlich dann gerne lieber im passenden Ausschuss als hier, da es hier noch nicht haushaltswirksam ist.

Wir wollen aber zusätzlich zum Thema der Längenabhängigkeit ergänzend beantragen, dass dann wir als Gemeinderat Sie als Oberbürgermeister auffordern wollen, eine Rechtsverordnung zu erlassen, die uns ab 2027 dann noch weitere Einnahmen ermöglichen kann.

Stadtrat Bunk-Merkel (CDU): Ich habe es vorhin bereits gesagt, die Erhöhung bei den Gebühren für Bewohnerparkausweise ist schon ziemlich krass. Trotzdem sind wir aus finanzpolitischer Verantwortung bereit, da mitzugehen, unter der Voraussetzung, dass dann das Bewohnerparken auch deutlich strikter durchgesetzt wird. Deswegen ist für uns wichtig, dass unser Antrag zu der Streichung der Stellen bei der Verkehrsüberwachung natürlich vorher abgestimmt wird. Wir wollen auch, dass mit diesen Stellen dann schwerpunktmäßig in den Bewohnern Parkzonen kontrolliert wird.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Vonseiten der SPD-Fraktion sehen wir es ähnlich wie die beiden Vorredner. Das heißt, dass die beiden Stellen nicht gestrichen werden. Uns geht es darum, insgesamt ein Konzept zur digitalen Parkraumüberwachung auf den Weg zu bringen. Dazu wird es im weiteren Verlauf der Haushaltsberatung noch einen entsprechenden interfraktionellen Antrag geben. Die Erhöhung der Gebühren für das Bewohnerparken, also wir halten sie für adäquat, ein Euro pro Tag ist zumutbar, aber eben unter der Voraussetzung, wie der Kollege von der CDU-Fraktion schon sagte, dass die Bewohnerinnen und Bewohner auch einen entsprechenden Parkplatz dann in der Regel finden. Auch die Ausweitung der Bewohnerparkzonen sehen wir grundsätzlich positiv. Hinsichtlich der Anregung vom Kollegen Klinghardt, eine längenabhängige Komponente einzuführen, das sehen wir dann eher in der weiteren Diskussion in den entsprechenden Fachausschüssen. Aber zum jetzigen Stand der Debatte würden wir diese beiden Punkte auch in der genannten Form mitgehen.

Stadtrat Geißinger (Volt): Vielleicht kurz zur Abstimmungsreihenfolge. Da jetzt einige Anträge zum Bewohnerparken da sind, würden wir uns wünschen, dass wir unseren Antrag zuerst abstimmen, dann der Linke und dann von den GRÜNEN. Das vorab. Wir werden auch die Stellen mitgehen, weil nur durch eine Ausweitung der Zonen und eine tatsächliche Überwachung kann man sicherstellen, dass nicht dann plötzlich Falschparker die Parkgebühren, die wir schon erhöhen, quasi kostenfrei mitnutzen. Grundsätzlich, und deswegen haben wir auch den Antrag gestellt, ist es nun einmal so, ein SUV ist einfach deutlich größer als ein Smart. Und das sehen wir nicht im Gegensatz der Stellungnahme der Verwaltung, dass es anders sei, vor allem wenn man nicht parallel nebeneinander parkt, sondern hintereinander. Jeder, der einen SUV einmal in der Straße gesehen hat, weiß, der ist größer als ein Smart. Deswegen möchten wir das auch berücksichtigen. Deswegen haben wir die Staffel gefordert. Wir haben uns schlau gemacht. In anderen Kommunen ist es rechtmäßig auch möglich, das zu tun. Wir wissen, dass es Ihnen obliegt, aber wir würden Ihnen noch einmal sehr ans Herz legen, je nachdem auch gleich, wie die Abstimmung aussieht, das auch zu tun. Wir wissen auch, dass unser Antrag sofort umsetzbar ist. Deswegen würden wir den auch gerne, wie gesagt, zuerst abstimmen, finden aber auch die Kompromisslösungen in Ordnung und sehen auch das sehr positiv, dass zumindest die Gesprächs Offenheit für solche Thematiken da ist. Dabei würden wir es erst einmal belassen.

Vielleicht ein letzter Hinweis noch: Wir kommen später noch zu den Scan-Cars. Auch diese könnten uns durchaus bei der Überwachung helfen.

Stadtrat Schnell (AfD): Eine Verdoppelung der Gebühren für das Anwohnerparken lehnt die AfD strikt ab, insbesondere unter der Berücksichtigung der Tatsache, dass lange nicht jeder, der einen Anwohnerausweis beantragt, dann auch tatsächlich einen Parkplatz zur Verfügung hat, sondern nur das Recht, Glück zu haben und in der entsprechenden Bewohnerparkzone einen Parkplatz ab und zu zu erwischen. Und jedwede Änderungen an der Gebührenstaffelung nach Größe des Fahrzeugs, also das ist eine weitere Bürokratisierung, was ist, wenn jemand innerhalb eines Jahres das Auto wechselt, von groß auf klein oder umgekehrt, das ist auch nicht wirklich klar.

Dann wollte ich noch sagen, diese kleinen Smart-Zweisitzer werden nicht mehr gebaut. Also diese ganz kleinen, im Augenblick, also das ist auch nicht mehr so. Deshalb lehnen wir diese Erhöhung ab. Wir haben stattdessen den Antrag einer maßvollen Erhöhung um 15 Prozent gestellt. Das ist unserer Meinung nach verkraftbar. Zum Thema Stelleneinsparung, die würden wir mittragen oder sprich den Antrag auf die Stelleneinsparung verzichten, ablehnen.

Stadtrat Hock (FDP/FW): Jetzt haben wir die Diskussion ums Auto, die Größe, wie klein, Scan-Cars, Verdopplung der Parkgebühren und was noch alles kommt. Die Verdopplung des Anwohnerparkens lehnt meine Fraktion entschieden ab. Zumal, und das haben einige derer, die das jetzt noch befürworten, selber schon gesagt, dann haben Sie damit aber noch keine Anrechte, dass Sie überhaupt einen Parkplatz finden werden. Das kommt noch dazu bei der ganzen Geschichte. Deshalb, wir haben gerade so einen Drive in diese Verteufelung des Automobils eingeschwenkt, wo ich dann wirklich vom Glauben abfalle. Wir tun alles, um es den Leuten jetzt noch unerträglicher zu machen. Fragen Sie einmal Leute, die Anwohnerparken bezahlen und abends dann nach Hause kommen, erst einmal zehnmal um den Block fahren. Also ich kann die Diskussion hier nicht mehr nachvollziehen. Wenn dann die Scan-Fahrzeuge auch noch aufgerufen werden und wir wirklich noch von der Verdopplung der Parkgebühren an sich sprechen werden, dann erschließt sich mir nicht, wo unsere Stadt Karlsruhe denn eigentlich noch hin möchte.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Erstmal direkt dazu, es ist erstens keine Verteufelung des Autos und zweitens, deswegen müssen wir die Bewohnerparkzonen auch ausweiten. Wir haben diesen Antrag gestellt, ich kann mich jetzt dank des Volt-Antrags ein bisschen kürzer fassen, weil wir finden, dass das Stadtbild dominiert ist von Pkw, die viel zu viel Raum einnehmen. Es spielt sehr wohl eine Rolle, wie groß ein Parkplatz ist, auch wenn der markiert ist. Es spielt nur dann keine Rolle, wenn parallel oder quer geparkt wird. Von daher finden wir den Vorschlag der GRÜNEN auch als quasi Kompromiss relativ gut.

Wir möchten aber trotzdem unseren Antrag aufrechterhalten, weil ich finde, wenn wir die Möglichkeit haben, sollten wir sie auch nutzen. Und dadurch lassen sich auch Mehreinnahmen erzielen. Es geht doch hier die ganze Zeit um Mehreinnahmen. Der Unterschied zwischen unserem Antrag und dem Antrag von Volt ist, dass wir einen zusätzlichen Aufpreis zur Registrierung mehrerer Fahrzeuge auf den Bewohnerausweis fordern. Das finden wir auch völlig legitim. Jetzt kann ich vielleicht noch ein paar Worte sagen zu unserem Antrag zur Ausweitung der Bewohnerparkzone. Uns ist bewusst, dass da gerade Prozesse laufen. Wir haben den Antrag gestellt, um ein bisschen Druck zu machen und auch auf die Notwendigkeit der Ausweitung der Bewohnerparkzone hinzuweisen.

Stadträtin Döring (KAL): Auch wir können der Verwaltungsvorlage heute zustimmen. Wir haben auch große Sympathien für die Idee, das Bewohnerparken grundsätzlich auszuweiten. Auch bei einer Staffelung können wir uns durchaus Dinge vorstellen. Wir finden es nur heute nicht den richtigen Zeitpunkt, darüber zu entscheiden. Wir hätten das gerne noch einmal in den entsprechenden Ausschüssen intensiv vorberaten und gerade das Thema Staffelung dann vielleicht mit Blick auf den nächsten Doppelhaushalt anzugehen, auch mit der Frage, macht man das dann aufkommensneutral oder setzt man noch einmal Einnahmen obendrauf. Wir finden auch, dass die Kontrolle in den Bereichen eindeutig besser werden muss. Deshalb werden wir nachher auch die Anträge zum Beispiel zu den Scan-Cars mitgehen oder auch bei der Erhaltung der Stellen, weil wir einfach finden, dass in den Bereichen dann auch dieses Fremdparken sozusagen kontrolliert werden muss, dass dann die Bewohner, die jetzt die deutlich höheren Gebühren zu zahlen haben, auch eine Chance haben, dort einen Parkplatz zu finden.

Stadtrat Braun (Die PARTEI): Beim Parken und insbesondere beim Bewohnerparken ist es so, dass viel Geld auf der Straße liegt, das wir nur einsammeln müssen. Das Parken ist das Abfallprodukt des Autos. 40 Prozent aller Unfälle passieren beim Parken. Parken ist also ziemlich gefährlich. Man muss sich das einmal vor Augen führen. Im Schnitt geben wir 36.000 Euro für einen im Schnitt 1.400 kg schweren Metallklumpen mit durchschnittlich 127,9 PS aus. Aber anstatt damit frei wie der Wind im Sonnenuntergang die Küstenstraße entlang zu sausen, parken wir zu 95 Prozent der Zeit. Und die restlichen 5 Prozent poltern wir angepisst durch den Berufsverkehr. 10 von 60 Minuten am Tag sind wir auf Parkplatzsuche. Der Parkplatzsuchverkehr macht 30 Prozent des Stadtverkehrs aus. Haben wir erst einmal einen Parkplatz gefunden, steht die Karre anderen im Weg rum. Auf einen normalen Parkplatz passen immerhin ein Baum, eine Bank, zwei Fahrräder und, Vorsicht, die machen Schmutz, einige Menschen. Es ist also festzustellen, dass Parken nicht nur gefährlich, sondern auch noch ziemlich unsolidarisch ist, was nicht auch noch durch billige Parkgebühren belohnt werden darf. Andersrum wird ein Schuh daraus, Parkgebühren müssen wesentlich teurer werden, dass Parken bald noch weniger Spaß macht. Denn wenn das dazu führt, dass sich einige das mit dem Auto oder dem Zweit- oder Drittwagen noch einmal überlegen, sind wieder ausreichend Parkgelegenheiten für andere vorhanden. Darüber hinaus ist festzustellen, es gibt kein Recht auf Bewohnerparkplätze. Im Gegenteil, es ist ein absolutes Luxusgut, das wir darüber hinaus auch gar nicht überall anbieten.

Der Vorsitzende: Wir haben keine Wortmeldung. Jetzt muss ich bei der CDU noch einmal nachfragen. Erst haben Sie gesagt, Sie können der Reinstallation der Personalstellen nur zustimmen, wenn vorher der Verdopplung des Bewohnerparkens zugestimmt wurde. Jetzt haben Sie es genau umgekehrt in eine Kausalität gebracht. Das überfordert mich jetzt ein bisschen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Es ist genauso, Sie haben es nur falsch verstanden gehabt. Wir stimmen der Erhöhung nur dann zu, wenn die Stellen erhalten bleiben. Denn wenn die Stellen gestrichen werden, dann ist noch weniger die Chance, dass man einen Parkplatz bekommen kann.

Der Vorsitzende: Okay, dann können wir jetzt doch die Stellen voranstellen. Dann rufe ich jetzt auf den **Antrag der GRÜNEN** und dem **Teilantrag der CDU**, dass die beiden Stellen erhalten bleiben, und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – So, das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**, das müssen wir dann für unsere Finanzliste auch entsprechend verbuchen.

Jetzt kommen wir zu den verschiedenen Varianten des Bewohnerparkens. Da würde ich vorschlagen, dass wir erst einmal die Anträge aufrufen, die eine neue Konzeption auch fordern, nämlich eine größenabhängige Geschichte. Da geht der Antrag der Volt-Fraktion am weitesten, weil er zum einen noch einmal eine erhöhte Gebühr bis 480 Euro und dann diese Konzeptionsveränderung fordert. Deswegen würde ich den **Volt-Antrag** jetzt als Erstes zur Abstimmung stellen und bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt rufe ich auf den **Antrag der Linken**, quasi ein neues Konzept zu erstellen, dass diese verursachergerecht, also Größe, und Sie haben ja auch mehrfache Autos pro Anmelder und so, also eine neue Konzeption fordert, ohne dass wir das jetzt konkret an der Stelle schon haushalterisch hinterlegen. Auch da bitte ich Sie um Ihr Votum jetzt ab. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt haben wir den Antrag von Herrn Stadtrat Braun, der ja eine einheitliche Gebühr fordert.

Stadtrat Klinkhardt (GRÜNE): Ich wollte fragen, wenn wir jetzt noch bei den konzeptionellen Sachen sind, ob wir dann noch einmal den vorgeschlagenen Ergänzungsvorschlag von uns abstimmen wollen, dass wir Sie auffordern, ab 2027 tatsächlich eine Längenabhängigkeit zu erlassen.

Der Vorsitzende: Sorry, das hatte ich a nicht so mitgekriegt. Also es gibt einen ergänzenden Antrag, dass wir zwar nicht heute, aber dann für 2027 einen solchen Vorschlag machen. Ich empfehle als Verwaltung Ablehnung. Ich habe das als Beauftragung der Verwaltung, dass Sie ein solches Konzept entwickeln. Das muss ich im Ausschuss nicht vorbereiten. Oder wir können es im Hauptausschuss demnächst noch mal besprechen. Dann nehmen wir das einmal als Antrag auf und vertagen es in den nächsten Hauptausschuss, dass wir noch einmal gemeinsam klären, ob wir diesen Weg gehen wollen oder nicht. Dann können wir noch einmal die Argumente austauschen, bevor wir es jetzt machen.

Dann komme ich jetzt zum Antrag von Herrn **Stadtrat Braun** unter Ö 83, der noch einmal eine Erhöhung von 360 auf 480 Euro, das ist der wesentliche Unterschied, fordert, und bitte auch hier, über diesen Änderungsantrag abzustimmen. Ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt rufe ich auf unter Ö 82 den **Änderungsantrag der AfD**, der sich mit einer Erhöhung von 15 Prozent, aber nicht mit einer Verdopplung einverstanden erklären würde. Und bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt kommt der unveränderte Vorschlag der Verwaltung zur Abstimmung. Die Verdopplung der Bewohnerparkausweisgebühren. Ich möchte ich noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, dass wir erst seit einigen Jahren überhaupt die Möglichkeit haben und dass wir es hier sehr genau ausgerechnet haben, was denn der Wert im Durchschnitt dieser entsprechend genutzten Fläche betrifft. Und ich will auch noch darauf hinweisen, dass es in der Tat so ist, dass sicherlich nicht jeder ein Anrecht hat, einen entsprechenden Platz zu finden, dass aber die Alternative nicht sein muss, dass wir deswegen auf Scan-Autos verzichten, sondern die Alternative wird sein, dass man sich vielleicht irgendwo einen

Tiefgaragenplatz mietet, der dann natürlich auch deutlich teurer ist, aber dann kriegt man eben die Garantie auch, dass man einen findet. Es ist also auch nicht so, dass die Lage völlig ausweglos wäre.

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW): Ich habe eine Frage zur Geschäftsordnung. Mir ist nicht ganz klar, ob nicht diese Erhöhung in den Ortschaftsräten vorbesprochen werden muss.

Der Vorsitzende: Das fällt Ihnen jetzt leider früh ein. Ah ja, genau, ich habe hier einen schlaun Hinweis. Ich dürfte das sogar alleine erlassen, weil sich die Rechtsgrundlage vor einigen Jahren geändert hat. Jetzt haben Sie mich fast aufs Glatteis geführt, aber dank guter Vorbereitung... Aber wir haben es immer schon als politisches Projekt begriffen, deswegen haben wir es immer mit Ihnen auch abgestimmt. Also, der **Vorschlag der Verwaltung**, diese Verdopplung, und da bitte ich Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Jetzt kommt noch der konzeptionelle Antrag der Linken unter **Ö 86**. Ich sage Ihnen Erledigung zu, weil wir in dem Bereich sowieso tätig sind, und ausreichend Personal zur Überwachung haben Sie uns jetzt auch zur Verfügung gestellt. Insofern denke ich, kann man das als **erledigt** betreiben, wenn Sie einverstanden sind. Ich möchte aber noch darauf hinweisen, dass es rechtliche Vorgaben gibt, wo man Anwohnerparken machen kann und wo nicht, weil so manchmal die Idee quasi herrscht, man könnte die ganze Stadt damit überziehen. So einfach ist es nicht. Also das würden wir dann noch einmal zu gegebener Zeit miteinander diskutieren.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Noch kurz einen Satz dazu, also wir hatten auch schon gesagt, dass es gerade in Bezug auf den autofreien Werderplatz dann auch Sinn macht, sich die Südstadt noch einmal genauer anzugucken und die qualifiziert sich. Ich denke einmal, das ist dann alles auch mit drin, und von daher ist das für uns so in Ordnung.

Antrag Ö 87: HHS4_GR24 - Streichung der Position der ehrenamtlichen Tierschutzbeauftragten
(Vorlage: 2025/1121)

Antrag Ö 88: HHS4_GR24 - Erhaltung der Position der ehrenamtlichen Tierschutzbeauftragten
(Interfraktioneller Antrag: Die Linke, SR Braun, GRÜNE)
(Vorlage: DHH/2025/3212)

Antrag Ö 89: HHS4_GR24 - Ehrenamtliche Tierschutzbeauftragte in geringem Umfang erhalten
(GRÜNE)
(Vorlage: DHH/2025/3218)

Antrag Ö 90: HHS4_GR25 - Reduzierung Budget Stadttaubenkonzept
(Vorlage: 2025/1123)

Antrag Ö 91: HHS4_GR25 - Keine (vollständige) Reduzierung des Budgets beim Stadtaubenkonzept (Interfraktioneller Antrag: Die Linke, SR Braun)
(Vorlage: DHH/2025/3204)

Antrag Ö 92: HHS4_GR25 - Budget Stadtaubenkonzept teilweise erhalten (GRÜNE)
(Vorlage: DHH/2025/3215)

Der Vorsitzende: Ich komme damit auf der Seite 168 zu dem Vorschlag der Verwaltung unter Ö 87, Streichung der Position der ehrenamtlichen Tierschutzbeauftragten. Ich rufe dabei dann auch den interfraktionellen Antrag der Linken und Herrn Stadtrat Braun auf, diese Position bitte zu erhalten. Und dann gibt es noch einen Antrag der GRÜNEN, ehrenamtliche Tierschutzbeauftragte in geringem Umfang erhalten, das ist Ö 89. Die drei Sachen rufe ich jetzt zusammen auf. Für die antragstellenden Fraktionen, Frau Stadträtin Fahringer.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Ich spreche jetzt auch gleich zu den folgenden Punkten, Stadtauben- und Tierschutzfonds. Tieren eine Stimme geben, das ist auch unsere Aufgabe, weil auch gegenüber den Tieren und dem Tierwohl haben wir eine Verantwortung. Wir teilen mit den Tieren unseren wunderschönen Planeten und diese coole Stadt. Und wir GRÜNE wollen die ehrenamtliche Tierschutzbeauftragte zumindest in einem Mini-Mini-Umfang erhalten. Aktuell sind 20.000 Euro jährlich vorgesehen, und wir würden sie gerne mit 5.000 Euro zumindest in kleinem Ausmaß erhalten. Sie vermittelt, sie koordiniert, und sie ist eine zentrale Ansprechperson und gibt den Tieren eine Stimme. Ein städtisches iPad hat sie schon und die Ausstattung, das heißt sie könnte so zumindest ein bisschen weiterarbeiten. Und der Titel sagt es, sie arbeitet ohnehin ehrenamtlich.

Zudem wollen wir auch die Kürzungen im Bereich Tierschutzfonds und beim Stadtaubenkonzept nicht in vorgeschlagener Höhe, sondern immer zur Hälfte mitgehen. Gerade beim Tierschutzfonds geht es darum, dass wir die Tierarztkosten für verletzte Tiere übernehmen. Und die Tierschutzvereine berichten uns, dass sie mit dem aktuellen Fonds schon nicht auskommen. Das heißt, die weitere Kürzung wäre dann noch einmal eine Herausforderung. Wir bitten um Ihre Zustimmung.

Stadträtin Kaufmann (Die Linke): Haus- und Wildtiere haben hier im Haushalt bekanntlich nichts mitzureden, was aber nicht heißt, dass wir auf ihre Kosten entscheiden sollten, nicht nur, weil das Grundgesetz uns als Kommunen dazu verpflichtet, Tierschutz ernst zu nehmen, sondern auch, weil es moralisch geboten ist, in einer Stadt unserer Größe eine klare Ansprechperson zu haben, die sich ausschließlich mit dem kommunalen Tierschutz befasst. An der absoluten Notwendigkeit einer Tierschutzbeauftragten ändert dabei auch die aktuelle Haushaltslage nichts. Die vorgeschlagene Einsparung von 20.000 Euro durch die komplette Streichung der Position steht für uns in keinem Verhältnis zu den Folgen. Wir riskieren eine Lücke im Tierschutz, vernachlässigte Aufgaben, zahlreiche Anfragen, die ins Leere laufen und leidende Tiere, die keiner mehr beachtet. Darum lassen Sie uns diese Position mit der vollen Höhe der Aufwandsentschädigung erhalten.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Wir sehen es auch als wichtig an, dass ein Teil bei der Tierschutzbeauftragten bleibt, dass eine Ansprechperson in der Stadtverwaltung ist, und wir würden dann der reduzierten Bezuschussung, wie die GRÜNEN beantragt haben, zustimmen.

Stadtrat Gaukel (Volt): Ich mache es auch kurz. Danke für die Anträge, gerade Stadttaubenkonzept gehen wir gerne mit, weil das ist wieder so ein typischer Antrag, da können wir jetzt natürlich sagen, das sorgt dann aber auch wieder dafür, dass wir mehr Probleme mit Tauben haben, wieder deutlich mehr dann auch Dreck und auf der anderen Seite aber natürlich auch wieder den schlechteren Umgang mit den Tauben, gerade auch der Tierschutz, wenn Leute diese Wildtiere retten, was machen möchten, finden wir das sehr gut, wenn das auch unterstützt wird, gerade wenn es ausgenutzt wird in der Regel.

Bei der Tierschutzbeauftragten müssen wir aber auch sagen, dass wir dann nicht mitgehen können. Da konnte uns der Bericht jetzt nicht überzeugen, dass das den größten Mehrwert hat. Und ich glaube, da machen die GRÜNEN auch eine sehr gute Arbeit, was die Koordination und Kommunikation mit den Tierschutzorganisationen angeht.

Der Vorsitzende: Interessante Rollenzuweisung, wir kommen in die Abarbeitung. Der weitestgehende Änderungsantrag ist der Antrag der Linken und Herrn Stadtrat Braun, die Position der ehrenamtlichen Tierschutzbeauftragten ungekürzt zu erhalten. Und diesen Änderungsantrag stelle ich jetzt zur Abstimmung. Das ist der **Ö 88** und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Der findet **keine Mehrheit**.

Der nächste Änderungsantrag ist, dass wir die Position nicht ganz streichen, sondern hier mit 5.000 Euro das weiter fördern. Das ist ein Antrag der GRÜNEN unter **Ö 89** und das bitte ich jetzt um Abstimmung ab jetzt. – Das erfährt eine **mehrheitliche Zustimmung**. Dann brauchen wir den eigentlichen Verwaltungsvorschlag nicht zur Abstimmung zu stellen.

Wir kommen dann beim Thema Stadttaubenkonzept zu einer ähnlichen Reihenfolge. Wenn Sie einverstanden wären, dann würde ich erst einmal den interfraktionellen Antrag, Die Linke und Herr Stadtrat Braun, unter **Ö 91** zur Abstimmung stellen, keine Reduzierung des Budgets beim Stadttaubenkonzept. Gibt es noch Meldungen? Also wenn ich Sie frage, ob es noch Meldungen gibt, bitte melden Sie sich doch gleich. Es ist so anstrengend.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Sie hatten nicht alle Punkte zusammen aufgerufen. Ich habe das nicht so verstanden.

Der Vorsitzende: Nein, deswegen habe ich extra gefragt: Gibt es da noch Wortmeldungen zu den Stadttauben? Dann hat sich erst einmal niemand gemeldet. Dann hätte ich gleich weitermachen können. Entschuldigung, auch bei den anderen, bitte melden Sie sich doch rechtzeitig. Es ist mühsam, wenn ich schon weiter anmoderiere, und dann erst meldet sich noch jemand. Das ist ein paar Mal vorgekommen. Das ist wirklich für uns hier vorne ganz mühsam. Also, Stadthauben sind aufgerufen. Es gibt noch Wortmeldungen.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Ich kann auch verzichten. Sie hatten nur vorhin den anderen Antrag erst aufgerufen, deswegen. Ich wollte einfach zu den Stadthauben noch kurz sagen, dass wir dieses Thema ja sehr ausführlich im letzten AföE besprochen haben. Die Verwaltung schlägt uns diese Reduzierung vor und berichtet aber gleichzeitig, dass das mit dem Verein, der diese Aufgaben übernimmt, auch abgestimmt ist und dass trotzdem, trotz der Reduzierung das Stadttaubenkonzept im bestehenden Umfang auch weiter betrieben werden kann. Insofern gibt es aus unserer Sicht keine Veranlassung, dass wir jetzt

von diesem Verwaltungsvorschlag abweichen, und wir lehnen die beiden Änderungsanträge ab.

Stadtrat Braun (Die PARTEI): Wir als Antragsteller stehen hier vor allem für die tierschutzgerechte Populationskontrolle unter den Stadthauben und glauben eben, dass wir für eine effektive Regulierung auch Ressourcen brauchen. Deswegen beantragen wir, dass das Budget beim Stadttaubenkonzept gar nicht reduziert wird und lehnen auch den Vorschlag der Verwaltung ab, an Futterkosten und Zubehör zu sparen, vor allem vor dem Hintergrund, weil wir befürchten, dass die Tauben durch zu knappes Futter die betreuten Schläge verlassen könnten und wir damit unsere Lenkungsfunktion verlieren und deswegen der Antrag.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Zum Stadttaubenkonzept habe ich Sie jetzt nicken gesehen, Herr Bürgermeister Käuflein. Also noch einmal, das ist uns aus der Vorberatung nicht so klar vorgekommen. Die 33.000 Euro stehen jetzt in der Stellungnahme, so quasi damit bleibt es erhalten. Aber damit bleibt es wirklich nur mit dieser Reduzierung der Futterqualität in vollem Umfang der aktuellen Ausführung erhalten. Wenn Sie uns das hiermit noch einmal bestätigen, dann würden wir unseren Reduktionsantrag zurückziehen und damit für erledigt erklären.

Bürgermeister Dr. Käuflein: Ich kann mein Nicken versprachlichen. Ich habe persönlich mit den Akteuren des Stadttaubenkonzepts gesprochen, so wie ich es Ihnen auch im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen berichtet habe. Die sind damit einverstanden, und im Kern geht es darum, dass preiswerteres Futter beschafft wird. Das funktioniert, und insofern bitte ich darum, dass Sie diese Kürzung mittragen.

Der Vorsitzende: Gut, damit hat sich der **Ö 92 erledigt**. Ich rufe auf **Ö 91**, der interfraktionale Änderungsantrag der Linken und Herrn Stadtrat Braun, dass wir diese Kürzung zurücknehmen, und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **deutliche Mehrheit**. Wenn Sie einverstanden wären, würde ich jetzt auf die Abstimmung unseres Haushaltsvorschlags verzichten, weil das ja im Grunde die Logik dann daraus ist. Das betrifft Ö 90.

Antrag Ö 93: HHS4_GR27 - Reduzierung Mittel Tierschutzfond (kleine Wildtiere und Wildvögel)

(Vorlage: 2025/1127)

Antrag Ö 94: HHS4_GR27 - Mittel Tierschutzfonds weitgehend erhalten (GRÜNE)

(Vorlage: DHH/2025/3211)

Wir kommen damit zum Tierschutzfonds, über den ist teilweise schon etwas dargestellt worden, teilweise noch nicht. Deswegen rufe ich es ausdrücklich noch einmal auf. Hier gibt es den Reduzierungsvorschlag von uns, und es gibt einen Änderungsantrag der GRÜNEN, diese Mittel weitgehend zu erhalten.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Wir würden hier, obwohl bekanntermaßen jede Fellnase und Samtpfote bei uns ein großes Herz findet, der Verwaltungsantwort folgen, denn bisher konnten die Aufwendungen, es waren kleinere Aufwendungen der ehrenamtlichen

Personen, abgedeckt werden. Und es steht auch in der Antwort drin, dass dies auch weiterhin der Fall sein wird, und da vertrauen wir darauf.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann rufe ich zunächst den Änderungsantrag der **GRÜNEN** auf, die Kürzung zu verkürzen sozusagen und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **Mehrheit**, die dann mit sich bringen würde, dass wir doch um einen Betrag kürzen können, aber nicht den vollen Betrag, den wir vorgeschlagen haben. Ich würde das dann jetzt nicht noch einmal neu zur Abstimmung stellen. Da wären Sie einverstanden. Okay.

Antrag Ö 95: Dauerhaftes Sicherheitsteam des KOD auf dem Werderplatz
(FDP/FW)
(Vorlage: DHH/2025/3202)

Antrag Ö 96: Stellenreduzierung beim KOD um 50 % (SR Braun)
(Vorlage: DHH/2025/3203)

Dann kommen wir zu einer ganzen Reihe von Maßnahmen auf der Veränderungsliste, die aber alle in die Obhut oder in die Zuständigkeit der Verwaltung fallen, auf den Seiten 165 bis 168. Wir machen jetzt weiter beim Thema kommunaler Ordnungsdienst. Da gibt es zwei Anträge, nämlich einmal einen Antrag der FDP/Freie Wähler, mit der Schaffung von neuen Vollzeitwerten, um ein dauerhaftes Sicherheitsteam auf dem Werderplatz zu installieren. Und wir haben einen etwas anders gerichteten Antrag von Herrn Stadtrat Braun, den KOD um 50 Prozent zu reduzieren. Die beiden würde ich jetzt zusammen einmal aufstellen.

Stadträtin Lorenz (FDP/FW): Der Werderplatz ist hier schon oft diskutiert und die Problematik ist, glaube ich, jedem bekannt. Wir haben kürzlich beschlossen, dass es auch verkehrlich wieder Veränderungen gibt, dass parkender Verkehr rausgenommen wird und somit mehr Aufenthaltsfläche und auch mehr Aufenthaltsmöglichkeiten geboten werden. Wichtig ist für uns, dass wir diese Regeln, wie auch das Alkoholverbot dort auch durchsetzen können und deswegen sehen wir da keine andere Möglichkeit, dauerhaft einen KOD-Posten zu installieren, vielleicht auch einmal nur temporär für ein Jahr oder anderthalb, um dann zu verfolgen, ob sich die Situation verbessert für die Bürgerinnen und Bürger, die dort wohnen. Auch die Vandalismusbekämpfung, das Urinieren in der Öffentlichkeit und so weiter, da sehen wir ein großes Potenzial, wenn dauerhaft jemand vor Ort ist, dass es einfach eine Abschreckung verursacht und bitten hier um Zustimmung.

Stadtrat Braun (Die PARTEI): Zunächst ist einmal festzustellen, Karlsruhe ist sicher nach wie vor und der kommunale Ordnungsdienst erhöht die objektive Sicherheit im Prinzip nicht, weil ihm dazu die Handhabe fehlt und die subjektive Sicherheit nur geringfügig. Ich bin der Meinung, dass Sicherheitsmaßnahmen in erster Linie der objektiven Sicherheit dienen und diese erhöhen sollen und dass es zur Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls eben andere zielführendere und auch kostengünstigere Maßnahmen gibt. Daher habe ich beantragt, die Stellen beim KOD zu halbieren und das frei werdende Personal dann genauso wie die beim KOD zurückbleibenden Personalstellen für originär kommunale Aufgaben einzusetzen.

Stadtrat Müller (CDU): Ich verstehe die Initiative der FDP-Fraktion, diesbezüglich eine dauerhafte Präsenz eines kommunalen Ordnungsdienstes zu etablieren auf dem Wetterplatz von Montag bis Sonntag. So steht es in dem Antrag geschrieben, von 6:30 Uhr bis 22:00 Uhr. Das ist schon eine Hausmarke. Das muss man tatsächlich auch unter dem allgemeinen Haushaltseindruck dann auch sich schon einmal ein bisschen auf der Zunge zergehen lassen, was das letztendlich nicht nur eine Stelle, sondern als zusätzliche Kosten aufrufen wird. Ich möchte darin erinnern, dass es jahrelang einen Posten unmittelbar neben dem Indianerbrunnen gab, einen Polizeiposten, der ähnliche Zeiten abgedeckt hat und wir trotzdem diese Zustände haben, wie wir sie haben und auch schon immer hatten. Nichtsdestotrotz haben wir eine zielgerichtete, aber auch weitestgehende, wirklich gut funktionierende Überwachungsstrategie entwickelt, das heißt, KOD in Zusammenarbeit mit der Polizei des Landes Baden-Württemberg. Das sehe ich als weiter tragfähig an. Im Übrigen würden wir den Antrag ablehnen, weil er uns tatsächlich das, was er bringen soll, dann doch nicht bringt, außer zusätzliche Kosten. Über den Antrag des Kollegen Braun möchte ich hier nicht ausführen.

Der Vorsitzende: Das waren alle mir bekannten Wortmeldungen. Dann gehen wir in die Abarbeitung der Anträge. Ich rufe auf den **Antrag der FDP/Freie Wähler**, Schaffung zusätzlicher Stellen für den dauerhaften KOD auf dem Werderplatz und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich rufe auf den Antrag von Herrn Stadtrat Braun, den KOD um die Hälfte personalmäßig zu halbieren oder zu reduzieren. Das ist **Ö 96** und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Auch das ist eine **Ablehnung**.

Antrag Ö 97: Beschaffung eines Enforcement-Trailers (Anhänger zur Geschwindigkeitsmessung) (GRÜNE)
(Vorlage: DHH/2025/3213)

Antrag Ö 98: Mittel für den Einsatz eines Scan-Cars zur Überwachung des ruhenden Verkehrs (GRÜNE)
(Vorlage: DHH/2025/3214)

Wir kommen damit auf die Seite 170. Hier finden sich zwei Anträge der GRÜNEN unter Ö 97 und Ö 98, einmal die Beschaffung eines Enforcement-Trailers und einmal Mittel für den Einsatz eines Scan-Cars. Ich würde beides gerne gemeinsam aufrufen, nachher aber natürlich getrennt abstimmen. Nur da beides was mit Überwachung zu tun hat, können wir es, glaube ich, inhaltlich kombinieren.

Stadtrat Klinkhardt (GRÜNE): Das gemeinsame Aufrufen passt gut, weil wir auch dann noch einen kleinen Verfahrensvorschlag haben. Also uns GRÜNE geht es erst einmal grundsätzlich darum, dass wir mit moderner Technik und innovativen Methoden effizienter für digitales Parkraummanagement und damit dann auch für Fairness, für die Menschen, die auch auf Parkraum angewiesen sind und fair dort ihren Betrag zahlen, sorgen wollen, genauso wie wir auch für Verkehrssicherheit sorgen wollen. Insbesondere Scan-Cars und die dazugehörigen nötigen Digitalisierungsschritte wollen wir deshalb sehr zügig und mit sicher eingeplanten Finanzmitteln voranbringen. Damit das Geld dann aber auch auf jeden Fall für die nötige digitale Parkraumkartierung ausreicht und das Ordnungsamt flexibler

vorgehen kann, wollen wir nach Abstimmung mit der SPD unsere beiden einzelnen Anträge, die wir bisher hatten, zusammenführen, die Summen, und einen einzelnen Sammelhaushaltsposten beantragen unter dem Titel digitales Parkraummanagement und Verkehrssicherheit, und dann ergänzend beantragen, dass wir zuerst über diesen Gesamttopf mit der Gesamtsumme der ursprünglichen beiden Anträge abstimmen.

Stadtrat Dr. Fechner (SPD): In Ergänzung zu dem, was der Kollege Klinkhardt schon ausgeführt hat, die Digitalisierung ist die Zukunft, und für uns ist es ein Zukunftsprojekt, hier auch ein Zeichen zu setzen. Die Landesregierung hat uns die Möglichkeiten, die Instrumente endlich in die Hand gegeben zur digitalen Parkraumüberwachung, und entsprechend sollten wir auch als Wissenschaftsstadt ein Stück weit vorangehen und hier einen möglichst großen Schritt in den nächsten zwei Jahren machen. Und auch die vorausgegangenen Tagesordnungspunkte zum Bewohnerparken, Anwohnerparken würden wir in diesem Kontext sehen und sehen da erhebliche Potenziale, was die Ressourcen angeht.

Stadtrat Kehle (CDU): Wir sehen die Verknüpfung dieser beiden Anträge nicht wirklich gegeben. Anschaffung Scan-Cars, damit wir unsere Bewohnerparkzonen auch in den Abend- oder Nachtstunden überwachen können, wenn dieses Projekt dann läuft, in hoffentlich ein, zwei Jahren. Aber diese Verknüpfung, das zusammenzupacken und für diesen Enforcement-Trailer, das sehen wir jetzt eigentlich nicht.

Der Vorsitzende: Dennoch muss ich jetzt erst einmal ernst nehmen, wenn beide sagen, sie wollen es zusammenpacken und als einheitlichen Antrag hier vorschlagen. Ich würde dann bei eventueller Ablehnung dann die Einzelnummer aufrufen, wenn wir so verfahren könnten. Ich will nur noch einmal klarstellen, was das bedeutet, wenn wir das zusammenpacken. Wir rechnen beim Scan-Car mit einmaligen Anschaffungskosten von 180.000 Euro. Die müssten wir dann einstellen und bei dem Enforcement-Trailer von einmaligen Anschaffungskosten von 200.000 Euro. Das heißt, wir würden in 2026 380.000 Euro einstellen. Wir rechnen mit Erträgen aus dem Enforcement Trailer von 300.000 Euro im Jahr 2027. Die würden wir dann ebenso bei den Erträgen einstellen. Möglicherweise, wenn wir schneller sind, haben wir vorher schon Erträge, aber nur, dass Sie wissen, was für Zahlen wir aufnehmen, damit sich nachher keiner wundert.

Stadtrat Klinkhardt (GRÜNE): Genau, also ich wollte noch einmal sagen, die reine Beschaffung von diesem Fahrzeug mit dem Sensor mit dem Umbau, das ist dieser Preis, den wir da reingeschrieben haben. Uns ist jetzt aber schon noch einmal auch in Gesprächen klar geworden, dass diese Kartierung auch noch nicht ausreichend sicher zeitnah ausfinanziert ist und wir deswegen für diese Kartierung, wo das Ordnungsamt zusammen mit dem Stadtplanungsamt vorgeht, noch weitere Finanzmittel brauchen. Und deswegen ist die Idee, das zusammenzupacken und dann einfach einen größeren Puffer zu haben, wo eine größere Gesamtsumme dann zur Verfügung steht für das Ordnungsamt.

Stadtrat Dr. Fechner (SPD): Und in der Zusammenschau wird es aus unserer Sicht bedeuten, dass es den Enforcement-Trailer nicht gibt, sondern dass es ein Gesamtbudget gibt für die Digitalisierung Parkraumüberwachung. Also das ist zumindest unser Verständnis, das würde für uns auch beinhalten, dass diese reinen Mittel für Scan-Car nicht ausreichend sind, sondern wir brauchen eine entsprechende Infrastruktur, wenn wir dieses Thema ernsthaft spielen wollen. Das Thema Enforcement Trailer wird schon vom Ordnungsamt gespielt, das geht jetzt also quasi aus vier nach fünf. Und da vertrauen wir auch auf die

Verwaltung, wenn die Verwaltung sagt, da sind Potenziale, dass die Verwaltung das dann auch aus dem laufenden Geschäft finanzieren kann und uns entsprechende Vorschläge machen. Unser Fokus liegt auf dem Thema digitale Parkraumüberwachung und beide Ansätze, die jetzt von GRÜNER-Seite eingebracht werden, würden wir genau in dieses Budget reinpacken.

Der Vorsitzende: Also Sie bestehen darauf, dass wir das zusammen aufrufen. Dann mache ich das jetzt und dann anschließend noch einmal getrennt, falls wir hier keine Mehrheit finden. Es verwirrt jetzt alles ein bisschen, muss ich zugeben. Aber die Antragsteller sind die Herren des Verfahrens.

Stadtrat Klinkhardt (GRÜNE): Wir würden es gerne so, wie Sie es vorgeschlagen haben, machen.

Der Vorsitzende: Wie Sie es vorgeschlagen haben, nicht wie ich es vorgeschlagen habe. Okay, also ich stelle beides als gemeinsamen Antrag, ein Fonds für digitalisierte Parkraumüberwachung zusammen. Die Summen würden wir addieren, und wir würden noch einmal mit einem Vorschlag zu Ihnen kommen, ob man davon ein Scan-Car und ein Enforcement-Trailer oder nur eins von beidem installieren kann. Das wäre jetzt der Vorschlag. So habe ich Sie verstanden, Herr Stadtrat Klinkhardt. Das stelle ich jetzt zur Abstimmung. Wenn es keine Mehrheit findet, kommen noch einmal die Einzelaspekte. Und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. - Alles zurück, Herr Stadtrat Schnell hat sich gemeldet, mehrfach.

Stadtrat Schnell (AfD): Was ich noch sagen wollte, uns ist egal, ob das jetzt getrennt oder gemeinsam abgestimmt wird. Mit allerlei schönen Worten wie Digitalisierung und Parkraummanagement wird nur dem weiteren Weg in den Orwellschen Überwachungsstaat das Wort geredet. Da manifestiert sich dieser Krieg gegen das Auto, den hier links-grün zelebriert. Wir lehnen deshalb beides ab.

Der Vorsitzende: Ich frage noch einmal, ob es noch Wortmeldungen gibt.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich denke, Sie machen doch jetzt sowieso die Pause gleich. Also ich würde einfach vorschlagen, dass wir nach der Pause die Abstimmung machen. Um die Abstimmung geht es jetzt nämlich nicht, weil hier wirklich noch Klärungsbedarf, glaube ich, ist in dem einen oder anderen Bereich.

Der Vorsitzende: Okay, dann unterbreche ich jetzt. Wir sehen uns in der Stunde wieder. Bitte vergessen Sie nicht zurückzukommen, und vergessen Sie auch nicht, dass der Weg zurück auch Zeit kostet, nicht, dass sich drüben alle gemütlich um 14:00 Uhr auf den Weg machen. Wir sehen uns wahrscheinlich mehr oder minder geschlossen in der Kantine wieder und um 14:00 Uhr vor allem hier im Raum.

(Unterbrechung der Sitzung von 13:01 bis 14:05 Uhr)

Antrag Ö 97: Beschaffung eines Enforcement-Trailers (Anhänger zur Geschwindigkeitsmessung) (GRÜNE)
(Vorlage: DHH/2025/3213)

Antrag Ö 98: Mittel für den Einsatz eines Scan-Cars zur Überwachung des ruhenden Verkehrs (GRÜNE)

(Vorlage: DHH/2025/3214)

Der Vorsitzende: Es haben jetzt noch einige Gespräche stattgefunden, und ich würde Ihnen jetzt folgenden Vorschlag machen. Ich habe verstanden, dass es den Wunsch gibt, zügiger das Thema Digitalisierung, vor allem auch im Parkraummanagement voranzubringen, dass es eine deutliche Mehrheit gibt, sich auf ein Scan-Auto zu fokussieren, dass wir zum Scan-Auto aber nicht nur ein Auto anschaffen und ein bisschen Technik, sondern dass da auch noch die entsprechenden Vorbereitungen, Konzepte und ähnliches laufen müssen. Deswegen wäre der Vorschlag der Verwaltung, dass wir jetzt keine Mittel in den Haushalt stellen, sondern es aus den 5 Millionen Digitalisierungstopf, die wir jeweils eingeplant haben, zu entnehmen und damit sicherzustellen, dass wir zum einen Materialrecht anschaffen können, sobald wir es brauchen, und auch die entsprechenden Rahmenbedingungen finanziert bekommen. Da das Scan-Auto hier auch mit Orwellscher Überwachung gleichgesetzt wird, will ich dennoch um den politischen Auftrag an die Verwaltung bitten, es dann so zu tun, damit wir das an der Stelle einmal abgehakt haben, oder eben auch nicht. Alle weiteren Themen hatten wir jetzt in dem Bereich, also Enforcement-Trailer und so habe ich nicht wahrgenommen, dass das jetzt in diesem gesamt von Ihnen geforderten Budget noch eine große Rolle spielt. Aber auch da können wir atürlich immer zu gegebener Zeit noch darüber reden.

Das wäre jetzt mein Vorschlag an der Stelle, wie wir mit diesen beiden Anträgen Ö 97 und Ö 98 umgehen können. Sollte durch das Scan-Auto der Digitalisierungstopf an seine Grenzen geraten und wir für andere wichtige Projekte auch noch etwas brauchen, würde ich noch einmal auf Sie zukommen, damit das jetzt nicht an der Stelle ein großes Problem darstellt.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Der letzte Teil wäre jetzt nämlich noch Teil meiner Frage gewesen, ob etwas anderes hinten runterfällt. Aber da haben Sie ein Auge drauf. Und wesentlich ist auch noch die Frage, ob es tatsächlich möglich ist, aus dem Digitalisierungstopf gleichzeitig Mittel im Ergebnishaushalt wie auch im Finanzhaushalt zu finanzieren, weil am Ende auch Sachanschaffungen notwendig sind. Wenn das funktioniert, dann sind wir mit dem Vorgehen einverstanden und können da gerne den politischen Willen gleich mit der Abstimmung zum Ausdruck bringen.

Der Vorsitzende: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann stelle ich jetzt zur Abstimmung, Sie beauftragen die Verwaltung über die Vorbereitung und Umsetzung eines Scan-Auto-Digitalisierungsprojekts für den ruhenden Parküberwachungsverkehr und das Ganze gegenfinanziert aus dem Digitalisierungstopf. Und da bitte ich Sie jetzt um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**, vielen Dank.

Teilhaushalt 3700 – Feuerwehr

Damit kommen wir zum Teilhaushalt 3700 Feuerwehr. Da gibt es keine relevanten Themen, die wir jetzt über Anträge oder auch Vorschläge der Verwaltung aus der Veränderungsliste aufrufen müssten.

Wir haben aber zwei Tagesordnungspunkte, die wir jetzt aufrufen.

(siehe separate Protokolle TOP 10 und TOP 11)

Wir überspringen jetzt den Bereich Schule und Sport. Den würde ich morgen früh als ersten aufrufen, sodass Sie an der Stelle auch wissen, wann es kommt. Es gibt beim Thema Ergänzende Betreuung und auch beim Thema Volkshochschule das eine oder andere, was wir noch erklären müssen, damit wir morgen dann relativ zügig zu Ergebnissen kommen, und was immer es vielleicht auch noch geben mag.

Teilhaushalt 4100

Damit springe ich mit Ihnen auf die Seite 206. Dort beginnt der Teilhaushalt Kultur unter der Ziffer 4100. Wir springen dann weiter auf die Seite 211. Hier geht es dann los mit einer ganzen Reihe von Vorschlägen, die wir hier gemacht haben und von entsprechenden Anträgen, die Sie dazu gestellt haben.

Antrag Ö 138 (Seite 211): HHS4_GR52 - Einstellung des Sonderausstellungsprogramms im Stadtmuseum - auch als Folge aus HHS Stufe 3
(Vorlage: 2025/1152)

Antrag Ö 139: HHS4_GR52 - Stadtmuseum – Sonderausstellung (Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, SPD, KAL)
(Vorlage: DHH/2025/4104)

Antrag Ö 140: HHS4_GR52 - Zukunft des Stadtmuseums Karlsruhe (FDP/FW)
(Vorlage: DHH/2025/4160)

Unser Vorschlag unter Ö 138 ist die Einstellung des Sonderausstellungsprogramms im Stadtmuseum. Und wir haben dazu einen Antrag GRÜNE, SPD, Karlsruher Liste, Sonderausstellung im Stadtmuseum erhalten, mit einem Sperrvermerk unter Ö 139. Und wir haben einen Antrag der Fraktion FDP/Freie Wähler unter der Ziffer Ö 140, Zukunft des Stadtmuseums Karlsruhe. Die drei Sachen, die rufe ich jetzt auf.

Ich höre jetzt gerade, dass wir die Cultural Games unter TOP 21 vorziehen. Können wir jetzt trotzdem erst einmal Stadtmuseum machen? Jetzt habe ich dazu schon eingeführt.

Stadträtin Dr. Heynen (GRÜNE): Ich habe mich jetzt darauf eingestellt, dass TOP 21 ganz zum Schluss, also erst morgen kommt. Insofern können wir es jetzt so machen.

Der Vorsitzende: Okay, Sie haben es hier gehört, alles gut. Also, jetzt geht es um das Stadtmuseum.

Stadträtin Dr. Heynen (GRÜNE): Ich nehme mir jetzt auch die Freiheit, nicht nur zum Stadtmuseum zu sprechen, sondern gleich insgesamt unsere Anträge zum Thema Kultur einzuführen. Karlsruhe ist eine lebens- und lebenswerte Stadt, und es gibt ein vielfältiges Kulturangebot, auf welches wir, glaube ich, alle stolz sind und welches Unterhaltung, Inspiration und Denkanstöße bietet, für das sich die Bevölkerung auch in allen Sparten einsetzt. Viele Karlsruher*innen schaffen damit Räume für kulturellen Austausch, gesellschaftliche Weiterentwicklung und Stärkung der Demokratie. Das haben die Menschen auch in den letzten Wochen gezeigt, in denen sich Tausende für die Kultur eingesetzt haben, in Gesprächen mit uns, durch Öffentlichkeitsarbeit, bei Demonstrationen, durch wichtige Redebeiträge und Veröffentlichungen. Dafür bedanken wir uns. Kultur ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Sie lädt Menschen ein, die Stadt zu besuchen und gegebenenfalls zu bleiben. Wir GRÜNEN wollen die vielfältige und offene Kultur in Karlsruhe erhalten. Dabei werde ich im Folgenden zusammenfassend unsere Schwerpunkte und Anträge vorstellen, die wir mit vielen aus diesem Gremium zum Glück teilen.

Dann beginne ich auch mit dem Stadtmuseum. Für eine Stadt von der Größe und Bedeutung Karlsruhes, und das meine ich wirklich ernst, die Bedeutung Karlsruhe, sollte ein Stadtmuseum selbstverständlich sein. Da schaue ich etwas neidisch nach Mannheim mit dem MARCHIVUM. Dass wir uns dabei nicht darauf verlassen können, dass das Landesmuseum Stadtgeschichte und die Karlsruher Schätze zeigt, erweist sich gerade bei der aktuellen, über Jahre bestehenden Schließung des Landesmuseums. Wir müssen auf eigenen Füßen stehen. Das Stadtmuseum ist die Basis dafür, dass zeitgeschichtlich bedeutsame Ereignisse und Entwicklung präsentiert werden. Das zeigen die aktuellen Ausstellungen auch unter begrenzten Rahmenbedingungen, die wir jetzt schon haben. Und wir werden das Stadtmuseum in der Zukunft benötigen, etwa im Zusammenhang mit den Cultural Games, auf die wir noch zu sprechen kommen am Ende der Sitzung, denn hier kann Sportgeschichte gezeigt werden. Deshalb beantragen wir, die Einstellung des Sonderausstellungsprogramms im Stadtmuseum nicht umzusetzen, wohlwissend, dass das nicht ausreichend ist, um tatsächlich das Stadtmuseum zu erhalten.

Wir sind als GRÜNE stolz auf das Badische Staatstheater und das ZKM, und wir sind sehr froh darüber, dass Theater und ZKM-Leitungen sowie die Mitarbeitenden sich engagieren, um mit den Kürzungen und Sparzwängen umgehen zu können. Denn hier liegen mit Blick auf die Haushaltssituation die Grenzen unserer Anträge, was wir auch mit Bedauern konstatieren müssen. Wir GRÜNE konzentrieren uns auf die Förderung der freien Kulturszene. Hier haben wir zum Teil mit anderen zusammen Änderungsanträge gestellt.

Hierzu gehört zum einen, dass wir uns mit einer großen gemeinderätlichen Mehrheit dafür entschieden haben, den Rasenmäher der Kürzungen zu halbieren. Dies gilt sowohl in der institutionellen Förderung wie auch in der quasi-institutionellen Förderung mit Ausnahme der großen Institutionen Badisches Staatstheater und ZKM. Und dabei ist uns völlig bewusst, dass die Kürzungen auch diese beiden Institutionen in allergrößte Schwierigkeiten bringen. Darüber hinaus haben wir uns entschieden, einzelne Institutionen von den Kürzungen ganz auszunehmen oder auch eine weitere institutionelle Förderung vorzuschlagen. Dabei leiten uns Kriterien der sozialen, ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit sowie spezifische Besonderheiten verschiedener Einrichtungen. Diese Kriterien, die wir uns wirklich sehr mühselig erarbeitet haben, teilen viele Einrichtungen auch, für die wir keine gesonderten Anträge stellen. Das ist uns bewusst, und trotzdem haben wir diese

schweren Entscheidungen getroffen. Wir wollen vor allen Dingen Kultureinrichtungen aufnehmen, die sich schwerpunktmäßig an junge Menschen richten und ihnen den Zugang zu vielfältigen Ausdrucksformen ermöglichen, sei es in der Malerei, im Theater oder im Rahmen von Projekten, also als Beispiel die Kindermalerwerkstatt, Werkraum und auch Schule und Kultur. Wichtig sind für uns auch Institutionen, die von großer Bedeutung sind für die Attraktivität der Stadt, für junge Menschen, um ihnen die Bindung an die Stadt und das Verbleiben in dieser Stadt zu erleichtern. Hierzu gehören aus unserer Sicht die Filmfestivals, aber auch Einrichtungen wie KOHL und die Kinemathek.

Ein weiteres Kriterium, was für uns wichtig ist, ist die Aufenthaltsqualität an ausgewählten Plätzen. Wir haben vorhin schon kurz über den Werderplatz gesprochen. Wir sind der Überzeugung, dass es vor allen Dingen die Menschen sind, die für ein gutes Miteinander sorgen. Da spielen etwa das Programm oder der niedrigschwellige Zugang des KOHLs eine wichtige Rolle, genauso wie die Kinemathek und der Jazzclub für den Passagehof. Beides sind Plätze, bei denen sich der Gemeinderat gerade entschlossen hat, sie auch räumlich aufzuwerten. Also sollten wir sie auch kulturell hochhalten. Ein weiteres wichtiges Kriterium ist für uns die nachhaltige Wirtschaftlichkeit. Wir wollen keine Institutionen aufs Spiel setzen, die mit geringer Unterstützung eine größere Reichweite erzielen und die von einem intensiven zivilgesellschaftlichen Engagement getragen werden. Hierzu gehört unter anderem TanzAreal, welches dazu beiträgt, dem Tanz in Karlsruhe eine gute Basis zu bieten. Wir hoffen sehr, dass wir zu allen Einzelanträgen auch Mehrheiten finden und dass es gelingt, mit vielem Engagement aus der kulturaffinen Bevölkerung darüber hinaus finanzielle Mittel für alle Einrichtungen zu gewinnen.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Zu einer Stadt wie Karlsruhe, und wie zu vielen anderen Städten, gehört ein Stadtmuseum. Es ist die Geschichte der eigenen Stadt, und auch die sollte unserer Bevölkerung vermittelt werden können. Deswegen werden wir nicht für die Kürzung stimmen, sondern dem interfraktionellen Antrag folgen und hier einen Sperrvermerk einführen, um ein Konzept zu entwickeln, dass Einsparungen vorgenommen werden können, aber jetzt nicht akut das Stadtmuseum und seine Sonderausstellungen abzuschaffen.

Genauso zu dieser Stadt gehört das Badische Staatstheater als ein Leuchtturmprojekt in dieser Stadt. Wir sind aber der Meinung, auch diese Einrichtung muss ihren Beitrag, und zwar einen erheblichen Beitrag, leisten für die Kultur in Karlsruhe. Wir werden der Kürzung von 8,7 Prozent zustimmen, aber die Erweiterungen von Kürzungen werden wir ablehnen.

Stadträtin Ernemann (SPD): Kollegin Heynen hat schon das Wesentliche über die Kulturszene in Karlsruhe berichtet. Lassen Sie mich noch zwei, drei Anmerkungen machen. Ich erinnere mich, als wir vor ein paar Jahren die Corona-Krise hatten und die Kulturszene in Karlsruhe, die sehr vielfältig ist, und für eine Großstadt wie Karlsruhe mit 300.000 Einwohnern haben wir einen sehr hohen und, ich glaube, mit den höchsten Kulturetat, und wir recht stolz waren, als wir diese Corona-Zeit überstanden haben. Wir haben keine Kultureinrichtung verloren. Und das ist auch unser Bestreben in den jetzigen Haushaltsspar-Diskussionen. Wir wollen keine Kultureinrichtung verlieren. Dennoch müssen wir jetzt in den sauren Apfel beißen.

Wir haben, genau wie alle Fraktionen, in den letzten Wochen wahnsinnig viele Gespräche mit den freien Kulturträgern, mit den sogenannten Leuchtturm-Kulturträgern geführt. Und es tut einem leid, wenn man sagen muss, wir geben auch gerne was für die Kultur, und so

wie wir das gewohnt sind über Jahre hinweg, Projektförderung, und wir mussten teilweise wirklich nicht groß überlegen. Das war einfach, da war der Haushalt noch intakt. Aber jetzt ist halt eine andere Zeit. Und jetzt müssen wir in der Tat auch an der Kultur sparen. Aber wir wollen überlegt sparen und überlegt vorgehen. Das heißt für uns auch, dass wir von der ursprünglichen – es waren einmal 10 Prozent auch im Gespräch gewesen bei der institutionellen Förderung, dann 8,7 Prozent, dann haben wir uns also auf 4,35 Prozent Kürzung der institutionellen Förderung geeinigt. Wir wollen auch nicht, dass existenzbedrohte Einrichtungen wie zum Beispiel KOHI, Werkraum, Sandkorn, uns verloren gehen. Wir wollen, dass die weiterhin in dem großen Pool der Kulturinstitutionen hier mitspielen.

Gleichzeitig müssen wir auch sagen, die Projektförderung, die wollen und müssen wir erhalten. Und da erwähne ich besonders, und das ist auch mir ein Herzensanliegen, weil ich das auch in meinem Stadtteil die ganzen Jahre über mit begleiten konnte, das Projekt Schule und Kultur. Das ist ein ganz wichtiges Projekt, das auf gar keinen Fall bedroht werden darf oder gänzlich gestrichen werden soll, genauso wie die Woche gegen Rassismus. Wir sind bestrebt oder haben uns bei vielen Gesprächen auch geeinigt und auch überlegt, und wir sind auch auf viel Verständnis bei den Kulturträgern getroffen. Wir haben auch die Demonstrationen und die Protestaktionen wahrgenommen. Die sind bei uns angekommen, die haben wir gehört. Und dennoch sind wir gezwungen, von 8,7 Prozent auf 4,35 Prozent zu reduzieren, die Förderung, und gleichzeitig den Projektfördertopf erhalten zu wollen.

Zu den Einzelanträgen, der 1. Tagesordnungspunkt, Sonderausstellung im Stadtmuseum, auch da stimmen wir natürlich dem Erhalt dieser 18.000 Euro zu, weil in Zeiten, wo andere kulturelle Institutionen geschlossen sind, ist uns das Stadtmuseum und nicht nur deshalb, sondern auch, deswegen sehr wichtig. Zu den einzelnen Projekten wird gegebenenfalls dann noch, wenn sie aufgerufen werden, gesprochen.

Stadtrat Schnell (AfD): Auch die Kultur sollte unserer Meinung nach ihren Anteil dazu bringen, den Haushalt zu konsolidieren. Wir halten den ursprünglichen Ansatz, auch bei der institutionellen Förderung, um 10 Prozent zu kürzen, für grundsätzlich richtig. Wir haben jetzt aber uns überlegt, dass wir bei den Kultureinrichtungen, die weniger als 80.000 Euro Zuschuss bekommen, mit der Verwaltung mitgehen und der Kürzung von 8,7 Prozent zustimmen werden. Bei denen, die mehr bekommen, haben wir die Gruppe zwischen 80.000 und 1 Million. Da sind wir dafür, dass wir die Kürzung um 10 Prozent vornehmen. Denn man muss ganz einfach sehen, also wenn eine Institution gefährdet ist, dann nützt es auch nichts, wenn man statt 10 Prozent 8,7 Prozent oder hier die angesprochenen 4,35 Prozent nur kürzen. Wenn das nicht reicht, dann ist der Laden sowieso nicht zu halten.

Bei den drei ganz großen Zuschussempfängern im Kulturbereich, ZKM, Staatstheater und vhs, sehen wir es so, dass wir auch da die 10 Prozent im Grunde für gerechtfertigt halten. Jedoch ist es so, dass die Erhöhung von 8,7 auf 10 Prozent einen nominell sehr hohen Betrag darstellen, den wir deshalb für das Jahr 2026 diesen Institutionen nicht zumuten sollen, wollen dafür dann das im Jahr 2027 nachholen, indem wir dann statt den 8,7 für 2026 11,3 Prozent für 2027 an Kürzung vorschlagen. Ausnahmen davon ist die Kindermalwerkstatt. Da werden wir der Kürzung der Stadt nicht zustimmen, bzw. dem Antrag, die Mittel dort zu erhöhen, zustimmen. Des Weiteren sehen wir bei den ARD-Hörspieltagen das öffentlich-rechtliche Fernsehen und Rundfunk in Verantwortung, die die Preise dafür doch bitte selbst aus den enormen Milliarden der GEZ-Gebühren finanzieren könnten. Und des

Weiteren wollen wir die Zuschüsse für die Gulaschprogrammiersnacht und den Entropia e.V. streichen. Soweit zu unseren Anträgen.

Stadträtin Böringer (FDP/FW): Es ist schon vieles gesagt worden zur Kultur, die wichtig ist für die lebenswerte Stadt Karlsruhe. Wir haben eine Reihe von noch Punkten und Anträgen, und ich glaube, an dieser Stelle können wir uns noch einmal entsprechend verhalten. Ich beschränke mich jetzt nur einmal auf den Antrag zum Thema Stadtmuseum. Wir als FDP und Freie Wähler-Fraktion wollen das Stadtmuseum keinesfalls schließen. Wir wollen zumindest eine Dauerausstellung bewahren, erhalten und einrichten. Und ich darf einmal ein Zitat von Winston Churchill bemühen: „Je weiter wir zurückschauen, desto weiter können wir auch vorausschauen.“ Wenn wir zurückschauen, dann handelt es sich bei der Dauerausstellung um die Stadtgeschichte, nämlich den wirklichen Einblick in die Geschichte der Fächerstadt. Und das ist für alle extrem wichtig. Wir wollen auch vorausschauen und wollen schauen, dass wir vielleicht die Dauerausstellung etwas neu konzipieren, und auch wenn es die Unterhaltungsmaßnahmen des Prinz-Max-Palais nicht zulassen, gegebenenfalls übergangsweise vielleicht die Dauerausstellung in die Karlsburg oder in das neue Kunstmuseum Karlsruhe einmal zu überführen.

Stadtrat Haug (KAL): Wie meine Kollegin Sonja Döring in ihrer Haushaltsrede angemerkt hat, haben wir in der KAL lange darüber nachgedacht, ob wir aus unserem Grundverständnis heraus, was Kultur leistet, überhaupt Kürzungen in diesem Bereich mittragen können. Gerade weil viele der Einrichtungen trotz ständig steigender Kosten schon lange keine Anpassung der Förderung mehr erhielten, sind sie jetzt schon unterfinanziert. Mit der eingeführten Dynamisierung der Förderung vor zwei Jahren war die Hoffnung verbunden, dass wir in diesen Bereichen den folgenden Jahren eine nachhaltige Verbesserung für die Einrichtungen erreichen können. Denn schon damals hat sich die Lage für die meisten Kultureinrichtungen durch die Krise der vorangegangenen Jahre zum Teil dramatisch verschlechtert. Und die beschlossene Dynamisierung alleine war nicht ausreichend, und jetzt noch obendrauf die vorgeschlagenen Kürzungen. Die KAL erkennt an, dass wir als Stadt unsere Ausgaben deutlich reduzieren müssen. Nur, wir hätten andere Prioritäten gesetzt. Wir sehen mit großer Sorge auf die wachsenden sozialen Verwerfungen in unserer Gesellschaft. Wenn die Städte und Gemeinden ihren Aufgaben in der gewohnten Weise nicht mehr nachkommen können, müssen wir uns um unsere Demokratie ernsthaft sorgen. Um hier gegenzusteuern, muss der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft gestärkt werden. Aus unserer Sicht kommt dabei unserer vielfältigen Kulturlandschaft eine wichtige Aufgabe zu. Wir gehen die Kürzungen dennoch teilweise mit.

Mit den interfraktionellen Anträgen zur Halbierung der Kürzungen bei der institutionellen und der quasi-institutionellen Kulturförderung wollen wir die Prioritäten etwas verschieben und damit die Strukturen erhalten und nach Möglichkeit keine Existenzen gefährden. Diese Halbierung ist aus unserer Sicht bei einigen Institutionen nicht ausreichend, um die Existenz tatsächlich zu sichern. Hierzu haben wir darüber hinaus einige wenige Anträge zur kompletten Rücknahme der Kürzung gestellt. Wir haben uns dabei auf Maßnahmen beschränkt, die Bildung, Kinder und Jugendliche besonders im Blick haben, wie zum Beispiel die Projekte des Sandkorntheaters, des Tiyatro Dyalogs, dem Werkraum und der Kindermalwerkstatt. Einige der Anträge betreffen Einrichtungen, die unserer Auffassung nach auch bei einer Halbierung der Kürzung in ihrer Existenz gefährdet werden. Das KOHI, das dokKa-Filmfestival und das TanzAreal sind hier die Beispiele.

Stadtrat Nguyen (Volt): Ich nehme auch übergreifend für die nachfolgenden Anträge Stellung. Wir möchten uns noch einmal bedanken für die vielen konstruktiven Gespräche in den letzten Monaten mit allen Beteiligten, also mit dem Kulturbüro, mit den Kulturschaffenden, mit den Institutionen und auch mit den anderen Fraktionen. Wir haben uns sehr schwer getan, wie die anderen hier auch. Was uns die meisten in den Gesprächen auch mitgeteilt haben aus der Kulturszene, dass niemand das Rasenmäherprinzip gut findet, weder die Kulturschaffenden, auch die meisten Einrichtungen, und auch die meisten Fraktionen nicht. Daher vorweg, wir sind absolut kein Fan davon, also auch nicht davon, die Höhe des Rasenmähers jetzt einzustellen und die Kürzungen zu halbieren, denn wir verstehen einerseits, wie andere Fraktionen auch schon gesagt haben, wir müssen als Volt-Fraktion auch Verantwortung übernehmen für den Haushalt. Gleichzeitig aber verstehen wir auch, dass viele, vor allem bei der institutionellen Förderung, trotzdem gefährdet sind und sie damit nicht gerettet werden. Wir gehen daher bei den interfraktionellen Anträgen für die Kürzungen nicht mit. Das ist für uns nicht der richtige Ansatz. Der Wunsch aus der Kultur war klar, dass wir uns festlegen und eigene Prioritäten festlegen. Dementsprechend sind wir auch als Fraktion vorgegangen. Wir haben genau geschaut, wo Kürzungen, so leid es uns tut, zulassen, aber wo wir Akzente setzen und gezielt Kürzungen verhindern wollen. Das haben wir auch so gemacht, weil es mit unseren eigenen Werten, mit Volt-Werten vereinbar ist. So sind uns vor allem Programme und Einrichtungen, von denen Kinder und Jugendliche, auch die mit prekärem Hintergrund, profitieren, besonders wichtig. Und wir bedanken uns auch hier schon einmal für die Unterstützung von den anderen Fraktionen für unsere eigenen Anträge.

Die anderen Fraktionen, haben wir gesehen, haben auch priorisiert, finden wir gut, also teilweise. Und das ist für uns nachvollziehbar. Wir wären auch bei vielen eurer Anträge mitgegangen. Aber mit Verweis auf die Konsolidierung und unserem eigenen Vorgehen haben wir uns schweren Herzens dagegen entschieden. Nur bei der AfD-Fraktion möchte ich betonen, wir lehnen die Anträge klar ab. Hier ist aus meiner Sicht keine klare Linie erkennbar und dass Sie sich jetzt auch plötzlich als eine familienfreundliche Fraktion etablieren wollen, das kaufen wir Ihnen auch nicht ab.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Ich habe Ihnen vorhin eine Idee präsentiert, mit der die freie Kulturszene völlig finanzierbar wäre. Die bedeutet, wir kürzen beim Staatstheater 2 Millionen extra und geben das der freien Kulturszene. Der Hintergrund ist der, dass ich glaube, dass die Balance zwischen der Spitzenfinanzierung des Staatstheaters im Vergleich zu der freien Szene, da ist keine Balance mehr da. Es ist tatsächlich so, die freie Kulturszene erreicht ca. 400.000 Menschen pro Jahr. Das Staatstheater wird gefördert mit 27 Millionen, im Vergleich zur freien Kulturszene mit 6 Millionen. Und die erreichen gerade so 270.000. Ich glaube, da ist was aus der Balance gekommen, was so korrigiert werden müsste. Ich bin für das Staatstheater, aber wir müssen dafür sorgen, dass diese Balance wieder hergestellt wird. 2 Millionen, und das wird nachher, wenn der Tagesordnungspunkt aufgerufen wird, wird er erklären, wie das gehen kann, sehr wohl in Einklang mit Spitzenleistung, aber dieser Schritt muss gegangen werden. Deswegen, 2 Millionen sind zumutbar, und ich habe auch gesagt, erst ab 2027. Deswegen, neuere Erklärung nachher, aber diese Balance muss wieder hergestellt werden. Deswegen, haben Sie keine Scheu, es wird hier immer von Sparen geredet und von Kürzen, aber eigentlich tut es keiner.

Der Vorsitzende: Wir gehen dann in die einzelnen Abschnitte, und ich würde dann immer jeweils noch einmal fragen, ob es noch Wortmeldungen gibt, weil ich doch sehr

unterschiedlich wahrnehme, wer hier zu was gesprochen hat. Ich gelobe ausdrücklich Besserung an die, die mich da erst kritisiert haben. Ich möchte insgesamt, weil jetzt doch sehr viele Ankündigungen gemacht worden sind, was alles zurückgenommen wird und nicht mitgetragen wird, noch einmal betonen, wir müssen am Ende auch eine Gegenfinanzierung hinkriegen. Die einzige Gegenfinanzierung, die realistisch ist, die sehe ich im Moment darin, dass wir die globale Minderausgabe erhöhen. Globale Minderausgabe erhöhen bedeutet, es geht mit der Verwaltung heim, weil sie muss dann kurzfristig gucken, was sie denn noch freischaufelt. Und außer, dass wir noch weitere Stellen eventuell nicht wieder besetzen, sehe ich im Moment wenig Spielraum, weil alles andere haben wir schon ausgequetscht. Das nur noch einmal zum Thema Belastung der Mitarbeitenden und Ähnliches mehr. Beachten Sie das jetzt nicht bei diesem Punkt, sondern insgesamt einfach, dass wir gucken müssen, wie wir damit klarkommen.

Ich würde jetzt das Thema **Stadtmuseum** aufrufen. Da gibt es **zwei Anträge** und den Vorschlag von uns. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, Sie, Frau Böringer, habe ich so verstanden, Sie wollen aus diesen Mitteln, die einfach so weiterlaufen mit diesen 80.000 Euro, eine Dauerausstellung zur Stadtgeschichte konzipieren. Ich will einfach nur noch einmal feststellen, wir haben die Dauerausstellung im Grunde geschlossen und es gibt jetzt immer mit sehr begrenztem Budget noch Sonderausstellungen, die sich meistens auch ein Stück weit mit relativ wenig Etat realisieren lassen. Wer wirklich eine grundlegende Dauerausstellung zur Stadtgeschichte wollte, müsste deutlich mehr Geld in die Hand nehmen. Das will ich einfach nur sagen, damit die Erwartungen nicht zu hoch sind. Man kann natürlich auch für 18.000 Euro eine kleine Ausstellung zur Stadtgeschichte machen, keine Frage. Aber es ist nicht das, was man sich eigentlich unter einem Museum vorstellt. Und wir werden das natürlich wieder aufrufen, wenn die dauerhafte Raumfrage geklärt ist. So haben wir uns immer an der Stelle verständigt. Sie beantragen das jetzt für die Jahre 2026 und 2027 gleichermaßen. Der interfraktionelle Antrag beinhaltet, dass man die 2027er Mittel mit einem Sperrvermerk versieht und sich in 2026 erst einmal ein Konzept vorlegen lässt. Dennoch gibt es auch 2026 das Geld, um weiter da diese Zwischenausstellungen zu machen. Nur damit die Unterschiede noch einmal klar sind.

Ich würde deswegen zunächst den Antrag der FDP/Freie Wähler aufrufen, einfach Fortsetzung dieser 18.000 Euro. Ergänzend noch, wir haben, wenn wir das weiter machen, Auswirkungen auf das Aufsichtspersonal. Da wir das an der Stelle nicht gleichermaßen erhöhen, ist klar, dass sich dann das Aufsichtspersonal zwischen den verschiedenen Institutionen der Stadt noch einmal anders verteilen muss. Das muss halt jedem klar sein, dass das auch an anderer Stelle eventuell zu einer Reduktion von Öffnungszeiten führen kann, wenn im Stadtmuseum weiterhin Aufsichtspersonal gebraucht wird. Das ist organisierbar, es muss nur jedem klar sein.

Okay, also ich rufe auf **Ö 140, FDP/Freie Wähler, Zukunft des Stadtmuseums Karlsruhe**, und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich rufe jetzt auf **Ö 139, interfraktionell, GRÜNE, SPD, Karlsruher Liste, Sonderausstellung im Stadtmuseum erhalten mit Sperrvermerk 2027**, und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **überdeutliche Mehrheit**.

Damit brauchen wir den Vorschlag der Verwaltung auch nicht mehr zur Abstimmung zu stellen, sondern Sie haben jetzt an der Stelle so entschieden.

Antrag Ö 141: HHS4_GR46 - Reduzierung Kostenbeteiligung beim Badisches Staatstheater um 8,7 %
(Vorlage: 2025/1146)

Antrag Ö 142: HHS4_GR46 - Badisches Staatstheater - Erweiterung der Kürzung
Antrag: AfD
(Vorlage: DHH/2025/4121)

Antrag Ö 143: HHS4_GR46 - Staatstheater Zuschüsse verringern
Antrag: SR Kalmbach
(Vorlage: DHH/2025/4161)

Ich rufe dann den Komplex **Badisches Staatstheater** auf. Da gibt es unseren Vorschlag der Kürzung um 8,7 Prozent. Es gibt den Vorschlag der AfD, auf 10 Prozent hochzugehen und zwischen den beiden Jahren ein bisschen das anders zu verteilen. Und wir haben den Vorschlag von Herrn Stadtrat Kalmbach, 2 Millionen Euro zur Kompensation der Einsparung bei den kleineren Einrichtungen. Gibt es dazu noch eine Wortmeldung?

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Ich habe jetzt das Bedürfnis noch einmal zu sagen, wie das tatsächlich realisierbar ist. Ich hatte intensive Gespräche mit dem Staatstheater, mit dem Chef selber, und er sagt natürlich immer, das ist im Endeffekt eine politische Entscheidung. Wenn wir sagen, dass wir das machen wollen, dann wäre das durchaus umsetzbar. Ich sage drei Punkte, die möglich wären:

Erstens, eine Kooperation mit Stuttgart, mit Mannheim, weniger Produktionen. Also Produktionen sind eigentlich das Teure. Da kann man sehr wohl Kooperationen abschließen, die Qualität sichern und die zum Teil sogar noch erhöhen können.

Zweitens, man könnte im Extremfall eine Sparte schließen. Also man kann zum Beispiel 3,7 Millionen sparen beim Schließen vom Schauspiel. Man könnte dann mit dem Tollhaus kooperieren, das wäre zum Beispiel eine Möglichkeit, und externe Spielstätten sozusagen da hinein verlagern. Dann würde es ein echtes Bundeshaus werden, ein Haus der Stadt sozusagen, nicht nur exklusiv, sondern es wird aufgebrochen werden. Das hat sehr viel Charme, finde ich, wenn wir sehr viel Äußeres von der Qualität, die wir in Karlsruhe schon haben, hier reinholen ins Staatstheater. Das war die zweite Möglichkeit.

Und das Dritte ist, die Organisation im Staatstheater ist sehr hierarchisch. Deswegen brauchen die dringend eine Organisation zur Untersuchung, und da könnten wir sehr viel verschlanken, sehr viel flacher in der Hierarchie machen. Das Staatstheater ist sehr hierarchisch geordnet, das ist sehr traditionell, flache Hierarchien als an anderen Theatern. Das wird sehr viel Geld sparen. Ich sage Ihnen, da ist eine ganze Menge drin. Und wir können die Qualität erhalten oder zumindest sogar noch besser machen.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Ich möchte ganz kurz auf den Kollegen Kalmbach reagieren. Wir dürfen eins nicht vergessen, im Staatstheater arbeiten 700 Menschen. Und wenn Sie so locker von einer Spartenschließung sprechen, dann bedeutet es, dass für diese Menschen einige und wahrscheinlich mehr als 100 keine Anstellung mehr finden. Das ist der erste

Punkt. Und das zweite ist, irgendwann verlieren wir den Status eines Staatstheaters, und damit fällt dann noch einmal die komplette Hälfte der Kofinanzierung weg, die vom Land, und dann befinden wir uns in einer ganz anderen Situation.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Es tut mir leid, aber da muss ich widersprechen. Es wurde gesagt, aufgrund von meinem Antrag, dass da 100 Leute entlassen werden müssen. Das stimmt so nicht, nachweislich. Ich habe noch einmal nachgefragt. Da ist die Frage natürlich: Wie macht man es? Das ist natürlich ein Schreckensszenario, das vor uns aufgebaut wird, damit wir zittern und es möglichst nicht angehen. Das stimmt einfach nicht. Das Staatstheater würde den Ruf nicht verlieren, wenn wir eine Sparte schließen würden. Wir haben immer noch genug Sparten immer noch nach wie vor da.

Stadtrat Schnell (AfD): Ich wollte noch etwas ergänzen. Die Theatersparte trägt hinsichtlich der Erlöse deutlich weniger als das Ballett oder die Oper oder der Konzertbereich bei. Wenn ich den Herrn Kalmbach richtig verstanden habe, ist bei Ihrem Antrag auch erst diese Kürzung ab 2027. Also 2026 würden Sie bei dem Antrag von der Stadt, bei der Menge von der Stadt bleiben? Ja, danke schön für die Klärung.

Der Vorsitzende: Also ich habe einen anderen Antrag hier liegen, der schon ab 2026 greift. Ich habe einen Antrag von FÜR Karlsruhe, wo schon 2026 2 Millionen gekürzt werden.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Bei der Abgabe dieses Antrags haben wir die Zahlen nicht reingeschrieben, das haben Sie gemacht. Im Text steht explizit 2027. Allerdings ist mir das nicht aufgefallen, sorry.

Der Vorsitzende: Ja, vielen Dank, Sie haben Recht. Ich sehe es auch hier unten gerade. Wunderbar, dann haben wir das schon einmal geklärt.

Gut, dennoch, weil es dann doch die weitergehende Maßnahme ist in meinen Augen, weil Sie meinen es nicht nur in 2027, sondern auch die Folgejahre, würde ich jetzt den **Antrag von Herrn Kalmbach** als ersten hier zur Abstimmung stellen und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt rufe ich auf den **AfD-Antrag**, der einmal 8 Komma irgendwas und dann 11,3 Prozent begehrt, und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist auch **mehrheitlich abgelehnt**.

Damit rufe ich den **Vorschlag der Verwaltung auf, Ö 141**, Kostenbeteiligung, Reduktion um 8,7 Prozent, und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**, vielen Dank.

Lassen Sie mich zur Diskussion noch drei Dinge sagen. Sie haben Recht, Herr Kalmbach, über die Vorschläge, die Sie gemacht haben, wurde diskutiert. Der Intendant hat aber zumindest im Verwaltungsrat sehr deutlich gemacht, dass das alles Möglichkeiten sind, um ein Stück weit die Auswirkungen kleiner zu halten. Es ist aber nicht so, dass er damit, ohne großen Schaden am Haus vornehmen zu müssen, damit weiterfahren könnte. Es sei denn man würde Sparten schließen, aber da hat der Verwaltungsrat eigentlich einstimmig beschlossen, dass das im Moment nicht der Weg ist, sondern dass man die Intendanz weiter auffordert, mit anderen Lösungen hier voranzukommen. Da spielen alle anderen Punkte, die Sie aufgeführt haben, durchaus eine Rolle.

Zweiter Punkt, das Staatstheater und auch das ZKM haben in der zweiten oder dritten Haushaltssicherungsrunde schon einmal 3,6 Prozent Einbuße erlebt. Jetzt in dieser jeweiligen Haushaltssicherungsrunde haben wir die freien Träger überhaupt nicht angefasst, auch das noch einmal zu dem Thema.

Und dritte Bemerkung, ich bin sehr dankbar, dass wir doch hier nicht eine Diskussion die einen gegen die anderen als große Linie führen, sondern dass wir die grundsätzliche Unterschiedlichkeit der Einrichtungen, ihren Auftrag, ihre auch vertraglichen Hintergründe und ihre unterschiedlichen Bedarfe weitestgehend akzeptieren. Das empfinde ich als ein sehr großes Plus unserer Diskussion, und ich bin auch allen anderen Kulturinstitutionen, da oben sind eine ganze Reihe vertreten, sehr dankbar, dass auch das nicht die öffentliche Diskussion geprägt hat. Das gab es in früheren Jahren schon anders, und das finde ich sehr wohltuend, auch für die Gesamtsolidarität hier der Einrichtungen auf der einen Seite, aber auch der politischen Verantwortlichen auf der anderen Seite, mit der Kultur hier, und dafür Ihnen allen auf allen Ebenen ganz, ganz herzlichen Dank.

Antrag Ö 144: HHS4_GR47 - Kürzung der institutionellen Förderung beim ZKM um 8,7% (Vorlage: 2025/1147)

Antrag Ö 145: HHS4_GR47 - Institutionelle Förderung – ZKM (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/4132)

Jetzt kommen wir zum Nächsten, zum ZKM, und jetzt frage ich wieder, gibt es da noch Wortmeldungen?

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Ich würde jetzt für unsere Fraktion nicht nur zum ZKM, sondern zu allem Nachfolgendem allgemein sprechen. Wir hatten aufgrund der besonderen Komplexität auch beim Staatstheater es gewünscht, dass unser Verwaltungsratsmitglied Kollege Müller gesondert spricht. Es kann auch sein, dass wir in der Folge bei einem oder anderem Antrag, Sandkorn, Kammertheater, noch einmal uns zu Wort melden, ansonsten aber jetzt eine allgemeine Ausführung der CDU-Fraktion. Zunächst einmal möchten wir, und das ist uns ganz besonders wichtig, hier im Haus, aber auch in der Stadtgesellschaft klarstellen, die CDU-Fraktion stand und steht immer hinter der Kultur. Wir halten sie für notwendig für das gesellschaftliche Miteinander, für gerade auch in Krisenzeiten, um den Menschen noch Freude zu bereiten, um ihnen Ablenkung, Unterhaltung, aber auch geistigen Reichtum zu vermitteln, damit auch die allgemeine Moral erhalten bleibt. Unsere Kultureinrichtungen, und da spreche ich für alle, sei es in den übrigen Institutionen, der quasi-institutionellen Träger und Kulturschaffenden, jeder von ihnen ist uns wichtig.

Deswegen haben wir uns als CDU-Fraktion auch entschlossen, dann auch dank guter Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen interfraktionell zu beantragen, die Kürzungen für alle im Bereich der institutionellen Förderung von 8,7 zu halbieren auf 4,35 und bei der quasi-institutionellen von 10 auf 5 Prozent. Wir sehen dabei, dass es einer Anstrengung bedarf für die Kultur. Es wird den einen oder anderen immer noch, auch wenn wir halbieren, mehr oder weniger stärker treffen, aber wir sehen auch, dass wir in der Vergangenheit nicht nur in der Corona-Pandemie immer verstärkt unsere Kultur gestützt haben, sondern auch, dass wir zuletzt in den Haushaltsberatungen eine Dynamisierung eingeführt hatten.

Diese bleibt bestehen. Und davon würde dann die Kürzung abgehen. Insofern würde sie schon deutlich abgeschwächt sein.

Insbesondere sehen wir aber auch, und wir haben auch zahlreiche Gespräche mit den Kulturschaffenden und Einrichtungen geführt, und auch hier möchte ich mich ausdrücklich in unserem Namen für das konstruktive und sehr offene Miteinander, auch die vielen offenen und vertrauensvollen Gespräche, bedanken. Ich habe auch dort die Bereitschaft erkannt, dass auch die Kultur in dieser schwierigen Situation, wo wir auch bei Sozialem, Jugend, Ehrenamt, in allen Bereichen eben, beim Personal, überall unseren Beitrag bringen müssen, damit wir überhaupt am Ende einen genehmigungsfähigen Haushalt haben und nicht das Regierungspräsidium das Wort erhält. Dann trifft es nämlich die freiwilligen Leistungen, das ist gerade die Kultur, denn hier ist keine Pflichtaufgabe vorhanden. Deswegen muss auch die Kultur einen gewissen Beitrag leisten. Uns ist aber wichtig, und deswegen werden wir in der Folge auch einzelne Anträge, die auf weitergehende Kürzungen gehen oder bei einzelnen Einrichtungen auf geringere Kürzungen gehen, ablehnen, denn wir wollen zum einen keine Neiddebatte innerhalb der Kulturszene entfachen. Das ist uns ganz wichtig, hier diese Ausgewogenheit und immer noch dieses Miteinander über alles zu stellen. Zudem sehen wir auch nicht ein, hier irgendeinen zu bevorzugen. Man hat immer einmal die eine oder andere Einrichtung, die man vielleicht persönlich stärker besucht als andere. Gleichwohl ist uns jeder Kulturschaffende und jede Institution unserer Stadt gleich wichtig. Das möchten wir hier ausdrücklich auch noch einmal betonen. Wir bevorzugen niemanden. Wir versuchen, allen ihre Daseinsberechtigung, ihre Existenz weiter zu gewährleisten.

Im Bereich der Projekte haben wir sehr mit uns gerungen, uns schwergetan, und dort ist uns auch besonders wichtig das Projekt Schule und Kultur, denn wir sehen hier außerhalb dessen, dass wir auch einzelne Kulturschaffende unterstützen, vor allem diesen pädagogisch wertvollen Ansatz für Kinder und Jugendliche, denn dort erhält jedes Kind aus jeder gesellschaftlichen Schicht in unserer Stadt die Chance, Kultur aktiv zu erleben, teilzuhaben, mitzumachen. Dann macht Schule auch Spaß. Ebenso sehen wir Kultur auch als Ausdruck der Pluralität, der Meinungsvielfalt und eine wichtige Säule unseres Demokratieverständnisses, weshalb wir auch die Wochen gegen Rassismus erhalten wollen. Denn wir sehen leider international, national ein Anwachsen von Rassismus, antisemitischen Tendenzen, und da kann Kultur ein wertvoller Block dagegen sein.

Ebenso würden wir auch den Antrag der jüdischen Kultusgemeinde, was den Friedhof angeht, zumindest mit einer befristeten, einer Projektstelle ausdrücklich, in dem Bereich mitgehen wollen, um auch dort ein ganz deutliches Signal aus diesem Haus zu senden und auch zu zeigen, wo die CDU-Fraktion eindeutig steht. Kindermalwerkstatt, auch das ist pädagogisch wertvoll. Insofern würden wir aber den interfraktionellen Antrag von Volt, GRÜNEN und anderen unterstützen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Der Vorsitzende: Ja, vielen Dank. Wir haben jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Damit können wir uns erst einmal wieder dem ZKM zuwenden. Dort gibt es einen **AfD-Antrag**, analog zu dem, was Sie auch schon vorgetragen haben, beim Staatstheater die Kürzung noch einmal zu erweitern. Und ich bitte jetzt um die Abstimmung dazu ab jetzt. – Jetzt gucken wir mal. Herr Stolz wollte auch dafür stimmen, schätze ich. Okay, also nehmen wir noch für das Protokoll auf. **mehrheitlich** damit **abgelehnt**.

Wir kommen dann zu TOP 12. Das ist die Änderung der Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung des Chorgesangs und der Vereinsmusik. Ich glaube, das ist jetzt von den weiteren Änderungsanträgen nicht betroffen. Insofern stelle ich das jetzt hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. Also, ich habe das so verstanden, dass das jetzt, was anschließend kommt, nicht mit dem Chorgesang der Vereinsmusik Förderung zu tun hat. Ich weiß es aber letztlich nicht. Kann mir da einer weiterhelfen? Das hat nichts miteinander zu tun. Alles andere kommt ja dann anschließend, Frau Berghoff.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Die Irritation kommt nur, weil auf dem Ablaufplan der TOP 12 nicht drinsteht, aber alle anderen TOPs nur, weil sie eingepflegt sind. Da kommt die Irritation gerade her.

Der Vorsitzende: Okay, dann habe ich einen anderen Ablaufplan. Also zwischen Ö 145, das sollte eigentlich nicht sein, insofern verstehe ich es auch nicht. Zwischen Ö 145 und Ö 146 steht bei mir TOPO 12 im Ablaufplan.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Der steht bei mir drin, den habe ich nämlich händisch nachgetragen. Darum geht es mir gar nicht. Mir geht es darum, dass wir gerade einen AfD-Antrag zum Glück abgelehnt haben, dass wir aber noch gar nicht den Hauptantrag zum ZKM abgestimmt haben.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, nein, wir müssen über die 8,7 Prozent noch abstimmen. Da haben Sie völlig recht. Vielen Dank, Frau Berghoff, dann habe ich es falsch verstanden. Okay, das ist ganz wichtig. Also wir stimmen damit über **Ö 144** ab, nämlich die Kürzung der institutionellen Förderung beim ZKM um 8,7 Prozent. Und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**, vielen Dank.

Ich höre gerade, dass der TOP 12 noch reingerutscht ist, weil wir den erst platziert hatten, und er ist in Ihrem Ablaufplan noch nicht drin, ist aber die Ausnahme. Also insofern haben wir das auch gelöst. Jetzt kommt jedenfalls der TOP 12, die Änderung der Richtlinien für die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung des Chorgesangs und der Vereinsmusik.

(siehe separates Protokoll TOP 12)

4100 Kultur

Antrag Ö 146: HHS4_GR49 - Pauschale Kürzung der institutionellen Förderung bei der Astronomischen Vereinigung, im Theaterbereich, im Musikbereich, bei der Kindermalwerkstatt, bei den übrigen Kultureinrichtungen um 8,7%
(Vorlage: 2025/1149)

Antrag Ö 147: HHS4_GR49 - Institutionelle Förderung Sonstige 1 – Kammertheater (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/4105)

Antrag Ö 148: HHS4_GR49 - Institutionelle Förderung Sonstige 1 – Sandkorn (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/4117)

Antrag Ö 149: HHS4_GR49 - Institutionelle Förderung Sonstige 1 - Badischer Kunstverein

e. V. (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/4127)

Antrag Ö 150: HHS4_GR49 - Institutionelle Förderung Sonstige 1 - Literarische Gesellschaft (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/4137)

Antrag Ö 151: HHS4_GR49 - Institutionelle Förderung Sonstige 1 – Tollhaus (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/4138)

Antrag Ö 152: HHS4_GR49 - Institutionelle Förderung Sonstige 2 – Marotte (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/4107)

Antrag Ö 153: HHS4_GR49 - Institutionelle Förderung Sonstige 2 – Werkraum (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/4108)

Antrag Ö 154: HHS4_GR49 - Institutionelle Förderung Sonstige 2 – Substage (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/4113)

Antrag Ö 155: HHS4_GR49 - Institutionelle Förderung Sonstige 2 – Jazzclub (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/4114)

Antrag Ö 156: HHS4_GR49 - Institutionelle Förderung Sonstige 2 – Kinemathek (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/4129)

Antrag Ö 157: HHS4_GR49 - Institutionelle Förderung Sonstige 3 – Filmboard (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/4131)

Antrag Ö 158: HHS4_GR49 - Institutionelle Förderung Sonstige 3 - Centre Culturel Francais Allemande (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/4134)

Antrag Ö 159: HHS4_GR49 - Institutionelle Förderung Sonstige 3 - Kulturverein Tempel e. V. (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/4135)

Antrag Ö 160: HHS4_GR49 - Institutionelle Förderung Sonstige 3 - Panorama e. V. (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/4141)

Jetzt geht es um die institutionelle Förderung. Da schlagen wir 8,7 Prozent vor. Das ist Ö 146, und unter Ö 182 und Ö 181 gibt es dann die Anträge, dass wir das nur um die Hälfte kürzen bzw. anders aufziehen. Dazwischen gibt es ganz viele einzelne Anträge zu einzelnen Positionen. Das heißt, wir haben es jetzt bei der institutionellen Förderung mit 36 Anträgen zu tun. Und ich bitte Sie, dass wir das Verfahren so machen, dass wir jetzt erst die ganzen einzelnen Institutionen durchorgeln, und was dann noch übrig bleibt, da gibt es dann den Pauschalantrag, nur die Hälfte der Sachen zu kürzen, denn andersrum kriegen wir es nicht hin. Deswegen gehen wir jetzt einfach der Reihe nach, wie es bei Ihnen steht, vor, sonst wären wir an der Stelle närrisch. Deswegen rufe ich jetzt unseren Antrag noch nicht auf, sondern wir gehen jetzt in die ganzen Änderungsanträge rein, wie es auch die

normale Reihenfolge ist. Und da gibt es eine ganze Reihe von AfD-Anträgen von Ö 147, Entropia wollen Sie ganz streichen, bis 160. Herr Stadtrat Schnell, Sie kriegen das Wort und erklären mir vielleicht, welche Dinge wir zusammen aufrufen können. Wenn nicht, machen wir sie alle einzeln.

Stadtrat Schnell (AfD): Genau, deshalb wollte ich jetzt kurz dazu sprechen. Sie können alle zusammenfassen, die auf Basis des gleichen Antrages sind. Also alle mit AfD 033 können Sie zusammen abstimmen, alle mit AfD 034 und alle mit AfD 035.

Der Vorsitzende: Ich muss es jetzt in unsere Ziffern übersetzen.

Stadtrat Schnell (AfD): Das kann ich Ihnen auch sagen. Also die 033 sind die Punkte Ö 147 bis 151. AfD 034 ist 152 bis 156 und der 035 umfasst die Punkte Ö 157 bis 160.

Der Vorsitzende: Okay, das ist doch mal ein Angebot. Dann rufe ich auf, zum Allgemeinen unseres Vorschlags, der 8,7 Prozent, haben, glaube ich, alle jetzt gesprochen.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Das ist jetzt natürlich ein dummer Zeitpunkt vor so vielen wirklich schlimmen Anträgen, aber ich mache das jetzt. Jetzt halte ich meinen Grundsatzbeitrag zur Kultur an dieser Stelle. Ich glaube, das ist gut aufgehoben. Wir haben uns darauf konzentriert, die Einrichtung mit Anträgen, glücklicherweise einigen davon interfraktionell, zu unterstützen, die tatsächlich existenzgefährdet oder in Schwierigkeiten sind. Ich habe schon in der Haushaltsrede, glaube ich, relativ deutlich gemacht, dass das Vorgehen an sich für uns absolut nicht in Ordnung ist und dass wir uns gegen diese Pauschalisierung im Kulturbereich stellen. Deshalb möchte ich jetzt nur kurz erklären, dass wir uns auch einer geringeren Kürzung nicht guten Gewissens zustimmend zuwenden können. Einer Verbesserung für die Kultureinrichtungen möchten wir uns aber nicht entgegenstellen. Deswegen werden wir uns bei den Anträgen, die die Kürzungen halbieren oder verringern möchten, sehr wohlwollend enthalten und möchten, dass das zur Kenntnis genommen wird.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Wir gehen jetzt in die Abarbeitung der AfD-Anträge, und ich würde die Anträge **Ö 147 bis Ö 151**, so habe ich Sie jetzt verstanden, Herr Schnell, zusammenfassen. In allen Punkten geht es darum, aus den 8,7 10 Prozent zu machen, so habe ich das verstanden. Und diese Anträge der AfD stelle ich jetzt en bloc zur Abstimmung und bitte um Ihr entsprechendes Votum ab jetzt - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann rufe ich auf die **AfD-Anträge Ö 152 bis Ö 156**. Auch da geht es um die 10 Prozent statt 8,7 Prozent. Und auch diese Anträge en bloc stelle ich jetzt hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Auch das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Ich rufe dann die AfD-Anträge **Ö 157 bis einschließlich Ö 160** auf. Auch da geht es wieder um diese 10 Prozent statt 8,7 Prozent und bitte auch hier um Ihr Votum ab jetzt. – Auch das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 161: IF Entropia e. V. – Gulaschprogrammierenacht (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/4133)

Ich rufe jetzt auf den Antrag der AfD unter der Ziffer Ö 161, da geht es um Entropia und Gulaschprogrammierenacht. Da hatten Sie die komplette Kürzung hier vorgeschlagen. Und auch das stelle ich jetzt zur Abstimmung ab jetzt. – Auch das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 162: HHS4_GR49 - KOHI Kulturraum e. V. (Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, Die Linke, KAL, SR Braun)
(Vorlage: DHH/2025/4139)

Antrag Ö 163: Erhöhung des Zuschusses KOHI Kulturraum (SR Braun)
(Vorlage: DHH/2025/4164)

Jetzt habe ich bezogen auf den KOHI-Kulturraum zwei Anträge, einmal einen interfraktionellen Antrag der GRÜNEN, der Linken und der Karlsruher Liste um eine Erhöhung der institutionellen Förderung um 7.220 Euro und einen Antrag von Herrn Stadtrat Braun mit der Erhöhung um 48.000 Euro. Ich hoffe, ich habe es richtig wiedergegeben. Gibt es dazu noch Wortmeldungen?

Stadtrat Braun (Die PARTEI): Wir haben jetzt schon einiges an Geldern eingespart, dann könnten wir jetzt wieder irgendwo was draufschlagen. Der KOHI-Kulturraum ist ein unersetzlicher Ort für die Kulturszene in Karlsruhe, hat ein herausragendes Programm, spricht vor allem junge Menschen an, ermöglicht gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe. Jetzt ist es so, dass schon der gleichbleibende Zuschuss, also der unveränderte Zuschuss eine Gefahr für das KOHI darstellen würde, Aktionen und Veranstaltungen nicht mehr durchführen zu können, bis hin zu einer akuten Gefahr der Schließung des KOHI-Kulturraums, denn schon der aktuelle Zuschuss reicht eben für das KOHI nicht aus, um die laufenden Kosten zu decken. Aus meiner Sicht erhalten wir beim KOHI einen hohen kulturellen Wert für vergleichsweise geringe Kosten. Darüber hinaus bietet sich für das KOHI die Möglichkeit, Austragungsort der Baden-Württembergischen Poetry Slam-Meisterschaften auszutragen, was eben auch zu einer Strahlkraft über Karlsruhe hinaus beitragen könnte und sicherlich würde.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann rufe ich als weitergehenden Antrag den Antrag von Herrn Stadtrat Braun auf. Ich muss mich korrigieren, es geht nicht um zusätzliche 48.000 Euro, sondern um die Verdopplung des bisherigen Zuschusses von 24.000 auf 48.000. Ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt rufe ich auf den interfraktionellen Antrag GRÜNE, Die Linke, Karlsruher Liste. Die begehren abweichend von unserem Kürzungsvorschlag natürlich die Kürzung nicht vorzunehmen, aber den Zuschuss dann auch noch einmal um 7.220 Euro zu erhöhen. Und da bitte ich um Ihr Votum ab jetzt. – Jetzt gucken wir mal, ob alle sich dort wiederfinden. Frau Stadträtin Akbaba hat mit Ja gestimmt. Damit steht es 24 zu 23. Damit ist dieser **Änderungsantrag angenommen**. Und KOHI fällt nachher aus dem Grundantrag raus, zu kürzen um die Hälfte oder um ganz oder wie auch immer. Jedenfalls ist KOHI damit jetzt erst einmal abgehakt mit Ihrem Einverständnis.

Antrag Ö 164: HHS4_GR49 – Kindermalwerkstatt (Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, Volt, Die Linke, KAL, AfD, Kindermalwerkstatt Kind und Kunst e. V.)
(Vorlage: DHH/2025/4125)

Antrag Ö 165: Kindermalwerkstatt: Erhöhung der institutionellen Förderung (Kindermalwerkstatt Kind & Kunst)
(Vorlage: DHH/2025/4162)

Jetzt wenden wir uns der Kindermalwerkstatt zu. Da gibt es eine Reihe von Anträgen, nämlich einmal den Ö 164 der Kindermalwerkstatt selbst und dann den Ö 165, interfraktionell, GRÜNE, Volt, Die Linke, Karlsruher Liste. Jetzt habe ich noch AfD stehen. Das war auch so von Ihnen angekündigt. Jetzt muss ich mal gucken, was in den einzelnen Anträgen steht. Also hier gibt es Begehren, alle keine Kürzung des Zuschusses, das ist einheitlich über die ganzen verschiedenen Anträge hinweg, einen interfraktionellen und einen der AfD. Und es gibt den Antrag der Kindermalwerkstatt selber, den Zuschuss noch einmal zu erhöhen, wenn ich das richtig verstanden habe. So sehen Sie das auch. Gibt es dazu Wortmeldungen? Wenn nicht, können wir gleich in die Antragsabarbeitung gehen.

Ich rufe zunächst auf, den **Antrag der Kindermalwerkstatt**, den Antrag zu erhöhen im Vergleich zu heute, und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt kommt der **interfraktionelle Antrag**, GRÜNE, Volt, Die Linke, Karlsruher Liste auf der einen Seite, AfD auf der anderen Seite, den bisherigen Zuschuss nicht zu kürzen. Und da bitte ich Sie um Ihr Votum ab jetzt – Das ist eine **große Zustimmung**. Damit kommt die Kindermalwerkstatt aus dem Gesamtthema auch raus und ist jetzt abschließend bei dem bisherigen Zuschuss von Ihnen so beschlossen.

Antrag Ö 166: Korrektur: Übermäßige Kürzung beim Kammertheater rückgängig machen (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/4106)

Wir kommen damit zum Thema Kammertheater. Da gibt es einen CDU-Antrag unter dem Titel, die übermäßige Kürzung beim Kammertheater rückgängig machen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Jetzt komme ich in eine ganz schwierige Situation, die vielleicht nicht so in das Muster der bisherigen Argumentation reinpasst, denn die CDU kann nicht darüber hinweggehen, dass in der letzten Haushaltsberatung 2024/25 eine untypische, und in unseren Augen auch ungerechte Entscheidung zu Lasten einer Institution getroffen wurde. Das ist nicht in Ordnung, zumal immer wieder hier heute auch argumentiert wurde, dass wir mit einem gerechten Ansatz an alle Institutionen herangehen müssen. Ich kann also auch nicht nachvollziehen, weshalb das Kammertheater hier überobligatorisch einfach schlechter behandelt wird mit 75.000 Euro und im nächsten Haushaltsjahr mit 100.000 Euro benachteiligt wird. Und das ist ein Punkt, den wir so nicht richtig finden und jetzt hier auch noch einmal in das Gedächtnis dieser Kulturgerechten hier zurückrufen wollen, denn das Kammertheater ist zweifelsfrei in Karlsruhe eine sehr, sehr wichtige Kulturbühne und bereichert in gleicher Weise, wie Sie das vorhin so brillant geschildert haben, das Kulturleben dieser Stadt. Von daher gibt es wirklich keinen Anlass, diesen Unterschied weiterzuführen. Der Herr Oberbürgermeister hat vorhin auch gesagt, wir sollen den einen

nicht mit dem anderen ausspielen. Das gilt in gleicher Weise auch auf das Kammertheater. Was mir natürlich wehtut oder uns wehtut, ist klar, wir müssen jetzt hier Geld in die Hand nehmen, um eine Ungerechtigkeit der Vergangenheit auszugleichen. Aber ich bitte sehr darum, das endlich wieder ins Lot zu bringen.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen damit zur Abstimmung über diesen **Änderungsantrag**, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**. Damit bleibt das Kammertheater in dem Gesamtantrag mit drin.

Antrag Ö 167: HHS4_GR49 - Werkraum - Rücknahme der Kürzungen (Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, Volt, Die Linke, KAL)
(Vorlage: DHH/2025/4116)

Wir haben dann unter Ö 167 einen interfraktionellen Antrag, GRÜNE, Volt, Die Linke, Karlsruher Liste mit dem Begehrt, die Kürzungen aus diesem Gesamtantrag, der erst noch abgestimmt wird, rauszunehmen, bezogen auf den Werkraum. Und wenn Sie einverstanden wären, stelle ich den jetzt gleich zur Abstimmung, der Ö 167 bezogen auf den Werkraum, und bitte hier um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**. Damit rutscht auch der Werkraum mit einer unveränderten Bezuschussung aus dieser Kürzungsliste raus, egal ob 4,3 oder 8,7 Prozent.

Antrag Ö 168: HHS4_GR49 - Rücknahme Kürzung Kinemathek (GRÜNE, Die Linke, KAL)
(Vorlage: DHH/2025/4130)

Dasselbe begehrt jetzt bezogen auf die Kinemathek der interfraktionelle Antrag GRÜNE, Die Linke, Karlsruher Liste mit der Ziffer Ö 168. Und auch da bitte ich Sie jetzt um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist **mehrheitlich abgelehnt**. Damit bleibt die Kinemathek in dem Gesamtantrag mit drin, über den wir ja ganz am Ende nochmal entscheiden.

Antrag Ö 169: HHS4_GR49 - Rücknahme der Kürzung - Badischer Kunstverein e. V. (Die Linke, KAL)
(Vorlage: DHH/2025/4128)

Dann haben wir unter der Ordnungsziffer Ö 169 einen Antrag der Linken und der Karlsruher Liste, den Badischen Kunstverein von der Kürzung auszunehmen. Und auch da sehe ich keine Wortmeldungen und bitte jetzt um Ihr Votum ab jetzt. Auch das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 170: HHS4_GR49 - Rücknahme der Kürzungen - Subculture and Underground e. V. (SAU e. V.) (Die Linke, KAL)
(Vorlage: DHH/2025/4112)

Wir kommen zu Ö 170, auch ein interfraktioneller Antrag der Linken und der Karlsruher Liste, Rücknahme der Kürzungen Subculture und Underground, SAU e.V. Auch hier geht es

darum, die Kürzung nicht vorzunehmen. Ich bitte auch hier um Ihr Votum ab jetzt. – Auch das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag Ö 171: HHS4_GR49 - Kürzung Sandkorn-Theater (Die Linke, KAL)
(Vorlage: DHH/2025/4118)

Antrag Ö 172: Büroräume für das Sandkorn-Theater (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/4119)

Wir kommen zum Sandkorn-Theater, Ö171, ein interfraktioneller Antrag der Linken und Karlsruher Liste, Kürzung zurückzunehmen. Und dann gibt es einen CDU-Antrag, der sich mit den Büroräumen beschäftigt.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Ich möchte speziell zu unserem Antrag Büroräume kurz noch einmal erläutern, den Kolleginnen und Kollegen, dass das Sandkorntheater dringend auf günstigere Büroräume angewiesen ist. Die würden dadurch im Ausgabenbereich viel einsparen können, da könnten sie in der Kaiserallee 11c beispielsweise seitens der Stadtverwaltung Büroräume anmieten. Und es wäre halt auch im unmittelbaren Umkreis, sodass auch die Wege kurz wären. Also wir würden dem Sandkorn damit wirklich in vielerlei Hinsicht helfen, und da appellieren wir an Ihre Unterstützung.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, ich möchte auf unsere Stellungnahme verweisen, vor allem auf den ersten Absatz. Ich würde jetzt beide Dinge nacheinander zur Abstimmung aufrufen. Jetzt fangen wir mit der Kürzung oder Nichtkürzung an und deswegen **Ö 171**, keine Kürzung beim Sandkorntheater vorzunehmen und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **Ablehnung**.

Dann kommen wir zu dem Thema Büroräume. Also ich habe die Stellungnahme so verstanden, dass auch das Sandkorn an diesen Rahmenbedingungen kein Interesse hat. So habe ich den ersten Satz verstanden. Vielleicht können wir es einfach noch mal in die Prüfung geben, weil ich finde es jetzt blöd, dass wir hier über die Nutzung oder Nichtnutzung von Räumen abstimmen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Also dann weiß ich nicht, ob derjenige, der die Stellungnahme geschrieben hat, sich mit dem Sandkorn unterhalten hat. Wir haben das, und sie haben sehr großes Interesse daran. Sie haben uns auch klar gesagt, dass sie auch selbst bereit wären, diese Räume instand zu halten. Ihnen geht es nur darum, dass Sie die Räume auch benutzen dürfen. Sie sind auch in Verhandlungen mit dem Staatstheater wegen dem Ordenssaal. Und ich würde zumindest dann darüber bitten, dass wir unter Vorbehalt, dass sie das machen können, darüber abstimmen und nicht wieder nur in die Beratung geben, sondern unter Vorbehalt. Wenn das Sandkorn kein Interesse hat, erklären wir uns auch bereit, dann nicht, aber sie haben uns ganz klar im persönlichen Gespräch gesagt, dass dies auch so ist.

Stadtrat Schnell (AfD): Ja, eine Frage: Wäre es möglich, das bis zum Ende der Haushaltsberatung, also kurz vor deren Ende, abzuklären, dass wir wissen, was Sache ist und insbesondere auch der Aspekt, der in der Stellungnahme der Stadt genannt wurde, diese fünf

Jahre, ob das für das Sandkorntheater in Ordnung wäre? Weil sonst würde es auch nichts bringen. Also das bitte ich zu klären.

Stadtrat Haug (KAL): Ich möchte eigentlich nur den Herrn Hoffmann noch unterstützen. Das ist auch unsere Information. Wir haben extra vorhin noch auch telefoniert mit Herrn Rastetter und der Frau Kreiner. Es ist genauso, wie es der Herr Hoffmann sagt, auch die Sicht des Sandkorn.

Der Vorsitzende: Dann mache ich Ihnen den Vorschlag, dass Sie uns beauftragen, für die fünf Jahre das dem Sandkorn noch einmal anzubieten. Und dann müssen wir uns über die Rahmenbedingungen Gedanken machen. Das würden wir Ihnen dann zur Kenntnis geben. Denn wenn es eh noch fünf Jahre leer steht, kann man es auch gerne nutzen. Aber man muss halt gucken, ob das rechtlich geht und Toiletten und was weiß ich alles. Okay, dann würden wir so verfahren, dann können wir den Antrag an der Stelle für **erledigt** erklären.

Antrag Ö 173: HHS4_GR49 - Tempel e. V. - Rücknahme der Kürzungen zur finanziellen Unterstützung TanzAreal Karlsruhe (KAL)
(Vorlage: DHH/2025/4163)

Antrag Ö 174: HHS4_GR49 - Rücknahme Kürzung Kulturverein Tempel e. V. für TanzAreal e. V.
(Die Linke)
(Vorlage: DHH/2025/4136)

Antrag Ö 175: TanzAreal: Institutionelle Förderung (SPD, KAL)
(Vorlage: DHH/2025/4165)

Antrag Ö 176: TanzAreal Karlsruhe - Institutionelle Förderung (GRÜNE)
(Vorlage: DHH/2025/4142)

Wir kommen damit zum Tempel. Das ist der Antrag der Karlsruher Liste unter der Ziffer Ö 173, Tempel e.V., Rücknahme der Kürzungen.

Stadtrat Haug (KAL): Wäre es möglich, dass der Antrag zum TanzAreal vorgezogen wird, weil dieser Tempelantrag ist eigentlich nur so ein Versuch zu heilen, falls der TanzAreal-Antrag nicht durchkommt. Und wenn der durchkommt, ziehen wir den Tempelantrag zurück.

Der Vorsitzende: Okay, dann machen wir das jetzt mit dem TanzAreal. Das sind die drei Anträge Ö 174, Ö 175, Ö 176. Da muss ich aber mal gucken, ob die alle identisch sind. Das habe ich jetzt hier so schnell im Überblick nicht. Also, wir haben unter 174 einen Antrag der Linken. Wir haben hier einen Sammelantrag der SPD über alle Projekte freier Förderung, und da fällt wohl auch das TanzAreal mit rein. Das wären dann Projektmittel in Höhe von 15.000 Euro. Das entspricht von der Summe dem Antrag der Karlsruher Liste, so dass ich die beiden zusammenschmeißen kann. Und dann gibt es noch einen Antrag von den GRÜNEN über 5.000 Euro. Dann nehmen wir jetzt erst den der 15.000 Euro, das ist SPD und Karlsruher Liste. Das ist der weitergehende, genau, das ist der Ö 175. Ist das die bisherige Summe oder soll das noch dazukommen? Frau Stadträtin Döring, helfen Sie mir.

Stadträtin Döring (KAL): Das mache ich sehr gerne. Zur Erklärung, das wäre eine neue Förderung, weil die alten Projektförderungen auslaufen, auch die Bezuschussung durch das Land und nicht mehr beantragt werden kann, neu 15.000 Euro für das TanzAreal in der institutionellen Förderung.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Genau, unser Antrag, der begehrt noch viel mehr. Der taucht auch nachher unter 206 noch einmal auf, der Antrag zur Projektförderung, aber wir hatten da die 15.000 Euro drin, die würden wir quasi aus unserem Antrag dann auch rausnehmen und würden uns dem KAL-Antrag dann anschließen.

Der Vorsitzende: Das ist klar. Der Teil Ihres **Antrags mit den 15.000 Euro** wird zusammen aufgerufen mit der Karlsruher Liste. Es geht um zusätzlich 15.000 Euro. Jetzt haben wir es klar, und das stelle ich jetzt hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. - Das ist eine **Mehrheit**.

Damit hat sich der Linken-Antrag und der GRÜNE-Antrag erledigt. Das sehen Sie auch so. Das heißt, das TanzAreal wird um zusätzlich 15.000 Euro gefördert. Dann frage ich jetzt zurück an die Karlsruher Liste, ob sich dann der Tempel erledigt hat.

Stadträtin Döring (KAL): Ja, der **Tempelantrag** hat sich dann damit **erledigt**.

Der Vorsitzende: Okay, dann haben wir das auch geklärt.

Antrag Ö 177: HHS4_GR49 - Tiyatro Diyalog Karlsruhe e. V. - Rücknahme der Kürzungen institutionelle Förderung (KAL)
(Vorlage: DHH/2025/4109)

Dann kommen wir zum **Tiyatro Diyalog**, Rücknahme der Kürzung, ein Antrag der Karlsruher Liste. Und den rufe ich jetzt hier zur Abstimmung auf, und zwar ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 178: HHS4_GR49 - Jazzclub - Rücknahme der Kürzung (KAL)
(Vorlage: DHH/2025/4115)

Ich komme zum Jazz-Club, auch ein Antrag der Karlsruher Liste, Rücknahme der Kürzung.

Stadtrat Haug (KAL): Wir haben diesen Antrag vor allem im Blick auf die Investitionen gestellt, die Investments, die wir mit dem Kulturhaus gemacht haben. Wenn einer der beiden Mieter, Kinemathek oder Jazzclub, fällt, dann ist die ganze Investition eigentlich in Gefahr. Der Jazz-Club ist im Besonderen jetzt in der Situation, dass sein Geschäftsmodell durchaus funktionieren kann, aber noch nicht ins Laufen gekommen ist, auch wegen Corona. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt.

Der Vorsitzende: Wir kommen damit zur Abstimmung. Ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 179: HHS4_GR49 - Jugendorchester Stadt Karlsruhe - Rücknahme Kürzung (KAL)
(Vorlage: DHH/2025/4111)

Ich rufe auf Ö 179, ebenfalls den Antrag der Karlsruher Liste. Sie wünschen, dass wir das Jugendorchester der Stadt Karlsruhe von den Kürzungen ausnehmen. Und wenn es da keine Wortmeldungen gibt, können wir auch das gleich hier zur Abstimmung stellen. Ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Auch das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 180: HHS4_GR49 - Bezirksverband Bildender Künstlerinnen und Künstler e. V.
(KAL, Bezirksverband Bildender Künstlerinnen und Künstler e. V.)
(Vorlage: DHH/2025/4126)

Ich rufe auf Ö180, Karlsruher Liste und der Bezirksverband Bildender Künstlerinnen und Künstler jeweils mit der Bitte, die geplante Kürzung nicht zu vollziehen. Es sind auch dieselben Beträge, deswegen kann ich das zusammen aufrufen. Und ich bitte da um Ihr Votum ab jetzt. – Auch das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 181: HHS4_GR49 - Teilrücknahme Kürzung bei der institutionellen Förderung
(Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, CDU, SPD, KAL)
(Vorlage: DHH/2025/4101)

Antrag Ö 182: HHS4_GR49 - Keine pauschale Kürzung der institutionellen Förderung um 8,7 Prozent bei den kulturellen Einrichtungen (FDP/FW)
(Vorlage: DHH/2025/4158)

Wir kommen damit zu den konzeptionellen Fragen der generellen Kürzung. Da steht immer noch im Raum unser Kürzungsvorschlag von 8,7 Prozent. Und wir haben jetzt hier einen interfraktionellen Antrag, der irgendwie relativ überwältigend aussieht, GRÜNE, CDU, SPD, Karlsruher Liste, dass man nämlich diese Beträge, diese vorgesehene Kürzung von 8,7 auf 4,3 Prozent reduziert. Wir haben einen Antrag der FDP, Freie Wähler, der eine Beschränkung der Kürzung für 2026 um pauschal 4 Prozent, also etwas weniger noch, und der dann den Kürzungsbeitrag für 2027 noch einmal unter ein neu zu erstellendes Konzept stellt. Das geht aus meiner Sicht über das hinaus, was jetzt die anderen Antragsmodalitäten sind. Deswegen würde ich jetzt den Antrag der FDP, Freie Wähler, das ist der Ö 182, zunächst zur Abstimmung stellen.

Stadträtin Böringer (FDP/FW): Wir haben heute schon mehrfach über das Rasenmäherprinzip gesprochen und dass ein Rasenmäherprinzip nicht sachgerecht ist, was Kürzungen bei den Kulturinstitutionen anbelangt. Es gibt Kulturinstitutionen, die können mit diesem Betrag überleben, mit der Kürzung des Betrages von 8,7 Prozent, und andere werden untergehen. Da sind wir uns einig, und wir wollen alle erhalten. Deswegen sind wir gegen eine pauschale Kürzung von 8,7 Prozent und haben uns überlegt, mit einer runden Summe der

Kultur unter die Arme zu greifen im übertragenen Sinne und würden gerne für das Jahr 2026 mit 4 Prozent Kürzung statt 8,7 Prozent der Kultur helfen. Unsere Überlegung ist dann im Folgenden, dass der ganze Bereich der institutionellen Förderung vom Kopf auf die Füße gestellt werden muss. Wir hangeln uns von Gemeinderatsbeschluss zu Gemeinderatsbeschluss entlang. Es gibt aber keine Konzeption, es gibt auch keine Bewertung. Wir können uns vorstellen, dass im Jahre 2027 einmal überlegt wird, wie die Mittel verteilt werden können. Ich denke, dass wir das auch im Kulturausschuss noch einmal mit Fachexpertise überlegen können. Deswegen noch einmal 2026, 4 Prozent, 2027, über den Betrag werden wir noch einmal entsprechend einer gerechten und effektiven Ordnung neu bestimmen.

Stadtrat Haug (KAL): Es ist natürlich sehr verlockend, dem Antrag zuzustimmen, weil wir dann noch mehr rausholen würden. Aber auf der einen Seite ist es so, dass wir das in dem Jahr wahrscheinlich sicher nicht hinkriegen und somit eigentlich für 2027 in der gleichen Situation sind. Mit dem interfraktionellen Antrag hat die Kultur wenigstens jetzt für zwei Jahre einmal Sicherheit.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Der **FDP/Freie-Wähler-Antrag** steht jetzt zur Abstimmung, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt kommt der Änderungsantrag von GRÜNEN, CDU, SPD, Karlsruher Liste, Die vorgeschlagene Kürzung von 8,7 Prozent nur zur Hälfte umzusetzen, also mit 4,3 Prozent. Ausgenommen sind KOHL, Kindermalwerkstatt, Werkraum und TanzAreal. Da haben Sie jeweils abweichende Beschlüsse getroffen, entweder dass der Zuschuss in voller Höhe erhalten bleibt oder sogar noch ein bisschen was draufgelegt wird. Für alle übrigen institutionell geförderten Kultureinrichtungen würde dann jetzt dieser Sammelantrag gelten. Ich rufe auf den **Änderungsantrag Kürzung um 4,3 Prozent** und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **große Mehrheit**.

Damit haben wir diese Themen alle erledigt. Unser Vorschlag hat sich damit auch erledigt. Insofern wird es bei allen außer den vier genannten zu einer Kürzung der Zuschüsse um 4,3 Prozent kommen. Ich unterbreche die Sitzung. Wir haben jetzt Kaffeepause. Ich würde vorschlagen, dass wir nicht eine halbe Stunde machen, sondern 20 Minuten. Wenn wir uns also um 15:50 Uhr wieder hier sehen würden, würde ich mich freuen, bis dahin.

(Unterbrechung der Sitzung von 15:32 bis 15:53)

Antrag Ö 183: HHS4_GR50 - Kürzung der quasi institutionellen Förderung um 10%
(Vorlage: 2025/1150)

Antrag Ö 184: QI PF Interdisziplinäres ARD-Hörspieltage (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/4151)

Der Vorsitzende: Ich bitte darum, dass wir die Beratung fortsetzen können. Wir sind jetzt auf der Seite 207 bei der Kürzung der quasi-institutionellen Förderung angekommen. Hier schlagen wir mit der Ziffer Ö 183 eine Kürzung der quasi institutionellen Förderung um

10 Prozent vor, und es gibt einen interfraktionellen Antrag von GRÜNEN, CDU, SPD und Karlsruher Liste unter Ö 196, die Kürzung zu halbieren. Auch hier würde ich jetzt vorschlagen, dass wir wieder die Gesamtentscheidung an das Ende ziehen und uns mit den einzelnen, davon abweichenden Änderungsanträgen beschäftigen, um dann am Ende wieder zu entscheiden, wird halb gekürzt, ganz gekürzt oder wie auch immer.

Deswegen steigen wir jetzt ein auf der Seite 223 mit dem Antrag der AfD, der sich auf die ARD-Hörspieltage bezieht. Dazu hatten Sie, Herr Stadtrat Schnell, auch schon was ausgeführt. Sie würden das streichen, weil es über die entsprechenden Gebühren zu erbringen sein sollte. Jetzt frage ich, ob es da noch Wortbeiträge dazu gibt. Wenn das nicht der Fall ist, können wir das gleich zur Abstimmung stellen, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – **abgelehnt.**

Antrag Ö 185: QI PF Sparte "Theater", darunter ARD-Kinderhörspielpreis der Stadt (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/4122)

Dann haben wir es noch einmal mit den Hörspieltagen zu tun, hier mit dem Preis der Stadt Karlsruhe, Kinderhörspielpreis, und auch das unter der Ziffer **Ö 185**, ein AfD-Antrag, stelle ich jetzt hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Auch das ist **mehrheitliche Ablehnung.**

Antrag Ö 186: KOHI - Poetry Slam – Einmalförderung (KAL)
(Vorlage: DHH/2025/4140)

Ich rufe auf einen Antrag der Karlsruher Liste. Hier geht es um eine zusätzliche Einmalförderung des schon angesprochenen Poetry Slam-Wettbewerbs im Kulturraum KOHI für das Jahr 2026.

Stadtrat Haug (KAL): Das KOHI hat die einmalige Möglichkeit, im nächsten Jahr die Baden-Württembergischen Meisterschaften Poetry Slam auszurichten, wo über 100 Poet*innen nach Karlsruhe kommen könnten. Dafür wäre dieser einmalige Zuschuss erforderlich, um diese Veranstaltung auszurichten.

Der Vorsitzende: Auch das stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung.** Ich weiß nicht, ob von KOHI jemand da ist. Da sollten wir uns noch einmal zusammensetzen, ob wir da eine andere Form von Sponsoring aufbauen, denn eigentlich bin ich schon der Meinung, dass wir das hier in Karlsruhe auch durchführen sollten.

Antrag Ö 187: Projektförderung: Jüdischer Friedhof Karlsruhe - Geschichte bewahren, Begegnung fördern (Jüdische Kultusgemeinde Karlsruhe K.d.ö.R.)
(Vorlage: DHH/2025/4148)

Wir kommen zum Thema externer Anträge. Hier haben wir einen Antrag der Jüdischen Kultusgemeinde, Projektförderung jüdischer Friedhof Karlsruhe, Geschichte bewahren, Begegnung fördern.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Die CDU hat sich dazu schon geäußert, wir würden uns auch gerne dazu äußern. Antisemitismus ist ein unfassbar großes Problem, das immer weiter zunimmt, nicht nur weltweit, aber auch vor allem in Deutschland. Sydney ist leider kein Einzelfall. Auch wir hatten in Deutschland, da müssen wir nur zu unserer Partnerstadt nach Halle/Saale gucken, 2019 einen furchtbaren Anschlag auf eine jüdische Synagoge. Und wir können das Ansinnen der jüdischen Kultusgemeinde absolut nachvollziehen und finden die Idee gut, dort auch mehr in die Bildung zu gehen und wollen dementsprechend, und die CDU hat es auch schon so formuliert, gerne auch eine Projektstelle für diese zwei Jahre beantragen, die sich mit diesem Thema grundsätzlich auseinandersetzt.

Der Vorsitzende: Wenn der Antrag positiv beschieden wird, würde ich Ihnen empfehlen, dass Sie uns beauftragen, dass wir uns das konzeptionell einmal vorstellen lassen und dann gegebenenfalls aus unserem Projektstellentopf eine Stelle dazu bereitstellen, sodass wir jetzt kein zusätzliches Geld mit einstellen müssen. Das wäre jetzt für mich die Umsetzung, die ich Ihnen empfehlen würde. Dann stellen wir das jetzt unter den Prämissen zur Abstimmung, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. - Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Antrag Ö 188: HHS4_GR50 - Farbe bekennen für Vielfalt mit Förderung des Karlsruher CSDs (Interfraktioneller Antrag: Volt, Die Linke)
(Vorlage: DHH/2025/4152)

Dann rufe ich auf den interfraktionellen Antrag „Farbe bekennen für Vielfalt“ mit Förderung des Karlsruher CSD, ein Antrag, der begehrt, die Kürzung der Förderung beim CSD zurückzunehmen, ein Antrag von Die Linke und Volt.

Stadträtin Kaufmann (Die Linke): Gefeierte und demonstriert wird beim CSD für die Rechte queerer Menschen sowie gegen rechtliche und soziale Diskriminierung, Ausgrenzung und Verfolgung. Der CSD in Karlsruhe findet dank ehrenamtlicher Initiative seit 2011 statt und hat sich innerhalb weniger Jahre zu einem überregionalen Großereignis mit über 10.000 Teilnehmenden entwickelt. Die geplante Kürzung könnte die zuverlässige Organisation für dieses Großereignis bedeutend einschränken, denn in den letzten Jahren sind die Kosten stark gestiegen, seit 2019 um 150 Prozent auf inzwischen etwa 55.000 Euro im Jahr. Die städtische Förderung blieb in diesem Zeitraum unverändert bei 5.790 Euro. Es ist nicht möglich, eine solche Veranstaltung rein durch Spendengelder zu finanzieren oder dafür Fördermittel zu akquirieren. Weil das Klima gegenüber queeren Bewegungen immer rauer wird, kann man sich auch auf die Sponsoren nicht mehr verlassen. Deshalb ist es für uns umso wichtiger, durch die zuverlässige städtische Förderung des CSDs auch eine größere Unabhängigkeit zu ermöglichen. Mit Volt zusammen fordern wir deshalb, dass die Stadt Karlsruhe die quasi-institutionelle Förderung des CSD-Vereins auf insgesamt 6.000 Euro pro Jahr leicht erhöht. Wir fordern Sie auf, bekennen Sie Farbe für Vielfalt und unterstützen Sie diesen Antrag.

Der Vorsitzende: Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Ich will das noch einmal aufgreifen, Frau Stadträtin, was Sie gesagt haben, es geht nicht nur darum, die Kürzung nicht durchzuführen, sondern auch noch um eine leichte Erhöhung von 5.700 irgendwas auf 6.000. Das stelle ich jetzt hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 189: HHS4_GR50 - Keine Kürzung beim dokKa-Filmfestival (Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, Die Linke, KAL)
(Vorlage: DHH/2025/4144)

Wir haben jetzt unter der Ziffer Ö189 einen interfraktionellen Antrag der GRÜNEN, der Linken und Karlsruher Liste zum DokKa Filmfestival. Da ist mir angekündigt worden, dass es noch eine Änderung geben soll, Herr Stadtrat Haug.

Stadtrat Haug (KAL): Wir wollten gerne zusätzlich zu der Rücknahme der Kürzung eine Erhöhung der Förderung um 5.000 Euro mit beantragen.

Der Vorsitzende: Ist das jetzt eine Veränderung des interfraktionellen Antrags oder ein einzelner Karlsruher-Liste-Antrag?

Stadtrat Haug (KAL): Interfraktionell denke ich.

Der Vorsitzende: Wissen wäre manchmal gut, aber ist okay. Es lächeln noch alle, das spricht dafür, dass Sie es abgesprochen haben. Also, es geht jetzt um die Rücknahme der Kürzung beziehungsweise Nichtdurchführung der Kürzung und zusätzlich noch einmal 5.000 Euro für das DokKa Filmfestival. Auch das werde ich jetzt hier zur Abstimmung stellen, und zwar ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 190: HHS4_GR50 - Keine Kürzung bei den Independent Days (Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, Die Linke)
(Vorlage: DHH/2025/4145)

Jetzt kommt wieder ein interfraktioneller Antrag der GRÜNEN und der Linken zum Thema Independent Days. Da geht es darum, dass die Kürzung nicht durchgeführt wird. Und auch hier bitte ich Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Auch das ist **eine mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 191: HHS4_GR50 - Stummfilmtage erhalten (Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, Die Linke)
(Vorlage: DHH/2025/4146)

Selbes Prozedere, Ö191, die Stummfilmtage erhalten. Auch hier geht es um das Aussetzen der vorgeschlagenen Kürzung. Und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das wird **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag Ö 192: HHS4_GR50 - Diversität der Kultur mit "Pride Pictures" fördern (Die Linke)
(Vorlage: DHH/2025/4143)

Unter Ö 192 haben wir jetzt das Thema Pride Pictures. Die Linke begehrt, die vorgeschlagene Kürzung nicht durchzuführen und auf 5.000 Euro pro Jahr auch noch zu erhöhen.

Stadträtin Kaufmann (Die Linke): Pride Pictures findet als queeres Filmfestival seit über 30 Jahren jährlich statt und zieht Besucherinnen der gesamten Region an. Aufgrund steigender Kosten, auch hier, die inzwischen bei 40.000 Euro liegen, treffen die geplanten Kürzungen den Verein Pride Pictures existenziell. Denn jeder gekürzte Euro heißt auch weniger Kofinanzierung durch Fördermittel vom Land. Die gesamte Organisation des Filmfestivals ist von Ehrenamtlichen getragen, welche angewiesen sind auf städtische Mittel. Nicht zuletzt hat die Förderung starke Signalwirkung für eine demokratische, inklusive, vielfältige und offene Gesellschaft. Sie kann dazu beitragen, Karlsruhe als Vorzeigestandort für kulturelle Innovation zu etablieren. Wir fordern, von der Kürzung des Zuschusses abzusehen und möchten hier eine Erhöhung der quasi-institutionellen Förderung beantragen.

Antrag Ö 193: HHS4_GR50 - PRIDE PICTURES - Rücknahme Kürzung (KAL)
(Vorlage: DHH/2025/4166)

Der Vorsitzende: Ich würde auch gleich den Antrag der Karlsruher Liste zum selben Thema aufrufen. Sorry, dass ich das nicht gleich gemacht habe, Ö 193, die Rücknahme der Kürzung.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Noch eine Anmerkung. Bei der Rücknahme der Kürzung der KAL sind wir dabei und bei dem Linken-Antrag nicht. Wir haben uns aber bei der Stadtverwaltung noch einmal rückversichert, dass Pride Pictures nach wie vor Förderungen aus dem UNESCO City of Media Arts bekommt. Vielleicht könnten Sie an dieser Stelle wieder nicken, Herr Bürgermeister, um das zu bestätigen. Auch genau unter dieser Prämisse würden wir dieses Vorgehen so wählen und dieses doch sehr wichtige Projekt für die Stadt Karlsruhe in puncto Film und Vielfalt weiterhin in voller Höhe unterstützen.

Der Vorsitzende: Ja, ich weiß nicht, wer nicken soll. Ich kann dazu nichts sagen. Ich kann höchstens nicken, okay, aber Sie sind sich sicher. Frau Szope nickt auch, die muss es wissen. Okay, gut, damit würde ich den weitergehenden Antrag hier zur Abstimmung stellen. Das ist der **Antrag der Linken**, Nichtdurchführung der Kürzung und Erhöhung des Zuschusses, und bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich rufe jetzt auf den **Karlsruher Liste-Antrag**, Nicht-Durchführung der Kürzung, und bitte auch hier um Ihr Votum ab jetzt. – Auch das ist **keine Mehrheit**.

Antrag Ö 194: HHS4_GR50 - Tiyatro Diyalog Karlsruhe e. V. - Rücknahme der Kürzungen quasi institutionell (KAL)
(Vorlage: DHH/2025/4110)

Ich rufe auf, dass den Karlsruher Listeantrag Ö 194, Tiyatro Diyalog, Rücknahme der Kürzungen, quasi institutionell. Da geht es auch nur wieder darum, dass wir diese Kürzungen nicht durchführen. Und auch da sehe ich keine Wortmeldung. Dann bitte ich um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 195: HHS4_GR50 - Kinder- und Jugendprojekte des Sandkorn-Theaters - Rücknahme der Kürzungen (KAL)
(Vorlage: DHH/2025/4120)

Jetzt kommt auch ein weiterer Antrag der Karlsruher Liste Ö 195, die Nicht-Durchführung der Kürzungen bei den Kinder- und Jugendprojekten des Sandkorntheaters. Ich sehe hier auch keine Wortmeldung und damit bitte ich um Ihr Votum ab jetzt. – Auch das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag Ö 183: HHS4_GR50 - Kürzung der quasi institutionellen Förderung um 10%
(Vorlage: 2025/1150)

Antrag Ö 196: HHS4_GR50 - Kürzung bei der quasi-institutionellen Kultur-Förderung halbieren (Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, CDU, SPD, KAL)
(Vorlage: DHH/2025/4102)

Jetzt haben wir den Vorschlag unter der Ö 183, die quasi-institutionelle Förderung um 10 Prozent zu kürzen, und wir haben einen interfraktionellen Änderungsantrag, GRÜNE, CDU, SPD, Karlsruher Liste, nur um die Hälfte zu kürzen, das sind dann 5 Prozent. Es ist keine Institution, die darunter fällt, davon ausgenommen, weil sie keinen einzigen Änderungsantrag Institutionen-bezogen hier jetzt mehrheitlich beschieden haben. Insofern steht jetzt der unveränderte Änderungsantrag Ö 196, nämlich die Kürzung nur mit 5 Prozent durchzuführen, hier zur Abstimmung. Und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Es ist eine **mehrheitliche Annahme** dieses Antrags.

Damit hat sich auch der Vorschlag der Verwaltung erledigt. Und die jeweiligen Fördermittel für die quasi-institutionelle Förderung werden nur zur Hälfte der vorgeschlagenen Einspar-Summe reduziert.

Antrag Ö 197: HHS4_GR51 - Einstellung der Projektförderung freier und innovativer Projekte sowie "Schule und Kultur" und "Wochen gegen Rassismus"
(Vorlage: 2025/1151)

Wir kommen damit zu einem Vorschlag der Verwaltung unter Ö 197, die Einstellung der Projektförderung freier und innovativer Projekte sowie „Schule und Kultur“ und „Wochen gegen Rassismus“. Auch hier ist es wieder so, dass wir eine Reihe von Einzelanträgen zu den unterschiedlichen Maßnahmen haben. Mein Vorschlag wäre wieder, dass wir die am Ende dann noch einmal angucken, was denn da noch übrig bleibt. Es wird jetzt ein bisschen turbulent. Wir gucken einmal, dass wir das gemeinsam hinkriegen.

Antrag Ö 198: HHS4_GR51 - PF UNESCO City of Media Arts (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/4147)

Ich rufe jetzt erst einmal Ö 198 auf, einen Antrag der AfD zum Thema UNESCO City of Media Arts. Da schlagen Sie eine Reduzierung des Zuschusses vor, wenn ich das richtig verstehe. Ich sehe keine Wortmeldungen, damit würde ich in die Abstimmung gehen und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 199: HHS4_GR51 - Projektförderung für Schule und Kultur erhalten (Interfraktioneller Antrag: CDU, SPD, KAL)
(Vorlage: DHH/2025/4149)

Antrag Ö 200: HHS4_GR51 - Schule und Kultur erhalten (GRÜNE)
(Vorlage: DHH/2025/4167)

Dann haben wir zwei Anträge, die sich mit dem Projekt Schule und Kultur beschäftigen, einmal ein interfraktioneller Antrag CDU, SPD und Karlsruher Liste, der hier begehrt, dass wir 100.000 Euro im Haushalt stehenlassen oder einstellen. Und dann gibt es einen Antrag der GRÜNEN, der dasselbe für 50.000 Euro hier vorschlägt. Gibt es dazu Wortmeldungen? Teilweise ist schon dazu was gesagt worden.

Stadträtin Akbaba (GRÜNE): Ich würde etwas zu unserem Antrag sagen. Schule und Kultur steht seit 2008 für erfolgreiche kulturelle Bildung an unseren Schulen. Über viele Jahre war dieses Programm ein Vorzeigeprojekt, auch über Karlsruhe hinaus. Noch im laufenden Schuljahr 25/26 konnten trotz Kürzungen ein Dutzend Projekte ausgewählt werden, Theater, Film, Zirkus. Stadtraumkunst, inklusiv, vielfältig und nah an den Schüler*innen. Jetzt soll dieses Projekt komplett gestrichen werden. Die Haushaltslage ist schwierig, das wissen wir, aber eine vollständige Streichung bedeutet, dass kulturelle Bildung an Schulen einfach wegfällt und dass engagierte Künstler*innen und das gewachsene Netzwerk verloren geht. Deshalb schlagen wir vor einen pragmatischen Kompromiss. Wir beantragen jeweils 50.000 Euro, wie Sie es gerade vorgelesen haben, um das Projekt „Schule und Kultur“ in reduzierter Form zu erhalten. Wir bitten um Unterstützung für diesen Antrag. Wir bitten um den Erhalt von Schule und Kultur, denn kulturelle Bildung ist kein Luxus. Sie ist Teil eines zeitgemäßen Bildungsauftrags, auch in einer schwierigen Haushaltslage.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Ich möchte noch einmal werben für den interfraktionellen Antrag, der deutlich mehr begehrt, als was die GRÜNEN beantragt haben. Meine Kollegin hat gerade eben vieles Richtiges gesagt. Es ist mehr als nur Kulturförderung, sondern es ist ganz besonders eigentlich Bildung. Wir tun damit in dem Ganztage massiv die Qualität am Nachmittag verbessern. Es ist wirklich ein Projekt, das eigentlich in ganz vielen Haushalten irgendwie verortet sein könnte. Wir haben uns im Kulturschuss sehr oft mit diesem Thema beschäftigt. Und wir wissen jetzt schon, dass wir deutlich mehr Anträge haben, als wir Gelder zur Verfügung hätten. Wir reduzieren auch bei unserem interfraktionellen Antrag deutlich den Topf. Deswegen möchte ich wirklich noch einmal dafür werben, den höheren Ansatz zu wählen, weil eigentlich viel besser können wir unser Geld nicht für Kultur und gleichzeitig für die Schulen ausgeben.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Also es waren ursprünglich einmal 140.000, und es gibt jetzt zwei verschiedene Ansätze, statt 0 100.000 oder 50.000 Euro einzustellen. Der weitergehende ist der von **CDU, SPD und Karlsruher Liste**, über 100.000 Euro, und den stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**. Es findet sich jeder wieder. Okay, dann bleibt es bei dem Ergebnis.

Dann ist der nächste **Antrag der GRÜNEN** über 50.000 Euro an der Position. Und da bitte ich Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Annahme**. Damit wird Schule und Kultur nicht auf Null gestrichen, sondern bleibt mit 50.000 Euro im Haushalt stehen und wird gegebenenfalls aus späteren Sammelanträgen jetzt herausgenommen. Da habe ich noch nicht so recht den Überblick, was da noch kommt. Wir gucken einmal.

Antrag Ö 201: HHS4_GR51 - Wochen gegen Rassismus - Rücknahme Kürzung (Interfraktioneller Antrag: Volt, Die Linke, SR Braun, KAL), (KAL)
(Vorlage: DHH/2025/4168)

Antrag Ö 202: HHS4_GR51 - Projektförderung für Wochen gegen Rassismus (Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, CDU, SPD) (Interfraktioneller Antrag: Volt, Die Linke, SR Braun)
(KAL)
(Vorlage: DHH/2025/4154)

Wir kommen dann zum Thema Wochen gegen Rassismus. Da gibt es einen interfraktionellen Antrag Die Linke, Volt, Stadtrat Braun und Karlsruher Liste beziehungsweise einen anderen Antrag Karlsruher Liste, die alle die Rücknahme der Kürzung begehren. Das dürften dann die 35.000 Euro sein, die wir schon öfters diskutiert haben. Und es gibt einen Antrag, einen interfraktionellen der GRÜNEN, der CDU und der SPD, der bei mir hier mit 20.000 Euro steht. Ich hoffe einmal, dass das so auch das Antragsbegehren wiedergibt.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Viele Vorschläge auf der sogenannten Liste des Grauens haben mich sprachlos und verzweifelt zurückgelassen. Zwei haben mich wütend gemacht, und das ist einer davon. Inmitten eines nie dagewesenen Rechtsrucks ausgerechnet hier den Rotstift anzusetzen und das nicht einmal in Form einer Kürzung, sondern einer kompletten Streichung, sendet ein fatales und auch irritierendes Signal. Gerade jetzt, wo Menschen mit Migrationshintergrund zunehmend angegriffen und zu Sündenböcken für hausgemachte strukturelle Probleme gemacht werden, muss rassismuskritische Arbeit

gewürdigt und unterstützt werden. Wir brauchen diese Sensibilisierung und die Mobilisierung dringender denn je und fordern daher in diesem Antrag, gemeinsam mit der Fraktion von Volt und Stadtrat Max Braun, die gesicherte Unterstützung und weitere Durchführung der Wochen gegen Rassismus zum Wohle des Zusammenhalts unserer Stadtgesellschaft und der Demokratie.

Stadtrat Ngyuen (Volt): Ich möchte das eigentlich auch nur mit ein paar Worte ergänzen, noch einmal an den Appell, auch hier die volle Kürzung zurückzunehmen. Wir reden oft von diesen Wohlfühlformaten, aber diese Wohlfühlformate sind auch jetzt super wichtig, um der Community, die antifaschistisch, antirassistisch unterwegs ist, den Rücken zu stärken. Aber es geht nicht nur um diese Wohlfühlformate, sondern wir können als Gemeinderat auch in Zukunft die Richtung bestimmen, dass wir auch die erreichen, die nicht direkt zustimmen, das heißt auch Programme, die wir auch mit prägen können, und dafür braucht es halt Geld. Wenn das Geld einmal fehlt, dann können wir nicht in die Schulen gehen, nicht in die Betriebe, nicht in die Sportvereine und dort auch Programme anbieten, um die Menschen dort vielleicht auch zurückzugewinnen oder zumindest die an der Schwelle sind, wieder in die Mitte der Gesellschaft zurückzuholen.

Stadträtin Akbaba (GRÜNE): Ich möchte auch noch ein paar Worte ergänzen, weil uns dieses Thema auch sehr wichtig ist. Hier bin ich Mensch, hier darf ich sein. Dieser Satz gilt in unserer Kommune nicht für alle gleichermaßen. Ungleichheiten in Form von Rassismus wirken nicht nur zwischenmenschlich, sie können sich auch in Institutionen fortsetzen, in Bildung, im Zugang zur Arbeit, in Behörden und manchmal ganz konkret im Alltag, etwa bei einem Arztbesuch. Wenn wir über die Wochen gegen Rassismus reden, reden wir hier keineswegs über eine kleine Gruppe. Ich bin nicht müde zu wiederholen, dass in Karlsruhe ca. 38 Prozent der Menschen mit einer Migrationsgeschichte leben, von der ersten Generation von Einwandererinnen, die heute alt sind und beispielsweise Schwierigkeiten haben, einen angemessenen Platz in der Pflege zu finden, über ihre Kinder, die im Spannungsfeld zwischen Erwartung und Realität leben, selber rassistische Anfeindungen erlebt haben oder sich bewusst vorgenommen haben, ihnen etwas entgegenzusetzen. Und wir haben deren Kinder, die sich selbstverständlich als Teil dieser Stadt verstehen, Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen hier sind, Menschen, die wegen Krieg und Vertreibung hier sind, Menschen, die schon immer hier waren und trotzdem als fremd wahrgenommen werden. Eine facettenreiche, die Soziologie, spricht schon länger von einer super diversen Gesellschaft, die schon längst Töchter und Söhne Bürger*innen dieser Stadt sind oder auf dem Weg dorthin. Und dennoch zeigt sich, Teilhabe produziert Konflikte, wenn Institutionen nicht mitwachsen.

Genau an dieser Stelle setzen die Wochen gegen Rassismus und auch der Runde Tisch Antirassismus und Antidiskriminierung an. Sie schaffen Sichtbarkeit, bündeln Erfahrungen und ermöglichen Lernen zwischen Verwaltung, Zivilgesellschaft und Betroffenen. Wir entscheiden heute hier nicht über ein Zusatzangebot, sondern über die Frage, welche Gesellschaft wir hinterlassen wollen. Also gewissermaßen denken wir in Futur II. Wie wollen wir gewesen sein? Zueinander und miteinander. Unser langfristiges Ziel als GRÜNE bleibt, diese Themen beispielsweise in einem Amt für Vielfalt zu bündeln und den intersektionalen Blick zu schärfen oder noch mehr zu schärfen. Gerade mit Blick auf den runden Tisch müssen selbstverständlich auch Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht, sexueller Identität, Behinderung oder Alter mitdiskutiert werden. Doch für heute, für jetzt wollen wir interfraktionell für die Verschlinkung, aber Erhaltung der Wochen gegen Rassismus werben und für

die Erhaltung des runden Tisches, was später kommt. Lassen Sie uns gemeinsam weiter in einer Gesellschaft des Miteinanders arbeiten, in der alle Menschen Platz finden.

Stadtrat Braun (Die PARTEI): Ich halte mich kurz. Ich möchte mich argumentativ meinen Vorrednern vollumgänglich anschließen, nur noch einmal betonen, dass es der absolut völlig falsche Zeitpunkt gerade jetzt wäre und ein völlig falsches Zeichen nach draußen. Immerhin haben wir mittlerweile selbst Rassisten hier im Rat.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Jetzt gehen wir der Größenordnung nach vor, zunächst der **Antrag der Linken, Volt und Max Braun**, Erhalt der Mittel für die Wochen gegen Rassismus in Höhe von 35.000 Euro. Hier bitte ich Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann kommt unter **Ö 202** der interfraktionelle Antrag der GRÜNEN, der CDU, der SPD mit einer Summe von 20.000 Euro. Und auch da bitte ich Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Annahme**. Das heißt hier, dieses Projekt bleibt mit 20.000 Euro weiter in der Liste.

Antrag Ö 203: HHS4_GR51 - Runder Tisch kommunale Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit (Interfraktioneller Antrag: SPD, KAL), (Interfraktioneller Antrag: Volt, Die Linke) (Vorlage: DHH/2025/4155)

Dann kommt der Runde Tisch kommunaler Antirassismus und Antidiskriminierungsarbeit, ein interfraktioneller Antrag von Karlsruher Liste, SPD einerseits und Volt, Die Linke andererseits mit dem jeweiligen Begehr 25.000 Euro für die Arbeit des Runden Tisches bereitzustellen. Gibt es da noch weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann können wir hier gemeinsam in die Abstimmung gehen. Das ist der Ö 203, und ich bitte hier um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist die **Mehrheit**. Damit werden die 25.000 Euro auch erhalten für den Runden Tisch.

Antrag Ö 204: HHS4_GR51 - Erhalt Projekte interdisziplinäre Jugendkultur (KAL) (Vorlage: DHH/2025/4153)

Antrag Ö 205: HHS4_GR51 - Erhalt Projekte Kinder- und Jugendtheater (KAL) (Vorlage: DHH/2025/4123)

Antrag Ö 206: HHS4_GR51 - Förderung freier Projekte erhalten (SPD) (Vorlage: DHH/2025/4159)

Antrag Ö 207: HHS4_GR51 - Kultur-Projektförderung: Mittel für Komplementärförderung erhalten (GRÜNE) (Vorlage: DHH/2025/4103)

Gut, dann haben wir Ö 204, Karlsruher Liste, Erhalt der Projekte interdisziplinärer Jugendkultur in einer Größenordnung von 8.000 Euro.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Genau, unser Antrag unter 206, das ist der wesentlich weitergehende, weil die beiden Anträge von KAL Bestandteil des Antrags von 206 sind, dem Antrag der SPD. Deswegen würde ich bitten, den zuerst abzustimmen.

Der Vorsitzende: Sieht der eine höhere Fördersumme vor?

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Ja.

Der Vorsitzende: Okay, dann müssen wir den vorziehen. Tut mir leid, dass wir jetzt so eine Mischung aus Einzel- und Gruppengeschichten machen. Ich brauche jetzt aber die Liste, die auf die einzelnen Projekte das herunterbricht, sonst komme ich da nicht weiter. Wir sind jetzt beim Thema interdisziplinäre Jugendarbeit. Da geht bisher nur um 8.000 Euro, steht bei mir. Das ist dieselbe Summe.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): 206, aber nur dieses eine Thema rausgegriffen. Im Antrag 206 steht im Text, welche Töpfe wir aus der Projektförderung, aus der freien Projektförderung abgebildet haben im Antrag. Und das ist eben so eine ganze Reihe unter den Begründungen, unter dem ersten Abschnitt sind die alle aufgeführt. Da sind auch die beiden von KAL genannten Töpfe mit dabei.

Der Vorsitzende: Sie wollen nicht die Projektförderung, die es bisher gab, weiterführen, sondern einen neuen Topf schaffen, der sozusagen dann erst in die Verteilung geht. Ich verstehe es nicht.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Die Projektförderung wird in der Gänze gestrichen werden. Wir haben jetzt verschiedene Bereiche aus der Projektförderung, die untergliedert sind, rausgenommen, sie zusammengefasst und gesagt, diese Gelder sollen zur Verfügung gestellt werden. Das ist unser Antrag.

Der Vorsitzende: Okay, aber noch einmal, für das einzelne Projekt, das Sie rausgezogen haben, haben Sie die jeweiligen Summen, die bisher gefördert wurden, wieder eingestellt oder nicht? Das ist die Frage.

Stadträtin Döring (KAL): Vielleicht zum Verständnis, wenn der Projektantrag der SPD durchgehen würde, der durchaus auch Projekte für Kinder- und Jugendtheater und die interdisziplinäre Jugendkultur ermöglicht, dann könnten wir unsere Projektanträge zurückziehen. Wenn er keine Mehrheit bekommen würde, dann würden wir unsere Anträge aufrechterhalten. Deshalb ist es vielleicht einfacher, zuerst den SPD-Antrag abzustimmen.

Der Vorsitzende: Nur ist es für uns auch vom Verständnis des Antrags wichtig, ob Sie einen neuen Topf schaffen, der dann anschließend irgendwie wieder verteilt wird, oder ob Sie einfach das zusammengezählt haben, was wir bisher für die einzelnen Projekte schon an Förderung drin hatten. Dann wären einfach die jeweiligen Teilsummen weitergeführt.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Das ist konzeptionell was Unterschiedliches. Sie haben recht, tatsächlich wäre die Gesamtsumme 150.920 Euro, wir haben es reduziert auf 120.000 Euro. Das heißt, man müsste am Ende tatsächlich aber nach demselben Verteilungsschlüssel das Geld wieder in reduzierter Form in die Töpfe zurückgeben.

Der Vorsitzende: Gut, das bedeutet aber auch, dass die bisherigen 8.000 Euro für die interdisziplinäre Jugendkultur nach Ihrer Vorstellung etwas reduziert werden müssten. Von daher ist der Karlsruher Liste-Antrag der weitergehende, und insofern würde ich den jetzt hier an der Stelle aufführen. Also wenn ich den Herrn Dr. Huber richtig verstanden habe, hat er Projekte zusammengefasst, die normal 150.000 Euro bisher Förderung hatten und hat 120.000 Euro beantragt und will das dann runterbrechen auf die einzelnen Projekte. Das bedeutet, dass jedes Projekt weniger bekommt, als man bisher bekommen hat. Da die Karlsruher Liste für dieses einzelne Projekt die bisherige Fördersumme fordert, nämlich die 8.000 Euro, ist das für dieses Projekt der weitergehende Antrag.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Da haben Sie recht. Genau so ist es. Und es wäre auch eigentlich die Logik, jetzt verstehe ich aber, dass die KAL sagt, wenn der SPD-Antrag angenommen wird, haben sich ihre Anträge, obwohl sie weitergehend sind, aber dann trotzdem erledigt. Deswegen würde ich bitten, dass wir den SPD-Antrag zuerst abstimmen.

Der Vorsitzende: Dann müssen wir erst einmal die Frau Döring noch einmal fragen, dann habe ich es nicht richtig verstanden.

Stadträtin Döring (KAL): Es ist uns durchaus bewusst, dass unsere Summen, die wir ursprünglich gefordert haben, dann nicht ganz erreicht werden, weil in Summe eine kleinere Summe zum Verteilen steht, aber wir wären bereit, diesen Weg mitzugehen und dann daraus die kleineren, also runtergerechneten Projektsummen.

Der Vorsitzende: Es kann nur passieren, dass der Sammelantrag abgelehnt wird, und Sie hätten vielleicht für den Einzelprojekt eine Zustimmung bekommen. Ich will nur auf die Gefahr hinweisen. Mir ist es wurscht am Ende. Ich bin eh gegen alles, was Geld kostet.

Stadträtin Döring (KAL): Deshalb war meine Bitte, den Projektantrag der SPD zuerst abzustimmen. Sollte dieser keine Mehrheit erreichen, dann würden wir unsere Projektanträge aufrechterhalten und danach bitte einzeln abstimmen lassen. Wenn er aber eine Mehrheit erhält, dann können wir uns die zwei Abstimmungen zu unseren Projektanträgen sparen.

Der Vorsitzende: Okay, dann machen wir es so. Ich gebe mich geschlagen. Jetzt gibt es noch einen GRÜNEN-Antrag zur Kulturprojektförderung. Das müsste ich noch einmal kurz klären, ob der da auch irgendwie quer dazu steht.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Der steht nicht quer dazu, wenn der SPD-Antrag angenommen wird, hat sich der erledigt.

Der Vorsitzende: Alles gut, okay, dann fangen wir mit dem weitestgehenden Antrag für die Gesamtsumme an, und das ist der SPD-Antrag, Förderung freier Projekte erhalten. Das ist der Antrag mit der Ziffer **Ö 206**. Sie würden eben 120.000 Euro einfügen für die freien Projekte, die dann entsprechend runter reduziert werden müssten. Wobei wir für Schule und Kulturwochen gegen Rassismus und Runder Tisch schon Einzellösungen gefunden haben. Okay, dann stelle ich hier diesen SPD-Antrag zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das sieht nach einer **Mehrheit** aus. Damit würde die Karlsruher Liste auf ihren Antrag Ö 204, auf ihren Antrag Ö 205 und die GRÜNEN auf ihren Antrag Ö 207 verzichten.

Jetzt habe ich den Eindruck, dass damit unser Antrag Ö 197 eigentlich schon obsolet ist, es sei denn, die SPD hätte irgendein Projekt nicht mit aufgenommen oder wir es nicht separat entschieden. Kann das jemand kurz einmal abchecken?

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Das kann durchaus sein, dass sich eines von den Projekten... Ich habe die Liste jetzt nicht mehr in der Summe im Kopf, aber UNESCO, City of Media Arts und manche Sachen sind auch drin gestanden.

Antrag Ö 197: HHS4_GR51 - Einstellung der Projektförderung freier und innovativer Projekte sowie "Schule und Kultur" und "Wochen gegen Rassismus"
(Vorlage: 2025/1151)

Der Vorsitzende: Da ich im Moment nicht einschätzen kann, also die SPD hat jetzt ganz viele bedacht, die wir noch einmal neu anteilig ausrechnen müssen. Dann haben wir die Einzelentscheidung zu Schule und Kulturwochen gegen Rassismus, Runder Tisch. Die kriegen auf alle Fälle dieselbe Förderung wie vorher auch beziehungsweise Wochen gegen Rassismus 20.000. Und jetzt könnte es sein, dass auf der Gesamtliste noch Projekte auftauchen, die von diesen Positionen nicht erfasst sind. Ich weiß es aber nicht. Deswegen für diese möglicherweise bestehende Anzahl von zusätzlichen Projekten, die wir auf Null setzen wollen als Verwaltung und die Sie jetzt nicht aufgenommen haben, bräuchte ich noch unter dieser Gesamtziffer von **Ö 197** Ihre Zustimmung oder eben nicht. Und deswegen stelle ich das jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**, vielen Dank. Dann hätten wir diesen Punkt auch geklärt.

Ich weise darauf hin, dass in der ersten Veränderungsliste eine ganze Reihe von Ergänzungen sind, die auch dem Kulturbereich zugutekommen. Da geht es um die Einarbeitung der Tarifsteigerungen beim Badischen Staatstheater, beim ZKM, die UNESCO City of Media Arts und vieles mehr.

Antrag Ö 208: Einrichtung eines kommunalen Antisemitismusbeauftragten der Stadt Karlsruhe (Jüdische Kultusgemeinde Karlsruhe K.d.ö.R.)
(Vorlage: DHH/2025/4157)

Wir kommen damit zum Antrag der Jüdischen Kultusgemeinde unter der Ziffer Ö208, Einrichtung eines kommunalen Antisemitismusbeauftragten der Stadt Karlsruhe.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Wie meine Kollegin schon erwähnt hat, streben wir ein Amt für Vielfalt an. Daran halten wir fest, und wir hoffen, dass wir da auch trotz keines Vorschlags jetzt in diesem Haushalt in den nächsten zwei Jahren weiterkommen und hoffen dann auch, dass wir im Bereich Antisemitismusarbeit bei der Stadt weiterkommen. Deswegen würden wir aber an dieser Stelle jetzt diesen Antrag ablehnen.

Der Vorsitzende: Ich könnte mir vorstellen, dass Sie uns beauftragen, dass wir im Rahmen der Entwicklung der von Ihnen angesprochenen Struktur und den weiteren Gesprächen mit der Jüdischen Kultusgemeinde noch einmal konkretisieren, was denn gedacht wird. Wir haben darüber mehrfach an einem runden Tisch mit der Jüdischen Kultusgemeinde auch diskutiert. Wir haben zunächst andere Maßnahmen vorgezogen, weil ich glaube, das

Thema ist so komplex, dass es ein einzelner Antisemitismusbeauftragter auch gar nicht bewältigen kann, egal wo er angesiedelt ist. Ich war auch etwas überrascht über diesen Antrag, weil dieser Runde Tisch eigentlich noch weiter Bestand hat und auch noch nicht abmoderiert ist. Insofern würde ich Ihnen diesen Vorschlag machen wollen, dass wir uns noch einmal konzeptionell und auch inhaltlich abstimmen. Und wenn wir dann daraus noch zusätzliche Mittel brauchen sollten, egal wo auch immer, würden wir noch einmal auf Sie zukommen. Das sind jetzt keine Riesenbeträge, um die es am Ende gehen würde. Aber so im Moment finde ich es sehr schwierig, weil wir doch sehr unterschiedliche Ideen noch haben, wie denn das am Ende konzeptionell aufgenommen werden könnte.

Stadtrat Schnell (AfD): Wir halten die Einrichtung dieser Stelle für extrem wichtig, nicht nur wegen des Ereignisses in Sydney. Den Brief von der Jüdischen Gemeinde vom 20. November haben Sie hoffentlich alle gelesen. Eigentlich sollten wir das gar nicht nötig haben. Wir haben diesen Runden Tisch gegen Antirassismus und Antidiskriminierung, aber der hat in seinem Grundsatzpapier, das vor zwei Jahren veröffentlicht wurde, kein einziges Wort über den Antisemitismus verloren. Und bis heute gab es keinerlei Aktualisierung bezüglich dieses Themas. Deshalb sehe ich ganz klar, dass das Thema sowohl bei diesem Runden Tisch als auch bei der Stadt unterrepräsentiert ist. Denn ich erinnere mich noch ganz gut an, wenn Sie an die Woche der christlich-jüdischen Zusammenarbeit denken, da musste eine Security hier vor der Tür stehen. Also wir haben hier wirklich ein Problem mit dem Thema Antisemitismus in Karlsruhe. Deshalb finde ich nicht, dass man einfach sagt, das machen wir irgendwann in zwei Jahren, und dann geht das in so einen Beauftragten für Vielfalt irgendwie mit ein, sondern wir brauchen das, und zwar jetzt und dringend. Denn der Antisemitismus hat insbesondere aufgrund von Zuwanderung aus islamischen Ländern hier in Deutschland massiv zu tun. Sie wollen das nicht hören, und Sie ignorieren das, es ist aber so, Punkt, fertig, aus. Und deshalb sind wir für die Einrichtung dieser Stelle jetzt und sofort.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Also Herr Schnell, die Attentäter von Halle, das waren keine eingewanderten Menschen aus islamischen Ländern, sondern das war ein Deutscher mit rechtsradikalem Hintergrund. Und das möchte ich an der Stelle einmal mit aller Deutlichkeit sagen. Wenn Sie nach Sydney gucken, dann ist es genau so gewesen.

Zur Sache, wir lesen die Verwaltungsantwort so, dass im Zuge der Aufstellung die Einrichtung eines Antisemitismusbeauftragten möglich ist, und dem schließen wir uns an und betrachten es damit als erledigt.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich wollte nur sagen, dass wir sehr gerne Ihren Vorschlag annehmen. So war es vorhin auch im Redebeitrag von Frau Dr. Dogan und Herrn Dr. Huber, glaube ich, auch gedacht. Wir haben dies immer als Einheit gesehen und würden dies dann eben gerne in den Verhandlungen mit der Jüdischen Kultusgemeinde so sehen.

Stadtrat Kalmbach (FDP): Das Problem ist, es gibt einen linken, es gibt einen rechten Antisemitismus, und es gibt einen Antisemitismus der bürgerlichen Gemeinschaft. Wir haben in allen Ecken das zu finden. Deswegen ist es so etwas Queeres, was Wichtiges, was wirklich grundlegend besprochen werden muss. Und ich glaube auch nicht, dass mit einer Stelle das einfach behoben ist und geheilt ist. Wir müssen das wirklich in einer breiten Konzeption einmal angehen. Deswegen kann ich dem Vorschlag des Herrn Oberbürgermeisters sehr gerne folgen.

Der Vorsitzende: Sie haben meinen Vorschlag angenommen. Wir können es auch gerne noch einmal so abstimmen, brauchen wir eigentlich nicht. Ich würde noch einmal ergänzen wollen, Herr Stadtrat Schnell, es gibt zwei Runde Tische. Es gibt einen Runden Tisch Antidiskriminierung, Antirassismus, und da ist durch die Initiative des Gemeinderats auch der Begriff Antisemitismus noch dazu genommen, auch wenn er sich vielleicht so nicht immer überall darstellt. Ich habe vom Runden Tisch gesprochen, den wir mit Regierungspräsidium, Schulamt, Stadtjugendausschuss und Jüdischer Kultusgemeinde eingerichtet haben, als die Jüdische Kultusgemeinde auf uns zukam und gesagt hat, wir müssen mehr gegen Antisemitismus tun, und haben dort andere Maßnahmen besprochen, als jetzt den Antisemitismusbeauftragten als explizite Person in den Vordergrund zu stellen. Wenn jetzt aber die Jüdische Kultusgemeinde der Meinung ist, wir müssten doch auf das Thema zugehen, müssen wir uns überlegen, wo ist der zu verorten, wie ist der zu finanzieren. Und die Jüdische Kultusgemeinde legt großen Wert drauf, so habe ich zumindest den Antrag verstanden, dass auch jemand aus ihren Reihen mit hinein sollte.

Ich darf noch ergänzen, wenn es Institutionen gibt, die auf manchen Augen blind sind, Herr Schnell, dann würden mir auch noch andere einfallen. Und da der Überfall auf die Ukraine auch einen sehr stark antisemitischen Aspekt hat, würde ich dann doch noch einmal manches hinterfragen, was ich in den AfD-Papieren lese. Das darf ich an der Stelle auch noch einmal deutlich machen. Sie haben sich durch Ihr Abstimmungsverhalten auch von den Unterstützungsmaßnahmen zur Ukraine heute hier verabschiedet. Das finde ich auch noch einmal bemerkenswert, weil das eine andere Entwicklung ist, als wir sie bisher hatten.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Ich hätte eine Bitte. Also wir können hier gerne diskutieren, wir können uns auch streiten, aber sobald hier Aussagen kommen, die in Richtung Volksverhetzung gehen, erwarte ich, dass das unterbrochen und unterbunden wird.

Der Vorsitzende: Ich nehme das so auf.

Antrag Ö 209: Erhebung von Eintrittsgeldern für den Konsum der unterirdischen Haltestellengestaltung der U-Strab (SR Braun)
(Vorlage: DHH/2025/4150)

Wir kommen jetzt zum Antrag Ö 207 von Herrn Stadtrat Braun, Erhebung von Eintrittsgeldern für den Konsum der unterirdischen Haltestellen, Gestaltung der U-Strab.

Stadtrat Braun (Die PARTEI): Es geht wieder um die unterirdischen Kunstwerke von Markus Lüpertz, die allgemein hin als besonders schrecklich und gruselig gelten. Sie wissen, sie wimmeln nur von Blut, von Tod, von abgetrennten Körperteilen und Köpfen. Und gerade in schwierigen Haushaltszeiten muss man doch sagen, dass wir dieses Erlebnis nicht einfach verschenken dürfen, sondern diesem Erlebnis muss Rechnung getragen werden. Aus dem genannten Grund schlage ich vor, die Gebühr für den Besuch dieser Werke an den Preis vergleichbarer Grusel- und Geisterbahnen anzupassen. Eine Gebühr von 8 Euro halte ich hier pro Besucher für gerechtfertigt. Kindern und Jugendlichen müssen wir aus Gründen des Schutzes natürlich den Besuch untersagen.

Der Vorsitzende: Ich darf die Kollegen oben bitten, keine Filmaufnahmen hier zu machen. Dazu sind Sie nicht autorisiert, sofern Sie das gerade tun. Ich stelle damit den Antrag des

Stadtrat Braun zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Herr Stadtrat Hock, Sie haben mit Nein gestimmt, das nehmen wir noch auf, gut, seltene Allianzen hier.

4300 Musikschulen

Antrag Ö 210: HHS4_GR53 - Erhöhung der Gebühren um 10 % ab 2027
(Vorlage: 2025/1153)

Wir kommen zum Teilhaushalt 4300, da geht es um die Musikschulen, und da haben wir über die Veränderungsliste einen Vorschlag Ihnen unterbreitet, die Erhöhung der Gebühren um durchschnittlich 10 Prozent ab 2027. Das würde sich dann natürlich noch in einer entsprechenden Gebührentabelle wiederfinden, die Sie dann auch entsprechend abstimmen sollten, aber wir brauchen für den Haushalt erst einmal Ihr grundsätzliches Okay an dieser Stelle. Und deswegen stelle ich das hier jetzt zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**, vielen Dank.

5000 Jugend und Soziales

Antrag Ö 211: HHS4_V184 - Schulsozialarbeit als Rückgrat einer guten Bildung (Interfraktioneller Antrag: Die Linke, SR Braun)
(Vorlage: DHH/2025/5023)

Antrag Ö 212: HHS4_V184 - Schulsozialarbeit an beruflichen Schulen sichern (Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, Volt, Die Linke, KAL), (Interfraktioneller Antrag: CDU, SPD)
(Vorlage: DHH/2025/5022)

Antrag Ö 213: HHS4_V184 - Reduzierung der Projektmittel Schul- und Sozialarbeit – Notfalltopf (KAL)
(Vorlage: DHH/2025/5024)

Wir kommen damit zum Teilhaushalt Jugend und Soziales. Das beginnt auf der Seite 238. Wir springen aber gleich auf die Seite 267. Hier gibt es dann den Vorschlag der Verwaltung, die Reduzierung der Projektmittel Schulsozialarbeit. Das ist eigentlich eine verwaltungsinterne Entscheidung, wo Sie hier nicht darüber abstimmen müssten. Es gibt aber zu diesem Punkt eine ganze Reihe von Anträgen, nämlich einen interfraktionellen Antrag der Linken und Herrn Stadtrat Braun unter der Ziffer Ö 211, einen interfraktionellen Antrag von GRÜNE, Volt, Die Linke und Karlsruher Liste und einen interfraktionellen Antrag CDU, SPD unter der Ordnungsziffer Ö 212 und einen Antrag der Karlsruher Liste, Reduzierung der Projektmittel, Schul- und Sozialarbeit.

Ich will noch darauf hinweisen, dass in der ursprünglichen Planung es durchaus auch eine Rücknahme einzelner Schulsozialarbeit, ich glaube an Berufsschulen, gegeben hätte. Das haben wir ja mittlerweile eingefangen und haben Ihnen auch gegenüber dokumentiert, dass das nicht stattfinden wird, sondern dass es jetzt nur noch um die Projekt- und Sachmittel geht. Ich kann jetzt im Schnellübergang nicht erfassen, welche Anträge das jeweils sind, sorry. Deswegen wäre ich hier für den Zuruf sehr dankbar.

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Wer in den letzten Wochen, Monaten, vielleicht auch Jahren einmal an einer Schule war, der weiß, welches Ausmaß gerade die Beanspruchung der Schulsozialarbeit zunimmt. Davon sind die beruflichen Schulen nicht ausgenommen. Deswegen ist es wichtig, dass wir hier was tun. Wir sind ursprünglich einmal davon ausgegangen, dass das Angebot an den beruflichen Schulen aufgrund dieser Umwegefinanzierung über die afka gefährdet ist. Durch die Stellungnahme der Verwaltung wissen wir jetzt, dass das gesichert ist, dafür herzlichen Dank. Damit können wir natürlich auch mitgehen und würden unseren Antrag damit als erledigt betrachten.

Allerdings sehen wir auch, dass es natürlich noch bei der afka, das ist eine Sache für den Aussichtsrat, Umstellungen bei den Verträgen noch nach sich ziehen wird. Da muss man ein gutes Auge drauf haben. Den Antrag von der Karlsruher Liste zu dem Notfalltopf, den würden wir ablehnen. Es ist vorgesehen, schon in der ursprünglichen Liste der Sozial- und Jugendbehörde, dass pro Schulsozialarbeitsstelle, also auch schulartübergreifend, noch ein Budget von 1.000 Euro übrig bleibt. Das ist quasi so eine Art Notfalltopf, aus dem geschöpft werden kann. Deswegen würden wir an dieser Stelle ablehnen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich würde nur ergänzen, dass genau der gleiche Inhalt, den der Kollege Bauer gerade gesagt hat, auch für den Antrag von SPD und CDU gilt. Also der ist auch mit der Reinnahme der zusätzlichen Stellen an den drei Schulen erledigt.

Stadträtin Uysal (SPD): Gerade an Berufsschulen treffen junge Menschen mit unterschiedlichen Lebenslagen aufeinander. Deswegen finden wir das auch sehr gut, dass hier seitens der Verwaltung eine Lösung herbeigeführt worden ist und das afka quasi eine Sicherung im Doppelhaushalt 26/27 zugesichert hat. Und das war, glaube ich, ein entscheidender Beitrag, dass die Verwaltung auf jeden Fall die Schulsozialarbeit in diesen drei Berufsschulen sichert.

Stadträtin Kaufmann (Die Linke): Unser Antrag ist der weitestgehende. Wir wollen hier gar keine Kürzung akzeptieren, weil wir finden, das ist ein fatales Signal und widerspricht dem Gedanken der Bildungsgerechtigkeit. Diese Kürzung würde mehr Belastungen für Sozialarbeiter*innen an Schulen bedeuten, weniger Betreuung für die Schüler*innen und ein schlechteres Angebot insgesamt, und dies, obwohl die Belastung der Schüler*innen von Jahr zu Jahr wächst, Pandemie, Zukunftsängste, Krieg, Klimakatastrophe, Social Media und jetzt auch noch die Wehrpflicht. Deshalb muss die Schulsozialarbeit dringend ausgebaut werden, anstatt gekürzt werden. Eigentlich hatte die Stadtverwaltung hier auch zunächst nur von den Sachmitteln gesprochen, und dann stand im Raum, dass eben durch die geplanten Mittelkürzungen auch Personalstellen gestrichen werden müssen. Wir begrüßen es darum auch, dass die Verwaltung reagiert hat und zumindest jetzt die Mittel für die Umsetzung der Schulsozialarbeit an beruflichen Schulen bereitstellt. Dennoch bleibt für uns der von der Verwaltung geplante Kürzungsbetrag zu hoch, und wir appellieren daher, die Lebenssituation von Schülerinnen und Schülern dringend im Blick zu behalten.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Damit würde der Antrag der Linken und Herrn Stadtrat Braun jetzt zur Abstimmung stehen. Das ist **Ö 211**, die Rücknahme sämtlicher Kürzungen, die sich dann noch einmal auf die vollen Projektmittel beziehen, denn alles andere haben wir nicht gekürzt. Und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Der **Ö 212** ist **erledigt**, weil wir die entsprechenden Personalkosten eingestellt haben.

Und ich rufe jetzt auf den **Ö 213**, den Antrag der Karlsruher Liste, einen Notfalltopf von 50.000 Euro für Projektmittelschule und Sozialarbeit einzustellen. Und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Auch das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Auf der ersten Veränderungsliste schlagen wir Steuerungsmaßnahmen im Bereich der Eingliederungshilfen vor, um hier die Ausgabenentwicklung ein Stück weit einzugrenzen. Wir versichern aber auch, dass nach wie vor natürlich alle zu den Leistungen kommen, die ihnen per Bundesteilhabegesetz und anderer Gesetze zustehen.

Antrag Ö 214: HHS4_V186 Bundesteilhabegesetz und Eingliederungshilfe ernst nehmen
(Die Linke, KAL, SR Braun)
(Vorlage: DHH/2025/5020)

Antrag Ö 215: HHS4_V186 - Verringerte Kürzung im Bereich der Eingliederungshilfen
(SR Braun)
(Vorlage: DHH/2025/5037)

Es gibt dazu jetzt zwei Änderungsanträge oder zwei Anträge, einmal von der Linken und der Karlsruher Liste, das Bundesteilhabegesetz und die Eingliederungshilfe ernst nehmen, das ist die Nummer Ö 214, und Herr Stadtrat Braun, verringerte Kürzungen im Bereich der Eingliederungshilfen, Ö 215.

Stadträtin Döring (KAL): Wir haben den Antrag gestellt, weil er doch schwerwiegende Einschnitte in das persönliche Leben der Hilfeempfänger haben kann. Wir kriegen jetzt schon Rückmeldungen, zwei Beispiele, eine Schulbegleitung, die gekürzt wird stundenmäßig, mit der Begründung Haushaltslage. Das betrifft dann nicht nur das Kind, das plötzlich mit deutlich weniger Begleitung in die Schule geht oder auch nicht in die Schule gehen kann, weil wir überforderte Lehrkräfte haben, die das dann vielleicht nicht leisten können und die Eltern immer wieder gesagt kriegen, Kinder müssen zu Hause bleiben. Oder ein infrage gestelltes persönliches Budget, auch erst einmal infrage gestellt mit der Begründung, wir wissen es nicht aufgrund der Haushaltslage, was die Familien in ganz große Bedrängnis bringt, wie geht es weiter, wie geht es mit dem Leben unseres Kindes weiter. Und das möchte ich jetzt einfach auch ganz grundsätzlich für die Kürzungen sagen, die wir in diesem Bereich beschließen. Hier geht es auch darum, dass bei der SJB sehr viel Personal eingespart werden soll. Wir kriegen jetzt schon sehr viele Rückmeldungen, dass es zu sehr langen Bearbeitungszeiten kommt, Familien oft im Ungewissen bleiben, nachfragen müssen. Und das ist etwas, was wir grundsätzlich kritisch sehen. Speziell bei diesem Einsparvorschlag war es für uns einfach so, dass uns Details gefehlt haben, dass wir nicht wirklich absehen können, welche Auswirkungen hat diese Budgetkürzung, und deshalb haben wir die Rücknahme beantragt.

Stadträtin Kaufmann (Die Linke): Ich würde jetzt auch noch ergänzend dazu sprechen. Menschen mit Behinderung haben Anspruch auf ein selbstbestimmtes und menschenwürdiges Leben. Die Gesellschaft muss sie dort unterstützen, wo ihre Lebensführung massiv eingeschränkt ist. Eingliederungshilfen sind dafür unverzichtbar, und eine Verschlechterung

ihrer Standards gefährdet den sozialen Zusammenhalt. Gleichzeitig bleibt die Stadt auch bei angespannter Haushaltslage an ihre gesetzlichen sowie verfassungsrechtlichen Pflichten gebunden. Deshalb sind wir empört über die geplanten Kürzungen von 3,6 Millionen jährlich durch sogenannte Steuerungsmaßnahmen in diesem sensiblen Bereich. Denn einerseits senden sie ein negatives Signal, dass an den verletzlichsten Bevölkerungsgruppen gespart werden soll, und andererseits führen sie zu Mehrbelastungen für Betroffene, Angehörige und Beschäftigte bei den Trägern der Eingliederungshilfe. Es ist für uns höchst fragwürdig, wie eine solch hohe Summe allein durch Effizienzsteigerungen ohne Qualitätsverlust gespart werden soll. Dies würde bedeuten, dass das bisherige System massive Ineffizienzen aufgewiesen hat, die jahrelang unbemerkt geblieben sind. Es ist unwahrscheinlich, dass nun große Einsparungen möglich sind, ohne dass dies zu Leistungseinbußen führt. Viel eher besteht die Gefahr, dass sich die angekündigten Umstrukturierungen tatsächlich negativ auf Anspruchsberechtigte auswirken werden. Daher fordern wir mit diesem Antrag die Verwaltung auf, das Bundesteilhabegesetz ernst zu nehmen und keine Reduzierungen bei den Eingliederungshilfen in den Haushalt einzuplanen.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Ich will vorweg sagen, ich rede ein bisschen komisch, weil ich eine Zahn-OP hatte. Die Z-Laute sind ein bisschen schwierig. Die geplanten Ersparnisse in diesem Bereich sind hoch, und wir sind dankbar über die Anträge, vor allem weil sie dazu dienen, dass wir uns alles in Zukunft genau anschauen müssen, wie sich diese Ersparnisse auswirken, und ob tatsächlich die Unterstützung von Menschen mit Behinderung eingeschränkt wird. Uns hat die Verwaltung darin überzeugt, dass man an den Regiekosten deutlich sparen kann und zu wenig Personal vorhanden ist, um die Gelder überhaupt ausgeben zu können. Wir sind uns aber auch unsicher, es ist einfach total schwierig, das zu beurteilen. Das heißt, es ist unsere Aufgabe, dass wir das weiter sehr genau beobachten, weil es geht nicht, dass es auf Kosten der Menschen mit Behinderung geht.

Der Vorsitzende: Mir ist von der Fachlichkeit noch einmal wichtig, Frau Stadträtin Kaufmann, wenn wir diese Kürzung vornehmen, ist das kein Eingeständnis dessen, dass wir in den letzten Jahren so viel Geld ausgegeben hätten, weil die Situation vor drei, vier Jahren noch eine völlig andere war als heute. Wir hatten noch kein Bundesteilhabegesetz, sondern wir hatten eine ganz andere Systematik über die Eingliederungshilfe. Und die Umstellung des einen Systems auf ein erweitertes System bringt jetzt teilweise diese Kostenmehrung mit sich. Wir müssen uns überlegen, wie wir jetzt einmal strukturiert da vorgehen, wie wir manche Dinge dann doch im Prozess und auch in den Produkten, die angeboten werden, standardisieren. Die Fachverwaltung hat diesen Vorschlag gemacht, weil sie das für realistischer hält, als einfach die steigenden Kosten weiter fortzuschreiben. Insofern ist die Interpretation, dass dort jemand die Hilfe nicht bekommt, die ihm zusteht, zwar wenn man den Kürzungsbeitrag sieht, nachvollziehbar, aber von der Dynamik der Entwicklung her und der Umstellungsphase, in der wir stehen, aus unserer Sicht trotzdem nicht zutreffend. Ich bin bei Ihnen, wir müssen jetzt sehr genau verfolgen, was da passiert.

Frau Stadträtin Döring, wenn wirklich irgendwelche Eltern gesagt bekommen, dass aus finanziellen Gründen der Stadt eine Schulbegleitung verweigert wird, wird, die eigentlich zusteht, dann melden Sie uns das bitte, weil das kann es nicht sein, zumal wir gerade beim Städtetag beim Land ausgehandelt haben, dass wir noch erhöhte Zuschüsse für Schulbegleitung bekommen. Also von daher bitte ich, solche Rückmeldungen sehr ernst zu nehmen und uns bitte gegebenenfalls weiterzuleiten, denn das kann es dann nicht sein. Und das muss anders begründet werden, sonst hätten Sie recht damit, dass wir hier eigentliche

Pflichtaufgaben verweigern würden und das darf auf keinen Fall passieren. Das ist mir an der Stelle noch einmal ganz wichtig.

Damit kommen wir zu den Anträgen. Wir haben einmal den **Antrag der Linken und Karlsruher Liste**, Bundesteilhabergesetz und Eingliederungshilfe ernst nehmen. Das klingt vom Titel her so, dass wir alle zustimmen. Es geht aber darum, diese über drei Millionen wieder aufzunehmen. Und da bitte ich Sie jetzt um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist **ablehnend**.

Dann der Antrag von Herrn Stadtrat Braun unter **Ö 215**. Da geht es um nicht eine ganz so hohe Summe. Auch den stelle ich jetzt noch hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Auch das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 216: HHS4_V188 – Wohnungslosenhilfe (Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, SPD, Volt, KAL, SR Kalmbach, Die Linke, SR Braun) (Uwe Gerd Störring)
(Vorlage: DHH/2025/5019)

Antrag Ö 217: HHS4_V188 - Verringerte Kürzung im Bereich der Wohnungslosenhilfe (SR Braun)
(Vorlage: DHH/2025/5035)

Antrag Ö 218: HHS4_V188 - Reduzierung im Bereich Wohnungslosenhilfe abmildern
(Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, SPD, Volt, KAL, SR Kalmbach)
(Vorlage: DHH/2025/5036)

Wir kommen jetzt zum Gesamtkomplex Wohnungslosenhilfe. Hier schlagen wir vor, eine Reduzierung im Bereich vorzunehmen. Das ist ein verwaltungszuständiger Ansatz, den wir nicht zur Abstimmung stellen müssen. Es gibt aber dazu jetzt mehrere Anträge, nämlich einmal der Linken und dem Herrn Störring, die die Kürzungen nicht akzeptieren wollen. Herr Stadtrat Braun hat einen Antrag gestellt, verringerte Kürzungen im Bereich der Wohnungslosenhilfe, und einen interfraktionellen Antrag von GRÜNE, SPD, Volt, Karlsruher Liste und Stadtrat Kalmbach geht in eine ähnliche Richtung.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Ich werde für die GRÜNEN grundsätzlich hier zum Thema Soziales sprechen und zum interfraktionellen Antrag. Jeder Euro tut hier beim Sparhaushalt weh im sozialen Bereich, denn die verfestigte Armut, auch die viel zu hohe Kinderarmut, ändert sich kaum. Die Altersarmut und die Wohnungslosigkeit nehmen zu. Familien sind vor allem wegen kaum bezahlbarer Mieten unter Druck. Das ist die Ausgangssituation. Immerhin hat die Sozial- und Jugendbehörde im Wesentlichen und unter riesigem Aufwand eine gute Arbeit geleistet, hat sich jeden Posten einzeln angeschaut in Bezug auf das Sparen, auf die Sparmaßnahmen und viele gute Lösungen gefunden. Aber man muss die Aussage aller Beteiligten ernst nehmen, die absolute Grenze ist erreicht, sonst kommt das Sozialsystem ins Wanken, irreparabel. Uns waren bestimmte Bereiche besonders wichtig, bei denen nicht gespart wird. Die frühen Hilfen bleiben bis auf eine Ausnahme erhalten, ebenso im Wesentlichen die Maßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen, die Unterstützung von suchtabhängigen Menschen, die Quartiersarbeit und hart an der Grenze des Belastbaren, da muss man auch genau hinschauen, die Stadtteilhäuser. Der Klimaschutz und die Klimaanpassung müssen ebenfalls als durchaus soziale Maßnahmen weitergehen, und

werden sie auch. Wir freuen uns, dass „Karlsruhe spielt“, erhalten bleibt und die präventiven Hausbesuche für ältere Menschen. Letzteres ist bedeutend, da die Pflegesituation immer schwieriger wird. Die Anzahl der Pflegeplätze in Karlsruhe nimmt ab, siehe Haus Schmitz, obwohl der Bedarf natürlich zunimmt.

Die Schwerpunkte unserer Sozialanträge, wo wir Veränderungsbedarf sehen, liegen nicht alle im Teilhaushalt 5000. Wir GRÜNE haben in allen Teilhaushalten geschaut, wie die Auswirkung auf die soziale Stabilität in unserer Stadt ist. Und dies werden wir in Zukunft vermehrt tun. Soziale Themen dringen durch alle Ämter durch, tauchen überall auf, werden aber in ihren Zusammenhängen oft zu wenig wahrgenommen. Es kostet viel Geld, dass wir die Themen nicht genügend zusammendenken. Da werden wir in Zukunft genauer hinschauen.

Unsere drei Hauptthemen im Sozialen in Bezug auf Anträge sind erstens bezahlbares Wohnen. Das ist das zentrale soziale Thema, und immer häufiger geraten Familien wegen zu hoher Mieten in Bedrängnis. Was mir besonders Sorgen macht, auch wenn ich meine eigenen Kinder mir angucke, wie viel weniger Zeit Familien für ihre Kinder haben, weil sie nämlich mehr arbeiten müssen wegen hoher Mieten, als sie eigentlich wollen, und das wirkt sich wieder auf die Kinder aus. Viele Kinder leben in gestressten Familien, weil die Wohnungen zu eng sind und sie zum Beispiel zu dritt in einem Zimmer wohnen. Deswegen unterstützen wir einige Punkte, und haben einige Anträge gestellt in Richtung Wohnen, nämlich die Fortsetzung der Milieuschutzesatzung, die, wie die Verwaltung selber sagt, wenn man das Ganze einmal liest, dass sie erfolgreich ist. Wir GRÜNE wollen eine Zweckentfremdungssatzung einführen. In Landau haben wir uns gerade informiert, wurden 700 freie Wohnungen gefunden nach der Zweckentfremdungssatzung, das wären bei uns 7.000 Euro, außerdem die Grundsteuer C, baureife Grundstücke dürfen nicht ewig leer stehen und Wohngeld muss man ohne Gebühr erhalten können.

Der zweite unserer zentralen Punkte, da geht es um Jugendliche und Kinder, die besonders seit Corona in keiner stabilen Situation sind. Deshalb wollen wir die Sozialarbeit an allen Schulen erhalten, da haben wir schon drüber gesprochen. Und AVdual, ein sehr gutes Projekt, soll beibehalten werden. Die Wohn- und Betreuungssituation von behinderten jungen Menschen ist ungelöst, da haben wir gerade im Sozialausschuss drüber gesprochen, und muss dringend weiter angepackt werden.

Der dritte Punkt ist die Wohnungslosenhilfe. Hier wird zu viel gespart. Schließlich geht es um Menschen, die keine Lobby haben, die fast immer deutlich erkrankt sind und aus mehreren Gründen in höchster Gefahr leben. Unser interfraktioneller Antrag von SPD, Herrn Kalmbach und uns, die Sparmaßnahmen zu reduzieren, ist dabei ein kleiner Schritt. Er soll aber immerhin helfen, das Projekt Unterstützung von älteren, wohnungslosen Menschen beizubehalten, mit Schwerpunkt auf Eingliederung ins Gesundheitssystem. Das sind unsere Schwerpunkte im Sozialen.

Zu den Themen Jugend, Migration und queerKastle sprechen meine Kolleg*innen. Erst in Zeiten der Krise zeigt sich, wie weit wir zusammenhalten wollen, ob wir wegschauen oder ob wir hinschauen und wie es in allen Gruppierungen in unserer Gesellschaft, wie es allen geht. In Zeiten sprudelnder Kassen ist es einfach, solidarisch zu verteilen. Wir GRÜNEN schauen hin, auch weiterhin, insbesondere bei den Auswirkungen des Sparens, bei den

Eingliederungsmaßnahmen, den Stadtteilhäusern, Auswirkungen der höheren Preise bei den Sozialpässen, zum Beispiel beim Zoo und der Wohnungslosenhilfe.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Die Wohnungslosenhilfe war für uns auch ein Schwerpunkt, wo wir eine Veränderung in der Liste vornehmen wollen. Wir werden deshalb dem interfraktionellen Antrag gerne zustimmen. Generell möchte ich zu diesem Teilhaushalt sagen, es fällt uns sehr schwer. Viele der Maßnahmen, die hier vorgeschlagen wurden und die wir auch im Sinne einer Genehmigung unseres Haushaltes mittragen müssen, fällt uns schon schwer, hier dies zu tun. Es schmerzt, es macht Bauchweh, aber wir haben uns dieser Aufgabe gestellt und vor allem haben uns die Fachleute, Fachleute, also die Sozial- und Jugendbehörde, die Liga-Verbände, die afka, der Stadtjugendausschuss auch immer wieder Tipps gegeben. Wir haben viele Gespräche mit ihnen geführt, und dies alles auf Augenhöhe und mit gegenseitigem Respekt, wissend, vor welch großen Problemen wir gerade auch im Haushalt 5000 stehen. Wir werden jetzt vieles mittragen in diesem Bereich, mit großem Bauchweh, wie ich schon gesagt habe, aber wir werden es tun im Sinne des genehmigungsfähigen Haushaltes.

Was wir nicht ganz mittragen werden, das war gerade angesprochen, wir wollen, dass AVdual weitergeht. Die Wohnungslosenhilfe, habe ich gerade gesagt, muss auch mit dem Lotsenprojekt weitergehen. Und wir werden auf jeden Fall auch in den Familienzentren die Hebammen weiter fördern wollen. Das sind so wesentliche Punkte, wo wir etwas abweichen von der allgemeinen Linie, aber ansonsten werden wir das meiste, was in diesem Bereich vorgeschlagen wurde, mittragen. Bedanken möchte ich mich dabei auch vor allem bei der SJB, die fachkundig und die mit großer Überlegung und großem Fingerspitzengefühl diese Liste zusammengestellt hat. Natürlich kann man immer darüber diskutieren, ist es richtig oder nicht richtig. Auch einen ganz herzlichen Dank an die Liga-Verbände, Stadtjugendhaus und afka, die selbst Einsparvorschläge bis an das Erträgliche für Sie mit eingebracht haben und mitgeholfen haben, dass dieser Haushalt genehmigungsfähig wird.

Stadtrat Tröndle (SPD): Frau Kollegin Anlauf und Herr Dr. Müller habenschon wesentliche Sachen, die auch uns drücken und die uns wichtig sind, vorweggenommen. Deswegen kann ich mich relativ kurz halten, um die Redezeit meiner Fraktion nicht unnötig zu beanspruchen. Dank vor allem zunächst einmal, dass wir in diesen furchtbar schwierigen Zeiten, in diesen Einschnitten, ich wollte eigentlich im Gemeinderat, als ich da gewählt worden bin, mitgestalten. Jetzt sieht es ein bisschen anders aus, okay. Dank an die SJB und auch an die Träger der Freien Liga, die uns sehr konstruktiv unterstützt haben mit dem, was noch geht oder auch dem, was nicht geht. Die wichtigen Dinge, die haben, wie gesagt, die Frau Anlauf und der Herr Dr. Müller schon gesagt, was uns wichtig ist.

Vor allem ist uns aber auch wichtig, Herr Oberbürgermeister, Sie haben vorhin gesagt, im Zusammenhang mit den Eingliederungshilfen, wir müssen genau hinschauen. Das müssen wir auch. Ich habe in meiner Haushaltsrede auch schon betont, wir müssen die Zusammenhänge herstellen und wir müssen die Auswirkungen bedenken, die weit über die einzelnen Teilhaushalte hinausgehen. Wir brauchen gesamtheitliche Betrachtungen. Wir können hier immer nur einzelne Pflasterchen auflegen auf offene Wunden, und das schmerzt auch. Aber jetzt konkret, für uns als SPD-Fraktion ist Sozialpolitik vor allem Armutsbekämpfung in diesen Zeiten. Armut hat viele Gesichter. Das will ich jetzt nicht alle weiter ausführen, aber wir haben es jetzt hier, und jetzt gehe ich zum interfraktionellen Antrag, wir haben es hier mit einer ganz, ganz existenziellen Form von Armut zu tun, nämlich mit Menschen, die

kein Dach über dem Kopf haben. Da sind wir gerne diesen interfraktionellen Antrag mitgegangen, diese Auswirkungen ein wenig abzumildern und zumindest das Lotsenprojekt der Wohnungslosenhilfe zu sichern, dass den Ärmsten der Armen doch ein klein, klein wenig, ich weiß, das ist natürlich ein Tropfen auf den heißen Stein, aber ein klein wenig weiterhilft, und wir sind am Rande angelangt. Wir haben das von den Trägern, wir haben das von der SJB, wir haben es von allen, von den betroffenen Menschen vor allem signalisiert bekommen, bis hierhin und nicht weiter. Und dazu stehen wir auch.

Wir tragen die Vorschläge der Verwaltung zähneknirschend Großteils mit, haben natürlich noch andere Änderungsanträge, andere Vorstellungen. Die beiden Kollegen haben sie eben schon ausgeführt, aber hier jetzt zunächst einmal recht herzlichen Dank auch an die anderen Fraktionen, die sich an diesem interfraktionellen Antrag zur kleinen Abmilderung der Einschnitte in der Wohnungslosenhilfe mit entschlossen haben.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Eine halbe Million Euro auf Kosten einer der vulnerabelsten Gruppen unserer Gesellschaft und das bei gleichzeitiger Bekenntnis zum nationalen Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit, das ist eigentlich schon ein starkes Stück. Die Zahl von wohnungslosen Menschen mit psychischen Erkrankungen und Pflegebedarf ist in den letzten Jahren gestiegen. Eigentlich bräuchte es an dieser Stelle eine Erhöhung des Budgets und eine Stärkung der Hilfsangebote. Besonders heikel ist aus unserer Sicht die Kombination aus Kürzungen in der Wohnungslosenhilfe und in der Eingliederungshilfe. Wir blicken mit großer Sorge auf die möglichen Auswirkungen dieser Kürzungsmaßnahme, deren Folgen uns teuer zu stehen kommen können, und beantragen mit Nachdruck, dieses Vorhaben so nicht umzusetzen. Wir wissen, dass wir für unseren wahrscheinlich radikal Antrag keine Mehrheiten kriegen und sind deshalb aber auch dankbar für die anderen Anträge, die da noch folgen.

Stadtrat Braun (Die PARTEI): Was mich betrifft, gleiches Vorgehen wie gerade bei den Eingliederungshilfen. Ich habe einen Antrag gestellt, um die Einsparungen nur zu halbieren, also eben statt 500.000 Euro auf 250.000 Euro, also auf die Hälfte zurückzugehen, um diese vorgeschlagene große Kürzung etwas abzumildern. Ich sehe hier insbesondere die Gefahr für negative Folgen bei Angeboten der freien Träger, was dazu führt, dass ohnehin vulnerable Menschen dadurch betroffen werden. Für mich ist es ein klarer Schritt in die falsche Richtung. Statt dass wir hier diskutieren über weitere Kürzungen, sollte man eigentlich eher darüber diskutieren, wie wir wohnungslose Menschen und die Wohnungslosenhilfe in Karlsruhe noch besser unterstützen können, statt um Gelder zu reduzieren und große Geldbeträge zu reduzieren, um die Lebenssituation der Betroffenen dann erhöhen zu können.

Stadtrat Nguyen (Volt): Vom Sparen im Kulturbereich zum Sparen im sozialen Bereich, das laugt aus. Das ist erschöpfend. Trotzdem möchte ich mich auch bedanken für die konstruktiven Gespräche in den letzten Monaten mit den Liga-Verbänden, mit den Institutionen, auch hier mit den anderen Fraktionen. Wir sind nun einmal in einer sehr schwierigen Haushaltslage, und das ist auch ein Dilemma, das muss man offen ansprechen, wenn wir jetzt sehr viel sparen müssten, aber der Bedarf, das wurde auch schon angesprochen, steigt und steigt aufgrund unserer gesellschaftlichen Lage. Und dieser Spagat, der schmerzt, und das ist auch ein Spagat zwischen finanzieller Realität und auch sozialer Verantwortung. Wir als Fraktion haben deswegen trotzdem entschieden, den Sparmaßnahmen größtenteils zuzustimmen. Das tut sehr weh, bis auf einige Ausnahmen, vor allem jetzt im Bereich

Wohnungslosenhilfe, weil wir das als extremste Form der Armut ansehen, dass wir da zumindest einen Teil der Kürzungen wieder zurücknehmen.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Wenn man uns zuhört, dann denkt man, morgen geht die Welt unter. Ich vermute, dass auch die Atmosphäre ein bisschen so ist. Es ist nicht wahr, aber es gibt wirklich Arme. Und um die soll es uns gehen. Die Obdachlosen sind tatsächlich die Ärmsten der Armen. Wir haben heute alle Gruppierungen als Arme erklärt und kurz vor dem Untergang. Dem müssen wir widerstehen. Wir sind nicht vor dem Untergang. Wir sind in einer schwierigen Lage, und die müssen wir meistern, und ehrlich gesagt, das macht mir Probleme, wenn ich das überall höre, ständig das Wiederholen, dieses Negative, das schafft eine Atmosphäre in unserem Land, das ist wirklich so, dass die Leute keine Lust mehr haben, hier zu leben. Uns geht es wirklich gut, und deswegen müssen wir die Armen identifizieren, denen helfen wir auch. Wir helfen den Obdachlosen, wir helfen den Familien auch. Deswegen müssen wir uns konzentrieren auf die wenigen, die es wirklich richtig brauchen.

Der Vorsitzende: Ich möchte mich da anschließen, vielleicht nicht ganz so positiv. Natürlich ist es erst einmal ein komisches Signal, bei der Wohnungslosenhilfe zu sparen, aber unsere Fachbehörde hat uns zugesichert, es werden keine ordnungsrechtlichen Dinge deswegen in Frage stehen. Jeder bekommt die Unterstützung, die er braucht. Wir müssen das ganze System konzeptionell vielleicht neu aufstellen und effizienter machen. Unter den Prämissen haben wir das vorgeschlagen, sonst hätten wir es nicht vorgeschlagen. Das, Herr Stadtrat Tröndle, ist kein Tropfen auf den heißen Stein, sondern wir haben eines der bestqualifiziertesten Wohnungslosen-Versorgungssysteme in Deutschland. Da kann man, wenn man es schafft, effizienter, und auch vielleicht etwas individual konkreter die Dinge anzugehen, hier auch entsprechend etwas rausnehmen. Das ist der Anspruch.

Ich bin sehr dankbar und auch finde es extrem konstruktiv, mit welchen Vorschlägen unsere Sozial- und Jugendbehörde hier insgesamt auf den Gemeinderat zugeht und damit auch ein ganz ordentliches Stück Verantwortung übernimmt. Denn sie müssen letztlich die gesetzlichen Anforderungen erfüllen, und die gibt es auch für Wohnungslose. Also von daher würde ich es inhaltlich versuchen, ein bisschen runterzuziehen. Es geht hier auf keinen Fall darum, dass wir hier auf dem Rücken der Ärmsten, die wir dann völlig ins Nirwana entlassen, irgendwelche Kürzungsmaßnahmen machen, sonst könnte ich Ihnen das gar nicht vorschlagen hier. Das ist mir noch einmal ganz wichtig.

Wir kommen dann damit in die Abarbeitung der Anträge. Der weitestgehende Antrag ist von den **Linken** und dem **Herrn Uwe-Gerd Störring**, nämlich die 500.000 Euro Kürzungen wieder komplett einzustellen. Und den stelle ich jetzt hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann kommt der Antrag von Herrn Stadtrat Braun, **Ö 217**, zumindest die Hälfte der gekürzten Summe wieder einzustellen. Das wären 250.000 Euro im Jahr. Und ich bitte hier um Ihr Votum ab jetzt. – Auch das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Und ich rufe jetzt auf **Ö 218**, den interfraktionellen Antrag GRÜNE, SPD, Volt, Karlsruher Liste, Stadtrat Kalmbach. Da geht es um 70.000 Euro, die wieder eingestellt werden. Ich habe das so verstanden, dass es mit dem Lotsenprojekt zu tun hat und bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. –

Ah doch, jetzt haben wir eine haushaltswirtschaftliche Sperrung für 2025. Das wird **mehrheitlich** hier so **angenommen**.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich habe eine kurze Frage, weil da oben steht jetzt 218, bei mir würde 216 stehen. Ich weiß nicht, haben wir jetzt den richtigen Antrag abgestimmt?

Der Vorsitzende: Also ich habe 218.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ist gut, danke.

Antrag Ö 219: HHS4_GR55 - Beförderungsdienst für Personen ab dem Pflegegrad 3 nur mit Nachweis einer Schwerbehinderung (Fortsetzung Maßnahme Haushaltssperre 2025) (Vorlage: 2025/1156)

Der Vorsitzende: Gut, vielen Dank. Ich rufe auf die Maßnahme **Ö 219**. Das ist der Beförderungsdienst für Personen ab Pflegegrad 3, nur mit dem Nachweis einer Schwerbehinderung. Das hatten Sie im Rahmen der Haushaltssperre schon einmal beschlossen. Da es aber nur für dieses Jahr 2025 galt, müssten wir es ab dem Jahr 2026 jetzt noch einmal wieder neu beschließen. Und ich bitte Sie da jetzt um das entsprechende Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**, vielen Dank.

Antrag Ö 220: HHS4_GR58 - Stufenweise Reduzierung des Geschwisterkindzuschusses und die Auswirkungen auf die Kita-Finanzierung (Vorlage: 2025/1159)

**Antrag Ö 221: HHS4_GR58 - Angleichung der Kita-Gebühren an das "Netflix-Modell" (SR Braun)
Vorlage: DHH/2025/5033**

Antrag Ö 222: HHS4_GR58 - Streichung Geschwisterkindzuschuss (AfD) (Vorlage: DHH/2025/5031)

**Antrag Ö 223: HHS4_GR58 - Geschwisterkindzuschuss
Interfraktioneller Antrag: FDP/FW, SR Kalmbach
(Vorlage: DHH/2025/5002)**

Antrag Ö 224: HHS4_GR58 - Stufenweise Reduzierung des Geschwisterkindzuschusses: Ab drei Kindern gleichzeitig in der Kita Beitragsbefreiung ab dem dritten Kind (KAL)
(Vorlage: DHH/2025/5032)

Antrag Ö 225: HHS4_GR58 - Verpflichtung zur einkommensabhängigen Gestaltung der Betreuungsentgelte (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/5030)

Dann möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass wir die Erhöhung der Verpflegungsentgelte in den städtischen Kindertagesstätten vorgeschlagen haben. Dies haben Sie bereits beschlossen. Es ist nur der Vollständigkeit halber noch einmal hier aufgeführt.

Wir kommen damit zum Thema Geschwisterkindregelung. Da möchte ich auf die Verwaltungsvorlage verweisen, die unter TOP 13 zur Abstimmung steht. Von dieser Verwaltungsvorlage haben Sie einige Elemente schon beschlossen, nämlich die Reduzierung des Geschwisterkindzuschusses auf 70 Prozent zum 01.01.2026 und die Ziffern 2 bis 5. Es geht jetzt eigentlich nur noch um den Beschluss der restlichen Ziffer 1, dass wir das auf 50 Prozent zum 01.09.2026 sowie die komplette Streichung zum 01.09.2027 mit der parallelen Einführung eines einkommensabhängigen Betreuungsentgeltes heute beschließen. Damit hat sich auch der Vorschlag der Verwaltung unter **Ö 220 erledigt**, weil es durch diese Verwaltungsvorlage letztlich aufgegriffen und umgesetzt wird.

Hier gibt es jetzt eine ganze Reihe von Anträgen. Ich habe hier unter Ö221 einen Antrag von Herrn Stadtrat Braun, Angleichung der Kita-Gebühren an das Netflix-Modell, dann ein AfD-Antrag Ö 222, Streichung des Geschwisterkindzuschusses, einen interfraktionellen Antrag FDP/Freie Wähler, Stadtrat Kalmbach, Reduktion des Geschwisterkindzuschusses um 50 Prozent, gültig bis zur Einführung einer neuen Beitragsregelung unter Ö 223. Karlsruher Liste unter Ö 224, ab drei Kindern gleichzeitig Beitragsbefreiung ab dem dritten Kind, und ein CDU-Antrag, Verpflichtung zur einkommensabhängigen Gestaltung der Betreuungsentgelte, was auch nach meinem Verständnis schon Teil unserer Vorlage ist, aber das können wir gleich noch diskutieren. Das rufe ich jetzt alles gemeinsam auf und wir starten mit Frau Stadträtin Fahringer.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Das ist jetzt TOP 13 außerhalb der Redezeit. Ich habe keinen Antrag gestellt, nur dass mir das klar ist, dass ich dann von meinen Kolleg*innen aus der Fraktion einen auf den Deckel kriege, wenn ich jetzt doch mir erlaube, mehr als einen Halbsatz zu diesem doch sehr wichtigen Thema zu sagen. Das hat uns jetzt monatelang umgetrieben, und wir GRÜNE haben schon vor zwei Jahren einen Antrag gestellt, die Finanzierungssystematik für Kitas grundsätzlich auf den Kopf zu stellen. Und zwar wollen wir sie weiterentwickeln und gerechter gestalten, und wir wollen eine stärkere Staffelung nach Einkommen. Diesen Antrag haben wir im Herbst 2023 eingebracht. Warum? Weil wir damals schon absehen konnten, dass es so nicht weitergehen kann mit unserer Finanzierung, dass wir uns das teilweise auch leider nicht leisten können, und weil wir schon auch die Chance sehen, wegzukommen von einer Gießkanne, weil eine Gießkanne ist nur in den wenigsten Fällen gerecht und fair. Leider liegt die Ausarbeitung zu diesem Paradigmenwechsel noch nicht vor. Und jetzt sind wir in der Situation, dass wir unter finanzpolitischem Hochdruck und besonderen schwierigen Anpassungsdruck etwas verändern müssen. Dass wir etwas verändern müssen, ist aber auch schon länger klar.

Und dann kurz zu diesem Geschwisterkindzuschuss. Mit dieser Vorlage unter TOP 13 schaffen wir ihn nicht über Nacht ab. Wir GRÜNE gehen diesen Vorschlag der Verwaltung mit Blick auf die Rahmenbedingungen mit. Und auch kurz zu den Kita-Beiträgen gesamt, leider wird es gesamt auch teurer für die Familien. Umso wichtiger ist es aber, dass wir weiterkommen in der grundsätzlichen Systematik und dass wir weiterkommen dahin, dass die Anträge auf wirtschaftliche Jugendhilfe für Familien noch niederschwelliger und einfacher werden. Und noch einmal, unser Ziel ist es, die, die es sich leisten können, sollen auch zahlen, und die, die sich weniger leisten können, sollen auch weniger zahlen. Die Allgemeinheit, also wir alle, sollen nicht denen, die es sich ohnehin leisten könnten, die Entgelte bezahlen für ihr zweites, drittes oder viertes Kind. Das können wir uns schlichtweg nicht mehr leisten.

Eins ist mir wichtig, gesamt liegen wir trotz der beiden Maßnahmen, also trotz der generellen Erhöhung der Kita-Beiträge und trotz des Geschwisterkindzuschusses jetzt mit dieser Staffelnung landesweit immer noch unter dem Durchschnitt der Kosten. Das mögen jetzt viele nicht glauben, und es ist auch für mich als Mama immer wieder verwunderlich, weil wir blechen schon ordentlich jeden Monat. In Sachen Qualität liegen wir auch landesweit über dem Durchschnitt. Das ist mir auch wichtig, dass wir hier in Karlsruhe weiterhin an dieser Qualität festhalten, weil da geht es um die Bildung, da geht es um die Betreuungsqualität von unseren Kindern, und dabei wollen wir bleiben. Deswegen gehen wir jetzt diesen Vorschlag mit, und wir bleiben weiter in Diskussion darüber.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich weiß jetzt nicht, wer das erste Mal hier die einkommensabhängige Kita-Staffelungsbeiträge gefordert hat. Auf jeden Fall wurde uns immer von der Verwaltung gesagt, das geht gar nicht. Egal wer es gefordert hat, es wurde immer wieder gesagt, das geht gar nicht, das ist so ein hoher Bürokratieaufwand, das können wir hier nicht leisten. Jetzt sind wir schon einmal sehr zufrieden, dass zumindest die Verwaltung so etwas ausarbeitet, denn ich glaube, das ist schon eine sehr gerechte Lösung. Nichtsdestotrotz, und ich glaube, da geht es vielen Kolleginnen und Kollegen genauso, hatte ich zeitweise in den letzten Wochen und Monaten das Gefühl, dass es das Thema ist, das die Leute am meisten umhertreibt. Wir hatten die meisten Zuschriften, die meisten Leute, die einen angesprochen haben, weil es halt auch ein ganz wichtiges Thema für junge Eltern ist, die wirklich Probleme haben, dies so zu bezahlen.

Und eins muss man auch sagen, wir sind natürlich in der Zwickmühle zwischen beitragsfreien Kindergärten in Rheinland-Pfalz, aber deutlich höheren Gebühren in Eggenstein und im Landkreis Karlsruhe. Da liegen wir natürlich genau mittendrin, und wir hatten eigentlich, das muss man schon sagen, einen guten Weg mit dieser Zweitkindregelung hier in Karlsruhe, und einen schönen Ausgleich geschaffen. Von daher ist es natürlich schwierig, wenn man jetzt einen anderen Weg gehen möchte, insbesondere aufgrund der finanziellen Lage, denn man muss auch dem einen oder anderen dann mehr zumuten. Dies ist schon sehr viel. Ich glaube, mit der beitragsabhängigen Gestaltung kommen wir schon wirklich einen großen Schritt näher in diese Richtung, um einfach auch gerecht zu sein. Aber ich denke, wenn man wirklich den nächsten Schritt gehen will, meine Kollegin Meier-Augenstein hatte das vor kurzem auch schon einmal im Gemeinderat gesagt, dann muss man vielleicht auch weiterdenken.

Und wir als CDU haben schon sehr lange, zumindest so lange, wie ich schon in diesem Gremium hier tätig bin, gefordert, ein drittes Kindergartenjahr beitragsfrei zu gestalten,

aber dafür verpflichtend zu machen. Ich glaube, dann wäre auch der ein oder andere, der vor allem das Thema Bildungsgerechtigkeit immer entsprechend fordert, da noch mehr zu Frieden, und wir würden natürlich schon einen weiteren Weg gehen. Dies liegt aber nicht in unserer Macht. Wir hoffen einmal, dass wir vielleicht vom Land her demnächst entsprechende Signale bekommen, und das wäre dann auch noch ein nächster Schritt, was die jungen Eltern auch wieder entlasten würde.

Stadträtin Schmid (SPD): Beim Geschwisterkindzuschuss stehen wir vor einer der schmerzhaftesten Entscheidungen dieser Haushaltsberatung, wenn ich das so subjektiv und bewusst wertend sagen darf. Im Oktober haben wir hier im Rat die erste Stufe beschlossen, 30 Prozent Reduzierung zum 1. Januar bei gleichzeitiger Erhöhung der Gebühren. Das war der Kompromiss, den wir gefunden haben, nachdem im Sommer die komplette sofortige Streichung auf dem Tisch lag. Heute sitzen wir wieder hier und müssen entscheiden, wie es weitergeht. Ich sitze hier heute aber nicht nur als Stadträtin, sondern auch als Mama eines Grundschulkindes und eines Kita-Kindes. Ich weiß, was Betreuungskosten bedeuten. Ich weiß, was es heißt, Familie und Beruf zu vereinen. Und ich kann sagen, the struggle is real. Ich sage Ihnen, diese Kürzungen treffen nicht die Reichen, sie trifft die Mitte, die Teilzeitkräfte, die Alleinerziehenden und auch die kinderreichen Familien.

Die SPD-Fraktion hat im Oktober einen klaren Weg vorgeschlagen. Wir tragen die ersten beiden Stufen mit, 30 Prozent, dann 50 Prozent. Und die komplette Abschaffung sind wir ebenfalls bereit mitzugehen, wenn ein fundiertes einkommensabhängiges System vorliegt. Das haben wir jetzt mehrfach gehört. Das war und ist weiterhin unsere Bedingung. Unsere Position ist klar, keine Gießkanne mehr, auch da, das haben wir schon gesagt, schon vorhin gehört, gezielte Unterstützung über die wirtschaftliche Jugendhilfe, über Staffellungen, über echte soziale Gerechtigkeit, aber nicht so, dass am Ende die arbeitende Mitte das Gefühl hat, sie zahlt für alle. Mit der Entscheidung im Oktober haben wir Zeit gewonnen. Jetzt müssen wir diese Zeit nutzen. Der Arbeitsausschuss im Frühjahr muss Ergebnisse bringen, ein Konzept, das Planbarkeit schafft für die Familien, für die Verwaltung und für uns alle hier. Wir dürfen also nicht so tun, als gäbe es einen schmerzfreien Weg. Viele Eltern erleben diese Entscheidung gerade als unfair, und das verstehe ich. Entscheidend ist jetzt, dass wir diese Übergangszeit nutzen, um ein System zu schaffen, das verlässlich, sozial ausgewogen und für die Familien planbar ist.

Stadtrat Schnell (AfD): Die AfD war von Anfang an gegen die jedwede Streichung des Geschwisterkinderzuschusses. Die 30 Prozent hat der Gemeinderat gegen unsere Stimmen beschlossen. Das wollen wir jetzt nicht weiter umkehren, aber wir treten dafür ein, dass es keine weitere Kürzung des Geschwisterkinderzuschusses gibt. Es ist auch von der Finanzierung kein Problem. Wir haben so viele Einsparvorschläge in diesen Haushalt eingebracht, da könnte man das Ganze sogar für umsonst gestalten. Aber wenn Sie das nicht wollen, ist das nicht unser Problem. Wir haben Alternativvorschläge zur Finanzierung gemacht, und wir erachten das als wichtig, dass wir hier die Familien entsprechend unterstützen. Und es ist auch nicht so, dass wir plötzlich familienfreundlich sind oder so tun. Die AfD war schon immer familienfreundlich, auch wenn das manche hier nicht anerkennen wollen, aber es ist so. Deshalb sagen wir Nein zu jedweder weiterer Kürzung oder diesem einkommensabhängigen Modell, das irgendwann einmal irgendwie fertig sein soll und für das, so sehen wir es, ein immenser bürokratischer Aufwand erforderlich ist.

Stadträtin Geißinger (Volt): Ich kann mich tatsächlich vielem anschließen, vielleicht mit der Ausnahme meines Vorredners, aber das ist, glaube ich, verständlich. Ich glaube, diese Entscheidung ist gut, dass wir sie aufgeschoben haben, aber jetzt ist sie zu treffen. Und ich freue mich darüber, dass wir uns auch grundsätzlich einig darin sind, dass das Einkommen bzw. das Vermögen Einfluss darauf haben muss, wie viel man auch für Kita-Beiträge zahlt. Jetzt ist es halt leider Gottes so, dass wir trotzdem immer noch kein System vorliegen haben. Der Weg, der jetzt aufgezeigt ist, ist klar, den schätzen wir auch, und wir freuen uns auch auf den Austausch im neuen Jahr.

Aber an der Stelle möchten wir auch noch einmal ganz klar kritisieren, wir haben jetzt wochenlang innerhalb dieser Verschiebungsphase auf den jetzigen Termin gefordert, die Offenlage, wie denn die Zuschüsse berechnet werden. Wir haben jetzt ganz kurz vor knapp die Infos bekommen. Dafür erst einmal danke, aber uns blieb überhaupt keine Zeit, Berechnungen anzustellen. So können wir keine faktische Aussage darüber treffen, wie trifft es wen genau, und das war unser Anspruch. Das haben auch andere Fraktionen unterstützt, und das ist für mich und für uns nicht akzeptabel. Das möchte ich noch einmal an der Stelle klarstellen, weil es ist einfach fehlende Transparenz, und wir sollen hier Entscheidungen treffen, mit denen wir heute Abend auch noch in den Spiegel gucken können. Und dafür brauchen wir einfach eine ehrliche Einschätzung, wie die Auswirkungen aussehen. Insofern, wir gehen diese Entscheidungen jetzt mit, wir möchten aber noch einmal ganz klarstellen, dass das mit einem großen Unwohlsein einhergeht, aber auch mit der Sicherheit, mit unseren Zahlen, die wir damals einmal hatten, dass es tatsächlich vielen Eltern trotz der Lage auch aktuell ermöglicht, den Zuschuss zu beantragen. Das geht jetzt an die Öffentlichkeit. Bitte tut es auch.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Ich weiß nicht, ob das möglich ist, aber ich würde gerne die Redereihenfolge ändern, weil ich explizit zu Max Brauns Antrag sprechen möchte, und ich würde ihm gerne den Vortritt lassen.

Stadträtin Döring (KAL): Ich brauche es nicht wiederholen. Unsere Fraktion wird heute grundsätzlich dem Vorgehen zustimmen. Wir halten es für den richtigen und wichtigen Weg, eine neue Systematik in der Kita-Finanzierung zu entwickeln und darin auch die Einkommensabhängigkeit abzubilden. Grundsätzlich ist es aber für uns so, dass wir jetzt auch dem CDU-Antrag zugestimmt hätten, weil wir finden, dass die Abschmelzung des Geschwisterkindbeitrags bei 50 Prozent dann erst einmal Schluss haben muss, bis wir wirklich ein neues Konzept haben. Das setzt uns vielleicht auch ein bisschen unter Druck, dass wir dann bis Ende des nächsten Jahres auch wirklich was haben, dass wir 2027 dann mit einer neuen Systematik starten können. Wenn wir das aus irgendwelchen Gründen wie auch immer nicht schaffen, dann ist es zumindest so, dass wir nicht plötzlich mit einem Null-Prozent-Zuschuss in 2027 reingehen. Und ich glaube, das ist auch für die Familien ganz wichtig, dass sie hier eine gewisse Planungssicherheit haben und nicht wieder große Ängste entstehen, dass sie 2027 wirklich mit vollen Beiträgen für alle in die Kita gehenden Kinder dastehen.

Unser Antrag bezieht sich auf dritte Kinder. Damit wollten wir vor allem Familien entlasten, die viele kleine Kinder unter sechs in der Betreuung haben, die auch keine Möglichkeit haben, dass ein Kind jetzt in die Schule geht und zumindest halbtags oder sogar einen Ganztags kostenfrei betreut ist. Darauf bezog sich unser Antrag.

Stadtrat Braun (Die PARTEI): Die Bürgerschaft verlangt bezahlbare Kita-Beträge. Teile der Politik stehen für universell geltende Gebühren, und die Verwaltung ruft nach einer einfachen Berechnungsgrundlage. Mein Vorschlag beinhaltet alle drei dieser Standpunkte. Die Kita-Beiträge werden über das Netflix-Modell berechnet. Familien zahlen also maximal 16,99 Euro im Monat und können die Kita mit bis zu vier Familienmitgliedern nutzen, einfach zu berechnen, universell für alle geltend, auf bezahlbarem Niveau. Ich möchte abschließend hinzufügen, dass das noch eine Forderung aus dem Kommunalwahlkampf ist. Damals wollten sie alle noch gebührenfreie Kitas. Das heißt, aus damaliger Betrachtung wäre das sogar ein Sparantrag gewesen.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Ich spreche jetzt für die FDP, für die Freien Wähler und für FÜR Karlsruhe, also die drei Fs. Der Antrag der CDU umfasst im Wesentlichen das eigentlich, was wir auch fordern. Das Problem, was wir haben, ist, dass wir nicht überzeugt sind, dass wir am Ende des Jahres 2027 eine beitragsgemäße Abrechnungsgrundlage geschaffen haben. Wir wissen, wie lange diese Prozesse gehen. Die letzte Finanzierung, die hat, glaube ich, zwei Jahre gedauert, und dann hat sie auch nicht richtig funktioniert. Deswegen fordern wir, bis es soweit ist, 50 Prozent der Gebühren beizubehalten, das heißt, eine vertragliche Regelung für alle. Und damit wäre eigentlich recht identisch mit der CDU. Also bis die Regelung geschaffen ist, so lange gelten die 50 Prozent. Das ist der Kern der Aussage. Ob man jetzt die 50 Prozent ab 2027 oder drei Monate vorher macht, das ist jetzt nicht der Kern der Aussage. Wir können uns der CDU angleichen.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Ich möchte, wie gesagt, auf den Antrag von Max Braun eingehen. Kita-Gebühren nach dem Netflix-Modell, großartiger Gedanke, Netflix ist ein Megakonzern. Es dürfte sich auch die FDP begeistern, hat doch der Kollege Noé in seiner Haushaltsrede mehr als einmal den Konzern erwähnt. Wenn wir die Buchung zusätzlich, wie bei Netflix, monatlich flexibel über eine App steuern können, hätten wir zudem noch einen Beitrag zur Digitalisierung und zur Entbürokratisierung geleistet. Wenn wir das dann auch noch auf Schulen ausweiten, um dort ein werbefreies Modell zu ermöglichen, könnten wir auch die Bundeswehr aus den Schulen kriegen, das uns ein wichtiges Thema ist.

Aber Spaß beiseite, wir sind keine Satirepartei, und trotzdem werden wir diesem Antrag heute zustimmen, weil er unserem Ideal, nämlich kostenfreier frühkindlicher Bildung, am nächsten kommt, ein Ziel, zu dem auch wir uns einmal bekannt haben und von dem wir uns leider immer weiter entfernen. Ich brauche keine Belehrung über die Gründe, danke schön. Sparen an Bildung sollte tabu sein. Das steht auch in der Begründung des Antrags. Und so möchten wir Max Braun danken, zum einen für den Lacher beim Lesen, es gibt sonst nicht viel zum Lachen gerade, und zum anderen für die unbedingt unterstützenswerte Kernbotschaft.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Einige Vorredner*innen sind jetzt auch noch einmal auf unseren Antrag speziell eingegangen. Da wollte ich auch noch einmal sagen, dass es unser Anliegen ist, dass wir uns auf diese 50 Prozent für heute einigen, einfach um sicher zu gehen, weil wir halt nicht wissen, was die nächsten Monate in den Beratungen bringen. Wir wissen, die Verwaltung arbeitet mit Hochdruck an dieser einkommensabhängigen Beitragsgestaltung. Und wir haben sogar auch schon einen Termin Ende März im Arbeitsausschuss Jugendhilfe, wo wir einmal das Erste vorgelegt bekommen. Aber es sind dann doch auch noch diverse Detailfragen offen, die doch auch mitentscheidend sind, wie das ganze Thema hier weitergeht. Kollegin Geißinger hat auch schon auf dieses Berechnungsmodell

hingewiesen. Es gibt auch den Antrag der KAL, die ganz speziell auf die Mehrkind- oder Vielkindfamilien eingehen. Es ist uns natürlich als CDU auch ein großes Anliegen, dass gerade Familien mit vielen Kindern und dann auch noch vielleicht drei oder mehr gleichzeitig in der Kita, zum Beispiel bei Mehrlingsgeburten, doch besonders belastet sind. Um sowas auch einschätzen zu müssen, müssten wir auch diese Berechnungsschemata noch einmal genau gesehen und auch besprochen haben. Also es soll jetzt kein Misstrauen an die Verwaltung von unserer Seite sein. Wir wollen einfach nur die Sicherheit haben, dass wir jetzt nicht einfach diesen Freifahrtschein geben, die Geschwisterkindregelung komplett abzuschaffen. Natürlich steht es in der Beschlussvorlage so drin, aber das ist uns einfach noch einmal ein Anliegen, dass ich das noch einmal gesagt habe.

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Mir hat es jetzt noch in den Fingern gejuckt, noch ein paar Sätze dazu zu sagen. Also das eine ist, wir haben nie in der Stadt Karlsruhe beschlossen, dass wir alleine aus eigener Kraft Kita-Gebühren komplett abschaffen möchten, sondern wir haben immer dazu gesagt, und zwar ist auch verschriftlich, dass das nur mit Hilfe des Landes oder des Bundes geht. An der Stelle beende ich dann auch wieder den kleinen Seitenschwung auf den kommenden Landtagswahlkampf, in dem das sicherlich eine große Rolle spielen wird.

Zweiter Punkt, was mir am meisten wehtun würde, ist, wenn heute hier stehen bleibt, dass die AfD die Partei, die Fraktion ist, die als familienfreundlich und die Retterin im Gemeinderat ausgeht. Sie sind nicht plötzlich familienfreundlich, sondern Sie sind einfach nur, ganz gewohnt, Klimaleugner und migrantenfeindlich, weil das ist die Art und Weise, wie Sie diesen Antrag hier gegenfinanzieren wollen, indem Sie den Klimaschutz zersägen und indem Sie allen Anträgen, wie wir es aus anderen Haushalten gewohnt sind, wo es irgendwie um Migrant*innen geht oder um Vielfalt, eine Absage erteilen. Das ist die Art und Weise, wie Sie es machen.

Dritter und letzter Hinweis an alle Eltern da draußen, Sie können, das haben wir uns von der Verwaltung noch einmal bestätigen lassen, wenn Sie einen Antrag stellen auf Gebührenbefreiung, die nun deutlich höheren Gebühren dort anrechnen lassen. Tun Sie es, und Sie werden an vielen Stellen erfahren, dass Sie dann auch in die wirtschaftliche Jugendhilfe rutschen.

Stadtrat Seidler (AfD): Ich habe einmal nachgerechnet. Also die Unterlagen der Stadtverwaltung sind erst seit kurzem da. Wenn ich mir jetzt die Anlage 4 angucke, da ist die Schwelle, ab dem die maximalen Kostenbeiträge anfallen, bereits 3.700 Euro netto. 3.700 Euro netto entsprechend bei einem Paar, das zwei Kinder hat und eine Religionszugehörigkeit aufweist, einem Netto von 3.700 Euro. Das heißt, die Schwelle ab der die Geschwisterkindpauschale-Reduzierung komplett wegfällt, liegt schon bei 5.300 Euro, wenn diese Vorlage so stimmt. Da frage ich mich dann, wir reden hier nicht nur über das Arzt-paar, das einen Mitnahmeeffekt erzielt, sondern es sind verdammt viele aus der arbeitenden Mittelschicht, das sind nicht nur Akademiker, sondern Facharbeiter, Paare, die dann davon betroffen sind. Für die setzen wir uns ein. Die werden übrigens auch viel blau wählen.

Der Vorsitzende: Wenn ich die Zahlen noch richtig im Kopf habe, haben wir es, glaube ich, mit etwa 1.800 Kinder zu tun. Und wenn da noch mehrere Kinder dann zur selben Familie gehören, dann ist das doch am Ende keine gigantische Summe. Viele dieser Kinder bzw.

dieser Familien können sich bis zum 1. September 2027 darauf vorbereiten oder kommen sowieso in die Situation, dass sie aus dem herausgewachsen sind. Also wir haben eine Übergangszeit, die auch ein Stück weit eine Vorbereitung zulässt, und das bitte ich einfach ein bisschen zu berücksichtigen. Ich bitte auch wahrzunehmen, dass sowohl Rheinland-Pfalz als auch etwa die Stadt Heilbronn unter gebührenfreiem Kindergarten eine Kernbetreuungszeit meint. Alles, was zusätzlich ist, kommt dann doppelt und dreifach obendrauf. Wir haben vor ein paar Jahren schon einmal ausgerechnet, dass die durchschnittliche Kita-Stunde bei uns noch günstiger ist als in manchen anderen, unter anderem auch in Heilbronn. Das wird sich jetzt möglicherweise durch die erhöhten Beiträge geändert haben, aber wir liegen immer noch im Vergleich mit dem Umland im hellgrünen Bereich, nicht mehr im dunkelgrünen Bereich. Sie kennen diese Tabelle aus der BNN.

Auch das Beispiel, das es damals gab mit zwei Eltern, drei Kindern, einem Haus und, und, und, wenn da nur jemand Beamter ist, kriegt er fürs dritte Kind annähernd 1.000 Euro Sonderzuschlag pro Monat. Also bitte manches ein bisschen relativ sehen, und die Kindergartengebühren kann man mittlerweile von der Steuer absetzen. Für die Working Poor, nutzt das nichts, ist auch klar, aber es ist für diejenigen, die jetzt zum Teil am lautesten sich bei mir beschweren, durchaus eine Gegenrechnung, die ich dann im Einzelfall gerne einmal tun würde. So viel vielleicht noch dazu.

Jetzt kommen wir zu den verschiedenen Anträgen. Ich würde Ihnen vorschlagen, dass wir die der Reihe nach abarbeiten und dann kommt unsere Vorlage. So ist die normale Reihenfolge. Deswegen rufe ich jetzt auf den Antrag von Herrn Stadtrat Braun, **Ö 221**, Angleichung der Kita-Gebühren an das Netflix-Modell, und bitte Sie um Ihr jeweiliges Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann rufe ich auf den **Antrag der AfD-Fraktion**. Der begehrt, dass wir bei der Kürzung auf 70 Prozent verbleiben, und bitte auch, das jetzt hier zur Abstimmung zu stellen, und ich bitte um das Votum ab jetzt. Das ist auch eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Wir kommen damit zu dem Antrag der FDP/Freie Wähler, Stadtrat Kalmbach. Der unterscheidet sich inhaltlich von dem, was die CDU begehrt und wo wir gleich noch einmal drauf eingehen, dadurch, dass wir die drei Monate vorher oder später haben. Jetzt haben Sie, Herr Kalmbach, gesagt, das kann man so oder so sehen. Wie sollen wir es denn nun sehen? Vielleicht sagen Sie das noch einmal.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Wie gesagt, weil das nicht der Kern dieses Antrags ist, können wir uns mit der CDU an der Stelle eins machen.

Der Vorsitzende: Okay, dann können wir den Antrag hier erst einmal für erledigt erklären, weil er in den CDU-Antrag aufgeht.

Dann kommen wir zur **Karlsruher Liste**. Da geht es darum, ab drei Kindern, ab dem dritten Kind die Beitragsbefreiung einzuführen. Da bitte ich Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Auch das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Zum CDU-Antrag sind wir der Meinung als Verwaltung, dass sich das für erledigt erklärt hat. Ich würde deswegen Ihnen einen Vorschlag machen, dass wir unsere Beschlussvorlage noch einmal dahingehend präzisieren, dass die Einführung der 100-prozentigen

Reduzierung der Geschwisterkindregelung vorbehaltlich der Akzeptanz eines einkommensabhängigen Beitragsmodells spätestens zum 30.11.2026 ist, sodass man rechtzeitig vor dem Jahresende weiß, was ab dem Jahr 2027 auf die Einzelnen zukommt, vorbehaltlich der Akzeptanz eines entsprechenden Modells. Dann müssen Sie sich aber auch alle ganz schön sputen in den Arbeitskreisen, nicht nur wir, auch Sie. Okay, sind wir uns einig. Wenn wir das so noch als Teil des Beschlussvorschlags aufnehmen, dann würde ich gleich die Verwaltungsvorlage hier zur Abstimmung stellen. Können wir so verbleiben, Herr Kalmbach?

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Habe ich das richtig verstanden? Also vorbehaltlich heißt, wenn die Regelung noch nicht da ist, dann gilt weiterhin die 50 Prozent.

Der Vorsitzende: Genau, das bedeutet vorbehaltlich. Dann kann ich unter dieser Präzisierung dessen, was da drin steht, jetzt die **Beschlussvorlage** hier zur Abstimmung stellen und bitte um Ihr Votum ab jetzt. –Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**, vielen Dank.

Wir unterbrechen für eine kleine Abendpause bis 18:15 Uhr und machen hier einmal bitte alle Fenster auf – es ist hier langsam ein bisschen arg stickig, und auch alle Türen – und sehen uns bitte pünktlich um 18:15 Uhr hier wieder, vielen Dank.

(Unterbrechung der Sitzung von 17:44 bis 18:15 Uhr)

Der Vorsitzende: Wenn man liest, dass wir bei Ö 231 sind, sieht das ganz gut aus, aber ich will noch einmal darauf hinweisen, dass wir ein Kapitel übersprungen haben, das wir morgen noch aufrufen und das, glaube ich, auch noch etwas an Diskussionsbedarf nach sich zieht. Insofern, wenn wir das konzentrativ durchhalten, sollten wir bis 21:00 Uhr machen, aber ich würde auch nicht länger machen wollen, weil ich glaube, das wird dann konzentrativ langsam schwierig.

Ich würde für das Protokoll auch feststellen, dass der Stadtrat Seidler nicht mehr da ist. Das hatte er auch angekündigt. Insofern ist das jetzt auch keine Überraschung.

Antrag Ö 226: HHS4_GR59 - Reduzierungen der Zuschüsse im Bereich der freien Wohlfahrtspflege und freien Jugendhilfe - in Abstimmung mit den Betroffenen
(Vorlage: 2025/1160)

Antrag Ö 227: HHS4_GR59 - Quartiersarbeit Diakonisches Werk (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/5017)

Wir haben da oben einmal die Bilanz angepinnt, die haben Sie alle wahrgenommen. Jetzt machen wir einmal weiter. Als Nächstes steht an auf der Seite 243 ff., dass wir mit den Betroffenen die Reduzierung der Zuschüsse im Bereich der freien Wohlfahrtspflege und freien Jugendhilfe hier Ihnen vorschlagen. Das ist die Ziffer Ö 226. Ich würde auch hier wieder vorschlagen, dass wir uns zunächst noch einmal um die Einzelanträge kümmern und dann schauen, was denn dann am Ende noch unter diesem Antrag der Verwaltung übrigbleibt.

Ich rufe dazu dann zunächst einmal die drei AfD-Anträge auf. Vielleicht kann man das sogar zusammen machen, aber das entscheiden Sie, wie Sie möchten, Ö 227, Ö 228 und Ö 229 mit Vorschlägen, die jeweils über die Vorschläge der Verwaltung hinausgehen. So kann man das vielleicht zusammenfassen.

Stadtrat Stolz (AfD): Quartiersarbeit wird in Karlsruhe in weiten Teilen bereits zuverlässig durch Bürgervereine und ehrenamtliche Strukturen geleistet. Doppelfinanzierungen aus dem städtischen Haushalt sind gerade in angespannten Haushaltslagen zu hinterfragen. Wir wollen Mittel dort einsetzen, wo es echte Pflichtaufgaben gibt, statt potenzielle Parallelstrukturen dauerhaft zu etablieren.

Der Vorsitzende: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Sorry, ich war jetzt ein bisschen abgelenkt. Bezog sich das auf die drei oder nur auf den Ersten?

Stadtrat Stolz (AfD): Auf den ersten.

Der Vorsitzende: Alles klar, dann stelle ich jetzt die Ziffer **Ö 227** zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 228: HHS4_GR59 - Betriebskostenzuschuss Stadtjugendausschuss (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/5025)

Dann rufe ich auf Ö 228, Betriebskostenzuschuss, Stadtjugendausschuss.

Stadtrat Schnell (AfD): Die Stadt schlägt vor, hier lediglich um 0,5 Prozent zu kürzen. 21.200 Euro halten wir in Anbetracht der Haushaltslage doch für deutlich zu wenig. Wir schlagen hier vor, die Mittel um 8,7 Prozent zu kürzen, wie die Stadt das bei den institutionellen Förderungen im Kulturbereich vorsieht und den Betriebskostenzuschuss an den Stadtjugendausschuss und einen Kürzungsbetrag von entsprechend eben 364.950 Euro zu kürzen.

Der Vorsitzende: Damit stelle ich **Ö 228** zur Abstimmung, Betriebskostenzuschuss statt Jugendausschuss, und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 229: HHS4_GR59 - Fachstelle Demokratie und Vielfalt (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/5028)

Ich rufe auf Ö 229, ein AfD-Antrag, Fachstelle Demokratie und Vielfalt.

Stadtrat Schnell (AfD): Dann sage ich auch was dazu. Die Fachstelle für Demokratie und Vielfalt ist vielfach dafür zuständig, Aktionen gegen die AfD, bei „Karlsruhe gegen Rechts“ zu koordinieren. Wir halten das für nicht sinnvoll, dass die Stadt sich hier entsprechend engagiert. Deshalb beantragen wir, die Mittel für diese Stelle zu streichen.

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Da kann man einmal nach draußen geben, dass die AfD sparen möchte bei Demokratie, Vielfalt und Jugend. Sie sagen, dass Sie das nicht für politisch neutral sehen. Diese Fachstelle muss auch nicht politisch neutral sein. Sie muss nur hinter

der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen. Wenn Sie damit ein Problem haben, dann beantragen Sie halt die Streichung. Wir sind natürlich dagegen.

Der Vorsitzende: Wir haben keine weiteren Wortmeldungen. Damit steht dieser Antrag zur Abstimmung und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 230: HHS4_GR59 - Inklusion in Kitas mit der heilpädagogischen Fachberatungsstelle weiter fördern (Die Linke)
(Vorlage: DHH/2025/5014)

Wir kommen damit zum Antrag der Linken, der aber **zurückgezogen** ist, deswegen brauchen wir ihn nicht hier zu diskutieren.

Antrag Ö 231: HHS4_GR59 - Förderung des Freundeskreis Asyl und der Beratungsstelle im Menschenrechtszentrum (Interfraktioneller Antrag: Die Linke, SR Braun)
(Vorlage: DHH/2025/5010)

Und wir kommen damit zum Antrag Ö 231, interfraktionell Die Linke, Stadtrat Braun, Förderung des Freundeskreises Asyl und der der Beratungsstelle im Menschenrechtszentrum.

Stadträtin Kaufmann (Die Linke): Ich mache es ganz kurz. Für uns ist die Beratungsstelle des Freundeskreises Asyl einer der tragenden Säulen für die Arbeit des Menschenrechtszentrums beim Schlachthof. Sie ist gut zugänglich und fungiert als wichtige Anlaufstelle für Geflüchtete in Karlsruhe und aus dem ganzen Landkreis. Und um die wertvolle Arbeit weiter zu unterstützen, möchten wir die Förderung für den Freundeskreis Asyl mit einem Zuschuss von 47.500 Euro jährlich erhalten.

Stadtrat Cramer (KAL): Nach Meinung der Karlsruher Liste Fraktion, hat sich dieser Antrag erledigt. Die Karlsruher Liste hatte einen Antrag für den Integrationsausschuss gestellt, der dort auch beraten wurde, der dort vor allem von Frau Bürgermeisterin Melchies beantwortet wurde. Es gab Gespräche zwischen dem Freundeskreis Asyl und dem Büro für Integration. Und man hat sich dort geeinigt, dass die Zuschüsse weiterlaufen, mindestens ein halbes Jahr. Also das heißt, sie stehen jetzt nicht vor dem Aus. Und dass ein Konzept erstellt werden soll vom Freundeskreis Asyl, dieses Konzept liegt auch der Verwaltung, dem Dezernat 3 schon vor. Und von daher, denke ich, hat sich der Antrag erledigt.

Der Vorsitzende: Also nach meiner Liste ist eine Kürzung um 2.500 Euro vorgesehen, und die Antragsteller begehren jetzt, dass das quasi nicht erfolgt. Insofern nehmen wir es jetzt in die Abstimmung. Es verbleibt eine Größenordnung von 47.000 Euro, jetzt fragen Sie mich nicht, ob mit oder ohne die 2.500. Das ist auf der Gesamtliste Ö 226, die wir gleich noch einmal hier zur Abstimmung stellen.

Und ich rufe jetzt aber den **Änderungsantrag auf der Linken von Herrn Stadtrat Braun** und bitte um Ihr Votum ab jetzt – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 226: HHS4_GR59 - Reduzierungen der Zuschüsse im Bereich der freien Wohlfahrtspflege und freien Jugendhilfe - in Abstimmung mit den Betroffenen
(Vorlage: 2025/1160)

Jetzt kommt, nachdem wir die Einzelpositionen durch haben, die unveränderte Liste unter der Ordnungshilfe **Ö 226**, Reduzierung der Zuschüsse im Bereich der freien Wohlfahrtspflege und freien Jugendhilfe in Abstimmung mit den Betroffenen. Und da bitte ich jetzt um Ihr Votum ab jetzt. –

Stadtrat Braun (Die PARTEI): Nur für das Protokoll, ich habe mich verklickt und habe mich enthalten und wollte dagegen stimmen.

Der Vorsitzende: Das haben wir für das Protokoll aufgenommen. Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung** zu dieser Kürzungsliste von der Stadt.

Antrag Ö 232: HHS4_GR59 - Queere Sichtbarkeit und Schutzräume durch die Förderung von queerKastle e. V. erhalten (Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, Volt, Die Linke, KAL, SR Braun)
(Vorlage: DHH/2025/5015)

Antrag Ö 233: HHS4_GR59 - queerKastle e. V. muss erhalten bleiben (SPD)
(Vorlage: DHH/2025/5016)

Antrag Ö 234: Fonds zur Förderung der Sichtbarkeit und Stärkung der queeren Vielfalt (Queer-Diversity-Fonds) (GRÜNE)
(Vorlage: DHH/2025/3001)

Wir kommen damit zum ganzen Thema queere Sichtbarkeit, queerKastle und Fonds zur Förderung der Sichtbarkeit und Stärkung. Ich würde die drei gerne in der Diskussion gemeinsam aufrufen. Das war auch, glaube ich, mein Wunsch. Dann gucken wir, in welcher Reihenfolge das Sinn macht. Es gibt also einen interfraktionellen Antrag, GRÜNE, Volt, Die Linke, Karlsruher Liste, Stadtrat Braun. Das ist Ö 232 zu dem Thema, dann Ö 233, ein SPD-Antrag, queerKastle muss erhalten bleiben. Die beiden unterscheiden sich in der einmal Dynamisierung, einmal Nicht-Dynamisierung, sonst ist der Betrag vergleichbar. Und wir haben einen Antrag der GRÜNEN, Fonds zur Förderung der Sichtbarkeit, als Konzeptionsantrag mit Sperrvermerk.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Mit der Agenda „Vielfalt in Karlsruhe“ haben wir im Herbst 2019 hier in Karlsruhe einen Weg zur Förderung von queerer Sichtbarkeit eingeschlagen. Es hat sich dann auch zwei Jahre später das Queere Zentrum gegründet. queerKastle betreibt das jetzt. Wir unterstützen das vonseiten der Stadt mit einem Mietkostenzuschuss, den wir GRÜNE und weitere Fraktionen auch in voller Höhe erhalten wollen. Wir fordern zudem, das haben Sie jetzt gesagt, die Dynamisierung, also auch, dass wir als Stadt die Mietkostenerhöhung mittragen und so dem Zentrum und auch queerKastle den weiteren Betrieb sichern. Wir GRÜNE fordern zudem Mittel zur Steigerung der queeren Sichtbarkeit, einen Queer Diversity Fonds, denn Queerfeindlichkeit, Hass und Hetze haben hier nichts verloren. Die Diskriminierung gegenüber queerer Menschen nimmt leider zu. Beispielsweise bekomme ich am CSD-Berichte von Besucher*innen, dass sie schon beim Hausverlassen

wegen ihrer Regenbogenfahne, wirklich nur wegen ihrer Fahne angefeindet werden. Das macht mich traurig, und das macht mich wütend. In so einer Stadt will ich nicht leben. Ich möchte hier tragen können, was ich will. Ich möchte hier bunt sein können, wie ich will. Und auf jeden Hasskommentar, der gerade unter meinem Video genau zu diesen Anträgen gepostet wird, reagiere ich einfach mit noch mehr Regenbogen. Wir kürzen beim CSD, die entsprechenden Anträge sind heute leider nicht durchgegangen. Wir kürzen auch bei den Pride Pictures oder auch zum Beispiel bei der LSBTIQ-Beratung, bei Pro Familia.

Liebe Kolleg*innen, dieser Fonds, mit dem könnten wir hier jetzt einiges wieder auffangen, was wir jetzt an anderer Stelle gekürzt haben, um hier queeren Menschen auch zu signalisieren, bei uns seid ihr sicher, bei uns könnt ihr so sein, wie ihr seid und hier auch noch einmal uns alle stärken.

Stadtrat Hofmann (CDU): Den Antrag für den Raum, den queerKastle sich jetzt wunderschön eingerichtet hat, den haben wir damals mit unterstützt. In dem Abstimmungsverhalten bei der letzten Haushaltsberatung ist da ein bisschen was schief gelaufen. Deswegen ist damals schon eine Kürzung leider reingekommen. Von daher tragen wir den Antrag der SPD jetzt auch mit. Das macht Sinn, weil das ist unser Antrag auch von damals. Und das ist wirklich auch eine hervorragende Location, die dort auch zum Schutz von queeren Menschen eingerichtet wurde. Wir sind jederzeit bereit, auch hier immer zu unterstützen. Allerdings, wenn, dann sollte die Akzeptanz auch für alle gelten. Wir haben dies aber mit queerKastle auch ausdiskutiert. Sie haben uns da auch unterstützt. Denn so wie Ausgrenzung ist, sollte sie auch nicht zum Beispiel gegen uns gehen, dass wir zum Beispiel vom CSD ausgeschlossen wurden als CDU. Auch dies sollte man sich in Zukunft einfach überlegen. Trotzdem unterstützen wir den Antrag und gehen hier auch entsprechend mit.

Stadtrat Tröndle (SPD): Wir würden unseren Antrag zurückziehen und für den interfraktionellen Antrag stimmen, weil wir sehen, ebenso wie die Antragstellenden, dass die Schutzräume und die Sichtbarkeit für die queere Community, für uns als Stadt der Vielfalt eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Deswegen gehen wir gerne dem interfraktionellen Antrag mit. Bei dem Fonds zur Förderung der Sichtbarkeitsstärkung, da sind wir eher skeptisch, und den würden wir im Moment noch ablehnen.

Stadtrat Gaukel (Volt): Ich kann mich vielen davon schon anschließen. Wir hatten auch vorherin nicht geredet, aber auch den CSD und die Queer Pictures hätten wir gerne im Haushalt noch mit drin gehabt. Daher sind wir natürlich auch froh, wenn wir das über so einen Fonds, der gerade auch zielgerichtet wäre, der gerade in dem Jahr dann das Geld braucht oder nicht, das noch einmal über Bande spielen können. Aber vor allem queerKastle ist für uns der zentrale Antrag, was die queere Sichtbarkeit angeht in diesem Haushalt, weil dort sich auch diese ganzen Gruppen, die wir jetzt auch dann teilweise leider gekürzt haben, sich dort treffen, und deswegen ist es auch sehr gut, wenn wir diese eingeplante Kürzung, die automatisch in der Mittelfrist drin war beim letzten Mal, nicht mitgehen, weil da war die Theorie, die tragen sich dann über Mietkosten. Aber es sind genau die Vereine, die wir jetzt auch oder die leider die Mehrheit dieses Hauses jetzt auch gekürzt hat, die dort diese Mietkosten dann zahlen sollten. Von daher, dass das nicht aufgeht, ist klar.

Generell, wir sehen es in der Gesellschaft, Frau Fahringer hat da auch Beispiele gebracht, der Ton wird rauer, gerade vom rechtsextremen Rand, von daher, das ist ein großes Problem. Wir hatten es auch hier in Karlsruhe im Rahmen vom CSD, das Beschmieren der

Infostände, die Infostände bei dem Regenbogenstreckenabschnitt, der jetzt leider auch weggebaggert wurde. Wir hatten den Eierwurf auf das Queere Zentrum. Von daher, es ist real hier in Karlsruhe, die Bedrohung. Von daher müssen wir da mehr tun. Wir hatten auch schon den bunten Bänke-Antrag beziehungsweise bunte Symbole, der kostengünstig war. Und gerade auch, wenn wir einen Fonds hätten, um genau solche Dinge dann auch unterjährig durchzuführen, weil wir leider heute nicht mitgehen. Wir gehen dann in zwei Jahren mit, das ist dann auch ein bisschen ein Problem, liebe SPD. Das zum Fonds, lässt uns auf jeden Fall das Queere Zentrum aber erhalten und dafür sorgen, dass wir in Karlsruhe weiterhin ein sicherer Platz für alle Menschen sind.

Stadträtin Kaufmann (Die Linke): Es wurde schon viel gesagt zu queerKastle. Für uns war das ein ganz großes Anliegen, hier uns schützend davorzustellen, gerade auch in dieser schwierigen Haushaltslage, trotzdem das Zentrum zu erhalten und auch auf jeden Fall diese Mietkostenerhöhung auch mitzutragen. Deswegen vielen Dank, liebe SPD, dass ihr auch jetzt mitgeht bei unserem interfraktionellen Antrag. Und darum appelliere ich auch noch einmal an die FDP-Fraktion, hier vielleicht auch uns die Unterstützung zu schenken. Das wäre einfach ein sehr wichtiges Signal für die queere Community in Karlsruhe.

Gleichzeitig finden wir auch den Antrag der GRÜNEN hier mit dem Fonds für queere Sichtbarkeit eine gute Sache, vor allem, weil leider vorhin die anderen Anträge von uns nicht durchgegangen sind. Und da hoffen wir einfach, dass andere queere Gruppen und Initiativen auch so dazu kommen, eine Förderung zu bekommen von uns. Deshalb bitte ich Sie um Ihre Unterstützung.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortbeiträge, dann kommen wir zu den Anträgen. Ich habe es jetzt so verstanden, dass die SPD dem interfraktionellen Antrag beitreten würde. Die CDU würde da auch mitgehen. Dann rufe ich jetzt den **interfraktionellen Antrag** auf. Der begehrt, dass wir diese 8.400 Euro 2026 ergänzen und eine zweiprozentige jeweilige Anpassung von Jahr zu Jahr vornehmen. Und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Da haben wir **mehrheitliche Zustimmung**.

Wir kommen zu dem **Ö 234**, Antrag der GRÜNEN. Da geht es um den Fonds über 15.000 Euro zur Förderung und Sichtbarkeit, der Sichtbarkeit und Stärkung der queeren Vielfalt. Und auch das stelle ich jetzt hier zur Abstimmung. Und zwar ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 235: HHS4_GR54 - Streichung der Gewaltpräventionsmittel
(Vorlage: 2025/1154)

Antrag Ö 236: HHS4_GR54 - Mit Projektzuschüssen die Gewaltprävention in der Kinder- und Jugendhilfe fördern (Interfraktioneller Antrag: Die Linke, SR Braun)
(Vorlage: DHH/2025/5013)

Ich rufe auf, einen weiteren Vorschlag aus der Verwaltung, die Streichung der Gewaltpräventionsmittel unter **Ö 235**. Und dazu gibt es einen interfraktionellen Änderungsantrag der Linken und Herrn Stadtrat Braun, auf diese Streichung zu verzichten.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Wir sprechen uns gegen die Streichung der Mittel für die Gewaltprävention an Schulen aus. Damit konnten nämlich wichtige pädagogische Angebote gefördert werden, die Kindern und Jugendlichen helfen, ihr Umfeld zu reflektieren, Konflikte konstruktiv zu lösen. Studien zeigen, dass jeder investierte Euro in Gewaltprävention hohe Folgekosten spart und einen klaren Nutzen für die Gesellschaft hat. Angesichts der alarmierend hohen psychischen Belastungen bei Minderjährigen, besonders übrigens bei Mädchen und benachteiligten Gruppen, sind solche Präventionsmaßnahmen unerlässlich, denn diese Belastungen sind unmittelbar verknüpft mit Konflikten im sozialen Umfeld und mit Gewalterfahrungen. In solchem Kontext Mittel sowohl für die Schulsozialarbeit als auch für die Gewaltprävention zu streichen, hat desaströse Konsequenzen zur Folge.

Der Vorsitzende: Wir kommen damit zur Abstimmung über den **Änderungsantrag der Linken und Herrn Stadtrat Braun**, auf diese Reduzierung der Mittel zu verzichten. Und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Wir können damit darauf verzichten, dass ich dasselbe noch einmal positiv hier zur Abstimmung stelle, was die Verwaltung vorgeschlagen hat. Da sind Sie, glaube ich, auch meiner Meinung.

Antrag Ö 237: HHS4_GR56 - Projekteinstellung Muttersprachliche Kita-Lots*innen (AWO) - Aufgabe bleibt erhalten
(Vorlage: 2025/1157)

Antrag Ö 238: HHS4_GR56 - Muttersprachliche Kita-Lots*innen
(SPD, Die Linke)
(Vorlage: DHH/2025/5021)

Antrag Ö 239: HHS4_GR56 - Geringere Einsparungen beim Projekt: Muttersprachliche Kita-Lots*innen (Volt)
(Vorlage: DHH/2025/5038)

Wir kommen damit zu einem weiteren Vorschlag der Verwaltung, der Projekteinstellung Muttersprachliche Kita-Lots*innen. Ich will ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Aufgabe als solche dennoch weiter im Fokus bleibt. Es gibt hier verschiedene Anträge dazu, unter Ö 238 einen Antrag der SPD und einen Antrag der Linken, das in der bisherigen Höhe zu erhalten. Das wären 40.000 Euro. Und dann gibt es unter Ö 239 einen Antrag von der Volt-Fraktion, es mit 30.000 Euro wieder aufzunehmen.

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Wir haben ein Problem. Es gibt noch wenige Kinder, die nicht in die Kitas gehen. Und es sind häufig genau die Kinder, die die Kita für Bildungsgerechtigkeit am dringendsten nötig hätten. Genau da setzt dieses muttersprachliche Kita-Lots*innen-Projekt an. Deswegen ist es ein gutes, es ist ein durchweg unterstützenswertes Projekt. Deswegen werden wir dem Antrag der SPD und der Linken, danke für den Antrag, auch zustimmen.

Ich möchte aber trotzdem drei Sachen dazu sagen. Das eine ist, es ist schon richtig, auf Dauer sollte das eine Aufgabe sein, die von der Struktur, die wir zum Beispiel in den KiFaZen haben, getragen werden sollte. Das heißt, wir müssen schon diesen Prozess, glaube ich, gehen, dass wir das als Regelaufgabe begreifen. Das Zweite ist, nicht nur Kinder, die aus migrantischen Communities kommen, haben es schwierig, in Kitas zu kommen, sondern zum Beispiel auch Kinder mit sozialemotionalem Mehrbedarf oder Kinder aus finanziell benachteiligten Familien. Die müssen wir genauso mit erfassen. Das heißt, wir müssen es eigentlich noch ausdehnen, diese Arbeit. Und das wäre dann die Aufgabe der KiFaZe. Und das Dritte fällt mir gerade nicht ein, aber es reicht, glaube ich, auch.

Stadträtin Schmid (SPD): Unser Antrag zur Förderung der muttersprachlichen Kita-Lots*innen steht für einen zentralen sozialdemokratischen Anspruch, gleiche Chancen von Anfang an. 40.000 Euro im Jahr ermöglichen ein Angebot, das Familien mit Migrationsgeschichte überhaupt erst den Zugang zum Kitasystem und damit perspektivisch zur frühkindlichen Bildung eröffnet. Die Lots*innen unterstützen bei Portalanmeldungen, Verträgen und Anträgen. Sie übersetzen nicht nur Sprache, sondern sie übersetzen unser System. Und dieser Punkt ist mir persönlich besonders wichtig. Viele dieser Familien scheitern nicht am Willen, sondern an der Komplexität unseres Systems. Kita-Lots*innen schließen genau diese Lücke, eine Lücke, die Kitas im Alltag nicht schließen können und die allgemeine Beratung nicht abdeckt. Frühkindliche Bildung ist Prävention, und es ist auch noch wirtschaftlich sinnvoll. Jeder Euro, den wir hier investieren, spart später ein Vielfaches bei Sprachförderung, Jugendhilfe und auch im Verwaltungsaufwand. Deshalb steht die SPD-Fraktion geschlossen hinter diesem Antrag und bittet um ihre Unterstützung.

Stadträtin Geißinger (Volt): Inhaltlich kann ich mich jetzt meinen zwei Vorredner*innen definitiv anschließen. Ich möchte an der Stelle erwähnen, es wird ohnehin der weitestgehende zuerst abgestimmt. Falls der durchgehen sollte, würden wir uns dem anschließen, auch wenn wir einen auf 30 gestellt haben, Entschuldigung. Wir würden insofern den trotzdem aber aufrechterhalten, falls die 40 nicht durchgehen sollten, das nur kurz als Hinweis.

Stadträtin Kaufmann (Die Linke): Warum sind uns die muttersprachlichen Kita-Lots*innen so wichtig? Sie sind echte Brückenbauer*innen. Sie helfen Familien mit Zuwanderungsgeschichte beim Start in das deutsche Kita-System. Sie übersetzen bei Elterngesprächen, und sie bauen kulturelle Hürden ab. Sie entlasten die Erzieher*innen, die eh schon am Limit arbeiten. Fällt dieses Angebot weg, verschärft sich die Benachteiligung von Kindern, die kein Deutsch zu Hause sprechen. Das kann langfristig zu deutlich hohen Folgekosten führen, das wurde schon gesagt, zum Beispiel bei der Sprachförderung, Integrationsmaßnahmen oder der Jugendhilfe. Zudem ist das Projekt auch ein Schlüssel für die Eltern. Die Eingewöhnung und Betreuung der Kinder verhilft den Eltern bei der erfolgreichen Ein- bzw. Wiedereingliederung in das Erwerbsleben. Das Projekt der AWO ist für uns beispielhaft und

dringend notwendig für Chancengleichheit in unserer Stadt, weswegen wie auch hier weiterhin die nötigen Mittel zur Verfügung stellen sollten.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortmeldungen. Wir kommen damit zur Antragsbearbeitung. Ich rufe auf unter **Ö 238** den Antrag der SPD und den Antrag der Linken, die inhaltsgleich sind und begehren, dass wir auf diese Kürzung verzichten. Ich darf um das Votum bitten ab jetzt. – Das ist eine **Mehrheit**. Damit ziehen wir unseren Einsparvorschlag zurück, weil er sich mit dem Ergänzungsantrag erledigt hat. Und der Antrag der Volt hat sich damit auch erledigt.

Antrag Ö 240: HHS4_GR57 - Projekteinstellung Hebammen in Familienzentren (Freiberufliche Hebammen)
(Vorlage: 2025/1158)

Antrag Ö 241: HHS4_GR57 - Hebammen in Familienzentren erhalten (Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, Volt, KAL, Die Linke)
(Vorlage: DHH/2025/5029)

Antrag Ö 242: HHS4_GR57 - Hebammen in Familienzentren erhalten (Interfraktioneller (GRÜNE, Volt, KAL)
(Vorlage: DHH/2025/5039)

Wir kommen damit auf der Seite der CDU, Seite 272 zu unserem Vorschlag Projekteinstellung Hebammen in Familienzentren. Hier gibt es auch zwei Anträge zu dem Thema, einmal ein Antrag der Linken unter Ö241 und ein interfraktioneller Antrag GRÜNE, Volt und Karlsruher Liste unter Ö 242, jeweils diese Leistungen zu erhalten. Ich gucke in die Runde.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Zum interfraktionellen Antrag von Volt, Karlsruher Liste und uns gleich anknüpfend, zur Aussage, gleiche Chancen von Anfang an. Darum geht es auch noch ein paar Jahre zurück gegenüber der Kita. Die Hebammensprechstunden sollen erhalten bleiben. Sie sind uns wichtig, und zwar unter Gesichtspunkten der Sozialarbeit durchaus, weil sich herausgestellt hat, ganz anders als es ursprünglich beabsichtigt war mit den Hebammensprechstunden, dass dadurch Menschen an die frühen Hilfen gebunden werden, die man sonst überhaupt nicht erreicht hätte. Und sie sind natürlich präventiv, weil Familien, die manches Mal überfordert sind, mit ihren neugeborenen Babys unterstützt werden. Allerdings werden wir darauf achten, dass die Gelder nicht bei den frühen Hilfen eingespart werden. Da darf keinesfalls irgendwo was gestrichen werden. Das ist uns vollkommen klar. Die Sprechstunden werden außerdem, möchte ich noch dazu sagen, um 8.000 Euro gekürzt.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Das Projekt richtet sich an Schwangere und Wöchnerinnen, die keine Hebamme gefunden haben. Die Versorgungslage für Schwangere in Karlsruhe hat sich mit dem Wegfall der aufsuchenden Wochenbettbetreuung verschlechtert. Der bundesweit vorherrschende Engpass durch Hebammen trifft besonders vulnerable Gruppen hart. Und hier leistet das Projekt durch die Niedrigschwelligkeit einen zentralen Beitrag sowohl zu sozialen als auch zu gesundheitlichen Chancengleichheit in Karlsruhe. Das Projekt übernimmt Aufgaben der medizinischen Grundversorgung für Frauen, die andernfalls keine

Leistung erhielten, die ihnen zusteht. Wir sehen es als unbedingt notwendig, das Projekt in vollem Umfang weiter zu fördern und bitten hierfür um Zustimmung.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt zwei Anträge. Der weitergehende Antrag ist der **Antrag der Linken**, der die volle frühere Summe von 58.000 Euro wieder einstellen möchte. Und den stelle ich jetzt hier zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. Das wird **mehrheitlich abgelehnt**.

Dann rufe ich den **interfraktionellen Antrag** GRÜNE, Volt, Karlsruher Liste auf, der statt der ursprünglich 58.000 Euro jetzt 50.000 Euro wieder einstellen möchte. Und auch da bitte ich Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Dieser Änderungsantrag findet eine **Mehrheit**, und damit können wir, glaube ich, den Einsparvorschlag der Verwaltung uns schenken hier, denn Sie haben dann die 50.000 Euro hier so eingestellt. Ich mache jetzt keinen extra Antrag noch, dass wir die 8.000 Euro sparen. Das haben Sie schon indirekt gemacht.

Ich weise in der ersten Veränderungsliste noch einmal drauf hin auf eine ganze Reihe von Umbuchungen und allem Möglichen, was da auf diesen Seiten noch so passiert.

Antrag Ö 243: Institutionalisierte Trägertische für begleitendes Monitoring zu den Auswirkungen der Haushaltskürzungen bei der Sozial- und Jugendbehörde (Die Linke)
(Vorlage: DHH/2025/5001)

Wir können jetzt weitergehen auf einen Antrag, der das gesamte Kapitel quasi betrifft, nämlich einen Antrag der Linken unter der Ordnungsziffer Ö 243, Institutionalisierte Trägertische für begleitendes Monitoring zu den Auswirkungen der Haushaltskürzungen bei der Sozial- und Jugendbehörde.

Stadträtin Kaufmann (Die Linke): Die im Doppelhaushalt vorgesehenen Kürzungen von insgesamt 20 Millionen Euro im Teilhaushalt Jugend und Soziales gefährden die soziale Stadt erheblich. Es wird immer klarer, auch mit den Dingen, die wir jetzt schon beschlossen haben, dass es zu gravierenden Einschnitten kommen wird, die Folgen haben werden. Aus diesem Grund möchten wir Trägertische einrichten, die zum Ziel haben, die Akteur*innen der sozialen Arbeit, welche von den Kürzungen betroffen sind, regelmäßig und gezielt über die Auswirkungen der verschiedenen Haushaltsmaßnahmen berichten zu lassen. Insbesondere bei Kürzungen bei den freien Trägern könnte es zu massiven Folgekosten für die sozialen Organisationen selbst als auch für die angewiesenen Menschen mit Hilfebedarf kommen. Es stellt sich die Frage, ob durch diese Einschnitte wirklich finanzielle Ressourcen gespart werden können oder ob die Kosten eher in die Zukunft verlagert und dadurch nochmals vervielfacht werden. Daher halten wir es für unbedingt notwendig, den betroffenen Trägern eine regelmäßige Plattform zu bieten, um sich mit Verwaltung und Gemeinderät*innen zu ihrer aktuellen Lage sowie zu möglichen negativen Folgewirkungen austauschen zu können. Darüber wird es möglich, wenn nötig, nachzusteuern. Die Trägertische sollen als begleitendes Monitoring anstatt einer starren und kostenintensiven Erhebung gleichzeitig eine intensivere Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren anregen.

Die Verwaltung sagt, im Jugendhilfe- und Sozialausschuss sind bereits die Träger der Wohlfahrtspflege vertreten. Es sind aber nicht alle dort, die jetzt betroffen sind. Und zudem gibt es dort nicht ausreichend Raum, um die Auswirkungen wirklich dezidiert nacheinander zu besprechen und daraus die nötigen Ableitungen zu treffen. So wäre es doch zumindest als

zeitlich begrenztes Format in den nächsten zwei Jahren bis zum nächsten Doppelhaushalt einmal wichtig, solche Trägertische zu organisieren. Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit und hoffentlich auch Ihre Unterstützung.

Der Vorsitzende: Ja, vielen Dank, wir kommen damit zur Abstimmung, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 244: Internationales Begegnungszentrum (IBZ) (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/5003)

Antrag Ö 245: Reduzierung Dolmetscherpool (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/5005)

Antrag Ö 246: Türkische Elterncafés (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/5006)

Antrag Ö 247: Flüchtlingshilfe Karlsruhe (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/5007)

Antrag Ö 248: Freundeskreis Asyl (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/5008)

Antrag Ö 249: Freunde für Fremde (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/5009)

Wir kommen zu einer Reihe von AfD-Anträgen, die sich mit weitergehenden Kürzungen hier beschäftigen. Die waren, glaube ich, vorne zum Teil auf dieser Liste schon drauf, aber wir hätten es dann da vorher, also sorry, wenn wir jetzt irgendwie was doppelt machen. Ich würde dennoch jetzt die Anträge einfach hier zur Abstimmung stellen und fange mit dem Antrag 244 an, AfD-Internationales Begegnungszentrum.

Stadtrat Schnell (AfD): Ich spreche jetzt zu den Anträgen Ö244 bis Ö249 in der Kürze der gebotenen Zeit. Zum IBZ, die Stadt wird um 1,9 Prozent, also 10.000 Euro kürzen. Wir halten 10 Prozent Kürzung wie bei den institutionellen Kürzungen, die die Stadt das vorgesehen hat, für sinnvoll. Mit Dolmetscherpool wollen wir, dass die Mittel auf das Niveau von 2022/2023, das waren 52.750 Euro, eingefroren werden. Bei den türkischen Elterncafés sehen wir keinen Bedarf, für so etwas Geld auszugeben. Und beim Freundeskreis Asyl, da zitiere ich nur aus der Empfehlungsliste Maßnahmen Haushalt 2026 des Büros für Integration: Zuschuss bedient ausschließlich Aufgaben der Regelstrukturen. Personen kommen zu 92 Prozent aus dem Landkreis und Baden-Württembergischen Umland, davon 76 Prozent Personen aus der LEA. Und dessen halten wir den Zuschuss hierfür entbehrlich.

Bei den anderen beiden Anträgen ist es so, dass die Mittel auch für Personen zufließen, die keine Bleibeperspektive haben. Und deshalb wollen wir diese Zuschüsse auch nicht haben.

Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Wie wir bereits beim Antrag zur Fachstelle Demokratievielfalt gesehen haben, hat die AfD ein grundlegendes Problem mit Einrichtungen, die sich klar gegen Rechtsextremismus und menschenfeindliche Ideologien positionieren,

Einrichtungen, die sich täglich für eine demokratische, weltoffene und vielfältige Stadtgesellschaft einsetzen. Entweder will sie die Zuschüsse gleich komplett einstellen oder sie kürzt so stark, dass die Angebote in ihrer Existenz massiv gefährdet sind. Auch die sechs genannten Kürzungsvorschläge im Bereich Integration zeigen ein klares Muster. Ob IBZ, Dolmetschenden-Pool oder Elterntreffs, die drastischen Einsparungen und vor allem die vorgebrachten Argumente zeugen von erschreckender Unkenntnis der wichtigen Integrationsarbeit der Akteur*innen. Die Geringschätzung des langjährigen Engagements für Teilhabe und sozialen Zusammenhalt ist bitter, aber wenig überraschend. Besonders schäbig ist das Narrativ der AfD bei den Projekten für Geflüchtete, von Freundeskreis Asyl, Flüchtlingshilfe Karlsruhe und Freunde für Fremde. Die altbekannte Strategie der Polarisierung in Freund und Feind, in die Bürger und die Fremden, die Rede von den Geldern für Integration, die den Bürgern nicht aufgebürdet werden darf, auf welchem Menschenbild basieren solche Aussagen?

Wir danken der Verwaltung ausdrücklich dafür, dass sie einen anderen Weg geht. Die Projekte wurden sorgfältig geprüft und in ihrer jeweiligen Einzigartigkeit wertgeschätzt. Alle Angebote tragen dazu bei, die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte zu ermöglichen. Sie sind gerade jetzt unverzichtbar. Angesichts der Konsolidierungsziele und ausgehend von sich verändernden Bedarfen wird es Kürzungen und Weiterentwicklungen geben. Entscheidend aber ist, dass all diese Angebote in ihrer Grundstruktur erhalten und in ihrer Funktionsfähigkeit gesichert bleiben.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Ich rufe auf den Antrag **Ö 244**, Internationales Begegnungszentrum, und bitte um Ihr Votum ab jetzt. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich rufe auf **Ö 245**, Reduzierung Dolmetscherpool. Wir müssen einen Moment warten und bitte auch da um Ihr Votum ab jetzt. - Auch das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich rufe auf **Ö 246**, türkische Elterncafés. Und da stimmen wir ab, ab jetzt. - **Mehrheitlich abgelehnt**.

Wir kommen zu **Ö 247**, Flüchtlingshilfe Karlsruhe. Und auch da stimmen wir ab, ab jetzt. - **Mehrheitlich abgelehnt**.

Ich rufe auf **Ö 248**, Freundeskreis Asyl. Wir müssen einmal einen Moment warten, und da geht es dann weiter ab jetzt. - **Mehrheitlich abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zu **Ö 249**, Freunde für Fremde. Und können abstimmen ab jetzt. - Auch das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag Ö 250: Kulturküche (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/5011)

Ich rufe auf den Antrag der AfD unter **Ö 250**, Kulturküche.

Stadtrat Stolz (AfD): Die städtische Subventionierung einer gastronomischen Einrichtung ist keine Pflichtaufgabe und verzerrt den Wettbewerb zulasten privater Betriebe. Aber neben

dem gastronomischen Aspekt sehen wir Doppelstrukturen innerhalb der Stadt. Ähnliche Angebote existieren bereits städtisch oder auch städtisch gefördert. In der Haushaltslage müssen wir provisorieren.

Der Vorsitzende: Ich sehe keine Wortmeldung weiter, dann können wir da zur Abstimmung kommen, und ich rufe auf **Ö 250** und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Auch das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag Ö 251: Ausweitung des Informationsportals AniKa im Themenbereich Arbeit
(Volt, Arbeitskreis Integrationsausschuss)
(Vorlage: DHH/2025/5004)

Antrag Ö 252: Empfehlungsliste Bereich Integration für Doppelhaushalt 26/27
(Vorlage: 2025/0540)

Antrag Ö 253: Ausweitung des Informationsportals AniKa im Themenbereich Arbeit (Volt)
(Vorlage: DHH/2025/5034)

Wir kommen damit zum Arbeitskreis Integrationsausschuss, der unter Ö 251 die Aufnahme und dauerhafte Finanzierung des Projekts AniKa hier begehrt. Und wir haben unter Ö 253, Volt, Ausweitung des Informationsportals AniKa im Themenbereich Arbeit.

Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Ich würde gern zum Antrag des Arbeitskreises Integrationsausschuss sprechen. AniKa hat sich als niedrigschwellige digitale Anlaufstelle für Neuzugewanderte und Geflüchtete seit 2018 erfolgreich etabliert und ist zum zentralen Baustein der Karlsruher Willkommensstruktur geworden. Die Plattform informiert inzwischen in 14 Sprachen über integrationsrelevante Angebote, wie zum Beispiel Spracherwerb, Bildung und Arbeit. Mit AniKa sind wir auf dem Karlsruher Weg im Bereich der Integration einen Riesenschritt weitergekommen. Das Angebot erleichtert Neukarlsruher*innen, und das ist für uns entscheidend, egal woher sie kommen, das Ankommen und die gleichberechtigte Teilhabe. Um AniKa dauerhaft und nachhaltig nach innen und außen zu stärken und als Marke der Stadt zu etablieren, braucht es aber jetzt, nach sieben Jahren, endlich Planungssicherheit. Diese ist aus unserer Sicht durch eine befristete Finanzierung über den Flüchtlings- und Integrationsfonds nicht gewährleistet. Hinzu kommt, dass der Fonds dadurch belastet würde und weniger Gestaltungsspielraum für neue Bedarfe wäre. Da der Integrationsbereich mit differenzierten Sparvorschlägen wesentlich zu den Einsparungen und zu den Konsolidierungszielen im städtischen Haushalt beiträgt, ist eine Verstärkung aus unserer Sicht vertretbar. Wir befürworten damit den Antrag des AK-Integrationsausschusses.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Wir halten das Angebot auch für sinnvoll, aber es sollte weiter aus dem Integrationsausschuss finanziert werden und da bleiben, dann könnte es weiterlaufen. Das würden wir gerne so haben.

Stadtrat Tröndle (SPD): Wir unterstützen die Arbeit des Integrationsausschusses, das Projekt AniKa, das ein Erfolgsprojekt ist. Die Kollegin Sardarabady hat es schon angesprochen, seit

Jahren, seit 2019, immer weiter von uns dann beschlossen wird und wir wollen das jetzt auch verstetigt wissen. Wir sehen das auch als Wertschätzung gegenüber dem Arbeitskreis Integrationsausschuss, der mit unheimlichem Feuereifer, Engagement und vor allem gegenseitiger Wertschätzung unheimlich viel Integrationsarbeit leistet, und zwar mit Freude. In diesem Zusammenhang will ich noch ganz kurz auf die Anträge, die wir vorher behandelt haben, eingehen.

Ich verstehe vieles nicht mehr. IBZ minus 10 Prozent, Dolmetscherpool minus 10 Prozent, Türkisches Elterncafé, kein Bedarf, Flüchtlingshilfegelder streichen, Fremde für Freunde, Gelder streichen, Kulturküche sei gastronomische Einrichtung, die subventioniert wird von uns. Ich glaube also, und das ist unser Grundproblem, wir leben in verschiedenen Welten. Wir stehen hier, die breite Mehrheit des Hauses, für Vielfalt, für Wertschätzung, für Gerechtigkeit, für Demokratie. Ich weiß nicht, Herr Seidler, Sie haben vorhin gesagt, und die wählen dann doch die Blauen. Also unserer Einschätzung nach haben Sie einen Integrationsbegriff, der gar keiner ist. Wir haben einen und wollen den weiter ausbauen.

Stadtrat Nguyen (Voll): Meine Vorredner*innen haben eigentlich schon alles gesagt. Wenn wir uns austauschen mit europäischen Mandatsträger*innen, bringen wir auch Best Practices aus Karlsruhe, darunter auch jetzt hier diese Plattform, und die wurde wirklich begeistert wahrgenommen und auch wieder zurückgebracht in die europäischen Städte. Also das ist auch wirklich ein Beispiel dafür, dass wir auch einmal innovativ sein können mit solch einer Plattform. Wir haben hier die klare Empfehlung des AKIs und die Evaluation aus dem Integrationsausschuss bestätigt auch den Erfolg dieser Plattform, und deswegen ist auch diese Verstetigung für uns ein Symbol der Wertschätzung und auch ein Symbol für Planungssicherheit. Und daher ist diese Verstetigung folgerichtig, und wir werben hierfür.

Der Vorsitzende: Wir haben jetzt hier ein bisschen ein Problem. Es gibt eine Informationsvorlage, die das Ergebnis der Empfehlungsliste aus dem Integrationsausschuss ist und die drei getrennte Maßnahmen behandelt, nämlich Beratungsstelle Grenzenlos, soziale Beratung, Begleitung und AniKa. Und eigentlich wäre es ausreichend, aus diesem Flüchtlingshilfefonds diese 55.000 Mittel zu nehmen. Jetzt verstehe ich aber den Begehr des Arbeitskreises Integrationsausschuss so, dass man das im Haushalt als eigene Position verankert und damit dauerhaft abgesichert haben möchte und eben nicht der jährlichen oder zweijährigen Beschlussfassung aus diesem Integrationstopf entnehmen möchte. Es würde aber natürlich den Haushalt um diese zusätzlichen Mittel erst einmal reduzieren, weil wir diesen Fonds gleichzeitig als weiteren Fonds über 160.000 Euro im Haushalt stehen haben.

Jetzt habe ich das formale Problem, dass das eine Informationsvorlage ist, die wohl auch in Session steht, und dass hier aber jetzt eine Entscheidung von Ihnen letztlich gebraucht wird. Unter Ö 252 gibt es die Informationsvorlage. Jetzt wäre mein Vorschlag, dass wir darüber abstimmen, dass diese Mittel aus diesem Fonds genommen werden und dass es die Empfehlung gibt, diese Mittel dann noch einmal aus dem Fonds grundsätzlich rauszunehmen und separat reinzustellen. Dann wird der Fonds halt entsprechend um diese Mittel reduziert. Damit hätten wir es dauerhaft im Haushalt verankert. Wäre das ein Weg, über den wir reden können? Okay.

Wir können auch Folgendes machen. Also ich kriege hier unterschiedliche Zurufe, ob wir über diese Informationsvorlage auch noch abstimmen müssen oder nicht, was üblicherweise bei einer Informationsvorlage gar nicht der Fall ist. Es steht aber auf der

Informationsvorlage drauf, dass wir eine Entscheidung treffen müssen. Ja sorry, ich kann es im Moment nicht aufklären. Insofern würde ich gern dieses Thema dieser Informationsvorlage auf morgen früh nehmen, vor dem Schulbereich dann aufrufen. Wir nehmen das Thema AniKa mit dazu und rufen es einfach noch einmal auf. Ich würde Ihnen noch einmal die Informationsvorlage in eine Beschlussvorlage umfriemeln und ergänzend können Sie dann beantragen, dass wir diese Mittel raus nehmen und dauerhaft im Haushalt verankern für AniKa. Dann wird aber der Fonds kleiner.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Also wir haben formal auch den Antrag von Extern vorliegen, über den wir abstimmen könnten, und den Antrag der Volt-Fraktion. Das heißt, wenn es jetzt nur darum geht, ob wir über irgendetwas zu Beschließendes beschließen können, haben wir eventuell was. Falls es doch nicht sicher ist, können wir es auch morgen machen.

Der Vorsitzende: Das ist eben die Frage. Wir haben das Geld aus diesem Fonds. Von daher hat sich der Antrag, was die finanzielle Höhe betrifft, eigentlich erledigt. Ich verstehe den Antrag aber auch so, dass man begehrt, dauerhaft im Haushalt mit einer eigenen Haushaltsposition verankert zu werden. Und darüber müssten Sie dann abstimmen, und dann wäre es für uns als Verwaltung aber sinnvoll, dass wir dennoch das Geld aus diesem Flüchtlingsfonds rausnehmen, damit wir es nicht noch zusätzlich draufpacken. Das müssen Sie dann aber ein Stück weit akzeptieren. Wir können es auch getrennt abstimmen.

Stadtrat Nguyen (Volt): Noch einmal kurz auch zur Aufklärung unseres eigenen Antrags. Der sieht vor, dass, falls eine dauerhafte Finanzierung jetzt beschlossen wird, wir aber zusätzlich diese Finanzierung noch einmal erweitern wollen, also und auch nicht über einen Fonds, weil wir sehen, dass die vorhandenen Mittel nicht ausreichen, um auch das gesamte Optimierungspotenzial dieser Plattform auszuschöpfen.

Der Vorsitzende: Gut, dann verstehe ich es so, dass Volt begehrt, diese 55.000 Euro unabhängig von dem 160.000-Euro-Fonds noch in den Haushalt einzustellen. Das ist der weitestgehende Antrag.

Stadträtin Geißinger (Volt): Das war der ursprüngliche Gedanke, aber wenn die Mehrheit das aus dem Fonds nimmt, dann ist es für uns fine. Das können wir abstimmen, und unser Antrag sieht die Erweiterung vor. Das hat aber erst einmal nichts damit zu tun, sondern nur, dass es erweitert wird, aber den können wir gleich im Nachgang abstimmen. Für uns ist es in Ordnung, wenn die Mehrheit es so möchte, das aus dem Fonds zu nehmen, und ich würde das auch bevorzugen, wenn wir das heute erledigen, ehrlich gesagt.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Wir haben formal vorliegen den Antrag des Arbeitskreises Integrationsausschuss, sehr knapp gehalten, Aufnahme und dauerhafte Finanzierung des Projektes AniKa im Doppelhaushalt. Das ist unser Antrag, und Sie können als Gegenfinanzierung vorschlagen, was Sie gerade eingebracht haben, haben Sie vorhin auch schon an zwei Stellen gemacht. Ich glaube, so funktioniert es dann auch.

Der Vorsitzende: Okay, dann würde ich diesen Antrag aus dem Integrationsausschuss bezogen auf AniKa dahingehend erweitern, dass wir diese Mittel aus dem Fonds nehmen, so wie es auch der in der ursprünglichen Empfehlung für dieses Jahr entspricht, aber dauerhaft als eigene Haushaltsposition in den Haushalt aufnehmen und den Fonds dann aber dementsprechend reduzieren.

Das ist jetzt der **aktuelle Antrag**, und den stelle ich jetzt hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Ich kläre bis morgen früh, ob wir die beiden anderen Fondsbestandteile hier auch noch abstimmen müssen, oder ob die Informationsvorlage reicht. Dann würde ich halt eventuell noch einmal auf Sie zukommen.

Stadtrat Nguyen (Volt): Wir haben doch den Antrag zur Erweiterung, also zur Ausweitung des Informationsportals, das ist ein eigener Antrag.

Der Vorsitzende: Da fehlt mir jetzt ein bisschen die Größenordnung, was Sie da noch erweitern wollen.

Stadtrat Nguyen (Volt): Wir unterstützen den Antrag des AKI, und der wird jetzt gegenfinanziert vorgeschlagen durch diesen Fonds. Darüber hinaus haben wir noch einen eigenen Antrag, Ö 253, zur Erweiterung.

Der Vorsitzende: Aber der ist nicht mit Geld hinterlegt. Insofern weiß ich im Moment nicht, was Sie eigentlich wollen. Frau Melchien fühlt sich beauftragt, es zu prüfen, ja? Und dann müssen Sie es noch einmal fachlich miteinander diskutieren. Dann nehmen wir das als Prüfungsauftrag jetzt an. Mir ist es im Moment zu unklar, was da erweitert werden soll, und auch, wie wir das im Haushalt abbilden. Ja, so können wir verbleiben.

Antrag Ö 254: Finanzierung der Clearingstelle für Täterarbeit für den Verein für Jugendhilfe

(Interfraktioneller Antrag Volt, Die Linke)

(Vorlage: DHH/2025/5012)

Jetzt sind wir bei der Täterarbeit beim Verein für Jugendhilfe, Finanzierung der Clearingstelle, ein Antrag von Volt und Die Linke.

Stadträtin Geißinger (Volt): Ja, entschuldigt erst einmal für die Verwirrung. Jetzt kommen wir zu einem ganz anderen Thema, aber trotzdem geht es hier um vulnerable Gruppen. Es geht um vor allem Frauen, die leider Gewalt erleben. Der Verein für Jugendhilfe macht schon seit sehr langen Jahren tolle Arbeit im Bereich Täterarbeit. Und gerade präventive Arbeit sollte auch unser Fokus sein, um so etwas künftig auch zu vermeiden. Es ist nun einmal aktuell so, dass die Clearingstelle für die Opferberatungsstelle finanziert wird, die für die Täterberatungsstelle nicht. Aber die braucht auch einen strukturellen Rückhalt, um auch langfristig planen zu können. Gerade jetzt steigen aktuell die Fallzahlen und die Rückmeldezeiten steigen, wodurch weniger Täter Hilfe annehmen. Das möchten wir so nicht stehen lassen, und deswegen haben wir auch den Antrag gestellt.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Wir sind gemeinsam hier in diesem Gemeinderat den Schritt gegangen und haben gesagt, dass wir im Bereich der Istanbul-Konvention nicht kürzen, also im Bereich Schutz und Prävention bei Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Das ist ein weiterer Schritt, und wenn wir in die Täterarbeit einsteigen, und das macht der Verein für Jugendhilfe seit Jahren sehr erfolgreich, dann haben wir auch die Chance, diese

Gewaltspiralen, die sich von Generation zu Generation weitergeben, auch wirklich zu durchbrechen. Deswegen ein Ja von uns zu diesem Antrag. Das unterstützen wir gerne, und auch diesen Verein.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Kollegin Fahringer hat es mir jetzt fast schon vorweggenommen. Auch bei uns ist das Thema, ich hatte es in unserer Haushaltsrede auch erwähnt, dass wir keine Kürzungen vornehmen wollen und keine mitgehen, wenn es um den Schutz von Frauen und Kindern geht, die von Gewalt bedroht sind. Und genau darum geht es auch hier. Wir erleben in den letzten Jahren, dass die Zahlen leider ansteigen, und entsprechend ist es natürlich auch folgerichtig, dass wir neben dem SKF und dem Verein zum Schutz misshandelter Frauen auch die Clearingstelle beim Verein für Jugendhilfe hier unterstützen. Und da sind 1.000 Euro pro Monat, also 12.000 im Jahr ein überschaubarer Betrag, mit dem wir hier auf jeden Fall etwas Gutes tun können. Deswegen gehen wir mit.

Der Vorsitzende: Mir ist nur noch einmal für das Protokoll wichtig, dass wir hier den Zuschuss nicht gekürzt haben, sondern Sie begehren eine Zuschusserhöhung, okay.

Dann stellen wir das jetzt zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Antrag Ö 255: Höhere kommunale Förderung des DRK Betreuungsvereines Karlsruhe (DRK-Ortsverein Karlsruhe-Stadt e. V.)
(Vorlage: DHH/2025/5018)

Wir kommen damit zu einem Antrag des DRK-Ortsvereins Karlsruhe Stadt e. V., Höhere kommunale Förderung des DRK Betreuungsvereins Karlsruhe, unter der Ziffer Ö 255. Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann können wir direkt in die Abstimmung einsteigen, und zwar ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 256: Erhalt der offenen Kinder- und Jugendarbeit in den Höhenstadtteilen (SPD)
(Vorlage: DHH/2025/5026)

Antrag Ö 257: Fortführung der offenen Jugendarbeit in Wettersbach (Ortsverwaltung Wettersbach)
(Vorlage: DHH/2025/5027)

Ich komme auf der Seite 268 zum Antrag der SPD, Ö 256, Erhalt der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Höhenstadtteilen. Das würde einen Umfang von 25.000 Euro zusätzlich bedürfen.

Stadträtin Ernemann (SPD): Vor einigen Jahren haben wir hier mehrheitlich im Gemeinderat beschlossen, dass auch in den Höhenstadtteilen eine städtisch bezuschusste Jugendarbeit stattfindet. Das war bis dato nicht der Fall. Es war nur in Vereinen möglich, dass die Jugendlichen betreut worden sind oder eben durch andere Organisationen, kirchliche Organisationen, KJG et cetera. Durch das Geld, das damals bewilligt worden ist, konnte die Jugendarbeit in den Bergdörfern aufgebaut werden, und das sehr erfolgreich. Wir haben mittlerweile in Stupferich, Hohenwettersbach, Wettersbach und Wolfartsweier durch den

Stadtjugendausschuss eine gut florierende Jugendarbeit in unterschiedlichen Räumlichkeiten. Ich bin ab und zu selbst auch einmal da und überzeuge mich davon. Und wir sind froh, dass wir endlich den Jugendlichen, die nicht in Vereinen und in kirchlichen Organisationen organisiert oder betreut werden wollen, was bieten wollen. Der Stadtjugendausschuss macht eine hervorragende Arbeit, und die jungen Leute, die das machen, die Mitarbeiter des Stadtjugendausschusses sind sehr motiviert. Das Projekt läuft jetzt aus, die Gelder des Stadtjugendausschusses werden nicht mehr zur Verfügung gestellt. Die Stadt kann den Differenzbetrag nicht ausgleichen. Und wir beantragen das jetzt, damit die Jugendarbeit in den Bergdörfern weiter betrieben werden kann, es wäre wirklich schade, wenn wir jetzt an einem Punkt, wo wir also gute Arbeit gemacht haben, das nicht mehr weiterführen könnten. Wir beantragen, dass jetzt dieser Differenzbetrag übernommen wird.

Der Vorsitzende: Ich würde gerne zusätzlich noch den nächsten Antrag mit aufrufen, Ö 257, von dem Ortschaftsrat Wettersbach, Fortführung der offenen Jugendarbeit. Mir sind die unterschiedlichen Beträge ehrlich gesagt nicht ganz klar. Vielleicht kann uns da noch jemand aufklären.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Dazu kann ich keine Aufklärung bieten, Herr Oberbürgermeister. Aber ich kann nicht ganz nachvollziehen, mit welcher blumigen Darstellung die Kollegin Ernemann die bisherigen Erfolge beschreibt. Ich möchte aber nicht in Abrede stellen, dass dort Arbeit geleistet wird. Nur möchte ich in Erinnerung bringen, was die Verwaltungsvorlage sagt. Diese Arbeit kann weiterbetrieben werden ohne weitere Zuwendungen. Und wir sind in einem Sparhaushalt, und deshalb seien wir jetzt einmal ein bisschen strenger und hoffen, dass es wirklich mit dem Geld weitergehen kann.

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Sie haben es gerade schon gesagt, Herr Pfannkuch. Das Wesentliche ist die Jugendarbeit in den Bergdörfern. Die finden wir auch ganz wichtig, und wir haben uns auch vom Stadtjugendausschuss noch einmal bestätigen lassen, dass es gerade in Wettersbach einen hohen Bedarf gibt. Der Stadtjugendausschuss hat vor, diesen Bedarf weiterhin zu decken, mit den bestehenden Mitteln im Haushalt. Deswegen würden wir an der Stelle ablehnen.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Wir haben zwei Anträge. Einmal schreibt die Stadt, 25.000 Euro müssten zusätzlich aufgebracht werden. Einmal heißt es, die offene Jugendarbeit erfordert 72.000 oder 163.000. Wenn das niemand aufklären kann, stelle ich halt die beiden Dinge hintereinander zur Abstimmung.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Ich würde jetzt als Ortsvorsteher sprechen. Ich hoffe, dass das nicht von der SPD-Zeit abgeht, weil ich versuche einfach nur zu erklären, wie es zu diesen zwei Zahlen kommt. Es ist nicht mein Antrag, es ist der Antrag der Ortsverwaltung Wettersbach. Das andere ist ein Antrag der SPD-Fraktion, aber ich kann es trotzdem versuchen zu erklären. Als wir das erste Mal vor, ich glaube, vier Jahren die Stellen eingerichtet haben, da gab es einen relativ geringen Grundstock an anderthalb Stellen, und mit denen hat man diese Arbeit gemacht, in diesen vielen Stadtteilen, was natürlich sehr schwierig ist. Der Stadtjugendausschuss hat das immer aufgestockt durch eigene Mittel, und damit wurde die Arbeit dann gemacht. Und irgendwann gab es eine Erhebung, wie viele Stellen man denn noch zusätzlich bräuchte, damit man diese Arbeit wirklich gut flächendeckend machen könnte, auch ohne Zuschüsse des Stadtjugendausschusses. Und das ist die Zahl, auf

die sich, glaube ich, der Ortschaftsrat Wettersbach beruft. Das ist schon etwas länger her, und so könnte ich es mir erklären.

Der Vorsitzende: Das kann ich mir auch so erklären. Mein Problem ist nur, dass die Stadtverwaltung sagt, wir müssen zur Fortsetzung des offenen Angebots 25.000 Euro machen, und dieselbe Stadtverwaltung sagt, wir brauchen 72.000 Euro oder 163.000 Euro. Da komme ich ehrlich gesagt nicht mehr mit.

Bürgermeisterin Melchien: De facto, einmal wäre es eine große Ausweitung, die 25.000 Euro sind die Kompensation, die der Stadtjugendausschuss getragen hat, die jetzt die SPD beantragt einzustellen in den Haushalt, weil die künftig wegfallen. Das ist der Konsolidierung geschuldet. Wir würden selbstverständlich trotzdem noch grundsätzlich Arbeit in reduzierter Form machen, auch wenn Sie diesem Erhöhungsantrag nicht zustimmen, Herr Stadtrat Bauer hat es bestätigt. Aber die SPD fordert hier, es in gleicher Weise wie vor der Kürzung, um die 25.000 Euro weiterhin stattfinden zu lassen. Vielen Dank, ich hoffe, ich konnte zur Aufklärung beitragen.

Stadtrat Cramer (KAL): Ich bin etwas erstaunt über die Aussage der CDU und die Aussage der GRÜNEN. Meine Fraktion sieht es so, in der Kernstadt wird unheimlich viel getan für Jugendliche. Die letzte große positive Entscheidung war Neubau Jugendtreff Südstadt. Und da geht es um wirkliche Beträge, die Gott sei Dank vor zwei Jahren eingestellt wurden. Heute wüsste ich nicht, ob wir das noch einmal auf den Weg bringen können. Meiner Fraktion ist wichtig, dass auch entsprechend oder ein kleiner Teil von dem, was hier in der Kernstadt gemacht wird, auch in den Bergdörfern passiert. Und ich kann mir vorstellen, dass es dort gar nicht einfach ist, an die Jugendlichen heranzukommen, ganz anders als hier in der Kernstadt. Und von daher denke ich, da sollten wir das doch positiv finden und auch eine Entwicklung anheimstellen und zulassen und nicht jetzt sagen, das machen wir jetzt nicht weiter. Denn das bedeutet ja, dass die Arbeit da oben letztendlich nicht mehr wirklich weitergeht.

Doch, so sieht es aus, so ist das zu sehen. Also da muss eher ein paar Euro mehr reingegeben werden, Herr Bauer. Also von daher verstehe ich jetzt Ihren Wortbeitrag überhaupt nicht, den Sie mir jetzt sicher gleich blumig hochintellektuell erklären werden, aber letztendlich kommt es drauf an, was ist denn nachher die Entscheidung. Ich denke, hier sollte sich eine Mehrheit hier im Haus finden, die die Jugendarbeit in den Bergdörfern und in Wettersbach unterstützt, weiterhin und ausbauend unterstützt.

Der Vorsitzende: Ich habe nach wie vor das Problem, dass hier zwei Stellungnahmen der Verwaltung sich widersprechen. Deswegen würde ich die beiden Anträge gerne für morgen früh einfach noch einmal mitnehmen und das klären, weil es macht keinen Sinn, wenn wir 25.000 Euro beschließen, und am Ende fehlen die Personalmittel. Es macht aber auch keinen Sinn, wenn wir 170.000 Euro einstellen, und es wäre gar nicht nötig gewesen. Das ist für mich im Moment nicht absehbar.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Herr Oberbürgermeister, dann klären Sie aber bitte die Vorlage der Verwaltung, die sagt, man kommt mit den bisherigen Mitteln zurecht. Und noch einmal, wir sind jetzt nicht in einem Haushalt, wo wir nach außen Zulagen geben können, sondern wir wollen sparen. Deshalb ist das die CDU-Position und ganz offensichtlich auch

die der GRÜNE, zu sagen, mit dem Vorhandenen kommt der Stadtjugendausschuss zu-recht, dann ist es gut.

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Herr Cramer, ich mache es in ganz einfachen Worten. Nutzen Sie doch heute Abend die Zeit, rufen Sie den Stadtjugendausschussvorsitzenden an und lassen Sie sich von ihm erklären, warum er gegen diese beiden Anträge ist.

Der Vorsitzende: Wir klären das, und ich rufe es morgen früh noch einmal auf.

5200 Bäder

Antrag Ö 258: HHS4_GR62 - Erhöhung der Tarife der städtischen Hallen- und Freibäder, einschließlich Therme Vierordtbad ab 01.01.2026
(Vorlage: 2025/1163)

Antrag Ö 259: HHS4_GR62 Keine Tarifierhöhung Schulschwimmen (CDU, SPD, KAL)
(Vorlage: DHH/2025/5202)

Antrag Ö 260: HHS4_GR63 - Erhöhung der Tarife der städtischen Hallen- und Freibäder, einschließlich Therme Vierordtbad ab 01.01.2028
(Vorlage: 2025/1164)

Wir kommen damit auf Seite 283 zu dem Teilhaushalt 5200 Bäder, und da haben wir zunächst in einem Vorschlag der Verwaltung die Erhöhung der Tarife der städtischen Hallen- und Freibäder einschließlich der Therme Vierordtbad ab 01.01.2026. Es gibt hier einen Antrag, interfraktionell, CDU, SPD, Karlsruher Liste, Keine Tarifierhöhung Schulschwimmen. Ich soll Sie darauf hinweisen, dass eine Finanzierung aus dem Schulbudget erfolgen müsste, und nicht, wie im Antrag vorgesehen ist, durch Verzicht auf Tarifierhöhung. Das ist ein steuerrechtliches Thema. Das heißt, wir müssten dann uns bei dem Schulhaushalt darüber unterhalten, ob dann die entsprechenden Schulbudgets ausreichen oder nicht ausreichen, so habe ich das jetzt verstanden, weil es da rechtliche Argumente gibt, dass wir das nicht einfach in der Tarifgestaltung abbilden können. Vielleicht kann das aber auch noch einmal jemand erklären.

Stadtrat Hofmann (CDU): Warum das steuerrechtliche Gründe hat, kann ich Ihnen nicht erklären, aber ich glaube, das kann jemand, der neben Ihnen sitzt, sehr gut erklären. Von daher würden wir den Vorschlag gerne annehmen, dass wir das Schulbudget um diese 60.000 Euro erhöhen, mit einer Zweckbindung, aber weil es uns wirklich sehr wichtig ist, dass die Schulen auch weiter schwimmen gehen können. Schwimmen ist eine ganz wichtige Geschichte in unserer heutigen Zeit. Immer weniger Kinder können schwimmen, und immer weniger Eltern haben auch Zeit, ihren Kindern schwimmen beibringen zu können. Von daher ist es für uns ein Herzensanliegen, auch dies weiter zu fördern. Wenn die Schulen, das haben sie uns ganz klar gesagt, auch diese Unterstützungen nicht mehr bekommen, dann ist der Schwimmunterricht in den Schulen kaum mehr leistbar. Von daher beantragen wir, dann diese 60.000 Euro bitte dem Schulbudget so als Art Zweckbindung zuzuschlagen.

Der Vorsitzende: Ich rufe auch gleichzeitig noch auf die Ziffer Ö 260. Da geht es um die Erhöhung der Tarife ab 01.01.2028. Wir haben zu diesen ganzen Themen jetzt einen eigenen Tagesordnungspunkt 15, wo die Tarife Therme Vierordtbad und städtische Hallen- und Freibäder so festgesetzt werden, hier steht allerdings zum 01.01.2026. Jetzt weiß ich nicht, ob die 01.01.2028 da auch schon drin sind. Die sind auch schon drin, okay.

Dann können wir den interfraktionellen Antrag klären, wenn wir die Schulbudgets bearbeiten, die beiden Vorschläge von uns, einmal Erhöhung ab 01.01.2026, einmal ab 01.01.2028, sind Teil des Tagesordnungspunkts 15, und dann würde ich jetzt die Beschlussvorlage aufrufen unter TOP 15, Neufestsetzung der Tarife.

(siehe separates Protokoll TOP 15)

Antrag Ö 261: HHS4_GR61 - Schließung des Rheinstrandbads Rappenwört für 2 Jahre - während Ausbau des Restaurants und Ertüchtigung des Freibads
Vorlage: 2025/1162

Antrag Ö 262: HHS4_GR61 Für Rheinstrandbad Rappenwört ein Betreibermodell entwickeln (Interfraktioneller Antrag: GRÜNE; FDP/FW, SR Braun)
(Vorlage: DHH/2025/5205)

Antrag Ö 263: HHS4_GR61 Zukunft für das Rheinstrandbad Rappenwört (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/5204)

Antrag Ö 264: HHS4_GR61 Rheinstrandbad Rappenwört (SPD)
(Vorlage: DHH/2025/5201)

Antrag Ö 265: HHS4_GR61 Rheinstrandbad Rappenwört: Perspektiven entwickeln (KAL)
(Vorlage: DHH/2025/5206)

Ich rufe damit auf Seite 289 einen weiteren Vorschlag der Verwaltung auf, nämlich die Schließung des Rheinstrandbads Rappenwört für zwei Jahre, während des Ausbaus des Restaurants und der Ertüchtigung des Freibads. Dazu gibt es eine ganze Reihe von Anträgen: Ö 262, interfraktionell, GRÜNE, FDP/Freie Wähler, Stadtrat Braun, Ö 263, CDU, Zukunft für das Rheinstrandbad Rappenwört, ich lese jetzt die Titel nicht weiter vor, Ö 264, SPD, Ö 265, Karlsruher Liste. Wir steigen in die Diskussion ein.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Das Rheinstrandbad Rappenwört hat hohe Wellen geschlagen in den letzten Wochen und Monaten. Es ist ein spannendes Thema, wie sich daraus auch gleichzeitig nicht nur Interesse und Protest, sondern natürlich auch bürgerschaftliches Engagement heraus entwickelt hat. Und das ist vor allem der Hintergrund für unseren Antrag, wahrscheinlich auch für viele der anderen Anträge, dass wir gesehen haben, dieses Engagement wollen wir unterstützen beziehungsweise nutzen, um die Zukunft des Rheinstrandbades auf lange Sicht auch neu zu gestalten. Das heißt, unser Änderungsantrag soll natürlich auch Auswirkungen haben auf die Jahre dann 2028 folgende. Uns geht es darum, dass wir in jedem Jahr 2026/27 mit einer halben Million grob die Hälfte dessen in den Haushalt der Bäder einstellen, was sonst gebraucht werden würde für den Regelbetrieb, in der Verknüpfung aber mit einem Sperrvermerk, der dann in den nächsten

Monaten ausgearbeitet werden sollte, um zu klären, in welchem zeitlichen Umfang und auch mit welcher ehrenamtlichen Unterstützung oder auch neuen Organisationsformen dieses Bad dann auch auf Dauer offen gehalten werden kann. Das wissen wir heute noch nicht. Die Konzepte sind einmal skizziert worden, aber es liegt für uns jetzt noch nichts Belastbares vor, um da irgendwie sofort den Startschuss zu geben, von daher diese Anträge mit Sperrvermerk. Uns ist durchaus daran gelegen, in den nächsten Monaten im Bäderausschuss und vielleicht auch im Hauptausschuss noch einmal darüber zu entscheiden, wie dann ein langfristiger Betrieb von Rappenwört gestaltet werden kann.

Stadtrat Hofmann (CDU): Es ist natürlich klar, dass ein Wellenbad auch hohe Wellen schlägt. Aber wie der Kollege Löffler schon gesagt hat, ist es auch wirklich sehr wichtig und sehr gut, dass sich dort sehr viel ehrenamtliches Engagement gebildet hat, und es sind so viele Sitzungen auch gewesen in letzter Zeit. Ich denke, fast ganz Daxlanden und Grünwinkel und die Umgebung ist da auf den Beinen, weil sie wirklich dieses traditionsreiche Bad auch gerne weiter geöffnet haben wollen. Die Angst ist einfach groß, sie ist auch bei mir groß, dass wenn wir es einmal zumachen, auch wenn es immer wieder beteuert wird, dass wir es dann wieder aufmachen würden, dass es zubleibt, weil bei aller Liebe, die finanzielle Lage sieht noch nicht ein Licht am Ende des Tunnels. Von daher sind wir total froh, dass dieser Förderverein sich jetzt gebildet hat und auch mit einem Riesenengagement agiert. Deswegen sind wir ein bisschen auch wieder in dieser Zwickmühle. Der Förderverein hat fast gesagt, wir machen das alles, aber ich glaube, das ist sehr schwierig mit einem städtischen Betrieb.

Von daher wünschen wir uns, und das hat der Kollege Löffler jetzt auch schon gesagt, wir wünschen uns einfach jetzt ein Konzept, mit dem dieses Bad auch langfristig erhalten werden kann und vielleicht sogar besser geöffnet werden kann als bisher. Wir denken, dass das sehr gut zusammenwachsen kann, aber sicherlich insbesondere in dem nächsten Jahr oder in den nächsten zwei Jahren auch unter der Federführung der Bäderbetriebe weiter sein kann. Wir wünschen uns, dass bis Anfang der Bädersaison ein Konzept mit dem Förderverein erarbeitet wird, dass sie vielleicht die fehlenden Mittel auch ausgleichen können, durch Engagement, durch ehrenamtliches Arbeiten, und da haben wir uns auch geeinigt im Prinzip jetzt, das sind fast die gleichen Beträge, wir würden zwei Mal die halbe Million bei den GRÜNEN dann mitgehen, auch den Sperrvermerk mitgehen, weil es muss ein Konzept erst einmal erstellt werden, da nützt nichts anders. Ganz wichtig ist uns, dass dieser Förderverein dann auch extrem gut mit eingebunden wird und dass wir auch dann diese Handschrift dann sehen.

Stadtrat Tröndle (SPD): Für uns war auch ganz wichtig als SPD-Fraktion, die natürlich um die besondere Bedeutung des Rheinstrandbads Rappenwört, nicht nur für Daxlanden, sondern für die ganze Badergeschichte Karlsruhes weiß, dass beim Rappenwört nicht einfach ein Abgesang stattfindet. Im Gegensatz zum Kollegen war ich jetzt nicht davon überzeugt, dass dann nach einer zweijährigen Schließung das Bad nicht mehr aufmachen wird. Ich habe schon der Verwaltung vertraut, zumal wir noch ein Geburtstagsjubiläum und die World Games haben. Wir haben nicht nur Protest verspürt, sondern positive Energie, eben durch diesen Förderverein, der sich gegründet hat, und wir setzen auch auf das ehrenamtliche Engagement. Wir vertrauen der Kooperation des Fördervereins mit den Bäderbetrieben, dass die uns ein wirklich vernünftiges Konzept vorlegen werden. Unsere Anträge dazu sind nun gar nicht einmal so weit entfernt. Wir ziehen auch unseren zurück und beteiligen uns an dem interfraktionellen Antrag von GRÜNE, FDP/FW, und jetzt auch CDU.

Stadtrat Schnell (AfD): Die AfD lehnt die Schließung des Rheinstrandbades, auch wenn es nur für zwei Jahre ist, grundsätzlich ab. Finanzielle Probleme sehen wir nicht. Wir haben heute Morgen ebenso gezeigt, wo Mittel zur Verfügung stünden. Das ist überhaupt kein Problem, man muss nur die Klimahysterie ein bisschen runterfahren, dann ist das alles selbstverständlich machbar. Wir würden es natürlich gut finden, wenn wir Weg finden, das mit einem Förderverein hier dauerhaft kostengünstiger zu finanzieren, und würden deshalb dem Antrag der CDU zustimmen. Aber diesen Anträge, bei denen es temporär geschlossen hat, können wir nicht folgen.

Stadträtin Lorenz (FDP/FW): Ich glaube, wenn eine Stadt einmal ein Bad schließen muss, dann ist es schon auch ein Signal an die Bewohnerinnen und Bewohner oder an die Bürgerinnen und Bürger. Noch ist es nicht so, dass wir es müssen, sondern es liegt uns als Vorschlag auf dem Tisch. Jetzt ist das Rheinstrandbad nicht irgendein Bad, sondern unser Rappele ist tatsächlich ein gutes Stück Karlsruhe. Die Problematik ist natürlich die schiere Größe, und vielleicht auch so ein bisschen, dass es so abgelegen liegt. Und sicherlich sind auch in der Vergangenheit einige Dinge versäumt worden, weil ein Bad in dieser Größe hätte wahrscheinlich auch in den Zeiten, in denen man nicht zum Baden rausgeht, schon anders bespielt werden können und müssen. Nichtsdestotrotz, das nützt uns jetzt nichts. Wir freuen uns auch sehr, dass das bürgerschaftliche Engagement so hohe Wellen schlägt. Und ich persönlich glaube auch, in Zukunft, mittelfristig werden wir viel mehr auch in anderen Bereichen auf bürgerschaftliches Engagement setzen und setzen müssen, weil wir sonst viele Dinge gar nicht mehr aufrechterhalten können. Wir haben Gespräche geführt mit dem Förderverein, und es ist uns durchaus der Eindruck entstanden, dass man hier nicht hemdsärmelig an die Sache rangeht oder blauäugig eine Planung macht, so in der anfänglichen Euphorie, und nach sechs Wochen hat keiner mehr Lust irgendwas zu machen. Deswegen kam es zu diesem interfraktionellen Antrag, und wir würden es sehr begrüßen, wenn auch die Verwaltung wohlwollend mit dem Förderverein zusammenarbeitet und an einem tragfähigen Konzept zur Erhaltung dieses Bades mitarbeitet. Denn ganz ehrlich gesagt, verlieren können wir nichts. Also zu ist zu, dann ist es so, aber wir alle wollen, dass das Bad offen bleibt, und bitte nehmen Sie das als unseren Auftrag mit.

Stadträtin Döring (KAL): Wir haben heute schon viel über das Wellenschlagen im Rappele gehört, aber da sieht man auch, wie besonders dieses Bad ist, ist es doch das einzige Bad in Karlsruhe, in dem man in den Wellen schwimmen kann, ohne vielleicht jemals in seinem Leben auch nur das Meer gesehen zu haben. Das ist schön gesagt, oder? Genau, und deshalb wäre es schön, wenn auch die Stimmen zu unserem Antrag Ja sagen würden, wobei ich gerade die Chancen deutlich schwinden sehe. Die Idee hinter unserem Antrag war, in Absprache mit dem Förderverein, dessen Arbeit wir sehr begrüßen und dessen Engagement wir wirklich toll, als herausragend sehen, und wir sehen die große Ernsthaftigkeit, mit der der Förderverein da herangeht, zu sagen, wir machen 2026 sozusagen im normalen Betrieb auf, der Förderverein kann mitlaufen und kann lernen, wie man dieses riesige Bad betreibt sozusagen, um dann vielleicht in 2027 die Chance zu haben, mit Übernahme des Fördervereins heranzugehen.

Nun sehen wir, dass unser Antrag so keine Mehrheit hier finden wird. Deshalb werden auch wir dann dem interfraktionellen Antrag mitgehen. Für uns ist essenziell, dass dieses Bad, in welcher Form auch immer, 2026 und 2027 geöffnet ist. Ob das mit anderen Öffnungszeiten ist, auf einer geringeren Fläche, mit Unterstützung des Fördervereins, in

welcher Form auch immer, für uns ist ganz essenziell, dass das Bad 2026/2027 in irgendeiner Form in Betrieb ist. Und das wäre uns wichtig, dass wir das vielleicht auch in eine entsprechende Beschlussvorlage deutlich mit aufnehmen können.

Der Vorsitzende: Damit hat sich der **CDU-Antrag erledigt**, der **Karlsruher-Liste-Antrag erledigt**, der SPD-Antrag möglicherweise, wenn der andere Antrag eine Mehrheit findet.

Ich möchte zwei Dinge ansprechen. Sie haben in dem Antrag der GRÜNEN stehen, zum einen, der Sperrvermerk wird aufgehoben, wenn ein entsprechendes Konzept erarbeitet wird. Jetzt kann ich mir nicht vorstellen, dass im Mai irgendwann einmal beschlossen werden kann, dass man das Rheinstrandbad öffnet, denn man muss Personalplanung im Sommer und alles Mögliche machen. Also von daher wäre für mich die Frage, ob man nicht im Jahr 2026 dann den Sperrvermerk nicht hat, sondern im Grunde hier das erst einmal als festen Zuschuss einfach verankert.

Darüber hinaus wäre meine zweite Bitte oder zweiter Punkt, in dem Antrag heißt es, also in dem interfraktionellen Antrag, soll durch den neuen Betreiber eröffnet werden können. Ich sehe nicht, dass wir einen neuen Betreiber haben, sondern der Betreiber bleibt unsere Bädergesellschaft. Die wird sich aber durch die Aktivitäten des Fördervereins ergänzen und ein gemeinsames Konzept entwickeln, aber Betreiber müssen wir bleiben, nur dass wir das geklärt kriegen. Denn ich sehe im Moment keinen neuen Betreiber, der dann den ganzen Laden übernehmen kann, auch wenn der Förderverein sich noch so anstrengt.

Okay, wenn wir das so verstehen, der interfraktionelle Antrag GRÜNE, FDP, Einzelstadtrat Max Braun, Sperrvermerk nur für das Jahr 2027 muss trotzdem bis zum Sommer 2026 ein Konzept vorliegen, und die Hauptverantwortung des Betreibers bleibt zunächst bei unseren Bäderbetrieben, wenn wir das so machen können, dann können wir darüber jetzt abstimmen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Also der interfraktionelle Antrag ergänzt um den CDU- und den KAL-Antrag?

Der Vorsitzende: Aus dem interfraktionellen Antrag wird jetzt ein noch interfraktionellerer Antrag und inhaltlich habe ich diese zwei Ergänzungen gemacht, damit wir wissen, von was wir reden.

Stadträtin Döring (KAL): Vielleicht können wir noch die Ergänzung bitte reinnehmen, dass die Bäderbetriebe auf jeden Fall beauftragt werden, eine wie auch immer geartete Lösung zu finden, das Bad dann 2026 auch mit den eingestellten Mitteln zu öffnen.

Der Vorsitzende: Das versteht sich. Selbst wenn der Förderverein komplett ausfällt, wird das Bad für 500.000 Euro im nächsten Jahr eröffnet werden. Das ist mein Verständnis. Der Förderverein wird hier nicht ausfallen, sondern der wird ergänzende Verantwortlichkeiten übernehmen. Das kann dann zu einem Angebot führen, das mit den 900.000 Euro vergleichbar ist, Klammer auf, ich glaube da noch nicht dran, aber es wird zumindest eine Öffnung geben. Und für 2027 kann man dann gucken, dass man an den gewohnten Bäderbetrieb herankommt. Das wollen Sie aber über ein Konzept hinterlegt haben, bevor Sie diese Mittel für 2027 freigeben. Ich glaube, so haben wir alle Brücken gebaut, und wir haben vor

allem Ihre Botschaft aufgenommen, es darf nie der Eindruck entstehen, dass das Bad komplett geschlossen wird. Das war so ein bisschen die Grundlinie hier.

Das stelle ich jetzt zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. – Ich glaube, Frau Wolf, das wollen Sie nicht wirklich. Doch? Okay, gut, dann sind wir zu zweit, wunderbar. Können Sie es noch kurz aufklären, damit wir es für das Protokoll richtig haben? – **mehrheitliche Zustimmung.**

Stadträtin Wolf (GRÜNE): Ich wollte mit Ja stimmen.

Der Vorsitzende: Okay, alles klar. Also dann bin ich doch stand alone, never walk alone, okay. Es geht weiter. Auf Seite 92 gibt es verschiedene Veränderungen über die Veränderungsliste.

Wir haben jetzt den TOP, 14 den wir abstimmen müssen, die Finanzierung und Weiterbetrieb des Oberwaldbads ab 2026 für die nächsten 2 Jahre zu den ursprünglich einmal ausgehandelten Bedingungen.

(siehe separates Protokoll TOP 14)

Investitionskostenzuschuss für das Freibad "Wölfe" (OV Wolfartsweier) (Vorlage: DHH/2025/5203)

Wir kommen zum Antrag der Ortsverwaltung Wolfartsweier mit der Ziffer Ö 266, und der Ortsvorsteher hat das Wort.

Stadtrat Huber (SPD): Ich spare mir jetzt den Gang auf die Ortsvorsteherbank. Ich gehe davon aus, dass die Zeitähler verstehen, dass ich als Ortsvorsteher spreche gerade. Ich will auch gar nicht viel zum Antrag sagen. Ich glaube, die Sachlage ist allen bekannt. Wir haben den Antrag jetzt zum dritten Mal in Folge gestellt. Es geht einzig und allein darum, im Bäderhaushalt, im investiven Bereich 25.000 Euro für das ist Wölfe zu blockieren für unvorhergesehene Sanierungsarbeiten, die im Schnitt alle zwei, drei Jahre zum Teil anfallen, und wenn das Geld nicht in absehbarer Zeit benötigt wird, und das weiß man auch nicht erst im Dezember, schon in der Regel viel früher, können die Bäderbetriebe über die Mittel in vollem Umfang verfügen. Das hat die letzten Jahre nach meiner Information sehr gut funktioniert, und deswegen bitte ich den Gemeinderat, diesem aufkommensneutralen Antrag zuzustimmen.

Der Vorsitzende: Wenn er abgerufen wird, ist er nicht mehr aufkommensneutral.

Stadtrat Kehrle (CDU): Der Herr Dr. Huber hat bereits das meiste gesagt. Die Mittel, die dort eingestellt werden, wurden zum Beispiel 2023 und 2025 nicht abgerufen und zurückgezahlt. 2024 konnten über die Abrufung dieser Mittel weitere Fördermittel akquiriert werden, auch ein Teil wieder zurückgeführt werden. Deswegen werden wir diesem Antrag zustimmen. Der ist schon seit, ich glaube, zehn Jahren Usus so, dass er so drinsteht, dass wenn er benutzt werden muss, dass er auch benutzt werden kann.

Der Vorsitzende: Also ich sehe durchaus, dass hier 25.000 zusätzlich noch einmal eingestellt werden zu den 25.000, die sowieso schon drinstehen. Und wenn die abgerufen werden, dann fehlen sie. Also nicht sie fehlen, aber sie werden dann eben beansprucht. Im Bäderhaushalt wollen Sie 25.000 für sich gebunden haben. Da ich davon ausgehe, dass im Bäderhaushalt nicht einfach 25.000 ohne Bindung drinstehen, sind es für mich zusätzliche Mittel. Sorry, die werden gesperrt, habe ich auch kapiert, und darüber müssen wir jetzt abstimmen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich wollte mich eigentlich nicht mehr äußern, aber ich kann mich gern noch einmal äußern dazu. Für mich ist es technisch eine andere Sache. Die Bäderbetriebe haben jetzt schon im Haushalt einen Ansatz für Investitionen, und der steht da drin. Und er bleibt unverändert. Alles, was wir jetzt als Gemeinderat sagen, ist: Liebe Bäderbetriebe, bitte denkt daran, dass ihr von diesem Geld dem Wölfler auch 25.000 Euro geben könntet, falls sie es benötigen.

Der Vorsitzende: Aber dann brauchen wir den Antrag doch nicht, wenn es eh schon drinsteht.

Stadtrat Hofmann (CDU): Aber die Bäderbetriebe haben bis jetzt das nicht blockiert für uns, für das Wölfler. Und jedes Mal, wenn das Wölfler etwas Unvorhergesehenes hatte, sind wir zu den Bäderbetrieben gegangen, haben gebettelt und gebeten, und dann haben sie gesagt: „Da müssen wir gucken, ob wir noch was für euch haben.“ Meistens hat es dann geklappt, weil der Gemeinderat zum Ende dann immer durchgeboxt hat, aber es ist natürlich etwas anderes, ob ich von vornherein etwas blockiert habe in den Bäderbetrieben. Und es geht wirklich nur um Instandhaltungsmaßnahmen, wenn ich jetzt hier so bei den Bäderbetrieben Investitionskosten sehe.

Der Vorsitzende: Ich kann mir nicht vorstellen, dass in den Bäderbetrieben irgendwo Geld einfach so herumsteht, und wir belegen es jetzt mal eben mit Wolfartsweiler, und dann wird alles gut, sondern im Falle eines Falles sind das zusätzlich 25.000 Euro, die gebraucht werden. Aber wir können es gern so machen. Wir können natürlich beschließen, wir nehmen aus dem schon vorhandenen Budget der Bäderbetriebe einfach 25.000 Euro für Wolfartsweiler. Wir wissen aber nicht, was dann dadurch durchs Rost fallen wird. Das wissen Sie nicht. Ich will es nur festhalten. Wenn Sie das so möchten, machen wir das, aber ich weiß nicht, was an einer anderen Stelle dadurch wegfällt. Bei einem Betrag von dieser Höhe glaube ich nicht, dass das groß gravierend ist, aber ich will doch einfach darauf hinweisen.

Okay, also der Antrag ist klar. Wir blähen das Budget nicht auf, sondern wir binden 25.000 Euro aus dem Bäderbetrieben für Wolfartsweiler für Instandsetzungsmaßnahmen plötzlicher Art. Und da bitte ich Sie jetzt um Ihr Votum ab jetzt. – Der vorausseilende Gehorsam - lässt Herrn Feldmann mitteilen - hat schon mit sich gebracht, dass es jetzt schon mit Sperrvermerk drinsteht, aber Sie haben es noch einmal bestätigt. So soll es sein.

6100 Stadtplanung

Antrag Ö 267: HHS4_V202 - Temporäre Aussetzung des Gestaltungsbeirats (CDU) (Vorlage: DHH/2025/6103)

Wir kommen damit zu 6100, der Stadtplanung. Ich weise darauf hin, dass wir die Gestaltungsbeiratssitzung und die Öffentlichkeitsarbeit haben, das eine straffen, das andere streichen. Das ist ein Einsparvorschlag, den wir ohne Ihr Zutun hier vollziehen können. Und wir kommen damit zum Antrag der CDU, Temporäre Aussetzung des Gestaltungsbeirats.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Im ersten Moment scheint das kein wesentlicher Unterschied zu sein, aber wenn man genau hinsieht, ist es, glaube ich, vertretbar für unsere Großstadt, dass wir zwei Jahre einmal dieses Gremium nicht bedienen und uns aus ihm irgendwelche Ratschlüsse holen. Das ist in Zeiten, in denen es enger ist, auch einmal hinzunehmen, finden wir. Und der Vorlage der Verwaltung ist nämlich nicht die Straffung der Sitzungen zu entnehmen, was ich durchaus auch begrüße, da sowieso Verwaltungskosten dabei sind. Denn die Vorbereitung des Gestaltungsbeirates wird mit intensivem Aufwand und auch mit Kosten durch die Stadt finanziert. Deshalb glaube ich, die Beträge, die da genannt sind, sind nicht realistisch. Deshalb meine ich, ist es ehrlicher, dass wir für zwei Jahre aussetzen und danach hoffentlich mit besserer Zukunftsperspektive das dann wieder fortführen, vielleicht gestrafft, aber jedenfalls nicht so, wie es bisher läuft.

Stadtrat Cramer (KAL): Herr Kollege Pfannkuch, bitte entschuldigen Sie, aber ich glaube, es sind nicht wirklich finanzielle Dinge, die Sie zu diesem Antrag gebracht haben, sondern Sie hatten an sich schon von Anfang an immer Probleme mit der Einsetzung des Gestaltungsbeirates. Sie haben dann in den ganzen vergangenen Jahren das sehr wohlwollend und produktiv mitgetragen. Und ich denke, so sollte es auch weitergehen, denn der Gestaltungsbeirat behandelt Dinge in ihren Sitzungen, die vom Stadtplanungsamt, Bauordnungsamt praktisch reingebracht werden in den Gestaltungsbeirat, die es für notwendig finden, dass ein unabhängiges Gremium noch einmal genau draufschaut. Und wir haben wirklich im vergangenen Jahr sehr viele Dinge positiv - auch die Bauherren - aufgenommen, was im Gestaltungsbeirat vorgeschlagen und angeregt wurde. Von daher denke ich, bringt diese temporäre Aussetzung nicht wirklich etwas für den Haushalt. Auch da denke ich, wenn man das temporär macht, dass es im Endeffekt heißt, es ist auf Dauer tot, in Anführungszeichen. Also von daher appelliere ich hier an die Mehrheit des Gemeinderats, diesem Antrag so nicht zu folgen.

Der Vorsitzende: Ich finde es auch drollig, dass die Landespolitik die Einrichtung von Gestaltungsbeiräten fördert, und wir wollen jetzt für zwei Jahre aussetzen. Also ich kann nur davor warnen, was für ein Bild wir dann nach außen abgeben, dass wir so ein Gremium schaffen und Leute benennen, und dann setzen wir es mal eben aus. Also ich finde auch, es hat einen gewissen Flurschaden, den wir da anrichten.

Aber der Antrag liegt auf dem Tisch, und wir kommen damit zur Abstimmung, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Der Herr Pfannkuch ist bekehrt. Es hat sich gelohnt. Wir nehmen das ins Protokoll auf, dass er natürlich auch für seinen Antrag war. Jedenfalls ist der Antrag **abgelehnt**, und da sind wir uns auch einig.

Antrag Ö 268: HHS4_V211 - Ökologische Fortbewegungsarten in Karlsruhe fördern, Fahrradleihsystem des KVV weiter bezuschussen (Die Linke)
(Vorlage: DHH/2025/6104)

Antrag Ö 269: HHS4_V211 - Erhalt des Zuschusses für das Fahrradleihsystem der Stadt/KVV in geringerer Höhe (GRÜNE)
(Vorlage: DHH/2025/6105)

Wir kommen zu einem Vorschlag, den wir mit Ihnen eigentlich nicht abstimmen müssten, nämlich der Einstellung des Zuschusses für das Fahrradverleihsystem der Stadt. Und es gibt dazu jetzt aber einzelne Anträge, nämlich einen Antrag der Linken, dass wir das weiter bezuschussen, und ein Antrag der Grünen, dass wir einen solchen Zuschuss verhandeln. Ich möchte noch einmal zum Hintergrund sagen, wir haben im Moment die Option, dass wir über einen Teil des Semesterbeitrags für Studierende sehr günstige Konditionen für das Fahrradverleihsystem bereitstellen. Das führt dazu, dass der Anteil der Studierenden, die das nutzen, extrem hoch ist und dadurch, dass die die erste halbe Stunde umsonst kriegen, mitunter immer vor Ablauf der 30 Minuten auf das nächste Fahrrad umsteigen und damit meistens überhaupt nichts zahlen. Damit sind sie in einem so überbordenden Maß besser gestellt, als etwa wenn sie auf den E-Scooter zugreifen oder andere Systeme. Wir müssen das Gesamtsystem, weil es dadurch so defizitär ist, auch noch mit diesen über 200.000 Euro bezuschussen im Jahr, dass im Moment der KVV beauftragt ist, mit dem Studentenwerk zu beraten, inwieweit wir weiter über einen Studierendenbeitrag eine günstigere Lösung für Studierende hinbekommen, ohne dass wir aber den städtischen Zuschuss in dieser Dimension noch leisten müssen. Um es aber wie bisher über einen Vertrag mit KVV durchführen zu können, muss es einen Mindestbeitrag geben, den auch die Stadt in dieses System zahlt, sonst ist es aus rechtlichen Gründen nicht möglich, so eine exklusive Geschichte zu machen.

Es ist auch deswegen sinnvoll, dass wir daran festhalten, weil sich unserem Vertragswerk mit KVV, wo die Stadt ihren Beitrag leistet, auch noch ergänzend Ettligen und alle möglichen Orte außenherum anschließen, sodass es im KVV-Gebiet fast insgesamt ein solches Angebot gibt. Wir haben dafür 30.000 Euro als Beitrag der Stadt hier ab 2027 eingestellt. In 2026 ändert sich sowieso erst einmal nichts. Und wir sind guter Hoffnung, dass wir da auf der einen Seite über einen entsprechenden Semesterticket-Anteil, Semester-Beitragsanteil dennoch ein vergünstigtes Angebot für die Studierenden aufrechterhalten können. Nach meinem Verständnis können die auch für eine halbe Stunde einmal einen Euro zahlen oder 1,50 Euro. Das finde ich jetzt nicht dramatisch. Trotzdem ist es deutlich günstiger für alle anderen Nutzer, also für den Semesterticket-Beitrag gibt es etwas, aber insgesamt müssen wir das nicht mit über 200.000 Euro im Jahr bezuschussen, weil wir damit den Aufwand, den das System kostet, fast ausschließlich über diese Einnahmen finanzieren können.

Das ist im Moment der Auftrag, und da würde ich Sie einfach um Zustimmung bitten. Es wird dadurch kein Fortbewegungsmittel abgeschafft. Wir benachteiligen auch nicht irgendwelche Gruppen. Wir führen nur die Kosten, die Nutzungskosten in eine gewisse vernünftiger Relation, als sie im Moment sind. Und wir würden so gesehen auch das Fahrradverleihsystem aufrechterhalten. Das könnte ich Ihnen jetzt alles noch mit Zahlen hinterlegen, aber in der groben Linie ist das im Moment die Ausgangssituation. Also aufgerufen ist

unser Vorschlag, den wir aber eigentlich nicht zur Abstimmung stellen müssten. Insofern ist aufgerufen die entsprechenden Änderungsanträge Der Linken und der GRÜNEN.

Stadtrat Klinkhardt (GRÜNE): Wir als GRÜNE-Fraktion stehen zu unserem Beitragssystem in Karlsruhe mit seiner besonderen Qualität und seiner weltweit kaum erreichten Nutzung, und wir wollen dieses unbedingt erhalten. Damit wir das sicherstellen und als Stadt auch weiter wirklich aktiv mitgestalten können, brauchen wir weiter einen Zuschuss, wie Sie schon richtig festgestellt haben. Aus unserer Sicht sind allerdings diese 30.000 Euro aus der City Tax nicht wirklich ausreichend, um hier noch aktiv mitgestalten zu können. Wir sehen aber auf der anderen Seite in der Haushaltslage natürlich schon auch die Notwendigkeit, die Nutzenden stärker miteinzubeziehen. Deswegen beantragen wir einen verringerten Zuschuss. Ich glaube, wir sind uns nur bei der Relation uneins, wie das jetzt guten Gewissens aktuell aussehen kann.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Grundsätzlich sind wir bei den GRÜNEN, allerdings sehen wir nur die Hälfte der von den GRÜNEN beantragten Summe. Von unserer Warte her kann das auch gerne mit einem Sperrvermerk versehen werden. Die Verwaltung kann im Laufe des nächsten Jahres ein entsprechendes Konzept vorstellen. Und dann können wir an anderer Stelle darüber gerne noch einmal diskutieren. Insgesamt sehen wir das Fahrradleihsystem als wesentlichen Bestandteil im Sinne einer nachhaltigen Mobilität. In meiner Wahrnehmung gibt es auch in der Art und Weise, wie hier das Fahrradleihsystem betrieben wird, strukturelle Themen. In vielen anderen Städten ist es so, dass die Räder an festen Stationen abgegeben werden müssen. Und in dem Kontext würden wir uns auch einiges an Gebühren sparen können.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Entschuldigung, Herr Oberbürgermeister, ich verstehe bei alledem nicht, auch vorhin, der Kollege Cramer, warum macht man das nicht, warum seid ihr so kleinmütig, warum man in dieser Situation der Stadt nicht vertraut, was hier die Verwaltung noch einmal mündlich dargelegt hat. Wenn wir es doch mit 30.000 hinbringen können, warum machen wir das nicht und wollen uns noch einmal irgendwie besser stellen, indem wir etwas beantragen, was wir eigentlich nicht brauchen und was letztlich ohne Not diesem Unternehmen, City Bike oder was, zufließt? Also die Stadt muss jetzt hier jeden Cent umdrehen. Deshalb versteh ich nicht, warum man nicht dabei bleibt, was der OB gesagt hat.

Stadtrat Schnell (AfD): Sie haben es gerade dargestellt. Das nutzen hauptsächlich diejenigen, die es für umsonst benutzen können, und wir subventionieren das gigantisch. Auf der anderen Seite gibt es die kommerziellen E-Roller, denen wir sogar Geld abnehmen können dafür, dass sie ein kommerziell tragfähiges Angebot hier anbieten. Und die Subventionen bei dem KVV.nextbike ist so hoch pro Kilometer, für das Geld kann ich bei Stadtmobil einen Kleinwagen mieten pro Kilometer. Also die Subvention ist gigantisch. Und da kann man nur sagen, weg damit.

Stadtrat Noé (FDP/FW): Das Sharing-Konzept ist super, als Liberale begrüßen wir das natürlich, sei es ein Sharing für das Automobil, für das Fahrrad oder für die E-Scooter. Es ermöglicht den Modalmix hier im urbanen Verkehr. Nichtsdestotrotz muss auch der Markt regeln, was man dann nimmt. Wir wollen keine einseitige Bevorzugung dieser Fahrradsysteme. Die Stadt hat in der Vorlage jetzt noch einmal ausgeführt, was die Gründe dafür sind. Und deswegen folgen wir hier in diesem Sparhaushalt natürlich der Vorlage der Stadt.

Stadtrat Gaukel (Vlt): Ich erkläre es gerne, Herr Pfannkuch. Wir sind Fahrradstadt, wir sind prädestiniert dafür, da kriegen wir ein Fahrradverleihsystem. Ein Fahrradverleihsystem ist aber nur dann gut, wenn wir sagen, wir wollen das für die ganze Stadt haben. Wir wollen das auch für die Bergdörfer haben. Wir wollen das in den Randstadtteilen haben, also wirklich nicht nur ein Innenstadtkonzept wie bei den E-Scootern, die dann dort überall im Weg herumstehen, sondern wir sollten wirklich gucken, dass wir dieses Angebot für alle Karlsruher in Karlsruhe haben. Dann müssen wir auch einen Zuschuss machen. Wir gehen mit dem SPD-Änderungsantrag mit, weil wir überzeugt sind, dass das auch mit den 75.000 Euro gehen muss. Das Problem ist, wenn wir diese nicht einstellen, dann werden wir ein schlechteres nextbike-Fahrradverleihsystem haben. Auch mit den Studierenden ist diese Verhandlung da, aber die sind auch nicht bereit, dieses komplette Delta mit aufzunehmen. Da ist die Frage, da ist es halt relevant, auch dass es für die dann kostenlos ist, weil das dann auch dafür sorgt, dass es sehr niedrigschwellig ist. Wir hatten hier auch das Forum für aktive Mobilität. Zum Beispiel Studium, das ist auch einer dieser großen Wechsel im Leben, wo man Menschen an eine Mobilität gewöhnen kann. Da ist es auch eine sehr gute Chance, Leute nachhaltig an das Fahrrad zu bringen. Von daher brauchen wir ein vernünftiges Fahrradverleihsystem.

Stadträtin Kaufmann (Die Linke): Wir wollen hier ganz klar keine Kürzung, weil wer die Verkehrswende wirklich will, der darf auch nicht die Alternativen beschneiden. Die geplante Kürzung wäre alles andere als nachhaltig und würde auch den Alltag vieler Menschen unnötig erschweren. Wenn wir dieses Fahrradverleihsystem als flexibles Last-Mile-Angebot weiter erhalten wollen, muss es auch gut bezahlbar sein, sodass es auch rege genutzt wird. Bisher können die Studierenden über das Campus Bike-System vergünstigt mit den nextbikes fahren. Fällt der städtische Zuschuss weg, würden sich die Kosten für die Studierenden laut AStA verdreifachen. Das ist aber absolut unzumutbar, wenn man bedenkt, dass 40 Prozent der Studierenden armutsgefährdet sind. Angesichts zusätzlich steigender Mieten und Lebenshaltungskosten darf Mobilität nicht zum Luxusgut werden. Wir brauchen stattdessen eine Umverteilung der Mittel für den Autoverkehr, hin zu einer Stärkung ökologischer Fortbewegungsarten wie des Radfahrens. Und das Leihfahrradsystem muss aus unserer Sicht niedrigschwellig zugänglich, bezahlbar und weiterhin attraktiv bleiben.

Stadtrat Cramer (KAL): Meine Fraktion kann dem Antrag, dem Vorschlag der Verwaltung und auch den Ausführungen, die Sie jetzt noch einmal gemacht haben, Herr Oberbürgermeister, folgen. Wir haben nicht die Bedenken wie jetzt die Kollegin Kaufmann oder der Herr Kollege Gaukel, dass das jetzt ein Aus bedeutet oder dass es bedeutet, dass die armen Studenten kein Fahrrad mehr eigenständig aus eigener Tasche bezahlen können. Dieses Szenario sehen wir so nicht, und wir werden dem Vorschlag der Verwaltung so zuzustimmen.

Der Vorsitzende: Ich will noch etwas zu den Zahlen sagen, weil ich sie hier gerade gefunden habe. Frau Stadträtin Kaufmann hat recht, das kann bis zur Verdreifachung des Studierendenbeitrags kommen, nämlich von 2,70 Euro pro Semester auf 6 bis 8 Euro. Dann würde dasselbe Bike-System erhalten bleiben, und die Studierenden hätten weiter diesen bevorzugten Zugriff zu einem absolut günstigen Preis. Und das kriegen wir für 30.000 Euro. Jetzt könnte natürlich der AStA sagen, diese Verdreifachung ist ihm zu viel. Dann müsste man es so lösen, dass man sagt, es bleibt bei 2,70 Euro. Dann muss aber

vielleicht für die erste halbe Stunde auch 50 Cent oder 1 Euro oder so bezahlt werden. Ich glaube, dass wir das hinkriegen und es würde, Herr Stadtrat Gaukel, an dem derzeitigen System von der Quantität und der Qualität nichts ändern. Und da vertrauen Sie uns einmal bitte, dass wir hier etwas Vernünftiges zusammenkriegen. Wenn es am Ende mit den 30.000 Euro nicht reicht und das System gefährdet wäre, komme ich noch einmal zu Ihnen, aber ich fände es jetzt schwierig als Signal, wenn der Gemeinderat sagt, ich bin bereit, auch 270.000 oder 150.000 oder 75.000 Euro hier einzubringen. Das, glaube ich, ist an der Stelle das falsche Signal. Und nachdem ich die Zahlen kenne, also doch wie hoch der Anteil der Studierenden ist, weil er an der Stelle so begünstigt wird, muss ich auch sagen, ich kann das dann auch von dem Einsatz von 270.000 Euro schwer rechtfertigen. Insofern, wir wollen das System nicht abschaffen, wir wollen es nicht reduzieren, aber wir müssen hier zu einer anderen Aufteilung der Kosten kommen. Das ist einfach an der Stelle meine Bitte.

Jetzt haben wir verschiedene Anträge. Der weitestgehende ist der **Antrag Der Linken**, 270.000 Euro ab 2027 wieder einzustellen. Und da bitte ich Sie jetzt um Ihre Entscheidung ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann rufe ich auf den **Antrag der GRÜNEN**, 150.000 Euro einzustellen, und bitte auch da um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt kommt der mündlich eingebrachte Antrag der SPD, 75.000 Euro plus Sperrvermerk, und auch da bitte ich um Ihr Votum ab jetzt. – Das hat eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Sie geben mir recht, dass wir dann die 30.000 Euro aber nicht auch noch einstellen müssen. Also wir machen aus den 30.000 Euro 75.000 Euro mit Sperrvermerk und erzählen Ihnen dann, was bei den Verhandlungen herausgekommen ist. Also wir verschlechtern das jetzt dann um 45.000 Euro, so stimmt es, ab 2027. Okay, damit haben wir auch das erledigt.

Antrag Ö 270: Werderplatz zu Dorfplatz: Mittel zur Umgestaltung des Werderplatzes in der Südstadt (Die Linke, KAL, Bürger-Gesellschaft der Südstadt e. V.)
(Vorlage: DHH/2025/6101)

Antrag Ö 271: Werderplatz als Platz für die Südstadt (SPD)
(Vorlage: DHH/2025/6713)

Antrag Ö 318: Beschaffung, Lagerung und Wartung von Stadtmobiliar (GRÜNE)
(Vorlage: DHH/2025/6712)

Wir kommen zu zwei Anträgen, die sich mit dem Werderplatz beschäftigen, einen Antrag der Linken, Karlsruher Liste, Bürger-Gesellschaft der Südstadt. Das ist die Ziffer Ö 270, und dann gibt es noch einen Antrag der SPD, Ö 271. Ich habe irgendwie eine Nachricht gekriegt, dass man die zusammen betrachten kann, aber da klären Sie uns sicherlich gleich auf.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Ich regele das alles, gut, ich wollte nur kurz sagen, da kommt jetzt was mündlich. Ich glaube, der Herr Klinkhardt möchte vorher etwas sagen.

Der Vorsitzende: Die GRÜNEN haben keinen Antrag gestellt. Ich würde jetzt erst einmal gerne die Antragsteller nehmen. Wir können aber auf der üblichen Reihenfolge nach gehen.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Nein, dann erwähne ich kurz, dass unser Antrag identisch ist mit dem Antrag der Bürger-Gesellschaft der Südstadt und dass wir den auch gerne aufrechterhalten möchten. Wir schließen uns aber dem Vorschlag, den dann gleich der Herr Klinkhardt präsentiert, an.

Stadtrat Klinkhardt (GRÜNE): Wir haben noch einen Antrag, der etwas später in der Liste kommt, mit dem Stichwort Stadtmobiliar als Überschrift, wo aber in der Begründung auch schon der Werderplatz auftaucht. Und deswegen ist auch ein bisschen der inhaltliche Zusammenhang zustande gekommen, weshalb wir uns mit allen Fraktionen, die rund um den Werderplatz gerne aktiv werden würden oder generell Stadtmobiliar-Möglichkeiten für Vereine oder generell etwas in der Stadt noch an Einrichtungen unterbringen wollen, zusammengesetzt und haben jetzt mit SPD, Linke Volt und KAL gesprochen. Wir würden gerne den Antrag mit den 100.000 Euro Stadtmobiliar so verwenden, dass weiterhin gilt, 100.000 Euro beim Stadtplanungsamt, die verwendet werden können dann zu einem großen Teil für den Werderplatz, um dort Maßnahmen kurzfristig umsetzen zu können, während uns gleichzeitig bewusst ist, dass für einen richtigen Umbau des Werderplatzes nachher langfristig noch deutlich mehr Geld nötig sein wird, was wir jetzt aber so kurzfristig nicht aufbringen können und auch die Planungen dafür noch gar nicht da sind. Und deswegen haben wir uns darauf verständigt, dass wir diesen Topf quasi für Stadtmobiliar gemeinsam nutzen, zunächst zu großen Teilen für den Werderplatz, und dass die Verwendung in Kooperation mit Vereinen und Initiativen stattfinden soll, sowohl bei Beschaffung als auch Pflege und Lagerung des Mobiliars, damit die Stadtverwaltung nicht übermäßig belastet wird.

Der Vorsitzende: Können Sie noch mal etwas zu dem Antrag sagen, den Sie gerade zitiert haben? Wir finden den hier nicht. Und 100.000 Euro für beide Jahre oder pro Jahr?

Stadtrat Klinkhardt (GRÜNE): Für beide, und wir würden es wahrscheinlich 50/50 aufteilen auf die Jahre. Und das ist die Nummer Ö 318.

Stadtrat Müller (CDU): Da offensichtlich, Herr Oberbürgermeister, seitens der Antragsteller niemand so richtig zu dem Antrag sprechen möchte im Hinblick auf weitere Erläuterungen, Begründung oder woher die Initiative kam, soll es mir recht sein. Der Werderplatz liegt uns allen am Herzen aus den unterschiedlichsten Gründen, aus den unterschiedlichsten Gesamtgemengelage, die wir dort vor Ort seit mehreren Jahren festhalten oder feststellen. Nun ist es aber auch tatsächlich so, dass der Werderplatz von jeher von seiner Ausprägung, von seiner Gestaltung mit Teilfußgängerzone, mit Baumbepflanzung, mit Wohnen eigentlich schon den Dorfplatz in der Südstadt darstellt und auch als solches geeignet ist. Er kommt auch nicht in einem baulich desolaten Zustand daher. Unlängst haben wir, also der Gemeinderat mit einer Mehrheit, dafür gesorgt, dass der Teil zur Wilhelmstraße hin autofrei gemacht werden soll. Ich würde sagen, unter der Gesamtprämisse, unter der wir die Haushaltsberatungen zu führen haben, unter dem Einspardruck, dass wir nicht ohne Not solche Mittel in die Hand nehmen, wo wir diese autofreie Zone zur Wilhelmstraße haben, sollten wir vielleicht auch mal der Gastronomie dort eine Chancen lassen, den Platz zu

beleben, den Platz zu bespielen. Er ist von jeher schon stark frequentiert. Ich glaube, die Gesamtgemengelage aus Bürgerschaft, Verein und aber auch der Gastronomie sollte einmal vorläufig genüge sein. Und deswegen sind wir seitens der CDU nicht bereit, zunächst einmal nur temporär, ich habe es jetzt gerade von dem Kollegen von den GRÜNEN gehört, 50.000 oder 90000 Euro für irgendwelche Möblierung in die Hand zu nehmen und dann doch eines Tages in einem großen Stil bauliche Umbaumaßnahmen zu machen, die ich heute dort auch nicht unbedingt sehen möchte.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Aus der Perspektive einer der antragstellenden Fraktionen kann ich mich dem Kollegen Müller nicht anschließen. Die Aufenthaltsqualität oder die Akzeptanz eines Platzes hängt sehr stark von der Qualität ab. Und wir haben das beste Beispiel hier vor der Haustür gehabt, auf dem Marktplatz im Sommer. Mit einer entsprechenden Möblierung, mit einer entsprechenden Bepflanzung erfährt der Platz eine Aufwertung. Und selbiges gilt auch für den Werderplatz und andere städtische Plätze. Hier haben wir die Möglichkeit, trotz des Haushaltsdrucks mit vergleichsweise kleinen Summen einen großen Effekt zu erreichen, was nicht ausschließt, dass am Beispiel Werderplatz die Gastronomie auch ihren Teil dazu beitragen kann und soll. Grundsätzlich geht es darum, auf der einen Seite machen wir Verkehrsversuche, was auch sehr gut ist, aber es geht auch darum, diese Dinge möglichst niedrigschwellig mit Leben zu füllen. Und hier sehen wir die Möglichkeit mit entsprechenden Maßnahmen, trotz der doch angespannten Haushaltslage, gute Effekte und eine gute Aufenthaltsqualität für die Bürgerinnen und Bürger an den genannten Plätzen zu erreichen.

Stadträtin Lorenz (FDP/FW): Auch uns liegt der Werderplatz am Herzen, auch wenn wir damals gegen die Verkehrsberuhigung gestimmt haben, aber es ist nun einmal so, die Mehrheit wollte es. Das ist demokratisch, und jetzt ist es tatsächlich so, dass der Platz auch eine Aufwertung braucht. Es reicht nicht, nur die Autos rauszunehmen. Da muss ich auch dem Kollegen Müller widersprechen. Der Werderplatz ist schon in einem sanierungswürdigen Zustand. Es ist dort so, dass die Gastronomen schon Gas geben und zum Teil außen Lichterketten aufhängen, weil die Beleuchtung am Werderplatz ziemlich funzelig ist. Da geht es schon los. Also da würden ein paar neue Lampen und ein moderneres System absolut Sinn machen. Und auch der Belag ist ein ziemlicher Flickenteppich. Zweimal 45.000 Euro in den beiden Jahren ist jetzt nicht die Unsumme im Vergleich zu anderen Verkehrsprojekten. Wir haben letzte Woche auch über die Karlstraße und was da noch auf uns zukommt gesprochen. Daher werden wir diesen Antrag der Bürger-Gesellschaft Südstadt sehr gerne unterstützen.

Stadtrat Gaukel (Volt): Ich habe das nicht ganz verstanden, ob wir den Stadtmobiliar-Antrag der GRÜNEN auch mit aufnehmen. Da sind wir nämlich auch dabei, bei dem Kompromiss. Von daher würde ich einmal zu beiden reden. Der Werderplatz ist ein Problem, das wir sehr häufig haben. Wir würden gerne etwas tun, haben aber kein Geld. Wir kennen unsere Haushaltslage. Deswegen hier diesen Topf einzubauen, dass man das jetzt für den Werderplatz macht, aber dann auch andere Dinge und auch zum Beispiel für Quartiersvereine zum Beispiel in der Fußgängerzone, wo wir auch noch diese Baustellen haben, mit aufnehmen, finde ich eine sehr gute Sache, dass wir dann nachträglich verteilen können. Von daher hier große Zustimmung für den Kompromissvorschlag.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Uns ging es darum, dass der Werderplatz das jetzt auch wirklich verdient, nachdem die Entscheidung gefallen ist, dass der autofrei wird. Der

braucht eine Aufwertung, und er braucht eine Aufhübschung. Wir möchten gerne trotzdem, obwohl wir bei dem Kompromissvorschlag auch dabei sind, noch einmal das Augenmerk auf den Antrag der Bürger*innen-Gesellschaft legen, weil wir hätten am liebsten das Geld explizit auch für den Werderplatz und für auch vielleicht ein bisschen mehr als nur Mobiliar gehabt. Aber da Mehrheiten zu finden, ist natürlich sehr schwierig. Deswegen haben wir uns im Nachgang auch dem Kompromiss angeschlossen. Aber ich würde mir schon wünschen, dass man den Werderplatz insbesondere im Auge behält.

Stadtrat Haug (KAL): Es geht uns auch darum, den Werderplatz aufzuwerten. Das wurde alles schon gesagt. Und wir haben uns dann einfach in Abstimmung mit den Kolleg*innen auch dem Kompromissvorschlag angeschlossen, um in der Summe etwas Geld zu sparen, dass man jetzt am Anfang diese Mittel hauptsächlich für den Werderplatz verwendet. Jetzt ist irgendwie die Schwierigkeit, der andere Antrag, der Kompromissvorschlag ist jetzt gar nicht aufgerufen, denn wenn der angenommen würde, würden wir unseren Antrag zurückziehen.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Allein der Titel Dorfplatz ist doch genial. Also ich finde, die Vision muss die Vision von dem Platz sein. Dorfplatz bedeutet für mich, da sehe ich einen Baum, und da sind Bänke drumherum. Da kann man sitzen, da trifft sich das Dorf. Und so muss der Werderplatz werden, in diesem Stil, dass da wirklich eine Möblierung da ist, dass eine Atmosphäre da ist. Da gehört Beleuchtung dazu, und da muss nicht alles perfekt sein. Um das geht es nicht, aber die Möblierung muss da sein. Wenn die Autos raus sind, muss Möblierung rein. Und die Qualität, die muss geschehen. Das ist ein Anfang mit den 90.000, und deswegen ist es höchste Zeit, das zu machen.

Der Vorsitzende: Herr Stadtrat Klinkhardt, wenn Sie noch mal erklären, was jetzt der berühmte Kompromiss ist. Ich sehe da so viele Differenzen zwischen den drei Anträgen, dass ich das im Moment noch nicht auf die Reihe kriege, ehrlich gesagt.

Stadtrat Klinkhardt (GRÜNE): Nach unserem Verständnis würden wir den Stadtmobiliar-Antrag jetzt vorziehen, würden den jetzt abstimmen und würden klar in die Begründung mit reinnehmen, dass ein großer Teil für den Werderplatz vorzusehen ist und die Zusammenarbeit mit den Vereinen und Initiativen.

Der Vorsitzende: Ich will nur darauf hinweisen, dass in dem Antrag der Bürger-Gesellschaft, und das ist auch aufgenommen in dem Antrag der anderen, vor allem Werderplatz wird Dorfplatz, vor allem auch von Umbau die Rede ist. Umbau ist was anderes als Mobiliar hinstellen. Also Sie machen da völlig unterschiedliche konzeptionelle Dinge. Insofern tue ich mich jetzt schwer, zu sagen, der Antrag der Bürger-Gesellschaft geht in Ihrem Antrag auf, weil ich, ehrlich gesagt, das gar nicht sehe. Oder wie haben Sie es verstanden?

Stadtrat Klinkhardt (GRÜNE): Der Antrag der Bürger-Genossenschaft soll nochmal extra abgestimmt werden, weil der ein anderer ist. Umbau ist etwas anderes als das, was wir vorschlagen. Aber wir wissen halt auch, dass mit dem Geld ein richtiger Umbau nicht möglich ist.

Der Vorsitzende: Dann bleibt es bei drei Anträgen, die wir hintereinander abstimmen? Sie möchten zuerst das Stadtmobiliar, okay. Also der weitestgehende sind 100.000 Euro, das ist das mit dem Stadtmobiliar. Dann können wir uns darauf einigen. Jetzt rufen wir noch

einmal genau auf, wie der heißt. Das ist der Ö 318, einmalig 100.000 Euro für die Anschaffung von Stadtmobiliar. So habe ich es verstanden. Und Sie würden dann auch aufnehmen, dass der bevorzugt auf dem Werderplatz einzusetzen ist, okay. So habe ich es verstanden.

Stadtrat Klinkhardt (GRÜNE): Der Vorschlag wäre, es auf die zwei Jahre verteilt zu haben, damit man nicht jetzt direkt alles nachher schon wissen muss.

Der Vorsitzende: Also zwei Mal 50.000 Euro, Anschaffung von Stadtmobiliar, wenn wir noch die Unterbringungskosten bezahlen müssen, dann wird nicht mehr viel übrig bleiben, aber das klären wir anschließend. Und das soll bevorzugt auf dem Werderplatz eingesetzt werden. Das ist ein Antrag der GRÜNEN, den stelle ich jetzt hier zur Abstimmung. Danach kommt der weitergehende Antrag zum Werderplatz, und danach der niedrigere Antrag, je nachdem wie sich das entwickelt.

Der GRÜNEN-Antrag **Ö 318** steht zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Also der ist mit **Mehrheit angenommen**.

Ich würde dennoch gerne den Antrag der Bürger-Gesellschaft und auch Der Linken über zwei Mal 45.000 Euro explizit auf den Werderplatz inklusive Umbau hier aufrufen wollen, weil aus meiner Sicht nicht deckungsgleich. Sehen Sie auch so? Okay. Dann rufe ich diesen Antrag auf.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Wir haben den unterstützend gestellt. Wir müssten nicht drauf bestehen, dass unserer jetzt abgestimmt wird. Wir können auch gerne den der Bürger-Gesellschaft abstimmen, falls Menschen in diesem Haus eher Probleme haben, da bei uns zuzustimmen, als bei der Bürger-Gesellschaft selber. Uns geht es dabei um die Sache.

Der Vorsitzende: Okay, Die Linke zieht zurück. Dann bleibt hier der **Antrag der Bürgergesellschaft**, zwei Mal 45.000 Euro, und da bitte ich Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Der ist **abgelehnt**.

Jetzt gibt es noch den **SPD-Antrag**, zwei Mal 25.000 Euro, hat sich **erledigt**. Okay, dann haben wir das jetzt hinter uns gebracht.

6200 Liegenschaften

Antrag Ö 272: HHS4_GR65 - Aufgabe Baulandkataster und Baulückenprogramm (ab 2028)

(Vorlage: 2025/1167)

Dann kommen wir zum Teilhaushalt Liegenschaften. Das schaffen wir jetzt noch. Seite 307, und ich verweise auf die Seite 315. Hier schlagen wir einmal die Veränderungsliste vor, die Aufgabe des Baulandkatasters und des Baulückenprogramms ab 2028, und ich bitte hier um Ihr Votum, weil das etwas ist, was Sie mitentscheiden müssen, und zwar ab jetzt. – das ist **Einstimmigkeit**.

Antrag Ö 273: HHS4_GR67 - Einführung einer Gebühr für die Erteilung von Hausnummern (49 Euro)
(Vorlage: 2025/1169)

Antrag Ö 274: HHS4_GR69 - Einführung einer Gebühr für die Genehmigung nach § 51 BauGB (149 Euro)
(Vorlage: 2025/1171)

Antrag Ö 275: HHS4_GR70 - Erhöhung der Gebühr für Baulastenauskünfte und Erschließungskosten (29 Euro auf 39 Euro)
(Vorlage: 2025/1172)

Antrag Ö 276: HHS4_GR71 - Erhöhung der Gebühr für Genehmigungen nach § 144 BauGB (99 Euro auf 149 Euro)
(Vorlage: 2025/1173)

Antrag Ö 277: HHS4_GR73 - Erhöhung der Genehmigungsgebühr im Baugenehmigungsverfahren
(Vorlage: 2025/1175)

Antrag Ö 278: HHS4_GR74 - Erhöhung der Genehmigungsgebühr im Vereinfachten Baugenehmigungsverfahren
(Vorlage: 2025/1176)

Dann kommen unter Ö 273 bis Ö 278 alle möglichen Erhöhungen von Gebühren, und die finden Sie unter Tagesordnungspunkt 9 in einer neuen Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren als Gesamtvorlage der Stadt, die alle diese Änderungen mit aufnimmt.

Und deswegen rufe ich jetzt gleich den Tagesordnungspunkt 9 auf und diese entsprechende Verwaltungsgebührensatzung.

(siehe separates Protokoll TOP 9)

Antrag 280: HHS4_GR68 - Keine Gebühr für Wohnberechtigungsschein einführen (GRÜNE, SPD, Die Linke, SR Braun)
(Vorlage: DHH/2025/6202)

Dann schlagen wir vor, über die erste Veränderungsliste eine Gebühr für die Erteilung von Wohnberechtigungsscheinen einzuführen. Und hier gibt es einen Antrag unter Ö 280 der GRÜNEN, der SPD, Der Linken und Stadtrat Braun, diese Gebühren nicht einzuführen.

Stadtrat Klinkhardt (GRÜNE): Für Menschen, die Wohnberechtigungsschein beantragen, kann eine solche Gebühr erheblich größere Probleme darstellen als für andere. Wir lehnen die Gebühren deshalb ab.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Als wir vorhin über die Wochen gegen Rassismus verhandelt haben, habe ich gesagt, dass es zwei Vorschläge gab, die mich wütend gemacht

haben, und das ist Nummer 2. Wir finden das Vorhaben absolut nicht vertretbar. Der Wohnberechtigungsschein ist für Menschen gedacht, die Anspruch auf geförderten Wohnraum haben, weil sie sich die explodierenden Mieten auf dem freien Markt nicht leisten können. Doch ein Wohnberechtigungsschein garantiert noch lange keinen geförderten Wohnraum. Er erlaubt nur, sich auf die viel zu wenigen geförderten Wohnungen zu bewerben. Die Stadt möchte also Geld für ein Ticket, das ins Leere führt, weil es schlicht an geförderten Wohnraum fehlt. Das halten wir für unredlich. Wir beantragen deshalb keine Gebühr für den Wohnberechtigungsschein. Wir sind froh, dass wir damit nicht alleine sind. Und wenn die Stadt die so geplanten Einnahmen in Höhe von 28.000 Euro benötigt, kann sie versuchen, die Gebühren dort zu erhöhen, wo auch Gewinne erwirtschaftet werden, und das ist der gewerbliche Immobilienbereich, aber sicher nicht bei Wohnungssuchenden, die nicht genug Einkommen haben, um sich eine Wohnung auf dem freien Markt leisten zu können.

Stadtrat Braun (Die PARTEI): Auch ich war sehr verwundert über diesen Vorschlag der Verwaltung, bin mir auch bis jetzt noch nicht so ganz sicher, ob er ernst gemeint ist. Wenn nicht, lade ich Sie, Herr Oberbürgermeister, gerne ein, bei unserer Partei Verantwortung zu übernehmen.

Der Vorsitzende: Ich muss doch als Verwaltung jetzt etwas zu den Ausführungen sagen. Ich finde den überhaupt nicht unsozial. Es entsteht Arbeit bei der Verwaltung, und mit dem Wohnberechtigungsschein habe ich Zugang zum Wohnungsmarkt, den ich ohne den Wohnberechtigungsschein nicht habe. Und deswegen wird das Angebot eher erweitert. Es bleibt dem Einzelnen trotzdem unbenommen, zu sagen, ich nehme eine sozial gebundene Wohnung oder ich nehme sie nicht. Das ist keine Verpflichtungen, aber es erweitert die Optionen. Und insofern, finde ich, kann man für diese Optionserweiterung auch eine Mindestverwaltungsgebühr entrichten, die mit 20 Euro sicher weit unter dem Aufwand liegt.

Das wäre jetzt meine Position dazu, aber jetzt haben wir den Antrag von Ihnen hier vorliegen, und den stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Der Änderungsantrag aus dem Gemeinderat, darauf zu verzichten, dann müssen wir noch einmal aufrufen. Ich rufe immer erst die Änderungsanträge auf und dann unseren. Also es geht um **Ö 280**, GRÜNE, SPD, Linke, Stadtrat Braun, keine Gebühr zu erheben. Und das stelle ich jetzt zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. Der Änderungsantrag ist **angenommen**.

Oben steht 279, das ist ein Fehler von uns, da haben Sie recht. Insofern verstehe ich die Verwirrung. Damit ist der Wunsch der Verwaltung abgewehrt, hier eine Gebühr zu erheben. Dann brauchen wir unseren Vorschlag auch nicht zur Abstimmung zu stellen.

Antrag 281: Hebelstraße 13 verkaufen (SR Kalmbach) **(Vorlage: DHH/2025/6203)**

Wir kommen zu einem Antrag auf Seite 323 von Ihnen, Herr Stadtrat Kalmbach, die Hebelstraße 13 zu verkaufen. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Herr Oberbürgermeister, Sie sagen, dass es schon im Gespräch wäre, aber ich bin eben skeptisch, denn es war vor zwei Jahren auch schon im Gespräch,

und es ist nichts passiert. Das Haus steht eigentlich leer oder wird mindergenutzt. Insofern bin ich ein bisschen irritiert über die Antwort. Was geschieht jetzt wirklich?

Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz: Wir haben in der Antwort geschrieben, dass wir mit zwei möglichen Erwerbern aus dem Bereich für Studierendenwohnen verhandeln, die auch in Kooperation etwas zusammen erarbeiten. Und die sind jetzt dabei, eine Wirtschaftlichkeitsberechnung für sich zu erschließen. Ich hoffe, dass wir das dann in 2026 in den Rat einbringen können. Es war eine ganze Zeit auch die Diskussionen, ob Erbbaurecht oder Verkauf, und das Erbbaurecht war für sie dann auch nicht so relevant. Erst als wir das Thema Verkauf der Liegenschaft dann auch in das Feld geführt haben, haben sie sich noch einmal an ein Konzept herangewagt. Es ist nicht aufgrund der Baupreisentwicklung ganz einfach, auch in dem Bereich Konzepte wirtschaftlich darzustellen, auch wenn sie im gemeinnützigen Bereich sind, die möglichen Erwerber.

Der Vorsitzende: Ja, wir haben lange versucht, das mit der Volkswohnung auf die Reihe zu kriegen, die aber den entsprechenden relevanten Verkaufspreis nicht zu zahlen bereit waren und was natürlich auch damit zu tun hat, dass die Bewirtschaftung anschließend für sie nicht wirtschaftlich genug wäre zu diesem Einkaufspreis. Jetzt wollen wir doch versuchen, es einem Partner zuzuführen, der dort studentisches Wohnen einrichtet. Wenn das auch wieder scheitert, wäre meine Empfehlung, es einfach an den freien Markt zu geben, aber wir haben durchaus auch in Ihrem Interesse erst einmal versucht, dass wir hier eine Zielgruppe im Auge haben, die wir auch an anderer Stelle gerne unterstützen würden. Insofern ist ganz viel passiert, Herr Kalmbach, nur nicht das, worauf wir alle setzen. Insofern verstehe ich, dass man langsam die Geduld verliert. Das kann ich gut nachvollziehen.

6300 Bauordnung

Antrag Ö 282: Einführung einer Zweckentfremdungsverbotssatzung im Jahr 2026 (GRÜNE) (Vorlage: DHH/2025/6301)

Wir kommen zum Bauordnungsamt, 6300. Hier gibt es den Antrag der Grünen, Einführung einer Zweckentfremdungsverbotssatzung im Jahr 2026. Das ist eher ein Konzeptantrag.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Es ist einerseits ein Konzept, aber auch ein Arbeitsauftrag, wenn es dann umgesetzt wird, der auch mit personellem Aufwand verbunden ist. Daher möchte ich zunächst der Verwaltung danken für die Stellungnahme, dass Sie das Thema grundsätzlich erkennen und noch angehen wollen, wenn auch nur in einem reduzierten Umfang. Und da haben wir die Befürchtung, dass das nicht erfolgreich sein könnte. Gegebenenfalls kann man die Stellen dann aber auch noch mit einem Sperrvermerk versehen, wenn die Satzung erarbeitet worden ist.

Worum geht es bei dem sperrigen Begriff? Eigentlich, dass wir Wohnungen im Innenbereich aktivieren, das ist genau das Ziel, was wir auf verschiedensten Wegen verfolgen. Wir können mit einer Zweckentfremdungssatzung beispielsweise leerstehende Wohnungen aktivieren und dem Wohnungsmarkt zuführen, oder wir können auch nicht angemeldete Ferienwohnungen und Airbnbs dem regulären Wohnungsmarkt zuführen. Damit würden wir zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, einerseits den Wohnraum gewinnen und

andererseits auch gegenüber der klassischen Hotellerie wieder konkurrenzfähigen Markt herstellen, die auch durchaus durch diese Parahotellerie beeinträchtigt sind in ihrer Wirtschaftlichkeit.

Ganz zum Abschluss noch: Warum können wir das eigentlich sehr gut machen? Warum gibt es da gute Erfahrungen? Die Stadt Frankfurt am Main hat beispielsweise in einem Zeitraum von fünf Jahren über 1.000 Wohnungen aus dem Ferienwohnungsbereich dem regulären Wohnungsmarkt zugeführt. Die Stadt Frankfurt am Main hat im gleichen Zeitraum über 1.000.000 Euro an Bußgeldeinnahmen durch diese Zweckentfremdungssatzung eingenommen für nämlich diejenigen, die illegal ihre Wohnungen auf Airbnb und anderen Plattformen angeboten haben. Das hat eine andere Dimension, das wird sicherlich in Karlsruhe nicht mit den ganz gleichen Größenordnungen dann stattfinden, aber es gibt im Endeffekt sehr viele positive Effekte, die da hinten herausstehen. Und um das am Ende aber tatsächlich auch operativ vernünftig umsetzen zu können, benötigt es die entsprechenden Personalstellen. So lautete auch die Stellungnahme der Verwaltung auf unsere Anfrage im Frühjahr dazu. Von daher würden wir sehr gerne diese Stellen, gerne auch mit einem Sperrvermerk, noch zur Abstimmung stellen.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Vielen Dank für den Antrag erst einmal. Frankfurt am Main und Karlsruhe ist tatsächlich nicht vergleichbar. Ich habe kurz geschaut, Frankfurt am Main hatte 11 Millionen Übernachtungen im Jahr 2024. Karlsruhe ungefähr eine Million. Das ist nicht nur die Größe der Einwohner, sondern vor allem die Zahl der Übernachtungen, die, glaube ich, wichtig ist für die Parahotellerie. Wir haben uns schon lange darüber unterhalten an verschiedenen Stellen, wie groß das Problem der Zweckentfremdung in Karlsruhe ist. Und natürlich sehen wir das Problem auch, aber wir sehen es jetzt nicht als die große Schraube, um hier noch Wohnraum zu akquirieren. Ich glaube, da sind wir uns auch alle einig. Wir freuen uns, dass die Verwaltung jetzt in der Stellungnahme auch das Problem anerkannt hat, da sind wir ein kleines bisschen weiter, als wir das schon einmal waren. Wir vertrauen der Verwaltung, dass sie jetzt guckt mit den sowieso schon vorhandenen Ressourcen, inwiefern wir bei der Zweckentfremdungssatzung vorankommen können. Und wenn wir dann im Laufe der Zeit feststellen, dass da so viel Potenzial drinsteckt, dass wir diese zwei Stellen dafür aufwenden sollten, die die Grünen gefordert haben, dann können wir das gerne auch zu einem späteren Zeitpunkt tun, aber wenn es darum geht, Stellen zu schaffen, um mehr Wohnraum zu schaffen in Karlsruhe, dann wissen wir noch ganz viele andere Schrauben, an denen wir drehen können mit Stellen, über die wir uns dann aber auch unterhalten sollten.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Wir sehen das ähnlich wie der Kollege Dr. Huber. Also zunächst erst einmal sollte man in einem entsprechenden Ausschuss darüber beraten, wie man sich so eine abgespeckte Satzung vorstellen kann. Dann erst sollte man darüber nachdenken, ob man dafür Stellen einsetzt, auch nicht umschichtet, denn Umschichtung ist dann auch schon eine haushalterische Belastung. Also erst einmal sollte man sehen, was die Verwaltung sich unter dieser stark reduzierten niederschweligen Lösungen vorstellt und dann über jedwede Personalentscheidung nachdenken.

Der Vorsitzende: Herr Stadtrat Schnell, Entschuldigung, ich habe nicht realisiert, dass Sie einen Geschäftsordnungsantrag stellen wollen.

Stadtrat Schnell (AfD): Die AfD-Fraktion stellt einen Geschäftsordnungsantrag, diesen Antrag im Fachausschuss zur Vorberatung zu verweisen.

Der Vorsitzende: Dann stimme ich über den Geschäftsordnungsantrag jetzt ab. Formal erhebe ich Gegenrede und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Der **Geschäftsordnungsantrag** ist **abgelehnt**. Wir können die Diskussion fortsetzen.

Stadtrat Gaukel (Vlt): Ich habe auch abgelehnt, sage ich kurz dazu. Zweckentfremdungssatzung ist ein sehr guter Punkt, um auch Mietkosten, Mietraum überhaupt zu machen. Wir hatten es bei dem Wohnberechtigungsschein auch schwierig, wenn man auch das den Ärmsten nicht zugestehen möchte. Von daher, wir haben ein Mietproblem, lass es uns angehen. Das Best Practice aus Frankfurt, wo wir auch mit in der Regierung sind, hat schon gezeigt, dass es möglich ist. Und ja, wir sind vielleicht nicht vergleichbar mit Frankfurt. Trotzdem haben wir hier sehr hohe Übernachtungszahlen. Da macht auch unser Tourismus sehr gute Sachen. Von daher glauben wir, dass das eine sehr gute Möglichkeit ist, heranzugehen und auf jeden Fall die Notwendigkeit der Parahotellerie da ist. Sonst würden wir da auch über die City Tax nicht so hohe Einnahmen machen, wenn wir da nicht so viele Übernachtungen hätten.

Der Vorsitzende: In Anbetracht der finanziellen Situation will ich nur feststellen, dass ich überrascht bin, dass unsere Verwaltung vorschlägt, dass wir das auf kleinem Level einführen können, ohne dass wir diese Personalstellen brauchen. Und ich würde deswegen durchaus Ihnen empfehle, dass wir das jetzt einmal als Auftrag annehmen und Ihnen dann eine entsprechende Satzung vorstellen. Wir können natürlich auch gleich die entsprechenden Personalstellen einstellen. Ich glaube, dass aber dann beide Zweckentfremdungssatzungen etwas unterschiedlich sind in der Ausprägung.

Bürgermeister Fluhrer: Vielleicht ganz kurz Erläuterung. Die Idee ist, dass wir uns jetzt nicht ein großes System überlegen, sondern ganz niederschwellig einmal anfangen und einfach sagen, alle weiteren Airbnb-Anträge werden abgelehnt. Dann haben wir nämlich schon mal was erreicht, und dann kann man nach und nach das ganze System aufräumen. So ist die Idee. Also es geht jetzt nicht darum, ein großes System erst einmal aufzuziehen, sondern einfach zu vermeiden, dass weitere Wohnung in Airbnb umgewandelt werden. Und das kann man erst mal über einen ganz niederschweligen Stopp erreichen, wenn wir uns einig wären.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Das kann man machen, wenn sich alle daran halten. Man muss aber kontrollieren, ob nicht andere Wohnungen dann doch angeboten werden, die nicht angemeldet worden sind. Und genau dafür braucht es diese Personalstellen, die einerseits Inserate und auch tatsächlich vor Ort überwachen. Das ist die Erfahrung aus anderen Städten, die diese Art von Satzung eingeführt haben.

Der Vorsitzende: Wir entscheiden jetzt über den Antrag der Grünen mit der Schaffung der zwei Personalstellen, und ich bitte Sie um ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich würde dennoch noch bitten, dass wir unseren Vorschlag einer Kurzfassung einmal ausarbeiten und mit Ihnen dann weiter diskutieren. Wir haben durch die Übernachtungssteuer

spannenderweise den Effekt, dass wir plötzlich relativ viele Informationen bekommen über die Parahotellerie. Insofern haben wir auch eine etwas veränderte Grundlage.

Antrag Ö 283: Einführung einer jährlichen Gebühr für festinstallierte Werbetafeln (Volt)
(Vorlage: DHH/2025/6303)

Wir kommen damit zum Antrag 283 der Volt-Fraktion, Einführung einer jährlichen Gebühr für festinstallierte Werbetafeln. Ich darf hier auf die entsprechende Stellungnahme hinweisen.

Stadträtin Geißinger (Volt): Aufgrund der Stellungnahme danken wir auch noch einmal für die weitere Prüfung, aber in dem Fall hat sich unser Antrag im Endeffekt **erledigt**, und wir müssen den nicht mehr abstimmen.

Der Vorsitzende: Dann hat sich das erledigt. Ich muss ehrlicherweise sagen, dass ich dazu neige, dass wir jetzt aufhören, weil mir langsam der Kopf zuschwillt. Wir sehen uns morgen früh um 9:00 Uhr wieder und müssen dann ganz schön Gas geben bei der Geschwindigkeit, wenn wir das dann bis 16:00 Uhr auf die Reihe kriegen wollen. Also kommen Sie morgen alle erfrischt und motiviert wieder, und dann schauen wir weiter, schönen Abend.

(Unterbrechung der Sitzung von Dienstag, 16.12.2025, 20:45 Uhr bis Mittwoch, 17.12.2025, 9:00 Uhr)

Der Vorsitzende: Liebe Stadtratskolleginnen und Stadtratskollegen, Frau werte Erste Bürgermeisterin, werte Bürgermeister*innen, Kolleg*innen, ich darf auch die Dienststellenleitungen, Ortsvorsteher*innen, Geschäftsführer*innen, Mitarbeitende ganz herzlich begrüßen, die Vertreter*innen der Medien, der Karlsruher Bürgervereine, und natürlich auch die anwesenden Bürgerinnen und Bürger.

Herzlich willkommen zum zweiten Tag unserer Gemeinderatssitzung zur Aufstellung des Doppelhaushaltes 26/27. In Anbetracht des limitierten Endes heute wäre ich dankbar, wenn wir jetzt zügig beginnen können und die ganzen Seitengespräche eingestellt werden und wir uns dann zügig hier ans Werk machen können.

Antrag Ö 256: Erhalt der offenen Kinder- und Jugendarbeit in den Höhenstadtteilen (SPD)
(Vorlage: DHH/2025/5026)

Antrag Ö 257: Fortführung der offenen Jugendarbeit in Wettersbach (Ortsverwaltung Wettersbach)
(Vorlage: DHH/2025/5027)

Wir haben von gestern noch etwas nachzuholen, und zwar die beiden Anträge Ö 256 der SPD-Fraktion zur offenen Kinder- und Jugendarbeit in den Höhenstadtteilen, mit dem Wunsch, hier 25.000 Euro in den Haushalt einzustellen, und den Antrag der Ortsverwaltung Wettersbach, ebenfalls Fortführung der offenen Jugendarbeit, mit der Anmeldung von Personalkosten für 2026 von 72.000 Euro und 163.000 Euro. Und ich würde jetzt gerne in die Abstimmung einsteigen, es sei denn, es gibt jetzt noch offene Fragen an dieser Stelle.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Also die bloße Nachricht, was jetzt wer beantragt hat, ist die eine Information. Die Frage, warum in der Verwaltungsantwort ausdrücklich drinsteht, dass man mit gutem Willen auch ohne auskommt, ist eine Sache, die noch aufgeklärt werden muss. Denn ich bin nach wie vor der Meinung, und ich hoffe, dass das auch die GRÜNEN so sehen, dass mit der Antwort, die kann man als plausibel nachvollziehen, und mit der sollte man in dem nächsten Doppelhaushalt auch leben können. Die zusätzliche Forderung ist nicht nachgewiesen. Und die, die jetzt aus dem Ortschaftsrat Wettersbach kommt, die beruht auf einer Eigenerklärung des Stadtjugendausschusses vor einem Dreivierteljahr, die in keiner Weise validiert ist.

Stadträtin Ernemann (SPD): Vielleicht könnte Bürgermeisterin Yvette Melchien nochmal erklären, die Frau Tron war gestern auch schon weg, als es um diesen Tagesordnungspunkt ging. Also unser Antrag bezieht sich nur auf die 25.000 Euro, dieser Betrag, der jetzt vom Stadtjugendausschuss nicht mehr übernommen werden kann. Und um die Jugendarbeit in den Bergdörfern fortzusetzen, werden diese 25.000 Euro noch benötigt. Mir ist auch keine Aussage bekannt, dass die ohne diesen Betrag weiterlaufen würde. Und diese 25.000 Euro, die der Stadtjugendausschuss nicht mehr übernehmen kann, die beantragen wir jetzt, dass die im Haushalt eingestellt wird. Das ist eigentlich die Grundlage unseres Antrags. Und deshalb verstehe ich auch nicht, warum jetzt die Kollegin Tron andere Zahlen vorgelegt hat, danke schön.

Bürgermeisterin Melchien: Ich bemühe mich um Aufklärung. Der Stadtjugendausschuss hat selbstverständlich guten Willen. Der Gemeinderat hat beauftragt, dass wir flächendeckend Jugendarbeit anbieten sollen, das tun wir. Wir haben gestartet in den Höhenstadtteilen mit zwei Personen. Das war von Anfang an für den Stadtjugendausschuss leicht defizitär. Dieser defizitäre Betrag, der wurde genannt als Einsparung des Betriebsmittelzuschusses, 25.000 eben nicht mehr kompensieren zu können aus den eigenen Mitteln des Stadtjugendausschusses, aber natürlich dennoch, und so sagt es unsere Verwaltungsvorlage und darauf können Sie sich verlassen, in reduziertem Umfang weiterhin auch in den Höhenstadtteilen künftig Jugendarbeit anbieten zu können. Jetzt gibt es zwei verschiedene Anträge, die uns vorliegen. Einmal der Antrag aus der Ortsverwaltung Wettersbach, der zurückgeht auf ein Konzept, das ursprünglich sogar weiter zurückliegt. Herr Pfannkuch, im Herbst 2024 wurde erstellt, wie könnte gute Jugendarbeit in den Höhenstadtteilen aussehen, wie müsste die ausgestattet sein. Das sind die Beträge, die in diesem Antrag

genannt sind. Dafür haben wir natürlich momentan nicht die finanziellen Spielräume aus Sicht der Verwaltung. Die SPD begehrt jetzt das Defizit, das bisher der Stadtjugendausschuss selbst getragen hat, die 25.000 einzustellen, dass das auskömmlich aus bisherigem Stand funktionieren kann. Wir haben Ihnen in der Verwaltungsantwort geschrieben, dass wir auch ohne diese 25.000 in reduziertem Umfang weiterhin in den Höhenstadtteilen Geld anbieten. Es ist angedockt, Herr Stadtrat Huber, vielleicht kann ich die Frage gleich vorwegnehmen, die kommt, an das Jugendhaus Durlach, und das wird organisatorisch auch weiterhin Bestand sein, darauf noch mehr gesetzt, das zu dem.

Der Vorsitzende: Also steht hier ein bisschen Aussage gegen Aussage, und es ist jetzt der Weisheit des Gemeinderats überlassen. Für mich ist ein Stück weit nachvollziehbar, dass es bisher 25.000 Euro aus dem Budget des Stadtjugendausschusses gab, von dem er sagt, er kann sie nicht mehr erbringen. Ob das zu einer nicht mehr Durchführung der Jugendarbeit dort führt, können wir abschließend nicht feststellen. Unsere Feststellung oder unsere Einschätzung, die Sie der Stellungnahme entnehmen können, ist, dass es dennoch in reduziertem Umfang möglich ist. Der Antrag der Ortsverwaltung beruht auf der Konzeptumsetzung, die ursprünglich für einen solchen Jugendtreff eigentlich vorgegeben ist. Da gibt es 1,75 Personalstellen und die werden jetzt hier eben noch einmal separat beantragt, um es auch sozusagen absolut stabil zu halten. Damit, glaube ich, haben wir es zumindest ein Stück weit aufklären können, und wir können jetzt in die beiden Anträge einsteigen.

5000 Jugend und Soziales

Antrag Ö 256: Erhalt der offenen Kinder- und Jugendarbeit in den Höhenstadtteilen (SPD) (Vorlage: DHH/2025/5026)

Ich rufe auf den Antrag der SPD, Ö 256, auf diese 25.000 Euro Sachmittelausgleich, um die geht es, um hier die Arbeit weiterführen zu können, und bitte um Ihr Votum dafür ab jetzt.
– Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 257: Fortführung der offenen Jugendarbeit in Wettersbach Antrag: Ortsverwaltung Wettersbach (Vorlage: DHH/2025/5027)

Jetzt rufe ich auf noch den Antrag der Ortsverwaltung. Ich mache das deswegen separat, weil das eine Personalmittel sind und das andere ein allgemeiner Betriebskostenzuschuss. Das ist der Ö 257, wenn ich es richtig weiß. Den rufe ich jetzt hier auf und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Auch das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich will noch für das Protokoll nachreichen, dass Franziska Buresch, Dr. Paul Schmidt und heute auch Max Braun entschuldigt sind. Ich darf auch darauf hinweisen, dass der Antrag Ö 322 von Herrn Stadtrat Braun heute zurückgezogen worden ist. Also wer sich schon zu der gänzlichen Schließung des Zoos hätte äußern wollen, den muss ich jetzt leider enttäuschen. Das findet heute nicht statt.

4000 Schulen und Sport

Antrag Ö 99: HHS4_V166 - Schulbudget muss übertragbar sein (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/4003)

Antrag Ö 259: HHS4_GR62 Keine Tarifierhöhung Schulschwimmen (CDU, SPD, KAL)
(Vorlage: DHH/2025/5202)

Wir kommen damit zum Teilhaushalt Schulen und Sport. Das ist der Teilhaushalt 4000. Der beginnt auf der Seite 186, und wir fangen aber auf der Seite 189 an. Da gibt es einen Vorschlag der Verwaltung, den wir eigenständig umsetzen können, nämlich die Schulbudgets zu kürzen. Hierzu gibt es einen Antrag der CDU unter der Ziffer Ö 99, Schulbudget muss übertragbar sein. Wir müssen an der Stelle auch noch das Thema des Schulschwimmens mit aufrufen. Da hatten wir ja gestern gesagt, das müssen wir über das Schulbudget klären. Und das würde im Grunde dann der Antrag Ö 259 sein, den wir gestern eben ein Stück weit verlagert haben, dass wir nämlich 60.000 Euro im Grunde aus den Schulbudgets virtuell nehmen müssen oder die Schulbudgets eben entsprechend aufstocken müssen, wenn wir das Thema Schulschwimmen da jetzt sicher verorten wollen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Zum Schulschwimmen, glaube ich, brauche ich nicht mehr viel zu sagen, über die Notwendigkeit und den dringenden Bedarf des Schulschwimmens. Das habe ich gestern schon gemacht. Aus steuerlichen Gründen muss jetzt nicht der Preis reduziert werden für die Schulen, sondern müssen wir hier die 60.000 dann mit einer Art Verpflichtung eben mehr einstellen, damit die Schulen auch weiter entsprechend ihre Schwimmbadzeiten nutzen können, wenn wir die Bäderpreise erhöhen. Grundsätzlich geht es uns bei dem Antrag darum, dass das Schulbudget übertragbar bleibt. Das haben uns gerade Schulleiter immer wieder sehr eindrucksvoll geschildert, dass sie insbesondere auch an beruflichen Schulen immer sehr große Investitionen auch über mehrere Jahre haben, wenn sie zum Beispiel, sage ich jetzt, Material einkaufen müssen, das an gewisse Regularien gebunden ist. Von daher bitten sie auch darum, dass es weiter übertragbar ist. Es ist übertragbar, aber es stand im Raum, dass es eventuell nicht mehr übertragbar sein soll. Deswegen wären wir mit der Willensbekundung, dass es weiter übertragbar ist, so wie es auch in der Antwort steht teilweise, sehr zufrieden und würden dann darum bitten, dass diese 60.000 hier für das Schulschwimmen aufgenommen werden.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Es ist nicht nur eine Willensbekundung, sondern eine Zusage, dass wir das weiter übertragbar halten.

Dann würde ich das als separaten Antrag aufnehmen, dass wir in den Teilhaushalt Schulbudgets 60.000 Euro zweckgebunden, so hatte ich das verstanden, wie wir das dann technisch lösen, müssen wir halt gucken, zweckgebunden für Schulschwimmen hier zusätzlich einstellen. Diesen Antrag würde ich jetzt hier zur Abstimmung stellen und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist **einstimmige Zustimmung**.

**Antrag Ö 100: HHS4_GR28 - Streichung des Betriebskostenzuschusses für die Europäische Schule (Personalabordnung) - bereits seit 2023 nicht mehr erfolgt
(Vorlage: 2025/1128)**

Damit haben wir, glaube ich, auch diese Klippe gut bewältigt. Ich rufe auf den Antrag der Verwaltung, Ö 100, Streichung des Betriebskostenzuschusses für die Europäische Schule. Wobei es letztlich keine ganze Streichung ist, sondern nur eine Reduzierung, weil wir nach wie vor eine Verwaltungsmitarbeiterin dort abgeordnet haben, und das soll auch so bleiben.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Ich wollte kurz sagen, dass wir uns gegen die Streichung dieses Betriebskostenzuschusses aussprechen werden heute für die Europäische Schule, weil wir einfach damit noch einmal unterstreichen möchten, dieses Alleinstellungsmerkmal speziell dieser Schule. Also wir haben viele Privatschulen, aber die Europäische Schule ist einfach ein besonderes Konstrukt. Und ich denke, wir alle können stolz sein drauf als Stadt Karlsruhe, dass wir eine der wenigen europäischen Schulen in Deutschland bei uns haben. Entsprechend ist es aus unserer Sicht auch angebracht, dass wir weiterhin diesen Betriebskostenzuschuss bezahlen, damit einfach auch diese Verbindung von Verwaltung zu Verwaltung auch weiterhin vorhanden ist und hier das ganze Konstrukt auch weiterhin gut funktionieren kann.

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW): Vielleicht können Sie noch einmal aufklären, weil Sie jetzt gesagt haben, der Betriebskostenzuschuss würde erhalten bleiben, aber die Stelle würde dort bleiben. Das ist für uns nicht ganz schlüssig, weil wir haben diese Vorlage, auf die sich die Kollegin Meier-Augenstein bezogen hat, und die würde ja bedeuten, dass diese Stelle, diese Abordnung zurückgenommen wird. Wir würden aber auch, genauso wie die CDU, das unterstützen, dass diese herausragende Schule und diese herausragende Kooperation, die ja auch ermöglicht, ankommenden Familien hier in Karlsruhe schnell eine Integration zu bieten in der Europäischen Schule. Deswegen würden wir das gerne erhalten, bitten aber auch noch einmal um Aufklärung, was es jetzt mit diesem Betriebskostenzuschuss und der Stellenabordnung auf sich hat, damit wir auch über das Richtige abstimmen können.

Der Vorsitzende: Ja, vielen Dank, wir müssen das jetzt aufklären. Nach meinem Verständnis waren ursprünglich immer 165.000 Euro für Personalabordnung im Haushalt dringestanden, für eine Verwaltungsleitung und eine Mitarbeiterin. Jetzt ist schon seit Jahren diese Verwaltungsleitung von uns nicht mehr abgeordnet. Deswegen fließt sowieso nur noch etwa die Hälfte der Mittel ab. Und wir wollen jetzt quasi den Ansatz reduzieren auf das Maß, das auch im Moment abfließt. Die Überschrift „Streichung des kompletten Zuschusses“ ist falsch, da gebe ich Ihnen Recht. Bei uns war am Anfang auch Verwirrung, wie viel wir dort abordnen und wie viel nicht. Aber ich kann Ihnen zusagen, so habe ich es jetzt verstanden, dass wir eine Verwaltungsmitarbeiterin, die wir dorthin abgeordnet haben, auch weiter dorthin abordnen und auch bezahlen werden. Wir reduzieren nur den Ansatz, weil ursprünglich einmal zwei Personen abgeordnet waren. Von daher verschlechtert sich die Situation zu heute nicht, wenn Sie das beschließen. Das ist dort anders angekommen, das ist auch hier ursprünglich anders diskutiert worden. Insofern kann ich das total nachvollziehen. Ja, also die eine Mitarbeiterin wird weiter zugesagt, das ist ein Zuschuss von irgendwie 90.000 Euro oder so, und wir reduzieren aber den Gesamtansatz auf diese Summe.

Stadtrat Seidler (AfD): Wir haben so viel gestern schon über soziale Gerechtigkeit gesprochen und die Europäische Schule ist auch ein Ort, wo sehr viele, nicht wenige Vermögende Karlsruher ihre Kinder zu einer internationalen Ausbildung schicken und die auch bereit sind, einmal für die Grundschule ein Jahresschulgeld, ich lese gerade vor, von 5.768,99 Euro im Jahr vorzulegen. Das heißt also, wenn der Betriebskostenzuschuss entfallen würde, dann würden die halt ein paar Euro mehr bezahlen.

Der Vorsitzende: Das kann ich aufklären. Es gibt hier die Sonderregelung mit der Europäischen Schule vor Ort. Die gibt es sonst bei anderen europäischen Schulen meines Wissens nicht, dass die einen bestimmten Prozentsatz an Schülerinnen und Schülern auch mit wirklich fast keinem Schulgeld aufnehmen müssen, wenn es auch die ausdrückliche Empfehlung der Stadt ist. Ich kann Ihnen das jetzt nicht genau verklausulieren aus dem Kopf, wie wir das regeln. Aber es gibt von daher auch ein Entgegenkommen der Schule und des Schulträgers unserer Bevölkerung gegenüber. Man muss auch vom Hintergrund wissen, dass dieser Schulstandort schon mehrfach von der europäischen Ebene infrage gestellt worden ist, denn in Frankfurt gibt es die nächste Europäische Schule, in München gibt es auch eine. Also es gibt im Grunde auch sozusagen eine quantitative Überversorgung in Deutschland. Und deswegen haben wir uns da auf diese Geschichte eingelassen. Es gibt also da ein Entgegenkommen, was sich aus der Schultabelle so natürlich nicht erschließt. Und wir haben vor allem dort eine engagierte Mitarbeiterin, die wir sonst abziehen müssten. Das sind alles Gründe, warum wir sagen, wir hatten ursprünglich die komplette Streichung vor, ich gestehe das ja zu, aber an der Stelle ist es sinnvoll, dass wir die eine Mitarbeiterin da belassen und damit auch den Schulfrieden einigermaßen mit der Europäischen Schule aufrechterhalten.

Damit kommen wir zu dem Antrag der Verwaltung unter **Ö 100**, also bitte Streichung durch Reduzierung ersetzen, damit es klar ist. Und dann stelle ich das jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Ja, vielen Dank.

Antrag Ö 101: HHS4_GR32 - Konzept zur Optimierung des freigestellten Schülerverkehrs (Vorlage: 2025/1132)

Ich rufe auf Ö 101, Konzept zur Optimierung des freigestellten Schülerverkehrs. Gibt es da Fragen? Das ist nicht der Fall. Dann können wir da in die Abstimmung einsteigen, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist **mehrheitliche Zustimmung**.

Antrag Ö 102: HHS4_GR33 - Streichung des freiwilligen ÖPNV-Zuschuss für Grundschulkinder beim Jugendticket BW über Eigenanteil hinaus (Vorlage: 2025/1133)

Ich rufe auf Ö 102, Streichung des freiwilligen ÖPNV-Zuschusses beim Jugendticket BW über den Eigenanteil hinaus, und ich bitte auch hier um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **Mehrheit**, vielen Dank.

Antrag Ö 103: HHS4_GR38 - Einführung eines Eigenanteils zu den Beförderungskosten im freigestellten Schülerverkehr ab Klassenstufe 1
(Vorlage: 2025/1138)

Ich rufe auf Ö 103, Einführung eines Eigenanteils zu den Beförderungskosten im freigestellten Schülerverkehr ab Klassenstufe 1. Auch hier bitte ich um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist **mehrheitliche Zustimmung**.

Antrag Ö 104: HHS4_GR40 - Erhöhung der Mittagessenentgelte in Schulen auf 5,00 Euro pro Essen (nur steigende Cateringkosten, keine Kostendeckung)
Vorlage: 2025/1140

Ich rufe auf Ö 104. Da wollen wir die Mittagessensentgelte auf 5,00 Euro pro Essen erhöhen. Wobei wir hier den Kostendeckungsgrad nicht steigern, sondern uns nur den steigenden Catering-Kosten ein Stück weit anpassen. Auch hier bitte ich um Ihr Votum ab jetzt. – Auch das ist eine **Mehrheit**.

Antrag Ö 105: HHS4_GR41 - Abschaffung Geschwisterkindregelung in der "Ergänzenden Betreuung" und der flexiblen Nachmittagsbetreuung (Deckung steigender Kosten)
(Vorlage: 2025/1141)

Jetzt kommt unter Ö 105 die Abschaffung der Geschwisterkindregelung in der ergänzenden Betreuung und der flexiblen Nachmittagsbetreuung. Jetzt muss ich klären, ob wir das nicht gestern eigentlich schon beschlossen haben und das jetzt nur eine Konsequenz ist. Von meiner Logik her würde ich sagen, es ist so. Dann brauchen wir das jetzt hier nicht zur Abstimmung stellen.

Antrag Ö 106: HHS4_GR42 - Abschaffung Entgeltbefreiung "Ergänzende Betreuung" (Deckung steigender Kosten)
(Vorlage: 2025/1142)

Dann haben wir Abschaffung, das ist Ö 106, Entgeltbefreiung, ergänzende Betreuung. Keine Wortmeldung, dann stelle ich das zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Auch **mehrheitliche Zustimmung**.

Antrag Ö 107: HHS4_GR44 - Streichung der Zuschüsse für Schüleraustausche
(Vorlage: 2025/1144)

Dann haben wir Ö 107, Streichung der Zuschüsse für Schüleraustausch. Da bitte ich um Ihr Votum ab jetzt. – Auch eine **Mehrheit**.

Antrag Ö 108: HHS4_GR36 - Streichung des Fahrtkostenzuschusses in der Sportförderung
(Vorlage: 2025/1136)

Dann haben wir unter Ö 108 Streichung des Fahrtkostenzuschusses in der Sportförderung. Das ist ein Teil unserer Leistungssportförderung. Da bitte ich auch um Ihr Votum ab jetzt. – Auch **mehrheitliche Zustimmung**.

**Antrag Ö 109: HHS4_GR37 - Streichung der Leistungssportförderung
(Vorlage: 2025/1137)**

Dann rufe ich auf Ö 109, Kürzung der Leistungssportförderung um 10.000 Euro. Auch da bitte ich um Ihr Votum ab jetzt. – Auch das ist **mehrheitlich**.

**Antrag Ö 110: HHS4_GR29 - Streichung der Zuschüsse an Privatschulen
(Vorlage: 2025/1129)**

Dann rufe ich auf Ö 110, Streichung der Zuschüsse an Privatschulen. Ich bitte da um Ihr Votum ab jetzt. – Gab es jetzt Irritationen? Sollen wir noch einmal abstimmen, Herr Stadtrat Dr. Huber?

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Wir haben eine kurze Frage. Wir gingen davon aus, die Schülerakademie ist Teil dieses Privatschulpakets? Nein, ist es separat? Okay, gut. Dann alles klar.

Der Vorsitzende: Okay, können wir trotzdem jetzt das Abstimmungsergebnis so akzeptieren? Weil ich glaube, vom Ergebnis her wird sich da nicht viel tun. Auch wenn manche jetzt nicht mitgestimmt haben, weil es jetzt ein bisschen turbulent war.

**Antrag Ö 111: HHS4_GR29 - Erhalt der Schülerakademie Karlsruhe (GRÜNE)
(Vorlage: DHH/2025/4008)**

**Antrag Ö 112: HHS4_GR29 - Zuschuss für Schülerakademie erhalten (SPD)
(Vorlage: DHH/2025/4016)**

Gut, jetzt kommen wir zu der Schülerakademie. Da gibt es zwei Anträge, nämlich Ö 111 und Ö 112. Die begehren, dass wir den Zuschuss für die Schülerakademie weiter aufrechterhalten. Der SPD-Antrag begehrt 10.000 Euro, der GRÜNEN-Antrag 20.000 Euro. Gibt es dazu Wortmeldungen? Können Sie bitte gucken, dass Sie sich alle rechtzeitig melden? Wir kommen hier völlig durcheinander. Ich meine es jetzt nicht auf Sie persönlich, auch eben wieder, dass ich da schon in die Abstimmung gehe und dann meldet sich noch jemand, das macht es einfach total anstrengend.

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Die Schülerakademie ist auch ein wichtiger Bestandteil unserer Bildungslandschaft hier. Das riecht so ein bisschen nach Elitenförderung, ist es tatsächlich in allererster Linie nicht. Da geht es um ein zusätzliches Bildungsangebot in den unterschiedlichsten Bereichen, wurde auch gerade für Demokratiebildung mit dem Ludwig-Marum-Preis ausgezeichnet. Über 1000 interessierte Kinder, die ja ganz individuell nach ihren Begabungen gefördert werden. Und vor allem ist es eine Institution, die gut vernetzt ist in Wissenschaft, in Wirtschaft, in Bildung und so über 150.000 Euro an zusätzlichen Fördergeldern einwirbt. Da ist es aus unserer Sicht sinnvoll und logisch, dass wir wenigstens die

Grundstruktur erhalten, das in die Verwaltungstätigkeit aufrechterhalten werden kann. Deswegen haben wir diesen Antrag über 20.000 Euro gestellt ursprünglich, wissen aber mittlerweile, dass die 10.000 Euro auch ausreichen werden. Dafür würden wir deswegen also diesen SPD-Antrag an der Stelle mitgehen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Die Schülerakademie war auch immer ein förderungswürdiger Teil der CDU-Fraktion. Von daher freuen wir uns, dass es gelungen ist, einen Teil der Summe, um die gute Arbeit, wie der Kollege Bauer eben gesagt hat, weiterzuführen, auch über Sponsoring-Maßnahmen und Zuschüsse zu bekommen. Von daher würden wir gerne auch den Antrag der SPD über die 10.000 Euro mitgehen.

Stadträtin Uysal (SPD): Als Antragstellerinnen möchte ich auch ein paar Worte dazu sagen. Und das ist tatsächlich so, dass die Schülerakademie Karlsruhe hier eine außerschulische Förderung für motivierte und begabte Kinder und Jugendliche bietet. Von der Grundschule bis zum Abitur mit Schwerpunkt auf Forschen, Experimentieren und eigenständigem Denken. Deswegen sind wir auch der Überzeugung, dass wir hier weiterhin bezuschussen mit 10.000 Euro, um einfach dieser Arbeit auch gerecht zu werden. Vielen herzlichen Dank für die Unterstützung jetzt schon.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Bauer, ich hatte es so verstanden, dass Sie dem SPD-Antrag beitreten. Dann rufe ich jetzt den **um die GRÜNEN erweiterten SPD-Antrag** über 10.000 Euro auf und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Antrag Ö 113: HHS4_GR30 - Streichung des Zuschusses an Junior Slow Karlsruhe e.V. - Kinderkochwagen
(Vorlage: 2025/1130)

Antrag Ö 114: HHS4_GR30 - Beibehaltung des Zuschusses an Junior Slow Karlsruhe e.V. – Kinderkochwagen (SPD)
(Vorlage: DHH/2025/4002)

Wir kommen zum Thema Ö 113, Streichung des Zuschusses an Junior Slow Karlsruhe e.V., Kinderkochwagen. Und hier gibt es den Antrag der SPD, dass der Zuschuss beibehalten werden soll.

Stadträtin Uysal (SPD): Junior Slow leistet einen wertvollen Beitrag zur Förderung von gesunder Ernährung und nachhaltigem Umgang mit Lebensmitteln. Ganz wichtig für uns ist es auch, dass dieses Projekt auch regionale und saisonale Produkte einbezieht und vor allem die Kinder und Jugendliche für gesunde Ernährung sensibilisiert. Dieses Projekt verdient auf jeden Fall weiterhin eine Unterstützung. Deshalb hoffen wir, dass wir auch da die Unterstützung in diesem Hause erfahren.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Damit rufe ich den **SPD-Antrag** auf und bitte um das Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich brauche den Verwaltungskürzungsantrag, den ich noch einmal hier zur Abstimmung stelle. Es zeichnet sich ja hier die entsprechende Abstimmung ab.

**Antrag Ö 115: HHS4_GR31 - Streichung Ergänzende Betreuung (bis 14 Uhr) an Ganztagsgrundschulen - Personal für steigende Bedarfe durch Rechtsanspruch
(Vorlage: 2025/1131)**

Wir kommen jetzt zum Ö 115, Streichung Ergänzende Betreuung. Jetzt ist für mich die Frage, ob wir jetzt nicht mit unserem Antrag hier einsteigen müssen, der bei Ihnen ja auf dem Tisch liegt. Vielleicht können wir noch einmal kurz da einführen. Mir ist Folgendes ganz wichtig. Dieser Antrag, der macht zwar auf damit, dass wir einsparen wollen. Er löst aber gleichzeitig mehrere Fragestellungen, die sich vor allem aus der Elternschaft ergeben haben. Wie geht es für ihre Kinder und mit den Altverträgen denn ab dem nächsten Schuljahr weiter? Was können wir zusagen, was können wir nicht zusagen? Und wie soll dieser Prozess der Gleichzeitigkeit von zwei Systemen denn ab dem nächsten Schuljahr starten, und was sind da die nächsten Schritte, die auch auf den Gemeinderat zukommen? Insofern ist es mehr als einfach nur die Erläuterung eines Kürzungsvorschlags und erfordert, glaube ich, jetzt so ein Stück weit sowohl die Finanzseite als vor allem auch die konzeptionelle Seite von Ihnen, hier ein Stück weit sich an der Sache zu orientieren.

Bürgermeisterin Melchien: Ihnen liegt diese Beschlussvorlage schriftlich vor. Der ursprüngliche Vorschlag sah eine Streichung der ergänzenden Betreuung, komplett Klassen 1 bis 4, zum nächsten Schuljahr vor. Wir haben zahlreiche Rückmeldungen aus der Elternschaft erhalten, 3.000 Unterschriften, die mir persönlich übergeben wurden, die aufzeigen, dass das eine erhebliche Verunsicherung und Belastung für viele der Eltern bedeutet. Auf der anderen Seite sind wir vor einer großen Herausforderung, den Rechtsanspruch auf eine ganztägige Betreuung ab nächstem Jahr sicherzustellen und uns darauf zu konzentrieren. Wir haben innerhalb der Verwaltung aufgrund der Rückmeldung, die wir auch von Ihnen erhalten haben, darauf einzugehen, was die Eltern uns auch hier rückgemeldet haben, einen modifizierten Vorschlag nun vorlegen. Der versucht, Klarheit im Rahmen des Möglichen zu geben. Ich darf an der Stelle zumindest erwähnen, dass es noch keine verbindliche Verwaltungsvorschrift des Landes gibt, die uns endgültige Klarheit als Kommune gibt über die finanzielle Ausgestaltung der künftigen ganztägigen Förderung.

Wir schlagen Ihnen nun vor, aufgrund dessen in TOP 1 der Beschlussvorlage den Eltern die Zusicherung zu geben, für die Klassenstufen 2 bis 4 werden die auch mit der Überführung in das modulare System die bisherigen Betreuungsumfänge, die bisherigen Elternentgelte weiterhin gewährleistet. Dafür haben wir auch eine auslaufende Landesförderung, auf die wir noch zurückgreifen können. Für die Klassenstufe 1 machen wir Ihnen den modifizierten Vorschlag, sehen Sie unter Beschlusspunkt 2, neun Stunden anzubieten, temporär. SKiBB sieht eigentlich in der Zielvorstellung zehn Stunden Betreuungsumfang vor. An diesem Ziel halten wir dennoch fest. Wir schlagen Ihnen jetzt vor, nächstes Jahr mit der Umsetzung ab Klassenstufe 1 in einem Betreuungsumfang von neun Stunden zu starten. Auch wenn wir wissen, und das muss ich Ihnen der Vollständigkeit halber sagen, dass wir relativ sicher nur acht Stunden vom Land gefördert werden. Das heißt, die Kommune wird hier selbstverständlich drauflegen müssen. Deswegen war es uns auch wichtig anzukündigen, in welchem Rahmen sich die neuen Entgelte, geltend ab Klassenstufe 1, bewegen werden. Für diese neun Stunden sprechen wir hier von maximal für dieses Übergangsjahr nächstes Jahr von einem Betrag von 150 Euro, zuzüglich Mittagessen, zuzüglich dann der jeweils gebuchten Ferienbetreuung, die 100 Euro die Woche betragen wird. Das ist der Vorschlag, den wir Ihnen für das nächste Jahr geltend machen für eine Übergangsphase. Dann

werden wir Ihnen die ganzen Berechnungen bringen im Laufe des Jahres. Wir werden sehen, wie sich die Elternbedarfe darstellen, weil wir durchaus auch nachfragen wollen direkt, wie wäre der Bedarf für eine zehnte Stunde, auch wenn wir ihn nächstes Jahr noch nicht anbieten können. Das haben wir Ihnen in der Erläuterung aufgeführt.

Zum weiteren Vorgehen. Wir werden heute diese grundsätzliche Beschlussfassung von Ihnen brauchen, ob wir weiter statt dem Streichen der ergänzenden Betreuung das auslaufen lassen sollen, die Übergangsphase nächstes Jahr mit einem maximalen Rahmen von neun Stunden beginnen. Die Entgelte und welche Stunde denn dann im vorgesehenen Betreuungsrahmen wegfällt, ob das das Ankommensmodul ist oder das letzte Modul, das werden wir miteinander im Januar festlegen und davor selbstverständlich noch einmal einen Tag vorher die AG Pädagogisches Konzept um Stellungnahme dazu bitten, um eine Einschätzung, welche dieser Betreuungszeiten, eben die frühe oder die späte, aus ihrer Sicht auch die relevante sind. Dort sitzen auch die Elternvertreter. Mit dieser Information gehen wir dann im Januar in den Haupt- und Finanzausschuss, und im Januar selbstverständlich auch noch in den Gemeinderat. Heute brauchen wir aber von Ihnen die Entscheidung, ob ergänzende Betreuung gänzlich abgeschafft werden soll oder ob Sie diesen modifizierten Weg mit uns gehen können.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Es gibt einen Geschäftsordnungsantrag.

Stadtrat Hofmann (CDU): Wir haben es gerade mitgekriegt aufgrund der Komplexität dieses Themas und ich glaube, das ist für viele andere, die jetzt nicht hier drin sitzen, wir haben eine öffentliche Beratung, noch schwieriger nachzuvollziehen, würde ich zumindest beantragen, weil ich weiß, wir müssen es heute zumindest für den Haushalt beschließen, die Details sollen dann im Januar kommen, das ist mir klar, würde ich beantragen, dass die Redezeit hier separat wie bei einer Beschlussvorlage genommen wird, dass die nicht von der Haushaltsredezeit..., dass man eventuell auch noch einmal auf das eine oder andere reagieren kann.

Der Vorsitzende: Das können wir gerne machen. Wenn Sie mit den drei Minuten dann auskommen, ist es gut. Die eine Disziplinierung löst die andere ab, das ist ja nicht schlecht. Okay, dann steigen wir hier jetzt in die Beratung ein.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Eine Konstante in unserem Leben ist die Veränderung und unsere Aufgabe als Politiker*innen ist es, eben diese zu gestalten. Das machen wir GRÜNE im Bereich Schule mit dem Ziel, mehr Bildungsgerechtigkeit zu erreichen, und die Schulen zu Lebensorten zu machen. Und da ist ganz wichtig, dass dieser Lebensweg eben nicht von der Geldbörse der Eltern abhängt und auch nicht vom Nachnamen unserer Kinder. Da sehen wir GRÜNE im Ganzttag eine ganz große Chance für mehr Bildungsgerechtigkeit, und wir haben ab nächstem Schuljahr den Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung. Daher lassen Sie uns bitte gemeinsam daran arbeiten, einen qualitativ hochwertigen Ganzttag zu schaffen und ein Angebot zu schaffen im Ganzttag, das alle Beteiligten überzeugt. Und lassen Sie uns bitte aufhören, überholte und alte Systeme, die wir uns auch finanziell und personell und auch räumlich einfach nicht mehr leisten können, lassen Sie uns bitte diese Systeme überwinden. Wir haben im Oktober hier gemeinsam ein Konzept zur Schulkindbetreuungs- und Bildungssystem des SKiBB beschlossen, und zwar mit zehn Stunden, und mit einem modularen System für die ergänzende Betreuung. Zwischenzeitlich waren wir alle mit diesem Vorschlag konfrontiert, dass die ergänzende Betreuung an den Standorten mit

Ganztag für die Halbtageskinder und vor allem für die Mütter wegfallen wird und gut, dass dieser Vorschlag mit dieser modifizierten Vorlage nun vom Tisch ist und gut, dass die laufenden Verträge zwar umgeschrieben werden müssen aus technischen Gründen, aber inhaltlich die Betreuung im bisherigen Umfang bis zum Ende der Grundschule garantiert. Das heißt, es geht um die Kinder, die dann in Klasse 2 bis 4 sind, beziehungsweise wer heute in der ersten Klasse ist, hat ab kommendem Schuljahr das gleiche Angebot. Und die Änderung, die wir jetzt vornehmen, betrifft dann die Kinder, die nächstes Schuljahr eingeschult werden. Deswegen können wir diese modifizierte Vorlage so auf jeden Fall mitgehen. Das war sehr vielen Eltern wichtig, diese Verlässlichkeit und diese Kontinuität. Das unterstützen wir. Und in der neuen Vorlage ist aber auch eine Verringerung der Betreuungsstunden drin, statt zehn nur noch neun.

Wir können die Gründe nachvollziehen, die fehlenden Förderungen durch das Land haben Sie genannt und auch dieses erneute Durchrechnen der Verwaltung, dass wir eben auf diese Einsparsumme nun kommen. Aber mir tut da mein feministisches Herz schon weh, weil auch wenn wir immer noch eine Stunde über der gesetzlichen Pflicht sind von acht Stunden, die ja leider nur acht Stunden ist, betone ich aber, dass wir am Ziel dieser zehn Stunden festhalten und das auch hier heute so mitgehen können. Es ist ein dynamischer Prozess. Ich nehme hier eine sehr agile und eine sehr zielorientierte Stadtverwaltung wahr, die die Bedürfnisse der einzelnen Gruppen im Blick hat und die beste Bildung für unsere Kids will, die die bestmögliche Betreuung und möglichst viel Betreuung für uns Mütter und Väter und Elternteile will, und dennoch den Eltern eine gewisse Flexibilität bieten will, weil die ist ja in erster Linie für die Eltern und nicht für die Kinder, und das alles unter, sagen wir einmal, herausfordernden Rahmenbedingungen. Diese Agilität schätze ich sehr, und dafür möchte ich mich an dieser Stelle bedanken. Und ich bedanke mich auch, dass Sie diese verschiedenen Interessen im Blick haben. Jetzt habe ich keine Uhr mitlaufen. Ich weiß nicht, wie weit ich mit meinen drei Minuten schon drüber bin. Aber eine Bemerkung, wenn ich noch Zeit habe, für die Gesundheit unserer Kinder wäre es besser, auf das morgendliche Band zu verzichten, und nicht auf den Nachmittag. Das ist wissenschaftlich erwiesen. Dann könnten wir Familien im Sinne der Gesundheit und im Sinne des Lernerfolgs für die Kinder hier ein Zeichen setzen und unsere Tage später beginnen lassen und ausnahmsweise auch einmal was für die Eulen in dieser Welt tun. Doch wir wissen, es gibt nicht nur Eulen. Kinder und Eltern sind unterschiedlich, und hier müssen wir die bestmögliche Lösung für alle finden.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Der Rechtsanspruch auf den Ganztag, auch an den Grundschulen, ist schon herausfordernd für alle Beteiligten. Für uns als Kommune, aber auch für uns natürlich als Stadträte. Und es ist absolut weiterhin ein Unding, dass vom Land hier noch keine verbindlichen Verwaltungsvorschriften weiterhin vorliegen, insofern ein Kraftakt, vor allem auch für die Verwaltung, für das entsprechende Amt. Und wenn man jetzt auch gesehen hat, dass es ja jetzt auch noch eine Nacht-und-Nebel-Aktion war, heute diesen Vorschlag auf den Tisch zu legen, von meiner Fraktion zuerst einmal ein ganz herzliches Dankeschön an alle, die jetzt hier noch einmal weiter daran gearbeitet haben. Dass es diesen Rechtsanspruch gibt, das ist so und dass wir den umsetzen müssen, ist auch klar. Wir als CDU-Fraktion haben hier manche Punkte in den vergangenen Diskussionen bereits differenziert gesehen und waren auch nicht mit allem einverstanden. Für uns war dann wirklich auch noch einmal so ein Schlüsselerlebnis, als jetzt durch die Haushaltskonsolidierung die ergänzende Betreuung vorgeschlagen wurde, zu streichen. Und es hat sich ja, Sie haben es auch ausgeführt, Frau Bürgermeisterin, ja auch bei den Eltern sofort

gezeigt, dass die auf die Barrikaden gegangen sind. Und das zeigt uns doch noch einmal, wie wichtig auch gerade für die Eltern dieses Zeitfenster ist, um zumindest einigermaßen eine Möglichkeit zu geben, auch Beruf und Familie zu verbinden, um hier ein bisschen Flexibilität zu haben. Denn es ist nun einmal weiterhin so, und das zeigen uns ja auch die vielen Zuschriften, dass es halt doch viele Familien in unserer Stadt gibt, die diesen festen Ganzttag nicht wollen, die wollen die Flexibilität in ihrer Familie behalten. Die wollen auch eigene Sport-, Musikangebote durchführen. Die möchten sich auch einfach einmal nach Lust und Laune auf dem Spielplatz mit anderen Kindern treffen. Und da werden sie natürlich durch so ein starres Band eingeschränkt. Insofern sind wir als CDU-Fraktion heute jetzt zumindest einmal froh, dass Sie uns jetzt hier einen geänderten Vorschlag vorlegen.

Wir sehen aber hier weiterhin einige Punkte, ja, mit denen wir uns sehr schwertun. Es ist jetzt schon von der Kollegin Fahringer hier angesprochen worden, die Streichung der einen Stunde. Ja, die einen hätten gerne, dass es halt morgens die Stunde ist, dass die Kinder länger schlafen können. Andere sind beruflich gezwungen, eben das Morgenband zu nehmen, weil sie früh arbeiten müssen, und denen würde dann der Mittag passen. Also da ist noch so viel Ungewissheit drin, und das Gleiche ist auch für uns das Thema mit dem Personal. Wir sind der Meinung oder wir befürchten, dass es halt mit dem Personal hinten und vorne nicht hinkommt, dieses Konzept umzusetzen. Und jetzt sehe ich, dass meine Zeit schon rum ist. Insofern kann ich jetzt zum Abschluss gerade noch sagen, dass wir jetzt anerkennen, dass das Konzept weiterentwickelt wurde. Für uns ist es aber noch nicht ausgereift und die Fachkräfteproblematik zeigt, dass es unrealistisch ist. Deswegen werden wir die Vorlage heute ablehnen.

Stadträtin Uysal (SPD): Wir möchten es nicht versäumen, uns bei der Stadtverwaltung zu bedanken. Zu bedanken deshalb, weil die Stadtverwaltung tatsächlich die Rückmeldungen aus der Stadtgesellschaft, von den Familien, aber auch Eltern ernst genommen hat und hier eine tragfähige Alternative entwickelt hat. Die nun vorliegende Lösung verbindet Haushaltsverantwortung mit pädagogischer Vernunft. Und positiv hervorzuheben ist, dass für die Klassenstufen 2 bis 4 die bestehenden Betreuungsangebote im bisherigen Umfang erhalten bleibt. Und das schafft tatsächlich Verlässlichkeit für Kinder, für Eltern, und für die pädagogischen Fachkräfte ist das ein zentraler Faktor für einen gelingenden Ganzttag. Auch das modulare Betreuungsangebot für Klassenstufe 1 stellt einen wichtigen Schritt dar, um den gesetzlichen Anspruch umzusetzen, und gleichzeitig aber flexibel auf unterschiedliche Bedarfe zu reagieren. Entscheidend ist aber aus unserer Sicht, dass Betreuung nicht nur quantitativ gedacht wird, sondern auch qualitativ gut ausgestaltet ist. Gleichzeitig möchten wir aber betonen, dass die angekündigte Weiterentwicklung eines konsistenten Betreuungskonzepts und eines sozial ausgewogenen Entgeltsystems für die Klassenstufen 1 und 2 zwingend notwendig ist.

Diese Fragen dürfen wir nicht vertagen, sondern müssen sie frühzeitig, transparent und unter Beteiligung der Betroffenen diskutieren. Uns ist es bewusst, dass diese Maßnahme ein erhebliches Einsparpotenzial mit sich bringt. Dennoch gilt für uns weiterhin, Bildung und Betreuung sind keine reinen Kostenfaktoren, sondern Investitionen in Chancengerechtigkeit, was ja auch meine Vorrednerin gesagt hat, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und den sozialen Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft. Vor diesem Hintergrund tragen wir die Vorlage mit und erwarten aber auch gleichzeitig, was ich jedes Mal erwähnt habe, dass der Prozess dynamisch bleibt, eng begleitet wird und eventuell auch nachjustiert wird,

immer mit dem Blick auf die Kinder und Familie in Karlsruhe. Vielen herzlichen Dank, dass diese Vorlage vorliegt, und dass wir heute endlich zum Abschluss kommen.

Stadtrat Seidler (AfD): Die Kommunal- und Landespolitik kümmert sich oder ist bestrebt, dass die Kinder eine gute Bildung bekommen. Die Eltern sind auch bestrebt, dass die Kinder eine gute Bildung bekommen. Aber da gibt es eben einen Zielkonflikt. Die Politik weiß nicht unbedingt besser, was für die Kinder der Eltern das Richtige ist. Und deswegen muss es nach unserer Ansicht immer noch die Wahlfreiheit geben, eben nicht in diese Ganztageschule gehen zu müssen, eben wegen Sport-, wegen Musikangeboten. Es gibt eben viele Möglichkeiten, die man eben noch neben der Schule machen kann. Wir erkennen an, dass sich die Stadtverwaltung Mühe gegeben hat, wenigstens für das nächste Schuljahr 2026/2027 eine akzeptable Lösung zu finden. Aber da für die Zeit danach ja kein klares Konzept vorliegen kann und nicht vorliegt, können wir leider der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Stadträtin Lorenz (FDP/FW): Zunächst einmal möchte ich mit dem Lob beginnen, dem Lob an die Verwaltung, dass sie sich jetzt in dieser Angelegenheit doch bewegt hat, nachdem es am Anfang immer nur hieß, es geht nur halb oder ganz, dazwischen gibt es nichts. Und es zeigt auch, dass die Politik beweglich ist. Die Eltern haben massenhaft E-Mails an uns geschrieben, haben mit uns gesprochen, Unterschriften gesammelt, und das ist auch richtig. Letztendlich, und da kommt jetzt meine Rüge, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, kamen im Vorfeld mehrmals zur Sprache, wir sind hier nicht beim Wunschkonzert. Und darum geht es nämlich überhaupt nicht. Es geht um Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Viele meiner Vorredner haben das schon erwähnt. Wie wollen Sie denn als Eltern, wenn ein Elternteil dann ja Teilzeit arbeiten muss, wie wollen Sie das gewährleisten, wenn das Kind nur vier oder fünf Stunden in der Schule ist und es gibt danach keine Betreuung, um die Fahrzeit oder die Abholzeit zu überbrücken? Und das ist für viele schwierig. Auch die Kinder sind unterschiedlich. Nicht für jedes Kind ist eine Ganztageschule geeignet. Ich war selber auch einmal eine Zeit lang auf einer Ganztageschule. Ich spreche also aus Erfahrung. Es gibt Kinder, für die ist es sicherlich gut, auch aus bestimmten Familien. Und es gibt Kinder, für die ist eine Ganztageschule nicht geeignet.

Jetzt haben wir natürlich die Vorgaben von der Landespolitik, dass wir das verlässlich anbieten müssen. Ich bin auch einmal gespannt, es gibt Kollegen hier, die behaupten, das ist das Modell der Zukunft, ich bin gespannt, wie viele das nutzen werden. Ich persönlich bin der Meinung, dass eben diese ergänzende Betreuung das Richtige ist. Von uns wird auch Flexibilität am Arbeitsplatz und von den Arbeitgebern erwartet, und eigentlich müssen wir da bei der Betreuung auch hin. Und das Nächste ist, ich glaube, das Hauptproblem ist wirklich auch, wie verlässlich ist die Betreuung. Das fängt ja bei uns in der Kita schon an. Wenn da eine Krankheit ausbricht oder zwei Erzieherinnen fehlen und die Eltern ihre Kinder abholen müssen und nicht wissen, wie sie das unter einen Hut kriegen. Und so geht es ja in der Grundschule weiter. Wenn man sich überlegt, wie viele Ausfälle wir bei den Lehrern haben, dass manche Unterrichtsfächer über Wochen und Monate nicht besetzt sind. Das ist, glaube ich, das Hauptdrama, auf das wir das Augenmerk legen müssen. Das ist jetzt nicht unsere kommunale Aufgabe, die Lehrer, ganz klar, aber das ist doch das eigentliche Problem. Und davon wird eigentlich auch so ein bisschen abgelenkt, die Qualität des Unterrichts, und auch die Verlässlichkeit. Und eben die brauchen wir, diese Verlässlichkeit in der Betreuung, und dass die Eltern ihre Kinder eben da flexibel abholen können. Wir werden der Vorlage heute zustimmen.

Stadträtin Geißinger (Volt): Ich schließe mich erst einmal dem Dank an die Verwaltung natürlich auch an. Mir ist bewusst, dass dieses ganze Thema nicht nur uns als Stadträtinnen verfolgt, sondern auch vor allem das Schulamt und die Eltern. Und da haben sich sehr viele Menschen eingebracht. Und ich glaube, wir haben jetzt eine Lösung, die uns nicht gefällt, aber das ist die beste, die wir anbieten können im Rahmen der Finanzlage. Grundsätzlich muss man sagen, ist dieses Bildungssystem mehr als nur schwer verständlich. Und die Berechnung hintendran, wie viel man für was bekommt, ist auch nicht gerade unbedingt einfach. Insofern müssen wir uns gerade auf viele so halbwegs wackelige Zahlen verlassen. Aber ganz grundsätzlich werden wir jetzt dieses Jahr nutzen, um auch zu gucken, was brauchen die Eltern, wie können wir es finanzieren, um dann noch einmal Änderungen vorzunehmen. Das wird so bleiben und ich glaube, darauf müssen wir uns einstellen, und das sollte jedem bewusst sein. Ich danke an der Stelle aber auch noch einmal explizit auch den Eltern, den Vertretern der Eltern und auch den Kindern, die am Samstag so mit 300 Gesichtern vor unserer Haustür, dem Haus der Fraktion standen, um noch einmal eindrücklich klarzumachen, was das Mittagsband für sie bedeutet. Natürlich haben sie noch mehr Forderungen. Eigentlich würden sie gerne alles erhalten, maximale Flexibilität, maximal günstig. Und ganz ehrlich, wer würde sich das nicht wünschen? Aber das ist halt nicht realistisch. Insofern sind wir dankbar dafür, dass das Mittagsband jetzt erhalten bleibt. Der Anspruch, muss man ja auch sagen, sind acht Stunden. Acht Stunden ist natürlich bei einem Vollzeitjob bei weitem nicht ausreichend. Da hätte man auf Landesebene schon einmal sich Gedanken machen können, wie denn die Fahrzeit hin und zurück funktionieren soll, wenn man die Kinder abholen würde. Aber man muss auch sagen, auch hier übererfüllen wir als Stadt schon unseren Anspruch oder Rechtsanspruch mit neun Stunden. Ziel ist und bleibt zehn Stunden, und das ist auch der richtige Weg. Es wurde jetzt gerade erst beschlossen, wie wir es machen wollen. Jetzt gibt es schon wieder Änderungen. Ich glaube, diese ständigen Änderungen werden uns noch weiter begleiten. Ich hoffe da auf gute Kommunikation seitens der Verwaltung, seitens der Eltern. Ich glaube, da müssen wir uns darauf einstellen, dass da noch einige Gespräche sind, wie jetzt beispielsweise auch im Januar, wo wir entscheiden, welche der Stunden denn jetzt tatsächlich wegfallen soll. Es wäre natürlich schön, wenn wir in diesem Jahr schon die Klarheit hätten, aber wir wissen zumindest, das Mittagsband wird es nicht werden, zumindest gleich, wenn wir abgestimmt haben. Grundsätzlich ist es ja auch so, es werden vier Abholzeiten erhalten bleiben. Es ist jetzt nicht so, dass man komplett gar keine Flexibilität mehr hat. Klar, weniger als vorher, darauf muss man sich einstellen. Das ist wichtig auch an der Stelle, und das wurde auch schon erwähnt, es betrifft nur Kinder, die jetzt neu dazukommen. Insofern erhalten wir zumindest erst einmal die gewohnten Umfeldler für die bestehenden Kinder. Und das ist gut, denn Kinder brauchen Stabilität, gerade in unsicheren Zeiten. Grundsätzlich auch da noch einmal der Hinweis, auch hier gibt es Zuschüsse, lasst die einmal prüfen. Aber das war es an der Stelle auch und ich bin gespannt, wie jetzt die Entscheidung ausfällt.

Stadträtin Kaufmann (Die Linke): Von uns nur ganz kurz, es wurde schon viel gesagt, also wir hätten mit dieser Streichung, die eigentlich ja geplant war, nicht mitgehen können, ganz klar. Das wäre für uns aus feministischer Perspektive vor allem ein großer Rückschritt gewesen, denn am Ende sind es ja die Frauen und weiblich gelesene Personen, die dann die Care-Arbeit auffangen müssten. Deshalb begrüßen wir auch sehr diesen Änderungsvorschlag, diesen Kompromissvorschlag der Verwaltung, der natürlich auch nicht ideal ist und auch nicht alle Bedarfe und Bedürfnisse abdecken kann. Aber wir finden es gut, dass hier auch auf den Diskurs in der Stadtgesellschaft reagiert wurde, dass es jetzt zumindest eine

Lösung, ein Angebot gibt. Und genau, das schafft einfach auch jetzt einmal Klarheit und ein bisschen ein Stück weit Verlässlichkeit für die Eltern. Die Details sollten wir natürlich noch genau dann abklären, gerade auch was die Entgelte dann angeht und das auch eben in Abstimmung mit Elternvertretern, wenn möglich. Wir werden das als Übergangslösung jetzt unterstützen, denken aber, dass wir natürlich weiterhin an den Zielvorstellungen des SKiBB festhalten sollten und die Betreuungsstunden dann auch wieder erhöhen sollten, sobald es möglich ist. Und hier braucht es einfach noch einmal einen klaren Appell an Land und Bund, dass es massive Investitionen in Bildung braucht. Und genau, ich denke, dann werden wir das weiterhin kritisch begleiten.

Stadträtin Döring (KAL): Erst einmal von unserer Seite vielen Dank ans Schul- und Sportamt, dass wir hier einen Kompromissvorschlag vorgelegt bekommen haben, denn die Streichung der ergänzenden Betreuung wäre etwas gewesen, was wir auf gar keinen Fall mitgetragen hätten. Die Umsetzung oder das SKiBB-Konzept ist bei uns in der Fraktion durchaus kontrovers diskutiert. Wir haben damals schon nicht einheitlich dazu abgestimmt. Und eigentlich ist für uns eigentlich auch ganz klar gewesen, es darf keine Abstriche an diesem Konzept geben. Wir werden heute deshalb auch nicht einheitlich abstimmen. Und wenn wir trotzdem mehrheitlich für das Konzept stimmen, tun wir das vor allem aus einer haushaltspolitischen Verantwortung und nicht, weil wir davon überzeugt sind, dass es gut ist, hier auch nur eine Stunde wegzunehmen. Aber wie gesagt, dieser Kompromiss ist immer noch besser als die komplette Streichung der ergänzenden Betreuung.

Für uns ist auch wichtig, dass es dann ab nächstem Schuljahr für die Klassen 2 bis 4 keine Änderungen in der bestehenden Betreuung der Schulkinder gibt. Und uns ist auch besonders wichtig zu betonen, dass die Modifizierung, die dann für die Klasse 1 stattfindet und für die folgenden Klassen wirklich temporär gedacht sein muss. Dann hoffen wir sehr, dass die jetzt schon eingeplanten Einsparungen ab dem Jahr 2028 nicht zum Tragen kommen, sondern dass wir in der Lage sind, zehn Stunden Betreuung dann auch zu leisten. Auch uns ist klar, dass das Land hier zu kurz gedacht hat und auch noch einmal nachliefern muss. Wir begrüßen sehr, dass es eine Abfrage geben soll für die zehnte Stunde und hoffen, dass wir dort dann auch entsprechend flexibel nachsteuern können, wenn es an den Schulen sich doch herausstellt, dass da doch ein größerer Bedarf ist. Insgesamt sind wir erst einmal gespannt, was die Eltern denn dann besprechen im Januar, denn als Obereule einer Eulenfamilie wäre ich sonst eigentlich auch eher bei Frau Fahringer.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Mir kommt es vor, das sind tatsächlich zwei Systeme, die aufeinander knallen. Und Ihnen ist tatsächlich was Wunderbares gelungen. Sie haben es geschafft, einen Kompromiss zu formulieren, der, glaube ich, wirklich eine Lösung sein kann. Keine perfekte Lösung, es wird immer wieder weitergearbeitet werden müssen, aber wirklich diese zwei Systeme, die sehr konträr gegenüberstehen, die wirklich miteinander irgendwie einigermaßen zu versöhnen, das ist völlig gelungen und deswegen ein großes Kompliment an die Verwaltung. Da ist fast das nicht zu schaffende gelungen und deswegen noch einmal danke schön. Die ganzen Inhalte sind schon ausgetauscht, aber ich möchte noch einmal das betonen. Die Eltern heutzutage, die wollen immer noch auch Zeit mit den Kindern haben. Also es wird immer vom Ganztagsbereich immer gesagt, dass es wichtig ist, dass die Kinder so lange in der Schule sind. Ich behaupte, dass die Eltern nach wie vor noch gerne auch Zeit, wie die Kinder haben wollen, diese Qualitätszeit, die Bindung bedeutet. Wir betonen immer die Bildung, aber ich sage, die Bindung zwischen

Eltern und Kindern ist entscheidend für die gelungene Lebensführung. Deswegen ist es so wichtig, dass die Zeit noch gegeben wird.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Ich bleibe bei meinem Manuskript, weil sonst verzettelte ich mich jetzt in dem letzten Wortbeitrag. Noch einmal zum Ganzttag, es ist seit Jahrzehnten Stand der Wissenschaft, dass das für unsere Kinder und für die Bildungsgerechtigkeit das Beste ist. Und es ist keine Frage des Glaubens, sondern das ist eine wissenschaftliche Erkenntnis, und das können Sie dann so anerkennen oder nicht und es wieder in eine ideologische Richtung verteufeln oder auch in eine Richtung des Glaubens. Das ist der Stand der Bildungswissenschaft. Und deswegen sehen wir da drin auch das zukunftsfähige Modell. Und wir reden heute nicht über die Einschränkung der Wahlfreiheit. Nein, wir reden weiterhin, dass auf Kosten der Steuerzahler*innen beide Systeme ermöglicht werden hier in Karlsruhe, und zwar so wieder mit der bestmöglichen Betreuung und Bildung für unsere Kinder. Und das muss schon absolut im Fokus unserer Debatte stehen, egal worum es geht. Und diese Flexibilität, die wir nach wie vor auch mit dieser modifizierten Vorlage haben, gewährleisten, geht noch einmal auf Kosten der Steuerzahlerinnen und je mehr wir diese Flexibilität ausweiten, desto mehr wird uns das kosten, weil die Ressourcen müssen wir vorhalten. Und wir sind nicht bereit, diese Flexibilität beispielsweise gegen Klimaschutz oder andere Zukunftsinvestitionen einzutauschen. Und deswegen noch einmal, wir stehen zu unserem Ganzttag. Wir stehen auch zu dem Vorschlag der Verwaltung, hier gegebenenfalls nachzujustieren. Wir verstehen diese Agilität, und wir finden es super, dass die Eltern mitgenommen werden. Das wünschen wir uns auch für die Zukunft. Und meine Bemerkung zu den Eulen, das ist meine private Bemerkung, die Entscheidung, ob wir die erste Stunde oder die letzte Stunde streichen, treffen wir gemeinsam mit den Eltern. Da geht ab Januar, ab 12. Januar, glaube ich, sind da die ersten Termine anberaumt, wo sich die AGs treffen. Und das entscheiden wir nicht in diesem Raum, sondern wir werden das dann wahrscheinlich eher bestätigen. Ja, ich glaube, das waren so die Punkte und gerne sonst auch eine dritte Runde.

Stadtrat Hofmann (CDU): Jetzt bin ich doch froh, dass Frau Fahringer noch vor mir gesprochen hat und dass ich nicht nach dem guten Geist dieses Gemeinderates reden musste. Das fällt mir dann immer schwer, denn gerade bei so einem ernsten Thema, wo wirklich doch schon unterschiedliche Meinungen aufeinandertreffen, und ich denke, genau das ist auch das Problem an der ganzen Sache. Die Kollegin Meier-Augenstein hat klar gesagt, es ist eine deutliche Verbesserung jetzt. Von daher freuen wir uns und danken auch wirklich der Verwaltung darüber. Aber es ist der falsche Weg, und da sind wir leider dabei. Es ist nicht der richtige Weg und liebe Kollegin Fahringer, wenn Sie immer wieder die Wissenschaft hierbei zitieren, dann sind Sie doch einmal ehrlich. Die Wissenschaft redet vor allem von einem gebundenen Ganzttag. Wir haben an vier der 48 Schulen nur einen gebundenen Ganzttag. Der Rest sind Mischklassen, das ist eine Mogelpackung, die wir da haben. Und das stimmt also auch gar nicht. In dem Fall, ich weiß, es ist schwer, für mich ist es auch schwer, teilweise zuzuhören. Versuchen wir es einfach einmal. In dem Fall ist ein Kompromiss, der hier gefunden wurde, und da sind wir auch dankbar drum, aber er ist nicht immer die beste Lösung. Zumindest sind wir der Meinung nach, dass es nicht die beste Lösung ist. Ich weiß auch nicht, warum es über ein überholtes und veraltetes System sein soll. Ich glaube, dass man mit einem gebundenen Ganzttag und einem Halbttag mit ergänzender Betreuung insbesondere die Eltern, und die zitieren Sie ja auch wieder, aber wenn dann der Elternwille einmal gefragt ist, wie der Elternwille des Gesamtelternbeirates, dann ist natürlich immer wieder, nein, da müssen wir nach anderen Dingen gehen. Ich bin froh, dass

die Eltern so laut geworden sind und dass jetzt zumindest ein Kompromiss da liegt, der entsprechend auch umgesetzt wird mit der Mehrheit hier.

Wir haben im Oktober schon nicht zugestimmt, wir werden auch diesmal nicht zustimmen, weil wir einfach sagen, es fehlt sowohl am Personal, es fehlt sowohl an der Infrastruktur und die Finanzierung ist nicht gesichert. Da kann die Stadt Karlsruhe nichts dafür, das weiß ich. Aber warum muss man dann praktisch mit Vollgas in so ein System hineinfahren? Allein die Tatsache, dass die Horte, die in das modulare System übergeführt werden, jetzt mit einem Betreuungsschlüssel von 1 zu 12 gefahren werden sollen, wie soll das jemals geleistet werden? Es steht alles in den Sternen, und leidtragend werden nachher die Eltern und die Kinder sein, wenn die Stunden wieder ausfallen. Von daher liegt es eben doch im System, dass dieses System noch nicht funktioniert. Und wir müssen meiner Ansicht nach andere Wege gehen. In einem sind wir uns einig. Wir wollen die Bildungsgerechtigkeit, und wir wollen einen hochwertigen Ganzttag, aber nicht mit einem System, das viel zu schnell hier eingeführt wird.

Stadtrat Cramer (KAL): Ich werde dieser Vorlage heute nicht zustimmen. Ich habe mich aber gemeldet, weil ich etwas irritiert bin über die Schärfe von Ihnen, Frau Fahringer. Wir hatten gestern einen Tag, wo diese Schärfe nicht gebracht wurde, und ich bin an sich davon ausgegangen, dass es heute auch so sein wird. Das musste ich jetzt einfach loswerden. Das hat mich jetzt doch ein bisschen irritiert, um nicht zu sagen sehr irritiert.

Der Vorsitzende: Lassen Sie mich aus Sicht der Verwaltung vielleicht noch ein paar Dinge klarstellen. Also ich finde es interessant, dass vor allem die Oberfeministinnen nur von den Feministinnen reden, die sich freuen. Ich weiß gar nicht, was das Gegenstück zu feministisch ist, aber ich möchte noch einmal betonen, dass eine solche Ganztagsangebotsregelung auch den ganzen Erziehungsurlaub in Elternzeit und so weiter betreffenden Männern auch eine ganz wichtige Ergänzung ist und möchte deswegen für die hier heute, ob das dann maskulin ist oder wie auch immer, noch einmal ganz ausdrücklich, auch als Vater und Großvater hier, die auch noch als Profiteure dieser Regelung hier gerne eingeführt sehen. Beim Thema Eulen oder Nicht-Eulen finde ich noch einmal wichtig, dass es am Ende ja weniger um die individuelle Ausprägung der einzelnen Eltern oder Kinder geht, sondern es geht darum, wie die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ausgeprägt sind. Und das muss am Ende handlungsleitend sein. Und wir sind ganz gespannt auf das, was uns die Elternbeiräte dazu rückmelden. Es gibt da bisher ganz unterschiedliche Rückmeldungen. Und insofern kann es durchaus sein, dass wir es im Januar auch politisch entscheiden müssen, weil wir müssen vor allem es der Arbeitsrealität anpassen, und die Arbeitsrealität beginnt in vielen, eher auch vielleicht nicht so akademischen Berufen mitunter früher als 9:00 Uhr morgens. Und dann nutzt einem die Eulen- und Lerchen-Diskutiererei nicht viel, wenn man eben dann trotz Eule zu sein morgens um 7:00 Uhr antanzen muss. Und wenn ich da kein Betreuungsangebot habe, habe ich einfach ein Problem.

Mir ist noch einmal ganz wichtig, dass die Diskussion, die wir heute führen, auch noch einmal zeigt, dass die Versammlung für die Bürgerinnen und Bürger, die Informationsveranstaltung für die Bürgerinnen und Bürger am 20. November durchaus Folgen hatte. Darauf möchte ich ausdrücklich noch einmal verweisen, denn gerade der Auftritt auch der Eltern dort hat ganz viel ausgelöst und insofern, weil ja immer gesagt wurde, das ist viel zu spät und da konnte man dann ja nichts mehr ändern. Nein, das ist jetzt ein Beispiel dafür, dass sich sehr viel ändern konnte, und das kommt hier heute auch an. Ich habe Frau Fahringer

auch so verstanden, dass das eine Reaktion darauf war, dass hier einige wieder das Ganztagschule-Ja-oder-Nein-Thema hochfahren wollten. Darum geht es hier überhaupt nicht. Und deswegen, liebe CDU und auch liebe Frau Lorenz für Ihre Fraktionsgemeinschaft, ich kann ja damit gut leben als Verwaltung, wenn Sie sagen, wir lehnen alles ab, was irgendwie nach Ganztags riecht. Ich habe aber, und Herr Hofmann, es war ja ein flammender Appell, aus allem jetzt gebunden eine Ganztagschule zu machen, da bin ich völlig bei Ihnen, aber all das steht heute nicht zur Debatte, sondern wir haben verschiedene Dinge unter einen Hut zu bringen. Und wir bieten jetzt die Fortsetzung der fast absoluten Wahlfreiheit, wie wir sie bisher hatten, ab Klasse 2 weiter an. Auch wenn es vielleicht manchen von uns eigentlich gar nicht gefällt, aber wir akzeptieren, dass die Eltern sich seinerzeit, als sie sich zur Klasse 1 mit ihren Kindern angemeldet haben, auf ein System verlassen haben, das qualitative Rahmenbedingungen setzt, Zehn-Stunden-Betreuungsangebot, Wahlfreiheit zwischen Ganztagszug und Halbtagszug oder überhaupt keine Betreuung, all das bleibt für 2 bis 4 in vollem Umfang erhalten. Und damit kommen wir eigentlich allen denen entgegen, die hier vor allem maximale Wahlfreiheit wollen. Deswegen kann ich überhaupt nicht verstehen, warum Sie jetzt sagen, weil wir aber die Wahlfreiheit wollen, müssen wir das ablehnen. Da komme ich ehrlich gesagt nicht mehr mit.

Dann für den Übergang, wo wir zwei Systeme haben, die wir irgendwie unter einen Hut bringen müssen, hat man sich auf SKiBB verständigt als Qualitätsvorgabe. SKiBB orientiert sich an dem sehr verlässlichen Ganztagsbetreuungssystem, das wir bisher in der Stadt hatten. Wir wollten nicht, dass durch das neue Ganztagsbetreuungssystem ab Klasse 1 unsere Qualität reduziert wird. Deswegen bleiben wir bei einem Personalschlüssel, der weit über den Empfehlungen des Landes liegt. Und wir bleiben bei zehn Stunden Betreuung angestrebt, obwohl das Land nur acht Stunden fördert bei der verlässlichen Ganztagschule. Daraus jetzt wieder abzuleiten, wir hätten kein Konzept oder zu sagen, es ist nicht verlässlich für die Eltern genug, weil wir nicht genug Fachpersonal haben, aber gleichzeitig zu sagen, wir brauchen aber eine hohe Qualität, das heißt sich, weil ich kann mir das Fachpersonal zwar nicht backen, aber ich kann mir große Ziele setzen, und ich kann von Ihnen das Geld bekommen, diese großen Ziele umzusetzen, auch wenn ich es im ersten Jahr vielleicht nicht genau hinkriege. Und genau das schlagen wir vor. Wenn Sie jetzt einen Änderungsantrag einbringen würden und sagen, weil wir gar nicht daran glauben, dass die Verwaltung das Personal findet, sind wir mit 1-zu-24-Betreuungsschlüssel einverstanden, Dann könnte ich ja noch verstehen, dass Sie sagen, wenn Sie unserem quasi Ergänzungsantrag nicht zustimmen, weil der realistischer ist, was am Ende rauskommt, deswegen stimmen wir nicht zu. Aber jetzt einfach zu sagen, Sie haben ein Konzept beschlossen im Gemeinderat, wir versuchen das Konzept so weit möglich im nächsten Jahr umzusetzen, wir brauchen von Ihnen die finanziellen Mittel, und wir bitten darum, dass wir diese zehnte Stunde jetzt noch nicht verbindlich für dieses nächste Schuljahr anbieten können. Und das geht auch ein Stück weit auf die richtige Analyse zurück, dass es auch vom Fachpersonal her nicht ganz einfach werden wird. Und ich habe von Ihnen kein anderes Argument bisher verstanden. Und die kritischen Punkte, die Sie angesprochen haben, Lehrermangel und so, da geben Sie ja selber zu, dass es nicht in unserer Macht steht. Also wenn Sie das jetzt hier mehrheitlich ablehnen würden, hätten wir überhaupt kein verlässliches System ab Herbst. Das muss doch klar sein. Und deswegen ehrlich gesagt, ich kann verstehen, wenn Sie sagen, aus grundsätzlichem Erwägen bleiben wir unserer Linie treu. Okay, aber bitte bauen Sie hier keine Argumente auf, aus dem, was wir hier gerade vorlegen und uns mühsam zusammen diskutiert haben in den letzten Monaten, was aus meiner Sicht eigentlich nicht stimmig ist und was ich vor allem als Vorwurf an die Stadtverwaltung und auch an die

bisherige Fachdiskussion einfach nicht akzeptieren kann. Sorry, da muss ich jetzt doch einmal leider deutlich werden.

Wir gehen maximal auf die Ängste der Eltern ein. Wir wollen auch dieses Modell ab 1. Klasse mit mehreren Zeitslots fast auch wieder völlig..., nicht völlig Wahlfreiheit, aber es gibt auch die Verkürzung. Ich bin mir ehrlich gesagt noch gar nicht sicher, ob das Land das überhaupt akzeptieren wird. Aber auch das ist nicht unser Problem, das wird uns von außen vorgegeben. Und was wir nicht können ist, dass wir das bisherige Mischsystem, das wir hatten, aus Hort, aus ergänzender Betreuung, aus allem Möglichen, wo wir ja versucht haben, uns in eine ganztagsangebotsfreie Zeit doch auf die Wünsche und Notwendigkeiten der Eltern einzulassen, weil die gesagt haben, wir brauchen das aber. Jetzt bietet über Bund das Land eine einheitliche Systematik an, ab Klasse 1. Die kann uns in Einzelpunkten gefallen oder nicht gefallen. Das ist aber die einzige, die überhaupt noch bezuschusst wird. Und dann ist es richtig, dass wir versuchen, die Verlässlichkeit für die Eltern, die im System schon drin sind, aufrechtzuerhalten und für die anderen Eltern eine annähernd ebenso verlässliche Angebotsstruktur zu schaffen. Das tun wir. Wir bieten auch unterschiedliche Zeitslots an. Und insofern sind die Ängste der Eltern unbegründet, wer sich für dieses Modell ab 1. Klasse entscheidet, muss die Kinder immer bis 16:00 Uhr in der Einrichtung lassen. Wir haben zumindest eine andere Konzeption vor. Ob das Land das am Ende so mitmacht, wissen wir noch nicht, weil diese abschließende Geschichte noch nicht da ist. Aber wir haben uns an der Stelle maximal auf die zubewegt, die hier im Hause auch Wahlfreiheit nach wie vor wollen und ein Stück weit damit auch die Vorzüge des alten Systems erhalten wollen. Und deswegen, dass man dagegen stimmt, ist okay, aber man muss dann auch wissen, gegen was man stimmt und für was man eben nicht stimmt. Und das wollte ich hier noch einmal deutlich herausarbeiten von meiner Seite.

Stadtrat Hofmann (CDU): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister, für die Ergänzungen. Aber vielleicht ist in dem Ganzen untergegangen, dass wir auch beide sehr wohl die Verwaltung gelobt haben. Wir haben beide gesagt, es ist ein Weg in die richtige Richtung auch, aber dass wir eben grundsätzlich es für den falschen Weg ansehen. Eben sagen Sie, Sie können das verstehen, wenn man dann dagegen stimmt, aber immer wieder kommt dann, das ist ein Zugeständnis, das ist voll klar. Ich bin froh, dass die Eltern das gemacht haben. So haben wir das immer wieder gesagt. Ein bisschen befremdlich finde ich, dass Sie jetzt sagen Änderungsantrag. Wir haben die Vorlage seit heute Morgen auf dem Tisch. Wir haben noch nicht einmal zu zehnt richtig zusammensitzen können, darüber reden. Wenn wir das vertagen, können wir das gerne machen, aber ich weiß, wir müssen es heute beschließen. Ich bin davon ausgegangen, dass wir dann im Januar über konkrete Sachen noch beschließen. Aus heutiger Sicht ist es grundsätzlich für uns der falsche Weg, und deswegen stimmen wir dagegen. Meiner Ansicht nach habe ich aber gehört, dass die FDP sogar dem Ganzen mitgeht und da auch mitstimmt. Von daher verstehe ich jetzt die ganze Geschichte nicht, in welche Richtung das hier laufen soll. Wir haben aufgrund der Tatsache einfach, wir haben im Oktober beschlossen, dass eben die Horte zurückgeführt werden, ja, und gegen unsere Stimmen. Und eine Woche später wurde uns noch erklärt, ja, ja, aber wir haben auch die Wahlfreiheit. Also die Horte gehen dann ins modulare System, aber wir haben ja die ergänzende Betreuung für den Halbttag. Und eine Woche später stand dann der Kürzungsvorschlag in der Haushaltskonsolidierung drauf. Von daher, das ist einfach ein Problem gewesen. Jetzt haben Sie es bereinigt, sehr gut, ein großes Lob haben wir beide mehrfach gemacht. Ich habe es jetzt noch zweimal wiederholt, dass es auch klar ist in dem

Bereich. Aber für uns ist dies grundsätzlich der falsche Weg, und deswegen werden wir dagegen stimmen.

Der Vorsitzende: Frau Stadträtin Lorenz, wenn ich Sie falsch verstanden haben sollte, sehen Sie es mir nach.

Stadträtin Lorenz (FDP/FW): Lieber Herr Oberbürgermeister, ich kann sehr gut verstehen, dass auch Sie einmal emotional werden am Rande einer so emotionalen Debatte, aber ich muss doch Vorwürfe zurückweisen, die ich so nicht gesagt habe. Wir sind der Meinung, wir sind eben nicht der Meinung, dass eine Ganztagschule schlecht ist. Ich habe lediglich gesagt, nicht für jedes Kind ist eine Ganztagschule der richtige Weg. Und die Eltern können sich ja eben für die Halbtags- oder für die bisher normale Schulzeit entscheiden. Also das einmal zur Klarstellung. Und auch, dass wir dem Antrag widersprechen, das können Sie ja gerne im Protokoll nachlesen. Ich habe gesagt, ich stimme der Vorlage sehr gern zu, weil wir eben schätzen, dass sich die Verwaltung in Bezug auf die ergänzende Betreuung bewegt hat und das jetzt ermöglicht.

Der Vorsitzende: Sorry, dann hatte ich das falsch verstanden. Das nehme ich dann ausdrücklich mit Bedauern zurück.

Stadtrat Schnell (AfD): Nur um das klarzustellen, das, was Sie jetzt hier vorlegen, ist besser als das, was ursprünglich da war, aber für uns ist es noch nicht das Richtige. Deshalb werden wir dem nicht zustimmen, obwohl wir anerkennen, dass Sie sich redlich Mühe gegeben haben, den Eltern wenigstens in Teilen deren Bedürfnissen gerecht zu werden.

Der Vorsitzende: Okay, vielen Dank für die emotional, aber doch sehr konstruktive Diskussion. Wir kommen damit zur Vorlage der Verwaltung an dieser Stelle. Jetzt ist für mich die Frage, ob wir den CDU-Antrag, ergänzende Betreuung, vorziehen müssen oder ob wir den als verzichtbar erklären, weil wir ja jetzt durchaus hier im Grunde ein Angebot gemacht haben, das das aufnimmt. Das wäre für mich noch einmal die Frage. Beschlussvorlage reicht, okay, dann stelle ich jetzt hier die **Beschlussvorlage** zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. - Das ist eine **deutliche Mehrheit**, herzlichen Dank. Und noch einmal herzlichen Dank, mir wurde von Herrn Stadtrat Kalmbach eine besondere Konsensfähigkeit hier attestiert. Ich würde das gerne weitergeben an Herrn Allgaier und sein Team, die dafür die wichtigen Voraussetzungen geschaffen haben.

Antrag Ö 117: HHS4_GR39 - Erhöhung der Gebühren für den Besuch der öffentlichen Fachschulen um 50% (Stand vor 2020)
(Vorlage: 2025/1139)

Wir kommen zu Ö 117. Wir würden Ihnen vorschlagen, die Gebühren für den Besuch der öffentlichen Fachschulen zu erhöhen. Sie kennen, das ist ein altes Thema. Vielleicht können wir das relativ kurz machen. Es gab dazu einen Änderungsantrag von CDU und SPD, dass Sie diese Erhöhung so nicht mitgehen wollen, Stadtrat Kehrle für die antragstellende Fraktion.

Stadtrat Kehrle (CDU): Ich würde erst einmal unseren Änderungsantrag konkretisieren. Die drastische Erhöhung würden wir von 50 Prozent nicht mittragen, maximal eine Erhöhung

von 25 Prozent der Gebühren. Somit hätten wir mehr Einnahmen von 82.500 2026 und 165.000 circa in 2027. Den Änderungsantrag der SPD würden wir ablehnen aus dem folgenden Grund. Wir sehen, dass wir an den Fachschulen Fachkräfte ausbilden müssen, die wir auf dem Arbeitsmarkt brauchen. Wir sehen aber auch, dass wir finanzielle Mehrmittel im Haushalt benötigen. Deshalb beantragen wir nur die Erhöhung um 25 Prozent für 2026 und 2027.

Stadträtin Uysal (SPD): Gebühren für die Fachschulen, das war ein SPD-Antrag für den Doppelhaushalt 21/22, der damals mit Erfolg getragen worden ist. Auch zu diesem Doppelhaushalt werden wir die Erhöhung der Gebühren ablehnen. Denn wir sind immer noch der Überzeugung, dass Fachschulen einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfs und zur beruflichen Weiterqualifizierung leisten. Angesichts des bestehenden Fachkräftemangels ist ein niedrigschwelliger und bezahlbarer Zugang zu den Bildungsangeboten von zentraler Bedeutung, um einfach auch die Leistungsfähigkeit des Arbeitsmarktes nachhaltig zu sichern. Auch wissen wir, dass Kommunen wie Stuttgart, aber auch das Land Rheinland-Pfalz keine Fachschulgebühren erheben. Und um einfach da weiterhin konkurrenzfähig zu sein, sind wir für Status quo und lehnen somit die Verwaltungsvorlage ab.

Der Vorsitzende: Damit gibt es einen Änderungsantrag der SPD, auf die Erhöhung der Fachschulgebühren komplett zu verzichten. Es gibt einen Änderungsantrag der CDU, statt um 50 Prozent um 25 Prozent zu erhöhen. In der Reihenfolge würde ich es jetzt hier zur Abstimmung stellen, als Erstes den **Änderungsantrag der SPD**, auf die Erhöhung der Gebühren komplett zu verzichten. Da bitte ich Sie um Ihr Votum ab jetzt. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 118: HHS4_GR39 - Gebührenerhöhung an Fachschulen (CDU, SPD)
(Vorlage: DHH/2025/4006)

Dann kommt der Änderungsantrag der CDU. Statt 50% Gebührenerhöhung gibt es nur 25% Gebührenerhöhung. Auch das stelle ich jetzt zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. - Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**, damit hat sich auch unser Kürzungsvorschlag in modifizierter Form erledigt oder bestätigt, je nachdem wie man es sieht.

Antrag Ö 119: HHS4_GR43 - Wegfall "Avdual"-Programm mit regionalem Übergangsmanagement
(Vorlage: 2025/1143)

Antrag Ö 120: HHS4_GR43 - AVdual in vollem Umfang sichern (Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, CDU, SPD, Die Linke, KAL)
(Vorlage: DHH/2025/4004)

Wir kommen zu Ö 119 und Ö 120. Da geht es um den Wegfall AVdual-Programm mit regionalem Übergangsmanagement. Ich habe hier einen interfraktionellen Antrag, GRÜNE, CDU, SPD, Linke, Karlsruher Liste. Wenn ich das zusammenzähle, ist das eine knackige Mehrheit. Mein Vorschlag wäre, dass wir es einfach in den Verwaltungsvorschlag übernehmen. Dann brauchen wir es hier weder rum zu diskutieren noch irgendwas zu entscheiden.

Ist das für alle Beteiligten okay? Ich muss ein bisschen gucken, Sie wollen ja heute Mittag fertig werden. Gut, können wir da so verbleiben, oder sollen wir noch diskutieren? Dann kann ich so abstimmen. Das war jetzt ein Angebot zum Kompromiss? Okay, vielen Dank.

Antrag Ö 121: HHS4_GR34 - Streichung Zuschuss Reitinstitut von Neindorff
(Vorlage: 2025/1134)

Antrag Ö 122: HHS4_GR34 - Zuschuss Reitinstitut von Neindorff (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/4011)

Antrag Ö 123: HHS4_GR34 - Keine Streichung Zuschuss Reitinstitut von Neindorff (KAL)
(Vorlage: DHH/2025/4021)

Wir kommen damit zum Reitinstitut von Neindorff. Da gibt es auf der einen Seite den Vorschlag der Verwaltung, den Zuschuss zu streichen, vor allem verbunden auch mit einer Kündigung, denn das Ganze hängt zusammen. Wir haben einen Antrag der AfD, Zuschuss-Reitinstitut. Wir haben einen Antrag der Karlsruher Liste, keine Streichung des Zuschusses. Und das ist die Diskussionsgrundlage. Ich gehe jetzt einmal auf die Antragstellende ein, Frau Stadträtin Döring.

So, ich muss auch noch den Tagesordnungspunkt 16 mit aufrufen. Das ist ja die Beschlussvorlage. So gesehen ist es jetzt unlogisch, dass die mit den Änderungsanträgen vorgezogen sind. Aber ich ziehe es jetzt durch, Herr Stadtrat Schnell, und dann kommen wir in die allgemeine Debatte.

(siehe separates Protokoll, TOP 16)

Okay, jetzt würde ich doch meinen, dass wir einmal die Pause einhalten sollten, die wir uns vorgenommen haben, 10:45 Uhr bis 11:00 Uhr. Wir treffen uns um 11:00 Uhr hier wieder, vielen Dank.

(Unterbrechung der Sitzung von 10:45 bis 11:05 Uhr)

Der Vorsitzende: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die Sitzung fort. 11:00 Uhr war angesagt, jetzt ist gleich 11.05 Uhr. Sie entscheiden. Ich verstehe ja, dass wir alle gerne zusammen sind, aber ich würde gerne morgen um 14 Uhr Schluss machen. Insofern gucken wir einmal, dass wir da ein bisschen zügig vorankommen.

Antrag Ö 124: HHS4_GR35 - Streichung des Jugendzuschusses in der Sportförderung (15 Euro pro jugendliches Mitglied)
(Vorlage: 2025/1135)

Antrag Ö 125: HHS4_GR35 – Jugendzuschuss (GRÜNE, CDU, SPD)
(Vorlage: DHH/2025/4010)

Antrag Ö 126: HHS4_GR35 - Beibehaltung des Jugendzuschusses in der Sportförderung für die Wettersbacher Sportvereine (OV Wettersbach)
(Vorlage: DHH/2025/4020)

Ich rufe auf, auf der Seite 195 das Thema Streichung des Jugendzuschusses in der Sportförderung. Das ist der Vorschlag der Verwaltung unter Ö 124. Wir haben dazu einen Änderungsantrag, GRÜNE, CDU und SPD, von dieser Streichung abzusehen. Von 15 auf 10 Euro haben alle drei beantragt. Das sieht ja doch ziemlich massiv aus. Und wir haben den Vorschlag oder den Antrag der Ortsverwaltung des Ortschaftsrats Wettersbach, dass man zumindest für die Wettersbacher Sportvereine den Jugendzuschuss erhält. Und es gibt noch einmal das entsprechende Detail, im CDU-Antrag wird nur für zwei Jahre die Kürzung erst einmal zugestanden. Da müssen wir nachher bei der Abstimmung gucken, wie wir damit umgehen. Jetzt gucke ich einmal kurz zu den antragstellenden Parteien, ob da jemand was erzählen möchte.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): So ganz ohne Worte wollen wir es, glaube ich, jetzt hier beim Jugendzuschuss und auch gleich beim Übungsleiter*innenzuschuss nicht einfach abstimmen. Das ist der Punkt, den ich ja vorhin schon angedeutet hatte, bei dem aus unserer Sicht das Schule- und Sportamt doch ein bisschen sehr zu weit gegangen ist bei den Einsparvorschlägen. Insgesamt hätten diese Einsparvorschläge dazu geführt, dass im Bereich des Sports eine Größenordnung mit den anderen Sachen zusammen von fast 20 Prozent des bisherigen Budgets eingespart worden ist. Das wäre massiv an die Substanz der Vereine gegangen, das wäre massiv an die Jugendarbeit der Vereine gegangen, und das können wir in gar keinem Falle mitgehen, daher eben auch die Anträge an dieser Stelle, ich glaube, die sind an sich dann auch selbsterklärend, und die Mehrheiten, die dahinterstehen, sind, glaube ich, auch relativ eindeutig, was das Ergebnis nachher angeht.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich kann mich im Wesentlichen dem Kollegen Löffler anschließen, vielleicht beim Jugendzuschuss, weil ich beim Übungsleiterzuschuss dann noch einmal was sagen werde. Beim Jugendzuschuss würde es vor allem die Vereine treffen, die gerade sich extrem auch mit Jugendlichen beschäftigen. Die haben schon weniger Einnahmen durch den geringeren Beitrag bei den Jugendlichen. Von daher wäre eine Komplettstreichung hier ein falsches und ein fatales Zeichen gewesen und deswegen eine leichte Reduzierung, ja, aber keine völlige Streichung.

Stadtrat Tröndle (SPD): Wir sind unheimlich froh, dass die Fraktionen von GRÜNEN und CDU das genauso sehen wie wir. Es wäre ein fatales Signal, Kollege Hofmann, wenn ich die Worte gerade noch einmal wiederholen darf, hat er eben schon gesagt, nicht nur Richtung Sport, sondern auch Richtung der Gesellschaft, wenn wir hier massiv streichen würden, denn über die Bedeutung des Sports, über die Leibesübungen hinaus, über das sportliche Treiben hinaus, für das gesellschaftliche Zusammensein, für den Zusammenhalt, für Teamgeist, Teambildung etc. herrscht im Hause ja wohl große Einigkeit. Und wenn wir

diese Streichung akzeptiert hätten, hätte es auch das Aus vieler Vereine bedeutet. Es wäre ein massiver Eingriff gewesen, den wir an anderen Stellen, in anderen Haushalten verhindert haben. Hier wollen wir ihn auch verhindern. Wir wollen unsere Vereine stärken, das Ehrenamt stärken. Deswegen zunächst einmal, natürlich muss der Sport auch einen kleinen Beitrag leisten, das ist ganz logisch, deswegen die moderate Streichung des Jugendzuschusses. Und ich rede jetzt auch noch gleich zum Übungsleiterzuschuss, dann brauchen wir ja nicht zweimal sprechen. Hier würden wir dem CDU-Antrag in vollumfänglich folgen, denn unser Antrag ist etwas niedriger gehalten. aber wir gehen natürlich gerne dem CDU-Antrag mit.

Stadtrat Hock (FDP/FW): Der Kollege Tröndle hat auch zu beiden gesprochen, das würde ich jetzt dann auch so machen. Ja, mein werter Kollege Hofmann hat schon was ganz Wichtiges gesagt. Die Vereine werden natürlich auch mit den Beiträgen, die sie für die Jugendlichen einnehmen, ja dann nochmals in dem Bereich zur Kasse gebeten. Deshalb ist das für uns auch nicht kompatibel. Und wir werden diesem Antrag, der von der CDU getragen und mitgetragen wird, auch gerne so folgen. Bei der Übungsleiterpauschale sehen wir das genauso, wie der Kollege Tröndle eben gesagt hat. Und wir werden da auch uns einreihen hinter diejenigen, die Vernunft walten lassen.

Stadtrat Schnell (AfD): Das Wesentliche wurde schon gesagt, auch wir von der AfD halten die Streichung vom Jugendzuschuss und der Übungsleiterpauschale für fatal. Wir hätten jetzt eine Frage zum Abstimmen. Da ja die Vorlage der Verwaltung die weitestgehende ist, müsste man eigentlich über die zuerst abstimmen. Oder wie soll das vonstattengehen?

Stadtrat Gaukel (Volt): Vielen Dank an der Stelle auch an die Mehrheit der Vorredner, dem kann ich mich weitestgehend anschließen. Herr Löffler hat ja schon gesagt, 20 Prozent standen am Ende da beim Sport zur Disposition. Ich würde auch noch einmal kurz zum Prozess sagen, wir saßen ja in der gemeinsamen Sitzung vom Schul- und Sportausschuss, und da war schon der Jugendzuschuss zur Streichung dringestanden, was schon gerade im Sportkreis auch zu starken Irritationen geführt hat oder zu großen Bedenken. Und dann wurde gerade am Ende auch noch dieser Übungsleiterzuschuss eher so aus dem Ärmel geschüttelt und angekündigt, dass dieser auch noch einmal zusätzlich kommt. Und das war dann schon, wo die Alarmglocken sehr groß waren, weil das letztlich die Existenz der Vereine, gerade was halt die Sportangebote für Jugendliche angeht, einfach infrage stellen, und das finden wir da auch falsch, dass gerade die Vereine bestraft werden, die sich jetzt die letzten Jahre, auch gerade nach der Corona-Zeit, auf Jugendliche fokussiert haben, da versucht haben, wieder mehr Leute in die Vereine zu bekommen und das auch mit Erfolg. Hier jetzt dann die Karte zu ziehen, halten wir da grundsätzlich für falsch. Von daher da vielen Dank für die Antragstellung. Es gab da ja auch die Gespräche mit dem Sportkreis, von daher hier auch noch einmal die Meinung des Sportkreises mitgenommen, dass wir vor allem an diesen Stellen nicht sparen wollen und können, sie aber ja auch andere Vorschläge gemacht haben und da ja auch offen waren.

Der Vorsitzende: Ich muss, bevor wir in die Abstimmung gehen, ich würde den weitestgehenden Änderungsantrag zum Vorschlag der Verwaltung als Erstes aufrufen, so wie wir es gestern auch gemacht haben, Herr Schnell.

Zweite Anmerkung, kann die CDU noch einmal sagen, ob Sie es nur für zwei Jahre, diese Kürzung, oder ob Sie es, wie die anderen Anträge auch, quasi jetzt erst einmal dauerhaft

um diese entsprechende Kürzung beantragt haben oder die Aufhebung der Kürzung? Das ist nicht ganz klar aus Ihrem Antrag.

Stadtrat Hofmann (CDU): Wir wollten das jetzt erst einmal auf zwei Jahre mit diesem reduzierten Betrag, ja, und wenn es uns dann besser gehen würde..., denn eigentlich war es schon zielführend, den Jugendzuschuss so zu erhalten, wie er ist, da, wie gesagt, die Vereine ja schon weniger Einnahmen.

Der Vorsitzende: Gut, dann ist der CDU-Antrag der weitgehende, weil er zwei Dinge beinhaltet, das nur für zwei Jahre zu entscheiden und zusätzlich noch mit einem Auftrag zu versehen, dass wir noch einmal das Konzept überarbeiten, auswärtige Sportvereine oder solche Vereine, die im eigentlichen Sinne kein Sportverein sind, sollen nicht mehr antragsberechtigt sein. Das sind zwei Elemente, die über die anderen beiden Anträge hinausgehen. Und deswegen stelle ich jetzt den CDU-Antrag als ersten hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**. Damit haben wir aus den 15 Euro Streichung 10 Euro gemacht, und wir haben es nur für zwei Jahre, was bedeutet, dass hinten raus wir den vollen Betrag wieder einschreiben müssen, und wir haben diesen Auftrag. Sie müssen sich dann noch verständigen, wo Sie sich über diesen konzeptionellen Auftrag noch unterhalten, okay, alles klar. Gut, dann brauchen wir den Vorschlag der Verwaltung auch nicht mehr aufrufen.

Antrag Ö 127: HHS4_GR45 - Streichung des Übungsleiter*innenzuschusses (Ziffer 7.1 Übungsleiter*innenzuschuss der Sportförderungsrichtlinien)
(Vorlage: 2025/1145)

Antrag Ö 128: HHS4_GR45 - Übungsleiterzuschuss erhalten (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/4017)

Antrag Ö 129: HHS4_GR45 - Übungsleiter*innenzuschuss bei der Sportförderung weniger kürzen (GRÜNE)
(Vorlage: DHH/2025/4009)

Antrag Ö 130: HHS4_GR45 - Anpassung der Übungsleiterzuschüsse zur Sicherung der Vereinsarbeit (SPD)
(Vorlage: DHH/2025/4018)

Antrag Ö 131: HHS4_GR45 - Beibehaltung der Übungsleiterpauschale in der Sportförderung für die Wettersbacher Sportvereine (OV Wettersbach)
(Vorlage: DHH/2025/4019)

Jetzt kommt das ganze Thema in relativ analoger Form bei der Übungsleiter*innenpauschale. Da haben ja einige auch schon dazu gesprochen. Gibt es da noch weitere Wortmeldungen?

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich hatte angekündigt, Herr Oberbürgermeister, dass ich noch kurz was dazu sage, weil ich denke, das ist schon eine ganz andere Geschichte. Der ein oder andere Kollege hat es zwar schon angesprochen, aber man muss klar sagen, dass ja das Dezernat 3 jeden einzelnen Bereich unter die Lupe genommen hat und auch

prozentual dann in die Streichung gegangen ist. Und da war der Übungsleiterzuschuss überhaupt nicht mit dringestanden. Aber da das Dezernat 3 so viele Kürzungsvorschläge eben bringen musste, konnten sie diese Gesamtsumme nicht bringen. Und dann ist der Übungsleiterzuschuss da noch mit reingefallen, was natürlich bei einer Gesamtsumme im Sportbereich von 5 Millionen überhaupt nicht machbar ist. Wir haben in Karlsruhe so ein geniales System mit unseren besitzenden Vereinen, der Sport als sozialer Kit unserer Gesellschaft. Und hier jetzt noch im Ehrenamt zu sparen, was wäre denn das für ein Zeichen nach außen gewesen? Also das geht unserer Ansicht nach überhaupt nicht, und da sind wir nicht einmal mehr bereit, ja auch eine Kürzung anzugehen, denn auch das wäre schon ein falsches Zeichen. Wir haben gestern richtigerweise in der Kultur, gerade auch die freie Kulturszene, nur moderat gekürzt, beziehungsweise da, wo es gar nicht geht, auch noch einmal Ausnahmen gemacht. Und ich denke, hier muss der Übungsleiterzuschuss auch eine ganz klare Ausnahme bilden. Wenn man überlegt, dass das 500 Euro sind für einen Übungsleiter für 200 Stunden im Jahr, dann ist das ja wirklich nur ein ganz kleines Dankeschön für diese ehrenamtliche Arbeit. Und wenn wir diese ehrenamtliche Arbeit, diese Wertschöpfung, die da in den Vereinen geleistet wird, wenn wir die irgendwie erbringen müssten, dann wären wir noch mehr als pleite. Also von daher ein Riesenplädoyer noch einmal, bitte hier dafür. Die Vereine wären existenzgefährdend ohne ihr Ehrenamt, ohne ihre Mitarbeiter dort. Und von daher denke ich, muss der Übungsleiterzuschuss in vollem Umfang erhalten bleiben.

Der Vorsitzende: Ich möchte nur ein bisschen der Empörung gegenüberstellen, dass wir den Sportbereich in früheren Haushaltsrunden völlig ausgespart haben von Kürzungen, anders als im Kulturbereich, wo wir teilweise bei den großen Institutionen mit 3,6 Prozent schon ganz schön zugelangt haben. Das sind Institutionen, mit denen wir feste Verträge haben, und da geht es um feste Arbeitsstellen, die jetzt zum Teil reduziert werden mussten und auch weiter müssen. Also bei aller Begeisterung und auch bei aller Anerkennung für Ehrenamt, ich glaube, das sind sehr unterschiedliche Systeme. In einem System haben wir schon ziemlich massiv eingegriffen und jetzt gestern zum zweiten Mal. In dem anderen System greifen wir jetzt das erste Mal ein. Die Vorschläge haben viel damit zu tun, dass wir eigentlich nur die freiwilligen Leistungen anbieten können in eine ernsthafte Kürzung, und das sind nun einmal freiwillige Leistungen. Die Vereine, sagt mir Herr Dollinger, kriegen auch denselben Betrag noch einmal vom Badischen Sportbund. Das heißt, es ist auch nicht so ganz ausschließlich nur das, was von der Stadt kommt. Und das ist schon wohl auch eine relativ einmalige Förderung, was wir hier in Karlsruhe machen, so viel vielleicht noch einmal zur Bedeutung.

Wir haben jetzt drei verschiedene Anträge, die hier unterschiedliches begehren. Ich fange mit dem weitestgehenden Änderungsvorschlag zu unserem Einsparvorschlag an, nämlich mit dem **CDU-Antrag**, der sagt, alles muss so bleiben, wie es ist. Wir stellen die vollen Beträge mit 650.000 Euro wieder so ein. Und den stelle ich jetzt hier zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. – Na, da haben doch einige gut gearbeitet, außer bei mir. Okay, damit sind alle anderen Anträge überflüssig und auch dem Antrag der Ortsverwaltung Wettersbach ist nachgegeben. Insofern muss ich den jetzt auch nicht noch einmal aufrufen.

Antrag Ö 132: HHS4_GR48 - Kürzung der institutionellen Förderung bei der VHS um 8,7%
(Vorlage: 2025/1148)

Antrag Ö 133: HHS4_GR48 - Institutionelle Förderung - vhs Karlsruhe e. V. (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/4124)

Antrag Ö 134: Erhöhung des Zuschusses für die Volkshochschule Karlsruhe zur Sicherstellung des Bildungsangebots (SPD)
(Vorlage: DHH/2025/4015)

Antrag Ö 135: VHS finanziell absichern (Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, CDU, Die Linke, KAL SPD)
(Vorlage: DHH/2025/4007)

So, wir kommen damit zu einem Thema, wo wir erst noch einmal ein bisschen Überblick kriegen müssen, nämlich beim Thema Volkshochschule. Da gibt es den Vorschlag, um 8,7 Prozent zu kürzen. Wir haben einen AfD-Antrag dazu unter der Ziffer Ö 133. Wir haben einen SPD-Antrag unter Ö 134, und wir haben einen interfraktionellen Antrag, GRÜNE, CDU, Die Linke, Karlsruher Liste. Jetzt müssen wir einmal gucken, wie wir das schrittweise aufarbeiten. Gibt es hier von der Verwaltung noch einmal einen kurzen Sachvortrag, wie die Diskussion innerhalb der Verwaltung im Moment aussieht?

Bürgermeisterin Melchien: Es geht jetzt um die Volkshochschule, eine unverzichtbare Bildungseinrichtung in unserer Stadt. Und der Gemeinderat hat sehr deutlich auch in der Vergangenheit artikuliert, dass er zu dieser Einrichtung und ihrer Bedeutung in der Stadtgesellschaft steht. Die finanzielle Situation in der Volkshochschule ist schwierig. Aufgrund dessen hat sich der Haupt- und Finanzausschuss auch bereits dazu entschieden, den Kontokorrentkredit, der läuft und der dringend erhöht werden muss um 500.000 Euro, um im Jahr 2025 zum Jahresende noch die Liquidität zu sichern, dem schon zugestimmt. Das ist bereits erledigt, das haben Sie bereits im Haupt- und Finanzausschuss getan. Was jetzt diskutiert werden muss, ist in welcher Form die Volkshochschule eine Erhöhung benötigt, um nicht schon im nächsten Jahr wieder in dieses Liquiditätsproblem zu kommen. Ohne die ursprünglich vorgesehene Kürzung von 180.000 Euro erwartet die Volkshochschule ein Defizit im Jahr 26 von ca. 750.000 Euro. Das beinhaltet selbstverständlich, dass wir uns massiv bemühen müssen, die Volkshochschule zu konsolidieren. Wir haben dazu einen Transformationsprozess mit der neuen Leitung aufgelegt, die heute auch hier anwesend ist. Diese Aufgabenkritik werden wir angehen, dennoch kommen wir nicht drum herum, dass eine Erhöhung der Zuschüsse, des Betriebskostenzuschusses an die Volkshochschule vorgesehen werden müsste von Ihnen, wenn diese Situation nicht wieder zum Jahresende eintreten soll. Die Höhe war zum Zeitpunkt der Antragstellung Ihrerseits ist noch nicht klar, weswegen auch jetzt unterschiedliche Anträge und auch Anträge ohne Summen vorliegen. Mittlerweile haben wir dargestellt, auch in der Mitgliederversammlung der Volkshochschule, dass eine Erhöhung um 570.000 Euro notwendig ist im Jahr. Wir haben uns verständigt darauf, dass ein Teil dessen definitiv mit einem Sperrvermerk vonseiten der Verwaltung vorzusehen wäre. 300.000 Euro Erhöhungen, das ist allgemein akzeptiert und wäre auch notwendig für die Sicherung der Volkshochschule. Die zusätzlichen 270.000 Euro schlagen wir Ihnen vor, mit einem Sperrvermerk vorzusehen, der dann erst wieder durch den Gemeinderat aufzuheben ist. Das als kurze Einführung, es hat unterschiedliche Gründe, woraus diese

schwierige Situation der Volkshochschule resultiert. Ich wiederhole noch einmal, eine Erhöhung des jährlichen Zuschusses um 570.000 Euro, das wäre der Betrag, davon 270.000 Euro unser Vorschlag mit einem Sperrvermerk.

Der Vorsitzende: Also ich würde gerne auch anknüpfend an den allgemeinen Antrag von Ihnen, dass wir hier die Sicherung vornehmen wollen, Ihnen genau jetzt diesen Vorschlag machen. Wir nehmen die Kürzung zurück. Wir geben 300.000 Euro zusätzlich plus noch einmal 270.000 mit einem Sperrvermerk. Und über die konzeptionelle Weiterentwicklung gibt es sehr unterschiedliche Meinungen bei uns, bei Ihnen wahrscheinlich auch. Was gehört zu einer Volkshochschule, was gehört nicht zu einer Volkshochschule, das müssen Sie erst klären, weil das natürlich korreliert mit dem, was man dann auch an Unterstützung an der Stelle bringt. Das ist jetzt der Vorschlag, der aus meiner Sicht alle Anträge quasi überflüssig macht, dem ich Sie aber bitte, nachher auch zuzustimmen, weil es natürlich eine erhebliche Geldsumme auch an der Stelle ist.

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Einfach aufgrund der Größe dieser Entscheidung und der Historie möchten wir dazu dann doch noch ein paar Worte verlieren. Wir sagen seit Jahren, dass die Volkshochschule ein unermesslich wertvoller Bestandteil unserer Bildungslandschaft in Karlsruhe ist. Außer der AfD sehen das alle so zumindest. Und jetzt ist die Frage eigentlich nur, wann fangen wir denn einmal an, sie so zu behandeln. Ich habe mir aufgeschrieben, heute wäre ein guter Tag, und es ist offensichtlich auch ein guter Tag, weil die Verwaltung es auch so sieht jetzt. Deswegen haben wir diesen Antrag interfraktionell gestellt. Die Volkshochschule ist seit Jahren finanziell strukturell unterfinanziert und kann eben nur noch durch diesen Kredit gesichert werden. Und jetzt war die ursprüngliche Idee, dass man es trotzdem noch mit dem Einsparvorschlag belegt. Man bekommt da so ein Gefühl, dass es innerhalb der Verwaltung ein ganz großes Misstrauen, zumindest ein teilweise ganz großes Misstrauen gegenüber dieser Institution gibt, sodass die Hürden immer wieder künstlich hochgesetzt werden. Das ist für uns aus unserer Sicht völlig unverständlich, ehrlich gesagt.

Die Volkshochschule hat sich in den vergangenen Jahren ja durch eine Organisationsentwicklung schon begeben oder da hineinbegeben, hat damit steigende Deckungsbeträge wieder erwirtschaftet. Es gibt unter der neuen Leitung von Frau Ungericht, unabhängig von dieser finanziellen Situation, ja schon ein vorgelegtes Umstrukturierungs- und Modernisierungspaket. Und sie ist auch willens, dass sie bei diesen Einsparungen einen Teil dazu beiträgt, zum Beispiel beim Thema Personal. Und danke, dass Sie, Frau Bürgermeisterin, hier noch einmal die Zahlen jetzt mündlich eingebracht haben, denn Sie sind aus irgendeiner seltsamen Erwägung aus der Vorlage dann über Nacht wieder verschwunden, die wir ursprünglich hatten. Also die VHS braucht diese 570.000 Euro jährlich komplett, und sie braucht auch diesen bereits beschlossenen Kontokorrentkredit und die Rücknahme des Sparvorschlages. Wir als GRÜNE-Fraktion bräuchten auch keinen Sperrvermerk, weil er ist aus unserer Sicht auch nicht ausreichend begründet, ehrlich gesagt. Alles, was die Volkshochschule tun kann, hat sie bereits getan, um dieses Vertrauen uns gegenüber zu bekommen. Deswegen, wir gehen aber natürlich auch diesen Weg mit. Also bevor das jetzt hier scheitert, werden wir die Letzten sein, an denen es hier nicht funktioniert. Es ist aber schon interessant, und es wäre unser großer Wunsch, dass man auch in diese neue Leitung, um die Unsicherheit auch aus der Belegschaft, das ist wirklich ein unwürdiger Prozess, der da seit Jahren im Gange ist, einmal rauszunehmen in den nächsten Jahren. Das braucht es für einen Neustart.

Der Vorsitzende: Ich möchte darauf hinweisen, den AfD-Antrag würde ich noch zur Abstimmung stellen. Ich habe gesagt, die sind alle erledigt. Das stimmt natürlich nicht, weil sie in die andere Richtung geht.

Stadtrat Müller (CDU): Ich möchte nicht so weit gehen wie mein Vorredner und der Verwaltung ein grundsätzliches mangelndes oder fehlendes Vertrauen gegenüber der Volkshochschule zu unterstellen. Ich glaube, das ist einen Schritt zu weit gegangen. Das sehe ich auch nicht so. Wir haben in der Vergangenheit, und darüber reden wir heute auch gar nicht, über die Erhöhung und die Verlängerung des Kontokorrentkredits bereits entschieden. Jetzt geht es darum, tatsächlich mit den laufenden Betriebskosten eine dauerhafte Liquidität seitens der Volkshochschule sicherzustellen, weil wir auch alle wissen, was passiert, wenn wir das nicht sicherstellen können oder wollten. Die CDU-Fraktion war schon immer ein verstetigtes Bekenntnis gegenüber der Volkshochschule, gerade im Hinblick auf die Erwachsenenbildung und darüber hinaus auch selbstverständlich im Rahmen der Integrationsbildung, was wir sicherlich auch als Schlüssel-Element sehen in unserer Gesellschaft, in der Eingliederung in unsere Gesellschaft, in unserer Stadtgesellschaft. Dass wir nunmehr mit der erneuernden Leitung der Volkshochschule ein erstes Transformationskonzept vorgelegt bekommen haben, ist ein erster Schritt als solches, aus denen sich dann auch diverse Ableitungen herauslesen lassen, wie sich eine Volkshochschule zukünftig aufstellen muss. Wir gehen den Vorschlag der Verwaltung mit. An dieser Stelle herzlichen Dank, Frau Bürgermeisterin Melchior, dass wir das so auf die Reihe bekommen können, dass wir sagen, okay, wir nehmen diese 300.000 Euro als Deckung der laufenden Kosten, im Rahmen eines Betriebskostenzuschusses auf, stellen aber dann 270.000 Euro unter einen Sperrvermerk. Ich sehe den Sperrvermerk eben nicht als ein mangelndes oder nicht vorhandenes Vertrauen gegen die Volkshochschule, sondern ich sehe es auch als Auftrag, und ich sehe es auch als Verpflichtung seitens der Volkshochschule, was wir hier mit einem Sperrvermerk zum Ausdruck bringen, diesbezüglich dieses Transformationskonzept nicht nur weiter zu beschreiten, sondern darüber hinaus auch weitere Transformationsschritte in die Wege zu leiten. Und ich glaube, das ist die Volkshochschule nicht nur sich selbst schuldig, sondern das ist sie uns auch gegenüber schuldig, derer wir sozusagen die Liquidität der Volkshochschule sicherstellen und auch dauerhaft gewährleisten wollen.

Stadträtin Uysal (SPD): Bildung darf kein Privileg sein. Die Volkshochschule macht sie ja zugänglich, und deswegen unterstützen wir das auch. Nicht alle Bildungswege verlaufen nämlich geradlinig, das haben Sie eingangs richtig gesagt, Frau Bürgermeisterin. Die Volkshochschule steht für zweite Chancen für soziale Teilhabe und für eine Stadt, die niemanden zurücklässt. Genau dafür stehen wir, und genau deshalb unterstützen wir auch dieses Angebot. Wir hatten einen Antrag eingebracht, der ja 300.000 Euro vorsieht. Jetzt hat die Verwaltung ein besseres Angebot dargelegt. Von daher können wir gar nicht widersprechen. Wir sind total froh, dass wir die Volkshochschule, dieses Bildungsangebot an dieser Stelle tatsächlich weiterhin sichern und dass wir mit diesem Sperrvermerk auch weitergehen. Wir sehen das genauso. Wir sehen das nicht, dass hier ein Misstrauen herrscht, sondern ganz im Gegenteil, dass die Verwaltung gewillt ist, hier der Volkshochschule beiseite zu stehen und weiterhin dieses Angebot aufrecht zu erhalten. Von daher gehen wir mit der Vorlage mit.

Stadtrat Schnell (AfD): Zunächst einmal möchte ich dem widersprechen, dass die AfD die Volkshochschule in irgendeiner Art und Weise für überflüssig hält. Unser Antrag, die

Kürzung von 8,7 Prozent, wollten wir auch für das Jahr 2026 wie die Verwaltung haben, nur eben dann, dass insgesamt für beide Jahre eine Kürzung von 10 Prozent vorsehen, indem wir auf 2027 dann eine Kürzung von 11,3 Prozent vorsehen. Das Konsolidierungskonzept von der Volkshochschule scheint uns noch von den Einsparsummen her zu gering. Trotzdem würden wir jetzt auf unseren Antrag verzichten und die Vorlage von der Stadt mit dem Sperrvermerk, wohlgermerkt nur mit diesem, mitgehen.

Stadträtin Böringer (FDP/FW): Zunächst glaube ich, war es auch aus unserer Sicht sachgerecht, dass der Übergang zunächst, ich nehme es jetzt namentlich, von Herrn Dr. Käuflein auf Frau Melchien, also auf ein anderes Dezernat, ganz kürzlich übergegangen ist, weil das Thema Bildung im Vordergrund steht und weniger jetzt im Bereich der Kultur. Also das war, glaube ich, eine gute Sache. Herr Bauer hat es richtig gesagt. Ich glaube, mit der neuen Leitung, Frau Ungerecht, die ist ja hier im Raum, hat die Volkshochschule so ein bisschen auch das Schicksal in die eigene Hand genommen, nämlich die Überlegung, wie können wir unsere Organisation etwas verschlanken, und wie können wir auch das Kursangebot einmal durchforsten, gibt es vielleicht Angebote, die man umswitchen kann, die man streichen kann. Allerdings müssen bestimmte Angebote eben auch erhalten werden, um überhaupt im Verband zu bleiben. Also das ist zunächst einmal eine ganz lobenswerte Entwicklung. Aber eins stimmt, zunächst sind die Mieten gestiegen, die werden steigen. Dann werden verschiedene Bildungsangebote, die vom Bund zu leisten sind, auch reduziert. Lange Rede, kurzer Sinn, also die finanzielle Absicherung muss gewährleistet werden, und wir würden dem Vorschlag der Verwaltung folgen, allerdings explizit mit dem Sperrvermerk, damit auch die VHS die Möglichkeit hat, noch einmal intern umzustrukturieren.

Stadträtin Geißinger (Volt): Auch wir von der Volt unterstützen natürlich die VHS vollumfänglich. Es ist eigentlich, und wir sind noch nicht so lange dabei, aber es wurde häufiger gesagt, jedes Jahr ein Bangen, und dieser Kontokorrentkredit, der schwebt einfach im Raume. Und hätten wir den jetzt nicht irgendwie kurzfristig gedeckt, wäre halt Insolvenz das Thema gewesen. Das muss man sich vielleicht da an der Stelle einmal klar machen. Und als Stadt haben wir auch in die VHS viel Geld gesteckt. Und sie verdient eine langfristige Planbarkeit, und auch wir verdienen langfristige Finanzierbarkeit. Also das ist ein Geben und Nehmen. Was uns natürlich logisch erscheint, das ist vor allem eigentlich einmal ein Schuldenschlag, aber vielleicht findet sich ja dann ein privater Gönner auch noch, wenn wir es nicht leisten. Das wäre ja eine Option. Grundsätzlich ist es aber so, die VHS ist deutlich mehr als Sprachkurse für den nächsten Urlaub oder irgendeinen Zeichenkurs, auch wenn ich die persönlich zum Beispiel auch gerne nutze. Die Sprachkurse für Integration wurden schon erwähnt, aber auch die Abendschule ist gerade für die ganze Region ein großes Thema, weil die VHSen in der ländlichen Region immer weniger werden und immer weniger anbieten. Es gibt IT-Grundlagenkurse, Eltern-Kind-Kurse, hier wird die Gesellschaft in allen möglichen Bereichen unterstützt. Und wir müssen da, glaube ich, auch der neuen Leitung einfach vertrauen, dass sie mit ihrer Erfahrung und Kreativität auch Vorschläge liefert, dass wir auf einen gemeinsamen Nenner kommen. Kurzum, wir unterstützen die VHS, ob mit oder ohne Sperrvermerk. Wir brauchen einfach eine langfristige Lösung, und das kann nicht jedes Jahr wieder hier auf dem Tisch liegen.

Der Vorsitzende: Ich würde noch einmal drei, vier Sätze sagen. Wir haben das Problem, dass wir ein Bundesland sind, das die Volkshochschulen deutlich weniger fördert, als es andere Bundesländer tun. Das bringt uns vor Ort massiv unter Druck, dass wir immer kommunal dafür verantwortlich sein müssen, dass sie dann doch am Ende ein breites Kursangebot

aufrechterhält. Wir sind an alle Einsparungen so rangegangen, dass wir gesagt haben, wir wollen uns vor allem auf die konzentrieren, die sonst nicht teilhaben können, aus wirtschaftlichen Gründen. Und wenn ich mir dann das Angebot einer Volkshochschule angucke, komme ich zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen. Deswegen macht es auch keinen Sinn, jetzt die Volkshochschule mit irgendeinem Prozentsatz über das Knie zu bürsten, sondern wir müssen noch einmal gemeinsam reden, nicht wir alle. aber bitte die Fachpolitik mit der Volkshochschule, was bedeutet denn welches Angebot mit welchem Kostendeckungsgrad für welche Gruppe. Gibt es auch bestimmte Mindeststandards, die erfüllt werden müssen, dass ein Kurs stattfindet oder nicht? Gleichzeitig muss die Volkshochschule aber auch auf Dinge reagieren, für die sie erst recht nichts kann, nämlich wenn der Bund kurzfristig Zuschüsse streicht für Sprachkurse. Dann ist es eben etwas, was man kurzfristig wirtschaftlich verkraften muss. Auch deswegen braucht es da eine gewisse Spielreserve. Dann haben wir ein Gebäude, für das es einen Mietkostenzuschuss geben muss, der auch nicht unerheblich ist und der dann unserer Volkswohnung wieder zugutekommt. Also ich habe ganz verschiedene Ansatzpunkte, und deswegen bin ich sehr dankbar, dass wir hier vor allem auf der Bürgermeisterbank jetzt einen Vorschlag gemacht haben, der abgestimmt ist, weil je nachdem, von welcher Perspektive ich das sehe, komme ich zu ganz anderen Ergebnissen. Und da bitte ich Sie wirklich alle darum, sich auch hinter den Kulissen in eine ganz intensive Diskussion zu begeben, welche Zielgruppen sind besonders wichtig, was machen die für Kosten aus, die wir dann an anderer Stelle vielleicht erstatten müssen, wo haben wir da ein Angebot, das an welche Kriterien geknüpft ist. Wir dürfen auf keinen Fall irgendwelche Zuschüsse von Bund oder Land infrage stellen und, und, und. Und insofern ist es sehr komplex und hat was mit zweiter Chance zu tun, aber nicht für alle, die in die Volkshochschule gehen. Und von daher vielen Dank, dass wir da so einen Weg finden. Und insofern würde ich jetzt gerne das Thema Sperrvermerk, also diesen **Vorschlag der Verwaltung inklusive Sperrvermerk**, jetzt hier zur Abstimmung stellen und bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist **Einstimmigkeit**, vielen Dank. Ich sage jetzt so platt, macht was draus.

Damit kommen wir zu den nächsten Punkten. Wir können über die erste Veränderungsliste auf ganz viel Veränderung hinweisen, die was mit der Anpassung verschiedener Systeme und Finanzierungen mit SKiBB zu tun haben, die brauchen wir jetzt hier nicht zu beschließen. Ich will nur darauf hinweisen.

Wir kommen zum **TOP 17** einer Informationsvorlage, Verlagerung des ersten Baseball- und Softballklubs Karlsruhe Kugas e.V.

(siehe separates Protokoll TOP 17)

Antrag Ö 136: Bereitstellung kostenfreier Hygieneprodukte an Schulen (Interfraktioneller Antrag: Volt, Die Linke)
(Vorlage: DHH/2025/4001)

Jetzt kommen wir zum interfraktionellen Antrag, Volt, Die Linke, unter Ö 136. Da geht es um die Bereitstellung kostenfreier Hygieneprodukte an Schulen.

Stadtrat Ngyuen (Volt): Wir stellen hier den Antrag zusammen mit der Links-Fraktion um die flächendeckende Bereitstellung kostenfreier Hygieneprodukte an Karlsruher Schulen sicherzustellen. Das war in den vergangenen Jahren immer wieder ein Thema. Es gibt

Schüler*innen Sicherheit, reduzieren Scham, leisten einen Beitrag zur sozialen Teilhabe. Die Vorteile sind bekannt, die werde ich hier jetzt nicht genauer ausführen. Und da haben wir auch schon erste Schritte getan mit der Evaluation der Pilotprojekte am Lessing-Gymnasium und an der Sophie-Scholl-Realschule. Die haben ganz klar gezeigt, dass die Produkte sehr gut angenommen werden und das Projekt wird als Erfolg gewertet. Jetzt liegt es an uns, den nächsten Schritt zu gehen. Wir haben das Fundament bereits, wir haben die Möglichkeit der Bestellung über das städtische Kaufhaus von den Produkten, aber hier sehen wir besonders kritisch jetzt die vorhin beschlossenen Kürzungen im Schulbudget. Das heißt, die Handlungsspielräume schrumpfen, die Schulen müssen auf jeden Euro achten, und da zweifeln wir ein bisschen daran, dass die Schulen dann auch diese Bestelloption freiwillig nutzen. Es gäbe ja Ideen, zum Beispiel auch die Bestellung für 0 Euro möglich machen, das Kontingent limitieren, aber das überlasse ich dann der Stadt. Und es geht auch nicht um einen Riesenbetrag, sondern nur um etwa 13.000 Euro. Das ist überschaubar für eine alltagsrelevante Versorgung aller Schüler*innen und perspektivisch auch der Auftrag, dass man dann schauen kann, man prüft, welche Sponsoren es geben kann. Wir haben in der Stadt ja einen großen, und damit dann auch die Kosten reduziert werden können langfristig. Das Thema kam auch im letzten JuKOCheck noch einmal auf. Daher lasst uns doch bei der nächsten Jugendkonferenz verkünden, endlich, wir haben uns darum gekümmert und lasst uns jetzt den Deckel zumachen.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Es ist richtig, dass das ein Thema ist, das die Jugendlichen bewegt und beschäftigt. Kollege Nguyen hat ja ausgeführt, in der Jugendkonferenz in den letzten Jahren war das immer Thema an einem der Thementische. Und deswegen haben wir ja auch schon in dem Pilotversuch mit zwei Schulen das einmal ausprobiert und gefördert. Für uns ist jetzt leider heute das Thema, dass wir aufgrund der Haushaltslage diesem Antrag nicht zustimmen können. Wir wissen aber, dass es eben wichtig ist und dass es ja auch in einzelnen Schulen eben eigene Initiativen gibt über die SMV. Und insofern finden wir es schon auch gut, wenn versucht wird, vielleicht über die Schulleiter, über die geschäftsführenden Schulleiter dieses Thema noch einmal aufzubringen. Da gibt es sicherlich auch mit der Verwaltung so eine Konferenz. Eben gerade mit dem Sponsoring könnten wir uns auch vorstellen, dass es dadurch jemanden gibt, der vielleicht hier bereit wäre oder eben, weil wir bei einem vorhergehenden Antrag ja auch darüber gesprochen haben, dass die Schulbudgets übertragbar bleiben sollen und es da ja immer auch einmal Reste gibt. Und im Endeffekt, wenn man das jetzt hier runterrechnet auf die einzelne Schule, ist ja gar nicht so viel erforderlich, dass es die Schulen wirklich aus ihrem eigenen Schulbudget herstellen können, wenn sie keine andere Lösung durch Sponsoring oder dergleichen finden. Aber für heute, wir lehnen den Antrag leider ab.

Stadträtin Uysal (SPD): Die Antragsteller haben vollkommen recht. Meine Schule gehört zu den Pilotschulen, und dieses Angebot wird tatsächlich sehr gut angenommen. Ich kann das bestätigen. Wir finden das Anliegen auch sehr gut und unterstützen das. Allerdings sehen wir hier den Bedarf, um Fragen der Zuständigkeit der nachhaltigen Finanzierung der praktischen Umsetzung noch einmal zu reflektieren, zu evaluieren. Und deswegen schlagen wir vor, dass wir das noch einmal im Gemeinderat aufrufen und uns einmal Gedanken machen, auch im Schulausschuss, wie wir da weiterverfahen können. Eine Möglichkeit wurde ja schon hier erwähnt, dass man das eventuell aus den Schulbudgets herausnehmen könnte. Diesen Weg könnten wir uns auch gut vorstellen. Deswegen finden wir es sinnvoll, diesen Antrag einfach zu vertagen und noch einmal im Schulausschuss oder im zuständigen Ausschuss darüber zu diskutieren, welchen Weg wir hier einschlagen können.

Stadträtin Kaufmann (Die Linke): Wir sind sehr froh, dass wir gemeinsam mit Volt den Antrag auf den Weg bringen konnten und möchten auch noch einmal die Notwendigkeit betonen. Eine britische Studie hat berechnet, dass menstruierende Personen im Laufe ihres Lebens rund 20.000 Euro nur für Periodenkosten ausgeben. Auch in Deutschland gibt es diese sogenannte Periodenarmut, und Menschen können sich die notwendigen Menstruationsprodukte eben nicht immer leisten. Das führt zu gesundheitlichen Risiken, sozialer Ausgrenzung und Einschränkungen im Alltag. Und ich finde, zumindest in der Schulzeit braucht es hier ein niedrigschwelliges Angebot, auch damit Scham und Stigmatisierung abgebaut werden können. Wir möchten, dass das erfolgreiche Pilotprojekt an zwei Schulen nun in eine einheitliche Regelung für alle Schulen überführt wird. Denn es darf nicht sein, dass so eine grundlegende Versorgung menstruierender Personen vom Engagement einzelner Schulleitungen abhängt. Wir möchten gerne, dass der Antrag jetzt auch abgestimmt wird. Wir wollen, dass die Mittel dafür in den Haushalt eingestellt werden. Wir möchten da keine Vertagung. Wenn Sie das möchten, dann können Sie da ja gerne einen Änderungsantrag noch einmal dazu machen. Wir finden es einfach ganz wichtig, jetzt auch einmal auf diese Bedarfe aus dem JuKOCheck auch zu reagieren, weil sonst sitzen wir nächstes Jahr wieder da.

Stadträtin Döring (KAL): Es wurde schon mehrfach gesagt, keine ganz neue Idee. Es gab schon entsprechende Pilotprojekte. Eigentlich soll über das städtische Kaufhaus das zur Verfügung stehen, aber anscheinend ist die gute Idee flächendeckend in den Schulen eben aus welchen Gründen noch nicht umgesetzt oder umsetzbar. Und das hat sicherlich auch was mit den Kosten zu tun. Wir sehen das auch so. Wir haben die Schulbudgets heute noch einmal gekürzt, dass es daraus genommen wird, finden wir auch schwierig. Wir stellen uns auch ein bisschen die Frage, ist das städtische Kaufhaus denn wirklich immer die günstigste Option, um Periodenprodukte zu erwerben, oder bekomme ich sie bei einem der üblichen Drogerieartikelanbieter nicht vielleicht sogar günstiger. Wir würden dem Antrag heute zustimmen.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Ich möchte noch darauf verweisen, dass wir das Anliegen grundsätzlich ja berechtigt finden, aber denken, dass das die einzelne Schule im Rahmen ihres Budgets, was uns im Übrigen ja auch die Organisation des Ganzen erspart, lösen könnten. Das wird für mich in die Autonomie der Schule gehören, nicht darüber zu entscheiden, ob man es macht oder nicht. Ich kann mir gut eine Empfehlung vorstellen, dass das gemacht werden sollte, aber ich denke, das sollte dann dort vor Ort organisiert werden. Und die Schülerinnen und Schüler, die jetzt da ja auch über das Jugendforum an uns herangetreten sind, die könnten gucken, dass sie das über ihre Schülermitverwaltung oder Mitverantwortung da auch in die entsprechenden Gremien bringen.

Ich stelle jetzt aber den Antrag hier zur Abstimmung wie gewünscht und bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 137: Städtische Kofinanzierung für Startchancen-Programm bereitstellen (GRÜNE)
(Vorlage: DHH/2025/4013)

Ich rufe auf den Antrag unter Ö 137 der GRÜNEN, städtische Kofinanzierung für Startchancenprogramm bereitstellen.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Uns geht es darum, dass wir die Kofinanzierung für diese 20 Millionen für unsere doch über 20 Startchancen-Schulen hier bereitstellen, dass wenn eine Schule da eine Idee hat, die lernförderliche Umgebung besser zu gestalten, dass wir als Stadt die kommunalen Mittel zur Verfügung stellen und eben uns um diese Landes- und Bundesmittel bemühen können.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen, dann stelle ich den Antrag jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Damit haben wir auch den Schul- und Sportbereich hinter uns gebracht, und wir springen jetzt auf die Seite, die wir gestern Abend kurz vor 21:00 Uhr verlassen haben, nämlich auf die Seite 331 mit dem Teilhaushalt 6600 Tiefbau, und da springen wir jetzt gleich auf die Seite 341.

6600 Tiefbau

Antrag Ö 284: HHS4_V248 Kein Wegfall der Reprofilierung der Wassergräben auf städtischen Grundstücken (FDP/FW)
(Vorlage: DHH/2025/6606)

Hier geht es um den Wegfall der Reprofilierung von Gewässergräben. Ein Vorschlag, für den wir Ihre Zustimmung nicht. Es gibt aber einen Änderungsantrag der FDP/Freie Wähler, dass dieser Wegfall nicht stattfinden soll. Und über den würde ich dann abstimmen lassen.

Stadtrat Hock (FDP/FW): Wir haben einmal zusammen die Diskussion aufgemacht mit dem vielen Wasser, was sich in der Fritschlach angestaut hatte und nicht mehr abfließen konnte. Als wir das zusammen diskutiert haben, war dieser Antrag noch nicht in der Liste aufgenommen. Und man könnte glauben, das hat sich dann in die Liste geschafft, weil wir das angestoßen haben. Ich bin davon auch überzeugt, ich sage es ganz ehrlich, weil die Gräben müssen von uns gewartet werden, die müssen von uns gemäht werden, die müssen von uns instandgehalten werden. Und dass das Arbeit macht, steht überhaupt nicht in Abrede. Aber eines, sehr geehrte Damen und Herren, kann nicht sein, dass es in Gebieten, wo die Gräben nicht mehr vom Tiefbauamt so gewartet werden, wie es eigentlich Sinn macht und auch unsere Pflicht ist, dass es dort zu Überschwemmungen kommt, das Wasser nicht mehr so abfließen kann, wie es abfließt. Jetzt hat es dieser Antrag oder diese Verwaltungsvorlage hier in die Liste geschafft, und ich kann davon nur abraten, dem Antrag der Verwaltung hier stattzugeben, weil dann wird es schnell sein, dass sie öfters einmal mit Menschen diskutieren müssen, dass die Gräben nicht mehr so sind, dass das Wasser abfließen kann und viele Gärten dann von Wasser überschwemmt werden. Das kann nicht Sinn und Zweck der Sache sein, hier zu sparen. Das sparen wir an der falschen Stelle, und ich möchte Ihnen heute schon sagen, das wird uns einholen. Wenn Sie dem heute zustimmen, werden wir das dann sicherlich demnächst auch wieder zusammen diskutieren müssen. Deshalb würden wir uns freuen, wenn Sie unserem Antrag stattgeben.

Stadträtin Schütz (CDU): Wir befürworten den Antrag. Die Hochwasserereignisse 2024, die haben gezeigt, dass die Gewässergräben unter den heutigen klimatischen Bedingungen an ihre Leistungsgrenzen stoßen und langhaltende Überflutungen gefährden einfach auch die ökologische Vielfalt. Und es bedarf einer regelmäßigen Pflege und Reprofilierung der Gräben. Das ist ein notwendiger und ein wirksamer Beitrag zum Naturschutz, und der Verantwortung können wir uns nicht entziehen. Wer Klimaanpassung ernst nimmt, muss für die funktionierenden Entwässerungsstrukturen sorgen. Daher werden wir diesem Antrag zustimmen.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortmeldungen. Damit steht der **Antrag der FDP/Freie Wähler** zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 285: HHS4_GR75 - Einführung einer LED Nachtabsenkung bei Straßenbeleuchtung
(Vorlage: 2025/1177)

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt 19.1. Der hat etwas mit dem Vorschlag unter Ö 285 zu tun, der Einführung einer LED-Nachtabsenkung bei Straßenbeleuchtung.

(Siehe separates Protokoll, TOP 19.1)

Antrag Ö 286: HHS4_GR76 - Einstellung der freiwilligen Absicherungstätigkeiten bei KSC-Spielen
(Vorlage: 2025/1178)

Jetzt kommen einige Vorschläge der Verwaltung ohne Änderungsanträge, die aber trotzdem ihrer Zustimmung bedürfen. Ich rufe auf Ö 286, Einstellung der freiwilligen Absicherungstätigkeiten bei KSC-Spielen. Hier muss dann über die entsprechende Ausgestaltung noch verhandelt werden, aber es geht um eine Einsparsumme von 10.000 Euro. Und ich bitte Sie jetzt um Ihr Votum ab jetzt. – **Einstimmig zugestimmt**.

Antrag Ö 287: HHS4_GR77 - Einstellen der freiwilligen Absicherungstätigkeiten bei Kategorie 1 Veranstaltungen (Vigl)
(Vorlage: 2025/1179)

Dann rufe ich auf Ö 287, Einstellen der freiwilligen Absicherungstätigkeiten bei Kategorie 1-Veranstaltungen. Das sind die Veranstaltungen im gesamtstädtischen Interesse, nur damit Sie wissen, worum es geht.

Stadtrat Müller (CDU): Sie haben es erwähnt, und das wäre auch meine ganz konkretisierte Nachfrage gewesen. Ich habe es mir auch schon gedacht, nämlich tatsächlich auch Veranstaltungen im gesamtstädtischen Interesse, durchgeführt in der Regel durch Vereine, Organisationen, die nicht der Stadt angehören. Und hierfür wäre natürlich auch eine freiwillige Absicherungsmaßnahmen zu treffen, die letztendlich als Servicedienstleistung, bisher seitens der Stadt als freiwillige Leistung sozusagen bereitgestellt wurde oder konnte. Nun ist

es so, dass eben auch diese Veranstaltungen von gesamtstädtischem Interesse seitens der Vereine und Organisationen mittlerweile unter einem anderen Stern zu berücksichtigen, zu sehen sind, nämlich dahingehend, dass solche Organisationen gerade auch im Hinblick auf Faschingsumzüge etc. pp. auch unter Minderung der Bezuschussungen zu leiden haben. Ich weiß von einem Veranstaltungskomitee, das für einen Faschingsumzug auch Rückzahlungen zu leisten hat aus den vergangenen Veranstaltungen. Ich sehe letztendlich diesen Posten tatsächlich mehr oder weniger tatsächlich nicht als Geldtransfer, sondern als Buchungsnummer. Zwar ist es eine Aufwendung des Tiefbauamtes, aber letztendlich eine Dienstleistung, eine Art Buchungsnummer. Und wir reden da nicht über faktisches Geld oder Zuwendung, wir reden über eine Buchungsnummer, die betitelt ist mit 10.000 Euro. Allerdings können wir darüber hinaus dann, wenn wir diesen Vorschlag der Verwaltung ablehnen, dann aber auch eine Sicherstellung leisten, genau für solche Veranstaltungen von gesamtstädtischen Interessen und müssen letztendlich nicht zusehen, wie Stück für Stück solche Veranstaltungen abgetragen werden und dann letztendlich irgendwann die Frage zwangsläufig von den Veranstaltern, von den Komitees in den Raum gestellt werden muss, inwieweit zukünftig solche Veranstaltungen eben unter dem Aspekt gesamtstädtischen Interesses dann tatsächlich in Zukunft noch geleistet werden können. Von dem her würden wir diesbezüglich plädieren, und letztendlich auch an die Kolleginnen und Kollegen hier im Raum, diesen Einsparungsvorschlag seitens der Verwaltung abzulehnen zugunsten der Veranstaltungen von gesamtstädtischem Interesse in Karlsruhe und für Karlsruhe.

Stadtrat Dr. Fechner (SPD): Welche Veranstaltungen sind von gesamtstädtischem Interesse? Also der Blumenstrauß, den kann man sicherlich sehr unterschiedlich aufmachen. Was wir zweifelsohne haben, und da bin ich ganz beim Kollegen Müller, die Vereine, unabhängig davon, ob es jetzt Faschingsvereine sind, Karnevalsvereine, aber auch Bürgervereine stehen zunehmend unter Druck, um ihre Veranstaltungen gemäß den Auflagen durchzuführen. Also die Kosten explodieren an allen Enden, und in der Konsequenz heißt es, jetzt reden wir ganz konkret über Veranstaltungen der Kategorie 1, aber es betrifft gleichermaßen auch andere Veranstaltungen der Kategorie 2 und 3, dass diese Veranstaltungen in der Form nicht mehr durchgeführt werden können. Und einmal jenseits der Diskussion über die Haushaltssituation, müssen wir uns die Frage beantworten im Sinne des Miteinanders in unserer Stadt, was wollen wir, was können wir uns leisten. Auf jeden Fall ist es faktisch so, dass wir uns von diesem, ich sag einmal, kulturellen Werten zunehmend verabschieden, weil wir finden keinen mehr, der diese Veranstaltung in Eigenverantwortung durchführt. Auf der anderen Seite ist es so, da bin ich wiederum nicht beim Kollegen Müller, es muss eine saubere Kostenstellenrechnung her, und was in der Vergangenheit von der Stadt en passant geleistet wurde, ist eben nicht ohne weiteres möglich. Das war in der Vergangenheit auch nicht korrekt, aber es wurde gemacht. Aus unserer Sicht ist es so, dass wir uns im Hinblick auf die Bezuschussung da noch einmal Gedanken machen müssen. Und wir werden zum jetzigen Zeitpunkt diesen Einsparvorschlag nicht mitgehen, aber bitten darum, dass wir grundsätzlich dieses Thema in dem entsprechenden Ausschuss noch einmal aufgreifen und debattieren, weil da geht es für uns auch um die Zukunft dieser Veranstaltung. Wir werden uns zukünftig nicht mehr alles leisten können und müssen, aber in einem gewissen Umfang gibt es, ja, ich nenne es jetzt einmal auch Dinge, die aus der Tradition gewachsen sind, aber man kann auch zeitgemäße Veranstaltungen oder modernere Veranstaltungen nennen wie den Christopher Street Day und Ähnliches. In diesem Sinne werden wir als Fraktion verfahren.

Stadtrat Hock (FDP/FW): Ich nehme jetzt für meinen Verein gerne Ihren Auftrag hier aus dem Karlsruher Gemeinderat an. Sie haben mir gerade die Absicherungstätigkeiten bei KSC-Spielen jetzt in unsere Hände gegeben. Diesen Auftrag nehme ich gerne an und nehme auch die Kosten. Aber eines, und da steht meine Fraktion jetzt auch, und der Kollege Müller hat genau das alles schon angesprochen, was hier für uns auch wichtig ist, die Vereine an sich und jetzt das angesprochene Wichtige, die Karnevalsvereine, haben natürlich jetzt in dieser Sache schon den schwarzen Peter, dass sie jetzt Rückzahlungen leisten müssen und jetzt natürlich auch noch dieser Punkt auf sie zukommt. Und da muss ich ganz ehrlich sagen, da bin ich dann auch derselben Meinung wie die Kollegen und auch wie gerade eben der Kollege gesprochen hat. Da müssen wir entweder noch einmal darüber sprechen, aber wenn Sie es jetzt heute zur Abstimmung bringen, würden wir diesen Antrag auch auf jeden Fall nicht mitgehen wollen.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Ich stelle damit **Ö 287** zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt.- **Mehrheitlich abgelehnt**, den Vorschlag, dass wir uns über die Bezuschussung der Veranstaltung noch mal unterhalten. Das nehmen wir gerne auf. Das bezieht sich übrigens nicht auf die Zuschüsse, die wir denen heute schon geben, aber es ist ja jetzt nicht abgelehnt, von daher müssen wir da gar nicht weiterreden.

Antrag Ö 288: HHS4_GR80 - Änderung der Wartungszeiten des Karoline-Luise-Tunnels (zweimal im Jahr, von nachts auf tagsüber)
(Vorlage: 2025/1182)

Ich rufe auf 288, Änderung der Wartungszeiten des Karoline-Luise-Tunnels. Wir haben das anscheinend in irgendeinem Beschluss einmal von Ihnen drinstehen gehabt, dass wir das so tun. An sich ist ja unser Job, das zu entscheiden, aber deswegen müssen wir es hier mit Ihnen abstimmen. Aus unserer Sicht ist das versicherungs- und haftungstechnisch unproblematisch, sonst würden wir es Ihnen ja auch nicht vorschlagen. Insofern meine Bitte jetzt um ein entsprechendes Votum ab jetzt. – Eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Antrag Ö 289: HHS4_GR79 - Parkleitsystem erhalten (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/6601)

Dann hatten wir die Außerbetriebnahme des Parkleitsystems vorgeschlagen. Dazu gibt es auch einen Änderungsantrag der CDU. Wir haben uns da jetzt anders entschieden und haben es wieder vom Tisch gezogen. Ich rufe auf, und zwar bevor ich den Antrag der CDU kannte.

Antrag Ö 290: HHS4_GR81 - Zurückstellung der Herstellung von Fahrradstraßen durch reine Markierungsarbeiten oder kleinere bauliche Maßnahmen
(Vorlage: 2025/1183)

Antrag Ö 291: HHS4_GR81 Finanzmittel für die Markierung von Fahrradstraßen aus dem Sammelansatz "Gemeindestraßen" (GRÜNE)
(Vorlage: DHH/2025/6602)

Dann haben wir in der Veränderungsliste 1 vorgeschlagen, die Zurückstellung der Herstellung von Fahrradstraßen durch reine Markierungsarbeiten oder kleinere bauliche Maßnahmen. Da gibt es einen Änderungsantrag der GRÜNEN dazu unter Ö 291.

Stadtrat Klinkhardt (GRÜNE): Ich würde auch direkt zu Ö 296 und Ö 297 sprechen. In der Instandhaltung unserer Straßen fließen viele Millionen Euro, was auch grundsätzlich wichtig und richtig ist für eine gute Infrastruktur. Wichtig ist aber auch das Aufholen bei der Radverkehrsinfrastruktur, weshalb wir eben einen ganz, ganz kleinen Teil davon künftig auch weiter für die kleinen Maßnahmen bei den Fahrradstraßen verwenden wollen. Eine kleine Korrektur, wir würden das, weil im Ergebnishaushalt gespart werden soll, auch im Ergebnishaushalt von den Gemeindestraßen natürlich nehmen wollen und nicht aus dem Finanzhaushalt. Bezüglich Entsiegelung, was wir eben weiter unten noch beantragt haben, ist das Thema, dass wir für Mikroklima und die Umsetzung der Schwammstadt eben dringend schnell und überall in der Stadt auch vorankommen müssen mit dem Thema Entsiegelung. Und gerade, weil kein Geld da ist für richtige Entsiegelungsmaßnahmen, müssen wir eben auch bei normalen Fahrbahnsanierungen immer in kleinen Maßnahmen das mitdenken, wo es irgendwie möglich ist und andere Städte zeigen, dass das möglich ist, zum Beispiel Paris.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Ich rufe auf den Änderungsantrag **Ö 291** und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Der Änderungsantrag ist **abgelehnt**. Das darf ich verstehen als Zustimmung zu unserem Einsparvorschlag. Dann brauchen wir den nicht noch einmal extra abzustimmen. Die Summen sind ja identisch.

Antrag Ö 292: HHS4_GR78 - Erhöhung der Parkgebühren bei mittels Parkscheinautomaten bewirtschafteten öffentlichen Stellplätzen um 100%
(Vorlage: 2025/1180)

Antrag Ö 293: HHS4_GR78 - Parkgebührenerhöhung Parkscheinautomaten (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/6612)

Antrag Ö 294: HHS4_GR78 - Keine drastische Anhebung der Parkgebühren bei Parkscheinautomaten (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/6604)

Wir kommen damit zu einem Vorschlag unter Ö 292, der Erhöhung der Parkgebühren bei mittels Parkscheinautomaten bewirtschafteten öffentlichen Stellplätzen um 100 Prozent. Dazu gibt es einen Änderungsantrag der AfD unter der Ordnungsziffer Ö 293 und einen Änderungsantrag der CDU unter der Ordnungsziffer Ö 294. All das stelle ich jetzt hier zur Diskussion.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Herr Oberbürgermeister, Sie wollen doch immer irgendwas Schönes hören. Und unser Änderungsantrag ist selbsterläuternd. Wir wollen in keinem Fall diese dramatische Steigerung der Paargebühren mitgehen. Das ist in meinen Augen auch ein Vorschlag, der erkennbar nicht ganz ernst genommen werden kann, weil er nicht mehr zumutbar ist für ehrbare Besucherinnen und Besucher dieser Stadt, die sich trauen, mit dem Auto hierher zu kommen. Das können wir einfach so nicht mitmachen. Es ist da noch in der Diskussion, dass man möglicherweise einen Teil der natürlich zurückzunehmenden Einsparungsmöglichkeit abfedert über eine Ausweitung anderer Parkgebühren, Zonen. Da sind wir aber noch nicht so weit. da sollte man drüber reden, aber nicht an dieser Stelle im Haushalt.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Pfannkuch, ich glaube, wir sind jetzt hier in der Haushaltsberatung, deswegen müssen wir auch darüber reden. Und der Antrag, den Sie gestellt haben, der kostet halt zweieinhalb Millionen im Jahr auf den Haushalt bezogen, wenn man ihn so umsetzen würde. Ich denke, wir können grundsätzlich in der weiteren Diskussion in einem Sinne dahingehend übereinkommen, dass nicht die konkreten Gebühren für den einen Parkplatz an der einen Parkuhr um 100 Prozent erhöht werden müssen, weil das eben dann doch ein sehr, sehr schneller, drastischer Sprung wäre. Wenn wir uns aber jetzt hier gemeinsam auch vielleicht in einer Absichtserklärung treffen könnten, dass wir diese Gesamtsumme, die das Tiefbauamt als Einsparvorschlag vorgeschlagen hat, erreichen wollen, aber eben nur durch eine 50-prozentige Erhöhung da, wo wir heute schon bewirtschaften, ergänzend dadurch, dass wir eben auch in der Fläche weitere Stellplätze bewirtschaften, dann sollte das wahrscheinlich fachlich möglich sein, bringt dem Haushalt das Gleiche und reduziert die drastischen Sprünge, die Sie ja auch gerade kritisiert haben. Das wäre für uns ein Weg, wenn wir das in Form einer entsprechenden Absichtserklärung diskutieren und beschließen könnten. Wenn wir das jetzt explizit im Wortlaut Ihres Antrags machen sollten, würde das nicht funktionieren. Das wäre durchaus zu teuer.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Es wurden im Vorfeld viele Dinge, die wir heute hier beraten, sehr kritisch diskutiert. Dazu gehörte auch das Parken. Das ist auch eine Gerechtigkeitsfrage, wie verteilen wir unsere Gelder und wen belasten wir an welchen Stellen. Und der Vorschlag, den jetzt gerade der Kollege Löffler skizziert hat, ich hoffe, dass der eine breite Unterstützung auch bei den Kolleginnen und Kollegen der CDU und den weiteren Fraktionen findet. Ich will es noch einmal ganz konkret sagen, es geht darum, dass wir tatsächlich jetzt nicht so einen drastischen Erhöhungsschritt mitgehen, sondern erst einmal einen halben Schritt gehen. Wir möchten aber, dass dieses Geld, das dadurch eingenommen oder nicht eingenommen werden kann, wir möchten, dass es kompensiert wird durch eine Parkzonen-Ausweitung und auch durch die Frage, zu welcher Kategorie sie zugeordnet werden. Das ist uns sehr wichtig, dass wir hier haushaltsneutral diesen Schritt gehen. Ich denke, es ist ein Konsens, den alle mitgehen können, weil am Ende jeder das erreicht, was er eigentlich will. Und das wäre uns unheimlich wichtig, dass wir an dieser Stelle uns jetzt hier nicht komplett zerstreiten, sondern dass wir das tun, was am Ende der Stadt am meisten bringt. Und das ist, glaube ich, dieser Konsens.

Stadtrat Schnell (AfD): Die Verdopplung der Parkgebühren kommt überhaupt nicht infrage, 50 Prozent ebenfalls nicht. Und das Ganze irgendwie dadurch zu kompensieren, dass man in der Innenstadt ein bisschen weniger erhöht und dafür draußen, wo man, wie gesagt, kostenlos parken kann, in den Vororten dann auch Parkgebühren erhebt, das ist mit uns

nicht zu machen. Wir können uns vorstellen, dass wir mit einer moderaten Erhöhung von 15, wohlgemerkt nicht 50 Prozent, hier zur Haushaltskonsolidierung einen Beitrag leisten. Ansonsten muss man ganz einfach sagen, wir haben so viele Einsparvorschläge gemacht, und es kommen noch weitere in Millionenhöhe. Also da können wir ganz problemlos auf solche massiven Erhöhungen verzichten.

(Zuruf von Stadtrat Cramer, KAL)

Stadtrat Hock (FDP/FW): Lieber geschätzter Kollege Cramer, keine Mehrheiten, das ist natürlich das Stichwort, ja. Ich sage einmal, ich muss es ganz deutlich sagen, zuerst hatte ich, sehr geehrter Oberbürgermeister, bei dem, wo ich das dann gelesen habe, gedacht, na ja, das ist ein vorgezogener April-Scherz, was jetzt hier vorgeschlagen wird. Ich sage es klar und deutlich. Gehen Sie in unsere Stadt, schauen Sie an, was in unserer Stadt gerade passiert und fragen Sie jeden Einzelhändler in dieser Stadt, jeden Einzelhändler in dieser Stadt, was er von dem hält, was wir hier gerade praktizieren. Und dieses vergiftete Angebot von Kollegen Huber, ich muss es ganz ehrlich sagen, ja, ich muss es vorsichtig ausdrücken, dem können wir natürlich nicht zustimmen, ist ja logisch. Also, ja, wir lachen, aber zum Lachen ist es für die Leute draußen und für die, die das Geld erarbeiten und verdienen, was wir hier verteilen, nicht mehr zum Lachen. Die können darüber überhaupt nicht mehr lachen. Und ich sage ganz ehrlich, die Gelder, die wir hier einnehmen, wenn ich sehe, wo die dann hinfließen im Haushalt, wir haben es ja gestern gesehen, wo die dann reinfließen, da wird mir um die Stadt Karlsruhe, und das sage ich auch ganz deutlich und klar, da wird mir angst und bange. Denn was hier abläuft, wie hier mit den Geldern umgegangen wird, das ist in vielen Bereichen nicht mehr nachvollziehbar. Und wer es nicht hören will, Frau Kollegin Ernemann, Sie fahren ja gerne manchen Kolleginnen und Kollegen in die Parade, habe ich aber kein Problem mit. Da lebe ich ganz gut und von Ihnen sowieso. Also von daher gesehen, ich kann es klar und deutlich sagen, meine Fraktion wird diesen Weg überhaupt nicht mitgehen. Wir würden das komplett ablehnen. Und ich kann nur allen hier im Raum sagen, bitte sprechen Sie mit den Menschen draußen, die Geschäfte haben, die Restaurants haben und, und, und. Die halten von dem, was wir jetzt gerade hier machen oder machen möchten, überhaupt nichts. Die Gebühren, die Parkgebühren sind schon in einer Höhe, wo ich sage, das ist angemessen, okay. Aber wenn man jetzt meint, man muss da jetzt noch einmal draufsatteln, ist mit unserer Fraktion, der FDP/Freien Wähler überhaupt nicht zu machen.

Stadtrat Gaukel (Volt): Die Verteilungsfrage im öffentlichen Raum ist natürlich immer eine sehr große und leider auch meistens eine deutlich emotionalere, als wenn es um die Verteilung der Mittel geht. Das ist jetzt für die FDP natürlich das Thema. Parkgebühren nicht niedrig genug sein kann, das ist natürlich klar. Ob man es jetzt trotzdem hier in diesen drastischen Worten machen muss, weiß ich nicht. Also grundsätzlich ist ja auch so, wir haben so viele Parkplätze in der Innenstadt, gerade auch in Parkhäusern, die leer sind, von daher hier dann auch den öffentlichen Raum, wo die Autos dann ja auch leider auf dem Weg stehen, auch teilweise vor Schaufenstern, vor Geschäften stehen, das kann man ja auch einmal mitnehmen, diese in die Parkhäuser zu bekommen, das sollte doch uns das Ziel sein, damit wir den öffentlichen Raum sinnvoll benutzen können. Deswegen hier diesen Push-Effekt auch in die Parkhäuser zu erzeugen, es funktioniert. Also das ist da auch, wir hatten es ja heute auch schon über Wissenschaft, auch wenn man da verschiedene Grundlagen haben kann. Und wir haben ja auch immer das Thema Fußgängerzonen, autofreie Innenstadt und diese Sachen. Ja, da denken die Leute immer, dann kommt ja

niemand, aber auch hier haben wir ja die Erhebungen. Und die Versuche ergeben, dann kommen da eben doch scheinbar die Leute in die Geschäfte. Wichtig ist, wir brauchen eine gute Verkehrsinfrastruktur, wir brauchen Parkhäuser, die gut erreichbar sind, damit die Leute dann auch einkaufen können. Wir brauchen aber nicht die Parkplätze überall in der Innenstadt zum sehr günstigen Tarif. Lasst uns dafür sorgen, dass wir uns den Raum holen. Ich finde aber auch den Kompromiss, zu sagen, wir gehen nicht so hoch, dafür weiten es aus, ist sehr gut, auch dann passend zu den Bewohnerparkflächen, und das ist doch schon ein Punkt, warum brauchen wir kostenlose Parkplätze in der Innenstadt. Lasst uns da Bewohner parken oder bewirtschaftetes Parken machen.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Ich bin immer wieder erstaunt, welche Emotionalität ein großes Stück Blech in diesem Haus hervorrufen kann, das ist Wahnsinn. Also diese Emotionalität würde ich, das ist jetzt meine persönliche Meinung, mir an mancher Stelle wünschen, wenn es um Entscheidungen geht, die Menschen, tatsächlich ihr Leben betreffen. Das ist aber ein anderes Thema. Wir würden der Erhöhung der Parkgebühren zustimmen. Wir würden auch dem Kompromiss zustimmen und die Probleme, die der Einzelhandel in dieser Stadt hat, die haben ganz andere Ursachen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Herr Bürgermeister, ich will mich jetzt weder über die Einsparvorschläge der AfD hier äußern, über diese Luftnummer, noch darüber, was die Linke immer wieder vorschlägt, wenn sie das Geld von anderen verteilen will und dann über Emotionen redet. Ich denke, das macht beides überhaupt keinen Sinn. Sinn macht, das war der Einsparvorschlag hier, die Parkgebühren zu verdoppeln. Und wir haben gesagt, wir sind auch hier wieder in einem Spagat zwischen der Problematik, dass wir einerseits den Haushalt etwas konsolidieren müssen, andererseits aber wirklich eine Verdoppelung völlig untragbar ist, denn dann wären es keine Preise mehr, die im Benchmark liegen. Zurzeit liegen wir gut, eher günstig teilweise, aber mit einer 50-prozentigen Erhöhung wären wir am oberen Rand, aber immer noch in einem Bereich. Aber was natürlich sein muss, und da hat der Kollege Hock recht, wir dürfen dann natürlich nicht gleichzeitig, denn ansonsten wäre es wirklich für den Einzelhandel sehr schwierig, auch noch die Parkhäuser weiter drastisch verteuern, wie zum Beispiel in einem Antrag der GRÜNEN ja dann gefordert wird. Also dies sollte man nicht tun. Man muss in dem Mobilitätskonzept, über das man sich vielleicht demnächst auch einmal unterhalten soll, attraktive Parkplätze gezielt in der Innenstadt ausweisen, und dann kann man das ein oder andere machen. Ich denke, es ist zurzeit auch nicht so, dass wir jetzt in die Vororte oder überall hingehen wollen, aber man hat ja zurzeit eine Straße, die ist bewirtschaftet, die andere nicht. Und ich denke, hier haben wir gesehen, deswegen fand ich den Vorschlag ganz gut, und wir könnten das mit aufnehmen, dass man sich einfach über eine Ausweitung, dass man nicht zum Beispiel sagt, ich habe jetzt Glück, ich wohne in der Straße, da sind bewirtschaftete Parkplätze, in der anderen nicht mehr, oder ich habe Anwohnerparken, ich habe da nicht mehr, sich darüber Gedanken macht, um einfach auch der Konsolidierungsnummer, der Zahl, die wir hier eingestellt haben, Rechnung tragen zu können. Von daher glaube ich, haben wir insbesondere für die Besucherinnen und Besucher einen Vorteil, denn die Parkgebühren werden nur zu 50 Prozent erhöht und nicht zu 100 Prozent. Und auch dies ist, glaube ich, ein gutes Zeichen dann. Von daher würden wir dem zustimmen, dass wir es etwas erweitern, um den Konsolidierungsvorschlag zu erbringen, dann aber im Endeffekt, ja bitte unserem Antrag zustimmen mit dieser Maßgabe, dass die Parkgebühren nicht verdoppelt, sondern nur um 50 Prozent erhöht werden.

Der Vorsitzende: Ich rufe zunächst den AfD-Antrag auf, und dann versuche ich, noch einmal zu formulieren, was ich hier so von allen zugerufen kriege. Das ist der von unserem Vorschlag am weitestgehend entfernte Antrag, nämlich die Parkgebühren nur um 15 Prozent zu erhöhen, diesen **Änderungsantrag der AfD** stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt hat ja die Debatte ergeben, dass man den CDU-Antrag im Sinne einer Kompromissfindung noch etwas erweitert. Wir haben ja irgendwie gehant, dass so etwas passieren kann und wissen, dass es unrealistisch ist, für das Jahr 26 jetzt schon mit Einnahmen zu rechnen aus der Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung, sei es über Anwohnerparken, sei es über was anderes. Deswegen wäre mein Vorschlag an der Stelle, aber da muss ich die Antragsstelle angucken. dass wir in den Antrag aufnehmen, dass wir durch Erweiterung der Anwohnerparkzonen und durch die Erweiterung der Bewirtschaftung über Parkautomaten..., das sind übrigens auch, Herr Stadtrat Hock, Wünsche aus der Anwohnerschaft, die sagen, sie fühlen sich benachteiligt, weil sie hier eben diese Möglichkeiten nicht haben. Und es geht nicht um die Außenstadtteile, das will ich auch noch einmal sagen, sondern die an die Innenstadt angrenzenden Stadtteile. Und wir können es auch immer nur im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben machen. Das ist mir auch noch einmal wichtig. Jedenfalls mein Vorschlag wäre, dass Sie damit leben müssten, dass dann in 2026 die vollen 2,65 Millionen fehlen und dass wir im Jahr 2027 sagen, wir setzen die Einnahmen aus dem Anwohnerparken um 800.000 Euro hoch und die Einnahmen an dieser Stelle um 800.000 Euro hoch und versuchen, das über die Ausweitung Anwohnerparken einerseits an und Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung andererseits zu erreichen. Das ist etwas, was wir unter aller Kreativität durchaus für realistisch halten könnten. Und dann hätten wir im ersten Jahr ein Defizit von zusätzlich 2,65 Millionen, so wie es hier auch drinsteht, und im zweiten Jahr ein Defizit von einer Million jetzt halt im Rahmen der Haushaltsaufstellung noch. Mehr kann ich Ihnen an der Stelle nicht verbindlich zusagen.

Stadtrat Cramer (KAL): Meine Fraktion wird diesem, ich nenne es einmal Kompromissantrag, auch zustimmen. Aber meine Fraktion hat eine Bitte jetzt mit der Ausweitung von Stadtteilen. Da wurde in den vergangenen Jahren auch immer wieder entweder durch Zuerufe oder durch konkrete Anträge zum Beispiel gesagt, man solle und möchte doch in der Südstadt Anwohnerparken machen. Das wurde dann immer mit wahrscheinlich damals guten und richtigen Argumenten abgelehnt. Unsere Bitte wäre, dass man doch jetzt vielleicht einmal gerade auf die Südstadt bezogen oder vielleicht auch andere Stadtteile, wo man denkt, ja wieso macht man da kein Anwohnerparken, dass vielleicht die Verwaltung da auch noch einmal den Gemeinderat darüber informiert, warum in manchen Stadtteilen es aus Sicht der Verwaltung oder aus juristischen Gründen oder was auch immer, dass man das noch einmal, jetzt vor allem auch der neue Gemeinderat hier, dem das präsentiert, damit wir auch in Zukunft wissen, wo kann man was machen und wo kann man eben aus welchen Gründen nichts machen.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Wenn das jetzt so laufen müsste, mit sozusagen einer Mindereinnahme im Jahr 2026 von zweieinhalb Millionen etwa, dann können wir so dem Kompromiss nicht zustimmen, weil es nicht klar ist, wie das dann erwirtschaftet werden soll insgesamt. Wenn, dann müssten wir das jetzt Ganze vielleicht noch einmal in einer Pause der Debatte noch einmal beraten, wo da tatsächlich Lösungen gefunden werden können, aber ansonsten ist ja offensichtlich, dass es nicht funktionieren kann. Also wenn, dann gerne eine Beratungspause machen, damit wir da vielleicht noch einmal übereinkommen.

Stadtrat Schnell (AfD): Wir können auch diesen Kompromiss, diesen sogenannten Kompromiss, der nach wie vor eine erhebliche Abzocke der Autofahrer darstellt, nicht mitgehen und natürlich erst recht die ursprüngliche Vorlage. Und ansonsten kann ich nur sagen, die Wissenschaft sagt zu dem Thema, Sie haben das vielleicht mitbekommen, eine Studie des Potsdam-Instituts zum Thema Auswirkungen des Klimawandels, des sogenannten, mussten die zurückziehen, weil sie weder Hand noch Fuß hatte, einfach Humbug war. Also die Wissenschaft hat nicht immer per se recht, wie Sie meinen zu glauben. Und ansonsten, wenn Sie entweder dem Kompromiss oder der Vorlage zustimmen, darf ich mich schon gleich einmal recht herzlich bedanken für diese Wahlkampfhilfe für die AfD.

Der Vorsitzende: Wir vertagen die Entscheidung. Ich nehme Sie gleich noch dran, aber mein Vorschlag wäre, wir vertagen es bis nach der Mittagspause, und dann können Sie darüber noch einmal verhandeln.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Wir haben uns gerade auch beraten. Ich muss sagen, also Entschuldigung, bei der Summe, ich sehe nicht ein, an anderer Stelle dieses Haushalts, diese Summe noch irgendwo rauszuknapsen bei dieser Logik hier, wo wir gestern um Kleinstbeträge für Kultureinrichtungen gesprochen haben, um 13.000 Euro für Menstruationsprodukte. Und jetzt sollen wir irgendwo fast 2 Millionen wegknapsen für Autos, nein.

Der Vorsitzende: Herr Stadtrat Schnell, dann machen wir wirklich hier einmal einen Punkt und machen das dann nach dem Mittagstisch so weiter.

Stadtrat Schnell (AfD): Herr Oberbürgermeister, Sie hatten doch gesagt, dass wir hier in einem Working Process sind. Das heißt, wir können Entscheidungen, die wir am Vortag getroffen haben, eventuell noch zurücknehmen und noch einmal darüber diskutieren oder abstimmen. Das heißt, diese Geldverschwendung, die Sie hier mehrheitlich für Ihre Klimahysterie beschlossen haben, da können wir weiter zurückgehen, und dann hätten wir das ganz locker gegenfinanziert.

Der Vorsitzende: Also vielen Dank für die ganzen klugen Vorschläge. Wir nehmen es in die Mittagspause und besprechen es dann, und dann rufe ich es danach wieder auf. Ich rufe dann danach auf den Antrag der CDU, und ich rufe auf den Einnahmeerweiterungsvorschlag. Mir ist noch einmal wichtig, der Vorschlag der Verwaltung bezieht sich nicht darauf, dass wir etwas wegnehmen, sondern wir wollen die Einnahmesituation verbessern. Das ist für mich noch einmal was anderes als vieles, was wir gestern diskutiert haben, wo es um Kürzungen ging. Also da müssen wir auch ein bisschen gucken, dass wir das sauber darstellen.

Dann springen wir erst einmal weiter, wir bleiben auf 338. Ich will noch über die verschiedensten summenneutralen Veränderungen, die in der ersten Veränderungsliste stehen, nur kurz verweisen auf den Seiten 350 bis Seite 380, alles ohne, dass hier der Gemeinderat hier einbezogen werden muss.

Antrag Ö 295: Wiedereinführung der Brötchentaste in den B-Zentren Mühlburg und Durlach

(FDP/FW)
(Vorlage: DHH/2025/6605)

Wir kommen damit zum Antrag der FDP-Freie Wählerfraktion, Wiedereinführung der Brötchentaste in den B-Zentren Mühlburg und Durlach. Für die antragstellende Fraktion, Herr Stadtrat Dr. Noé.

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW): Wir bleiben bei dem Thema Parken, und wir bleiben auch vor allen Dingen bei dem Thema Wirtschaftsförderung. Und ich muss doch hier interessanterweise auch für die Öffentlichkeit festhalten, wie wir gestern doch diverse Kompromisslösungen gefunden haben, wo auf einmal für Kultur dann doch Zuschüsse gewährt worden sind, die vorher auf der Streichliste gestanden haben, dass wir auf einmal einen vollkommen neuen Topf für Klimaanpassung in ungekannter Höhe verabschieden konnten, das ging alles. Und wenn wir jetzt heute darüber sprechen, meine Damen und Herren, wenn wir heute darüber sprechen, wie wir diejenigen unterstützen können, die hier für die Einkünfte, für die Gewerbesteuerzahlungen sorgen, nämlich unser Einzelhandel und unsere Gastronomie, da ist auf einmal kein Geld mehr da. Das wurde ja gestern alles schon verbraten.

Jetzt komme ich aber zum konkreten Antrag Brötchentaste. Denn nicht nur der Einzelhandel hier in der Innenstadt, auch in den B-Zentren Durlach und Mühlburg steht er massiv unter Druck. Das einfachste Mittel der Wirtschaftsförderung ist die Brötchentaste gewesen. Die wurde hier einfach kassiert, und zwar schon vor einigen Jahren hier in diesem Gremium. Und Herr Oberbürgermeister, Sie werden sich wahrscheinlich, oder ich hoffe, Sie werden sich noch daran erinnern, die Ortsvorsteherin wird sicherlich auch wissen, es wurde damals zugesagt, es war kein Beschluss, aber es wurde zugesagt, dass die Mittel, die dann durch das Parken in Durlach und Mühlburg generiert werden, dass die dann der Wirtschaftsförderung in den B-Zentren zufließen. Da wurde einmal irgendwie eine Umfrage gemacht, ein Aufkleber, und der Betrag, von Jahr zu Jahr, ist der weniger geworden. Und Frau Erste Bürgermeisterin, Sie werden sich sicherlich auch daran erinnern, dass der Durlacher Ortschaftsrat, alle Fraktionsvorsitzenden, alle Farben hier bei Ihnen standen, gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung darüber gesprochen haben, was mit der Einzelhandelsförderung für Durlach geschieht. Und es wurde geprüft, es wurde diskutiert, es wurde nichts versprochen, aber vor allen Dingen, es ist nichts passiert. Was allerdings in Durlach passiert ist in den letzten Wochen, ist, dass mit einer hauchdünnen Mehrheit das neue Verkehrskonzept da durchgewunken wurde. Ja, da müssen Kompromisse gemacht werden. Aber das wurde durchgewunken, ohne dass man verbindlich für neue Parkplätze gesorgt hat. Das wird jetzt geprüft auf den Antrag meiner Fraktion hin, aber es wurde nicht zugesagt.

Es gibt aber auch noch weitere Probleme, die man dem Einzelhandel zwischen die Beine wirft, zum Beispiel die ganze Thematik, dass man jetzt über eine Verpackungssteuer nachdenkt. Das wurde ja anscheinend schon einmal angeregt. Das Geld ist ja schon verplant. Jetzt haben wir irgendwie in der Offenlage gesehen, da werden jetzt schon Stellen geschaffen. Diese Verpackungssteuer, wenn sie kommt, auch die wird unserem Einzelhandel und den Bäckereien und der Gastronomie massiv Probleme bringen. Und was auch ist, was wir auch immer wieder mit dem Einzelhandel diskutiert hätten, wir hätten zum Beispiel gerne mehr verkaufsoffene Sonntage. Es ist mir natürlich bewusst, dass die verkaufsoffenen Sonntage am Ladenschlussgesetz hängen. Aber momentan ist es so, dass das Outlet-

Center in Roppenheim an den Sonntagen voll ist und der Einzelhandel hier händeringend nach Möglichkeiten sucht, die Einnahmen des Weihnachtsgeschäfts mitzunehmen. Das ganze Paket, fehlende Parkplätze, zusätzliche Steuern, weniger Flexibilität in den Öffnungszeiten ist eine massive Bedrohung für unseren Einzelhandel. Und ich darf gerne noch einmal an meinen Vorredner, Kollegen Hock, verweisen, sprechen Sie bitte mit dem Handel, und leben Sie nicht in Amazonien und bestellen Sie nur im Internet. Denn man kann jetzt ja sagen, na ja, die Umsätze sind ja nicht weg, die sind halt nur woanders. Meine Damen und Herren, da die Zusagen an den Durlacher Einzelhandel, und ich spreche jetzt einmal für Mühlburg mit, die haben ja keinen Ortschaftsrat, da die Zusagen an den Durlacher Einzelhandel der Wirtschaftsförderung nicht erfüllt worden ist und da ich auch davon ausgehe, dass das mit dem Thema Parkgebühren nachher dann schon das Ende findet, was die Verwaltung gerne hätte und die links-grüne Seite, muss ich ganz klar sagen, dann wurden die Versprechen der Stadt für die Wirtschaftsförderung nicht eingehalten, und deswegen fordern wir dann jetzt die Wiedereinführung der Brötchentaste für Durlach, weil wenn die Stunde nämlich 8 Euro kostet, dann glauben Sie doch nicht, wenn jemand 20 Minuten einkauft, dass der da ein Ticket zieht. Der lässt es drauf ankommen. Und dann können wir auch gleich formal die Brötchentaste wieder einführen. Wir haben höhere Einnahmen beim Handel, wir haben mehr Gewerbesteuer und haben dann auch wieder Mittel, Wohltaten hier zu verteilen.

Stadtrat Kehrle (CDU): Mein Redebeitrag wurde ein klein wenig über den Haufen geworfen, da der Herr Noé dann doch schon relativ viel zu dem Thema gesagt hat, wo ich mich auch sehr herzlich bedanke für den Antrag zu den Haushaltsberatungen. Leider haben wir die Entscheidung zu den Parkgebühren noch nicht getroffen. Das würde mein Redebeitrag jetzt auch vereinfachen. Dann könnte ich meinen Mitschrieb einfach ein bisschen runterlesen, ansonsten muss ich jetzt improvisieren. Was machen wir seit gestern? Wir pressen aus diesem Haushalt Geld. Wir streichen hier den Zuschuss, wir streichen dort, wir reduzieren hier die Streichung. Das machen wir seit gestern. Wir geben keinen Zuschuss für alles andere. Wir sagen, okay, wir möchten die Mobilität gleichberechtigt machen. Nextbike, alle Studenten dürfen umsonst fahren. Die Brötchen-Tasten in den B-Zentren, die außerhalb vom Dunstkreis des Karlsruher Schlosses liegen, Mühlburg und Durlach, das wäre jetzt das kleine Zuckerle für den Einzelhandel, den kleinen inhabergeführten Einzelhandel. Wir reduzieren damit Parksuchverkehr. Man fährt hin, schmeißt rein, drückt drauf, Brötchentaste, 15 Minuten, macht seinen Einkauf, fährt wieder weg. Ich kaufe länger ein, dann schmeiße ich nachher die 8 Euro pro Stunde rein oder 6 Euro, wo wir nachher stehen. Hätten wir jetzt die Parkgebühren bereits beschlossen, dann wäre das jetzt das richtige Zeichen auch für unser Gewerbe in der Peripherie. Nein, das wollen wir erst einmal wieder nicht. Was macht Mannheim? Mannheim macht das Gegenteil. Ab Februar, stadtweit, 15 Minuten für einen Euro. Im Parkhaus, 30 Minuten kostenlos, und das kostet jetzt nicht so viel. Wir wollen die Autos raus aus dem öffentlichen Raum, Brötchentaste, rein, kaufen, wegfahren. Wir fahren ins Parkhaus, 30 Minuten. Wir wollen nachher die Parkhäuser erhöhen. Nein, die Parkhäuser müssen preiswerter sein, dass die Autos im Parkhaus parken. Das wäre jetzt ein Zückerchen an den Einzelhandel. Da gehen wir mit.

Stadtrat Gaukel (Volt): Da war jetzt doch manches ein bisschen Komisches dabei, sei es verkaufsoffene Sonntage, die ich dann ja doch auch begrüße, aber da leider wir ausgenutzt haben. Aber das können Sie ja gerne einmal mit in den Landtag nehmen, ob man da mehr Freiheiten schaffen kann. Das ist aber hier keine kommunale Entscheidung, die wir noch machen können. Da ist übrigens auch einer in Durlach. Da habe ich auch meine Kollegen

gebeten, das noch einmal klarer zu formulieren, auch bei der Parkhäuserhöhung, da gehen wir nicht mit, weil uns gerade auch dieser Push-Effekt sehr wichtig ist, dass eben die Parkhäuser genutzt werden. Werden. Und da ist es ja auch sehr gut, wenn es da diese halbe Stunde gibt und Sie diese dann nutzen können, wunderbar. Jetzt aber zu sagen, wir wollen die Autos aus dem öffentlichen Raum raus, und deswegen wäre die Brötchentaste dafür eine gute Variante, also das erschließt sich mir jetzt nicht, weil dann haben wir im Zweifel ja noch mehr Durchgangsverkehr, wenn wirklich alle 15 Minuten der Parkplatz genutzt wird. Also ist es dann doch besser, das Auto steht da einmal eine Stunde oder zwei anstatt dass vier Autos die Stunde da durchfahren. Und dann vielleicht noch das Thema, ja wenn wir den nicht haben, dann packen die ja trotzdem 20 Minuten ohne zu bezahlen, na ja, wir haben ja zum Glück gestern die Scan-Cars beschlossen, damit können wir da ja auch ein bisschen die Parkscheibenbefolgungsrate erhöhen. Und wenn wir jetzt mit solchen Debatten anfangen, dann möchte ich dann doch vielleicht auch noch einmal über Schwarzfahren sprechen.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Das war ein sehr wilder Rundumschlag gerade, werter Herr Stadtrat Noé. Ich möchte jetzt auch noch einmal klarstellen, dass wir aus arbeitsrechtlichen Gründen komplett gegen verkaufsoffene Sonntage sind. Und dazu noch, wenn es jemand in Bezug auf die Parkgebühren drauf ankommen lässt und alles so funktioniert, wie wir das gerne hätten, kommt das Ordnungsamt oder eben die digitale Verkehrsüberwachung, und wir haben noch mehr Einnahmen auf unserer Habenseite. Und dann wollte ich noch sagen, dass eine Brötchentaste einen Einkauf oder eine Parkdauer nicht automatisch kürzer macht, denn zaubern kann sie nicht.

Der Vorsitzende: Ich glaube, wir sind fertig mit der Diskussion. Ich stelle jetzt den Änderungsantrag FDP/Freie Wähler zur Abstimmung. Ich möchte vorher noch darauf hinweisen, aus meinem Kenntnisstand gibt es auch sehr kritische Stimmen, gerade aus dem inhabergeführten Einzelhandel zum Thema Ausweitung der verkaufsoffenen Sonntage. Ich will darauf nur hinweisen, ich kriege da sehr unterschiedliche Rückmeldungen. Da sind wir uns einig, Herr Noé, okay.

Jetzt geht es um den Antrag **Ö 295**, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 296: Bei Sanierung von Straßen Entsiegelungsmaßnahmen berücksichtigen (GRÜNE)
(Vorlage: DHH/2025/6609)

Dann rufe ich auf den Antrag der GRÜNEN, Ö 296, bei Sanierung von Straßen Entsiegelungsmaßnahmen berücksichtigen. Gibt es keine Wortmeldung? Dann nehmen Sie unsere Antwort einfach so jetzt erst einmal. Oder sollen wir den abstimmen?

Stadtrat Klinkhardt (GRÜNE): Wir haben da vorhin schon dazu gesprochen, und wir würden ihn gerne abstimmen, ja.

Der Vorsitzende: Dann stelle ich den Antrag zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 297: Reduktion der Kosten für Straßeninstandhaltung/-sanierung (Volt)
(Vorlage: DHH/2025/6603)

Ich rufe auf den Volt-Antrag unter der Ziffer Ö 297, Reduktion der Kosten für Straßeninstandhaltung/-Sanierung.

Stadtrat Gaukel (Volt): Ich wollte eigentlich auch zu den beiden Grünen-Anträgen reden, aber das war doch sehr kurz, und ich habe das nicht geschafft. Denen haben wir zugestimmt. Leider hatten die keine Mehrheiten gebracht, denn es geht ja letztlich um den gleichen Topf. Wir haben gesehen in unserem Haushalt, wir geben so verdammt viel Geld für Straßen aus. Also hier auch noch einmal, wenn wir darüber reden, das böse Auto oder das gute Auto, also was wir auch in unserem Haushalt haben für die Infrastruktur alleine, das ist ein riesiger Block. Und da haben wir gedacht, da ist ja sicher was zu holen. Jetzt war dann aber doch die Stadtverwaltungsantwort, dass wir dem, was wir uns eigentlich vornehmen, an Erhalt der Straßen, wir dann doch da leider nicht nachkommen. Und wenn man dann rumläuft oder rumfährt, sieht man ja dann doch einige Schlaglöcher. Von daher würden wir ihn mit der Verwaltungsantwort in dem Fall auch erst einmal als erledigt betrachten. Trotzdem würden wir auch hier bitten, dass wir da schon kritisch in diese Töpfe reinschauen, und auch wenn das jetzt von den GRÜNEN keine Mehrheit hatte, dass wir trotzdem schauen, wenn wir in diese Straßensanierung reingehen, eben auch Fahrradwege, vielleicht auch Fahrradstraßen und gerade auch Entsiegelungsmaßnahmen konsequent mitdenken. Zu Entsiegelungsmaßnahmen haben wir jetzt ja auch einen etwas höheren Klimaanpassungsfonds, über eine Million übrigens, nicht in unbekannter Höhe. Von daher, lasst uns das weitermachen und genau, danke für die Verwaltungsantwort.

Der Vorsitzende: Vielleicht gestatten Sie mir den Hinweis, dass wir diese ganzen Sammelansätze in den letzten Jahren zum Teil eh schon dramatisch reduziert haben. Da Sie das nie beschließen mussten, ist das so ein bisschen schleichend passiert. Aber es setzt unsere Leute da schon ganz schön unter Druck, weil sie dann doch immer entscheiden müssen, was geht noch und was geht nicht, das vielleicht auch noch hier an dieser Stelle.

Antrag Ö 298: Sachmittel für Durchgangsverkehr reduzierende Maßnahmen in Hagsfeld (Pfortnerung) (GRÜNE)
(Vorlage: DHH/2025/6607)

Antrag Ö 299: Südumfahrung Hagsfeld (Die Linke, SR Braun, GRÜNE, KAL)
(Vorlage: DHH/2025/6610)

Antrag Ö 300: Umsetzung des Gemeinderatsbeschlusses zur Umfahrung Hagsfeld (FDP/FW)
(Vorlage: DHH/2025/6611)

Damit kommen wir zum Thema Südumfahrung Hagsfeld, Nordumfahrung Rintheim. Wir haben hier einen Antrag unter Ö 298 der GRÜNEN, Sachmittel für Durchgangsverkehr-reduzierende Maßnahmen in Hagsfeld, einen interfraktionellen Antrag, Die Linke, Stadtrat Braun einerseits, GRÜNE und dann noch einen Karlsruher Liste, Südumfahrung Hagsfeld unter Ö 299 und unter Ö 300, Südumfahrung Hagsfeld, FDP, Freie Wähler.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Wir GRÜNEN haben den Bau einer Straße mit dem Titel Südumfahrung Hagsfeld aus inhaltlichen Gründen sowieso seit Jahren abgelehnt, seit jeher abgelehnt. Die Straße würde keine substanzielle Entlastung für Hagsfeld bringen, allerdings würde ein wesentliches Stück Naturraum in Karlsruhe zerschnitten. Und jenseits der inhaltlichen Argumente würde die Stadt Karlsruhe die Investitionsmittel in absehbarer Zeit eh nicht aufbringen können. Wir könnten allenfalls noch den Rest des Sondervermögens des Bundes komplett in diese Straße stecken, was, glaube ich, hier in diesem Rat niemand wollen wollte. Außerdem ist auch noch völlig offen, wann jemals ein umsetzbarer Planfeststellungsbeschluss vorliegen könnte. Von daher sind das für uns alles gute Gründe, jetzt, wo wir Geld sparen müssen, in die Realisierung einer Straße kein Geld mehr hereinzustecken, die vermutlich eh nie kommen wird. Aus unserer Sicht ergibt es viel mehr Sinn, Maßnahmen zu ergreifen, die jetzt für eine Entlastung in Hagsfeld Sorge tragen könnten, und das ist zum Beispiel die Förderung mit den Ampeln. Damit können wir diesen Durchgangsverkehr, der beklagt wird, sehr gut aus Hagsfeld heraushalten. Deswegen kein weiteres Geld in diese Straße stecken, sondern in richtige Maßnahmen, die Hagsfeld jetzt und bald entlasten.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Märchen beginnen mit dem Satz, es war einmal vor 100 Jahren. Genau damals haben nämlich ein Karlsruher und Hagsfelder Gemeinderat in weiter Voraussicht um technologische Zukunftsentwicklungen die ersten Skizzen zu einer Nordumfahrung geplant. Wo stehen wir heute? Ohne Spatenstich, lediglich mit einem Gemeinderatsbeschluss aus 2020, den es auch endlich zu erfüllen und umzusetzen geht. Ich darf dabei erinnern, Sie, Herr Oberbürgermeister, an Ihr Wahlversprechen aus 2012, uns alle auch und andere Fraktionen an viele Wahlversprechen, die wir bei Kommunalwahlkämpfen, Landtags-, Bundestagswahl immer wieder abgegeben haben. Und die Menschen nehmen uns bei unserem Wort und nehmen uns ernst. Wenn wir nun starten mit den Vorbereitungsmaßnahmen, um dann die Zeit der Sperrung der Strecke in 2031 durch die Deutsche Bahn im Zuge der Gleisanierung der Trasse Karlsruhe-Mannheim nutzen und den Trogbau herrichten in der Zeit, dann können wir dieses leidige Kapitel endlich fort- und absehbar zu einem Ende schreiben. Nicht wiederholen darf sich der Fehler, als sich die grün-rot-linke Mehrheit im Gemeinderat vom bestehenden Baurecht verabschiedet hat und die Finanzierung des Lückenschlusses Autobahnausfahrt Karlsruhe Nord Richtung Theodor-Heuss-Allee durch den Bund ohne Not verschenkt hat. Ja, Herr Kollege Cremer, da haben Sie Geld gespart, das Geld des Bundes, und uns mit 70 Millionen mehr belastet am Ende. Und auch der Technologiepark, einer in den letzten Jahren stetig wachsender und interessanter Wirtschaftsstandort, den wir ja auch haben wollen, braucht dringend eine vernünftige und zielführende Anbindung an eine Infrastruktur, überhaupt eine Infrastruktur außenherum. Hier geht es also nicht nur um ein paar Anwohner in Hagsfeld, die betroffen sind, sondern um den gesamten Nordosten und um die Weiterentwicklung, auch von Wirtschaftsstandorten, für mehr Wohnqualität für die Menschen. Und die wollen wir schaffen. Diese Polderung, wozu führt denn die nur? Dass die Autofahrer dann künftig durch die Waldstadt ihren Schleichverkehr fortführen, der schon begonnen hat und durch Rintheim. Ich bekomme da genug Klagen von den Bürgervereinen und den Bürgern mit. Also, sehr verehrte Kollegen, wir als CDU wollen kein Fortsetzungsband der unendlichen Geschichte hier schreiben, sondern endlich vorankommen. Deswegen stimmen wir dem Antrag der FDP zu und lehnen sämtliche Verhinderungsanträge ab.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Ja, und täglich grüßt das Murmeltier. Es gibt immer wieder Versuche, Hagsfeld zu resetten, auf null zurückzusetzen, ein Weg, den wir als SPD nicht mitgehen werden. Es gibt einen Beschluss hier aus dem Haus. Es ist aus unserer Sicht der Worte genug getan. Und von daher auch stehen wir im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in Hagsfeld oder des gesamten Nordostens zu der Umfahrung Hagsfeld in der andiskutierten Form und wünschen uns eine möglichst zeitnahe Umsetzung, was uns natürlich nicht davor entbindet, auch Dinge in Frage zu stellen. Und aus der Vergangenheit heraus wurde ja die Planung immer wieder ja auch modifiziert, aber jetzt ist der Punkt erreicht, an dem es jetzt auch die nötige Planungstiefe braucht. Und von daher werden wir auch keine Verhinderung der Umfahrung Hagsfeld mitgehen.

Stadtrat Schnell (AfD): Jetzt eine Pförtneranlage in Hagsfeld zu installieren, das ist einfach nur ein Herumdoktern am Symptom, an der Krankheit, die diese links-grüne Mehrheit hier verursacht hat, und zwar schon vor vielen Jahren. Frau Dr. Doğan hat es gesagt, die Umfahrung Hagsfeld könnte längst in Betrieb sein. Und ebenso wäre es möglich gewesen, auch die Umfahrung in Knielingen auf Kosten des Bundes zu bauen. Die wäre auch schon längst realisiert auf einer Trasse, die heute nicht mehr möglich ist, weil die Umweltgesetzgebung sich entsprechend seit der damaligen Zeit verändert hat. Und deshalb werden wir dem Antrag der FDP zustimmen und alle anderen Anträge zu diesem Thema ablehnen. Sie haben einen immensen Schaden von zig Millionen für diese Stadt mit Ihren Entscheidungen in den vergangenen Jahren verursacht. Hören Sie endlich damit auf, diese Stadt weiter kaputtzumachen.

Stadtrat Hock (FDP/FW): Weihnachten ist ja die Zeit, wo man besinnlich mit der Familie sich trifft. Ich treffe mich mit meinem Gemeinderat, und ich treffe mich mit Dingen, oder ich treffe auf Dinge, die sich immer wieder wiederholen. Das wurde ja hier schon gesagt. Aber ich möchte mich besinnen, ich war bei dem Spatenstich dabei, ich war bei der Eröffnung der Auffahrt dabei und, Kollege, ich war bei den Besprechungen in Hagsfeld dabei. Die Hagsfelder Bevölkerung hat sich hinter diese Entscheidung gestellt. Die haben damals gesagt, ja, wir vertrauen euch, dem damaligen Oberbürgermeister und diesem Gemeinderat. Der Kollege Cramer wird genau wissen, wie das damals zustande gekommen ist. Und man hat sich auf die Äußerungen und die mannigfachen Bekenntnisse zu diesem Projekt verlassen, in Hagsfeld über Jahre, Jahrzehnte, bis zum heutigen Tag. Und, lieber Kollege, Sie haben recht, das hat meine Anerkennung, Sie haben von Anfang an gesagt, Sie möchten das nicht. Das ist völlig in Ordnung, und da kann ich gut mit leben, da habe ich überhaupt kein Problem. Dass man aber jetzt versucht, mit einigen Aktionen, mit Fahrradfahren und was man alles macht, das kann ich alles nachvollziehen, aber bitte verkennen Sie eines nicht: Dieses Projekt und diese Zusage, die steht seit Jahrzehnten in der Pipeline ganz, ganz vorne. Und wir als Karlsruher Gemeinderat, die heute die Entscheidungen treffen, zusammen mit dem Oberbürgermeister und seinen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, haben die Verantwortung, dieses Projekt in die Umsetzung zu bringen. Und für nichts anderes, und für nichts anderes stehe ich heute hier. Und deshalb werden wir der Hagsfelder Bevölkerung ein klares Signal senden. Wir stehen hinter eurer Zusage, ja, wir sind dafür, machen Sie diesen Anschluss, aber wir verlassen uns, und wir haben uns verlassen, dass dieser Anschluss weitergeht. Und dafür stehen wir. Und deshalb möchten wir diese Abstimmung heute im Gemeinderat herbeiführen.

Stadtrat Gaukel (Volt): Es ist die Weihnachtszeit, die Besinnungszeit der Märchen, und Märchen beginnen ja immer, das war einmal vor langer Zeit, hundert Jahre, mehrere

Jahrzehnte. Ja, das soll verdeutlichen, dass man jetzt aber in einer anderen Realität ist. Das war damals anders. Und ja, vor hundert Jahren war die autogerechte Stadt das stadtplanerische Ziel, das stadtplanerische Nonplusultra. Das hat sich zum Glück geändert, und die meisten Stadtplaner*innen oder die große Mehrheit der Stadtplaner*innen weiß, dass das heute nicht mehr der Stand der Dinge ist. Und ja, politisch kommen wir da langsam auch hin, manche langsamer, manche schneller, manche vielleicht auch gar nicht, das ist ein sehr guter Punkt, aber ich hoffe ja doch noch auf alle. Von daher müssen wir jetzt trotzdem schauen, ja, seit Jahrzehnten steht das Projekt auf einer Liste ganz oben, aber es ist nicht da. Und dann müssen wir trotzdem jetzt nicht sagen, hey, vor 50 Jahren wollten wir das haben, dann müssen wir trotzdem gucken: Wollen wir das jetzt noch? Ergibt das jetzt noch Sinn? Brauchen wir das jetzt noch? Und ist das auch in Linie mit Zielen wie eben mehr Bahnverkehr, gerade auch mehr Güterverkehr auf die Straße und mehr ÖPNV? Das sind ja genau die Themen, die man sich anschauen muss. Und dann das in Frage zu stellen, das ist das eine, die Sinnhaftigkeit. Dann ist das andere, hätten wir das vor 100, hätten wir das vor 50 Jahren angefangen, dann wäre es sicher fertig. Hätten wir das vor 10 Jahren angefangen, na ja, weiß ich nicht, ob da das Verkehrsprojekt fertig wäre. Und wenn wir das jetzt anfangen, wann ist das dann fertig? Wie oft reden wir im Planungsausschuss, was solche großen Projekte auch alles mittlerweile nach sich ziehen. Wir müssen Bäche umlegen, Habitate umsiedeln, also gerade das Thema, den Eingriff in die Natur, in die Umwelt wiederherzustellen an der Stelle, das sind massive Kostensteigerungen und vor allem auch Zeitsteigerungen, die halt heutzutage an der Stelle stehen. Von daher ist da schon die Frage, ist so ein Großprojekt a) notwendig und b) noch realistisch. Von daher gehen wir da dem Vorschlag mit, das zu akzeptieren, dass das eben nicht mehr realistisch ist und wir eben im Hier und Heute ankommen und nicht an Beschlüssen vor 50 oder 100 Jahren hängen und sind aber eben da auch sehr froh über den Antrag, diese Förderung umzusetzen, weil eben: Was wollen die Hagsfelder? Denen ist es egal, diese Straße, jene Straße, die wollen den Durchgangsverkehr reduziert haben. Sie wollen in Ruhe sein. Diese Förderung kann ihnen schnell helfen. Andere Maßnahmen können ihnen schneller helfen. Ihnen jetzt aber zu versprechen, irgendwann in 10, 15, 20 Jahren haben wir diese Straße, das bringt ihnen auch in den nächsten fünf Jahren nichts. Von daher werden wir den Anträgen zustimmen.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Wunderschön, Herr Gaukel, danke, da kann ich direkt dran anfügen. Genau, die Jahrzehnte sind das Problem. In der Zwischenzeit haben viele von uns zum Glück ein Bewusstsein für Umwelt- und Klimapolitik entwickelt und ein Bekenntnis zur Verkehrswende abgegeben. Wir beantragen mindestens, die für den Doppelhaushalt eingestellte Summe für Planungsleistungen herauszunehmen. Wir verstehen selbstverständlich den Wunsch nach Entlastung der Hagsfelder*innen, lehnen aber die geplante Umfahrung aus finanziellen und insbesondere ökologischen Gründen grundsätzlich ab. Und deswegen appellieren wir für einen Stopp aller Planungsleistungen und auch eigentlich für eine Revision des gesamten Bauvorhabens. Die mittlerweile drastisch gestiegenen Kosten, und das ist auch noch ein Aspekt, wenn das so über Jahrzehnte lang diskutiert wird, stehen in keinem Verhältnis mehr zur aktuellen, zur mittelfristigen und wahrscheinlich auch zur langfristigen Haushaltslage. Auch rechtfertigt der prognostizierte Umfang der Entlastung kein Projekt dieser Größenordnung. Die ökologischen Auswirkungen, habe ich gerade schon erwähnt, halten wir für nicht vertretbar. Und die aktuellen und auch die künftig einzuplanenden Beiträge könnten wirklich für die dringende Sanierung unserer städtischen Schulen umgewidmet werden. Alternative Konzepte zur Entlastung der Hagsfelder*innen brauchen

wir. Die könnten wir dann auch wieder auf die Tagesordnung setzen, und wir gehen den Vorschlag der GRÜNEN dann auch mit.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Vielleicht bloß zur Einordnung. Der Entschluss ist fünf Jahre alt, nicht zehn oder hundert Jahre alt. Wir brauchen nicht ins Reich der Märchen zu gehen. Und damals möchte ich daran erinnern, da war ein sehr hohes Klimabewusstsein da. Es war nicht so, dass man damals noch keine Ahnung hatte. Vor fünf Jahren, da waren wir schon auf der Höhe der Zeit. Und es war wirklich eine schwere Entscheidung, das abzuwägen. Und wir haben uns entschieden, weil wir gesagt haben, da war es wirklich nötig. Ich wäre jetzt fast geneigt zu sagen, ja, wir streichen das Ding aus finanziellen Gründen, aber es geht auch um Zuverlässigkeit, es geht um Berechenbarkeit auch in der Politik. Die Leute sind müde einer Politik, die was sagt und dann nicht einhält. Deswegen halte ich an der Stelle das Argument, wir müssen verlässlich, berechenbar sein, hoch, und deswegen müssen wir auch da dranbleiben und es irgendwie so schnell wie möglich auch umsetzen.

Der Vorsitzende: Ja, vielen Dank, ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Ich würde gerne noch ein paar Punkte ergänzen, weil ja viele auch die ganze Vorgeschichte so nicht mitbekommen haben. Frau Stadträtin Dr. Doğan, der damalige Bebauungsbeschluss, einmal davon abgesehen, dass wir unterschiedlicher Meinung sind, ob wir den hätten durchhalten können oder nicht, aber der hätte eine vierspurige Monsterstraße geplant, die völlig anders ist als das, was wir jetzt planen. Das ist mir ganz wichtig. Und die jetzt geplante Maßnahme kostet viel Geld. aber auch dafür kriegen wir Zuschüsse. Also auch die Darstellung, damals hätte es der Bund gezahlt und jetzt müssen wir alles selbst zahlen, ist nicht ganz korrekt an der Stelle. Zweite Bemerkung, wir haben in den Anfangsjahren sehr intensiv versucht, über reduzierende Maßnahmen in Hagsfeld dort die Situation weitestgehend zu entlasten. Und wenn es über Ampelschaltungen möglich wäre, hätten wir es schon längst gemacht. Wir können es gerne nochmals als Prüfauftrag mitnehmen, aber wir haben damals festgestellt und die Verkehrszählungen zeigen das auch, dass es nicht funktioniert in dem Maße, wie es dort eine Entlastungsfunktion geben müsste. Deswegen ist die positiv gestimmte Erwartung, wenn wir das nur alles optimieren, dann wird sich das da vor Ort ändern, zumindest nach unseren damaligen Prüfungsergebnissen sehen wir da keine großen Effekte, die jetzt aus der damaligen Sicht dazu geführt hätten, auf so eine Geschichte zu verzichten. Das wäre mir noch einmal an den beiden Stellen wichtig. Wir haben uns mit diesen Themen eben schon sehr intensiv beschäftigt.

Jetzt kommen wir in die Abarbeitung der einzelnen Anträge. Ich rufe auf den **Antrag der GRÜNEN**, Sachmittel für Durchgangsverkehr reduzierende Maßnahmen in den Haushalt einstellen, und bitte Sie jetzt um das entsprechende Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann der weitergehende **Antrag** ist **Die Linke, Stadtrat Braun**, nämlich die ganzen Planungen sofort einzustellen, wenn ich das richtig verstanden habe. Die Karlsruher Liste begehrt ja nur die Aussetzung für mehrere Jahre das nicht so weitergehend. Und wir haben zwar darauf hingewiesen, dass das Aussetzen über mehrere Jahre eigentlich einem Aufgeben der Planung entspricht, weil wir dann dieses Zeitfenster nicht nutzen können, aber trotzdem ist es inhaltlich erst einmal was anderes. Und deswegen stelle ich jetzt Die Linke, Max Braun hier zur Abstimmung, quasi die ganzen Planungen einzustellen. Sie haben diese zwei Punkte, sämtliche Planungsleistungen werden eingestellt. Das Projekt wird aus der

mittelfristigen Finanzplanung gestrichen. Und da bitte ich jetzt um Ihr Votum ab jetzt. – Auch das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt gucken wir einmal, weil sich die Zahlen geändert haben. Fühlen sich alle mitgenommen? Also es gab noch zwei weitere Gegenstimmen. Habe ich das richtig gesehen? Also können Frau Ernemann und Herr Noé noch einmal sagen, ob sie abgestimmt haben oder nicht?

Stadtrat Noé (FDP/FW): Ich habe abgestimmt, und ich habe mit Nein gestimmt. Frau Ernemann, okay, also zwei weitere Gegenstimmen, dann aber bei 25 zu 20.

Der Vorsitzende: Dann kommen wir zum **Vorschlag der Karlsruher Liste**, die Ausgleichsmaßnahmen und die weiteren Maßnahmen sozusagen erst einmal auszusetzen für eine gewisse Zeit. Auch da bitte ich Sie jetzt um Ihr Votum ab. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt kommt der Antrag der FDP, der aus meiner Sicht nicht unbedingt nötig wäre, weil wir haben die notwendigen Dinge im Haushalt stehen. Ja, was haben Sie gesagt? Okay, also gut, dann stimmen wir den noch einmal ab. Also es ändert aber an der Haushaltssituation nichts. Das ist mir nur wichtig, dass uns das klar ist. Er ändert am Haushalt nichts, weil eigentlich alle Mittel eingestellt sind, aber es wird trotzdem auf Abstimmung bestanden. Und jetzt müssen wir jetzt einmal abwarten. Also, es steht der **Antrag der FDP/Freie Wähler** zur Abstimmung und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Damit haben wir den Haushaltstitel des Tiefbauamtes abgeschlossen.

Stadtrat Müller (CDU): Herr Oberbürgermeister, ich hätte lediglich eine Bitte, dass wir nicht nur über die Mittagspause, so wie gestern geschehen, sondern auch nach der Mittagspause dauerhaft auf dem Bildschirm die Redezeiten der Fraktionen anzeigen bzw. die Restredezeit. Nein, ich sehe uns nicht in der Gefahr.

Der Vorsitzende: Wir können es nach der Mittagspause anzeigen. Wir sollten uns um 14:00 Uhr wieder treffen. Vielleicht kriegen wir es ja auch um 13:45 Uhr hin, aber 14:00 Uhr fange ich wirklich pünktlich an.

(Unterbrechung der Sitzung von 13:04 bis 14:00 Uhr)

Der Vorsitzende: Wie die Situation aussieht, ich möchte noch einmal besonders auf den Ergebnishaushalt hinweisen, da sind wir schon bei guten 3,7 Millionen. Jetzt ist gerade wieder umgeswitcht. Dann fange ich mit den Redezeiten an. Bitte jetzt die Redezeit einen Moment stehen lassen. Es gab gerade die Bitte, weil wir bei der Neindorff-Diskussion und bei der Nachtabenkungsdiskussion die Redezeit haben weiterlaufen lassen, weil erst in einem der weiteren Beiträge von Ihnen der Hinweis kam, dass das jetzt aber bitte nicht damit zu tun hat, wäre der Vorschlag zur Güte, dass wir gegebenenfalls allen Fraktionen noch einmal bis zu fünf Minuten Redezeit draufschlagen. Es gibt zwei Themen, zu denen angeblich alle geredet haben. Dann sind fünf Minuten noch besser als sechs Minuten und mehr als

vier Minuten. Jetzt lassen Sie es uns einmal so handhaben. Wir wollen trotzdem morgen Mittag fertig werden. Das kriegen wir hin.

Dann noch einmal bitte die Tabelle. Genau, hier noch einmal die Tabelle. Der Ergebnishaushalt ist jetzt schon ganz gut strapaziert, darauf will ich ausdrücklich hinweisen. Wir können jetzt nicht diese ganzen Tabellen immer parallel laufen lassen, sondern wenn Sie noch einmal wünschen das Redezeitthema oder auch das Einnahmeausgabethema, dann sagen Sie Bescheid. Ansonsten würden wir es erst bei der nächsten Pause wieder hochladen. Wir hatten uns darauf verständigt, nach der Mittagspause noch einmal den Verwaltungsvorschlag Parkgebührenerhöhung und den entsprechenden Änderungsantrag aufzurufen. Ich bin jetzt von mehreren Fraktionen gebeten worden, dass wir es noch einmal verschieben und am Ende in die abschließende Diskussion des Finanzhaushaltes aufnehmen. Der ist immer am Ende der Haushaltsberatung. Da müssen wir uns vorher sowieso noch einmal kurzschließen, wie wir denn mit diesem Defizit umgehen wollen. Und da passt das dann eben auch mit rein, denn dass es ein Defizit produziert, ist unstrittig.

6700 Gartenbau

Antrag Ö 301: HHS4_V250 Ambiente- und Freizeitflächenbeleuchtung erhalten (GRÜNE, KAL)

(Vorlage: DHH/2025/6703)

Gut, damit können wir gleich einsteigen ins Gartenbauamt 6700 auf der Seite 387. Und springen gleich auf die Seite 393. Hier haben wir einen Verwaltungsvorschlag, dem Sie nicht zustimmen bräuchten. nämlich die dauerhafte Streichung der Ambiente- und Freizeitflächenbeleuchtung. Und da gibt es jetzt einen Änderungsantrag der Grünen und der Karlsruher Liste, Ambiente- und Freizeitflächenbeleuchtung erhalten.

Stadtrat Klinkhardt (GRÜNE): Ambientebeleuchtung von Calisthenics-Anlagen ermöglichen es auch Leute mit kleinem Geldbeutel, im Winter draußen Sport zu machen. Am Kühlen Krug gibt es darüber hinaus die Möglichkeit, über eine Anbindung an die Haltestellenbeleuchtung der Stadtwerke eine sehr kostengünstige Beleuchtungsmöglichkeit zu schaffen. Deshalb werben wir dafür, diesen kleinen Beitrag zu investieren,.

Stadtrat Cramer (KAL): Meine Fraktion hat diesen Antrag inhaltlich oder standortmäßig erweitert. In den letzten zwei Jahren in der Jugendkonferenz gab es Wünsche von Jugendlichen aus der Oststadt, die ihn säubert, das ist ein Grünzug, wo eine Calisthenics-Anlage und anderes, auch ein Bolzplatz und so weiter dort sind. Und die hätten gerne eben auch dort eine Beleuchtung, dass da eine Beleuchtung kommt. Ich weiß nicht, Herr Kollege Hock, Sie erinnern sich, Sie waren vor zwei Jahren der Pate, jetzt in diesem Jahr war ich der Pate. Und der Wunsch ist sehr groß, dass dort eben auch eine Beleuchtung ist, natürlich vergleichbar mit dem Semi in der Südstadt, Seminarplatz, auch dann über Schaltuhren oder wie auch immer das da im Detail gehandhabt wurde, dass man das mit aufnimmt. Ich würde auch appellieren, dass wir dem zustimmen, weil wir machen ja die Jugendkonferenz auch, um eben den Jugendlichen zu signalisieren, wir, der Gemeinderat, aber auch die Verwaltung kümmert sich um ihre Anliegen. Und von daher denke ich, wäre es jetzt wirklich nach zwei Jahren an der Zeit, dass wir dort diesen Schritt gehen, um auch die Jugendlichen nicht einfach allein lassen, frustrieren und dann vielleicht auch, dass sie vielleicht immer

unpolitischer werden oder in eine Richtung politisch werden, die meine Fraktion sich nicht wünscht.

Stadtrat Bunk-Merkel (CDU): Sport ist wichtig, frische Luft ist gut. Hier kann mit relativ überschaubaren Mitteln vielen Menschen was Gutes getan werden. Wir unterstützen deswegen auch diesen Antrag von den Grünen, dass man die Beleuchtung bei den Calisthenics-Anlagen erhält, ganz allgemein, jetzt nicht speziell für eine Anlage, sondern diese 3.000 Euro eben für Beleuchtungsmaßnahmen finden wir gut.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Der weitergehende **Antrag** ist der der **Karlsruher Liste**, nämlich einmal dieses Geld wieder einzustellen und dann auch zusätzlich noch eine weitere Calisthenics-Anlage zu beleuchten. So habe ich das verstanden. Dann würde ich den jetzt erst einmal zur Abstimmung stellen und bitte um Ihr Votum ab jetzt. - Also ist damit **beantragt**, damit hat sich der Grünen-Antrag erledigt. Jetzt müssen wir nur noch gucken, was wir dann noch an zusätzlichen Mitteln einstellen müssen über die 3.000 Euro hinaus. Da bitte ich, dass wir das gucken müssen. Okay, dann haben wir damit auch den Vorschlag der Verwaltung erledigt.

Antrag Ö 559: Reduzierung des Mittelansatzes im Förderprogramm für Hof-, Dach- und Fassadenbegrünung

Antrag Ö 302: HHS4_V257 -Temporäre Aussetzung von zwei Förderprogrammen (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/6708)

Ich rufe auf die Nummer Ö 559, ein Antrag der Verwaltung, zu dem Sie auch eigentlich nicht zustimmen müssten, Reduzierung des Mittelansatzes im Förderprogramm für Hof-, Dach- und Fassadenbegrünung. Dann gibt es einen CDU-Antrag unter Ö 302, temporäre Aussetzung von zwei Förderprogrammen. Da müsste ich nur einmal nachgucken, wo jetzt die Unterschiede sind. Aber ich nehme erst einmal den Antragsteller.

Stadtrat Kehrle (CDU): Ja, hierbei handelt es sich um eine freiwillige Transferleistung, die ja bereits um 10.000 Euro gekürzt werden soll. Wir beantragen die gesamte Kürzung, Hof, Dach, Fassadenbegrünung kann man sich auch über andere Förderprogramme holen. Die müssen nicht noch einmal extra gefördert werden.

Stadträtin Dr. Klingert (GRÜNE): Bei diesen Sparvorschlägen handelt es sich entgegen der Aussage im Antrag nicht um Klimaschutz, sondern um Klimaanpassung. Viele Privatleute scheuen solche Investitionen, von der Kühlwirkung profitiert aber die gesamte Stadtverwaltung. Deshalb sprechen wir uns für die Beibehaltung der Förderprogramme bzw. dem Vorschlag der Stadt aus.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Auch wir folgen dem Vorschlag der Stadt. Wir haben extra mehr gemacht für die Klimaanpassung gestern. Deswegen ist es für uns folgerichtig, dass wir jetzt nicht an der Klimaanpassung weiter sparen. Das ist der eine Punkt. Der andere Punkt bezieht sich jetzt tatsächlich noch im Nachhinein auf den vorher mit den Calisthenics-Anlagen. Ich würde einfach darum bitten, wenn Anträge zusammengefasst werden und dann zurückgezogen werden, wir hätten nämlich dem Grünen-Antrag auch sehr gerne zugestimmt, dann wäre das nett, wenn man das vorher kurz ankündigt.

Der Vorsitzende: Ja, okay, es war der weitergehende Antrag, der den anderen erledigt. Okay, also dann bleibt es beim CDU-Antrag unter Ö 302, dass Sie über den Vorschlag der Stadtverwaltung hinausgehen wollen und diese Förderprogramme noch umfassender reduzieren oder kürzen. So habe ich es jetzt verstanden. Und dieser Antrag steht jetzt zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**. Den Kürzungsvorschlag der Verwaltung müssen wir nicht abstimmen.

**Antrag Ö 303: HHS4_GR86 - Einführung einer Verwaltungsgebühr für die Bearbeitung von Baumfällanträgen nach Baumschutzsatzung
(Vorlage: 2025/1188)**

Ich rufe auf unter Ö 303 einen Vorschlag der Verwaltung, die Einführung einer Verwaltungsgebühr für die Bearbeitung von Baumfällanträgen nach Baumschutz. Das Ganze kann erst ab 2027 greifen, und Sie werden da irgendwann auch noch einer Gebührenordnung zustimmen müssen. Aber wir würden hier gerne schon diese 50.000 Euro zusätzliche Einnahme aufnehmen. Es gibt dazu keinen Veränderungsantrag und deswegen gleich in die Abstimmung und zwar ab jetzt. - Das ist **einstimmige Zustimmung**, vielen Dank.

**Antrag Ö 304: HHS4_GR82 - Dauerhafter Verzicht auf das Lichterfest
(Vorlage: 2025/1184)**

**Antrag Ö 305: HHS4_GR82 - Lichterfest - Rücknahme Verzicht (KAL)
(Vorlage: DHH/2025/6707)**

Ich rufe auf Ö 304 und Ö 305, der Vorschlag der Verwaltung, auf das Lichterfest zu verzichten und den entsprechenden Antrag der Karlsruher Liste, den Verzicht, es nicht zu tun und Herr Stadtrat Cramer für die Antragsteller.

Stadtrat Cramer (KAL): Das Lichterfest ist ein immer wiederkehrender Antrag von uns oder ein immer wiederkehrendes Problem, in Anführungszeichen. In der Vergangenheit war es ja so, dass auch nur durch gute, starke Mehrheiten hier dann doch das Lichterfest durchgeführt wurde. Und jetzt im letzten Jahr hat sich ja auch noch einmal gezeigt, wie stark das angenommen wird von der Bevölkerung. Es ist ein richtiges Familienfest. Es ist vor allem eben auch für kleinere Kinder. Durch diese Beleuchtungsausführungen, wie es heute ist, macht es was mit den Kindern, etwas Positives. Und ich denke, wir sollten gerade auch in Zeiten, wo vielleicht viele Menschen, die sich keinen Urlaub leisten können, einfach auch einmal gern so ein Event haben würden und in Zeiten, wo es ja allen irgendwie nicht so gut geht, dass man einfach ein Angebot macht und als Stadt, als Gemeinderat, als Oberbürgermeister sagt, okay, wir machen was für euch, weil das gut ist für euch, schön ist für euch. Und von daher würden wir uns wünschen, dass es für diesen Antrag eine Mehrheit gibt.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Es steht außer Frage, das Lichterfest ist eine tolle Veranstaltung für die ganze Familie, aber es ist auch eine teure Angelegenheit, nicht nur für uns im Haushalt, auch für die Besucher, die ja zusätzlich zu dem regulären Eintritt auch noch einmal was bezahlen müssen. Und es gab ja auch in diesem Jahr noch einmal

erheblich Beschwerden. Wir haben ja über diesen Punkt jetzt in mehreren Haushalten immer wieder gesprochen, weil ja auch die Thematik ist, dass die Lichanlagen in ein entsprechendes Alter gekommen sind. Das heißt, eigentlich müssten wir da auch grundsätzlich was machen. Wir würden jetzt heute schweren Herzens dem Vorschlag der Verwaltung mitgehen, hier einzusparen, haben aber die Hoffnung, dass wir mittelfristig hier vielleicht wieder in einer anderen Konstellation etwas auf die Beine gestellt bekommen.

Stadtrat Hock (FDP/FW): Dem Kollegen Cramer ist eigentlich bei den Einlassungen, die er dazu gesagt hat, eigentlich nichts mehr hinzuzufügen, aber vielleicht kann man noch einmal vonseiten der Verwaltung, wir haben ja jetzt bei uns im Zoo ja jetzt auch einen neuen Caterer, in Führungsstrichen, der alle Dinge dort versorgt. Vielleicht kann man auch einmal mit ihm sprechen. Für ihn ist das ja auch, wenn das Fest ist, eine Sache, wo er dementsprechend noch Einnahmen akquiriert. Vielleicht kann man ihn auch einmal ansprechen, um vielleicht den einmal mit in das Boot zu holen, denn für uns steht außer Frage, dass wir das Lichterfest als eines der Familienfeste in unserer Stadt unterstützen und auch heute dann das auf jeden Fall mit der KAL mitgehen, weil wenn das Fest einmal weg ist, und da muss ich der Kollegin leider widersprechen, ich denke, wenn die Lichter einmal eingemottet sind und einmal abgebaut, dann werden sie nie mehr erstrahlen. Deshalb muss ich ganz ehrlich sagen, wenn wir heute den Beschluss fassen, das aus der Liste rauszumachen, dann glaube ich, wird das Lichterfest eines der ältesten Feste auch in unserer Stadt, nicht mehr da sein.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, es ist das Ergebnis einer Aufgabenkritik in der Stadtverwaltung, weil ja nicht nur diese jeweiligen jährlichen Kosten anfallen, sondern Sie wissen, dass die Kosten deutlich drüber liegen, wenn man noch alle Personalkosten und alles mit dazu rechnet. Und ich möchte auf den Hinweis noch einmal eingehen, Herr Stadtrat Cramer, wir haben ja im Sommer etwa mit den Schlosslichtspielen durchaus auch ein sehr familienfreundliches und auch ein sehr schönes, aber eben auch kostenloses Angebot. Das gab es, als das Lichterfest seinerzeit eingeführt wurde, eben noch lange nicht. Insofern versuchen wir ja schon für die Familien hier etwas zu tun, auch wenn es natürlich nicht vergleichbar ist. Das ist ja schon klar, das ist eine ganz andere Atmosphäre. Das ist ja kein Thema.

Gut, wir kommen damit zum Antrag der Karlsruher Liste, **Ö 305**, Erhalt des Lichterfestes. Und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag Ö 306: HHS4_GR83 - Keine Beschaffung von Weihnachtsbäumen mit Ausnahme des Baumes auf dem Marktplatz
(Vorlage: 2025/1185)

Antrag Ö 307: HHS4_GR83 - Christbäume in Karlsruhe erhalten (CDU, SPD)
(Vorlage: DHH/2025/6706)

Antrag Ö 308: HHS4_GR83 - Christbäume in Karlsruhe erhalten (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/6711)

Ich rufe damit auf das nächste Thema. Wir schlagen Ihnen vor, dass wir die Weihnachtsbäume mit der Ausnahme des Baums auf dem Marktplatz nicht mehr beschaffen wollen. Es gibt dazu einen CDU/SPD-Antrag oder einen CDU-Antrag und einen SPD-Antrag, die

beide die volle Summe von 70.000 Euro wieder einstellen wollen. Und es gibt einen AfD-Antrag, der 35.000. wieder einstellen möchte. Das Ganze rufe ich jetzt auf.

Stadträtin Schütz (CDU): Weihnachtsbäume sind mehr als nur Dekoration. Sie stehen für Tradition, für Werte, die gerade in der heutigen Zeit besonders wichtig auch sind. Ein Christbaum im öffentlichen Raum, der schafft Atmosphäre, und der lädt zum Verweilen ein und vermittelt auch Menschen das Gefühl von Advent und Zugehörigkeit. Mit unserem Antrag möchten wir die Präsenz der Weihnachtsbäume bewusst unterstützen, gerade für Kinder und für ältere Menschen. Und für viele Familien, für viele Bürger in Karlsruhe sind diese Symbole von großer Bedeutung. Deswegen bitten wir um Ihre Zustimmung für diesen Antrag.

Stadträtin Ernemann (SPD): Weihnachten findet überall statt. Und die weihnachtliche Stimmung findet auch nicht nur in Karlsruhe auf dem Marktplatz statt, sondern ich lade Sie gerne ein, fahren Sie einmal in die Bergdörfer, überall steht ein schöner Tannenbaum, Weihnachtsbaum, ich hoffe nicht letztmalig, sondern dass es in den nächsten Jahren auch der Fall sein wird. Deshalb würde es auf sehr viel Unverständnis stoßen, wenn also auf dem Marktplatz, weil da die Touristen hinkommen, weil das der städtische Mittelpunkt ist, ein Tannenbaum steht und bei uns in der Peripherie oder in den Stadtteilen nicht. Also die SPD-Fraktion beantragt, dass weiterhin all die Jahre der Weihnachtsbaum in seiner Pracht, wie er dieses Jahr dasteht, weiterhin stehen bleibt.

Stadtrat Stolz (AfD): Meiner Vorrednerin ist nichts hinzuzufügen. Ein Weihnachtsbäume sind ein Symbol unserer christlichen Kultur und gehören daher zur Weihnachtszeit entsprechend auch in unser Stadtbild.

Stadtrat Hock (FDP/FW): Dieser Vorschlag ist ja nicht das erste Mal in der Liste gelandet. Und ich kann mich noch gut daran erinnern, wo Sie mich gemäßregelt haben, dass ich einmal gesagt habe, Herr Oberbürgermeister, vielleicht kann sich die Verwaltung diesen Antrag einmal verkneifen. Da haben Sie mir dann gleich mit Recht einmal draufgegeben. Ich kann damit gut leben. Deshalb kann ich es auch heute klar und deutlich sagen, wir gehen mit dem Antrag der CDU und der SPD gerne so mit, weil wir das genauso sehen, wie die Frau Ernemann gerade gesagt hat.

Der Vorsitzende: So, vielen Dank, wir kommen dann der Reihe nach zu den Änderungsanträgen. Am weitesten sind **CDU und SPD** mit dem Begehren, die 70.000 Euro wieder einzustellen. Und ich bitte an der Stelle um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine breite **Mehrheit**. Damit haben sich AfD-Antrag und unser vernünftiger Vorschlag erledigt. Legen Sie es nicht auf die Goldwaage, alles gut.

Antrag Ö 309: HHS4_GR84 - Dauerhafte Reduzierung der Zahl der Spielplätze um 80 im Bestand in den nächsten fünf Jahren
(Vorlage: 2025/1186)

Antrag Ö 310: HHS4_GR84 - keine Reduzierung der Zahl an Spielplätzen (Die Linke, SR Braun)
(Vorlage: DHH/2025/6705)

Wir kommen zum 309, unser Vorschlag, dass wir uns gemeinsam auf das Ziel einlassen, die Reduzierung der Spielplätze. Wir haben 80 vorgeschlagen, im Bestand in den nächsten fünf Jahren vorzunehmen. Sie wissen ja, dass ich schon länger mit dem Gartenbauamt auf der Diskussion bin, dass wir um etwa 10 Prozent reduzieren sollten, Step by Step. Jetzt ist der Vorschlag ein bisschen mehr. Finanziell bringt es nicht so arg viel zunächst in den ersten Jahren, aber es ist etwas, was sich dann nach hinten doch sehr deutlich bemerkbar macht, vor allem in der Qualität der Möglichkeiten, die bestehenbleibenden Spielplätze zu sanieren und auch in gutem Zustand zu halten. Wir haben interfraktionell einen Antrag der Linken und von Herrn Stadtrat Braun, dass wir auf diese Geschichte verzichten, für die antragstellende Fraktion oder Fraktionsgruppe Frau Stadträtin Kaufmann.

Stadträtin Kaufmann (Die Linke): 80 Spielplätze sollen laut dem Kürzungsvorschlag der Verwaltung geschlossen werden. Das sind ein Viertel aller Spielplätze in Karlsruhe, und das für eine Einsparung von lächerlichen 5.000 Euro. Auch wenn wir laut der Verwaltung in Karlsruhe ja bereits eine ziemlich hohe Spielplatzdichte haben, das sind ja trotzdem wertvolle Einrichtungen, die wir nicht umsonst geschaffen haben und deshalb aus unserer Sicht dringend erhalten werden müssen. Genau so ein Merkmal macht doch auch unsere Stadt aus. Die Instandhaltung und Wartung kosten natürlich Geld, und wir müssen natürlich auch die Sicherheit garantieren der Spielplätze. Hier könnte man natürlich überlegen, wie man vielleicht stärker bürgerschaftliche Initiativen auch mit einbeziehen könnte. Aber dass wir jetzt so eine Entscheidung mit sehr kleinem finanziellem Potenzial, aber mit großer Auswirkung für viele Kinder in der Stadt über deren Köpfe hinweg treffen, dafür können wir nur warnen und bitten Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktion, das Anliegen unseres Antrages zu unterstützen beziehungsweise den Vorschlag der Verwaltung abzulehnen.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Wir haben mehrfach über dieses Thema im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen beraten und haben da auch ein gutes, nachvollziehbares Konzept vorgelegt bekommen. Die Zahl 80 hört sich viel an, aber es sind wirklich Kleinstspielplätze mit teilweise einem Spielgerät. Das begründet ja auch den kleinen Betrag. Insofern ist es für uns nachvollziehbar, und wir gehen den Verwaltungsvorschlag mit.

Stadträtin Geißinger (Vlt): Ich glaube, das Thema Spielplätze, warum sind Spielplätze wichtig, müssen wir nicht aufrollen. Uns geht es vor allem darum, wir haben noch einmal reingeschaut, November 24 waren Spielplätze zur Konsolidierung im öffentlichen Einrichtungsausschuss. Das waren allerdings nur 20. Die waren total nachvollziehbar. Wo jetzt 80 herkommen sollen, erschließt sich uns aber nicht. Wenn Sie uns die Einzelnen vorlegen, dann würden wir da gerne auch noch einmal drüber gucken, denn teilweise ist ja ein halb kaputtes Spielgerät ein Spielplatz. Da muss man schon sagen, das macht keinen Sinn, aber jetzt einfach grundsätzlich 80, ohne die genauen zu kennen, müssen wir leider ablehnen.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): In Karlsruhe ist es so, dass wir überdimensional viele Spielplätze haben. Und dann ist es so, dass es sehr kleine Spielplätze gibt und oft mit kaputten Geräten. Und die müsste man ständig überwachen. Und wenn man es verhindern will, dass man da ständig rote Bänder rummacht und absperrt, dann müssen wir es eigentlich auflösen. Deswegen ist der Verwaltungsvorschlag klug und überhaupt nicht gegen unsere Spielplätze, sondern garantiert, dass die Spielplätze, die wir haben, dass die in Schuss sind und dass sie in Ordnung sind. Deswegen ist der Vorschlag sinnvoll.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, ich will noch einmal auf eine CDU-Berechnung hinweisen, die wir hier einmal hatten. Sie hatten einmal dargestellt, dass wenn die Stadt München so viele Spielplätze einrichten wollte, wie die Stadt Karlsruhe hat, bezogen auf die Einwohner, müssten die Münchner über 1.000 zusätzliche Spielplätze eröffnen quasi einrichten. Das hat mich damals wirklich sehr überrascht, das vielleicht auch noch zum Hintergrund. Und Sie haben recht, Frau Geisinger, Sie können heute nicht dem Spielplatzabbau zustimmen, letztlich ohne es genau zu wissen. Wir würden ja mit jedem einzelnen Spielplatz in die Ortschaftsräte gehen. Wir würden mit Ihnen das Gespräch suchen. Es geht hier um eine Zielvorgabe, die ein bisschen hilft, hier entsprechende Aufgabenkritik und auch eine Zuschreibung der Mittel dahin, wo sie dauerhaft am sinnvollsten sind. Wir haben ja ein Kriterienprogramm, nach dem wir auch die Spielplätze auswählen und die nicht nur was mit kaputten Spielgeräten, sondern auch mit Frequenz, Nähe zum nächsten Spielplatz, Altersgruppen und so weiter zu tun haben, also ein sehr ausgefeiltes. Konzept.

Damit würde ich jetzt den **Antrag der Linken und Herrn Stadtrat Braun** aufrufen, keine Reduzierung der Zahl der Spielplätze, und darum bitten, dass Sie jetzt Ihr Votum abgeben ab jetzt. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**. Kann ich davon ausgehen, dass wenn ich den Antrag auf die Reduzierung der Zahl der Spielplätze jetzt noch einmal aufrufen würde, dass wir dann ein ähnliches Verhältnis bekommen, natürlich in anderer Farbenkonstellation? Dann brauche ich unseren Antrag jetzt nicht noch einmal zur Abstimmung stellen, vielen Dank.

Antrag Ö 311: HHS4_GR85 - Vorübergehende Stilllegung aller Zierbrunnen mit Ausnahme der Wasserspiele am Marktplatz, der Friedrichsplatzfontäne, des Brunnens am Haydnplatz sowie der Wasserorgel und des Säulenbrunnens in der Wolff-Anlage im Stadtgarten (2026 und 202

(Vorlage: 2025/1187)

Antrag Ö 312: HHS4_GR85 - Karlsruher Brunnen erhalten (CDU)

(Vorlage: DHH/2025/6704)

Antrag Ö 313: HHS4_GR85 - Karlsruher Brunnen erhalten (Klimaanpassung) (CDU)

(Vorlage: DHH/2025/3105)

Wir kommen damit zum nächsten Thema vieler Emotionen. Wir schlagen Ihnen vor eine vorübergehende Stilllegung aller Zierbrunnen mit einigen Ausnahmen. Das hat auch mit dem Sanierungsbedarf und den Kapazitäten zu tun. Jetzt gibt es dazu einen Antrag Ö 312 der CDU, Karlsruher Brunnen erhalten, und einen Antrag Ö 313, ebenfalls von der CDU. Es ist ja ein Antrag von uns, dann machen wir es jetzt der Reihenfolge nach der Größe. Wir

machen es anhand der Größe der Fraktionen, weil das ja ein Antrag der Verwaltung ist und dazu gibt es Änderungsanträge.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Gut, dann spreche ich jetzt zu dem Antrag der Verwaltung und den Änderungsanträgen. Wir mögen natürlich grundsätzlich Brunnen jeder Art, sehen aber natürlich, dass jetzt hier eine Abwägungsentscheidung getroffen wurde zwischen Trinkbrunnen und Zierbrunnen. Und bei dem beschränkten Budget sind wir der Einschätzung, dass es auf jeden Fall sinnvoll ist, Trinkbrunnen in den Zeiten des Klimawandels zu bevorzugen und diese auszuweiten und zu erhalten und in den sauren Apfel zu beißen, dass eben Zierbrunnen, die natürlich auch zur Kühlung beitragen, erst einmal für zwei Jahre außer Betrieb zu nehmen. Von daher gehen wir mit.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Zierbrunnen sind nicht nur eine Zier. Sie dehnen der Erfrischung an heißen Sommertagen, und wir hatten ja schon gestern mehrfach das Thema Klimaänderung, Hitze in der Innenstadt debattiert. Uns verwundert sehr, dass ausgerechnet die Kollegen der GRÜNEN hier keine sinnvolle Maßnahme der Verbesserung des Mikroklimas erkennen können. Denn gerade das wäre Verbesserung des Mikroklimas, und man könnte auch die breite Bevölkerung dann mitnehmen und auch ernsthaft sich glaubhaft machen bei diesem Thema. Also insofern appellieren wir daran, dass an den Zierbrunnen keine Stilllegungen erfolgen. Sie können sich aus dem Klima, da haben wir ja auch noch einmal eine Million aufgesattelt, durchaus finanzieren.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Aus der Sicht der SPD-Fraktion hatten wir das Thema Trinkbrunnen ja an anderer Stelle gestern schon debattiert. Nichtsdestotrotz sehen wir den Vorschlag der Verwaltung kritisch. Aus unserer Sicht haben Zierbrunnen nicht nur den Effekt der Kühlung im Sinne von Hitzetagen oder der Regulierung von Hotspots, sondern es geht auch vielmehr darum, dass es ein Kulturgut ist, und es geht auch letztendlich um Aufenthaltsqualität. Aus unserer Sicht sollte der Ansatz der Verwaltung um die Hälfte reduziert werden in der Erwartung, dass wir von Seiten des Gartenbauamts einen entsprechenden Vorschlag kriegen. Ähnlich wie bei den Spielplätzen gibt es sicherlich kleinere Brunnen, bei denen man über die Zukunftsfähigkeit dauerhaft diskutieren kann und dann, wenn man zu einem entsprechenden Schluss kommen sollte, dann auch die entsprechenden Konsequenzen daraus ziehen sollte. Wir denken insbesondere an Brunnen, sei es der Brunnen im Schlossgarten Durlach oder auf dem Gutenbergplatz oder hier in unmittelbarer Nähe im Lymphengarten. Das sind Brunnen, bei denen es sehr wesentlich um die Aufenthaltsqualität geht, um eine Aufwertung des öffentlichen Raums. Und es geht letztendlich nicht nur um die Innenwirkung, sondern auch um die Außenwirkung. Wasser ist ein lebendiges Element und, wie schon gesagt, trägt sehr wesentlich zur Aufenthaltsqualität bei. Entsprechend wäre unser Vorschlag, die Hälfte des Geldes der Verwaltung, es um die Hälfte zu reduzieren.

Stadtrat Hock (FDP/FW): Herr Dr. Cremer, ich versuche jetzt gerade auch zu verstehen, wie Sie Klima einordnen. Mikroklima und Klima, so ganz habe ich es nicht mehr verstanden, aber es ist auch gerade egal. Wir haben gestern ja noch in diesem Bereich auch was aufgesattelt. Deshalb wäre es jetzt nicht so glücklich, wenn wir jetzt in dem Mikroklimathema wieder runterfahren. Von daher gesehen kann ich Ihrer Argumentationslinie jetzt gerade nicht ganz folgen. Und der Kollege Fechler hat einen praktikablen Vorschlag gemacht, den meine Fraktion auch gut mitgehen kann. Also von daher gesehen, diesen Vorschlag

würden wir gerne unterstützen und könnten, wenn die SPD und Sie, Herr Oberbürgermeister, das vielleicht jetzt dann so in die Diskussion bringen, dann auch so mitgehen können.

Stadtrat Gaukel (Volt): Ich muss auch sagen, wo wir das erste Mal diesen Kürzungsvorschlag gesehen hatten und auch unsere Klausur hatten, dachte ich erst einmal so: Nee, wie kann man denn das vorschlagen? Und das war ja auch gerade im Sommer, da wussten wir ja, was kommt. Jetzt haben wir aber natürlich den Sparhaushalt, deswegen natürlich ist es auch verständlich, dass die Verwaltung Sparvorschläge finden muss. Es wurde ja schon gesagt, auch Zierbrunnen haben einen großen Klimaanpassungseffekt. Und nach der Beschattung ist eben die Befeuchtung die effektivste Maßnahme, um eben auch das Mikroklima zu reduzieren. Von daher finden wir hier diesen Erhalt auch der Zierbrunnen. wichtig, gehen hier aber auch mit dem SPD-Antrag mit, denn am Ende sind nicht alle Brunnen eben dieser klimaanpassungsrelevante Faktor, denn es gibt eben welche, die sind im Park. Und natürlich auch, wenn es um defekte Brunnen geht, dann ist auch hier meine Priorität, einen Trinkbrunnen wieder herzustellen. Wenn wir nun aber Zielbrunnen haben, die funktionieren, diese dann nicht mit Wasser zu bespielen, das sehe ich nicht. Und gerade in der Fußgängerzone, wo ja leider sehr viel Stein ist, wo wir aber feierlich zum Beispiel den Langenbrunnen jetzt wieder eingeweiht haben, da versteht auch die Bevölkerung nicht, wenn da dann kein Wasser läuft. Von daher wichtig, dass wir da vor allem diese, gerade an Hotspots, die wir ja auch durch den Hitzeaktionsplan haben, dass wir dort dann schauen, dass dort Wasser läuft.

Stadträtin Döring (KAL): Das ist schon eine harte Entscheidung, die wir hier treffen sollen. Für uns war in erster Linie wichtig, dass die Trinkwasserbrunnen gesichert sind. Das sind sie. Und wir sehen durchaus auch diesen enormen Sanierungsstau, den wir bei den Brunnen haben und haben auch aus den Gesprächen herausgefühlt, dass der Plan ja einfach auch ist, diese Zeit zu nutzen, und die Brunnen zu überholen und auch wieder so ans Laufen zu bringen, dass man nicht ständig hinfahren muss und mit kleineren Reparaturen, die auch sehr kostspielig sind, die dann am Laufen zu halten. Das könnten wir grundsätzlich mitgehen. Für uns ist aber wirklich wichtig, dass wenn die Brunnen dann saniert sind, stabil saniert sind, dass sie dann auch wieder ans Laufen gehen. Und sollte das innerhalb des Doppelhaushaltes möglich sein, die dann eben dann auch wieder ans Laufen gehen, weil eben über mikroklimatische Auswirkungen von laufendem Wasser oder Wasserflächen haben wir hier ja schon gesprochen.

Stadtrat Seidler (AfD): Wir hören ja im Bäderausschuss regelmäßig, auch im Zuge von Rapenwört, dass Wasseranlagen und Leitungen, wenn man sie so einfach stilllegt, Schäden erleiden. Und was sich nicht bewegt, setzt sich fest. Und meine Frage ist natürlich auch, wenn man die Brunnen einmal eine Weile stilllegt, ob man da nicht Folgekosten hat, die man nicht berücksichtigt hat. Ein Hinweis zum Klima, weil das scheinbar nicht mehr jedem klar ist. Klima ist per Definition der langjährige Durchschnitt, meist auf 30 Jahre bezogen, von Temperatur, Wind und Niederschlag.

Der Vorsitzende: Das waren jetzt alle Wortmeldungen. Ich möchte noch einmal die Antragslage zusammenfassen. Vielleicht habe ich auch nicht alles richtig mitgekliegt. Der CDU-Antrag, der ist hier mit zwei Anträgen drin, es ist aber derselbe. Der Verwaltungsantrag ist, 320.000 Euro aus dem Gartenbauamt rauszunehmen und diese Zierbrunnen stillzulegen, zu sanieren und so weiter. Der CDU-Antrag möchte diese Stilllegung zurücknehmen, möchte das Geld aber aus dem Ansatz Klimaschutz rausnehmen, also aus dem Fonds

Klimaanpassung zu nehmen. Das heißt, der CDU-Antrag ist zwar faktisch der weitestgehende, weil alle Brunnen in Betrieb bleiben, finanziell aber hätte er keine Auswirkungen, weil wir es aus einem anderen Topf dann einfach bezahlen. Dann gibt es den SPD-Antrag, nur die Hälfte des Geldes aus dem Gartenbauamt herauszunehmen. So habe ich es jetzt verstanden. Dann würde ich den inhaltlich weitgehendsten Antrag nehmen, für den Haushalt ist der SPD-Antrag der weitgehendste, weil Sie nämlich den Haushalt um 160.000 Euro im Vergleich zu unserem Vorschlag verschlechtern. Jetzt machen wir die Reihenfolge der Meldung.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Ich will kein Spielverderber sein, aber ich glaube, wir haben Geld im Finanzhaushalt eingestellt für die Klimaanpassung und versuchen jetzt etwas aus dem Ergebnishaushalt zu nehmen.

Der Vorsitzende: Das war derselbe Einwand von Herrn Dr. Cremer. Also so gesehen passt das mit der Klimaanpassung nicht. Das heißt, wir müssen real 320.000 Euro wieder einstellen. Okay, dann ist das der weitgehende Antrag, nämlich der **CDU-Antrag**. Die Zierbrunnen bleiben in Betrieb, und wir müssen die 320.000 wieder einstellen. Und da bitte ich Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist **mehrheitlich abgelehnt**. Frau Dr. Doğan hat wahrscheinlich auch mit Ja gestimmt. Frau Lorenz auch. Sie lassen sich durch die Medien ablenken. Das ist immer ganz schlecht. Also es waren zwei Ja-Stimmen mehr, als oben steht. Trotzdem war die Mehrheit dagegen.

Jetzt kommt der **Antrag der SPD**, dass wir es nur um die Hälfte der Mittel reduzieren. Und dann muss man eben gucken, welche Zierbrunnen damit erhalten bleiben können, wenn der Antrag eine Mehrheit findet. Und ich bitte um Ihr Votum ab. – Das ist eine **Mehrheit dafür**. Damit müssen wir noch einmal 160.000 in die große Liste aufnehmen.

Antrag Ö 314: HHS4_GR87 - Verzicht auf die Beschaffung von Hundekotbeuteln
(Vorlage: 2025/1189)

Antrag Ö 315: HHS4_GR87 Hundekotbeutel erhalten (SPD, Volt, Die Linke, SR Braun, Marion Grünbacher, Bernhard Grünbacher, Oliver Straß)
(Vorlage: DHH/2025/6701)

Ich rufe auf unter Ö 314 einen Vorschlag der Verwaltung, Verzicht auf die Beschaffung von Hundekotbeuteln. Und dazu gibt es ein mehrere Anträge, interfraktionell, Linke, Stadtrat Braun, SPD, Volt. Ich darf extern auch hier Marion Grünbacher, Bernhard Grünbacher, Oliver Straß erwähnen und darf auch noch auf die Petition hinweisen, die mir letzte Woche von einer Gruppe um Herrn Clemens überreicht wurde, mit über 3.000 Unterschriften, dass wir das nicht komplett aufgeben sollen, sondern hier weiter diese Mittel zur Verfügung stellen. Ich hatte versprochen, dass ich das an dieser Stelle hier erwähne. Wir haben jetzt so viele Antragsteller, dass ich jetzt der einen Folge der Größe nachgehe.

Stadtrat Dr. Dogan (CDU): Aufgrund der Erhöhung der Hundesteuer möchten wir hier jetzt das ehrenamtliche Engagement nicht nochmals zusätzlich strapazieren, indem jetzt auch noch die Hundekotbeutel abgeschafft werden. Also insofern meinen wir, wir können das aus dem Bereich dann auch finanzieren und würden uns für den Beibehalt aussprechen.

Stadträtin Ernemann (SPD): „Des Bürgermeisters täglich Brot ist der Hundekot.“ Dieser Spruch kommt nicht von mir, sondern von dem ehemaligen Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart, Rommel, der ja als humorvoller OB bekannt war. Es geht um 25.000 Euro. Ich will mich kurzfassen, denn der Antrag wird ja von vielen unterstützt und geht ja alle in eine Richtung und zeichnet sich ja mehrheitlich ab. Ich wollte nur einmal darstellen, 25.000 Euro. Für diese 25.000 Euro unterstütze ich das ehrenamtliche Engagement der 350 Patenschaften der Hundekot-Tütenspender. Ich Sorge für Sauberkeit im Ort, und ich Sorge für Ruhe und Frieden innerhalb der Bevölkerung zwischen den Hundebesitzern und Nichthundebesitzern. Denn es hat sich seit Einführung der Hundekottütenspender und der kostenlosen Abgabe der Hundekottüten also in der Tat gesellschaftlich und im Stadtbild etwas geändert. Es ist nämlich sauberer, und es gibt keine Streitereien mehr. Und die Ortsvorsteher und Bürgermeister bleiben weitestgehend von den Beschwerden verschont.

Stadträtin Böringer (FDP/FW): Ich kann mich anschließen. Wir haben in den letzten zwei Tagen beziehungsweise am zweiten Tag und gestern auch noch einmal, immer wieder gehört, wie wichtig das Ehrenamt ist und wie sehr wir es schätzen. Und den Ehrenamtlichen ist es eben auch zu verdanken, dass die Hundekotbeutel in den Boxen kostenlos aufgestellt werden. Und sie werden auch im Stadtgebiet von den über 10.000 Karlsruher Hundebesitzern sehr gut angenommen und genutzt. Und dieses große Engagement trägt auch dazu bei, es ist schon gesagt worden, dass unsere Stadt sauber bleibt und dass diese lästigen Hinterlassenschaften stark minimiert werden. Und deshalb werden wir den Antrag unterstützen.

Stadtrat Gaukel (Volt): Ich halte es auch kurz. Wir hatten ja das Plädoyer davor schon bei der Sitzung, bei der wir die Steuer erhöht haben, gebracht und wollten daher eben direkt sagen, hey, diese Erhöhung können wir ja dann noch ein bisschen machen, um das gegenzufinanzieren, damit das auch haushaltsneutral ist. Das hat ja leider nicht geklappt. Trotzdem folgerichtig stehen wir natürlich weiterhin für saubere Schuhsohlen und freuen uns, wenn dann heute die Hundekotbeutel eine Mehrheit finden.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Ich bin kein Pferdemädchen, ich bin ein Hundemädchen. Ich wollte mich mit dem Antrag für das ehrenamtliche Engagement einsetzen, und ich finde diese Hundekotbeutel-Spender sehr, sehr gut und möchte das gerne so weitergeführt haben. Deswegen habe ich mich sehr für dieses Thema eingesetzt.

Der Vorsitzende: Gut, dann rufe ich jetzt diesen interfraktionellen Antrag auf. Ich zähle sie jetzt nicht alle noch einmal auf, für den Erhalt der Hundekotbeutel umsonst hier, und bitte um Ihr entsprechendes Votum ab jetzt. – Bei der Petitionsübergabe zu den Hundekotbeuteln hat mir die Initiative auch signalisiert, dass man weiter daran arbeiten will, den Hundebesitzenden klarzumachen, dass sie zwar die Hundekotbeutel umsonst bekommen, damit aber nicht die Verpflichtung der Kommune verbunden ist, alle fünf Meter einen Abfallbehälter aufzustellen und zu entleeren. Insofern sollten wir vielleicht das Ziel auch weiter gemeinsam verfolgen, denn es ist nicht so, dass diese Hundekotbeutel alle an der richtigen Stelle verschwinden, wenn sie einmal gefüllt sind.

Antrag Ö 316: Mehr Bäume pflanzen, als gefällt werden! (GRÜNE)
(Vorlage: DHH/2025/6702)

Okay, wir kommen weiter zur Seite 393, ein Antrag der GRÜNEN unter Ö316, mehr Bäume schaffen als gefällt werden. Das hat etwas auch mit entsprechenden Personalvorschlägen zu tun, zwei zusätzliche Personalstellen.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Bäume sind das wesentliche Element in der Stadt, um sie fest für das Klima zu machen, auf das wir gefasst sein müssen. Deswegen und weil wir eben auch sehen, dass wir in den vergangenen Jahren deutlich mehr Bäume fällen mussten aus Sicherheitsgründen und als wir nachpflanzen mussten, nachpflanzen konnten, wollen wir hier mehr Mittel und auch Personal einstellen. Stadtbäume spenden Schatten, Stadtbäume verbessern das Klima. Sie sind wirklich das Beste, was wir in der Stadt Karlsruhe tun können, um eben Karlsruhe als lebenswerte Stadt zu erhalten. Mit den Mitteln, die wir gefordert hatten, wäre selbst das nicht ausreichend gewesen, um die Lücke zu schließen. Das sind ungefähr 500 Bäume, die wir pro Jahr mehr gefällt hatten, als sie nachpflanzen konnten. Wir sehen aber auch, dass es notwendig ist, Mehrheiten zu erreichen. Und deswegen würden wir dem geänderten Antrag der SPD dann auch mitgehen und unseren selber nicht mehr zur Abstimmung gehen lassen und hoffen, dass wir damit dann eine Mehrheit kriegen, um einsteigen zu können, Karlsruhe grüner zu machen und lebenswerter für eine Zeit im Klimawandel.

Der Vorsitzende: Also ich kenne keinen anderen Antrag. Gibt es da einen? Der Herr Dr. Huber erklärt mir das jetzt.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Ich helfe immer, wenn ich kann. Also vielleicht einmal grundsätzlich zu den Bäumen noch ein paar Punkte. Wir haben, glaube ich, in den letzten Jahren schon immer gemerkt, dass die Diskussion um die Bäume in der Stadt unheimlich polarisieren. Wir haben es bei den Platanen gesehen, wir haben es bei der Diskussion um den Marktplatz gesehen, und wir haben es im Staatstheater gesehen. Also jedes Mal, wenn wir hier einen Baum fällen, macht sich die Bevölkerung, und ich finde das schon zu Recht, sehr viel Sorgen. Wir sehen die Bilanz am Ende des Tages, und man versucht, die Bürger dann immer in der Diskussion zu beruhigen, und wir haben ja auch eine breite Mehrheit hier für diese gerade eben genannten Fällungen gehabt, aber wir diskutieren mit den Bürgerinnen und Bürgern jedes Mal und sagen, ja, wir pflanzen an anderen Stellen wieder. Wir verstehen, dass das ein unheimlich wichtiges Thema ist, und am Ende müssen wir uns aber eingestehen, in der Bilanz schaffen wir es nicht. In der Bilanz unterliegen wir immer unseren Anforderungen, wir wollen mehr, und am Ende kommen wir bei weniger raus. Das liegt nicht nur am Geld, das ist vollkommen klar. Es liegt an Leitungsverlegungen und kann ich da Bäume drüber pflanzen oder nicht. Und wir müssen in den nächsten Jahren da wesentlich kreativer werden. Wir müssen da wesentlich mehr Lösungen finden, wie wir auch diese planungsrechtlichen Hürden irgendwie überwinden können. Aber nichtsdestotrotz liegt es bei uns auch am Geld. Es liegt am Geld für die Anschlusspflege nach der Pflanzung, und es liegt an den Pflegeleistungen durch das Gartenbauamt. Wir wissen, dass unser Gartenbauamt jetzt schon kapazitär völlig überfordert ist. Wir haben ja auch in den letzten Haushalten immer wieder Stellen eingerichtet beim Gartenbauamt. Und an der Stelle sehen wir auch die Notwendigkeit. Die GRÜNEN sind natürlich jetzt sehr großzügig mit ihrem Antrag gewesen. Aufgrund der Haushaltslage können wir da natürlich überhaupt nicht mitgehen. Wir wollen ihn deutlich reduzieren. Wir würden gerne 100.000 Euro im ersten Jahr und

350.000 Euro im zweiten Jahr einstellen und wären auch bereit, im zweiten Jahr noch eine Stelle für das Gartenbauamt mit draufzupacken.

Stadtrat Hock (FDP/FW): Herr Oberbürgermeister, ich habe nur eine Verständnisfrage. Ist es tatsächlich so, wie man hier propagiert, dass in der Stadt mehr Bäume gefällt werden als gepflanzt? Also das wusste ich nicht, dass das so ist, aber das hätte ich gerne einmal erklärt.

Stadtrat Cramer (KAL): Ich denke, diese 500 Bäume, die werden ja überall sozusagen, und nicht nur von der Stadt gefällt oder auch für so große Bauvorhaben wie zum Beispiel das Staatstheater oder die Situation in der Kreisstraße. Ich denke, gleichberechtigt, das Ziel müsste sein, dass man viel mehr hinguckt, gerade in den Stadtteilen, wenn Nachverdichtung stattfindet, dass da nicht jeder Baum gefällt wird. Also das, denke ich, würde viel mehr Sinn machen. Also ich erinnere nur an Beiertheim, wo da eine uralte Kastanie stand, und der Grundstückbesitzer hat nach hinten rausgebaut, größer, als er an sich durfte, und dann musste eben diese Kastanie gefällt werden. Das ist vielleicht ein extremes Beispiel, aber da müsste man viel mehr hinschauen, vor allem auch das Bauordnungsamt und die zuständigen Ämter, dass da nicht so großzügig Baumfällungen zugestimmt werden. Auch jetzt im Dammerstock, da in der Nähe dieser einen Kirche, da sind mehrere, zwei, drei Bäume, große Bäume auch, die gefällt werden sollen, weil da jetzt irgendwelche Parkplätze hin oder irgendeine Garage hingebaut werden soll. Also da würde ich sagen, da muss man viel mehr hinschauen, dass da ein bisschen konsequenter, restriktiver in der Verwaltung gehandelt wird. Denn das können wir als Gemeinderäte ja nicht, das ist laufendes Geschäft. Aber wir sind dann die, die dann solche Anträge stellen müssen. Diesen Antrag unterstützen wir natürlich, aber wir müssen eher gucken, weniger Bäume fällen, da strenger sein, um Fällungen zuzustimmen, als dass man dann jetzt immer nachpflanzen muss, wo wir auch, so wie ich das gehört habe aus dem Ausschuss, teilweise auch gar keinen Platz haben.

Stadtrat Gaukel (Volt): Ich kann auch gerne einmal dem Herrn Hock antworten. Ja, das ist so, dass beim letzten AOG hatten wir da eben diese Zahlen gesehen. Ich glaube, es war um die 1000 zu 500 irgendwas, also ich glaube es waren fast doppelt so viele, die am Ende da verloren gegangen sind. Und ja, Herr Cramer, das sind wir sicherlich auch in privaten Bereichen, da sind wir ja auch sehr offen dafür, dass wir eine stadtweite Grünsatzung etc. machen, um genau das stärker zu unterbinden. Trotzdem, und Ihre ersten zwei Beispiele sind aber ja gerade städtische Projekte gewesen, das Staatstheater und unsere Fußgängerzone. Dann haben wir ja auch die ganzen Straßenthematiken, wir haben vor allem auch den barrierefreien Ausbau der VBK-Haltestellen beziehungsweise generell auch VBK-Maßnahmen, wo oft Bäume dann gefällt werden und dann oft eben auch dann wieder Geld fehlt oder die Diskussionen sind, wie kriegen wir da denn noch mehr Bäume hin. Von daher ist da definitiv auch der Fall, dass wir hier diesen Betrag brauchen, um eben dafür sicherzustellen, dass wir auch das Klimaanpassungsmerkmal Bäume in der Stadt weiterhin sicherstellen können. Aber auch hier ja, den Haushalt ist bekannt, deswegen auch hier schön, dass die SPD wieder einen Kompromissvorschlag für die Hälfte gefunden hat.

Bürgermeisterin Lisbach: Vielleicht noch allgemein zu diesem Thema Baumverlust. Es ist in der Tat so, dass wir in den letzten drei Jahren etwa netto Baumverlust von 500 Bäumen pro Jahr haben. Das haben wir im Umweltausschuss in der Tat auch in öffentlicher Sitzung diskutiert. Wir werden es mit dem Thema natürlich auch noch weiter auseinandersetzen.

Ein Großteil dieser Bäume wird klimawandelbedingt gefällt, weil die Bäume einfach krank sind, abgänglich sind, auch große Äste dann verlieren, also aus Verkehrssicherungsgründen. Ein anderer, aber auch nicht unerheblicher Teil, da sind wir zurzeit noch in der Analyse, wird tatsächlich gefällt durch verschiedene Baumaßnahmen. Es sind auch sehr viele verteilte Baumaßnahmen in der Stadt, barrierefreier Ausbau von Haltestellen, auch Erweiterung von Schienenwegen, Radrouten, also da kommt ganz viel zusammen, auch Maßnahmen, die hier bewilligt werden. Und im Einzelnen ist es dann immer schwierig natürlich abzuschätzen, was es dann im Ganzen bedeutet, aber diese 500 Bäume, die wir pro Jahr verlieren, das kann so natürlich nicht bleiben. Wir müssen da dringend heran. Wir sind dazu auch am Arbeiten, müssen da auch noch einmal verwaltungsintern mit verschiedenen Ämtern und auch städtischen Gesellschaften sprechen. Wir haben jetzt beim Gartenbauamt eine Person eingestellt, die ein Stadtbaumkonzept erarbeitet, auch um Standorte zu identifizieren, an denen noch zusätzlich nachgepflanzt werden kann, weil es ist tatsächlich so, dass häufig, wenn heutzutage Bäume gefällt werden müssen, dass eine Nachpflanzung nicht möglich ist, weil eben zu viele Leitungen im Boden sind und die Abstände nicht mehr eingehalten werden können, die heute erforderlich sind. Und dann kommt eben auch noch das Thema dazu, dass wir die Fernwärmeleitungen weiter ausbauen wollen. Auch dadurch gibt es eine ganze Menge Konflikte. Also es ist in der Tat ein schwieriges Thema. Ein Teil davon ist sicher mit Geld zu lösen. Auch die Verlegung von Leitungen ist natürlich häufig eine teure Sache. Aber es sind noch weitere Probleme. Sicher müssen wir auch bei Baumausnahmen noch einmal verstärkt und stadtweit auch verstärkt hingucken, dass man da doch auch baumerhaltende Lösungen einfach findet. Also es ist tatsächlich ein großes Problem, mit dem wir uns intensiv auch innerhalb der Verwaltung beschäftigen und das uns auch noch eine ganze Menge Geld kosten wird.

Der Vorsitzende: Mir ist noch einmal wichtig, dass wir die verschiedenen Gründe der Baumfällung unterscheiden. Das ging mir bei Ihrem Beitrag, Herr Dr. Huber, ein bisschen zu sehr alles ineinander. Wenn wir für das Staatstheater oder für die Fußgängerzone Bäume fällen, dann pflanzen wir quantitativ meistens mehr nach oder mindestens so viele, wie wir gefällt haben. Dass die nicht den ökologischen Wert von Anfang an mitbringen, wie die 50, 60, 70 Jahre alten Bäume, ist unstrittig. Aber an der Stelle sind wir, glaube ich, von der Bilanz weiter auch ganz gut. Was jetzt dazu kommt, sind baubedingte und situationsbedingte Fällungen, die etwas mit Leitungsverlegung zu tun haben. Und da habe ich im Moment auch den Eindruck, dass es uns nicht gelingt, anderswo in entsprechender Weise Ersatzpflanzungen zu machen. Dort am Ort können wir es meistens nicht, weil wenn ein Baum fallen muss wegen Leitungsverlegung, kann ich ihn anschließend schlecht wieder in dieselben Leitungen reimpflanzen. Dann hätte ich vermutlich gar nicht fällen müssen. Das klingt ein bisschen einfach, ist im Einzelfall sicher nicht so, aber im Groben schon. Was jetzt seit drei Jahren das Hauptproblem ausmacht, ist ungeplante Baumfällungen durch die Verkehrssicherungspflicht, und das hat ganz viel mit dem Klimawandel zu tun. Wir haben es einmal zu trocken, dann haben wir es wieder zu nass, dann in der schnellen Reihenfolge, und da kommen wir nicht mehr hinterher. Und das ist, glaube ich, das, was jetzt vor allem diese Umkehr seit drei Jahren ausmacht.

Ich würde aber dennoch bitten, daraus nicht den Schluss zu ziehen, dass sich sozusagen das Grün in der Stadt als Gesamtsumme reduziert, sondern wir müssen es auch einmal ausrechnen. Ich bin mir sicher, dass durch die ja gesunden oder auch vielleicht nicht immer gesunden, aber weiter wachsenden Bäume und Grüngelände nach wie vor eine sehr positive Wachstumsbilanz ergibt. Trotzdem wollen wir an unserem Ziel festhalten, dass wir

mehr Bäume pflanzen, als wir fällen. Aber Frau Bürgermeisterin hat schon darauf hingewiesen, wir haben Personalthemen, wir haben Finanzthemen, wir haben Nachschubpläne, überhaupt entsprechende Bäume zu finden und, und, und. Also von daher löst jetzt nicht alleine Geld diese Geschichte. Und ich möchte den Antragstellenden auch wirklich sagen, ich sehe in der Prioritätensetzung im Gartenbauamt noch andere Bereiche, die wir eigentlich intensiver mit Personal füllen müssten, als jetzt an dieser Stelle anzusetzen. Wir haben immer noch große Defizite im Bereich Kontrolle, im Bereich auch Baumpflege. Und jeder neu gepflanzte Baum sieht zwar bilanziell erst einmal gut aus, aber er ist auch wesentlich pflegeintensiver, als das früher noch so war, wo du im Grunde pflanzen konntest, wo und wie du wolltest, und es ist meistens dann doch irgendwie gut angewachsen. Ich übertreibe auch das ein bisschen unfachlich.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Herr Oberbürgermeister, nur eine kurze Nachfrage, die ich nicht gleich beantwortet haben will. Wird denn in der Statistik auch gezählt, was in unseren Außenwäldern wächst, wo sie nichts dazu tun müssen und trotzdem der Wald immer weiter ins Grün reinwächst? Das müssen Sie der Ehrlichkeit halber auch einmal mitrechnen.

Stadtrat Seidler (AfD): Die Restriktionen im Bereich bebauter Flächen ist ja bekannt, dass man da sehr schlecht, mit großen Schwierigkeiten Bäume nachpflanzen kann, aber die Stadt besteht ja auch aus Wald, der zum Forst gehört. Und man kann eigentlich Gartenbauamt nicht getrennt von den anderen Sparten sehen. Wenn ich mir jetzt zum Beispiel angucke, wie der Waldbestand am Turmberg aussieht, gerade in Südlage, wo es in den vergangenen Jahren, zumindest in den 10er Jahren, zu trocken war. Da könnte man einiges tun, aber das betrifft natürlich nicht das Gartenbauamt, sondern dann wiederum den Forst. Also wahrscheinlich muss man die Frage über die Ämter hinweg diskutieren.

Bürgermeisterin Lisbach: Vielleicht noch einmal so ganz grundsätzlich, die Zahlen, die ich vorhin genannt habe und die Bäume, über die ich gesprochen habe, das sind die Stadtbäume, die im städtischen Baumkataster erfasst werden. Dazu gehört nicht der Wald, wobei im Wald, da kriegen Sie ja auch immer wieder die Zahlen, auch im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen sieht es auch nicht toll aus, unser Wald ist krank, auch da haben wir viele abgängige Bäume und haben Aufgaben, aber die Zahlen, die ich jetzt genannt habe, beziehen sich auf die Stadtbäume, die im Baumkataster erfasst sind. Zu dem Thema Naturverjüngung, das ist in der Tat etwas, das uns auch ein Stück weit Hoffnung macht, denn mir geht es gar nicht darum, die Situation schlechter darzustellen als sie ist. Also es war zum Beispiel so, dass wir in diesen letzten Jahren, in denen es ja so extreme Trockenheitsphasen gab, mussten wir in der Waldstadt ganz viele Bäume fällen. Und da haben wir in der Tat gesagt, wir pflanzen die jetzt nicht einzeln nach, sondern wir haben da so eine schöne Naturverjüngung, dass wir die Bäume jetzt wachsen lassen und dann entsprechend rauspflegen. Das sind Bäume, die sind noch nicht im Baumkataster erfasst. Die gehen jetzt wahrscheinlich nicht in die Größenordnung dann 500, wenn man sie am Ende dann rauswachsen lässt. Aber auch da sind durchaus auch noch Potenziale da an Naturverjüngung, die diesem Trend ein Stück weit entgegenwirken und für die wir sehr dankbar sein können. Das ist richtig.

Der Vorsitzende: Zu Ihnen, Herr Stadtrat Cramer, ich bin sicher, dass das Bauordnungsamt nur da einer Baumfällung zustimmt, wo es von den rechtlichen Rahmenbedingungen auch nicht anders geht, nur weil so der Eindruck entstanden hat, man könnte da etwas strenger sein. Also ich habe da auch meine Erfahrung, weil ich auch eine Fällerlaubnis versucht

hatte zu erwirken. Ich habe sie auch gekriegt, nein, ich habe den Baum aber noch nicht gefällt. Ich will nur sagen, da wird sehr genau geguckt. Da wird auch mit dem Messband geschaut, ob die Abstände stimmen, wie die Größe ist. Also das darf man sich nicht so einfach vorstellen, denn die Baumschutzsatzung ist eben wie sie ist. Es geht mir nur darum, dass ich von dem nicht einmal einen Ast absägen darf. Und der ist einfach tot, und den muss ich absägen. Und dann habe ich gleich das Gesamte. Ich lade Sie gerne ein, okay.

Also jetzt haben wir zwei Anträge. Ich habe aber die GRÜNEN so verstanden, dass sie dem Kompromiss der SPD nahetreten würden. Herr Stadtrat Dr. Huber, ich habe was von 100.000 in 2026 im Kopf, 350.000 in 2027, und dann einmal noch irgendwas mit einer Personalstelle. Ist die da drin bei den 350.000? Okay, gut, dann sind wir bei eher 450.000, nur dass wir wissen, wovon wir reden. Okay, dann ist das der Antrag, der noch aufrechterhalten wird, und da bitte ich um Ihr Votum ab jetzt. – Also, jetzt wird es langsam wirklich teuer.

Antrag Ö 317: Temporäre Aussetzung von zwei Förderprogrammen (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/6709)

Ich rufe auf den Antrag Ö317, einen Antrag der CDU. Den haben wir an der anderen Stelle, glaube ich, schon einmal zumindest teilweise gehabt. Da ging es noch einmal um die weitergehende Kürzung des Themas Dach- und Fassadenbegrünung. Das hatten wir, glaube ich, schon. Und jetzt geht es um das Förderprogramm zur Sicherstellung wertvollen Baumbestands auf Privatgrundstücken, wenn ich es richtig weiß.

Stadtrat Kehrlé (CDU): Ja, auch hierbei handelt es sich um eine freiwillige zusätzliche Leistung der Stadt Karlsruhe, welche die Eigentümer ja eigentlich über ihre Steuererklärung als haushaltsnahe Dienstleistung absetzen können.

Der Vorsitzende: Also die Argumentation war, machen Sie es lieber privat und setzen Sie es von der Steuer ab, ich will es jetzt einmal übersetzen, als mit dem städtischen Fördermittel. So, mehr Wortmeldungen habe ich nicht. Es geht jetzt nur um den **Teil des CDU-Antrags** zu diesen Privatbäumen auf den eigenen Grundstücken. Und den stelle ich jetzt hier zur Abstimmung mit der Bitte um Ihr Votum ab, jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 318: Beschaffung, Lagerung und Wartung von Stadtmobiliar (GRÜNE)
(Vorlage: DHH/2025/6712)

Der Antrag Ö318 der GRÜNEN, den haben wir schon gestern behandelt, im Kontext mit dem Werderplatz, der ist damit erledigt.

6800 Zoo

Antrag Ö 319: HHS4_GR89 - Schließung und Räumung des Zoologischen Stadtgartens eine Stunde nach Kassenschluss
(Vorlage: 2025/1191)

Wir kommen damit zum Zoo ab Seite 407. Hier haben wir es auch wieder mit einigen Vorschlägen der Verwaltung zu tun, zu denen wir Ihre Zustimmung brauchen. Der Ö 319 begehrt die Schließung und Räumung des Zoologischen Gartens eine Stunde nach Kassenschluss. Das Ganze wird dann vorgezogen, wenn ich es richtig weiß. Und das stelle ich jetzt hier zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. – - Das wird **einstimmig zugestimmt**, vielen Dank.

Antrag Ö 320: HHS4_GR90 - Anpassung der Eintrittsentgelte
(Vorlage: 2025/1192)

Antrag Ö 321: HHS4_GR88 - Anpassung Eintrittsentgelte Zoologischer Stadtgarten - Anteil GBA
(Vorlage: 2025/1190)

Wir haben jetzt hier den 320, der auch gleichbedeutend ist mit 321. Es geht um die Anpassung der Eintrittsentgelte Zoologischer Stadtgärten. Das ist zweimal aufgeschlüsselt, weil wir hier eine unterschiedliche Verteilung auf Zoo- und Gartenbauamt haben, deswegen zwei Haushaltspositionen über denselben Eintritt aber auch zu vollziehen. Und dazu kommt Top 19, die Anpassung der Eintrittsentgelte.

(siehe separates Protokoll TOP 19)

Antrag Ö 322: Gänzliche Schließung des Karlsruher Zoos (SR Braun)
(Vorlage: DHH/2025/6801)

Dann rufe ich auf den Antrag Ö 322 von Herrn Stadtrat Braun. Den hatte er ja zurückgezogen, insofern müssen wir den nicht behandeln.

Antrag Ö 323: Eigenbetrieb Zoo auf den Weg bringen (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/2003)

Wir kommen damit zu Ö 323 der CDU, Eigenbetrieb Zoo auf den Weg bringen. Ich habe Ihren Antrag so verstanden, dass Sie schon festlegen, dass dann die Einheiten Gartenbauamt und Zoo in den gemeinsamen Eigenbetrieb münden sollen, weil wir hatten ursprünglich auch einmal andere Modelle diskutiert. Ich will nur darauf hinweisen, dass Ihr Antrag so formuliert ist, damit nur alle wissen, worüber Sie abstimmen. Sie schreiben die ursprünglich zurückgestellte Haushaltssicherungsmaßnahme Zusammenfassung der Anteile von Zoo und Gartenbauamt. So steht es drin.

Stadtrat Hofmann (CDU): Nein, das ist da nicht so gemeint. Das ist schon gemeint, dass der Zoo ein Konzept erstellt, im Prinzip den Zoo als Eigenbetrieb zu übernehmen.

Der Vorsitzende: Ohne die Anteile des Gartenbauamtes?

Stadtrat Hofmann (CDU): Ja.

Der Vorsitzende: Okay, gut, das ist ein Unterschied zu dem, was im Antrag steht. Das wollte ich nur klären, weil das innerhalb der Verwaltung sehr große Unterschiede macht.

Stadtrat Hofmann (CDU): Der Zoo soll schon das Ganze übernehmen.

Der Vorsitzende: Ja, also doch.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Also noch einmal, das hat ja jetzt heute weder mit dem TOP 19 noch mit dem Haushalt was zu tun. Und wir müssen das ja in einem Ausschuss besprechen.

Der Vorsitzende: Also wir haben uns ja an mehreren Stellen jetzt konzeptionell für die Zukunft hier auch festgelegt, selbst wenn es nur minimal oder gar keine Beiträge waren. Insofern tue ich mir jetzt schwer zu sagen, das verschieben wir jetzt noch einmal. Sie haben den Vorschlag gebracht, dass man es noch einmal in den Ausschüssen fachlich debattiert. Die antragstellende Fraktion ist damit nicht einverstanden, sondern möchte, dass hier jetzt abgestimmt wird. Und dann entscheiden Sie bei Ihrer Abstimmung, ob Sie dem heute folgen können oder eben nicht folgen können. Mir war nur noch einmal wichtig zu klären, denn wir hatten zeitweise auch über Eigenbetrieb nur für den Zooanteil gesprochen und teilweise Eigenbetrieb, der beides zusammenfasst. Und das meinen Sie, und darauf wollte ich nur noch einmal hinweisen, damit es hier keine Irritation auslöst.

Okay, das stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. - Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**. Dann müssen wir jetzt diesen Auftrag noch einmal umsetzen, und dann kommt das in die entsprechenden Ausschüsse. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass das nicht sponti-sponti geht, weil wir uns ja für 2026 schon vorgenommen haben, die Erarbeitung des Eigenbetriebs für die Stadtentwässerung für 2027 vorzubereiten. Und erst anschließend könnten wir uns kapazitätsmäßig auf den nächsten Weg machen. Damit hätten wir den Haushalt so hinter uns gebracht.

6900 Friedhof und Bestattung

Antrag Ö 324: HHS4_GR91 - Anpassung der Entgelte beim Friedhof
(Vorlage: 2025/1193)

Antrag Ö 325: HHS4_GR92 - Erhöhung des Kostendeckungsgrads in den gebührenfähigen Bereichen
(Vorlage: 2025/1194)

Antrag Ö 326: HHS4_GR92 - Keine Bestattungskosten bei Kindern und Jugendlichen unter 18 (KAL)
(Vorlage: DHH/2025/6901)

Ich rufe auf 6900, Friedhof und Bestattung. Hier haben wir die Vorschläge der Verwaltung Ö 324, Ö 325, hier eingebettet in eine Erneuerung der Friedhofsgebührensatzung unter TOP 6. Und zu diesem TOP 6 gibt es jetzt einen Änderungsantrag der Karlsruher Liste mit dem Titel „Keine Bestattungskosten für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren“. Beides rufe ich jetzt auf. Wir haben ja eine Satzung, Sie machen einen Änderungsantrag, deswegen machen wir die normale Reihenfolge, und das beginnt mit Frau Stadträtin Meier-Augenstein.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Die Satzung war ja vorberaten in den Ausschüssen. Wir gehen der heute auch mit, haben aber durchaus sehen eigentlich eine Notwendigkeit an dem Thema, den der KAL-Antrag beinhaltet, doch auch noch einmal ranzugehen. Wir wollen jetzt nur nicht, dass wir heute noch einmal die Satzung neu aufmachen und dann ja da noch einmal insgesamt eine Änderung brächten. sondern wir würden vorschlagen, die Satzung heute so zu beschließen. Und weil wir das ja jedes Jahr machen, dann beim nächsten Mal einfach dieses Thema aufzunehmen, dass sie uns da einfach auch einmal Zahlen vorlegen, wie viele Kinder sind es denn, die leider versterben, die älter als zehn Jahre sind. Und dann ist ja auch noch festzulegen, geht es um Kinder bis 18 Jahre oder bis 16 oder wo nimmt man da eine Grenze. Aber wir sehen schon, dass der Verlust eines Kindes einfach sehr schlimm ist für die Eltern und nicht dann aufhört beim Alter von zehn Jahren. Deswegen ist es uns ein Anliegen, da die KAL inhaltlich zu unterstützen, aber nicht heute, jetzt schon direkt mit dem Antrag.

Stadträtin Döring (KAL): Vielen Dank für das Angebot der CDU. Sie haben es schon gesagt, viele von uns hier sind auch Eltern. Niemand hat vor, sein Kind zu überleben. Was das bedeutet, möchten wir uns alle nicht vorstellen. Und deshalb war eben bei uns auch der Grund zu sagen, das hört eben nicht auf, wenn ein Kind elf wird, und wir möchten gerne hier eine größere Entlastung für die Familien dann schaffen, die sich in emotionalen Ausnahmesituationen befinden. Wir können aber sehr gut den Vorschlag mitgehen, dass wir das heute so beschließen und bitte dann in die nächste Satzungsüberarbeitung noch einmal mit reindiskutieren.

Der Vorsitzende: Keine Wortmeldung, das bedeutet, Sie würden Ihren Antrag aufrechterhalten, aber dann für die nächste Satzungsänderung vorsehen. Okay, dann stelle ich trotzdem erst einmal Ihren Antrag, der quasi eine Art **Ergänzungsantrag zur Entgeltsatzung** ist, jetzt hier zur Abstimmung und bitte um das entsprechende Votum ab jetzt. – Nachdem es eben wieder ein bisschen turbulent zugeht, guckt jetzt einmal bitte jeder, ob er sich wiederfindet. Findet sich jetzt jemand an der falschen Stelle, mit der falschen Farbe? Okay, damit ist der Antrag **angenommen** und würde dann bei der nächsten Gebührensatzungsänderung berücksichtigt.

(siehe separates Protokoll TOP 6)

Wir haben bei dem Vorschlag der Verwaltung Ö 324 im Moment noch gerade eine gewisse Unklarheit, ob alle Entgelte, die wir uns davor genommen haben, in dieser Friedhofsgebührensatzung abgebildet sind. Wir klären das noch einmal. Möglicherweise kommt da noch einmal eine Entscheidung auf Sie zu. Wir sind damit mit den Friedhöfen und Bestattungen durch.

7200 Märkte

Wir kommen damit zu den Märkten, Teilhaushalt 7200. Hier haben wir unter TOP 4 die Neufassung der Satzung über die Wochenmärkte der Stadt Karlsruhe. Und wir haben den TOP 5 Satzung über die Wochenmärkte der Stadt Karlsruhe. zur Änderung der Gebührensatzung der Stadt Karlsruhe. Da gibt es einen Änderungsantrag der GRÜNEN. Jetzt rufe ich erst einmal auf den Tagesordnungspunkt 4, Neufassung der Satzung über die Wochenmärkte. Gibt es dazu Redebedarf?

Stadträtin Wolf (GRÜNE): Jetzt habe ich ja auch wieder drei Minuten Redezeit, die möchte ich gerne nutzen, um kurz unseren Änderungsantrag vorzustellen und vielen Dank auch, dass in der kurzen Zeit noch eine Stellungnahme kam. Was wir erwartet haben, auch nach der Diskussion im Haupt- und Finanzausschuss. Auch mit der Querfinanzierung über den Messplatz, den Sie da angesprochen haben, reicht uns das nicht. Wir finden die durchaus positiven Entwicklungen auf dem Messplatz sollten dem allgemeinen Haushalt und den vielen anderen Aufgaben, die wir haben, zugutekommen und nicht eben den Jahrmärkten, wo wir hier über die Gebühren sprechen. Wir wollen ja nicht die Gebühren morgen auf 100 Prozent erhöhen, aber aus unserer Sicht sollte das Ziel schon eine Kostendeckung an der Stelle sein. Deswegen ist es uns wichtig, das Ziel zu beschließen, die Gebühren für 2026 sind aus unserer Sicht auch so okay, aber für 2027 soll es eben in die richtige Richtung gehen und aus unserer Sicht ist da eine Gebührenabsenkung, also eine Senkung des Kostendeckungsgrades, wie es im Moment da drinsteht, ist einfach eine Erhöhung unseres städtischen Zuschusses. Das ist aus unserer Sicht nicht verhältnismäßig.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Wir haben ja dieses Thema der Satzung in mehreren Ausschüssen vorberaten und insofern ist es jetzt auch für uns schwierig, wenn am Tag vorher noch so ein Änderungsantrag kommt. Das nur mal vorab gestellt. Wir gehen der Verwaltungsvorlage mit, weil wir das auch so vorberaten haben. Natürlich ist es so, dass es wünschenswert wäre, wir hätten die 100 Prozent erreicht, aber wir müssen auch immer berücksichtigen, dass gerade in diesem Bereich bei den Jahrmärkten und Kerwen und sonstigen Volksfesten wir ja kontinuierlich die Gebühren erhöht haben in den letzten Jahren. Irgendwann ist halt auch die Schmerzgrenze für die Schausteller und Beschicker usw. erreicht, denn die haben ja daneben auch noch weitere Kostensteigerungen aktuell und absehbar was Mindestlohn, Strom und dergleichen anbelangt. Wir wollen ja gerade diese Feste auch für unsere Bevölkerung. Das ist ein niedrigschwelliger Zugang ohne Eintritte für alle ein bisschen Spaß und Freude für Familien und alle Menschen in unserer Stadt. Deswegen denken wir, dass wir da ein gutes Maß gefunden haben, wie wir es jetzt in der Vorlage haben und wir lehnen somit den Antrag der GRÜNEN ab und gehen der Vorlage mit.

Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz: Frau Wolf, Sie hatten das ja schon angekündigt im Haupt- und Finanzausschuss. Frau Meier-Augenstein hat das eigentlich sehr schön zusammengefasst. Wir haben in den vergangenen Jahren deutliche Gebührenerhöhungen in dem Bereich vorgenommen und unser Ziel war natürlich Verlässlichkeit auch für die Schaustellerinnen und Schausteller. Wir haben einen Überschuss im Bereich des Messplatzes durch die privatwirtschaftlichen Erlöse, die wir parallel erzielen und insofern haben wir uns dann dafür, für diese Variante entschlossen. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass es ja nicht nur um die Mess geht, Frühlingsmess oder Herbstmess, sondern es geht auch in diesem Bereich um die Kirchweihen in Neureut, Mühlburg und Hagsfeld, die ja ebenfalls in dieser Satzung mit verankert sind und wir versucht haben, da einen ordentlichen Ausgleich

hinzubekommen. Insgesamt haben wir einen Überschuss und insofern war das unsere Empfehlung und so hatten wir es sowohl im AföE als auch im Haupt- und Finanzausschuss ausgeführt.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, dann würde ich jetzt erst den Änderungsantrag der GRÜNEN hier aufrufen und um das entsprechende Votum bitten und zwar ab jetzt – das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Jetzt rufe ich auf TOP 5, die Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für Märkte usw. und hier bitte jetzt hier um Ihr Votum ab jetzt - das ist Einstimmigkeit, vielen Dank.

(siehe separates Protokoll TOP 4, TOP 5)

Antrag Ö 324: HHS4_GR91 - Anpassung der Entgelte beim Friedhof (Vorlage: 2025/1193)

Ich muss mit Ihnen noch einmal kurz zu den Friedhöfen und zu den Bestattungen zurückkehren. Da gibt es einen Antrag, Ö 324 der Stadtverwaltung, die Entgelte auch so zu erhöhen, dass wir auf 50.000 Euro Mehreinnahmen kommen. Das sind nicht die Entgelte, die in der Friedhofsgebührensatzung geregelt sind, sondern die separat aufgerufen werden, beispielsweise Grabpflege und ähnliche Dinge, weil sich das ja im Grunde um zusätzliche Dienstleistungen handelt, die hier auch das Friedhofsamt erbringt. Und da ist es unsere Bitte, dass Sie dieser Erhöhung dieser Entgelte auch ebenfalls zustimmen. Und ich bitte Sie deswegen um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**; Vielen Dank.

7400 Stadtentwässerung

Wir kommen damit zum Teilhaushalt 7400 Stadtentwässerung. Da gibt es eine ganze Menge, was über die Veränderungsliste verändert worden ist. Darauf will ich Sie einfach nur hinweisen. Hier abzustimmen haben wir dazu nichts.

8000 Wirtschaftsförderung

Antrag Ö 327: Innenstadt beleben durch Erhalt der Quartiersbudgets (Volt) (Vorlage: DHH/2025/8001)

Wir kommen zum Teilhaushalt 8000 Wirtschaftsförderung. Da gibt es einige Anträge. Ich rufe auf den Antrag mit der Nummer Ö 327 der Volt-Fraktion, Innenstadt beleben durch Erhalt der Quartierbudgets. Das rufe ich jetzt hier auf, Herr Stadtrat Gaukel.

Stadtrat Gaukel (Volt): Wir hatten ja heute schon häufiger das Thema, die Einzelhändler, die Fußgängerzone, die Innenstadt, da müssen wir was tun. Das ist auch die Grundlage für unseren Antrag gewesen. Wir haben die Fußgängerzone, ich möchte sie noch nicht schöne Fußgängerzone nennen, weil sie noch nicht fertig ist, aber wir werden dann hoffentlich bald eine schöne neue Fußgängerzone haben. Wenn bis dahin dann aber der Großteil der Einzelhändler oder der guten Einzelhändler, nenne ich es einmal, aufgeben musste, dann

bringt uns die schöne Fußgängerzone auch nichts, wenn sie tot ist, daher der Vorschlag, sie zu beleben. Wir haben ja vorhin auch über das Stadtmobiljahr geredet, da war auch ein wichtiger Punkt für uns, das, was man da reinmacht, gerade eben diese Quartiersvereine aufnehmen. Es gab die Bundesförderung ZIZ, Zukunftswege Innenstadtzentren, wo es eben diese Quartiersbudgets gab und sich da jetzt auch in drei der vier Quartiere in der Innenstadt Vereinige gegründet haben, also auch hier ehrenamtlich zusammen mit e.V., zum Beispiel das Marktplatzkarree, die sich zusammengeführt haben und eben sich darum kümmern, die Innenstadt zu beleben, gemeinsam Projekte machen. Wie so oft leider hört der Bund irgendwann mit seinen Förderungen auf, und diese Förderung läuft aus. Das ist sehr schade, weil da haben sich jetzt eben Menschen zusammengefunden, die was machen möchten, und wir sagen, hey, lasst uns da weiterhin unterstützen, zumindest mit einer kleinen Summe, damit die Vereinsgründungen nicht umsonst waren und wir eben weiterhin auch dafür sorgen können, dass die Innenstadt belebt bleibt. Daher in dem Fall jetzt 40.000 für die vier Quartiere, damit diese Mobiliar beschaffen können, Veranstaltungen machen können, am Ende sind wir auch überzeugt, der Mehrwert für die Stadt ist deutlich höher, weil es zeigt sich gerade auch bei Bankbeschaffungen, dass wenn das über solche Vereine beschafft wird, ob Marktplatz Carré oder SIC, dass das am Ende auch deutlich teurer ist, als wenn wir zum Beispiel unsere Fußgängerzonenbänke anschauen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Damit stelle ich den Änderungsantrag Volt Ö327 zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – **Mehrheitliche Ablehnung.**

Antrag Ö 328: Energieforum (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/8002)

Antrag Ö 329: Cyberforum Smart Production (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/8003)

Ich rufe auf den Antrag Ö 328 der AfD-Fraktion. Da geht es um das Energieforum und eine Zuschusskürzung.

Stadtrat Schnell (AfD): Wir halten dieses Energieforum im Kontext zu der knappen Haushaltslage für verzichtbar. Und ich gehe auch gleich noch auf Ö 329 ein. Beim Cyberforum Smart Production schlagen wir vor, die Zuschüsse für 2026 um 15 Prozent und 2027 um 30 Prozent zu kürzen. Die müssen langsam einmal in die Pötte kommen, dass sie zunehmend eigenwirtschaftlich arbeiten, danke schön.

Damit kommen wir in die Abstimmung. Ich rufe auf den **Antrag zum Energieforum** und bitte hier um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung.**

Ich rufe auf **Ö 329**, Cyberforum Smart Production. Ich darf festhalten, dass Frau Stadträtin Akbaba wegen Befangenheit an der Abstimmung und auch hier an der Diskussion nicht teilnimmt. Und ich rufe auf und bitte um das Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung.**

Antrag Ö 330: Vollständiger Verzicht auf die Erstwohnsitzkampagne (GRÜNE)
(Vorlage: DHH/2025/8004)

Antrag Ö 331: Effekte Festival: städtischen Zuschuss um 20 % reduzieren (GRÜNE)
(Vorlage: DHH/2025/8005)

Antrag Ö 332: Effekte-Reihe streichen (GRÜNE)
(Vorlage: DHH/2025/8006)

Ich rufe auf den Antrag der GRÜNEN unter der Ziffer Ö 330, Verzicht auf Erstwohnsitzkampagne.

Stadträtin Dr. Heynen (GRÜNE): Ich werde zu den drei Anträgen gemeinsam sprechen. Hinter uns liegen anstrengende Wochen, in denen wir mit Bürger und Bürgerinnen, aber auch untereinander über die Kürzung und die Abwehr von Kürzungen gesprochen haben. Wir haben auch darum gerungen, wie man einen nachhaltigen Haushalt führen kann und verabschieden kann. Man merkt ja an den Entscheidungen von gestern und heute, dass es nicht wirklich einfach ist. Das Ergebnis der Diskussion ist, dass wir auch Vorschläge generiert haben, wo tatsächlich gekürzt werden könnte, und zwar in einem gewissen Konsens mit den Menschen, die sie auch an uns gewandt haben. Und das ist das Ergebnis der drei Anträge, die wir stellen. Das eine ist die Erstwohnsitzkampagne, die ja auch vorgeschlagen wurde oder beschlossen wurde, die einzustellen, aber 245.000 Euro, die daraus bleiben, für neue Formate zu gewinnen. Unsere Überzeugung ist, dass junge Menschen in dieser Stadt bleiben, hier Arbeit suchen, hier Familien gründen und hier wohnen bleiben, wenn die Stadt insgesamt attraktiv ist, das heißt, wenn die Kultur lebendig bleibt, wenn das Grün erhalten bleibt und all das, was wir in den letzten zwei Tagen beschlossen haben, auch Bestand hat. Unser Vorschlag ist deswegen, die 245.000 einfach einzusparen und so in den Haushalt einfließen zu lassen für das, was wir entschieden haben.

Die beiden weiteren Punkte, wir können die Stellungnahme der Verwaltung nachvollziehen, wenn wir eine andere Finanzsituation hätten, wäre das selbstverständlich, alles ungerührt zu lassen. Aber unser Vorschlag ist auch, bei der Effekte-Reihe und bei dem Effekte Festival zu kürzen, um andere Sachen, die im Alltag der Menschen Relevanz haben, zu finanzieren, vielen Dank.

Stadträtin Böringer (FDP/FW): Ich will ganz kurz was sagen zu dem Thema Verzicht auf Erstwohnsitzkampagne und diesen entsprechenden Betrag. Frau Erste Bürgermeisterin weiß es, es war zunächst einmal ein wesentlich größerer Betrag, der ist zusammengeschrumpft worden, auch im Ausschuss für Wirtschaftsförderung oder Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft, wie er jetzt heißt. Es gab dort ein wirklich ganz überlegenswertes Konzept, wie wir insbesondere Studierende mit einer überschaubaren Kampagne an die Stadt binden, sodass sie irgendwann einmal sagen, ja, wir bleiben auch hier. Natürlich hat es mit Wohnen zu tun, es hat auch mit Arbeitsplätzen zu tun. Also insofern, ich würde da ungern auf diese Kampagne verzichten. Was die Effekte und das Festival anbelangt, also die Effekte-Reihe würde ich auf keinen Fall streichen, das sage ich ganz ehrlich. Bei dem Festival kann man vielleicht 20 Prozent reduzieren, vielen Dank, aber vielleicht wenn Sie noch etwas sagen könnten, Frau Erste Bürgermeisterin.

Stadträtin Schütz (CDU): Wir unterstützen den Verwaltungsvorschlag für die Neukonzeption der Erstwohnsitzkampagne und stimmen gegen den GRÜNEN-Antrag, weil wir glauben, dass dadurch erstens einmal größere Sparmaßnahmen und zweitens durch die Vorschläge der Verwaltung, dass wir dem Antrag folgen. Die Effekte, Festival, werden wir ablehnen, denn wir glauben, dass das eine gute Möglichkeit ist, um auch mehr unserer Hochschulen und was geleistet wird, auch mit der Stadt, mit der Kultur zu verbinden und das auch eine Wirtschaftsförderung ist. Deswegen lehnen wir die Streichung hier ab.

Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz: Ich möchte gerne noch drei Hinweise geben. Wenn wir diese 245.000 Euro nicht mehr zur Verfügung haben, das habe ich im Ausschuss auch gesagt, werden wir im Bereich der Studierendenstadt kein einziges Angebot mehr haben. Das muss jedem bewusst sein. Das waren Restformate, die aus den 245.000 Euro zur Verfügung gestellt werden. Die ganzen Veranstaltungen zielen darauf, die Studierenden mit zukünftigen Arbeitgebern in Connection-Netzwerke aufzubauen. Und das ist ein herber Schlag im Bereich der Akquise von Fachkräften für unseren Wirtschaftsstandort, wenn diese Mittel uns verloren gehen würden. Aber wie gesagt, das habe ich auch im Ausschuss bereits ausgeführt. Bei dem Thema Effekte-Reihe und Effekte Festival würde ich gerne noch einmal auf die Stellungnahmen verweisen. Wir haben uns das natürlich angeschaut. Wir haben uns das auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Vorfeld angeschaut, bevor wir an die Erstwohnsitzkampagne herangegangen sind und die ja eigentlich damit auch komplett gar nicht mehr besteht. Das sind zukünftige Formate, wie ich ausgeführt habe. Wenn wir diese Vorschläge umsetzen würden, würde das bedeuten, dass wir diese Formate teilweise auch zur Disposition stellen müssen, weil es keine Synergieeffekte sind. Und damit würden wir die kompletten Formate der Wissenschaftsstadt Karlsruhe eigentlich einstellen. Und damit würde die Wissenschaftsstadt Karlsruhe eigentlich mit null Ressourcen dastehen.

Stadtrat Gaukel (Vlt): Danke auch noch einmal für die Ausführungen, auch in welchem Kontext das ist. Wir hatten auch darüber nachgedacht, natürlich auch, wenn man vorhin noch einmal die hohe Defizitsumme gesehen hat, die es schon gibt. Trotzdem am Ende finden wir eben gerade auch den Wirtschaftsstandort, zu dem wir uns ja immer noch kennen, da könnte man ja auch noch einmal über Prioritäten irgendwann sprechen., ist das eben wichtig. Dennoch konnten wir am Ende uns dazu entscheiden, dass wir bei der Reduzierung des Effekte Festivals mitgehen, bei dieser 20-Prozent-Reduktion, weil eben das Festival dadurch trotzdem noch stattfinden kann und gerade auch hier wir doch durchaus auch die Möglichkeit sehen, das KIT dort mehr in die Finanzierung mit reinzunehmen. Da ist ja auch definitiv die Öffnung da, mehr auch in den Stadtraum zu gehen, jetzt auch mit dem neuen Präsidenten, sieht man ja gerade am Kronenplatz, deswegen glauben wir schon, dass da definitiv die Möglichkeit ist, mit größerer Beteiligung des KIT da trotzdem auch ein sehr gutes Festival zu haben.

Stadtrat Schnell (AfD): Dass ich das noch erleben darf, seit 2019 Gemeinderat, drei vernünftige Anträge der GRÜNEN hintereinander hatte ich bisher noch nicht. Und das Thema Networking muss man ganz einfach sagen, es gibt bonding, es gibt AIESEC, da brauchen wir das nicht auch noch.

Stadtrat Noé (FDP/FW): Wir haben drei Anträge, deswegen gibt es auch noch eine zweite Stellungnahme aus unserer Fraktion. Ich finde es ja schon interessant, dass die GRÜNE-Fraktion, die ja sonst immer nach der Wissenschaft ruft, hört auf die Wissenschaft, auf

einmal jetzt im Jahr, wo wir 200 Jahre KIT feiern, wo wir das KIT in die Öffentlichkeit bringen, in dem Bereich da sparen will, will ich einfach nur festhalten. Genauso möchte ich festhalten, dass die GRÜNE-Fraktion zwar auf die Erstwohnsitzkampagne, also aufs Zuckerle für die Neustarter hier verzichten will, aber keine Probleme mit der Zweitwohnungssteuer hat.

Der Vorsitzende: Jetzt gibt es keine weiteren Wortmeldungen. Sie haben ja automatisch das nächste Thema schon in die Diskussionsrunde aufgenommen, deswegen war ich ja zeitweise etwas verwirrt, sorry. Dann würde ich jetzt formal noch einmal die beiden Effekte-Anträge mit aufrufen. Es ist aber, glaube ich, jetzt dazu auch alles gesagt. Insofern können wir die jetzt hintereinander zur Abstimmung stellen, wenn Sie einverstanden sind.

Dann rufe ich jetzt auf **Ö 330**, Verzicht auf Erstwohnsitzkampagne, und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich rufe auf den grünen-Antrag **Ö 331**, Effekte Festival, städtischen Zuschuss um 20 Prozent reduzieren, und bitte auch hier um Ihr Votum ab jetzt. – Der wird **mehrheitlich angenommen**.

Wir kommen damit zu **Ö 332**, auch einen grünen-Antrag, Effekte-Reihe streichen. Und da bitte ich um das Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich würde dennoch einen Aspekt von Ihnen, Herr Stadtrat Gaukel, aufnehmen. Das KIT hat sich ja dieses Jahr sehr stark in die Stadt entwickelt. Wir haben aber im Grunde mit dem Science Week und dem Effekte Festival ein bisschen eine Parallele. Das eine ist mit allen Institutionen, das andere ist KIT alleine. Vielleicht kann man daran arbeiten, dass man das stärker miteinander verschränkt. Ich glaube, dass es am Ende für alle Beteiligten ein Vorteil wäre. Also das nehme ich auch, wenn ich mir dieses Jahr anschau, noch einmal als möglichen Impuls auf, aber da müssen dann am Ende alle bereit sein, sich aufeinander einzulassen.

8200 Forsten

Antrag Ö 333: HHS4_GR94 - Selbstständige Verpachtung der Eigenjagdbezirke Wald (ab 2030)

(Vorlage: 2025/1196)

Ich rufe damit auf den Teilhaushalt Forst und rufe auf hier die Ordnungsnummer Ö 333, die selbstständige Verpachtung der Eigenjagdbezirke Wald, ein Vorschlag der Verwaltung, der aber erst ab dem Jahr 2030 greift. Da werden wir sicherlich vorher noch einmal irgendwas an Satzungen oder so etwas brauchen. Jetzt geht es erst einmal um die grundsätzliche Übereinstimmung mit Ihnen, und ich bitte Sie jetzt hier um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist **einstimmige Zustimmung**.

Antrag Ö 334: HHS4_GR98 - Kürzung Zuschuss für Naturschutzzentrum Rappenwört
(Vorlage: 2025/1211)

Dann rufe ich auf Ö 334, ebenfalls einen Vorschlag der Verwaltung, Kürzung des Zuschusses für das Naturschutzzentrum Rappenwört. Ich sehe keine Wortmeldung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Auch das ist **mehrheitliche Zustimmung**.

Antrag Ö 335: HHS4_GR93 - Stellenstreichung Forstwirt*in
(Vorlage: 2025/1195)

Ich rufe auf den Antrag, den Vorschlag der Verwaltung oder Antrag der Verwaltung Ö335, Stellenstreichung einer Stelle für einen Forstwirt, eine Forstwirtin. Und wir haben hier interfraktionell einen Antrag der GRÜNEN, der Karlsruher Liste und Herrn Stadtrat Kalmbach auf Erhalt dieser Stelle.

Stadträtin Dr. Klingert (GRÜNE): Der Wald kämpft mit der Klimakatastrophe. Einige Jahre lang war es deutlich zu heiß und trocken, dieses Jahr zu nass, und viele Bäume wurden Opfer von Pilzen und Schädlingen in einem Ausmaß, das wir früher so überhaupt nicht erwartet hätten. Wenn der Wald kämpft, kämpfen auch die Forstwirt*innen. Die Aufgaben werden vielfältiger, um die Kernfunktionen des Waldes, zum Beispiel die Biodiversität, aber auch die Erholungsfunktionen für uns zu erhalten. Wirtschaftliche Verwertung spielt nur noch eine untergeordnete Rolle. Im vergangenen Jahr etwa entfiel ungefähr ein Viertel der Arbeitszeit der Forstwirte auf die Zusatzaufgaben der Verkehrssicherung. Außerdem müssen sie mit größerer Artenvielfalt und viel kleinteiliger anpflanzen, um den Wald resilient und zukunftsfähig umzubauen. Anstatt Personal abzubauen, sollten wir eigentlich zuzubauen, aber natürlich nicht auf Kosten des Klimaschutzes. Ein Personalzubau ist gerade einfach unmöglich, aber den vorhandenen Bestand an Personal wollen wir zumindest erhalten. Deshalb stellen sich die GRÜNEN, die KAL und FÜR gegen die Streichung dieser Stelle in der Forstwirtschaft.

Stadtrat Hock (FDP/FW): Kollegin Klingert hat jetzt schon einiges gesagt, was ich dann auch noch gesagt hätte. Im Forstbereich ist es natürlich so, der Forst leidet, der Wald leidet und natürlich die Aufgaben für die Forstmitarbeiterinnen und -mitarbeiter werden mannigfaltig mehr und immer mehr. Und die Schwierigkeit ist auch natürlich immer, die Bäume zu begutachten, die kurz vor dem Umfallen auf Waldwegen sind. Und das erfordert enorm viel Zeitaufwand. Und in diesem Bereich haben wir natürlich da jetzt ein richtiges Problem, denn wir können nicht als Stadt... Und das möchte ich auch klar hier sagen, wir hatten den Vorfall ja in der Waldstadt, und das kann immer wieder vorkommen, das muss man leider Gottes sagen, aber wir können es verringern, indem wir in dem Bereich auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung stellen, dass der Forst seinen Aufgaben auch durchführen kann. Deshalb würden wir uns diesem Antrag gerne anschließen und würden das auch gerne unterstützen. Wir haben ja bei der KEK einmal diskutiert und haben dann auch einen Gegenvorschlag gemacht. Da wurden die Vorstellungen von uns da einmal auf den Weg gebracht. Das wurde aber da natürlich jetzt abgelehnt. Dafür würden wir aber jetzt sagen, dann gehen wir gerne diesen Vorschlag interfraktionell mit und würden das gerne unterstützen.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Ich rufe damit den interfraktionellen Antrag **GRÜNE, Karlsruher Liste, Stadtrat Kalmbach** auf und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Wir haben damit eine **Zustimmung**. Damit hat sich unser Vorschlag erledigt, und die Stelle wird weiter existieren.

8800 Hochbau und Gebäudewirtschaft

Antrag Ö 337: HHS4_V305 Reinigung in Schulen wie gewohnt fortsetzen (CDU) (Vorlage: DHH/2025/8803)

Damit wären wir mit dem Forst durch, und wir steigen jetzt schon einmal in Hochbau und Gebäudewirtschaft ein. Hier haben wir vorgeschlagen eine Standardreduktion bei der Unterhalts- und Glasreinigung in der Gebäudereinigung. Das ist etwas, was wir selbst entscheiden können. Jetzt gibt es dazu einen CDU-Antrag, der den bisherigen Standard erhalten möchte.

Stadtrat Schütz (CDU): Für die CDU ist klar, dass Reinigungsleistungen wirtschaftlich durchgeführt werden müssen. Gleichzeitig sind saubere Schulen aber auch Grundvoraussetzungen für erfolgreiche Bildung. Die Schulleiterinnen und Schulleiter in Karlsruhe sehen die Gefahr, dass wir durch diese Absenkung des Standards hier das Risiko eingehen, dass es so nicht mehr stattfinden kann. Deswegen werben wir um Unterstützung zu unserer Ablehnung des Verwaltungsvorschlags.

Der Vorsitzende: Ich rufe damit auf den **Änderungsantrag der CDU** und bitte um ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 338: HHS4_GR97 - Projekteinstellung "Erhöhung der Eigenreinigung bei der Unterhaltsreinigung auf 50% " (Vorlage: 2025/1199)

Antrag Ö 339: HHS4_GR97 Projekt "Erhöhung der Eigenreinigung bei der Unterhaltsreinigung auf 50 % " (GRÜNE, SPD, Die Linke) (Externe: DGB Deutscher Gewerkschaftsbund) (Vorlage: DHH/2025/8802)

Ich rufe dann auf, aus den Maßnahmen, die die Verwaltung vorschlägt, den Antrag Ö338, dass wir das Projekt einstellen, die Erhöhung der Eigenreinigung bei der Unterhaltsreinigung auf 50 Prozent. Das würde faktisch dazu führen, dass wir bei 76 Prozent Fremdreinigung bleiben und die schon einmal zusätzlich eingestellten Summen für die Umsetzung dieses Projektes eben einsparen könnten. Es gibt dazu einen interfraktionellen Antrag unter Ö339 und von GRÜNE, SPD, Die Linke und Externe. Also GRÜNE, SPD, interfraktionell, Die Linke und extern kommt der Antrag des Deutschen Gewerkschaftsbundes dazu. Die Linken möchten, dass diese von uns vorgeschlagene Haushaltsmaßnahme komplett zurückgeht. genommen wird. GRÜNE und SPD begehren, dass wir die um zwei Jahre verschieben, also nicht komplett zurücknehmen, sondern um zwei Jahre verschieben.

Stadträtin Wolf (GRÜNE): Ich finde das nach wie vor ein wichtiges Projekt, und ich bin auch überzeugt davon, dass wir am Ende nicht Geld drauflegen, sondern dass wir, wenn wir das komplett umsetzen, am Ende auch Geld sparen können. Wir wollen gerne an diesem Grundsatzbeschluss festhalten, auch wenn wir den Kompromiss hiermit gehen, dass es in den nächsten zwei Jahren nicht weiter erhöht wird, die Eigenreinigung. Aber wir wollen am Ende nicht bei unseren Beschäftigten sparen oder durch Tariffucht oder Lohndumping

hier unseren Haushalt sanieren. Deswegen wollen wir weiterhin an diesem Grundsatzbeschluss festhalten. Ich will noch einen wichtigen Punkt hinzufügen, denn dieses Projekt war auch Teil einer Einigung mit dem Gesamtpersonalrat, dass nämlich die Leistungswerte für unsere eigenen Reinigungskräfte angepasst werden. Das ist ein Punkt, an dem wir sparen einfach. Und dieser Teil der Vereinbarung ist umgesetzt worden. Der andere Teil ist, dass wir an unserer Grundsatzentscheidung festhalten und die 50-Prozent-Reinigung perspektivisch umsetzen. Daran wollen wir festhalten.

Stadtrat Hofmann (CDU): Im Endeffekt werden wir ja da noch ein paar Mal darüber diskutieren, da es jetzt nur verschoben wird, das Ganze, aber trotzdem ganz kurz dazu. Wir treten, und deswegen lehnen wir es auch weiter ab, weiter in Konkurrenz, vor allem zum freien Markt. Und es ist nicht, dass das schlechter ist, alles, was dort am freien Markt ist, als wenn wir das selber machen. Und eben haben wir abgelehnt, dass die Standards beibehalten werden. Die Reinigungen der Schulen sind teilweise sehr schwierig, aber das eigene Personal, da können Sie hier rumgehen oder unterhalten Sie sich auch mit den zuständigen Dezernaten, die Schulen werden nicht sauberer durch eigenes Personal geputzt als durch Fremdpersonal. Und von daher muss man einfach versuchen, dort entsprechend anzusetzen, aber wie gesagt, das Thema wird uns weiter begleiten.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Die SPD-Fraktion übernimmt Verantwortung. Verantwortung heißt für uns einerseits Verantwortung für die Mitarbeitenden der Stadt Karlsruhe. Gleichermassen geht es uns aber darum, eine gute Qualität bei der Reinigung städtischer Gebäude, insbesondere hinsichtlich Schulen und Kitas, zu gewährleisten. Uns liegt das Projekt weiterhin am Herzen, und wir sehen aber gleichermaßen in der Verantwortlichkeit für den Haushalt die Notwendigkeit, hier eine Pause, eine Karenzzeit einzulegen, auch deshalb, weil das versprochene Qualitätsmanagement hinsichtlich der Standards weiterhin noch nicht da ist. Unsere Bitte, unser Appell wäre, dass die Zeit genutzt wird, entsprechend ein Qualitätsmanagement zu implementieren und perspektivisch wieder die Hand auf die Reinigung städtischer Gebäude zu bekommen, eben mit einer sukzessiven Erhöhung um 5 Prozent ab 2028.

Stadtrat Böringer (FDP/FW): Dieses Thema hatten wir schon mehrfach, ich sage es jetzt einmal, auch im Personalausschuss. Es gab immer eine gewisse Quote, ich weiß es nicht, waren es 20, 25 Prozent, was die Reinigung anbelangt, die vom eigenen Personal erfolgt. Was hinzukommt und was uns dazu bewegt zu sagen, lass uns doch einmal die Gewerbebetriebe nutzen, die das langjährig gemacht haben, und Gewerbebetriebe, die hier aus der Gegend kommen und die zur Zufriedenheit auch der Verwaltung sind, das weiß ich, ich gucke jetzt gerade Herrn Bürgermeister Dr. Käuflein an, der auch immer wieder gesagt hat, alles bestens. Ich bin der Auffassung, wir sollten auf keinen Fall diese 50 Prozent wieder dem Personal aufbürden, sondern das Projekt zunächst einmal stoppen. Ich bin mit der Verwaltungsvorlage einverstanden.

Stadträtin Geißinger (Voll): Für uns ist es zwar die erste Runde, aber tatsächlich sind wir voll und ganz dabei, das Ziel weiter zu verfolgen. Wir werden uns allerdings dem Antrag der GRÜNEN und SPD anschließen und nicht der Linken und das temporär erst einmal aussetzen, einfach weil die Mittel gerade knapp sind. Ich möchte aber trotzdem auf ein, zwei Punkte noch eingehen. Ja, der Grund, warum es günstiger ist, ist tatsächlich nicht, weil sie schlechter reinigen, sondern weil sie schlechter bezahlen. Das hat Leonie auch schon aufgeworfen gehabt, und es ist nun einmal einfach so, jetzt muss man sich noch dazu

überlegen, dass diese Firmen auch noch einen Gewinnzuschlag haben. Das heißt, wenn man einmal runterrechnet, wie viel schlechter müssen sie die tatsächlich bezahlen, dass sie trotz dessen, dass sie ja einen Gewinnzuschlag machen, immer noch günstiger sind. Das kann man sich gerne einmal anschauen. Außerdem muss man auch dazu sagen, jetzt reden wir hier von Konkurrenz am Markt durch die Stadt machen. Na ja, wir könnten ganz viele Dinge outsourcen, das ist aber einfach nicht immer der richtige Weg. Und außerdem wissen wir auch aus dem Klinikum beispielsweise, dass durch Eigenreinigung tatsächlich sogar Effizienzsteigerungen erreicht werden können. Also wenn wir da weiter in Austausch gehen, glaube ich, können wir da auf lange Sicht mit Sicherheit auch tatsächlich günstiger werden.

Stadtrat Berghoff (Die Linke): Es geht hier jetzt auch nicht um die Qualität der Arbeit, also darum, wie sauber ist jetzt der Boden, sondern es geht um Arbeitsbedingungen für Menschen. Und wir sprechen hier über Reinigungskräfte. Das ist eine Branche, die neben Lieferant*innen mit am prekärsten ist. Dahinter stehen teilweise Strukturen mit Arbeitsbedingungen an der Grenze zur Ausbeutung und auch darüber hinaus. Da geht es um niedrige Bezahlung, unbezahlte Mehrarbeit und schlechterer Arbeits- und Gesundheitsschutz. Und die Rekommunalisierung ist ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Eine Auslagerung ist zum einen der Rückschritt und zum anderen ist es auch eine Rechnung, die eben nicht aufgeht. Das wurde auch schon erwähnt. Gesamtgesellschaftlich verursachen wir nämlich zusätzliche Probleme und Folgekosten. Und wir stehen hier an der Seite der Beschäftigten. Wir streiten für gute Arbeitsbedingungen. Und wir haben unseren Antrag mit dem Antrag der DGB-Delegiertenkonferenz verknüpft, da unsere Anliegen deckungsgleich sind. Und wir möchten uns hier nachdrücklich für eine Fortführung und Umsetzung der Erhöhung der Eigenreinigung aussprechen und hoffen auf Unterstützung.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Ich versuche immer zu verstehen, warum ist die Stadt, wenn sie was macht, so viel teurer. Ich habe das versucht nachzuvollziehen bei der Abfallwirtschaft zum Beispiel. Da ging es um, können wir konkurrieren bei der Ausschreibung, können wir selber teilnehmen an der Ausschreibung. Und da wurde mir gesagt, es ist nicht die Arbeit an sich, die so viel teurer ist, sondern der Overhead. Wir schaffen immer einen Hintergrund, eine Bürokratie, wir schaffen ein neues Amt, wir schaffen neue Positionen, und die kommen immer auf die Kosten drauf. Deswegen sind wir immer teurer. Es geht nicht um die Qualität von Leistungen, es geht nicht um die Qualität von Beziehungen, von der Arbeitsbeziehung, sondern es geht darum, dass wir immer ein Apparat schaffen und mit Apparat wird es immer teurer. Deswegen müssen wir das ablehnen.

Stadtrat Kehrle (CDU): Nur eine ganz kurze Frage an die Linke: Sie kennen aber den bundeseinheitlichen, allgemeinverbindlichen Tarif für Gebäude und Glasreiniger, oder?

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Genau darum geht es, der ist nämlich richtig beschissen.

Der Vorsitzende: Also mir ist noch einmal wichtig, die Fremdfirmen, die bei uns arbeiten, da unternehmen wir alles, was möglich ist, dass sie tariftreu arbeiten. Also diesen Vorwurf, da wird Tariffucht begünstigt und alles, trifft auf das, was wir versuchen, über entsprechende Bestätigungen und so weiter in den Griff zu kriegen und auch auszuschließen, diese Vorwürfe treffen nicht zu. Dennoch ist die Leistung für uns günstiger, als wenn wir es über eigene Leute erbringen, weil es hier um unterschiedliche Tarifverträge geht und weil

es möglicherweise auch noch andere Effekte gibt. Da kann man darüber diskutieren, inwieweit die ausgeprägt sind oder nicht. Das ist mir an der Stelle nur einfach ganz wichtig.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Ich wollte jetzt auch nicht, dass hier der Eindruck erweckt wird, dass sich der Stadt vorwerfe, schlechte Firmen oder schlecht arbeiten lassende Firmen zu beschäftigen. Es geht hier um einen Grundsatz, also nicht, dass das so verstanden wird.

Der Vorsitzende: Ja, von Ihnen kam der Begriff Tarifflicht, glaube ich, auch nicht. Aber ich habe ihn gehört und deswegen war es mir wichtig, Frau Wolf, bekennt sich, dass ich das an der Stelle noch einmal darstelle. Gut, wir haben ja vorgeschlagen, dass wir bei diesen 76 Prozent bleiben, und dadurch können wir erhebliche Einsparungen in 26 und 27 erreichen, verglichen mit dem, als wenn wir dieses Ziel jetzt umgesetzt hätten.

Jetzt ist der weitestgehende Änderungsantrag zu unserem Vorschlag der **Antrag der Linken**, dass wir 500.000 Euro pro Jahr einstellen, was weniger ist, was wir eigentlich ursprünglich einmal als Ausbau angedacht haben, ich will nur ausdrücklich darauf hinweisen, aber dass wir im Grunde diese Haushaltsmaßnahme zurücknehmen und diesen Prozess weiter fortsetzen. So habe ich das verstanden. Das ist der weitergehende Antrag oder weitestgehend, und den stelle ich jetzt hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt.
– Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Der nächst weitergehende Antrag ist der **Antrag von GRÜNEN und SPD**, die Haushaltsmaßnahme für zwei Jahre auszusetzen und dann fortzusetzen, also nicht die Haushaltsmaßnahme, die Entwicklung von 50 Prozent, die ursprüngliche Beschlussvorlage, die wir einmal hatten, quasi erst im Jahr 28 fortzusetzen. Und da bitte ich jetzt um Ihr Votum ab jetzt.
– Das ist eine **Mehrheit**, damit hat sich der Antrag aus der Verwaltung erledigt. Dennoch haben wir die Einspar-Summen für 26, 27 zunächst einmal erreicht.

Jetzt gucke ich kurz auf die Uhr, es ist 16:00 Uhr. Wir unterbrechen jetzt die Sitzung bis morgen früh um neun. Wenn ich mir das Programm so angucke, sollten wir uns vielleicht vornehmen, dass wir bis 11:00 Uhr auf alle Fälle durch sind, dass wir dann noch einmal eine kurze Beratungsrunde brauchen, weil wir müssen uns noch über ein paar Gegenfinanzierungen unterhalten, sodass ich davon ausgehe, dass Sie sich noch gerne zum Mittagessen in der Kantine einladen lassen, dass wir aber anschließend dann auf alle Fälle nicht weitermachen müssen. Lassen Sie uns das morgen bitte so vornehmen. Ich unterbreche jetzt die Sitzung bis morgen früh.

Stadtrat Müller (CDU): Könnte man vielleicht noch einmal den Zwischenstand anzeigen, bitte jetzt noch einmal die Redezeiten anzeigen, vor allem aber den Zwischenstand im Haushalt.

Der Vorsitzende: Und den Zwischenstand im Haushalt, wenn wir ihn schon haben. Da stimmt einiges nicht, das müssen wir bearbeiten. Die Prozentzahlen und die Zeiten passen nicht zusammen, da ist irgendwas schiefgelaufen. Hier ist die entsprechende Wasserstandsmeldung aktuell. Da sind wir schon ziemlich am Limit von dem, was aus meiner Sicht darstellbar wird. Herzlichen Dank, wir sehen uns morgen früh, teilweise auch gleich in der Versammlungsversammlung wieder. Bleiben Sie bis morgen gesund und munter und auf ein konstruktives Weiter-So, danke schön. Die **Sitzung ist geschlossen**.

*(Unterbrechung der Sitzung von Mittwoch, 17.12.2025, 16:00 Uhr bis Donnerstag;
18.12.2025, 9:00 Uhr)*

Der Vorsitzende: Liebe Stadtratskolleginnen und Stadtratskollegen, werte Frau Erste Bürgermeisterin, werte Bürgermeister*innen und Kolleg*innen Ortsvorsteher*innen, Mitarbeitende, dann natürlich die aufmerksame Presse oben in der ersten Reihe sowie die Zahl der Bürgerinnen und Bürger, ich eröffne damit die dritte Runde unserer Haushaltsberatungen am dritten Tag, was schon ein gewisses Novum ist. Ich finde es toll, dass wir uns alle so gut unterhalten, aber ich würde trotzdem bitten, dass wir jetzt noch einmal irgendwie zwei, drei Stunden ein bisschen Ruhe herstellen, sonst kommen wir hier nicht durch. Wir haben danach noch genug zu besprechen. Ich darf folgende Kolleginnen und Kollegen als entschuldigt vermelden: Frau Stadträtin Lorenz, Herr Stadtrat Hock, Herr Stadtrat Braun, Franziska Buresch und Stadtrat Dr. Schmidt. Weitere Anzeigen auf Fehlen liegen mir jetzt nicht vor.

Eingeblendet ist noch einmal der derzeitige Stand der Dinge. Wir haben im Ergebnishaushalt in den letzten zwei Tagen Verschlechterungen mit 3,7 und 4,0 Millionen, jeweils 2026 und 2027 beschlossen. Im Investitionshaushalt sehen Sie 1,1 Millionen und 1,5 Millionen. Da ist das Thema Parken noch nicht dabei, da kommen wir nachher noch dazu.

Und jetzt würden wir auch noch einmal die Redezeitengeschichte einblenden. Bei der Redezeitgeschichte gab es technisch durch die fünf Minuten, die wir gestern Nachmittag aufgeschlagen haben, ein bisschen technische Verwirrung. Insofern muss ich Ihnen das jetzt erläutern, was da passiert. Okay, vergessen Sie oben, was über den Säulen steht, vergessen Sie, was in den Säulen steht. Wichtig ist das, was unten steht. Das ist die Restzeit, die inklusive der fünf Minuten noch den Einzelnen zur Verfügung steht. Und dann können Sie sich ein bisschen daran orientieren. Wir werden es auf Wunsch oder auch bei der nächsten Pause, sofern wir eine Pause brauchen, noch einmal einblenden. Aber das unten sind die Restzeiten der Redezeiten, die noch verbleiben, inklusive der fünf Minuten, die wir allen zugeschlagen haben. Das ist, glaube ich, relativ eindeutig, und dann können Sie sich daran orientieren.

Antrag Ö 340: HHS4_GR96 - Streichung Mietkostenzuschüsse Hallen am Festplatz (u.a. Pfennigbasar) - Entfall Bezuschussung insgesamt
(Vorlage: 2025/1198)

Antrag Ö 341: HHS4_GR96 Streichung Mietkostenzuschüsse Hallen (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/8805)

Okay, dann können wir wieder umschalten auf die normale Übersicht, und wir steigen ein auf der Seite 491, im Haushalt 8800 Hochbau und Gebäudewirtschaft. Hier haben wir unter der Ordnungsziffer Ö 340 einen Verwaltungsantrag eingebracht, die Mietkostenzuschüsse für die Hallen am Festplatz zu streichen. Und es gibt einen AfD-Antrag unter der Ordnungsziffer Ö 341, der genau begehrt, dass wir das nicht tun.

Ich möchte noch einmal zur Erläuterung festhalten, dass wir für den Pfennigbasar im Jahr 2026 eine Ausnahmeregelung gemacht haben. Trotz des Wegfalls der Mietkostenzuschüsse wird der Pfennigbasar in 2026 weiter bezuschusst. Alles weitere dann in Zukunft muss man erklären, sodass aus der Entscheidung, die Sie auf Wunsch der Verwaltung treffen, nicht den Pfennigbasar für 2026 in Frage stellen, wir wohl für 2027 wir dann eine Lösung finden müssen, so viel vielleicht noch einmal zur Erläuterung. Jetzt gibt es den Antrag der AfD.

Stadtrat Schnell (AfD): Der Antrag von uns kommt daher, dass die Mietkosten für die Hallen an die Messegesellschaft gehen. Sozusagen ist das eigentlich nur eine Linke-Tasche-rechte-Tasche-Geschichte. Ich denke, wir sollten deshalb darauf verzichten.

Der Vorsitzende: Dann können wir gleich den **Antrag der AfD** hier zur Abstimmung stellen, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Damit kommt der unveränderte **Antrag der Verwaltung** jetzt zum Tragen. Und da bitte ich Sie ebenfalls um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Auf den folgenden Seiten 475 bis insgesamt 537 kommen noch ein paar Anträge dazwischen. Ich wollte nur darauf hinweisen, dass es hier eine ganze Reihe von Ansätzen gibt, die sich mit Investitionen an Schulen beschäftigen. Das wird teilweise verändert durch das, was wir nachher noch einmal aufrufen, nämlich die vorgezogenen Maßnahmen zum Thema, die wir aus dem LuKIFG finanzieren wollen. Insofern will ich nur darauf hinweisen, dass es hier über die Veränderungsliste einiges an Investitionen gibt, die wir nachher über einen anderen Antrag wieder ein Stück weit revidieren. Insofern nehmen Sie das nicht alles 100 Prozent so, wie es dort im Moment abgebildet ist, weil wir hier noch Veränderungen miteinander beschließen werden.

Antrag Ö 342: Parkgebühren auch in Parkhäusern anpassen (GRÜNE)
(Vorlage: DHH/2025/8814)

Antrag 343: Parkgebühren auch in Parkhäusern anpassen (GRÜNE)
(Vorlage: DHH/2025/2007)

Ich komme noch einmal auf die Seite 488, und da gibt es einen Antrag der GRÜNEN, Parkgebühren auch in Parkhäusern anpassen, unter der Ordnungsziffer Ö 342 und unter der Ordnungsziffer Ö 343, Parkgebühren auch in Parkhäusern anpassen. Da sehe ich im ersten Moment den Unterschied noch nicht. Ach, es sind zwei Anträge gesplittet, weil es sich einmal auf die Parkhäuser im Kernhaushalt bezieht und einmal auf die Parkhäuser bei den städtischen Gesellschaften. Ich würde es aber dennoch zusammen aufrufen, weil es auch ein Antrag ist. Das macht Sinn.

Stadtrat Klinkhardt (GRÜNE): Der Bau und die Instandhaltung der Parkbauten verursachen enorme Kosten, die durch die Einnahmen nicht gedeckt sind. Deshalb wollen wir die Einnahmenseite moderat verbessern, nur moderat, weil wir natürlich wollen, dass es in den Parkbauten weiterhin günstiger ist zu stehen als im öffentlichen Raum, der noch viel wertvoller ist. Eine solche Verbesserung der Einnahmen kann dann auch zum Beispiel beim Abschluss neuer Pachtverträge generiert werden. Den Antrag zu Fächer sehen wir allerdings, wie vorgeschlagen, fürs Erste als erledigt an, und den abgelehnten Antrag bei HGW, den wollen wir gerne abstimmen.

Der Vorsitzende: Also es gibt ein reduziertes Antragsbegehren, das Sie hoffentlich alle verstanden haben.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Aus Gründen meiner Knappheit der Gedanken würde ich es ganz kurz fassen und darauf hinweisen, dass wir in dem Vorgehen der GRÜNEN nun wirklich überhaupt keinen Sinn mehr sehen. Wie kann man auf die Idee kommen, von uns alle gewollte Parkflächen in Parkhäusern noch unbeliebter zu machen, noch teurer zu machen? Sie wollen mit Ihrer Methode einfach Autofahrer bestrafen. Es ist CDU-Politik, dass wir sagen, okay, wenn wir schon Stellplätze im freien Stadtraum reduzieren zugunsten einer Qualitätssteigerung, dann müssen wir aber die Lenkung auf die überdachten Stellplätze fördern. Das kann nicht durch Preiserhöhung gehen. Das ist wirklich quer gedacht und wird von uns abgelehnt.

Stadtrat Gaukel (Volt): Es ist schön, den Tag wieder mit Parkgebühren zu beginnen. Wir hatten gestern dazu gesprochen, deswegen kann ich es auch länger halten. Wir finden es sehr wichtig, dass wir gerade in den öffentlichen Raum dort auch diese höheren Parkgebühren haben, weil der öffentliche Raum einen großen Mehrwert bietet. Wir wollen das auch als Push-Effekt für die Parkhäuser haben. Wenn wir jetzt die Parkhäuser aber erhöhen, funktioniert der Push-Effekt nicht mehr so ganz. Von daher finden wir es hier wichtig, auch zu vollziehen. Wir wollen nicht einfach nur Parken erhöhen, wir wollen Parken im öffentlichen Raum erhöhen. Lasst die Parkhäuser günstiger bleiben, damit wir diese dann auch gefüllt mit Autos haben und unsere Stadt autofrei genießen können.

Stadtrat Dr. Fechner (SPD): Das natürliche Haus von Autos sind Garagen bzw. Parkhäuser. Von daher gehen wir den Antrag der GRÜNEN in dem Punkt nicht mit. Und ja, letztendlich ist es so, wie die Vorredner schon gesagt haben, wir wollen den öffentlichen Raum autofrei

gestalten, und entsprechend müssen die Autos dann im Sinne eines Verdrängungswettbewerbs in die Parkhäuser. Die Gebühren sind aus unserer Sicht so, dass der Wettbewerb letztendlich die Höhe der Gebühren bestimmen wird. Ob das jetzt bei der Fächer GmbH ist, das ist Aufgabe letztendlich der Träger der Parkhäuser. Und da vertrauen wir auch auf den Aufsichtsrat der Fächer GmbH.

Stadtrat Schnell (AfD): Die Parkhäuser der städtischen Gesellschaften, das soll dort entschieden werden, was die meinen können, erheben zu können oder zu müssen. Kostendeckung ist natürlich dort schon angesagt, aber wir sollten als Stadtrat, also als Gemeinderat jetzt nicht denen Vorgaben machen dazu.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, ich möchte allgemein noch darum bitten, dass Sie sich bitte rechtzeitig melden, damit wir einen Überblick bekommen. Das mag konzentrationsgeschuldet sein, wir haben 19 Stunden Haushaltsberatung hinter uns, aber das wäre für uns sehr angenehm, weil wenn ich dann schon ansetze, dass wir in die Abstimmung gehen und dann meldet sich noch jemand, ist es einfach auch hier vorne extrem anstrengend, das wäre einfach eine Bitte. Ich habe aber für alles Verständnis, weil es uns allen, glaube ich, im Moment schon langsam so geht.

Okay, wir kommen damit zur Abstimmung, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 344: Potenzialanalyse - Auslagerung Schulhausbau (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/8801)

Ich rufe auf den CDU-Antrag unter Ö 344, Potenzialanalyse, Auslagerung, Schulhausbau.

Stadtrat Hofmann (CDU): Sollten wir dazu vielleicht auch den TOP 20 aufrufen?

Der Vorsitzende: Ja, dann müssen Sie uns nur erklären, ob Sie es von der Redezeit abgezogen haben wollen oder nicht.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich möchte es nicht abgezogen haben, deswegen hätte ich gern den TOP 20 mit dazu aufrufen.

Der Vorsitzende: Ja, das ist okay. Also ich rufe auf dazu TOP 20 und TOP 20.1, und wir ziehen es nicht von der Redezeit ab. Das ist, glaube ich, Ihr Begehren.

(siehe separates Protokoll TOP 20)

Antrag 345: Temporäre Aussetzung von Kunst am Bau (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/4156)

Wir kommen zum Antrag der CDU, Ö 345, Temporäre Aussetzung von Kunst am Bau. Da können wir im Moment noch keine Finanzen einstellen in den Haushalt, darauf will ich nur hinweisen. Aber es wäre natürlich trotzdem ein Beitrag zur Reduzierung der jeweiligen Baukosten.

Stadtrat Kehrle (CDU): Ich werbe für unseren Antrag, die temporäre Aussetzung für den Doppelhaushalt 26/27 mit zu beschließen. Wir könnten hier nicht unseren Finanzhaushalt, aber unseren Investitionshaushalt geringfügig reduzieren. Die Richtlinie sieht vor, 0,5 bis 1,5 Prozent der Gesamtbausumme für Kunst am Bau auszugeben, sprich bei 1 Prozent könnten wir 10.000 Euro pro Million an Baukosten einsparen, was nicht heißt, dass wir Kunst am Bau projektbezogen auf Einzelprojekte doch beschließen können im Doppelhaushalt, wie für eine neue Kita oder eine neue Schule, aber die grundsätzliche temporäre Aussetzung sollten wir beschließen.

Stadträtin Dr. Heynen (GRÜNE): Wir werden gegen den Antrag stimmen, und zwar aus fünf Gründen. Kunst am Bau ist relativ barrierefrei und zugänglich und damit Kunst für alle. Sie ist touristisch, wenn sie gut gemacht ist, wichtig. Wir sind Standort von Kunsthochschulen, deswegen sollte das in der Öffentlichkeit auch sichtbar sein. Es geht auch um angemessene Vergütung, darüber diskutieren wir auch an anderen Stellen im Kunstbetrieb, und es macht die Kunst in Karlsruhe vielfältig, wenn immer einmal wieder was Neues dazu kommt.

Stadträtin Ernemann (SPD): Der Antrag der CDU hat was, er hat einen gewissen Charme, aber dennoch reicht es nicht aus, dass wir diesem Antrag zustimmen. Grundsätzlich Kunst am Bau, das ist eine enorme Summe, aber auch, ich muss Folgendes im Auge behalten. Auf der einen Seite ist die Bausumme die Summe, an der sich der prozentuale Betrag für Kunst am Bau ermisst. Die Bausumme wird immer größer, infolgedessen wird auch das Geld für Kunst am Bau, beziehungsweise die Mittel, die wir bereitstellen müssen, immer höher. Das muss ich im Auge behalten. Das belastet natürlich die Finanzen in der derzeitigen Situation und den Haushalt. Auf der anderen Seite muss ich aber auch die große freischaffende Künstlerszene im Auge behalten, die durch schöne Kunstwerke diese Bauten verschönern. Aber was in Zukunft noch auf uns zukommt, alleine das Bauvorhaben am Badischen Staatstheater, wo dann gemessen an der Bausumme letztlich dann auch ein großer Betrag für Kunst am Bau zur Verfügung gestellt werden muss, würde ich vorschlagen beziehungsweise meine Fraktion, wir stimmen dem heute nicht zu, aber dass die Richtlinien im Kunstbeirat oder im Kulturausschuss zusammen mit der Verwaltung noch einmal überarbeitet werden.

Stadtrat Schnell (AfD): Ich muss gestehen, zu dem Thema wird unsere Fraktion uneinheitlich abstimmen. Als kulturpolitischer Sprecher bin ich ein Befürworter der Kunst am Bau. Wir sind in den vergangenen Jahren, Herr Dr. Käuflein wird das bestätigen können, bei den letzten Projekten schon immer am unteren Rand gewesen, der Summen, die wir dafür ausgeben, also so wenig, dass man es gerade noch verantworten kann, überhaupt einen Wettbewerb stattfinden zu lassen. Und das vollkommen auszusetzen, halte ich persönlich jetzt für nicht angebracht. Was hier Frau Ernemann gesagt hat, dass man bei den großen Projekten über die Richtlinie einmal nachdenken muss, ob da 0,5 bis 1 Prozent wirklich noch angemessen ist, das sehe ich auch so. Da sollten wir mit dem Prozentsatz bei den ganz großen Sachen noch weiter runtergehen, aber das haben wir in der Vergangenheit auch schon gemacht. Also insoweit gibt es hier bei uns uneinheitliche Abstimmungen.

Stadtrat Cramer (KAL): Meine Fraktion kann diesem Begehren, diesem Antrag auch nicht zustimmen. Ich bin immer die ganzen Jahre davon ausgegangen, aber da können Sie mich vielleicht fachlich besser informieren, dass das irgendwie eine gesetzliche Vorgabe ist, diese

1 Prozent der Bausumme. Von daher wundert uns dieser Antrag auch. Ein Zuruf in Richtung Badisches Staatstheater, ich sehe das so, das ist meine persönliche, spontane Meinung, wir haben doch den Musengaul, den stellt man wieder hin, da braucht man nicht zusätzlich noch Kunst am Bau im Staatstheater. Wenn das wirklich dann hier zu einer Entscheidung kommen sollte, wenn es soweit ist, was Zusätzliches zu machen, dann gehe ich davon aus, dass das meine Fraktion dann so nicht mittragen wird. Musengaul wieder her und alle freuen sich, dass er wieder steht.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, ich glaube, wir müssten auch das Thema einmal ausführlich diskutieren. Ich habe auch so zwei Meinungen dazu. Ich habe auf der einen Seite großes Verständnis dafür, dass wir insbesondere auch als Kunst- und Kulturstadt jungen Nachwuchs- und auch schon etablierten Künstlern und Künstlerinnen die Möglichkeit geben wollen, sich im öffentlichen Raum auch darzustellen. Das kann auch für die, die das dann nutzen, eine ganz wichtige Auseinandersetzung sein. Ich erlebe aber, und das ist keine Bundesvorgabe, Herr Cramer, sondern das ist Gesetz, was der Gemeinderat hier für Karlsruhe beschlossen hat. Ich sehe aber auch in dieser, sagen wir einmal, Selbstverpflichtung für Kunst am Bau, wie wir es bisher handhaben, nicht nur, dass dadurch Baumaßnahmen noch ein bisschen teurer werden, was, glaube ich, noch verschmerzbar wäre, sondern ich finde das zum Teil auch schwierig, wenn wir irgendwas umbauen, und wir haben dann diese Kunstwerke, wo ich auch nicht immer nachvollziehen kann, ob die Schülerinnen und Schüler überhaupt in die Wahrnehmung dieser Kunstwerke angemessen einbezogen werden oder ob das nicht am Ende eher ein Holzklotz am Hals der Sanierer und der Sonstigen ist oder ob wir uns nicht noch einmal ganz anders darüber Gedanken machen müssen, wie wir im öffentlichen Raum Kunst mehr fördern, ohne dass es unbedingt Kunst am Bau sein muss. Da wäre ich sofort bereit dazu. Wir müssen, glaube ich, auch temporäre Kunstwerke im öffentlichen Raum ermöglichen, ohne gleich die Verpflichtung einzugehen, sie für die nächsten tausend Jahre immer zu sanieren. Auch darüber müssen wir einmal reden. Also ich glaube, wir müssen dieses ganze Thema noch einmal ganz anders angehen.

Jetzt gibt es zwei Wege, dass wir es nämlich aussetzen und in der Zeit darüber diskutieren oder dass wir es nicht aussetzen und in der Zeit darüber diskutieren. Die Verwaltung, auch in Anbetracht der finanziellen Beklemmungen, würde Ihnen heute empfehlen, es einmal temporär auszusetzen, aber ich biete Ihnen gleichzeitig an, dass wir die Brücke nehmen, dass wir uns da noch einmal ernsthaft darüber Gedanken machen. Wir brauchen die Möglichkeit von Künstler*innen, sich im öffentlichen Raum zu präsentieren, aber die Lösung über Kunst am Bau und auch über die Dauerverpflichtung, dass alles im öffentlichen Raum dann auch immer erhalten bleiben muss, kommen wir, glaube ich, immer mehr in Bedrängnis. Und deswegen müssen wir uns dieser Sache noch einmal anders annehmen. Aus Spargründen empfehle ich Ihnen in diesem Fall, den Antrag anzunehmen.

Stadtrat Gaukel (Volt): Sie haben es schon wunderbar zusammengefasst. Auch wir würden dem Antrag heute mitgehen. Wir reden viel über Aufgabenkritik. Jetzt haben wir hier eine Aufgabe, die wir kritisch betrachten sollten. Eine Aussetzung ermöglicht das. Und das heißt nicht, dass wir dann keine Kunst am Bau oder besser einfach so Kunst im öffentlichen Raum machen, sondern es heißt, dass dieser Automatismus weg ist und es nicht quasi aktiv von der Verwaltung vorbereitet und dann von uns abgelehnt werden müsste, sondern wir würden sagen, das ist wichtig, das ist ein guter Ort, da möchten wir jetzt Kunst hin machen. Also es spart erst einmal in der Vorbereitung. Und nur, wenn wir es dann wollen, dann machen wir es. Von daher finden wir das hier den richtigen Weg. Lasst uns das für

zwei Jahre ausprobieren. Wenn wir jetzt in einem Jahr merken, es ist furchtbar, dann können wir es auch nächstes Jahr wieder einführen. Darüber lässt sich nicht streiten. Aber gerade auch dieses Thema Urheberrecht, dass dann teilweise noch vererbt wird, und dann muss man die Kinder oder die Enkel des Künstlers fragen, darf man jetzt was umbauen, ist auch vor allem, wenn wir dann auch über das nachhaltige Bauen reden, ein sehr großes Thema, was auch die Kosten angeht.

Der Vorsitzende: Der Antrag der CDU begehrt, es für zwei Doppelhaushalte auszusetzen. Mein Vorschlag wäre, wir nehmen den Antrag so wie er ist, aber wir nehmen uns vor, zum nächsten Doppelhaushalt ein neues Konzept zum Thema Förderung von Kunst im öffentlichen Raum zu erarbeiten. Dann haben wir nämlich einmal eine Deadline, die uns unter Druck setzt, und müssen dann im nächsten Doppelhaushalt gucken, wie wir dann die entsprechenden Mittel wieder einstellen, können aber trotzdem Kunst am Bau erst einmal für zwei Doppelhaushalte aussetzen. Das wäre jetzt mein Brückenangebot an der Stelle.

Und jetzt stelle ich den Antrag mit der Ergänzung hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. - Bei Stimmgleichheit ist der Antrag aus dem Raum **abgelehnt**. Ich lade Sie trotzdem ein, dass wir uns konzeptionell zusammensetzen. Und Sie haben die Freiheit, trotzdem bei jedem Objekt noch einmal zu entscheiden, ob Sie das machen oder nicht machen. Sie merken, es ist ein sehr umstrittenes Thema. Aber ich glaube, wir kriegen es konsensual gelöst.

Antrag 346: Neubau der Anne-Frank-Schule in Karlsruhe-Oberreut (FDP/FW) (Vorlage: DHH/2025/8808)

Wir kommen zum Antrag der FDP, Ö 346, der aus meiner Sicht erledigt ist durch unsere LuKIFG-Liste. Wenn Sie einverstanden wären, Herr Dr. Noe, würde ich den nachher aufrufen, wenn wir diese Liste entsprechend noch einmal aufrufen. Dann können Sie gerne dazu auch noch etwas sagen und sich darüber freuen, dass sich das erledigt hat. Das gestehe ich Ihnen zu.

Diverse

Antrag Ö 347: Optimierungen im Personalbereich (CDU) (Vorlage: DHH/2025/0001)

Gut, wir kommen zu Diversem. Das ist immer eine gute Geschichte. Ich rufe auf den Antrag der CDU, Optimierung im Personalbereich unter der Ordnungsziffer Ö 347.

Stadtrat Schütz (CDU): Ein paar Sätze zum Inhalt unseres Antrags. Der besteht aus zwei Teilen. Im ersten Teil geht es uns um die Streichung des Stellenüberhangs bei Führungstanzern. Karlsruhe leistet sich bei der Besetzung von Tandempositionen einen Stellenüberhang. Das stellen wir infrage. Es geht uns also, um das zu präzisieren, um diesen Stellenüberhang, grundsätzlich darum, individuelle Lösungen in Führung zu finden und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.

Im Teil 2 geht es uns um die Einhaltung interner Abläufe bei der Beförderung. Die kommunalen Beamten erbringen in der aktuellen Haushaltslage bereits einen großen Beitrag und müssen teilweise sehr lange auf den Vollzug ihrer Beförderungen warten. Uns geht es auch nicht darum, explizit das zu verlängern oder hier noch einen draufzusetzen. Wir fragen uns einfach nur, warum bei einzelnen Personen Ausnahmen gemacht werden und unmittelbar bei rechtlicher Möglichkeit nach einem Jahr vollzogen wird. Andere warten sehr lang und dann noch einmal auf ihren Beförderungstermin. Uns geht es also ausschließlich darum, hier gleiches Recht für alle umzusetzen. Deshalb auch noch einmal der Zusatz, uns geht es auch nicht darum, irgendwie jetzt die Ruhegehaltsfähigkeit von Beförderungen hier in Gefahr zu begeben. Es geht uns nur um die Fairness, weswegen wir hier um Zustimmung werben.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Nur ein Satz, ein Verzicht auf Tandem-Modelle, auch in Führungsebenen, ist ein Angriff auf die Gleichstellung.

Der Vorsitzende: Nachdem Sie beide Bestandteile, Herr Stadtrat Schütz, aufrechterhalten, stelle ich jetzt den Antrag insgesamt zur Abstimmung. Entgegen dem Versuch, eine Brücke zu bauen in unserer Stellungnahme, muss ich Ihnen empfehlen, beides abzulehnen. Ich könnte es jetzt ausführlich begründen, ich will darauf erst einmal verzichten und bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 348: Tiefergehende Prüfung - Zusammenlegung von Ämtern (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/0002)

Ich rufe auf den Antrag der CDU unter Ö 348, Tiefergehende Prüfung, Zusammenlegung von Ämtern.

Stadtrat Schütz (CDU): Zur Prüfung von organisatorischen Veränderungen haben wir vorhin schon ein paar Worte gehört. Sie kann langfristig Kosten im Bereich der Innenverwaltung bei Personalräten und Liegenschaften einsparen. Bei den von uns angeführten Ämtern ist eine inhaltliche Nähe natürlich naheliegend. Uns geht es einfach darum, hier Strukturen auf die Zukunft auszurichten. Die Verwaltungsantwort, hier eine anlassbezogene Prüfung, wenn denn einmal eine Pensionierung im Raum steht, vorzunehmen, die genügt uns nicht. Hier würden wir darum bitten, dass man hier einmal ganz konkret in der nächsten Zeit eine Prüfung der Zusammenlegung von Ämtern vornimmt.

Stadtrat Schnell (AfD): Ich möchte mich bedanken bei der CDU, dass Sie hier unseren Antrag aus dem Gemeinderat aufgenommen haben und jetzt das in der Haushaltsberatung beantragen wollen. Sie haben natürlich nur reingeschrieben 2025 0518 als Vorlage und weggelassen, dass das ein Antrag der AfD war, den Sie damals natürlich wohlweislich abgelehnt haben. Also wir sind ganz dabei, wir haben das schon vor einiger Zeit gefordert und sehen hier auch Möglichkeiten. Und jetzt, nachdem die beiden Bürgermeisterposten für die CDU gesichert sind, kann die CDU natürlich problemlos das fordern. Also wir würden dem zustimmen und bedanken uns für diesen Antrag.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, ich empfehle noch einmal, den Antrag als erledigt zu betrachten im Hinblick darauf, dass wir Ihnen zusagen, dass wir mit Ihnen rechtzeitig in einem informellen Gespräch über solche Möglichkeiten diskutieren. Aus den Erfahrungen

auch der letzten Monate, was es bedeutet, wenn schon die sozusagen Restrukturierung einzelner Bereiche der Verwaltung angekündigt werden, was das für Turbulenzen auslöst, würde ich darum bitten, dass wir immer logische Zeitpunkte finden, rechtzeitig vor logischen Zeitpunkten, um solche Dinge noch einmal miteinander in aller Ruhe zu diskutieren, das aber bitte nicht im Gemeinderat, sondern erst einmal in aller Ruhe, Vor- und Nachteile.

Diese Untersuchung sage ich Ihnen zu, und wir würden rechtzeitig dann, bevor wir jetzt etwa wieder in Stellenausschreibungen gehen, mit Ihnen solche Diskussionen einmal führen. Man muss wissen, was man mit einer öffentlichen Diskussion dazu riskiert. Und man muss wissen, dass man das nur riskieren sollte, wenn man weiß, dass der Weg der richtige ist. Sonst kriegen wir hier eine völlige Verunsicherung hin, die am Ende nicht zielführend ist. Das wäre mein Angebot an Sie. Und Sie bringen uns bitte immer Ihre Ideen ein. Wir prüfen das, und wir diskutieren es erst einmal in aller Ruhe, und dann geben wir es in die öffentliche Diskussion, wenn Sie als Antragsteller nach wie vor der Meinung sind, dass das zielführend ist. Das wäre mein Angebot, weil sonst bringen wir im Moment zu viel Turbulenzen rein. Okay, vielen Dank, dann fühlen wir uns so beauftragt.

Antrag Ö 349: Reduzierung der geplanten Verschuldung durch eine Verminderung des geplanten Investitionsvolumens um ca. 250 Mio. Euro zwischen 2026-2030 (Volt)
(Vorlage: DHH/2025/0003)

Antrag Ö 350: Reduzierung der geplanten Verschuldung durch eine Verminderung des geplanten Investitionsvolumens im Bereich der Beteiligungen (Volt)
(Vorlage: DHH/2025/2019)

Wir haben jetzt Anträge von Volt unter Ö 349 und Ö 350 zur Reduzierung der geplanten Verschuldung durch eine Verminderung des geplanten Investitionsvolumens, einmal im Bereich des städtischen Haushaltes, einmal im Bereich der Beteiligung.

Stadtrat Gaukel (Volt): Wir reden jetzt viel über unseren Haushalt, und wir haben ein Problem. Wir haben vorhin die Zahlen gesehen, da war vor allem das Ergebnis das Problem, aber auch im Invest. Wir haben Investitionen, wo wir auf Schulden machen. Wir haben einen Schuldenberg, der immer größer wird. Und das ist nicht nur ein Problem wegen dem Schuldenberg selbst, sondern hat auch immer größere Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt. Wir wollten hier jetzt einen Vorschlag bringen, um einen Prozess zu starten, wie wir hier gegensteuern können, dass wir nicht auf diesen großen Milliarden-schuldenberg zulaufen. Leider, und das geht auch aus der Stellungnahme der Verwaltung hervor, ist unsere Idee mit den Minderausgaben im Finanzhaushalt nicht möglich. Da haben wir jetzt auch wieder was gelernt, das nehmen wir für das nächste Mal auf jeden Fall mit, aber passen daher unseren Antrag auch gerne an. Wir streichen das heraus aus dem aktuellen Doppelhaushalt, dass dort diese Reduktion nicht hinkommt, würden es aber für die Mittelfrist trotzdem gerne aufrechterhalten, damit wir es schauen können und dann die Verwaltung auch Vorlauf hat, wie kriegen wir es für den nächsten Doppelhaushalt hin, weniger im Invest zu machen und dadurch weniger Schulden aufzunehmen und dadurch am Ende auch den Ergebnishaushalt um einen Millionenbetrag zu entlasten. Diese Reduktion geht auf die eigenen Investmittel. LuKIFG wurde jetzt schon angesprochen, wo wir deutlich mehr Möglichkeiten haben, zu investieren, gerade in wichtige Themen wie auch die Schulen.

Wir sollten das aber nicht einfach nur nutzen, um den Investhaushalt jetzt komplett aufzublähen, sondern dann auch wirklich zu schauen, was machen wir aus dem eigenen Budget dann weniger. Und da muss man auch sagen, die letzten Jahre haben wir uns immer viel vorgenommen, aber oft konnten wir dann auch gar nicht etwas umsetzen. Wenn jetzt dann noch einmal eine Summe on top kommt, dann haben wir vielleicht das Geld als Investmittel, aber das muss auch wieder jemand umsetzen. Und dann sind wir auch wieder im Ergebnishaushalt, da sind wir beim Personal, das jetzt schon auch an vielen Ecken und Enden mit vielen Aufgaben überfordert ist. Daher fordern wir, für diesen Doppelhaushalt zu halten, möchten aber die Reduktion von 50 und dann 75 und 75 Millionen in den Jahren 2028, 2029 und 2030 aufrechterhalten, damit wir hier in sicherere Fahrwasser kommen und im nächsten Doppelhaushalt weniger Probleme haben.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Also, dass wir uns über Finanzierungsstrukturen unterhalten müssen, da gehen wir eindeutig mit. Dieser Antrag allerdings, in Verbindung mit der Stellungnahme, erfordert einen eigenen Workshop. Ich finde, der ist viel zu weitgehend, um den heute hier in der Kürze abzustimmen.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Ich finde den Antrag klasse, weil er eine Perspektive aufmacht. So wie wir jetzt gerade vorgehen, ist es so, dass wir ständig auf Kante nähen. Der jetzige Haushalt ist auf Kante genäht, der nächste auch schon und der übernächste auch schon. Das kann man schon absehen. Wir müssen konkret dagegen steuern, und ich möchte einmal auf etwas hinweisen. Es wird immer hier gesagt, es geht nur um den Investitionshaushalt bei vielen Dingen, aber jeder Investitionshaushalt, Ausgabe-Investitionshaushalt hat Auswirkungen, wie gesagt wurde, schon auf den Ergebnishaushalt. Da sind die Zinsen, die Abschreibungen und so weiter drin, die Betriebskosten. Deswegen, wenn wir jetzt die Schulden erhöhen, bedeutet das, dass wir nächstes Mal wieder genau das Geld einsparen müssen, um wieder zurechtzukommen. Also die nächste Sparrunde ist schon vorprogrammiert. Deswegen ist das eigentlich der Weg. Wir müssen runterkommen von diesem Schuldenberg.

Der Vorsitzende: Ich mache Ihnen dazu einen Vorschlag. Wenn wir nachher über die LuKIFG-Mittel informieren, das ist eine Informationsvorlage, können wir vielleicht daraus insofern eine Beschlussvorlage machen, als Sie das verbinden mit dem Auftrag an uns in der Planung dann der nächsten Doppelhaushalte, durch den Einsatz der LuKIFG-Mittel die Kreditaufnahme deutlich zu reduzieren. Das ist etwas, was wir dann von Haushalt zu Haushalt neu diskutieren müssen. Aber es wäre zumindest eine Empfehlung, und es wäre uns gegenüber dem Regierungspräsidium, glaube ich, eine gute Beschlusslage, weil wir dann deutlich machen, dass wir diese 200 Millionen, die wir bekommen, nutzen, um prioritäre Maßnahmen vorzuziehen und umzusetzen, um damit natürlich auch unsere späteren Investitionshaushalte zu entlasten und nicht, dass wir weniger priorisierte Projekte plötzlich auch noch realisieren. Das wäre im Grunde das Aufstocken auf das, was wir sowieso machen müssen. Das ist ganz in unserem Sinne.

Insofern vielen Dank für den Ansatz, vielen Dank auch für die Brücke, die Sie gebaut haben, aber ich würde es gerne an der Stelle vielleicht mit Ihnen sogar in einen Beschlusstext bringen, dass Sie uns auffordern, dafür zu sorgen, dass die Kreditobergrenze von 200 Millionen ab dem Jahr 2028 dann deutlich unterschritten wird und dass wir dafür natürlich dann diese LuKIFG-Mittel einsetzen. Das wäre mein Vorschlag an der Stelle. Damit haben Sie sich nicht für oder gegen irgendein konkretes Objekt ausgesprochen. Und eine

Kreditobergrenze bleibt bestehen, aber es wäre für mich, für uns taktisch, glaube ich, eine günstige Geschichte.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Ich glaube, dass so eine weitreichende Beschlusslage heute in dieser kurzen Frist nicht sinnvoll ist. Wir müssen auch langfristige Aufgaben wie die Investitionen in Klimaschutz und Klimaanpassung mit im Blick halten. Und deswegen bei allem berechtigten Interesse, die Kreditaufnahme zu reduzieren und den Finanzhaushalt auch nicht zu überlasten, müssen wir diese Abwägungsentscheidung wirklich in Ruhe treffen. Das würde ich ungern heute en passant mit auf den Weg bringen. Also da sollten wir vielleicht noch einmal in Ruhe und gesondert darüber sprechen.

Stadtrat Gaukel (Vlt): Es ist natürlich ein großer Antrag in dem Sinne, aber letztlich über Strategie und über Investitionen haben wir lange geredet, aber die Brücke nehmen wir gerne an, dass es wir rüberschieben. Und letztlich, und da weise ich noch einmal darauf hin, es geht jetzt nur um die Mittelfrist, also etwas, was wir sowieso dann im nächsten Doppelhaushalt noch beschließen müssen. Es geht im Endeffekt darum, was die Verwaltung dann vorschlägt. Da nehme ich den skeptischen Blick von Frau Luczak-Schwarz auch gerne auf, weil natürlich ist es im Endeffekt vor allem auch der Gemeinderat, der dann Sachen draufsetzt. Ich verweise gerne auf unseren Minusbetrag im Ergebnishaushalt, von daher ist es die Zielverwaltung, bitte macht uns diesen reduzierten Vorschlag.

Wenn wir sagen, das muss aber unbedingt sein, dann wird das vermutlich am Ende wieder draufgesetzt, wie ich bisher den Gemeinderat kennengelernt habe, aber dann haben wir zumindest einmal den Startpunkt, der weiter unten ist und mehr Puffer.

Der Vorsitzende: Mir geht es nur um eine Beauftragung von Ihnen an uns. Was dann am Ende, in welchen Prioritäten Sie drin haben oder nicht drin haben, ist Ihre Sache. Ich komme nachher noch einmal drauf zurück, dann sollten wir noch einmal drüber reden. Ich glaube, dass es taktisch klug wäre, so einen Auftrag von Ihnen zu bekommen, um deutlich zu machen, wir hauen jetzt nicht auf Dauer die 200 Millionen noch oben drauf und machen munter weiter, sondern wir verstehen die Botschaft. Und wir könnten vielleicht auch dem vorgreifen, dass uns am Ende das Regierungspräsidium selber eine reduzierte Kreditlinie vorgibt. Das bietet sich fast an aus deren Sicht. Wenn wir aber sagen, das wollen wir gerne erst einmal verhindern, erst einmal durch einen eigenen Vorschlag versuchen zu erreichen, haben wir da, glaube ich, durchaus taktisch was gewonnen.

Herr Keller, das muss man nicht alles in der Zeitung so breit ausbreiten, okay. Das ist Ihnen natürlich unbenommen. Gut, dann würden wir das so aufnehmen, Herr Gaukel, wie Sie auch mit dem Antrag verfahren, vielen Dank.

Antrag Ö 351: Darlehensaufnahme wieder auf 25 Jahre zurückführen

Antrag: SR Kalmbach

(Vorlage: DHH/2025/2001)

Wir kommen damit zum Antrag Ö 351 von Herrn Stadtrat Kalmbach, Darlehensaufnahme wieder auf 25 Jahre zurückführen.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Ich war einigermaßen entsetzt, als ich festgestellt habe, dass Sie von der bisherigen Annahme, dass wir Darlehen in 25 Jahren zurückführen, abgewichen sind. Aus meiner Sicht ist es nie offiziell gesagt worden, das war stillschweigend geschehen. Ich vermute, Herr Oberbürgermeister, dass Sie das dürfen. Das ist wahrscheinlich Ihre Kompetenz, aber es wäre trotzdem angenehm, wenn wir das erfahren würden. Also ich bin der Meinung, wir sollten wieder auf diese seriöse Art zurückkommen, dass wir Kredite in 25 Jahren zurückführen und nicht in 50 oder in 40 Jahren. Deswegen der Antrag, dass wir uns entscheiden, wir wollen generationengerecht arbeiten, wir wollen unsere Schulden nicht auf die Generation später verlagern, sondern wir wollen es in 25 Jahren zurückbezahlt haben. Das ist das Anliegen des Antrags.

Der Vorsitzende: Das Anliegen ist nachvollziehbar. Ich empfehle Ihnen trotzdem, den Antrag nicht anzunehmen, würde Ihnen aber zusagen, dass wir Ihnen jetzt immer zu jedem Haushalt oder zu jeder Darlehensaufnahme einen Überblick geben, wo sind wir da jetzt drin und was empfehlen wir denn dann auch für die einzelnen größeren Darlehensaufnahmen. Wobei wir das über unsere Informationen der Kreditaufnahme machen, da ist es immer Teil, dass wir immer mitteilen, wie lange wird jetzt die aktuelle Verschuldung aufgenommen. Aber Sie meinen auch, denke ich, die Tilgungsrate entsprechender objektbezogener Darlehensaufnahmen. Das würde ich Ihnen zusagen, dass wir Ihnen immer gerne einen Überblick geben.

Im Moment sehen wir keine Möglichkeit, einigermaßen solide wieder auf die 25 Jahre zurückzukehren. Das wäre natürlich unser Ziel, das ist ja völlig klar. Also ich verspreche Transparenz maximaler Art, aber ich kann trotzdem nicht empfehlen, dass Sie uns jetzt quasi per Beschluss dazu bringen, dass wir das in jedem Fall immer so machen sollten. Das hängt auch ein bisschen von dem Objekt ab. Da gibt es auch eine Korrelation.

Also ich stelle den Antrag dennoch zur Abstimmung, nachdem Herr Kalmbach die Brücke noch nicht so ganz gehen kann, und bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 352: Kennzeichnung von Pflichtaufgaben und Freiwilligen Aufgaben auf Beschlussvorlagen (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/1002)

Ich rufe auf den Antrag der CDU unter Ö 352, Kennzeichnung von Pflichtaufgaben und freiwilligen Aufgaben auf Beschlussvorlagen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Wir können uns hier nur einbringen, wenn wir auch wirklich genau wissen, was eine freiwillige Aufgabe und was eine Pflichtaufgabe ist. Da gibt es sowohl den Unterschied in diesen beiden Dingen, freiwillig und Pflichtaufgabe, aber wir haben auch viele Pflichtaufgaben, auf die wir selbst noch einmal dann freiwillige Leistungen aufgesattelt haben. Und da bitten wir doch darum, dass das noch einmal klarer dargestellt wird. Das haben wir eben wieder gesehen an den unterschiedlichen Auffassungen bezüglich Kunst am Bau oder auch den Baustandards. Sie haben uns das auch zum Großteil zugesagt, von daher sind wir zufrieden. Wir würden nur vielleicht gerne wissen, so ein zeitliches Prozedere, dass wir wirklich Richtung den nächsten Doppelhaushalt auch damit arbeiten können.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Herr Kollege Hoffmann, ich kann den Wunsch verstehen. Wir haben auch innerhalb der letzten Jahre immer wieder einmal nachgefragt, ob wir grundsätzlich die Ausgaben, die Haushalte der verschiedenen Ämter dahingehend betrachten können, um entscheiden zu können, welche Aufgaben wir auf jeden Fall machen müssen und wo wir in welcher Form frei gestalten können. Ich glaube, das wäre tatsächlich sozusagen die bessere Möglichkeit, um uns auch auf Haushaltsberatungen vorzubereiten, da entsprechende Übersichten zu bekommen. Aber dass die Verwaltung dies nun auf alle Vorlagen sozusagen noch einmal dokumentieren müsste, das wäre doch durchaus eine zusätzliche freiwillige Aufgabe mit erhöhtem bürokratischem Aufwand, das bei jeder Aufgabe noch einmal nachzupflegen. Das schreibt die Verwaltung auch in ihrer Stellungnahme. Von daher würden wir davon eher erst einmal absehen, vor allem vor der Fragestellung, ob das dann wirklich für Sie auch, Herr Kollege Hoffmann, entscheidungsrelevant ist, wenn das draufsteht, dass es eine freiwillige Aufgabe ist, wie das bei den Themen zum Beispiel im Jugendzuschuss und beim Übungsleiterzuschuss im Sport war. Dann bedeutet das für Sie nicht, dass Sie das dann auf jeden Fall ablehnen. Sie entscheiden trotzdem in der Sache. Also ich weiß nicht, ob uns das so wirklich weiterhilft.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Vor einigen Jahren haben wir beschlossen, dass wir die CO₂-Relevanz jedes Mal in die Stellungnahme mit reinnehmen. Das ist genau so ein Aufwand gewesen. Und er war wichtig und wir haben das damals auch mit beantragt. An der Stelle finden wir es auch wichtig, dass wir diese Unterscheidung machen, weil es tatsächlich eine Frage ist, die wir uns oft stellen. Oft ist es so, dass es nicht ganz so einfach zu sagen ist. Oft machen wir Pflichtaufgaben, machen noch ein kleines Add-on an freiwilligen Aufgaben. Was wir wollen, am Ende wird es wahrscheinlich keine Standardisierung geben, aber unterstützen die CDU in dem Anliegen, dass wir einfach uns damit schon bei großen Entscheidungen immer wieder auseinandersetzen. Und dafür ist es wichtig.

Stadtrat Schnell (AfD): Ich kann dem Herrn Dr. Huber nur beipflichten. CO₂-Relevanz war hier der Mehrheit auch wichtig, dass das immer bei jeder Vorlage dargestellt wird. Und wenn jetzt hier vom erhöhten bürokratischen Aufwand gesprochen wird, dann lassen wir das mit der CO₂-Relevanz doch einfach weg und beschränken uns auf das Thema, ist es eine freiwillige Leistung oder nicht. Also von uns klare Zustimmung zu diesem Antrag.

Der Vorsitzende: Ja, vielen Dank, ich würde das Problem einfach so lösen wollen, Sie könnten sonst bei jeder Beschlussvorlage nachfragen, was es ist. Das macht uns dann nachträglich Arbeit. Und insofern sagen wir Ihnen zu, dass wir, sofern es nicht zu kompliziert ist, einfach schon einen Hinweis auf jeder Vorlage unterbringen. Uns ist allen klar, dass die Aufteilung in Pflichtaufgaben und freiwillige Aufgaben eine Gesetzesnormierung ist, die uns in den meisten Fällen nicht weiterhilft. Aber es ist zumindest ein Hinweis, und den würden wir geben, und wir würden eine einfache Form versuchen zu finden, die uns nicht zu viel kompliziertes Nachdenken macht. Am Ende steht vielleicht einfach „Misch“ drauf, dann müssen wir gucken, was wir damit anfangen, aber grundsätzlich können wir uns nicht verweigern, wenn Sie eine Transparenz anfordern. Und insofern würde ich Ihnen das so auf diesem Level zusagen.

Antrag Ö 353: Durchführung eines Strategieprojekts zur langfristigen Ausrichtung der Stadt Karlsruhe (Volt)
(Vorlage: DHH/2025/1003)

Wir kommen damit zum Antrag von Volt, Ö 353, Durchführung eines Strategieprojekts zur langfristigen Ausrichtung.

Stadträtin Geißinger (Volt): Jetzt haben wir schon ein bisschen über den Investhaushalt gesprochen. Aber es geht eigentlich um die Finanzen unserer Stadt. Und unser zweiter Antrag, ein Strategieprojekt zur langfristigen Ausrichtung unserer Stadt, ist unser zweiter Versuch, als Volt eine langfristige Perspektive aufzugeben, dass wir nicht hier alle zwei Jahre sitzen und uns wieder über Sparhaushalte unterhalten. Im Endeffekt geht es darum: Wir sagen ständig, wir wollen kein Rasenmäher mehr, aber es blieb halt bisher leider Gottes bei Lippenbekenntnissen. Und deswegen haben wir unseren Antrag eingebracht, eine gesamtstädtische Strategie zu erstellen, gemeinsam mit Politik, Verwaltung und optimalerweise auch der Zielebevölkerung, aber vor allem aus haushalterischer Sicht.

Aber hier geht es auch nicht nur um Geld, sondern auch um Arbeitsbelastung. Eine grundsätzliche Priorisierung unserer Aufgaben und auch der Ziele der Stadt Karlsruhe kann auch eine Aufgabenkritik ermöglichen, die jetzt aktuell immer wieder hinten runterfällt. Auch der Gesamtpersonalrat hat bereits in der Haushaltssperre eine Priorisierung unserer Aufgaben gefordert, eine priorisierte Strategie, die wir vorgeben müssen ein Stück weit, auch als Politik, und es bisher immer nur punktuell in verschiedenen Maßnahmenlisten am Ende tun. Ja, es gibt auch Verwaltungsaufträge, für die sind wir auch dankbar, und da sind gute Ansätze dabei, aber es ist keine politische Priorisierung, wie wir als Stadt uns aufstellen möchten. Und diese Verwaltungsaufträge sollen aber nichtsdestotrotz in so einen Prozess einfließen. In der Verwaltung der Stadt wird auch ISEK angesprochen. Ein ISEK ist ein tolles Mittel, vor allem Zivilbevölkerung einzubinden in Prozesse, in denen sie beispielsweise sonst keine Stimme haben, wie hier und heute, mit der Ausnahme, dass sie selber Anträge eingebracht haben teilweise. Trotzdem ist ISEK ein Projekt, das sich ehr lange zieht, und auch tatsächlich brauchen wir jetzt eine Priorisierung. Also ISEK wird nicht in zwei Jahren uns die Grundlage liefern, im nächsten Doppelhaushalt auch zu wissen, wie wir vorgehen oder auch wie die Verwaltung beispielsweise ihre Vorschläge schon untermauern kann. Wenn man sich anschaut, wie viele Vorschläge jetzt auch zurückgezogen wurden oder wo Zuschüsse wieder am Ende erhöht wurden, auch das hat sehr viel Arbeit erfordert, die vielleicht nicht nötig wäre, wenn wir von vornherein auch eine Richtung geben könnten. Außerdem ist ISEK auf einer anderen Flughöhe. Und ISEK kann damit eine gute Ergänzung sein, aber es ist einfach nicht das, was wir jetzt brauchen. Und da wir einen dynamischen Projektpartner aber trotzdem für ISEK auch gewählt haben, wäre auch unsere Überlegung, dass das auch eine Voranstellung an ISEK sein kann und es verknüpft werden kann. Nichtsdestotrotz halten wir an unserem Antrag fest.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Frau Kollegin Geißinger, der Gedanke ist erst einmal richtig, dass wir uns auch für die nächsten Haushalte grundsätzlich einig werden müssen, was welche Priorität hat. Aber genau dafür dient ISEK, um gerade bezogen auf freiwillige Leistungen die Bedeutung dieser mit der Stadtgesellschaft zu diskutieren und zu entscheiden, was halt wichtigsten ist, genau, damit wir vielleicht bei den ganzen Entscheidungen, die wir in den letzten zwei Tagen getroffen haben, zu besseren gemeinsamen Ergebnissen kommen. Und verwaltungsintern gibt es eine extra Stabsstelle, die solche Themen bearbeiten kann mit

der VME. Wir haben natürlich auch die Fachämter, ob das jetzt das Hochbauamt ist oder ob das das Personal- und Organisationsamt oder das IT-Amt ist, um entsprechend strategische und auch übergreifende Prozesse zu betrachten. Von daher sehen wir es nicht als erforderlich, zusätzlich im Ergebnishaushalt dafür noch Ausgaben bereitzustellen, sondern sind davon überzeugt, dass wir das aus eigener Kraft bearbeiten können.

Stadträtin Döring (KAL): Ja, auch von unserer Seite eigentlich eine gute Idee, allerdings sehen wir hier zwei Punkte, einmal die Diskussion mit der Stadtgesellschaft. Auch da sehen wir den ISEK-Prozess in erster Linie als wichtig voran. Und dann denken wir schon, dass es Sinn macht, dass wir uns auch als Gemeinderat auf den kommenden Haushalt früh vorbereiten und eben genau das versuchen zu organisieren, dass wir uns Prioritäten setzen, dass wir am Ende nicht wieder ein bisschen wie die Maus vor der Schlange sitzen und ganz viele Vorschläge kriegen und dann in relativ wenig Zeit sehr viel versuchen müssen zu lösen, sondern dass wir hier schon ab nächstem Frühjahr letztendlich in einen Prozess gehen, wo wir versuchen, für uns Prioritäten zu setzen. Wir sehen nicht, dass wir das mit einem externen Büro machen müssen, sondern dass wir das auch innerhalb der Stadtverwaltung mit den entsprechenden Ämtern und Experten hinkriegen.

Aber wir sehen auch, dass wir als Gemeinderat die Unterstützung der Verwaltung brauchen. Wir können das nicht als 48 Ehrenamtliche alleine leisten, sondern wir müssen das irgendwie gemeinsam machen, dass wir mit einer guten Priorisierung in den nächsten Doppelhaushalt gehen können. Ich bin überzeugt davon, dass wird nicht weniger Arbeit werden als das, was wir jetzt gerade gemacht haben, aber ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir uns diese Arbeit machen.

Stadträtin Geißinger (VOLT): Vielen Dank auch da für den Zuspruch, wenn auch vielleicht nicht zu den Finanzmitteln, die wir dafür fordern. Das ist auch völlig in Ordnung. Jeder hat eine andere Auffassung, wie so etwas am besten läuft. Wir sind da auch durchaus offen, die VME einzubeziehen. Wir haben, wie gesagt, diesen Vorschlag gemacht, vor allem um die Debatte zu öffnen, und zwar auch in diesem Gremium, in diesem Zeitpunkt. Wir würden es trotzdem bevorzugen. Wir glauben aber auch, dass Herr Appelmann und sein Team mit Sicherheit gute Arbeit leisten kann.

Ich möchte aber noch einmal darauf verweisen, wir haben diese Ämter schon seit Jahren. Und bisher haben wir trotzdem keine gesamtstädtische Strategie. Als wir eingezogen sind, haben wir die VME gefragt: Wo sind denn unsere Strategieunterlagen eigentlich genau? Und leider Gottes haben wir zu ein paar Ämtern Fachstrategien bekommen, da haben wir uns gefreut, aber eine Gesamtstrategie haben wir bis heute nicht, obwohl wir schon ISEK hatten in anderen Formen. Das muss man auch an der Stelle erwähnen. Insofern, ja, wir schätzen unsere Verwaltung und die wird mit Sicherheit einen guten Teil dazu beitragen. Wir glauben aber trotzdem, dass wir da von der Politik aus mit einer guten Moderation einfach noch einmal neu ansetzen müssen und eben nicht auf ISEK warten können.

Der Vorsitzende: Ich finde den Antrag grandios, weil er genau das lösen würde, worum ich mich seit 13 Jahren herumkloppe, nämlich irgendwie so etwas wie eine Gesamtstrategie erkennen zu können, die ich verfolgen möchte. Wir müssen uns aber, glaube ich, noch einmal gewahr werden, dass wir kein Wirtschaftsunternehmen sind, das auf fünf Produkte ausgerichtet ist, die es immer möglichst gut an den Markt bringt, sondern wir sind eine sehr komplexe Struktur, auf der einen Seite eine unfassbar große Verwaltung mit vielen

unglaublich diversen Mitarbeitenden und unfassbarem Aufgabenmix aus gesetzlicher Vollziehung, Gestaltung und allem Möglichen. Dann haben wir hier ein kommunalpolitisches Gremium, das als Teil der Verwaltung einerseits und als Repräsentanz der Bürgerschaft andererseits definiert ist. Und wir haben Bürgerinnen und Bürger, die uns jeden Tag draußen auf dem Marktplatz fragen, was wir hier eigentlich treiben. Und wir haben dann noch einen Haufen Landes- und Bundeseinflüsse, die uns möglicherweise nach einem halben Jahr durch neue Gesetzgebungen völlig vor den Kopf stoßen und irgendwas von uns verlangen.

Dieser tiefsitzende Wunsch, eine klare Orientierung zu haben, ist, glaube ich, total nachvollziehbar, aber er ist von dem, was wir alles erbringen müssen, leider völlig unrealistisch. Und deswegen wäre mein Vorschlag, Frau Geißinger, wir haben am 17.04., ich habe gerade noch einmal geguckt, uns auf eine Gemeinderatsklausur verständigt, die vor allem auch den Gemeinderat aufgleisen will, wie geht es mit ISEK weiter, was wird ISEK für Themen lösen oder auch nicht lösen, dass wir noch einmal gemeinsam mit Ihnen schauen, auch auf dieser Klausur, was gibt es an Elementen, die Sie vorschlagen, die wir vielleicht dann noch separat auch noch einmal betrachten sollten. Aber ich würde erst am Anfang gerne wünschen, dass wir verstehen, dass diese Dinge, die wir uns alle wünschen, dass die im Grunde alle drei Monate durch neue Entwicklung wieder von einer neuen Ausrichtung stehen.

Und im Grunde ist diese Haushaltsberatung genau der Versuch, aus allem irgendwie so eine Art Balance zu schaffen, die zumindest einmal für zwei Jahre den Mitarbeitenden wieder vorgibt, was wir uns leisten können und umsetzen können, da die Bürgerschaft auch Dinge aufnimmt. Und genau an dieser Schnittstelle stehen Sie alle, und am Ende entscheiden Sie über so etwas wie eine Gesamtstrategie für die nächsten zwei Jahre. Es kann aber schon sein, dass wir in einem Jahr wieder wirtschaftliche Entwicklung haben, dass wir auch das wieder völlig in Frage stellen müssen. Ich will deswegen auf der einen Seite ein Stück weit Ihnen noch einmal aufzeigen, was Sie hier für eine herausragende und schwierige Aufgabe haben und auf der anderen Seite aber damit leider die Erwartungen etwas dämpfen, dass wir jemals so etwas wie eine Gesamtstrategie finden. Die Gesamtstrategie ist relativ einfach übrigens. Wir müssen mit unserem Vermögen angemessen umgehen. Wir müssen gucken, dass die Bürgerinnen und Bürger die Leistungen bekommen, die ihnen zustehen. Wir müssen schauen, dass das Profil der Stadt so ist, dass es nach außen attraktiv ist, damit möglichst viele Leute hier bleiben wollen oder auch hierher kommen. Und das Ganze muss auch noch so finanzierbar sein, dass wir die nächsten Generationen nicht belasten. Und wir müssen unseren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Darüber können wir uns sehr schnell verständigen, aber in der Umsetzung kommen wir genau in dieses Kuddelmuddel rein, was wir hier seit drei Tagen diskutieren, und zwar auf einem unglaublich verantwortlichen Niveau. Also es ist wirklich faszinierend, wie Sie und wie wir auch in der Schnittstelle zur Verwaltung und zur Bürgerschaft gerade aktuell mit dieser Situation umgehen. Das möchte ich wirklich auch noch einmal ausdrücklich sagen.

Stadtrat Cramer (KAL): Herr Oberbürgermeister, also Sie haben vollkommen recht mit dem, was Sie gesagt haben. Das ist auch meine Erfahrung, solange ich hier im Gremium schon bin. Wir sind kein Konzern, wie es der Kollege Noé in seiner Haushaltsrede immer wieder angemahnt hat. Von der Größe her kann man sagen, wir sind wie ein Konzern, aber wir sind kein Wirtschaftsunternehmen. Wirtschaftlich müssen wir zwar gut arbeiten, aber wir müssen uns um alle Themen, die die Stadt und die Bürgerschaft betreffen, kümmern. Dann kommt es zum, wie Sie gesagt haben, den Ausdruck würde ich jetzt nicht für mich

gebrauchen, Kuddelmuddel. Es ist so vielschichtig, was wir hier alles entscheiden müssen. Und dann haben Sie natürlich vollkommen recht, immer wieder neue Vorgaben, auch Aktualitäten, Wünsche aus der Bürgerschaft oder Notwendigkeiten aus der Bürgerschaft. Von daher denke ich, ist es schon richtig, wie wir hier arbeiten. Und letztendlich wird es auch so weitergehen, auch wenn man jetzt diesem Antrag zustimmen würde. Er würde nicht das bringen, was Sie sich jetzt vorstellen. Aber ich denke, Sie haben auch schon jetzt in dem einen Jahr, wo Sie hier sind, in diesem Gremium auch schon gemerkt, dass manches etwas schwieriger ist und vielschichtiger ist, als wie man sich das vielleicht vorstellt, wenn man antritt und sich zur Wahl stellt für einen Gremium. Wenn man dann drin ist, dann kommt die Wahrheit, und die ist genau die, die der Herr Oberbürgermeister so geschildert hat.

Stadträtin Geißinger (Vlt): Da wir jetzt nicht mehr so viel Redezeit haben, halte ich mich jetzt kurz. Wir greifen gerne den Vorschlag auf. Sie kommen gerne auf uns zu. Wir gucken einmal, was wir hier in diesem Raum auch am Ende noch zustande bekommen. Ich glaube, es gibt da Lösungen, und ich möchte auch Herrn Kollegen tatsächlich das Wort aus dem Mund nehmen. Ja, es ist vielschichtig und ja, wir sind kein Konzern, aber genau deswegen brauchen wir doch eine Strategie, weil es komplex ist, weil es noch viel komplexer ist als in einem Konzern. Und wir steuern einfach ohne Richtungsvorgabe. Ich weiß, auch die Träger und Organisationen wünschen sich auch einen Blick über die zwei Jahre hinaus. Die wollen Planungssicherheit, und die können wir in diesem System nicht bieten. Deswegen, wir sind sehr gespannt auf nächstes Jahr, und vielen Dank, dass Sie die Idee mitnehmen.

Der Vorsitzende: Jetzt muss ich Ihnen doch leider widersprechen. Es gibt für alle Bereiche fachlicher Art ausführliche und ausdrückliche Strategien. Das haben Sie ja selber bestätigt, dass Sie diese Materialien bekommen haben. Sie haben zu Recht angesprochen, dass darüber kein Dach einer Gesamtstrategie ist. Aber ich könnte Ihnen zum Klimaschutz, zum Wohnungsbau, zu allen Dingen könnte ich Ihnen ausführliche Strategien geben, die auf viel Papier auch dargebracht wurden, die sich nur immer wieder an der Realität ausrichten müssen und deswegen nie eins zu eins so umsetzbar sind. Aber das klären wir dann vielleicht, ich bin sehr dankbar, dass Sie das aufnehmen. Sie fordern vor allem auch eine Art Instrumentarium, wie man sich diesem Thema nähert. Und über diese Instrumente sollten wir uns noch einmal unterhalten, denn sie können uns an bestimmten Stellen sehr gut tun. Und da haben wir keine Übung, das will ich Ihnen zugestehen. Deswegen sollten wir uns auch noch einmal im Kontext eines Workshops, nicht Workshop, sondern dem, was wir sowieso geplant haben, der Klausur, und da müssen wir uns ein bisschen gemeinsam darauf vorbereiten, das sage ich Ihnen gerne zu.

Stadtrat Schnell (AfD): Auch wenn wir jetzt formell kein Konzern sind, haben wir uns doch zumindest dahingehend wie ein Wirtschaftsunternehmen zu verhalten, dass wir zwar keine Profite erwirtschaften sollen, aber insgesamt einen ausgeglichenen Haushalt. Darüber sollte hier Konsens sein. Wenn man sich aber die Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte anschaut, seit wir hier eine links-grüne Mehrheit haben in mehr oder weniger starker Form, hat uns diese durch die ganzen Vorgaben und Beschlüsse sukzessive ins finanzielle Desaster geführt, wo wir heute stehen, nämlich bei über drei Milliarden Schulden bei der Stadt, inklusive ihrer Eigenbetriebe. Insoweit ist die Gesamtstrategie eigentlich hier mit diesen Mehrheiten bisher nur Augen zu und weiter, so wie bisher. Wir kriegen ja immer 200 Millionen jedes Jahr vom Regierungspräsidium bisher als zusätzliche Schuldenaufnahme genehmigt.

Der Vorsitzende: Also ich könnte jetzt länger dazu ausholen. Sie können sich vorstellen, was ich jetzt sagen würde. Okay, wir nehmen ihn damit in die Klausur, und dann schauen wir einmal, wie weit wir da gemeinsam Dinge aufnehmen können, vielen herzlichen Dank für das Entgegenkommen.

Antrag Ö 354: Temporäre Aussetzung der IT-Kommission (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/1701)

Antrag Ö 355: Klimaschutzbeirat an Ausschuss für Umwelt und Gesundheit angliedern (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/1006)

Ich rufe auf den CDU-Antrag Ö 354, Temporäre Aussetzung der IT-Kommission.

Stadtrat Bunk-Merkel (CDU): In Zeiten knapper Kassen muss man möglichst effizient arbeiten. Wir sehen auch bei der Gremienarbeit noch Potenzial für Effizienzsteigerungen, denn jedes Gremium und auch jede Sitzung kosten Geld und binden vor allem erhebliche personelle Ressourcen. Und deswegen schlagen wir vor, dass der Klimaschutzbeirat an den Ausschuss für Umwelt und Gesundheit angegliedert wird und dass die IT-Kommission temporär erst einmal für die nächsten beiden Doppelhaushalte ausgesetzt wird.

Der Vorsitzende: Gut, damit haben Sie die Diskussion schon um den Antrag Ö 355 erweitert. Darauf will ich nur hinweisen, dann können wir gleich zu beidem jeweils was sagen.

Stadtrat Dujmović (GRÜNE): Die IT-Kommission hat ihre Probleme, zum Beispiel die Nicht-Öffentlichkeit. Die sollte weiterentwickelt werden, aber zwei Jahre aussetzen ergibt einfach keinen Sinn.

Stadtrat Dr. Fechner (SPD): Systemkritik ist sicherlich sinnhaft und notwendig, um Dinge auf den Prüfstand zu stellen auch. Das ist sicherlich auch ein Thema, was bei der Verwaltung angekommen ist, auch was bei uns angekommen ist. Und von daher Synergien nutzen, da wären wir dabei. Insbesondere das Thema IT-Kommission, das ist für uns so ein bisschen sinnbefreit, das auszusetzen, weil gerade das Thema Digitalisierung ein Thema ist, mit dem wir vorangehen wollen. Wie man die Struktur dann ausgestaltet, ist eine andere Frage. Von daher werden wir aber den Antrag der CDU in der Form zum Thema IT-Kommission nicht mitgehen.

Stadträtin Geißinger (Vlt): Wie mein Kollege Herr Dujmović schon gesagt hat, wir sollten auf jeden Fall an der IT-Kommission etwas verbessern, aber sie auszusetzen, kommt als digitale Partei natürlich nicht infrage.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, dann können wir erst einmal den **Antrag zur IT-Kommission** hier zur Abstimmung stellen. Anschließend frage ich noch einmal nach Redebeiträgen zum anderen, und bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt kommt ja der Antrag **Ö 355**, Klimaschutzbeirat an Ausschuss Umwelt und Gesundheit angliedern. Da haben noch nicht alle dazu geredet. Deswegen frage ich noch einmal.

Stadträtin Döring (KAL): Ich wollte eigentlich nur noch einmal eine Klarstellung haben. Also es geht nicht darum, das Gremium an sich zu verändern, sondern nur das zeitliche Angliedern an den Ausschuss für Umwelt und Gesundheit.

Der Vorsitzende: Nein, das habe ich anders verstanden, Sorry. Vielleicht könnte Herr Stadtrat Bunk-Merkel es noch einmal erläutern.

Stadtrat Bunk-Merkel (CDU): Also es geht nicht nur um die zeitliche Angliederung, dass es hintereinander stattfindet, sondern dass es eine gemeinsame Sitzung ist.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Eigentlich wollten wir dazu nicht sprechen, aber das ergibt überhaupt keinen Sinn. Also der Ausschuss für Umwelt und Naturschutz ist schon ein relativ großes Gremium, der Klimaschutzbeirat ein anderes. Das passt überhaupt nicht, bitte nicht diesen Weg.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Entschuldigung, also es gibt Überschneidungen, aber es gibt auch große Unterschiede. Es ist wesentlich mehr Zivilgesellschaft im Klimaschutzbeirat. Aber grundsätzlich sind wir natürlich froh über jedes Gremium, dass es weniger gibt, weil es einfach eine sehr hohe Belastung für uns ist. Und man kann natürlich perspektivisch schon einmal prüfen, ob man diese thematische Überschneidung, die es natürlich gibt, nicht auch in einer anderen Gremienstruktur auflösen könnte. Aber ich denke, dass wir das jetzt heute beschließen, es funktioniert absolut nicht.

Stadtrat Gaukel (Vlt): Vielleicht auch noch kurz, wir sind natürlich auch eine Klimaschutzpartei, aber in dem Fall sind wir auch dabei, den Beirat abzuschaffen, denn er hat die gleiche Agenda. Auch im Umwelt- und Gesundheitsausschuss haben wir sachkundige Bürger und damit auch Einbeziehungen der Zivilgesellschaften, auch sehr oft sehr lange Diskussionen. Von daher glaube ich, hier zu sagen, wir machen das nicht, diese Doppelstruktur, und geben dann den Auftrag an die Verwaltung, da dann vielleicht eine bessere Lösung zu finden, aber hier gehen wir erst einmal mit.

Der Vorsitzende: Ich stelle damit den Antrag zur Abstimmung und bitte um das Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

2000 Finanzen

Wir kommen damit zum Teilhaushalt Finanzen, den würde ich gerne noch durchziehen. Anschließend müssen wir unterbrechen, weil wir da noch über verschiedene andere Dinge miteinander reden müssen, nämlich die Gegenfinanzierung der vielen Vorschläge, die jetzt hier in den Tagen auf uns eingepresselt sind. Von daher kann es an der einen oder anderen Stelle beim Finanzhaushalt auch sein, dass wir es nach hinten verlagern müssen, aber wir haben unseren Workshop-Charakter. Von daher können wir da immer noch ein Stück weit auch zugreifen.

Ich möchte beim Thema Finanzen darauf hinweisen, dass wir die Erhöhung der Vergnügungssteuer, der Zweitwohnungssteuer, der Hundesteuer vorschlagen und auch einen Beitrag der Beteiligungsgesellschaften gefordert haben. All das ist in entsprechenden Beschlussvorlagen schon abgebildet gewesen und haben Sie damit schon beschlossen. Von

daher müssen wir es hier jetzt nicht noch einmal beschließen. Es ist quasi im Haushaltsentwurf, beziehungsweise in der Haushaltsaufstellung schon entsprechend angekommen. Und die Satzungen haben wir beschlossen.

Dann gibt es eine ganze Reihe von Veränderungen, die wir über die erste Veränderungsliste einbringen mussten, darauf will ich ausdrücklich verweisen, die im ursprünglichen Haushaltsentwurf noch nicht drin standen. Da geht es um Gemeindeanteil an Einkommensteuer, Umsatzsteuer, Reduzierung Gewerbesteuer, Umlage Finanzausgleichsumlage, Blablabla. Wichtig ist nur, dass auch noch für die Öffentlichkeit der ursprüngliche Entwurf, der Ihnen im Juli einmal vorgelegt wurde, ist schon über die erste Veränderungsliste massiv angepasst worden an die Finanzentwicklung und natürlich weiterhin auch noch. Das müssen wir jetzt hier nicht diskutieren, aber mir war es wichtig, weil das natürlich ganz wichtige Kriterien sind für so einen Haushalt, darauf noch einmal hinzuweisen.

Antrag Ö 356: Potenzialanalyse - Zusammenlegung von Beteiligungsgesellschaften (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/2002)

Damit kommen wir auf die Seite 112. Da gibt es einen CDU-Antrag, Ö 356, Potenzialanalyse, Zusammenlegung von Beteiligungsgesellschaften.

Stadtrat Kehrle (CDU): Ein Prüfauftrag, um unsere gesamten Beteiligungsgesellschaften einfach einmal zu analysieren, welche wir zusammenlegen können, zum Beispiel eine KEK in die Stadtwerke Karlsruhe zu implementieren, um einfach auch diese Doppelstrukturen wieder wegzuschaffen, denn sie verfolgen eigentlich das gleiche Ziel.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Also grundsätzlich kann man gerne nach Effizienzen suchen, aber dieser Antrag ist entlarvend. Es geht hier gegen den Klimaschutz. Die KEK und die Stadtwerke vollführen unterschiedliche Aufgaben. Die Stadtwerke sind ein Versorgungsunternehmen. Die KEK berät in Sachen Klimaschutz. Und da gehen wir auf keinen Fall mit, jetzt hier durch die Hintertür versuchen, Klimaschutz abzuschaffen.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Ich würde Ihnen zu einem Teil Ihrer Zielsetzung anbieten, es genauso zu handhaben wie bei den städtischen Ämtern, dass Sie nämlich rechtzeitig mit Ideen auf uns zukommen. Und wir würden umgekehrt bei Ihnen abfragen, wenn sich hier durch personelle Veränderungen etwas ergibt. Mehr kann ich Ihnen im Moment an der Stelle nicht anbieten, denn sonst wird es hier zu schnell zu ideologisch, wie auch immer man ideologisch definiert. Und das sollten wir eher auf einer informellen Ebene diskutieren. Wenn Sie den Antrag aufrechterhalten, dann würden wir im Moment Ablehnung empfehlen. Wäre das okay so? Okay.

Antrag Ö 357: Einrichtung des Angebots "Soforthilfe nach Vergewaltigung" am Städtischen Klinikum (Die Linke)
(Vorlage: DHH/2025/2004)

Dann haben wir hier einen Antrag Der Linken, Ö 357, Einrichtung des Angebots Soforthilfe nach Vergewaltigung am Städtischen Klinikum.

Stadträtin Kaufmann (Die Linke): Ich kündige gleich einmal an, dass ich nachher noch einen mündlichen Änderungsantrag dazu vorstellen werde. Wenn das Unvorstellbare passiert, darf niemand allein gelassen werden. Nach sexueller Gewalt befinden sich Betroffene in einer absoluten Ausnahmesituation. Was sie dann brauchen, ist sofortige medizinische Versorgung, Sicherheit und eine vertrauliche Umgebung, und zwar schnell und unbürokratisch. Tatsächlich scheuen sich aber viele Opfer davor, sich nach einer Vergewaltigung an die Polizei zu wenden. Sie erstatten zunächst keine Anzeige, sei es aus Scham oder Angst. Doch ohne eine rechtskräftige Beweissicherung ist ein Strafverfahren im Nachhinein nicht möglich. Besonders problematisch ist, dass viele Opfer keinerlei medizinische Versorgung in Anspruch nehmen, aus Sorge, damit würde die ihnen zugefügte Gewalt offiziell.

Deshalb möchten wir mit der Etablierung einer Soforthilfe nach Vergewaltigung einen sicheren Ort schaffen, wo Betroffene adäquat versorgt werden können. Dort gehört insbesondere die Möglichkeit dazu, eine vertrauliche Spurensicherung machen zu können, ohne dass eben ein sofortiger Druck zur Anzeige besteht und es auch noch im Nachhinein gemacht werden kann, wenn die Person sich erholt hat ein bisschen. Aktuell gibt es hier in Karlsruhe eine große Versorgungslücke, die wir dringend schließen müssen. Wie im Bericht unserer Gleichstellungsbeauftragten zur Umsetzung der Istanbul-Konvention zu lesen war, gab es beim Thema Soforthilfe auch bereits erste Treffen mit den Beratungsstellen. Und nun steht als nächster Schritt eine Vernetzung und Verfahrensabsprache mit dem Städtischen Klinikum und den ViDia-Kliniken an. Allerdings wurde die Bearbeitung zunächst verschoben, weil andere wichtige Themen vorgezogen wurden.

Weil der Kampf gegen Gewalt an Frauen und FLINTA*-Personen aber nicht bei Ressourcenfragen aufhören darf, beantragen wir deshalb, die Stadt Karlsruhe soll sich wie Heilbronn und Ludwigsburg und auch Pforzheim dem Modellprojekt Soforthilfe nach Vergewaltigung anschließen. Dieses Modell hat unsere Gleichstellungsbeauftragte in ihrem Bericht auch selbst vorgeschlagen. Wir danken ihr dafür und wollen dies durch diesen Beschluss einfach noch einmal bekräftigen. Denn dieser Schritt ist längst überfällig, auch im Blick auf die Umsetzung des Gewalthilfegesetzes. Opferschutz muss in unserer Stadt absolute Priorität haben, und diese medizinische Soforthilfe muss schnell zum festen Standard werden. Unser mündlicher Antrag ist jetzt noch dazu, dass wir das jetzt nicht explizit ans Klinikum richten möchten, sondern die Ansiedlung dieser Anlaufstelle noch offen lassen möchten und einen Prozess in Gang setzen mit der Gleichstellungsbeauftragten, den Beratungsstellen und den Kliniken hier in Karlsruhe sowie weiteren relevanten Akteur*innen.

In diesem Sinne würden wir das jetzt gerne als Grundsatzbeschluss hier so fällen und könnten das dann auch noch einmal im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit, das ist wahrscheinlich der richtige Ort, dann noch einmal gezielt beraten, was wir dann wirklich für die Umsetzung brauchen, und bitten Sie hier um Ihre Unterstützung.

Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Wir begrüßen ausdrücklich den Antrag der Linken, und für uns ist auch wichtig der mündliche Änderungsantrag, weil wir mit der Verortung der Anlaufstelle beim Klinikum an der Stelle oder in diesem Rahmen hätten wir ein Problem gehabt. Deshalb muss das offener formuliert werden, aber im Grundsatz stimmen wir dem Antrag gerne zu.

Stadträtin Geißinger (Vlt): Auch wir unterstützen den Antrag aus vollem Herzen. Der Änderungsantrag ist vermutlich ein guter Kompromiss. Insofern hoffen wir auf Unterstützung.

Stadträtin Schmid (SPD): Also in der Form würden wir diesen Antrag auf jeden Fall als SPD-Fraktion auch unterstützen. Es kann eigentlich nicht sein, dass wir in dieser extrem verletzten Situation darüber nachdenken müssen, ob wir den Weg auf uns nehmen, nach Pforzheim oder nach Heilbronn zu fahren. Von dem her ist das in der Tat ein Auftrag, der geprüft werden sollte.

Der Vorsitzende: Ich finde es deswegen aus zwei Gründen schwierig, weil ich nicht weiß, ob ein Modellprojekt, das ich nicht kenne, in unsere Strukturen passt. Ich finde es deswegen schwierig, weil Sie behaupten, dass solche Angebote bisher nicht existieren am Klinikum. Das kann ich mir nicht vorstellen. Natürlich weiß jedes Klinikum, wie es damit umzugehen hat, wenn eine Frau mit Vergewaltigung kommt. Das fängt mit Spurensicherung an, das mit Fotografien. Und Sie tun so, als würden Sie das Thema jetzt heute das erste Mal überhaupt hier auf die Diskussionsebene der eigentlich dafür Verantwortlichen heben, nämlich der Kliniken. Das schmeckt mir alles überhaupt nicht. Und ich kann deswegen nur davor warnen, ein Modellprojekt zu beschließen, von dem ich nicht weiß, ob es in die Strukturen passt. Ich bin sehr bereit, weil das Thema ist völlig richtig dargestellt worden, da will ich kein bisschen davon irgendwie Abstriche machen, dass wir uns das wirklich schwerpunktmäßig einmal in einem Ausschuss vornehmen, dass die Kliniken berichten, was sie schon tun, dass dann das Modellprojekt noch einmal vorgestellt wird und dann muss geschaut werden, kann ich einzelne Elemente übernehmen, sind wir sofort alle dafür oder machen wir das Modellprojekt noch einmal insgesamt obendrauf. Aber das kann ich im Moment alles nicht einschätzen.

Deswegen wirklich mein ernstgemeinter Vorschlag. Sie haben ein ganz wichtiges Thema angesprochen. Ich bin mir auch sicher, dass wir da sicher an der einen oder anderen Stelle noch was zu tun haben. Alles okay, aber ich würde es gerne vernünftig da einbetten und aufbauen, wo wir schon Angebote haben. Und in einer eigenen konzentrierten Anlaufstelle in Karlsruhe, das finde ich grundsätzlich gut, aber ich würde eigentlich erwarten, dass jede Klinik und jede Notaufnahme in der Lage ist, dieses Grundprogramm zu leisten, weil ich kann von den Frauen nicht erwarten, dass sie dann noch von der einen Klinik zur anderen geschickt werden, weil dort jetzt das Modellprojekt etabliert ist. Insofern habe ich gegen die Konstruktion auch ein bisschen Probleme, ohne es im Detail zu kennen. Das will ich hier ausdrücklich sagen, nur damit es nicht in den falschen Hals kommt.

Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Mir ist nur wichtig, noch einmal zu betonen, das Thema steht auf der Agenda des städtischen Gleichstellungsbüros bei der Umsetzung der Istanbul-Konvention und wurde, wie die Kollegin gesagt hat, verschoben bis Mitte des Jahres 2026. Und ich glaube, dort gehört es auf jeden Fall auch hin und dort wird es bearbeitet.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Ich wollte jetzt nur noch einmal umreißen, worum es da wirklich geht. Der normale Weg ist Anzeige bei der Polizei, Untersuchung, Spurensicherung. Und dieses Modellprojekt dreht sich im Wesentlichen darum, dass eine Anlaufstelle geschaffen wird, zu der man in einer Notsituation gehen kann, in der erst eine Behandlung und Spurensicherung vorgenommen wird und man dann noch entscheiden kann, ob man eine Anzeige stellt. Das ist das gesamte Modellprojekt.

Der Vorsitzende: Das verstehe ich alles und ich würde aber sogar heute schon erwarten, dass das in den Kliniken auch geleistet wird, weil natürlich viele nicht erst zur Polizei gehen. Wenn das nicht geleistet wird, das höre ich aus Ihren Informationen, Sie sind ja tiefer drin, dann lassen Sie uns das als Aufgabe aufnehmen, lassen Sie uns ganz schnell auf die Tagesordnung setzen. Ich tue mir nur im Moment schwer, grundsätzlich einem Modellprojekt zuzustimmen, von dem ich noch nicht weiß..., jetzt von dem Inhaltlichen völlig okay, aber ich tue mir schwer zu sagen, in Pforzheim machen Sie es so, dann machen wir es jetzt eins zu eins auch so, von der Zielsetzung völlig in Ordnung. Wenn Sie auf der fachlichen Ebene am Ende feststellen, das ist das Richtige für Karlsruhe, die Gleichstellungsbeauftragte hat sich wohl so geäußert, ich kenne aber die Stellungnahme des Klinikums dazu nicht, ich kenne die Stellungnahme der ViDia-Kliniken nicht, lassen Sie uns gemeinsam möglichst schnell das Thema angehen und umsetzen, völlig d'accord. Ich würde hier nur ungern jetzt einen Beschluss fassen müssen zu einem Modellprojekt, das ich am Ende von seinen Auswirkungen nicht kenne, wobei mir es nicht um Geld geht. Mir geht es an der Stelle um die Struktur, die wir damit im Grunde mit beschließen.

Stadträtin Kaufmann (Die Linke): Ich würde noch einmal sagen, das Modellprojekt ist wirklich schon sehr etabliert, auch in ganz Deutschland. Also das gibt es zum Beispiel in Brandenburg mittlerweile flächendeckend. Eigentlich an fast allen Kliniken wird es gemacht. Auch in anderen Bundesländern, in Hessen wird es gemacht. Frankfurt ist da ein Vorreiter. Also es ist jetzt nicht so, dass das jetzt komplett irgendwie ein neues Ding ist. Natürlich müssen wir gucken, wie wir es hier vor Ort kontextspezifisch umsetzen können, aber genau das haben wir jetzt gerade mit unserem Änderungsantrag noch einmal gesagt, dass wir explizit die Verortung offenlassen wollen und dass wir das einfach als Grundsatzbeschluss hier gerne hätten, weil wir haben dazu auch schon im Sozialausschuss diskutiert. Und Frau Meister hat das explizit in ihrem Bericht auch genannt, dieses Modell. Warum können wir das dann nicht jetzt hier so beschließen, wenn es dafür eine Mehrheit gibt?

Der Vorsitzende: Sie haben durch Ihren Beitrag eben genau das aufgegriffen, was ich kritisch angemerkt habe. Der Ergänzungsantrag ist, Sie wollen noch nicht festlegen, wo es angesiedelt wird. Gleichzeitig sagen Sie, in Brandenburg ist es in allen Kliniken angesiedelt. Genau das ist doch mein Thema. Ist es am Ende eine Art Struktur oder Versorgungskette, die ich überall haben will, wo die Frau eventuell im Gesundheitswesen ankommt, oder mache ich eine einzelne Anlaufstelle? Davor würde ich warnen. Und genau diese Frage, also diese Differenz des Modells, deswegen finde ich schwierig jetzt, wir sind uns dem Ziel klar. Wir sind uns klar, dass wir niedrigschwellige Anlaufstellen brauchen. Die sehe ich im Gesundheitswesen offensichtlich noch nicht erreicht. Ich habe immer die Vorstellung sowieso, dass Frauen nicht zunächst zur Polizei rennen, sondern wahrscheinlich überwiegend im Gesundheitswesen aufschlagen. Da bin ich völlig Ihrer Meinung. Und wenn man am Ende das Modellprojekt bei uns an jeder Klinik installieren kann, bin ich sofort dafür. Nur ich weiß einmal nicht, was Modellprojekt an der Stelle heißt. Da tue ich mich schwer jetzt zu sagen, das müssen wir jetzt eins zu eins machen. Lassen Sie uns den Prüfauftrag nehmen, schnellstmöglich zu klären, wie die im Modellprojekt gegebenen Ziele und die im Modellprojekt vorgeschlagenen Instrumente an allen Stellen bei uns im Gesundheitswesen, die wir beeinflussen können, eingerichtet wird. Und lassen Sie uns darüber ganz schnell in eine fachliche Diskussion gehen. Wenn die fachliche Diskussion überflüssig ist und die entsprechenden Kliniken, insbesondere unser Städtisches Klinikum, ich kann nicht für die ViDia-Kliniken mitentscheiden, sagt, alles okay, wir machen das so, dann hat sich das damit erledigt. Aber ich finde es hier schwierig, es hier so abzustimmen.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Also wenn uns jetzt heute zugesichert wird, dass das sowohl im AUG behandelt wird als auch mit in den Aufsichtsrat des Klinikums getragen wird, dann würden wir das so akzeptieren.

Der Vorsitzende: Alles klar, natürlich, und wir würden auch gucken, dass wir ViDia dazu ziehen. Das ist ja nicht das Thema, vielen Dank.

Antrag Ö 358: Wildparkstadion Nachverhandlung

Antrag: SR Kalmbach

(Vorlage: DHH/2025/2005)

Wir kommen zum Antrag von Herrn Stadtrat Kalmbach, Ö358, Wildparkstadion Nachverhandlung.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Es gibt jetzt keine Geschichte. Es gibt nur eine Feststellung, diese 7 Millionen pro Jahr, die tun mir einfach weh, die werden aus dem Ergebnishaushalt genommen. Und deswegen müssen wir von diesem Betrag runter. Es wurde in der Beantwortung gesagt, dass die Optimierung stattfindet im Eigenbetrieb, sehr gut. Da ist sicher auch noch das eine oder andere zu machen. Mit dem KSC kann man natürlich in der Situation, wo es sportlich eine Krise ist, sicher nicht verhandeln, aber man könnte verhandeln, dass wenn sportlich sehr gute Zeiten wieder kommen, dass dann der KSC entsprechend mehr bereit ist, auch zu bezahlen. Das wäre sozusagen mein Begehren.

Der Vorsitzende: Ich tue mir schwer zum Eisladen zu gehen und zu sagen, Sie machen gerade so ein gutes Geschäft, die Schlange ist so lang, ich hätte das Eis deswegen ein bisschen günstiger. Worauf will ich da hinweisen? Es gibt bestimmte Rahmenbedingungen, und ich tue mich mit dem Begriff Nachverhandlung schwer. Mein Vorschlag, Herr Stadtrat Kalmbach, wäre, wir haben bestimmte Zeitpunkte, und wir haben bestimmte Optionen ausgemacht, wo man miteinander reden kann. Das würde ich Ihnen gerne im Eigenbetriebsausschuss einmal darstellen, da können wir Sie dazu einladen, falls Sie da nicht dabei sind. Und ich kann Ihnen heute schon zusagen, dass wir natürlich auch diese Optionen mit dem KSC besprechen werden, das habe ich Ihnen unabhängig von Ihrem Antrag eh schon angekündigt, weil die positive wirtschaftliche Entwicklung macht es noch einmal interessant, auch über bestimmte Optionen zu reden, die in zwei, drei Jahren möglich sind, in 20 Jahren möglich sind. Da gibt es ja in diesem Vertragswerk verschiedene Sprechklauseln.

Das mache ich alles, das sage ich Ihnen zu, weil ich dasselbe Interesse habe wie Sie, aber jetzt hier mehrheitlich zu beschließen, wir machen Nachverhandlungen, dann wird alles günstiger, das erleichtert meine Position nicht, das erschwert die Position eher. Sie setzen sich damit auch über bestimmte vertragliche Vereinbarungen indirekt hinweg. Das wäre auch nicht ratsam an der Stelle. Ich würde Ihnen immer transparent darüber berichten, wenn es okay wäre.

Stadtrat Stolz (AfD): Herr Kollege Kalmbach, so unterstützenswert der Antrag auch ist, aber der Oberbürgermeister hat es jetzt auch gesagt, und grundsätzlich, wer unterschreibt, hält Wort. Wenn es natürlich Möglichkeiten gibt, hier nachzuverhandeln oder bestimmte Punkte nachzuverhandeln, sind die natürlich zu nutzen, aber grundsätzlich, ich glaube,

dem Gremium damals zum Entscheid mit dem Bau zu dem Stadion sowie auch mit der Vertragsunterzeichnung mit dem KSC dürfte es damals schon klar gewesen sein, dass der KSC niemals dieses Stadion zurückbezahlen wird. Da müssen wir jetzt leider durch, aber wir können trotzdem jedes Jahr aufs Neue das Defizit dann entsprechend kritisieren und bei den entsprechenden Fachabteilungen dann auch monieren.

Der Vorsitzende: Sie haben meinen Vorschlag angenommen, Herr Kalmbach, ich komme dann auf Sie zu und auch im Eigenbetriebsausschuss würden wir jeweils berichten. Ich würde gerne gegen 11:00 Uhr dann doch einmal eine Pause machen wollen, wenn Sie einverstanden wären.

Antrag Ö 359: Namensrechte Sponsoring (Volt)
(Vorlage: DHH/2025/2018)

Ich rufe jetzt noch auf, Ö 359, Konzeption Volt, Namensrechte Sponsoring.

Stadtrat Gaukel (Volt): Apropos Eigenbetrieb, Stadion und Optimierung, da sollten einmal Stellen reduziert werden, wenn jetzt das Stadion steht. Das wird nicht getan, auch mit der Fusion der KSBG, um dort dann auch zum Beispiel Sponsoring-Themen auf den Weg zu bringen. Die Antwort der Verwaltung ist, da soll jetzt 2026 einmal geprüft werden, ob und wie und was auch immer. Deswegen, das würden wir auf jeden Fall annehmen und dann für 2026 die Summe rausstreichen. Trotzdem wäre es uns wichtig, hier nicht nur zu sagen, wir prüfen einmal und schauen einmal, dass wir dann aber für 2027 trotzdem eine Zielmarke setzen. Die kann dann auch gerne bei 50.000 sein. Wir haben da selber auch recherchiert mit vergleichbaren Stadien, und das ist realistisch, und das machen wir schon auch bei anderen Dingen. Die City-Tax hatten wir im Haushalt, ohne sicher zu sein, was genau machen wir. Bei jetzt der Verpackungssteuer ist es genauso. Also es ist nicht unüblich, dass wir etwas in den Haushalt hineinschreiben, was wir noch nicht genau beziffern können.

Von daher würden wir gerne den Auftrag der Verwaltung mitgeben, hier Sponsoring-Verträge für 2027 dann abzuschließen, die dann auf 50.000, gerne auch etwas mehr kommen.

Der Vorsitzende: Wir sagen Ihnen das zu, was wir Ihnen zugesagt haben. Am Ende geht es darum, dass wir vielleicht die Aufgabe erfüllt haben, indem wir Ihnen vorschlagen, die Europahalle in eine Halle mit der Benennung einer Zahnbürste oder irgendwas vorzuschlagen, weil wir da die Sponsoring-Einnahmen haben. Ich will nur darauf hinweisen. Es wird am Ende eine durchaus in der Gesellschaft kritische Diskussion geben, wie wir bestimmte große Sportstätten unter dem von Ihnen, auch in der Gesellschaft akzeptierten Namen dann sozusagen als Sponsoring nutzen wollen. Insofern muss ich an der Stelle, anders als bei dem anderen Thema, Ihnen davon abraten, jetzt einen Betrag einzustellen, sondern ich nehme den Auftrag sehr ernst. Wir haben uns das als Sportstadt sowieso schon vorgenommen, dass wir stärker das Sponsoring von großen Einrichtungen hier führen wollen. Wir haben auch deswegen das Eigenbetriebsteam nicht reduziert, weil wir da andere Sportstätten noch mit reinnehmen wollen. Das ist der Weg, wie wir unsere Zusage erfüllen, ohne aber jetzt das Team abzuschmelzen, nur das noch zu Ihrer Eingangsbemerkung. Und

deswegen würde ich jetzt Ihnen davon abraten, einen festen Betrag für 2027 schon in den Haushalt aufzunehmen.

Stadtrat Gaukel (Volt): Dann dazu die Frage: Sagen Sie uns zu, dass Sie uns für 2027 Vorschläge machen werden?

Der Vorsitzende: Ja.

Stadtrat Gaukel (Volt): Dann ist das für uns okay.

Der Vorsitzende: Gut, vielen Dank. Ich würde gerne einmal jetzt eine halbe Stunde unterbrechen. Ich würde bitten, dass sich die Fraktionen, die für sich vorstellen können, dass sie dem Haushalt am Ende zustimmen, sich einmal im Fidelitas einfinden. Mit den anderen muss ich nicht diskutieren über Kompensation, wenn sie sowieso ablehnen. Wenn Sie es noch nicht wissen, kommen Sie lieber dazu. Das nehme ich dann als positives Zeichen, vielen Dank.

(Unterbrechung der Sitzung von 10:50 bis 13:00 Uhr)

Der Vorsitzende: Ich muss mich bei Verwaltung, Presselandschaft und so weiter entschuldigen. Es ist nicht einfach, hier zwischen den verschiedenen, teilweise sehr auseinanderstrebenden Grundpositionen am Ende zu einer großen gemeinsamen Geschichte zu kommen. Es lief zwar aus meiner Sicht bisher alles, auch was die Finanzierung betrifft, sehr moderat ab, aber wir brauchen nicht nur am Ende einen genehmigungsfähigen Haushalt, sondern auch in diesem Raum einen mehrheitsfähigen Haushalt, sonst kommen wir gar nicht zur Frage, ob er genehmigt wird oder nicht. Insofern müssen wir immer beide Ziele im Auge haben, und das ist mitunter nicht ganz so einfach im Detail.

Wir machen jetzt erst einmal bei den Haushaltsberatungen hier so weiter, wo wir aufgehört haben. Dann gibt es noch eine kleine Ankündigung einer Veränderungsliste, die die Verwaltung vornimmt. Wir haben auch noch einige Anträge, die wir dann noch nach hinten geschoben haben, die wir dann noch wieder hochholen müssten. Ich hätte aber die Bitte, dass wir es vielleicht doch schaffen, im Laufe dieser Stunde zu einem Abschluss zu kommen. Wir hatten ja einmal gesagt, bis 14:00 Uhr wäre das hilfreich.

Antrag Ö 360: Keine Haushaltssanierung durch Gelder der Volkswohnung! (Die Linke)
(Vorlage: DHH/2025/2006)

Ich rufe auf Ö 360, das ist ein Antrag der Linken, bezieht sich auf die Seite 119, keine Haushaltssanierung durch Gelder der Volkswohnung. Ich kann auch aus den diversen Gesprächen, die es jetzt hier überall gab, festhalten, dass bisher keine Entnahme der Gelder der Volkswohnung vorgesehen ist, weder im vorliegenden Haushaltsentwurf noch bei dem, was ich so auf den Gängen mitgekriegt habe.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Das nehme ich sehr dankbar zur Kenntnis. Ich möchte den Antrag trotzdem gerne noch ausformulieren. Wir wollten mit diesem Antrag präventiv eine rote Linie ziehen. Wir haben selbstverständlich die Stellungnahme gelesen. Mir war auch bis zu den Gesprächen vorhin bewusst, dass zumindest in dem Entwurf das gar nicht vorgesehen ist. Wir wollten allerdings damit, dass das auch so bleibt, und deshalb haben wir diesen Antrag gestellt.

Antrag Ö 361: Einführung einer klassendifferenzierten Leistungserbringung für die Beförderungsfahrzeuge der VBK (SR Braun)
(Vorlage: DHH/2025/2008)

Dann können wir zum nächsten Antrag gehen, Ö 361. Herr Stadtrat Braun ist zwar nicht da, hat den Antrag aber nicht zurückgezogen. Ich würde einfach den jetzt zur Abstimmung stellen und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Jetzt habt ihr mich genau bei der Wahlhandlung unterbrochen, das ist ein bisschen ungünstig. Also wir stimmen jetzt noch einmal über den Antrag von Herrn Stadtrat Braun ab. Ich habe hier zugerufen bekommen, dass Herr Kalmbach sich entschuldigt hat, aber das Protokoll beobachtet eh immer, wer da ist und wer nicht da ist. Also die Abstimmung über den Antrag von Herrn Braun ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 362: Turmbergbahn Umbau aussetzen (SR Kalmbach)
(Vorlage: DHH/2025/2009)

Antrag von Herrn Stadtrat Kalmbach, Turmbergbahn-Umbau aussetzen. Herr Kalmbach ist nicht mehr da. Ich empfehle Ablehnung und bitte um Ihr Votum ab jetzt.

Stadtrat Cramer (KAL): Herr Oberbürgermeister, wir werden jetzt diesem Antrag so nicht zustimmen, aber meine Fraktion geht davon aus, dass das Thema noch einmal im Gemeinderat aufgerufen wird. Wir hatten damals diese Grundsatzentscheidung. Ich ging von anderen Zahlen aus, auch was wir ausgeben wollen, was die Gesamtkosten betragen, was die Bezuschussung beträgt. Und wir wollen einfach noch einmal genaue Zahlen haben. Wir hätten gerne noch einmal eine Kostenprognose und dann auch eine stringente Kostenverfolgung. Darüber kann jetzt nicht abgestimmt werden, soll auch nicht abgestimmt werden. Ich wollte es nur jetzt mehr oder weniger als Zuruf hier zu dem Tagesordnungspunkt benennen. Ich werde als Mitglied des Aufsichtsrates der VBK da auch noch einmal eine gezieltere Fragestellung und Einschätzung von mir auch noch an die Geschäftsführung weiterschicken.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, ich sage Ihnen natürlich zu, dass wir Sie über eine Informationsvorlage mit der Kostenentwicklung und allem noch einmal informieren und dass wir natürlich Ihre Forderung nach einem sehr engen Kostencontrolling während der Baumaßnahme ja schon aufgenommen haben.

Wir kommen jetzt zum **Antrag von Herrn Stadtrat Kalmbach**, und zwar ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 363: Verringerter Zuschuss an KVVH wegen Vergabe ÖPNV-Busdienste an Dritte (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/2010)

Antrag Ö 364: Verringerter Zuschuss an KVVH wegen Vergabe Optimierung Tramnetz (AfD)
(Vorlage: DHH/2025/2011)

Ich rufe auf wegen einer gewissen Ähnlichkeit die beiden Anträge der AfD, Ö 363 und Ö 364 mit Einverständnis der Fraktion, verringerter Zuschuss an KVV wegen Vergabe ÖPNV-Busdienste an Dritte und wegen Vergabe-Optimierung Tramnetz.

Stadtrat Schnell (AfD): Fangen wir einmal an mit den Busdiensten. Das wurde uns im Aufsichtsrat genannt, dass das einmal möglich ist, rechtlich. Also insoweit kann man die Stellungnahme der Stadt dahingehend schon einmal entkräften. Und wichtig ist eben, wenn wir das komplett fremdvergeben, dann sparen wir jedes Jahr ungefähr drei Millionen, ohne dass wir das Busangebot von der Frequenz und so weiter zurückfahren, und das gilt auf Basis des bisherigen Busangebotes. Das halte ich schon für sehr wichtig.

Noch eine kleine Ergänzung dazu, die bisher schon von dritten betriebenen Buslinien werden wesentlich seltener bestreikt als die Buslinien, die durch die VBK bedient werden. Deshalb stärkt eine solche Vergabe auch die Resilienz unseres öffentlichen Nahverkehrs. Zum Zweiten, wir hatten das auch im Aufsichtsrat der Verkehrsbetriebe vorgestellt bekommen, dass man durch Herausnahme einer Linie, konkreter Linie 5, und entsprechender Veränderung der bestehenden anderen Linien, im Klartext, die von Daxlanden nach Rintheim, dann die Führung über die Kriegsstraße wählt, um dann auch dort natürlich ein Angebot zu erhalten, lassen sich erhebliche Betriebskosten einsparen, nicht nur am Personal, sondern wir können auf sieben Fahrzeuge verzichten, die wir dann auch nicht mehr unterhalten müssen. Und das ist auch eine erhebliche Kosteneinsparung. Und von der Angebotsqualität muss man sagen, ob ich dann drei Linien zwischen dem Entenfang und dem Europaplatz fahre oder nur zwei, jeweils unter der Woche im Zehn-Minuten-Takt, das ist keine wirkliche Angebotsverschlechterung, die sich spürbar auf die Nachfrage auswirkt.

Die Verkehrsbetriebe haben Berechnungen angestellt bezüglich der Mindereinnahmen. Und da muss man nur ganz einfach sehen, dass, wenn Sie die Frösche fragen zum Thema Entwässerung eines Sumpfes, dann ist klar, dass die Antwort eine gewisse Tendenz hat. Zudem kommt noch hinzu, dass Berechnungen mit Verkehrsprognosemodellen für meinen Geschmack die Tatsache nicht entsprechend würdigen, dass wir inzwischen aufgrund des Deutschlandtickets einen sehr, sehr hohen Anteil von Dauerkarten haben. Der Einzelkartenverkauf ist bei den Verkehrsbetrieben um 50 Prozent zurückgegangen, weshalb man guten

Gewissens davon ausgehen kann, dass die die Fahrgeldeinnahmen lange nicht in dem Maße zurückgehen würden, wie das eben prognostiziert wurde. Und das sind Einsparvorschläge, die jedes Jahr anfallen und unseren Haushalt entsprechend entlasten würden. Wir haben vorhin alle gesehen, wir sind schon bei über 5 Millionen pro Jahr, was wir an Mehrausgaben gegenüber den ursprünglichen Vorgaben von der Stadt zur Haushaltssanierung hier verbraten haben. Damit könnte man das locker kompensieren. Deshalb würde ich empfehlen, diesen Anträgen zuzustimmen. Sie werden es nicht machen, aber dann müssen Sie sich schon überlegen, wie Sie mit dem Defizit, dem weiter ansteigenden hier, zurechtkommen wollen.

Der Vorsitzende: Ich sehe keine Wortmeldungen. Ich rufe auf den Antrag **Ö 363**. Da geht es um diese Vergabe der ÖPNV-Busdienste an Dritte. Den stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. –

Damit rufe ich auf den **Ö 364**, da geht es um die Optimierung Tramnetz. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass alle diese Vorschläge ja auch im Aufsichtsrat immer regelmäßig diskutiert werden, nur dass nicht der Eindruck entsteht, wir würden uns damit nicht beschäftigen. Ich bitte auch hier um Ihr Votum ab jetzt. – Auch das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 365: Kürzung des städtischen Verlustausgleichs an die KMK um 8,7 % (GRÜNE)
(Vorlage: DHH/2025/2013)

Antrag Ö 366: Kürzung des städtischen Betriebskostenzuschusses an die KTG um 8,7 % (GRÜNE)
(Vorlage: DHH/2025/2014)

Antrag Ö 367: Kürzung des städtischen Zuschusses an die KME um 8,7 % (GRÜNE)
(Vorlage: DHH/2025/2015)

Die nächsten drei Anträge erlaube ich mir auch, gemeinsam aufzurufen. Allesamt sind von der Fraktion der GRÜNEN, und es geht um die Übertragung quasi dieser 8,7 Prozent Einsparung an die städtischen Gesellschaften KMK, das ist der Ö 365, KTG, der Ö 366 und KME, das ist der Ö 367.

Stadträtin Dr. Heynen (GRÜNE): Ich fange mit einer kleinen Vorrede an, weil gestern bei der Diskussion es uns so leicht unterstellt wurde. Also, wir sind natürlich wissenschaftsnah und dafür, dass es eine enge Kooperation mit Wissenschaft und Stadt gibt. Wir mögen Feste. Wir sind uns auch der Bedeutung der drei Gesellschaften für den Tourismus und für die Bindung von uns selbst an unsere Stadt, aber auch für junge Menschen an unsere Stadt darüber im Klaren. Nichtsdestotrotz haben wir diese drei Anträge gestellt, und zwar aus einigen Gründen.

Ein Grund ist die Frage der Glaubwürdigkeit auch gegenüber der Bevölkerung und der Gleichbehandlung gegenüber anderen Einsparvorschlägen, die gemacht wurden, die auch die Attraktivität der Stadt nach innen und nach außen betreffen, die auch die Attraktivität der Stadt für junge Menschen betreffen. Und zwar, Sie hatten das schon gesagt, wir haben das analog jetzt beantragt, wie die Kürzung im Kulturbereich, die wir ja auch nicht durch

unsere Beschlüsse aufgehoben haben, nämlich dass das Badische Staatstheater 8,7 Prozent einsparen muss und das ZKM, die bedeutsam für die Stadt sind. Wir haben beim VBK in den Betrieb eingegriffen. Und bei Nextbike, das ist nur beispielhaft, haben wir auch was reduziert, was für Studierende und für diese Stadt attraktiv ist. Und um da eine gewisse Gleichbehandlung zu gewährleisten, beantragen wir, dass analog 8,7 Prozent bei den Gesellschaften gekürzt wird, ausgehend von dem Planansatz.

Stadtrat Hofmann (CDU): Wir haben nicht mehr viel Redezeit, deswegen nur kurz. Alle Gesellschaften haben ihren Einsparbeitrag gebracht, und deswegen lehnen wir alle drei Anträge ab.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Ich schließe mich meinem Vorredner an. Also wir lagern viele Aufgaben, die wir als Kommune haben, die wir auch als Daseinsvorsorge verstehen, an unsere Gesellschaften ab. Und der Begriff Daseinsvorsorge mag vielleicht in irgendeinem Duden einmal definiert worden sein, aber am Ende des Tages ist es auch eine politische Bewertung, was wir als Daseinsvorsorge betrachten. Gerade im Event- und Tourismusbereich und auch in der Messe, das sind alles Dinge, die einerseits für die Bevölkerung wichtig sind, andererseits aber auch für uns, für unseren Wirtschaftsstandort unheimlich wichtig ist. Der Wirtschaftsstandort bringt uns über die Gewerbesteuer am Ende dann auch Steuer in den Haushalt, die wir dann wieder für andere Dinge ausgeben, die wir vielleicht sogar buchwörtlich als Daseinsvorsorge bezeichnen. Also es ist so ein großer Kreislauf, den man einfach nicht vergessen darf. Und das möchte ich an der Stelle einmal gesagt haben für meine Fraktion.

Der Vorsitzende: Ich möchte auch dem Eindruck hier entgegenstehen, dass es hier eine Gerechtigkeitslücke gäbe, zumal ja der Gemeinderat ausreichend in allen Aufsichtsratsgremien vertreten ist, wo die entsprechenden Wirtschaftspläne beschlossen werden. Da wäre eigentlich der Ort gewesen, eine solche Einsparung zu fordern und auch durchzusetzen. Es hat dort erhebliche Anpassungen und Einsparungen gegeben. Es gibt aber auch teilweise Betrauungsakte. Insofern ist das, was die Gesellschaften machen, nicht automatisch gleichzusetzen mit kulturellen Angeboten an anderer Stelle. Darauf möchte ich nur verweisen von der Argumentation. Der Vorschlag selber ist an sich erst einmal nachvollziehbar in Betracht der Gesamtsituation.

Ich rufe damit auf in der Reihenfolge, wie es dasteht, den **Ö 365** der GRÜNEN, da geht es um die KMK, und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich rufe auf den **Ö 366**, da geht es um die KTG. Auch hier bitte ich um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt rufe ich auf den **Ö 367**. Da geht es um die KME. Und auch da bitte ich um Ihr Votum ab jetzt. – Auch das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Stadtrat Schnell (AfD): Für das Protokoll: Herr Stolz wollte beim Ö 366 auch zustimmen, war leider ein Tick zu spät dran.

Der Vorsitzende: Alles klar, vielen Dank für die Korrektur.

Antrag Ö 368: Einführung Grundsteuer (CDU): (GRÜNE, Die Linke)
(Vorlage: DHH/2025/2016)

Ich rufe auf den Ö 368, einen Antrag der GRÜNEN, und einen ähnlich lautenden Antrag der Linken zum Thema Grundsteuer C.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Mit einer Grundsteuer C soll eine deutlich höhere Besteuerung von baureifem Land und damit eine Mobilisierung für Bauland für den Wohnungsbau erreicht werden. Angesichts der Lage auf dem Wohnungsmarkt in Karlsruhe sollte die Einführung einer solchen Grundsteuer C eigentlich ein No-Brainer sein. Auch die Belastung von Grundstückseigentümer*innen kann hier kein Gegenargument sein. Wir sind als Stadt nicht verpflichtet, Eigentümer*innen die Möglichkeit zur Bodenspekulation zu bieten. Zudem gilt auch, dass bebaute Grundstücke genauso am Wert steigen können. Also auch damit könnte man spekulieren. Darüber hinaus gilt, wer wirklich dringend spekulieren möchte, der Finanzmarkt bietet reichlich Möglichkeiten, sein Geld irgendwo hin anzulegen. Wir sollten auch noch einmal uns bewusst machen, dass die allermeisten Menschen sich überhaupt kein Grundeigentum leisten können. An die denkt dabei auch niemand, dass man vielleicht für die Gerechtigkeit schaffen sollte. Für die Stadt Karlsruhe muss im Vordergrund stehen, wie baureife Grundstücke aktiviert und Wohnungen errichtet werden können.

Ehrlich gesagt, die Antwort der Verwaltung auf diese Anträge finde ich extrem enttäuschend. Es findet keine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema statt. Hier wird mit dem Aufwand der Erstellung der Satzung und fehlenden EDV-Voraussetzungen argumentiert. Uns ist zwar schon bewusst, dass die Verwaltung ein hohes Maß an Aufgaben zu erfüllen hat und eine neue Satzung auch Arbeit wäre, Wohnen ist jedoch ein so zentrales Thema für die Menschen, dass eine sinnvolle Maßnahme nicht wegen fehlender EDV-Voraussetzungen abgelehnt werden sollte. Hier geht es eben um Wohnen und nicht um ein Nice-to-have-Thema wie Tourismusförderung. Und auch eine nicht abschließend geklärte Rechtslage kann kein valides Argument sein. Wenn wir zügig Wohnungen schaffen wollen, müssen wir auch bereit sein, neue Wege zu gehen. Wobei, die Grundsteuer C ist kein ganz so neuer Weg, andere Städte tun das bereits auch. Daher bitten wir um Zustimmung für unseren Antrag.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Im Grunde genommen begehrt der Antrag eigentlich ein total richtiges Anliegen. Als SPD sind wir auch dafür und haben uns auch schon oft mit diesem Thema auseinandergesetzt, aber wir folgen der Verwaltung in ihrer Einschätzung erst einmal, dass wir das über den höheren Hebesatz bei der Grundsteuer B an der Stelle probieren und dann einfach die Situation bewerten, gucken, wie andere Kommunen Erfahrung sammeln. Aber wenn wir jetzt immer noch mehr Aufgaben auf unsere Verwaltung satteln, bei denen wir wissen, dass sie jetzt auch nicht wahnsinnig viel..., und das ist immer ähnlich wie bei der Zweckverbotssatzung von gestern, wir müssen einfach gucken, dass wir mit den Ressourcen, die wir haben, sie sinnvoll einsetzen. Ich wiederhole das, was ich gestern gesagt habe, wir haben im Wohnraum genug Potenzial in dieser Stadt, das wir heben können an anderer Stelle, und wir sollten das dort mit konzentrierten Mitteln tun.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Ich kann mir meine Rede eigentlich fast sparen, weil der Herr Dr. Cremer alles erwähnt hat, was ich auch erwähnen wollte. Wir gehen da voll und umfänglich mit. Der einzige Unterschied zwischen den beiden Anträgen ist, dass wir einen

Hebesatz formuliert haben, der sich an Tübingen orientiert, nämlich genau die Differenz zwischen B und C aufzeigt. Wir halten das für überfällig und dringend notwendig und bitten inständig um Zustimmung.

Stadtrat Cramer (KAL): Meine Fraktion wird diesem Antrag zustimmen. Ich möchte aber noch einen weiteren Aspekt hier benennen und erinnern. Es ist schon lange her, aber es hat wirklich was gebracht. Es gab einmal ein Baulückenprogramm. Das wurde noch unter dem Oberbürgermeister Dullenkopf ins Leben gerufen und auch praktiziert. Vielleicht kann man da in älteren Archiven noch einmal nachschauen, wie wurde da vorgegangen und wie wurde erreicht, dass Baulücken, dass Grundstücksbesitzer aufgefordert wurden, animiert wurden, die zu bebauen. Das wäre meiner Ansicht nach auch ein Weg, den man sofort gehen könnte. Vielleicht wäre das eine Möglichkeit, dass da in den zuständigen Ämtern und Dezernaten vielleicht das noch einmal überlegt wird und das noch einmal recherchiert wird, was da damals war.

Der Vorsitzende: Ich möchte für die Verwaltung gerne noch einmal erläutern, damit nicht der Eindruck entsteht, hier liegt Gold auf der Straße, und wir verzichten da immer drauf. Und vielleicht müssen wir unsere Stellungnahmen noch etwas klarer formulieren. Ich kenne jetzt keine großen Baugebiete, in denen es reichlich Baulücken gäbe, in denen wir davon ausgehen können, dass hier irgendjemand spekuliert. Punkt 1.

Punkt 2, durch die Einführung der neuen Grundsteuer, die nicht mehr unterscheidet zwischen Bebauung und Nichtbebauung, musste der für die unbebauten Grundstücke genauso viel zahlen wie für die annähernd gebauten Grundstücke. Das heißt, es ist ein wirtschaftlicher Aufwand, der sich nur schwer eigentlich für den Einzelnen darstellen lässt, wenn er nicht beginnt zu bauen. Und die Erfahrung in den anderen Städten ist teilweise so, dass sie heftig beklagt wurden und dass wir einfach gucken wollen, wie sich das dort entwickelt.

Und viertens, wir haben im Moment noch nicht die EDV-Voraussetzungen. Das jetzt so zu verkürzen, zu sagen, nur weil wir EDV scheuen, der Eindruck ist nicht entstanden, aber hätte entstehen können, das weiß ich von uns.

Deswegen, ich finde die Idee grundsätzlich gut, aber wir müssen den Aufwand, die erwarteten Effekte und die Stellen in der Stadt, wo das überhaupt nur zutrifft, die müssen wir in eine vernünftige Relation bringen, und das sehen wir im Moment nicht. Das ist die Botschaft unserer Stellungnahme, und deswegen werden wir auch mit Ihnen gerne darüber noch einmal reden, wenn es Erfahrungen aus anderen Städten gibt und wir wirklich weitere Erkenntnisse hätten, dass jemand nur aus Spekulationsgründen nicht beginnt zu bauen, weil er denkt, dann kann er das vielleicht ein paar Jahre später noch viel lukrativer wieder veräußern, das kann ich jetzt hier so nicht erkennen. Ich kenne es aus kleineren Gemeinden so, dass sie oft über 10, 15 Jahre brauchen, bis solche Baugebiete sich langsam füllen. Aber ich glaube, dass sich das auch dort durch die veränderte Grundsteuerbemessung schon alleine möglicherweise erheblich verändern wird.

Deswegen, es ist keine pauschale Ablehnung, Herr Stadtrat Dr. Cremer, nur wir sehen im Moment noch nicht die ausreichende Balance, um zu sagen, klar, machen wir. Und für 2026/27 wäre es möglicherweise jetzt zumindest einmal nicht mehr groß haushaltsrelevant.

Herr Stadtrat Schnell, es hat sich erledigt, okay. Ich darf aber beide Anträge zusammennehmen? Ist das okay? Weil Sie haben gesagt, es gibt einen kleinen Unterschied?

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Das ist nur der Hebesatz, aber der ist eh Punkt 2. Also mir geht es tatsächlich um die Einführung dieser Grundsteuer.

Der Vorsitzende: Zum Hebesatz müssten wir, wenn das jetzt positiv beschieden wird, uns sowieso noch einmal verständigen, denn den müssen wir natürlich ein Stück weit auch begründen. Damit kommen wir zur Abstimmung, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 369: Einsatz von kommunalen Betriebsprüfer*innen zur Erhöhung der Einnahmen aus der Gewerbesteuer (Die Linke)
(Vorlage: DHH/2025/2017)

Ich rufe auf den Antrag mit der Ziffer Ö 369 der Linken-Fraktion, Einsatz von kommunalen Betriebsprüfer*innen zur Erhöhung der Einnahmen aus der Gewerbesteuer.

Stadträtin Kaufmann (Die Linke): Schade eigentlich, dass wir diesen Antrag jetzt als Allerletztes behandeln. Die Haushaltslage ist verdammt schwierig, aber anstatt am Kulturellen und Sozialen zu kürzen, müssen wir auch unbedingt auf die Einnahmenseite schauen. Zugegeben, unsere Möglichkeiten hier sind begrenzt als Stadt, und hauptsächlich müssen wir hier natürlich die Landesregierung in ihre Verantwortung nehmen. Aber auch wir als Stadt sollten möglichst umfassend die Einnahmemöglichkeiten, die wir eben haben, ausschöpfen. Und mit die wichtigste Einnahmequelle ist dabei natürlich die Gewerbesteuer als originär kommunale Steuer. Auch wenn uns das gerne vorgeworfen wird, wir sehen auch noch andere Möglichkeiten, als die Steuern zu erhöhen.

Grundsätzlich gilt es nämlich erst einmal, die geltenden Steuerpflichten auch wirklich durchzusetzen. Denn was nützt es schon, einen Steuersatz festzusetzen, wenn er da nicht voll gezahlt wird? Stichwort geschätzte 100 Milliarden Euro fehlende Steuereinnahmen im Bundeshaushalt durch Steuerhinterziehung und Steueroptimierung, aber das nur am Rande. Die Gewerbesteuer wird zwar nicht von der Kommune selbst erhoben, sondern vom Finanzamt, wohl aber hat die Kommune ein gerichtlich bestätigtes Beteiligungsrecht bei der Erhebung. Das kann sie, wie zum Beispiel die Stadt Köln das sehr erfolgreich macht, dadurch ausüben, indem sie kommunale Betriebsprüfer*innen einstellt. Diese können die Steuerprüfungen unterstützen und präzisieren und dafür sorgen, dass die steuerpflichtigen Unternehmen ihrer Steuerpflicht eben auch möglichst in voller Höhe nachkommen. Unserer Einschätzung nach und auch basierend auf den Erkenntnissen der Gemeinden, die bereits eben diese kommunalen Betriebsprüfer*innen einsetzen, ist zu erwarten, dass die Kosten für die zwei beantragten Stellen sich auch rasch lohnen würden, da die Mehreinnahmen auf mittel- bis langfristige Sicht die Kosten signifikant übersteigen werden. Also für uns wäre das jetzt ein nachhaltiges Instrument der Haushaltspolitik, wofür wir heute um Ihre Zustimmung bitten.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit kommen wir zur Abstimmung, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Ö 292: HHS4_GR78 - Erhöhung der Parkgebühren bei mittels Parkscheinautomaten bewirtschafteten öffentlichen Stellplätzen um 100%
(Vorlage: 2025/1180)

Antrag Ö 294: HHS4_GR78 - Keine drastische Anhebung der Parkgebühren bei Parkschein-Automaten (CDU)
(Vorlage: DHH/2025/6604)

Ich rufe jetzt den zurückgestellten Antrag Ö 292 der Stadtverwaltung und den damit verbundenen Änderungsantrag der CDU, Ö 294, auf. Da geht es einmal um den Vorschlag der Verwaltung, die Parkgebühren bei mittels Parkscheinautomaten bewirtschafteten öffentlichen Stellplätzen um 100 Prozent zu erhöhen und den dazu vorliegenden Änderungsantrag der CDU, es auf die Hälfte der Erhöhung zu begrenzen.

Es gab jetzt auch noch verschiedene Konditionierungen, die dazukommen. Ich würde jetzt aber erst einmal bitten, in die Diskussion einzusteigen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Wir haben darüber schon mehrfach diskutiert, auch im Rahmen dieser Haushaltsberatungen. Das Grundproblem liegt eigentlich in dem Vorschlag der Verwaltung, der, offen gesagt, nicht ganz realistisch ist. Und wie man zu dieser Höhe kommen kann, das kann ich nicht nachvollziehen. Das sind ein Stück weit die Probleme, die wir jetzt auch in der weiteren Diskussion im Hinterzimmerchen auch, glaube ich, haben. Denn wir haben einen viel zu hohen Ansatz angenommen. Der ist für eine Stadt wie Karlsruhe unrealistisch. Und die Begründung, man müsse eine Erhebung von 8 Euro pro Stunde durchziehen, um der Umwelt und dem Stadtklima und so weiter gerecht zu werden, die ist nicht nachvollziehbar, denn es werden die Plätze belegt werden. Das kann man erwarten, also die Einnahmen sind gesichert, nur es wird unserem Ruf als Einkaufsstadt, als lebendige, pulsierende Stadt, einen Riesenschaden erleiden.

Ich will es kurz machen, wir haben in unserem Antrag deutlich gemacht, dass eine Erhöhung auf maximal 6 Euro vertretbar ist, für viele in dieser Stadt schon nicht mehr darstellbar, aber vertretbar. Und mit diesem Vorschlag gehen wir gerne in die weitere Debatte.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Jetzt haben wir es gestern diskutiert, diskutieren es gerade noch einmal und haben es auch vorhin zwischendurch schon einmal diskutiert. Wir hatten angeboten, dass wir grundsätzlich im Sinne eines gesamten Kompromisses auch für die Haushaltsberatungen der letzten drei Tage und auch für den Satzungsbeschluss in der nächsten Woche hier einer Lösung mitgehen können, die konkret für die bestehenden Tarifzonen beinhaltet, dass die Gebühren eben nur um 50 Prozent erhöht werden. Das ist auch das, was Sie gerade, Herr Kollege Pfannkuch, auch noch einmal dargestellt haben.

Was für uns aber eine wirklich notwendige Verknüpfung ist in diesem ganzen Zusammenhang, und da brauchen wir Ihre Zusage auch als CDU-Fraktion, da brauchen wir auch Ihre Zusage als Oberbürgermeister, dass wir damit verbunden einen gemeinsamen

Haushaltsentwurf auch hinbekommen, in Verbindung mit den Anträgen, die wir in den vergangenen beiden Tagen, in den letzten Stunden beschlossen haben, dass wir hier eben ein gemeinsames Paket haben. Wir sind jetzt über 300 Anträge hier durchgegangen und haben jetzt dann damit eine mögliche Lösung. Was wir darüber hinaus auch noch brauchen, ist eine ganz klare öffentliche Zusage zu dem weiteren Teil dieses Verhandlungspaketes, dass wir die Parkzonen ausweiten in der Fläche, dass wir die Parkgebühren gerechter im gesamten Stadtgebiet verteilen, dass wir nämlich dadurch auch unerwünschte Übersprungeffekte von der einen Zone mit Gebühren in die andere ohne dann auch vermeiden. Das bedeutet nicht nur, dass man gerade noch die nächste Straße mit reinnimmt, sondern das bedeutet ganz konkret, dass wir auf unsere aktuelle Stadtkarte gucken und wirklich über den Großteil der Stadtteile reden, in denen es jetzt dann auch die Tarifzone 2 gibt oder auch eine eventuell neue Tarifzone darüber hinaus mit einer geringeren Parkgebühr, damit wir nämlich in Summe auch ein tragfähiges Ergebnis für den Haushalt bekommen.

Dieser Antrag, den Sie jetzt gestellt haben über zweieinhalb Millionen, das war mit einer der höchsten Einzelanträge. Das ist eine größere Veränderung über alle Haushaltstitel hinweg. Das ist der Einzelantrag mit der größten Veränderung, und das kann mittelfristig nur funktionieren, wenn Sie an das gesamte Stadtgebiet denken, weil nur dann können die Gebühren eingenommen werden, die nach Ihrem Antrag in der Innenstadt und der bestehenden Tarifzone 2 eben auch hinten rausfallen. Von daher ist es für uns ganz klar mit einer Zustimmung zu diesem Kompromiss auch verbunden, dass wir damit ein Gesamtpaket für den Haushalt haben, dass wir mit allen Anträgen, die wir jetzt heute und vorgestern, gestern beschlossen haben, auch miteinander verknüpfen können. Weitere Zugeständnisse darüber hinaus sind für uns schwer tragbar.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Auch wir sind dankbar, dass wir hier fraktionsübergreifend einen Kompromiss gefunden haben, der sich auch gestern schon in der Debatte angefangen hat, abzuzeichnen. Und ich finde es aus der Hinsicht wirklich eigentlich fast jetzt schon ein Unikum, dass wir es schaffen, nach diesen drei anstrengenden Tagen hier trotzdem diese teilweise so scharf geführte Debatte über die einzelnen Verkehrsträger, die haben heute Morgen um 9:00 Uhr schon das erste Mal wieder begonnen, dass wir jetzt endlich einmal einen Punkt finden, wo wir als Gemeinderat, nahezu in der ganzen Vielfalt und Gänze, wo wir sagen, das ist in Ordnung für uns. Und ich glaube, das Wichtige an der Kommunalpolitik, und das ist die Meinung unserer Fraktion, und so versuchen wir uns auch immer zu verhalten, ist, dass man an der richtigen Stelle einfach den richtigen Pragmatismus braucht und dass man am Ende, egal wie seine persönliche Meinung ist, ob jetzt das Automobil oder der ÖPNV oder das Fahrrad oder zu Fuß oder was auch immer jetzt das Beste für alle Menschen ist, diese Position auch bereit ist, ein Stück weit zu verlassen und mit einer gewissen Empathie auch in die anderen Köpfe ein bisschen versucht reinzuschauen, in deren Herzen, und dann auch Entscheidungen zu treffen, die dann für alle irgendwo tragbar sind, die dann sowohl eine einseitige Erhöhung der Parkgebühren..., und wir haben die Parkgebühren in den letzten fünf, sechs Jahren massiv erhöht in der Innenstadt, aber auch gleichzeitig an anderer Stelle Verbesserungen gehabt.

Das finde ich einfach wichtig, und ich finde es bemerkenswert und möchte es an der Stelle einfach deutlich sagen. Auch wir in der Fraktion haben ganz unterschiedliche Meinungen darüber, wie wir mit Parkgebühren und dergleichen umgehen sollen. Aber auch hier haben wir einen Kompromiss gefunden, und ich finde es bemerkenswert und das ist irgendwie so symbolisch, dass das jetzt fast der Abschluss dieser drei Tage ist. Ein bisschen was kommt

noch, aber ich glaube, das ist die letzte große Kuh, die wir vom Eis holen müssen. Und für mich hat es auch so einen Ticken was Versöhnliches, auch wenn viele Zähne knirschen, aber am Ende des Tages ist es unsere Verantwortung für die gesamte Stadt, der wir heute auch ein Stück weit gerecht werden.

Stadtrat Schnell (AfD): Dass dieser Kompromiss bemerkenswert ist, da bin ich ganz bei Ihnen, Dr. Huber. Es ist nämlich ein bemerkenswert fauler Kompromiss. Das ist jetzt nicht mehr statt 100 Prozent nur 50 Prozent, dafür wird außenherum auch noch einerlei an Parkgebühren zusätzlich erhöht. Unser Antrag, die Parkgebühren nur um 5 bis 10 Prozent zu erhöhen, den haben Sie schon abgelehnt. Ich möchte nur noch darauf hinweisen, wenn Sie unseren Einsparvorschlägen gefolgt wären, hätten wir jetzt nicht 5 Millionen pro Jahr mehr an Verschuldung oder Defizit im Haushalt, sondern wir hätten für das Jahr 2026 knapp 3 Millionen weniger und statt für 2027 5,4 Millionen weniger. Also es sind erheblich mehr Einsparungen möglich, als die Stadt vorgeschlagen hat. Sie haben da noch was draufgesattelt. Jetzt müssen Sie nur sehen, wie Sie damit fertig werden und das den Bürgern erklären, dass Sie sie gnadenlos beim Parken und bei anderen Dingen abzocken wollen.

Stadtrat Noé (FDP/FW): Meine Aussage von gestern, ich muss sie wiederholen, wir haben die ersten zwei Tage lang Kompromisse gefunden. Wir haben Kürzungen bei Kultur, bei Sozialem zurückgenommen, wir haben Kürzungen beim Klima zurückgenommen. Die Mehrheit hier ist offensichtlich nicht bereit, auch Kompromisse zu schließen, wenn es um das Thema Mobilität und Wirtschaft geht. Man hat uns signalisiert, man brauche die Kleinen nicht für die Verabschiedung dieses Haushaltes, dann muss die Öffentlichkeit auch damit leben, dass das dann der Mehrheitsbeschluss ist. Wir werden diese Erhöhung der Parkgebühren in dieser Höhe nicht mittragen.

Der Vorsitzende: Ich möchte das noch aus Sicht der Verwaltung ergänzen. Wir hätten große Bauchschmerzen bekommen, wenn sich dieser Antrag, die Parkgebühr nicht zu verdoppeln, durchgesetzt hätte, weil wir dann gar nicht wüssten, wie wir den Haushalt einigermaßen finanziell absichern. Und ich bin jetzt insgesamt für den Kompromiss sehr dankbar, weil damit gezeigt wird, dass alle Verkehrsarten ein Stück weit etwas dazu beitragen, aber in einem auch verträglichen Maß. Wir können vor allem auch diejenigen Wünsche jetzt in eine verbindliche Festlegung hier bringen, die es durchaus aus angrenzenden Stadtteilen und Quartieren gibt, dass man zum einen die Parkraumbewirtschaftung, zum anderen aber auch das Thema Anwohnerparken auch ausweiten sollte.

Insofern können wir damit leben, dass wir jetzt unseren eigenen Antrag zurückziehen und uns als Stadt dem Kompromiss anschließen, der in der Summe von der CDU vorgegeben worden ist, nämlich um 50 Prozent die Parkraumbewirtschaftung an Parkscheinautomaten zu erhöhen, dass wir damit aber auch verknüpfen, dass die Anwohnerparkzonen und auch die Parkraumbewirtschaftung in der Stadt, ausgehend von der Mitte nach außen, ausgebaut werden. Ich möchte darauf hinweisen, dass es schon aus juristischen Gründen nicht möglich sein wird, die komplette Stadt mit Parkraumbewirtschaftung zu überziehen, aber Sie würden dann dadurch dem Ganzen eine deutlich höhere Verbindlichkeit geben und die Verwaltung auch ganz schön unter Stress setzen, wenn wir uns vornehmen, dass im Jahr 2027 dann dadurch 800.000 Euro Mehreinnahmen beim Anwohnerparken und 800.000 Euro Mehreinnahmen durch eine Ausdehnung der Bewirtschaftung nicht durch die Erhöhung der Gebühren erbracht werden muss, sodass die Konsequenzen auf den

Haushalt im Jahr 2026 zwar in der Tat diesen 2,625 Millionen Euro betragen, dann aber sich diese Auswirkungen auf den Haushalt im Jahr 2027 schon auf eine Million reduzieren, sodass an zwei anderen Positionen wir jeweils diese 800.000 oder 812.000 draufschlagen würden.

Das wäre jetzt noch einmal die Beschreibung des Gesamtkompromisses, und den würde ich jetzt als Vorschlag der Verwaltung hier einbringen. Ein Antrag zur Geschäftsordnung, Herr Stadtrat Löffler.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Ich fürchte, dass ich noch einmal eine Sitzungspause vor der Abstimmung beantragen muss. Da kommen die entsprechenden Signale, dass wir uns tatsächlich noch einmal beraten müssen.

Der Vorsitzende: Dann wäre meine Bitte, dass Sie das zwar beraten, aber dass wir dann die endgültige Entscheidung auf den Montag verschieben, weil wir sonst jetzt hier an der Stelle nicht rumkommen. Ich wäre dennoch dankbar, wenn Sie uns nach der Beratung heute schon einmal ein Signal geben, damit wir uns auch ein Stück weit von der Satzung her darauf vorbereiten können.

**Antrag 346: Neubau der Anne-Frank-Schule in Karlsruhe-Oberreut (FDP/FW)
(Vorlage: DHH/2025/8808)**

Jetzt gibt es noch eine Geschichte, die ich hier noch aufrufen möchte. Das ist noch einmal die Informationsvorlage zum Thema LuKIFG. Das ist die Verwendung des Sondervermögens oder das aus dem Sondervermögen an die Kommune Karlsruhe durchgereichte Finanzmittel des Bundes. Dazu rufe ich parallel auf den Antrag der FDP, Ö 346, Neubau der Anne-Frank-Schule in Karlsruhe-Oberreut.

Ich will noch einmal kurz erklären, worum es geht. Wir schlagen Ihnen vor, abweichend vom bisherigen Vorschlag unserer Investitionsliste, drei Maßnahmen jetzt ins Jahr 26 vorzuziehen. Das ist der Beginn der Umsetzung des Neubaus der Anne-Frank-Schule. Das bedeutet 2026 noch nicht, dass wir anfangen, neu zu bauen, aber die ersten nächsten Schritte, die ursprünglich erst ab 2028 frühestens vorgesehen waren, ziehen wir um zwei Jahre vor. Es ist auch ein Stück weit die verbindliche Feststellung, dass dieses Projekt dann auch umgesetzt wird. Wir würden dann den Vorschlag für 26/27 einbringen, über das Tiefbauamt die PV-Anlage auf dem Klärwerk anzugehen. Und wir würden den Neubau einer sechsgruppigen Kita im Wettersbach auch vorziehen. Das sind drei Maßnahmen, die unsere Investitionsliste 2026 konkret verändern. Wir ziehen darüber hinaus alle anderen Projekte von 2028 oder auch länger, die absolut prioritär aus dem Bereich Schulbau sind, vor auf das Jahr 2027, versehen Sie mit einem Sperrvermerk, damit sie grundsätzlich im Haushalt drinstehen und wir 2027 beginnen könnten.

Alle diese von mir angesprochenen Maßnahmen würden komplett aus dem zusätzlichen Sondervermögen finanziert werden. Der Sperrvermerk ist uns deswegen wichtig, weil wir Ihnen signalisieren wollen, dass wir uns 2026 rechtzeitig noch einmal über die Gesamtausgabe dieser 204 Millionen unterhalten und das, was über die drei vorgezogenen Maßnahmen jetzt noch hinausgeht, dass wir das noch hier dann theoretisch verändern könnten. Wenn das dann auf die Haushaltsaufstellung 26/27 noch Einfluss hat, müsste man im

Notfall über einen sehr fokussierten Nachtragshaushalt eventuell noch Maßnahmen reinnehmen. Ich glaube aber eher, dass wir uns dann darüber unterhalten werden, ob wir manches dann doch in 2028 beginnen, was Sie vielleicht anders wünschen, und dafür in 2027 darauf verzichten. Aber wir hätten die grundsätzliche Option geschaffen.

Ziel muss sein, dass wir prioritär das weiter abarbeiten, was wir uns schon vorgenommen haben, weil die meisten dieser Schulbaumaßnahmen haben etwas mit entsprechend unzureichender technischer Ausstattung, notwendigen Erweiterungen für Ganztagschulbetrieb, maroder Substanz und Ähnlichem zu tun und dass wir aber möglichst frühzeitig viel von diesen 200 Millionen auch wirklich abrufen können, denn 200 Millionen im Jahr 2025 sind eben doch real viel mehr wert als 200 Millionen im Jahr 35, sodass wir hier in einen zügigen Prozess kommen. Wir können Ihnen trotzdem nicht vorschlagen, alles sofort zu beginnen, weil wir dazu weder Personalkapazitäten noch die vorbereiteten Planungen haben.

Ein Teil dieser Informationsvorlage beinhaltet auch, dass wir für das Jahr 2026 und 2027 die ursprünglich eingestellten 15 Millionen, die wir ja schon eingeplant hatten, mit konkreten Projekten belegen müssen. Und da haben wir jetzt alles drauf geschauelt, was wir uns sowieso vorgenommen haben, sodass es von daher am Ende zumindest über 15 Millionen auch haushaltsneutral ist, aber nicht zu einer Verbesserung leider des Haushalts führt, weil wir diese 15 Millionen pauschal sowieso schon drinstehen hatten. Wir müssen uns sie nur aus Fördergründen jetzt mit konkreten Maßnahmen versehen. Das alles steckt in dieser Informationsvorlage drin, mit der ein Stück weit dann eben auch von Ihnen mit akzeptiert werden würde, dass wir unsere Investitionsliste noch dahingehend verändern und auch erweitern, ohne dass die Kreditgrenze deswegen verändert werden würde, denn wir können es dann am Ende über diese Bundesmittel oder durchgereichten Bundesmittel auch abbilden.

Damit hätte sich auch der Antrag der FDP/Freie Wähler erledigt, weil wir dann mit der Anne-Frank-Schule auch umgehend beginnen.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Das ist dann doch auf jeden Fall noch einmal ein gutes Signal zum Ende dieses Tages, dass wir hier mit dieser Informationsvorlage zur Kenntnis nehmen können und Ihnen auch in der Form eines Beschlusses für die drei genannten Maßnahmen mit auf den Weg geben können, dass für Bildung und Klimaschutz die Investitionen aus dem Sondervermögen eingesetzt werden können. Wir wussten es natürlich vor dem Haushaltsentwurf und auch vor der Antragsfrist noch nicht, wie das Ganze läuft, aber es zeigt sich doch, dass die Landesregierung da an der Stelle schnell gearbeitet hat und zwei Drittel des Sondervermögens, was an das Land ging, eben auch an die Kommunen weitergereicht wurde. Genau für solche Investitionen ist es wichtig. Wir schaffen es ein ganz, ganz kleines bisschen, damit den Sanierungsstau, der in manchen Projekten, in manchen Gebäuden steckt, abzuarbeiten. Und wir schaffen es damit auch, neue Zukunftsinvestitionen zu tätigen. Das ist ein ganz wichtiges Signal.

Daher geben wir für diese drei genannten Maßnahmen, die PV-Anlage am Klärwerk, die Anne-Frank-Schule und auch die Kita in Wettersbach, sehr gerne grünes Licht heute. Und wir nehmen auch genauso gerne Ihren Vorschlag auf über die weiteren Maßnahmen oder auch das grundsätzliche Umgehen, ob man gegebenenfalls auch noch andere Maßnahmen priorisieren kann oder auch muss, dann in Ruhe im Laufe des nächsten Jahres auch einfach

noch einmal darüber zu sprechen, von daher sehr gerne die Kenntnisnahme zu diesen guten Botschaften.

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW): Da haben wir doch noch ein positives und zumindest ein klein wenig versöhnliches Ergebnis, was wir hier gemeinsam mitnehmen können. Ich denke, die Anne-Frank-Schule steht seit Jahren ganz oben auf der Prioritätsliste. Da gibt es große Mängel, die den Schulbetrieb einschränken. Deswegen freuen wir uns über die Sondermittel, dass die nun auch abgerufen werden können und dass wir dieses klare Signal an die Anne-Frank-Schule und die dortige Schulgemeinschaft senden können.

Stadtrat Schnell (AfD): Wir nehmen diese Liste zur Kenntnis, aber missbilligend. Kein Feuerwehrhaus in Neureut, kein Schwimmbad in Neureut, aber für eine PV-Anlage auf der Kläranlage, da haben wir das Geld für. Nein, also wir finden das nicht gut.

Stadtrat Gaukel (Voll): Wir nehmen die Informationsvorlage auch gerne zur Kenntnis. Das ist natürlich auch sehr gut, dass wir hier dann doch diesen Investitionsstau, den wir dann doch haben, da in gewisser Weise etwas abbauen können.

Ich hätte jetzt nur eine Nachfrage. Sie hatten vorhin gemeint, dass Sie zum Thema LuKIFG dann unseren Antrag auch noch einmal aufnehmen oder dann noch einmal dazu sprechen möchten bezüglich der Investireduktion in der Mittelfrist. Oder war das der Punkt, dass Sie es dann in die Beratung im nächsten Jahr mit reinnehmen wollen, mitnehmen? Nur da noch einmal zwei Takte dazu.

Der Vorsitzende: Ja, Sie haben recht, ich hatte Ihnen angeboten. Ich komme gleich dazu, jetzt machen wir erst einmal die Informationsvorlage.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Wir begrüßen das sehr. Das ist ein tolles Signal für die Anne-Frank-Schule. Das finden wir ganz, ganz großartig. Es ist eine gute Nutzung des Sondervermögens. Was wir so ein bisschen bedauern, ist, dass man uns eine seltene Möglichkeit nimmt, einem FDP-Antrag zuzustimmen, aber wir freuen uns natürlich über das Ergebnis.

Der Vorsitzende: Ich kann Sie beruhigen, da wir das schon eingearbeitet haben, müssen Sie niemandem zustimmen.

Stadträtin Uysal (SPD): Auch wir freuen uns natürlich über diese Nachrichten, vor allem, dass wir als Stadt Karlsruhe hier den Schwerpunkt in der Bildung sehen und auch dort weiterhin investieren wollen. Natürlich sehen wir noch andere Prioritäten, wie zum Beispiel Werner-von-Siemens-Schule in Knielingen. Die Liste ist noch nicht zu Ende. Die muss weiterhin abgearbeitet werden, aber es ist umso erfreulicher, dass wir doch in diesem Haushalt mehr Schulen sehen können als geplant.

Der Vorsitzende: Ja, damit haben Sie die Informationsvorlage zur Kenntnis genommen, das haben wir so wahrgenommen. Ich hatte, Herr Stadtrat Gaukel, erst angeregt, dass ich Ihnen zur Beschlussfassung vorlege, dass Sie empfehlen, dass wir bei der Aufstellung der nächsten Doppelhaushalte auch durchaus durch die Verwendung des Sondervermögens es uns gelingen möge, unter die Kreditobergrenze zu kommen in der Planung. Sie können am Ende alles trotzdem noch umwerfen, aber das wäre ein gutes Signal, um dem

Regierungspräsidium gegenüber sagen zu können, dass das ein gemeinsames Ziel ist, das wir uns vorgenommen haben, bevor es jemand anders für uns tut.

Das würde ich jetzt hier gerne noch als Beschlussvorschlag einbringen und würde Sie bitten, in dieser doch sehr weichen, aber in der Zielbeschreibung sehr klaren Vorgabe hier dieses mitzugehen. Jetzt gibt es hier noch Diskussionsbedarf, ich will Sie auch nicht überumpeln.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Also beschließen können wir aus unserer Sicht über die drei Maßnahmen, die jetzt auch sozusagen direkt starten würden. Über die weiteren, auch wenn Sie die jetzt irgendwie mit Sperrvermerk formuliert haben, das würden wir wirklich noch vollständig offen lassen. Aber über diese drei Maßnahmen, die PV-Anlage, die Anne-Frank-Schule, Kita Wetterbach, da können wir Ihnen gerne das Signal geben.

Der Vorsitzende: Wir müssen über die Vorlage, weil es eine Informationsvorlage ist, gar nicht abstimmen. Wenn Sie die so akzeptieren ohne Änderungsantrag, dann ist das Thema LuKIFG jetzt abgehandelt. Ich habe Ihnen ergänzend noch einen Vorschlag gemacht. Das ist ein eigenständiger Beschlussvorschlag, der natürlich gedanklich an LuKIFG anknüpft, der aber erst einmal von der Informationsvorlage unabhängig ist, dass Sie quasi die Empfehlung aussprechen, dass wir die LuKIFG-Mittel und deren Umsetzung auch noch einmal dahingehend versuchen einzusetzen, dass wir von dieser maximalen Kreditobergrenze von 200 Millionen in den anschließenden Doppelhaushalten wegkommen.

Das wäre meine Bitte an Sie, dass wir das so beschließen können, und da bitte ich Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Ja, vielen herzlichen Dank für diese **breite Unterstützung**. Das müssen wir dann gucken, dass das auch entsprechend kommuniziert wird.

Jetzt gibt es noch eine Übersicht über das, was wir bisher ausgegeben haben, über den Haushaltsansatz hinaus, wenn wir das einmal kurz einspielen könnten. Wir gucken uns vor allem den Ergebnishaushalt an. Da haben wir jetzt Veränderungen beschlossen in der Größenordnung von 3,5 Millionen in 2026 und 3,5 Millionen 2027. Sie müssen gedanklich die Möglichkeiten, dass wir eine Mehrheit zu diesem 2,6 bzw. 1 Million Verschlechterung über das Thema Parkraum hier haben, dann auch noch gedanklich dazu addieren. Und dann wären wir im Jahr 2026 bei 6,1, 6,2 Millionen und im Jahr 2027 bei 4,5 Millionen etwa.

Ich würde vorausschauend Ihnen deswegen mitteilen wollen, dass wir als Verwaltung im Zuge der endgültigen Haushaltsaufstellung im Rahmen einer Satzung noch folgende Veränderungen vornehmen würden. Wir würden den Gewerbesteuererinnahmeansatz noch einmal um 2 Millionen erhöhen, von 405 auf 407 und von 415 auf 417 Millionen Euro, einmal 2026, einmal 2027. Das resultiert aus der für uns etwas überraschenden Prognose, dass wir dieses Jahr jetzt doch mit 399 Millionen erwartetem Ansatz nicht erheblich besser, aber einen Tick besser abschneiden, als wir das noch bei der Oktobersteuerschätzung gedacht hätten. Und deswegen halten wir das inhaltlich für vertretbar.

Die globale Minderausgabe, die im Moment schon bei 4,5 Millionen liegt in 2026 und in 2027 bei 5 Millionen, die würden wir im Jahr 2026 noch einmal um 2 Millionen erhöhen und im Jahr 2027 um 1 Million auf dann 6,5 und 6 Millionen Euro. Das ist immer noch weit unter der maximalen Möglichkeit, die etwa bei 17 Millionen liegt, ist dennoch für die Verwaltung eine erhebliche Belastung, weil wir dann im Februar/März mit Ihnen klären

müssen, aus was wir denn diese globale Minderausgabe erbringen. Bis dahin haben wir aber vielleicht noch einmal bessere Prognosen für das eine oder andere, was sich da bis dahin noch abzeichnet.

Wir würden dem Eigenbetrieb Wildpark an Einnahmen von außerhalb noch einmal einmalig im Jahr 2026 0,5 Millionen Euro zuschreiben. Das ist etwas, was wir für möglich halten. Und wir würden bei der Grunderwerbssteuer unserer überraschenden Erkenntnis folgen, dass wir dieses Jahr voraussichtlich über eine Million Euro mehr einnehmen, als wir im Haushalt veranschlagt haben. Wir haben aber den Posten der Grunderwerbssteuer im nächsten Jahr an der derzeitigen Planung ausgerichtet. Hier bildet sich offensichtlich ab, dass entweder das Immobilienverkaufsgeschäft doch wieder anzieht oder aber, dass höhere Preise erzielt werden. Jedenfalls kam das für uns jetzt dann doch etwas unerwartet. Und das würden wir dann schon in unserem Ansatz auch in 26/27 aufnehmen und dann an dieser Stelle den Ansatz der Grunderwerbssteuer um eine Million auf 21,5 Millionen in 2026 und 22,5 Millionen in 2027 erhöhen.

Sollte der diskutierte Kompromiss zu den Parkgebühren umgesetzt werden, würde sich dadurch das Gesamtergebnis des Haushaltes, das im Moment noch bei etwa 2 Millionen positiv liegt, im Rahmen der Liquidität um 0,6 Millionen in 2026 und 0,8 Millionen in 2027 reduzieren. Wir liegen aber immer noch mit einer doch siebenstelligen Summe über quasi dieser entsprechenden Grenze. Das würden wir jetzt in der Veränderung so aufnehmen, sodass wir dann trotz der von Ihnen vorgenommenen Veränderungen und auch in Vorausschau schon auf einen möglichen Beschluss am Montag zum Thema der Parkgebühren noch einen genehmigungsfähigen Haushaltsentwurf hätten, weil sich an den sonstigen relevanten Parametern daraus nichts verändert.

Das ist das, was ich Ihnen an dieser Stelle einfach noch einmal als sozusagen letzte Veränderungsliste vonseiten der Stadt so mitteilen würde.

Ich würde damit jetzt diesen Tagesordnungspunkt abschließen. Wir sehen uns dazu dann am Montag zum Satzungsentwurf wieder. Da wird auch das Thema Parkgebühren dann noch einmal an dieser Stelle in eine endgültige Entscheidung gehen. Am Montag steht auch auf der Tagesordnung, das verschieben wir jetzt wieder dahin, der Tagesordnungspunkt des Einsparkkonzepts bei VBK. Bis dahin wissen wir dann auch, was morgen der Ortschaftsrat Stupferich uns zu diesen Vorschlägen entsprechend dann präsentiert.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
20. Januar 2026